Ernst Thälmann

Reden und Aufsätze
zur Geschichte
der deutschen
Arbeiterbewegung

Band 3

Auswahl aus den Jahren
September 1930 bis Februar 1932

Nach der Ausgabe Band 1
Verlag Rote Fahne
1975

INHALT

Vorwort 4
Vorbemerkung 5

Der Weg zur Freiheit (14. September 1930) 11
Die KPD nach den Reichstagswahlen (September 1930) 18
Entfaltet das rote Banner des Weltoktobers! (7. November 1930) 28
Wir führen das Volk zum Sieg über die faschistische Diktatur! (12. Dezember 1930) 31
Genosse Thälmann über den Ruhrkampf (6. Januar 1931) 42
Volksrevolution über Deutschland (15.-17. Januar 1931) 44
A. Die Analyse der Situation und die Perspektiven der Entwicklung 44
I. Die Weltwirtschaftskrise 45
II. Die Lage der Sowjetunion 48
III. Die ökonomische Lage Deutschlands 50
IV. Die Lage der deutschen Arbeiterklasse und der Werktätigen 52
V. Die besonderen Merkmale der gegenwärtigen Krise 53
VI. Die Perspektive der Entwicklung der Krise 56
VII. Die politischen Auswirkungen der Krise in Deutschland 59
VIII. Das Problem der faschistischen Diktatur 62
B. Unsere Politik und die Aufgaben der Partei 64
I. Unser Massenkampf gegen den Faschismus 65
II. Einheitsfront und der Kampf um die Gewinnung der Arbeiter 67
III. Die Lehren der Streikkämpfe und die Aufgaben der RGO 73
IV. Fortschritte und Mängel in der Parteiarbeit 76
Die KPD im Vormarsch (15.-17. Januar 1931) 88
Thälmanns Kampfruf gegen den Faschismus (3. Februar 1931) 101
Thälmanns Abrechnung mit den Nazis (28. Februar 1931) 103
Genosse Thälmanns revolutionäre Anklage (22. März 1931) 104
Thälmanns Ruf: Hinein in die RGO! (5. April 1931) 105
Ernst Thälmann zeigt den werktätigen Bauern Deutschlands den Ausweg (April 1931) 108
Thälmanns Kampfgruß an die Jugend (5. April 1931) 111
Die Lage in Deutschland und die Aufgaben der KPD (April/Mai 1931) 112
Thälmanns Mai-Kampfgruß an die Arbeiter und Bauern der USSR (30. April 1931) 150
Ernst Thälmanns Mai-Kampfrede (1. Mai 1931) 151
Kampfmai für Sowjet-Deutschland (1. Mai 1931) 156
Vorwärts unter dem Banner der Komintern (14. Mai 1931) 159
Thälmann ruft: Kampf der Bauernnot! (22. Mai 1931) 184
Den SPD-Arbeitern die Bruderhand (11. Juni 1931) 199
Auf zur Offensive gegen den Klassenfeind! (24. Juli 1931) 203
Die SPD-Arbeiter und das „kleinere Übel“ (18. September 1931) 209
Über den roten Wahlsieg in Hamburg (30. September 1931) 211
Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung (Dezember 1931) 214
Schmiedet die rote Einheitsfront! (29. November 1931) 237
Das Zentrum, die führende Partei der deutschen Bourgeoisie (Januar 1932) 241
Einige Bemerkungen zur Arbeit des Jugendverbandes (Februar 1932) 257

Der revolutionäre Ausweg und die KPD (19. Februar 1932) 262
I. Die internationale Lage 262
II. Die Lage in Deutschland 274
III. Unser revolutionärer Massenkampf 302
IV. Unsere ideologische Offensive und die bolschewistische Kritik der Mängel, Schwächen und Fehler der Parteiarbeit 311
V. Entschlossene Wendung auf dem Gebiet unserer Agitation und Propaganda 325
Schlußwort 330
ANHANG 341
Bauernhilfsprogramm der KPD (Mai 1931) 341

Vorbemerkung

I

Die vorliegende Ausgabe der Reden und Aufsätze Ernst Thälmanns aus den Jahren 1930 bis 1933 erscheint auf Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Sie wurde zusammengestellt von einem Arbeitskollektiv des Verlages Rote Fahne.

Mit dieser Ausgabe wird zum ersten Mal eine annähernd vollständige Sammlung der Reden und Aufsätze Ernst Thälmanns, dieses hervorragenden Führers der deutschen Arbeiterklasse, aus den entscheidenden Kampfjahren vor der Machtergreifung des Hitlerfaschismus zugänglich gemacht. Die Ausgabe enthält die Schriften Thälmanns aus der Zeit zwischen September 1930 und März 1933, dem Zeitpunkt der Verhaftung Ernst Thälmanns durch die Faschisten.

Damit schließt die Ausgabe dort an, wo die Sammlung von Reden und Aufsätzen Thälmanns des Dietz-Verlages in Ostberlin mit ihrem zweiten Band abbricht. Die weitere Herausgabe dieser ursprünglich auf drei Bände geplanten Ausgabe des Dietz-Verlages wurde von den SED-Revisionisten Ende der fünfziger Jahre ohne irgendeine Erklärung eingestellt. Der schon gedruckte zweite Band wurde nicht mehr vollständig ausgeliefert. Der erste Band wurde in der DDR nach 1958 nicht wieder aufgelegt. Der dritte Band ist nie erschienen.

Angesichts der Tatsache, daß die ersten beiden Bände der alten Dietz-Ausgabe in der Bundesrepublik bis vor kurzem in photomechanischen Nachdrucken vorlagen, während die Texte aus der Zeit von 1930 bis zur Ermordung Ernst Thälmanns am 18. August 1944 zum größten Teil überhaupt nicht greifbar sind, beschloß der Verlag Rote Fahne, zuerst die *Reden und Aufsätze 1930-1933* in zwei Halbbänden herauszugeben. Diese vorliegenden beiden Halbbände sollen sich später in die mehrbändige Sammlung von Reden und Aufsätzen Ernst Thälmanns einreihen, die der Verlag Rote Fahne in den nächsten Jahren herausgeben wird.

Die Herausgabe der Schriften Ernst Thälmanns stößt auf erhebliche Schwierigkeiten. Die Originale der meisten Dokumente sind entweder verschollen, von den Faschisten vernichtet worden oder werden von den SED-Revisionisten in ihren Fachinstituten unter Verschluß gehalten. Die meisten der alten Broschürenausgaben sind nur noch in wenigen Exemplaren erhalten.

Der Verlag Rote Fahne hat alle ihm zugänglichen Reden und Aufsätze Ernst Thälmanns, die in Form von Broschüren, Zeitschriftenartikeln, gedruckten Protokollen, Aufrufen und Artikeln in der ‘Roten Fahne’ vorliegen, in dieser Ausgabe zusammengefaßt. Die Vorlagen wurden unverändert und ungekürzt abgedruckt. Lediglich die Interpunktion und eindeutige Satz-Fehler wurden behutsam korrigiert.

Auch wenn die Ausgabe nicht den Anspruch erheben kann, bereits eine wissenschaftlich-kritische Werkausgabe zu sein, so stellt ihr Erscheinen dennoch einen großen politischen und editorischen Erfolg dar.

Denn es zeigt sich: weder die Hitlerfaschisten, noch die SED-Revisionisten haben vermocht oder vermögen, das revolutionäre Vermächtnis Ernst Thälmanns zu vernichten oder auf Dauer zu unterdrücken.

1974 schrieben wir:

„Am 18. August 1944, vor dreißig Jahren, wurde Ernst Thälmann von den Faschisten ermordet. Er starb, wie tausende seiner Mitkämpfer, als Revolutionär, ungebrochen, im unerschütterlichen Vertrauen auf die Volksmassen und den Sieg der proletarischen Revolution.

Die Faschisten konnten Ernst Thälmann ermorden. Aber sein Bild und sein revolutionäres Wirken als Kommunist und hervorragender Arbeiterführer konnten sie nicht auslöschen. Sein Vermächtnis lebt, wird fortgesetzt und wird erfüllt werden!“ [Vorwärts im Geiste Ernst Thälmanns!, Broschüre der KPD zum 30. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns am 18.8.1944]

Die SED/DKP-Revisionisten versuchen, sich als Vollstrecker des revolutionären Vermächtnisses Ernst Thälmanns darzustellen. Aber schon die Unterdrückung der Reden und Schriften Thälmanns durch die Revisionisten zeigt: Ernst Thälmann ist für sie ein unverdaulicher Brocken.
Sie müssen den revolutionären Inhalt seines Vermächtnisses unterdrücken, müssen sich durch Aussparungen und Fälschungen ein hohles Thälmann-Bild zurechtzimmern, um den Schein ihres Anspruchs, Erfüller des Erbes von Ernst Thälmann zu sein, überhaupt aufrechtzuerhalten. Die SED/DKP-Revisionisten, diese Statthalter und Handlanger des sowjetischen Sozialimperialismus auf deutschem Boden, müssen das wirkliche, das revolutionäre Vermächtnis Ernst Thälmanns fürchten.
Denn Thälmanns revolutionäres Vermächtnis ernst nehmen und erfüllen
heißt: unversöhnlich den Kampf gegen jede Form des Opportunismus und Revisionismus führen,
heißt: unbedingt festhalten am proletarischen Internationalismus,
heißt: für den Aufbau und die Stärkung der bolschewistischen Partei eintreten,
heißt: die Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei im Kampf für den Sozialismus, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats zusammenschließen,
heißt: den Kampf für die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes zu Ende fuhren.
Das revolutionäre Wirken und das Erbe Ernst Thälmanns steht in unversöhnlichem Widerspruch zur Politik der SED/DKP-Revisionisten. Zwar versuchen sich die SED/DKP-Revisionisten, ebenso wie ihre sozialimperialistischen Auftraggeber, mit ‚sozialistischen' Phrasen zu tarnen. Zwar wagen diese Leute, die die Schriften Thälmanns unterdrücken, sich mit dem Namen Ernst Thälmanns zu schmücken.
Aber: je mehr wir in der schöpferischen Verwirklichung des Vermächtnisses Ernst Thälmanns voranschreiten werden, desto deutlicher werden die sowjetischen Sozialimperialisten und ihre 5. Kolonnen, die revisionistischen Parteien, als Nachfolger der Hitlerfaschisten und als Hauptfeinde nicht nur der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes, sondern aller Völker Europas und der Welt in Erscheinung treten.
Um so deutlicher wird man sehen: auch bei der Verfolgung Ernst Thälmanns und der Unterdrückung seines Werkes sind die Revisionisten - wenn auch auf geschicktere Weise - zu den Nachfolgern der Hitlerfaschisten geworden.
Die vorliegende Ausgabe ist trotz der Unterdrückung von Manuskripten und gedruckten Schriften Ernst Thälmanns durch die Revisionisten zustande gekommen. Das selbst ist bereits ein Erfolg. Es ist aber auch eine Verpflichtung, die hervorragende ideologische Waffe, die in dieser Ausgabe enthalten ist, zu erkennen und im Kampf für die Stärkung der internationalen und nationalen Einheitsfront gegen die imperialistischen Supermächte, im Kampf gegen den Sozialimperialismus und modernen Revisionismus und im Kampf für ein unabhängiges, vereintes sozialistisches Deutschland zu benutzen.

II

Das Leben Ernst Thälmanns ist untrennbar verbunden mit den großen revolutionären Traditionen des deutschen Proletariats, mit dem Kampf des revolutionären Marxismus gegen alle opportunistischen Entstellungen und Verfälschungen: 1886 geboren, trat er bereits als Siebzehnjähriger der SPD bei und stand von Anfang an auf der Seite der Revolutionäre in der SPD. Er geißelte mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die Politik der Unterstützung des bluttriefenden deutschen Imperialismus durch die SPD- und Gewerkschaftsführung. Seit 1917 war er Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD), kämpfte während der Novemberrevolution als Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates auf den Barrikaden

Hamburgs und organisierte den Marsch der Hamburger Arbeiter nach Bremen zur Unterstützung der Räterepublik. Er trat für die Vereinigung von USPD und KPD ein, wurde 1920 in den Zentralausschuß der KPD gewählt und wuchs schnell zu einem der schärfsten Gegner der Rechtsopportunisten in der KPD um Brandler und Thalheimer heran, die 1923 die Organisierung der deutschen Revolution verhinderten. Auf den Barrikaden des Hamburger Aufstandes von 1923 wurde Ernst Thälmann zur Verkörperung des revolutionären Kampfeswillens des deutschen Proletariats. 1924 wurde er stellvertretender, 1925 Vorsitzender der KPD und blieb der Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands bis zu seiner Ermordung im Jahre 1944 durch die Faschisten.
Ernst Thälmann war ein mit den Massen eng verbundener Volkstribun und Arbeiterführer, er stand mit beispielhaftem Mut in der vordersten Reihe bei den revolutionären Kämpfen des deutschen Proletariats. Er vereinigte in seiner Person - entgegen allen Lügen bürgerlicher Schreiberlinge - in hervorragender Weise tiefe Kenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus mit der praktischen Erfahrung des proletarischen Klassenkämpfers. Er war ein großer Stratege und steht in einer Reihe mit den großen Führern der deutschen Arbeiterbewegung, mit August Bebel, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.
Davon legen besonders die Reden und Aufsätze aus den Jahren 1930 bis 1933 ein lebendiges Zeugnis ab: unerschütterlich hielt Ernst Thälmann am *proletarischen Internationalismus* fest und kämpfte dafür, daß die deutsche Arbeiterklasse im Geiste des proletarischen Internationalismus erzogen wurde; er geißelte das aggressive Wesen des Imperialismus und erklärte: solange es den Imperialismus gibt, solange wird es auch Kriege geben. Er trat für den Zusammenschluß der Kommunistischen Parteien in der Kommunistischen Internationale, für das Bündnis mit der Sowjetunion ein. Unter seiner Leitung fühlte die KPD die Kampagne „Hände weg von der Sowjetunion“ und „Hände weg von China“. Auf seinen Vorschlag hin entwickelte die KPD das wegweisende „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ im Jahre 1930. Dieses Programm entlarvte den bürgerlichen Nationalismus als reines Betrugsmanöver: eine wirkliche nationale Befreiung des deutschen Volkes könne es nur mit der Zerschlagung des imperialistischen Systems geben. Gleichzeitig und hier war dieses Programm ein Neuerer-Programm nutzte die KPD Widersprüche zwischen einem schwachen imperialistischen Land (Deutschland) und den imperialistischen Siegermächten des l. Weltkrieges, indem sie bereits unter den Bedingungen des herrschenden Imperialismus in Deutschland gegen alle Formen imperialistischer Unterdrückung durch die Versailler Siegermächte eintrat:

„Nur wir Kommunisten kämpfen sowohl gegen den Young-Plan als auch gegen den Versailler Raubfrieden, den Ausgangspunkt der Versklavung aller Werktätigen Deutschlands, ebenso wie gegen alle internationalen Verträge, Vereinbarungen und Pläne... die aus dem Versailler Friedensvertrag hervorgehen. Wir Kommunisten sind gegen jede Leistung von Reparationszahlungen, gegen jede Bezahlung internationaler Schulden...
Wir Kommunisten erklären, daß wir keine gewaltsame Angliederung eines Volkes oder eines Volksteils an andere nationale Staatsgebilde, daß wir keine einzige Grenze anerkennen, die ohne Zustimmung der werktätigen Massen und der wirklichen Mehrheit der Bevölkerung gezogen ist. Wir Kommunisten sind gegen die auf Grund des Versailler Gewaltfriedens durchgeführte territoriale Zerreißung und Ausplünderung Deutschlands...
Wir führen und organisieren den Kampf gegen Steuern und Zölle, gegen die Verteuerung der Mieten und Gemeindetarife, gegen Lohnabbau, Erwerbslosigkeit und alle Versuche, die Lasten des Young-Planes (Reparationszahlungen) auf die werktätige Bevölkerung in Stadt und Land abzuwälzen.“

Das „Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ verband also die Kämpfe gegen die Unterdrückung eines schwachen (imperialistischen!) Landes durch andere imperialistische Staaten mit dem Kampf um soziale Befreiung - kein Wunder, daß dieses Programm seit Trotzki von all jenen angegriffen wird, die dem Proletariat die Führungsrolle im Kampf für nationale Befreiung absprechen, die die Dialektik von nationaler

und sozialer Befreiung nicht im leninistischen Sinne begreifen können. Diese Kritiker des „Programms zur nationalen und sozialen Befreiung“ stehen auch heute auf der Seite derjenigen, die die marxistischleninistische Politik der Herstellung der internationalen Einheitsfront gegen die beiden imperialistischen Supermächte angreifen.
Das besondere Verdienst Thälmanns ist es, die KPD auf den Weg einer *bolschewistischen Partei* geführt zu haben. Gegen die Rechten in der KPD, die die Partei zu einer sozialdemokratischen Mitgliederpartei herunterzuwirtschaften versuchten, und gegen die Ultralinken, die die KPD von den Massen trennten, setzte Thälmann die Prinzipien einer demokratisch-zentralistischen, mit den Massen verbundenen Partei in Deutschland durch. Er kämpfte gegen den Liberalismus, der sich über jede Parteidisziplin hinwegsetzte, und schloß alle Fraktionisten aus der Partei aus. Gleichzeitig wurde unter seiner Führung die Betriebszelle zum wirklichen Fundament der Partei. Thälmann erkannte die Notwendigkeit der Führung der revolutionären Bewegung durch die Kommunistische Partei:

„Heute kann man mit Bestimmtheit sagen, daß die Arbeiterklasse (Rußlands) am 7. November 1917 nicht die Macht erobert hätte, wenn nicht ein Faktor vorhanden gewesen wäre, dessen Eingriff die Entscheidung herbeiführte und damit der Weltgeschichte eine neue Richtung verlieh. Dieser Faktor war die russische Kommunistische Partei, die Partei der Bolschewiki, die Partei Lenins... Der 7. November 1917 ist die gewaltigste Verkörperung der Leninschen Lehre von der führenden Rolle der bolschewistischen Partei in der proletarischen Revolution.“

Mit aller Klarheit kämpfte die Partei Thälmanns *gegen die Politik der SPD- und Gewerkschaftsführer* auch und gerade in der Antifaschistischen Aktion. Thälmann erkannte schon frühzeitig, daß die SPD- und Gewerkschaftsführer aktiv und terroristisch den bürgerlichen Staat verteidigen würden, auch dann, wenn sich die bürgerliche Klassendiktatur in der tiefen ökonomischen und politischen Krise seit 1929 nicht mehr mit den Mitteln der parlamentarisch-bürgerlichen Demokratie aufrechterhalten ließ. Als Sozialfaschisten würden sie jede fortschrittliche Regung des Proletariats mit Terror und der Aufhebung der bürgerlich-demokratischen Rechte im Keime zu ersticken suchen, und wenn sie selbst nicht die Diktatur errichten würden, so würden sie dennoch zu Helfershelfern des Faschismus. Angesichts der späteren Politik der SPD- und besonders der Gewerkschaftsführer, die zunächst der Bourgeoisie die Diktatur anboten und dann schließlich mit den Faschisten paktierten, war diese Einschätzung von 1929 geradezu prophetisch. Thälmann war es selbst, der sektiererische Fehler bei der Herstellung der Aktionseinheit gegen den Faschismus mit sozialdemokratischen und parteilosen Werktätigen 1932 mit Hilfe der Kommunistischen Internationale zu korrigieren suchte. Er war es vor allem, der 1932 die *„Antifaschistische Aktion“* anregte und organisierte, nachdem er bereits als Führer des „Roten Frontkämpferbundes“, der Wehrorganisation der KPD, die Faschisten auch mit den Mitteln der Klassengewalt bekämpfte.
Über die „Antifaschistische Aktion“ schrieb Ernst Thälmann 1932:

Sie soll „alle Formen des proletarischen Massenwiderstandes gegen Faschismus, Hunger und Krieg zusammenfassen und zum aktiven Massenkampf entfalten. Sie soll uns die feste Organisierung einer Millionenbewegung der kämpf enden Roten Einheitsfront ermöglichen. Sie soll darüber hinaus der Partei erleichtern, die Massen zum Kampf gegen jeden kapitalistischen Weg aus der Krise zu sammeln und zum Kampf für den revolutionären Ausweg, für die proletarische Revolution vorbereiten.“

Beim Kampf um die Verwirklichung der Einheitsfrontpolitik, die die KPD 1923 bis 1933 zu entwickeln suchte, um sozialdemokratische, kommunistische und parteilose Arbeiter und fortschrittliche Antifaschisten aus den Reihen der anderen Schichten des Volkes gegen den Nationalsozialismus zusammenzuschließen, stand Ernst Thälmann in vorderster Reihe.

Und schließlich steht der Name Ernst Thälmann für die *leninistische Gewerkschaftspolitik in der KPD*. Mit großer Klarheit entwickelte er den kommunistischen Gewerkschaftern die Strategie, daß es den revolutionären Gewerkschaftern nicht um die Eroberung des Zentralapparates der Gewerkschaften gehen könne, sondern um die Eroberung der Mehrheit der Mitglieder.

„Wir dürfen auch in unseren eigenen Reihen keine Illusion in der Frage der Eroberung der Gewerkschaften aufkommen lassen. Es gibt in einigen Parteien (der Kommunistischen Internationale) Tendenzen, die die Frage der Eroberung der Gewerkschaften als Frage der Eroberung des Gewerkschaftsapparates stellen. Aber wer die Frage der ‚Eroberung des Gewerkschaftsapparates' stellt, verkennt vollkommen die Faschisierung des Apparates... Für uns steht nach wie vor die Frage der Eroberung der Gewerkschaftsmassen."
„In dem Maße, wie die Mittel der bürgerlichen Demokratie zur Unterdrückung und Ausbeutung nicht mehr ausreichen, in dem Maße, wie sich die diktatorischen und sozialfaschistischen Methoden der Bourgeoisie verschärfen, in demselben Maße wird sich auch zur gleichen Zeit der Prozeß zur Beseitigung der Organisationsdemokratie der Gewerkschaftsbewegung vollziehen... Je stärker der Gewerkschaftsapparat mit dem staatlichen Machtapparat verwächst, je mehr die revolutionäre Gewerkschaftsopposition dieses System angreift..., um so schärfer wird der Angriff des Sozialfaschismus auf die revolutionäre Front sein."

Deshalb entwickelte Thälmann die Strategie der „selbständigen Kampfesführung" unabhängig von und gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Und er kämpfte dafür, daß diese Gewerkschaftsstrategie aufbaute auf den betrieblichen Parteizellen und betrieblichen Kampforganisationen (wie z.B. selbständige Streikleitungen und Kampfkomitees). Als Ernst Thälmann nach 27jähriger Mitgliedschaft aus dem Transportarbeiterverband ausgeschlossen wurde, rief er den Bonzen zu:

„Wir schreiten vorwärts! Ihr geht zurück! Wir sind die Armee des anbrechenden Morgens! Ihr seid die letzte niedergehende Schutztruppe des Kapitals. Die gewaltige Kraft von Millionen proletarischer Kämpfer wird zusammen mit den Ausbeutern auch Euch, ihre Lakaien, wegfegen!"

Immer wieder propagierte Ernst Thälmann die *Diktatur des Proletariats* als den einzigen dauerhaften Ausweg aus Krisenwirtschaft und politischer Unterdrückung. Angesichts des Jahrestages der Pariser Kommune 1870/71 erklärte Ernst Thälmann:

„Was sind die wichtigsten Lehren, die das internationale Proletariat mit Hilfe der Schriften von Marx und Lenin aus den Kämpfen der Kommunarden gezogen hat? Erstens, daß das Proletariat den bürgerlichen Staatsapparat nicht übernehmen und auf demokratischem Wege in den proletarischen Staatsapparat verwandeln kann, sondern daß die proletarische Revolution den bürgerlichen Staat zerschlagen und durch den proletarischen Machtapparat ersetzen muß, durch die Räte, die die beschließenden und führenden Organe der Arbeiterklasse sind.
Zweitens, daß das Proletariat rücksichtslos, brutal die Bourgeoisie niederschlagen, ihre Truppen entwaffnen, seine eigene bewaffnete Macht aufrichten muß, weil die Bourgeoisie, wenn man ihr nur wenige Tage Zeit läßt, um sich zu sammeln, zu organisieren, zu bewaffnen, ihre Macht rücksichtslos gebraucht und an der Arbeiterschaft, die ihre Ansprüche als Klasse anmeldet, grausam blutige Rache nimmt."

Auch unter der Führung Ernst Thälmanns gelang es der KPD nicht, die rücksichtsloseste Truppe der Bourgeoisie, den Faschismus, in den Klassenschlachten von 1930 bis 1932 zurückzuschlagen. Er selbst wurde bereits am 3. März 1933, wenige Wochen nach der Errichtung der Hitler-Diktatur verhaftet. Elf Jahre Folter und Einzelhaft konnten Ernst Thälmann nicht brechen. Ohne ihm jemals einen Prozeß machen zu können, erschossen die Faschisten ihn am 18. August 1944.
Aber sein Vermächtnis lebt fort in Theorie und Praxis aller marxistischleninistischen Parteien, lebt fort im Herzen der deutschen Arbeiterklasse. Vorwärts im Geiste Ernst Thälmanns! Vorwärts mit der KPD!

Köln, den 18.8.1975

Abteilung für Agitation und Propaganda
beim Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)

Der Weg zur Freiheit

Aus der Rede des Genossen Ernst Thälmann
über die Aufgaben der KPD nach dem Wahlsieg
vom 14. September.

Wir können sagen, daß unser Wahlsieg nicht nur durch die objektive Situation bedingt ist, die zweifellos günstig für uns war; unser Wahlsieg in Deutschland und besonders in Berlin ist darüber hinaus ein neuer Beweis, eine volle Bestätigung für die richtige bolschewistische Linie der Kommunistischen Partei Deutschlands. Durch diesen Wahlsieg sind die Beschlüsse der Komintern, des VI. Weltkongresses und des Weddinger Parteitages vollinhaltlich bestätigt worden.

Unser Sieg ist zu gleicher Zeit von gewaltiger internationaler Bedeutung. Wir haben nicht nur die Sozialdemokratie in Deutschland, sondern die Zweite Internationale geschlagen. Das gelang uns dank der Unterstützung der Komintern, deren richtige revolutionäre Beschlüsse zu einem großen Sieg unserer kommunistischen Weltpartei geführt haben.

Im Kampfe gegen den Reformismus der ganzen Welt, gegen das kapitalistische System, ist die Wahl vom 14. September 1930, bei der wir einen Zustrom von über 4½ Millionen Stimmen hatten, ein großer Erfolg der Kommunistischen Partei, ein neues Signal und ein neuer Ansporn für alle kommunistischen Parteien.

Übereinstimmend kann gesagt werden, daß die Bourgeoisie das Ergebnis unseres Wahlerfolges im Zusammenhang mit der schweren Krise des Kapitalismus in Deutschland einschätzt und den Erfolg der Kommunistischen Partei auch auf die allgemeine Unzufriedenheit mit dem jetzigen Young-System der reaktionären Regierung zurückführt. Außerdem wird übereinstimmend festgestellt, daß der Ausgang der Wahlen in Deutschland gewissermaßen einen Volksentscheid der Millionen gegen den Young-Plan und den Versailler Vertrag bedeutet.

Auch die Auslandspresse zeigt sich sehr besorgt. Am aufgeregtesten sind die französischen und polnischen Blätter. Es ist auch keine Kleinigkeit, wenn Millionen gegen Young-Plan, Young-Sklaverei und Young-Ausbeutung ihre Stimme abgeben.

In den entscheidenden Hochburgen, in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands, dem Regierungszentrum der Bourgeoisie, in Niederrhein, in Düsseldorf, dem Sitz der Schwerindustrie, in Halle-Merseburg, dem wichtigen Gebiet des- Chemietrustes, sind wir die stärkste der Parteien geworden. In zahlreichen anderen Industriestädten ist die Partei gewachsen, ist die frühere Vorherrschaft der Sozialdemokratie gebrochen, und die Kommunisten haben die Mehrheit der Werktätigen erobert. Dieses Ergebnis stellt einen gewaltigen außerparlamentarischen Sieg des revolutionären Proletariats in ganz Deutschland dar. Dieser Erfolg wurde nicht erkämpft durch demagogische Phrasen, nicht durch Verleumdungen und Beschmutzungen unserer Gegner. Wir vermieden diese Methoden.

Unser Wahlsieg wurde erreicht durch unser Gelöbnis, auch weiterhin das kapitalistische System bis zum endgültigen Siege der Revolution zu bekämpfen, gegen alle Klassenfeinde, die den jetzigen Staat stützen.

Wir haben den Wahlkampf mit einem klaren Programm geführt, mit einem volkstümlichen Programm. Als Sprachrohr und Führer der notleidenden Millionen, aus deren Not die Stunde der Befreiung entspringen wird, zogen wir in diesen Wahlkampf, schärfer denn je als die Vorkämpfer und Bahnbrecher zur proletarischen Diktatur.

Eine entscheidende Rolle in unserem Kampf spielte für den ganzen Wahlausgang wie für die Bekämpfung des Faschismus unzweifelhaft unser Befreiungsprogramm.

Selbstverständlich ist die nationale Befreiung ohne die soziale unmöglich. In einer Situation, in der die werktätigen Millionen unter der doppelten Sklavenfron der deutschen Bourgeoisie und des ausländischen Imperialismus schmachten und ihr Freiheitswille steigt, kam es für uns

darauf an, nicht nur unsere in den Massen bekannte Stellung für die soziale Befreiung der Werktätigen, sondern entsprechend den besonderen gegenwärtigen Bedürfnissen der Situation, unseren leninistischen Standpunkt für die nationale Befreiung der Werktätigen Deutschlands, den die Massen viel weniger kannten, besonders nachdrücklich und als eine der zentralen Fragen unseres gesamten Kampfes in den Vordergrund zu rücken. Darum sagen wir mit vollem Recht: *Kämpft für die nationale und soziale Befreiung des deutschen Volkes. Unser Befreiungsprogramm ist und bleibt ein entscheidendes Rüstzeug für die Mobilisierung der Millionenmassen für den Kommunismus!*

*

Trotz nüchterner, aber wirklich ernster Überprüfung aller Mängel und Schwächen, die sich in diesem Wahlkampf und in unserer Massenarbeit überhaupt gezeigt haben, müssen wir doch die Feststellung treffen, daß wir aus diesem Wahlkampf als alleinige Sieger an der kühn vorwärtsstürmenden Millionenfront des werktätigen Volkes hervorgegangen sind. Man kann den Stimmenerfolg der Nationalsozialisten keineswegs gleichsetzen mit dem Sieg der KPD. Nehmen wir z.B. die Tatsache, daß hier in Berlin der Anhang des Faschismus nicht so stark gestiegen ist, wie in anderen Teilen Deutschlands. Ohne Zweifel ist das kein Zufall. Hier in Berlin, am Sitz des Zentralkomitees, haben die Beschlüsse des Politbüros über den Kampf gegen den Faschismus, die durch das Plenum des Zentralkomitees gebilligt und unterstrichen wurden, am raschesten ihre Wirksamkeit in den unteren Parteiorganisationen erlangt. Dadurch war es möglich, den Faschismus hier in Berlin stärker zu treffen und seine Zersetzung zu beschleunigen.

Aber das zeigt zugleich die Möglichkeiten, die im Kampf gegen den Faschismus überall überhaupt vorhanden sind. Natürlich wird der Faschismus alle seine Kräfte auf Berlin zu konzentrieren versuchen.

Wir dürfen die Entwicklung des Faschismus in Deutschland weder unterschätzen noch überschätzen. Mit aller Schärfe müssen wir uns dagegen wenden, den überraschenden Erfolg der Nazis in den Massen zu schwarz hinzustellen. Wer das tut, sieht nicht die widerspruchsvolle, schwankende Basis, auf der die Nazis ihren momentanen Stimmenerfolg errungen haben.

Auf der anderen Seite ist natürlich die Unterschätzung der faschistischen Gefahr außerordentlich schädlich und wir müssen innerhalb der Arbeiterschaft, weit über den Rahmen unserer Partei hinaus, unsere warnende Stimme erheben. In der SPD z.B. existieren solche Stimmungen: Laßt die Nationalsozialisten sich erst in der Regierung abwirtschaften, dann kommen wir wieder ans Ruder. Solche Stimmungen sind eine schwere Gefahr für die deutsche Arbeiterklasse. Denn selbstverständlich wird der Faschismus nach seinem Wahlerfolg auch außerparlamentarisch immer brutaler gegen die Millionen Werktätigen in Deutschland vorstoßen. Außerdem muß durch solche Stimmungen der Kampfwille gegen die faschistischen Pläne abgeschwächt werden.

Mit aller Energie müssen wir Stimmungen in unseren eigenen Reihen bekämpfen, die besagten, man solle den Kampf gegen den Nationalsozialismus nicht so scharf steigern, weil man dadurch den Kampf gegen die Politik der SPD abschwäche. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Dadurch, daß wir den Kampf gegen den Kapitalismus, den Kampf gegen den Faschismus fuhren, und je stärker wir ihn fuhren, desto schneller schaffen wir die Voraussetzung für die politische Erkenntnis der Massen, daß wir die einzige antikapitalistische, die einzige antifaschistische Partei sind. So allein können wir die Arbeitermassen überzeugen, daß sie die proletarische Einheitsfront mit uns im Kampf gegen die Reaktion schließen müssen.

Der Kampf gegen den Faschismus gibt uns ganz neue Möglichkeiten der Gewinnung sozialdemokratischer Arbeiter für die rote Front. Vor uns steht die Aufgabe, die Arbeiter an

der Hand der Tatsachen davon zu überzeugen, daß die reformistischen Führer niemals gegen den Faschismus kämpfen können, daß sie nicht mehr ihre Klassengenossen sind, sondern daß sie Vertreter der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse sind. Wir müssen ihnen zeigen, daß der Charakter der Politik der Sozialdemokratischen Partei sich niemals ändern kann. Wir müssen an der Hand der Politik der SPD-Führer zeigen, daß sich bei der Entwicklung des Faschismus in Deutschland auch die Linie der Sozialdemokratischen Partei dem Faschismus noch wesentlich nähern wird. Gerade deshalb ist es unsere Aufgabe, den Glauben bei den sozialdemokratischen Arbeitern, daß Kommunisten und sozialdemokratische Arbeiter zusammen gehen können, besonders zu stärken.

*

In Deutschland stehen vor uns zwei Wege. Der eine Weg, den die Bourgeoisie beschreitet: Durchführung des Young-Plans, der Weg des Faschismus, die offene faschistische Diktatur. Der andere Weg ist der, der zur proletarischen Macht führt: Zerreißung der Young-Ketten und Erfüllung unseres Freiheitsprogramms. Das ist der Weg zur Freiheit, zum Sieg der proletarischen Diktatur, der wirklichen proletarischen Demokratie in Deutschland. Deshalb müssen wir unser Programm popularisieren, bestimmte Ausschnitte herausgreifen und sie zur ideologischen und organisatorischen Steigerung aller unserer Klassenkämpfe heranziehen.

Wir müssen zeigen, daß die Faschisten als zuverlässige Partner der Bourgeoisie auftreten, daß sie alle reaktionären Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft unterstützen. Und gerade da ist es notwendig, dies auch im internationalen Maßstab nachzuweisen. Ich erwähne drei Beispiele, wo der Faschismus als „Lösung“ der Krise in Erscheinung tritt. Pilsudski versucht in Polen, mit faschistischen Methoden die Krise zu überbrücken. Mussolini erweckt durch seine faschistischen Methoden den Widerstand der Industriearbeiter, der freien Berufe und der armen Bauern. Horthy entfachte durch seine Methoden die Bauern zum Kampf gegen das System des Faschismus.

Und noch eins: Wir müssen hierbei die Entwicklung in Deutschland und der Sowjetunion einander gegenüberstellen. In der Sowjetunion kein Zusammenbruch, keine Krise, keine Erwerbslosigkeit, kein Young-Plan, der an die Gurgel der Millionen Menschenmassen greift, sondern ein grandioser Aufstieg, der stürmische Aufbau des Sozialismus, der die Begeisterung aller Arbeiter, auch der im gegnerischen Lager erzeugen muß. Es ist notwendig, den Massen zu zeigen, daß wir die einzigen Vorkämpfer gegen den Faschismus, gegen wirtschaftliche Massennot und Unternehmerwillkür sind, und daß wir den Ausweg zeigen, der die Millionen Werktätigen aus dem kapitalistischen Joch herausführen wird: Die Erkämpfung der proletarischen Diktatur.

Der Kampffront aller Klassenfeinde der Werktätigen müssen wir die Millionen-Einheitsfront des revolutionären Proletariats und aller Werktätigen entgegenstellen. Der gewaltige Wahlerfolg der Kommunistischen Partei verpflichtet uns, innerhalb und außerhalb des Parlamentes den Kampf gegen das heutige System, gegen die Young-Herrschaft und das kapitalistische Regime, mit zehnfacher größerer Entschlossenheit als zuvor entfachen. Wir allein können die solidarische Front zwischen Erwerbslosen und Betriebsarbeitern schmieden. Wir allein können den Kampf der Arbeiter, Bauern und notleidenden Mittelständler gegen die Steuern und Belastungen mit der Waffe des Steuerstreiks organisieren. Wir allein können die Streiks der Arbeiterschaft auslösen und führen. Nur wir sind imstande, alle diese Fragen mit den politischen Grundfragen unseres Kampfes gegen die faschistischen Regierungsmethoden zu verbinden.

Die Kommunistische Partei, die ihren Kampf nicht um Mandate, sondern um die Millionenmassen des werktätigen Volkes geführt hat, wird jetzt, nach dem Wahlsieg, nicht erlahmen, sondern erst recht vorwärts stürmen. Wir werden auch innerhalb des kommenden Reichstages in engster Verbindung mit dem außerparlamentarischen Massenkampf gegen die

volksfeindliche Politik der Bourgeoisie und gegen das ganze System Young-Deutschlands vorstoßen.
Unsere erste Forderung wird die bedingungslose Einstellung aller Tributleistungen des räuberischen Young-Planes sein, die wir im Reichstag beantragen werden. Hier müssen die Nazis Farbe bekennen.
Wir werden weiter ein großzügiges Sparprogramm im Reichstag einbringen, das den werktätigen Massen zeigen wird, welche Millionen- und Milliardenbeträge aus den Steuergroschen des arbeitenden Volkes von dem heutigen Young-Deutschland für die Pensionen der Generale und Minister, für Reichswehr und Polizei und für alle übrigen Nutznießer und Pfründenempfänger des kapitalistischen Ausbeuterstaates vergeudet werden und eingespart werden könnten.
Wir werden ferner für die Erwerbslosen durch besondere Anträge die Forderungen auf Arbeit und Brot bei gleichzeitiger Einführung des Siebenstundentages bei vollem Lohnausgleich aufstellen.
Außerdem wird die Kommunistische Partei im Reichstag sofort den Kampf zur Erhöhung der Steuern für Millionäre und alle Besitzenden und zum Abbau der Massensteuern aufnehmen.
Gleichzeitig werden wir eine Reihe weitgehender, radikaler Notmaßnahmen zur Unterstützung des darbenden Mittelstandes sowie der armen Bauern und zur Bekämpfung des Monopolkapitals fordern.
Gegen die Brüning-Regierung werden wir ein Mißtrauensvotum einbringen und zugleich die Aufhebung aller räuberischen und verfassungswidrigen Notverordnungen und Zwangsmaßnahmen beantragen.
Schließlich wird die Kommunistische Partei in Preußen und anderen Ländern, so wie es in Thüringen schon geschehen ist, den Kampf für die Auflösung der Landtage sofort aufnehmen, nachdem die Reichstagswahl gezeigt hat, welcher klaffende Gegensatz zwischen diesen Parlamenten und der wirklichen Stimmung im Lande besteht.
Das, Genossen, sind in kurzen Zügen die ersten Schritte, die die Kommunistische Partei im Namen der 4,6 Millionen Werktätigen, die uns ihr Vertrauen bekundet haben, innerhalb des Parlaments einleiten wird, wobei diese Aktionen selbstverständlich getragen sein werden von dem außerparlamentarischen Massenkampf in den Betrieben und auf den Stempelstellen, in Stadt und Land.
Nun zu den *Grundaufgaben*, die in unserer gesamten politischen Arbeit vor uns stehen und zu denen die Partei auf Grund des Wahlergebnisses *Stellung nehmen muß*. Es ist dabei klar, daß wir als Kommunistische Partei bei der Überprüfung des Wahlergebnisses und der Lehren, die wir für die Zukunft ziehen müssen, die Methode der bolschewistischen Selbstkritik energisch anwenden, weil wir wissen, daß gerade diese Selbstkritik der Kommunistischen Partei ein entscheidender Faktor ist, um nicht nur unsere eigenen Kräfte, sondern die Initiative der Massen besonders zu entfalten und zu steigern. Welche Grundfragen müssen wir heute in den Vordergrund stellen?
Das Wahlergebnis zeigt, daß eine gewaltige Spanne zwischen dem großen und ständig wachsenden politischen Einfluß, den wir in Deutschland zu verzeichnen haben, und dessen organisatorischer Verankerung besteht. Wenn wir nicht verstehen, die 4,6-Millionen-Front außerparlamentarisch auszubauen und organisatorisch zu verankern, durch neue Methoden und neue Wege, dann werden wir nicht stark genug sein, um unsere große historische Aufgabe zu erfüllen. Deshalb ist es notwendig, folgende Aufgaben in Angriff zu nehmen:
Erstens: Wir sahen in diesem Wahlkampf, daß unsere Partei vielfach mit einer gewissen Verspätung ihre Kräfte auf die Betriebe konzentrierte. Das gilt auch für Berlin. Tatsächlich haben wir, wenn wir ganz Deutschland überprüfen, sogar einen teilweisen Rückgang unserer Betriebszellen. Diese Schwäche muß schnellstens ausgemerzt werden.
Diese Grundlage für unsere Politik im Betrieb bekommt eine viel größere Bedeutung, wenn wir die Möglichkeit des Verbotes der Partei stellen. Die organisatorische Unzulänglichkeit

kann uns viel kosten. Zwar spielt Stempelstelle und Wohnbezirk auch eine Rolle, aber die entscheidende Basis unserer ganzen politischen Tätigkeit liegt in den Betrieben, besonders in den Großbetrieben. Wir werden deshalb versuchen, in Deutschland die Frage des Ausbaues der Betriebszellen in den verschiedenen Betrieben anders zu stellen als in der Vergangenheit. *Das politische Zentrum muß direkt im Betriebe sein.*

Zweitens: Wenn wir zurückblicken auf den *Ausbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition* in der letzten Zeit, so müssen wir die größten organisatorischen Schwächen bemerken. Wir müssen sehen, daß mit der Entwicklung des Faschismus neue Wege des Aufbaues der Revolutionären Gewerkschaftsopposition beschritten werden müssen. Wir haben in Deutschland fünf Millionen freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter, außer den Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Wir haben die ausgestoßenen Zahlstellen, die der RGO angegliedert sind, und wir haben verschiedene, vielfach schlechte Fraktionen innerhalb der Gewerkschaften.

In dieser Situation tritt an uns die Frage heran: *Wie wollen wir unsere großen politischen Aufgaben organisatorisch erfüllen?* Vor uns steht die Aufgabe, alle revolutionären Arbeiter, ob organisiert oder unorganisiert, in den Betriebsgruppen der RGO zu registrieren. Wir müssen unsere Ängstlichkeit ablegen und von der Ausgabe von Karten zur Herausgabe von Mitgliedsbüchern übergehen. Mit der Herausgabe von Mitgliedsbüchern und der Kassierung und Registrierung müssen auch neue organisatorische Maßnahmen eingeleitet werden, um Schritt für Schritt unsere Positionen in der Masse zu stärken, weil die Entwicklung die Partei vor neue Aufgaben stellt.

In der heutigen Situation haben Wirtschaftskämpfe nicht mehr denselben Charakter wie früher, sondern nehmen den Charakter des politischen Kampfes an, weil sie sich nicht mehr allein gegen das Unternehmertum richten, sondern gegen den Staat, gegen Polizei, Faschismus und Sozialfaschismus, gegen alle Unterdrückungsmaßnahmen und alle Versuche der Streikabwürgung.

Bei einer solchen Lage müssen wir den Weg freimachen für die Erfassung neuer Hunderttausender gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und die vielen Millionen unorganisierter Arbeiter für den revolutionären Klassenkampf. Viel mehr revolutionärer Elan und eine viel stärkere geistige Initiative ist notwendig, um in die Millionenmassen im Betrieb, in den Gewerkschaften, auf den Stempelstellen einzudringen, gleichgültig, ob es Männer, Frauen oder Jungproletarier sind, um sie hineinzubringen in die revolutionäre gewerkschaftliche Massenorganisation Deutschlands.

Die dritte Frage, die wir zu lösen versuchen, ist die: Wie können wir die Stimmungen, die im deutschen Proletariat vorhanden sind, besonders bei den sozialdemokratischen Arbeitern und noch viel mehr bei den Parteilosen, gegen den Faschismus organisatorisch befestigen und verankern. Wir wissen, daß in diesem Wahlkampf die roten Wahlhelfer eine große Arbeit geleistet haben. In der jetzigen Situation soll diese Wahlhelferbewegung von uns nicht aufgelöst werden, sondern wir müssen ihr neue Aufgaben geben. Wir appellieren an diese Wahlhelfer, gemeinsam mit den Betriebswehren, den Erwerbslosenstaffeln an unserer Seite den Kampf gegen den Faschismus zu verstärken. Wir müssen versuchen, eine neue antifaschistische Organisation zu schaffen, die als entscheidendes Kampforgan gegen den Faschismus in Deutschland neben der Kommunistischen Partei und dem nicht zu verbietenden Roten Frontkämpferbund, der weiterlebt und weiterkämpft, in Erscheinung tritt. Wir sind der festen Meinung, daß der Geist der Wehrhaftigkeit im deutschen Proletariat gestärkt werden muß.

Viertens: Der ungeheure Zustrom von neuen Mitgliedern und derer, die uns ihre Stimme gegeben haben, ist noch nicht abgeschlossen. Neue Zehntausende müssen hinein in die Partei. Die Partei ist so ungeheuer stark geworden, daß sie auch in der Lage ist, neue Kämpfer zu gewinnen, um ihre historischen Aufgaben zu erfüllen. Aber nicht nur die Aufnahme neuer Mitglieder ist wichtig, sondern auch die Anwendung neuer kameradschaftlicher Methoden,

um die Mitglieder zu halten. Aus diesem Grunde muß das geistige Leben, der kollektive Gemeinschaftsgeist in der Partei zur höchsten Entfaltung gebracht werden. Die Werbung von neuen Abonnenten für unsere Presse ist eine unerläßliche Aufgabe.

In allen Bezirken muß die Grundlage für die Auffrischung der Partei mit neuen Elementen geschaffen werden. Dabei gilt es, sich auf die großen Betriebe zu konzentrieren, auf die Eisenbahnen und übrigen Verkehrsmittel, die später für uns eine große strategische Bedeutung haben. Auch die Arbeitslosen, deren Zahl sich in diesem Winter von 3 auf 4½ Millionen erhöhen wird, wobei die Zahl der Ausgesteuerten immer mehr ansteigt. Wir können sie nur politisch festigen durch enge Solidarität mit den im Betrieb stehenden Arbeitern. Aufkommende Verzweiflungsstimmung darf nicht dem Faschismus zugute kommen, sondern muß für die Ziele unseres Befreiungskampfes ausgewertet werden!

Eine entscheidende Frage ist ferner unser Ringen um die Angestellten.

Wenn wir das Wahlresultat überprüfen, so sehen wir, daß die Frauen viel stärker die bürgerlichen Parteien wählen. Trotzdem ist unsere Position bei den werktätigen Frauen schon viel stärker geworden. Jetzt müssen wir die Arbeit insbesondere unter den Arbeiterinnen, unter den proletarischen Hausfrauen verzehnfachen, weil nach der letzten Statistik in Deutschland 42,4 Prozent aller Frauen erwerbstätig sind.

Zugleich gilt es, eine schärfere Interessenvertretung mit konkreten Forderungen für die Millionen der *Jungarbeiterschaft* einzuleiten und die Partei stärker für die Jugend einzuspannen. Wir haben schon aus den Reihen der Jungwähler neue Kräfte gewonnen, aber wir dürfen damit nicht zufrieden sein, sondern müssen unsere Arbeit unter der proletarischen .lugend mit neuem Elan, mit unermüdlicher Anstrengung zu steigern wissen.

Auf dem Gebiete unserer *ländlichen Arbeit*, in den Hauptzentren des Faschismus, unter den kleinen Bauern und Landproleten müssen wir neue Methoden der Bearbeitung und des Bündnisses mit dem Proletariat der Städte herausarbeiten. Ohne Rationalisierung unserer Arbeit, ohne zweckmäßige Verteilung der Funktionen werden unsere großen Aufgaben nicht gelöst werden können. Durch die Rationalisierung der Arbeit müssen wir jedem Funktionär, der im Betriebe steht, die Möglichkeit geben, sein ideologisches Wissen zu bereichern. Jede Bezirksleitung, auch die Berliner Organisation, muß versuchen, derartige Methoden der Arbeit zu finden, daß ein neuer Zug, neuer kühner Offensivgeist innerhalb der Partei und der werktätigen Massen außerhalb der Partei einzieht.

Wir haben in Berlin 738000 Stimmen. Aus diesen Massen müssen wir *neue Kader zur Auffrischung der Partei* gewinnen. Wir waren gezwungen, in Deutschland an verschiedenen Stellen Umstellungen durchzuführen, manche Genossen durch andere zu ersetzen, nicht, weil sie ihre Pflicht nicht taten, sondern weil die Anforderungen, die an die Partei gestellt werden, so groß sind und ständig wachsen, daß eine solche Auswechselung, Verbesserung und Ersetzung von Genossen auf verantwortlichem Posten notwendig war. Ich glaube, daß auch in Berlin eine Erneuerung der Kräfte in der Organisation von unten bis oben, von oben bis unten notwendig ist.

Für uns gibt es auch nach diesem gewaltigen Wahlsieg kein Erlahmen, kein Ausruhen. Im Gegenteil, je stärker wir werden, je mehr wir in den Massen vorstoßen, desto größere Opfer muß jeder einzelne Kommunist für unsere siegreiche Sache bringen. Jeder Kommunist muß ein Agitator und Kämpfer für Sowjetdeutschland sein, jeder Kommunist muß zu einem Führer der Massen wachsen, der die Arbeiter und Werktätigen um das Banner der Revolution zu sammeln und die Trommel der proletarischen Offensive zu schlagen versteht!

Unser Befreiungsprogramm, dieses Dokument von größter historischer Bedeutung, das in knapper Sprache den Arbeitermassen unsere Aufgaben und Ziele aufzeigt, war kein Wahlmanifest, das wir nach den Wahlen beiseite legen können. Im Gegenteil, dieses Programm wird jetzt, wo die Wahlen unseren gewaltigen Vormarsch dokumentiert haben, erst recht zum Signal für unseren immer stärkeren, immer kühneren Kampf gegen die Young-Herrschaft des kapitalistischen Deutschland. Erst recht gilt es, die einzelnen Abschnitte

unseres Befreiungsprogramms vor den Massen zu popularisieren und immer neue Millionen zu wecken und zusammenzuschließen zur Kampffront der Hungernden gegen die Satten.
Sowjetdeutschland, für das wir mit unserem Befreiungsprogramm werben und kämpfen, wird die Ketten des Young-Plans abschütteln und an die Stelle des kapitalistischen Massenelends den sozialistischen Aufbau setzen. Im kommenden Sowjetdeutschland, wo aus den Massen der Arbeiter, Angestellten und Werktätigen die Fähigsten aufsteigen werden, um alle Kräfte der Massen zu entfalten, werden die Prasser und Ausbeuter, die Unternehmer, von denen ein Hitler verkündet, sie dürfen als eine höhere Rasse über die breite Masse herrschen, sich nicht mehr als Herrenschicht aufspielen!
Sowjetdeutschland bringt den Massen Brot, Freiheit, Macht! Für Sowjetdeutschland stürmen und kämpfen wir als die Partei, die die Interessen aller Werktätigen verteidigt gegen alle Klassenfeinde des Proletariats. Spannt alle Kräfte an, schmiedet die eiserne Klassenfront, damit auf den Trümmern Young-Deutschlands das freie sozialistische Sowjetdeutschland ersteht!

Internationale Presse Korrespondenz II, 1930

Die KPD nach den Reichstagswahlen

Die deutschen Reichstagswahlen vom 14. September 1930 standen im Zeichen der wachsenden *Krise* des kapitalistischen Systems. 3 Millionen Erwerbslose, 2 Millionen Kurzarbeiter, die Hungeroffensive der Kapitalistenregierung gegen alle Schichten des Proletariats und der Werktätigen, von den Erwerbslosen über die Betriebsarbeiter, die Angestellten, Beamten, die notleidenden Mittelständler bis zum schaffenden Landvolk, die verzweifelten Versuche der Bourgeoisie, mit faschistischen Methoden noch einmal eine „kapitalistische Lösung" der Krise auf Kosten der arbeitenden Massen zu erzwingen, - *das alles* gab dem Wahlkampf wie den Wahlen selbst und ihrem Ergebnis, das besondere Gepräge.

Betrachtet man die heutige Situation in Deutschland, so ergibt sich eine vollständige und schlagende Bestätigung aller Auffassungen über die Perspektiven der Entwicklung, wie sie die KPD auf dem Weddinger Parteitag herausarbeitete und wie sie besonders auf dem *10. Plenum* der Komintern bestätigt und erweitert wurden. Das Umschlagen der Wirtschaftskrise in die politische Krise des kapitalistischen Systems vollzieht sich in Deutschland in überaus raschem Tempo. Millionenmassen der arbeitenden Bevölkerung, die noch vor wenigen Monaten nicht im mindesten daran zweifelten, daß die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung eine wahrhaft „gottgewollte" Ordnung sei, *zweifeln* heute längst am kapitalistischen System, *rebellieren* - wenn auch noch in dumpfen und unklaren Formen - gegen das heutige System. Millionen, die noch abseits der kommunistischen Bewegung stehen, suchen doch schon einen *Ausweg* aus dem Massenelend und der Katastrophe der kapitalistischen Gegenwart. *Das* ist die soziale Basis, auf der sich die Wahlen vom 14. September abspielten, ja mehr als das, die Basis für den gesamten vergangenen Wahlkampf in Deutschland.

Aus diesen Voraussetzungen entwickelte sich das Wahlergebnis vom 14. September. Die Betrachtung dieses Wahlresultats ergibt *eine Haupttatsache: den überwältigenden Sieg der KPD!* Dieser Wahlsieg, der durch den gleichzeitigen außerordentlichen Stimmenerfolg der Nationalsozialisten in keiner Weise abgeschwächt oder beeinträchtigt wird, entspricht nur zum kleineren Teil der günstigen *objektiven* Situation. Entscheidend und ausschlaggebend ist vielmehr die Tatsache, daß die *richtige Politik der Komintern und der KPD*, der bolschewistische Massenkurs, wie ihn der Weddinger Parteitag von der deutschen Partei forderte und wie ihn die Partei unter Führung des Zentralkomitees einschlug, die Voraussetzungen für die Eroberung der proletarischen Mehrheit durch die Kommunistische Partei schuf.

Welches sind die entscheidenden Faktoren für die Bewertung des Wahlausganges? Worin drückt sich die gewaltige politische Bedeutung gerade *dieser* Wahlen aus, die sich weit über den Rahmen einer gewöhnlichen parlamentarischen Wahl hinaushebt? Ein erster und wichtiger Punkt ist die *internationale Bedeutung* dieser deutschen Reichstagswahlen und des Wahlsieges der KPD. Der Ausgang der deutschen Wahlen wird in der bürgerlichen Presse aller kapitalistischen Länder leidenschaftlich diskutiert. Zufriedenheit verrät nur die italienische Faschistenpresse, alle anderen Blätter stehen im Zeichen größter Bestürzung. Übereinstimmend wird das Ergebnis der Wahl auf die schwere *Krise* des kapitalistischen Deutschland, auf das Massenelend und die allgemeine Unzufriedenheit breiter Volkskreise mit der Politik der Regierung zurückgeführt. Übereinstimmend wird ferner mit unverhohlenem Schrecken festgestellt, daß der Ausgang der Wahlen gewissermaßen einem *Volksentscheid gegen den Young-Plan und den Versailler Vertrag* gleichkommt. Auch die liberale Presse des Auslandes betrachtet das Wahlergebnis in Deutschland als ein Anzeichen des *Bankrotts* des Parlamentarismus, als ein Symptom für die schwere Krise der bürgerlichen Demokratie.

Bezüglich der internationalen Auswirkungen der deutschen Wahl gebärdet sich die französische und polnische Presse am aufgeregtesten. In *Frankreich* malt man das Gespenst der Revanche an die Wand und fordert eine Neuorientierung der französischen Außenpolitik in einem aggressiveren Sinne. In *Polen* benutzt die Pilsudski-Presse den Wahlsieg der deutschen Nationalsozialisten als einen Hauptschlager für den polnischen Wahlkampf. Der Hinweis auf eine kommende aggressivere deutsche Ostpolitik dient als Argument für die Entfesselung einer schrankenlosen chauvinistisch-faschistischen Hetze in Polen.
Anderseits bewertet die bürgerliche Auslandspresse den Wahlsieg der deutschen Kommunisten als „Anzeichen von Kampf und Unruhe". Das gilt vor allem auch vor allem auch für *die amerikanische* Presse. Dort schreibt z. B. „Washington Star":

„Es war ein schwarzer Sonntag für Deutschland. Die Faschisten und die *Kommunisten* sind fortan ein böser Dorn im Fleische jeder deutschen Regierung ... Die deutsche Republik ist noch am Leben, aber es ist unbestreitbar, daß sie *ernstlich bedroht* ist."

Eine andere bürgerliche amerikanische Zeitung, die „Washington Post", erklärt:

„Die deutschen Wahlen zeigen, daß der *Geist der Unruhe*, der sich in Südamerika offenbart hat, auch in Europa Wurzel gefaßt hat ... Die wirtschaftliche Notlage, die Arbeitslosigkeit, die hohe Besteuerung haben das deutsche Volk in Unruhe versetzt."

Eine weitere amerikanische Zeitung, „World", schreibt:

„Durch den Ausgang der Wahlen haben Millionen Menschen in Deutschland ihrem Unwillen über die *Steuerlasten* und die *Arbeitslosigkeit* Luft gemacht."

Und schließlich die „Herald Tribüne", die von einem „Gefühlsausbruch der *verzweifelten Unzufriedenheit* mit der trostlosen Wirtschaftslage" und von einer „spontanen Geste des *Protestes* gegen den Versailler Vertrag und den Young-Plan" spricht.
Über die Erregung in der gesamten französischen Presse haben wir bereits kurz berichtet. So schreibt z. B. der Außenpolitiker des „Matin":

„Eine vollständige *Anarchie* in Deutschland wäre verhängnisvoll für ganz Europa, für die ganze bürgerliche Welt."

Auch das „Journal" betrachtet die Perspektiven der Entwicklung Deutschlands mit panischem Schrecken. So schreibt es:

„Welchen Weg wird Deutschland einschlagen? Was wird der Winter bringen? Wird man *blutige Zusammenstöße* erleben, die Niederwerfung der Demokratie durch Gewalt, Abenteurerpolitik, Wirtschaftskrise, Reichstagsauflösung, Krise des Regimes, Anarchie und Gewaltstreich? - Alles das ist Geheimnis der Zukunft."

Auch die englische Presse befürchtet vor allem die innerpolitischen Auswirkungen der deutschen Wahlen. So schreibt der „Daily Telegraph", daß die deutschen Wahlen dem republikanischen System in Deutschland den härtesten Stoß gegeben hätten, den ein Regierungssystem in unserer Zeit erlitten habe. Nach dem „Daily Express" offenbart das Wahlresultat „das politische Chaos einer Nation" die einst der stärkste *Stützpunkt der Ordnung* in Europa gewesen sei". Auch die „Morning Post" erblickt in dem Ausgang der Wahlen eine schwere *Gefährdung des kapitalistischen Systems* in Deutschland.
Die italienische Presse überschlägt sich vor Begeisterung über den Stimmenzuwachs der Nationalsozialisten. In fast allen Blättern erscheinen Bilder Hitlers.
Andrerseits erklärt der „Messaggero", man dürfe nicht vergessen, daß jede Partei, die stark wachse, auch eine *größere Verantwortung* auf sich nehme und notwendigerweise dazu

geführt werde, „wenn nicht ihr Programm, so doch die *Methoden* seiner Anwendung zu ändern und *zu mäßigen*“. Der „Corriere della Sera“ schreibt über den Verlauf des Wahlkampfes u. a.:

„Die *Kommunisten* entfalteten eine fieberhafte Tätigkeit. Die *rote Farbe beherrschte die Straßen*. Vor allem fielen kommunistische Frauen mit flammend roten Blusen auf: eine Art von moskowitischen Frauenbataillonen.“

Auch die tschechoslowakische „Prager Presse“ überschreibt ihren Leitartikel über die deutschen Wahlen bezeichnenderweise *„Revolutionäres Deutschland“*. Die Wiener „Arbeiterzeitung“, das Blatt der österreichischen Sozialdemokratie, bemüht sich zwar krampfhaft, die Wahlniederlage der deutschen Sozialdemokratie zu vertuschen, muß aber doch Sätze wie den folgenden schreiben:

„Das ist vielleicht, was an dem gestrigen Wahlergebnis am meisten zu denken gibt: daß die deutsche *Jugend* zum großen Teil faschistisch und *kommunistisch* gewählt hat.“

Erheblich weiter geht der Wiener sozialdemokratische „Abend“ in seinen Eingeständnissen. Er schreibt:

„Der *Sieg der Kommunisten* ist, auch das soll nicht verschwiegen sein, zum großen Teil auf schwere Fehler der Sozialdemokraten zurückzuführen ... Die Partei ist, das muß einmal gesagt werden, in ihrem Drang, eine staatserhaltende Partei zu sein, weiter gegangen als sie durfte. Sie bezahlt jetzt ihre wertvollen *Dienste*, die sie zwei Jahre lang dem *Bürgertum* als führende Partei der Koalition geleistet hat.“

Wir haben absichtlich so ausführlich die internationalen Pressestimmen aus allen kapitalistischen Ländern über die deutschen Reichstagswahlen wiedergegeben, um damit die internationale Bedeutung des Wahlsieges der KPD zu illustrieren. Tatsächlich hat die Kommunistische Partei Deutschlands bei diesen Reichstagswahlen nicht nur der deutschen Sozialdemokratie, sondern zugleich der ganzen II. Internationale einen schweren Schlag versetzt. Es ist z. B. kein Zufall, daß die polnische Reaktion von dem Wahlsieg der KPD auch ein Anwachsen der kommunistischen Stimmen bei den bevorstehenden polnischen Wahlen befürchtet. Die Wahlen vom 14. September sind ein gewaltiges *Massenbekenntnis von Millionen Werktätigen für die Kommunistische Internationale und für die Sowjetunion*.

*

Wie steht es nun mit dem zahlenmäßigen Ausfall der Wahlen und im einzelnen? Die Kommunistische Partei hatte bei den Reichstagswahlen von 1928 10,6 Prozent der abgegebenen Stimmen für sich gewonnen. 1924 bei den Maiwahlen, im Gefolge der Inflation und der revolutionären Zuspitzung von 1923 betrug der Prozentsatz 12,6 Prozent. Aber selbst dieser bisher als sensationeller Spitzenerfolg geltende Wahlausgang von 1924 wurde *diesmal übertroffen*. Die Kommunisten erhielten 13,12 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Natürlich ist dieser prozentuale -Anteil der kommunistischen Stimmen in den einzelnen Bezirken und Städten verschiedenartig verteilt. An der Spitze marschiert *Berlin*, wo die KPD 33 Prozent aller Stimmen erhielt. Es folgt der Wahlkreis Düsseldorf-Ost, der teils zum Ruhrgebiet, teils zum Bezirk Niederrhein zählt, dann Halle-Merseburg usw. An letzter Stelle steht das bayerische Franken, wo nur noch 4,8 Prozent der abgegebenen Stimmen auf die KPD entfielen. Nach alledem zeigt sich, daß die Kommunistische Partei nicht bloß in den *absoluten* Wahlziffern durch den Zuwachs von 3,2 Millionen auf 4,6 Millionen Stimmen einen gewaltigen Fortschritt erzielte, sondern auch, trotz der allgemein wachsenden Wahlbeteiligung, ihren relativen *Anteil an den Gesamtstimmen* zu steigern vermochte.

Dieser Wahlerfolg der Partei gewinnt seine ganz besondere Bedeutung durch die Tatsache, daß gerade in den entscheidenden Hochburgen der Industrie ein besonders glänzender Vormarsch des Kommunismus zu verzeichnen ist. In *Berlin*, als der Hauptstadt Deutschlands und dem Regierungszentrum der Bourgeoisie, in der schwerindustriellen Stadt *Düsseldorf*, in dem wichtigen Zentrum der Chemieindustrie, *Halle-Merseburg*, und in zahlreichen anderen Industriestädten schlug die Kommunistische Partei nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die Faschisten und alle Bürgerlichen und wurde zur *stärksten aller Parteien*. Ganz besonders in Berlin, wo die Partei zum ersten Male die SPD überflügelte und in einer Reihe von Arbeiterbezirken, in denen noch bei der Kommunalwahl die SPD stärker war, jetzt ihrerseits die Mehrheit eroberte, ist der Erfolg der Partei auf Kosten des Reformismus ein durchschlagender.
Selbstverständlich wird das Gewicht des Wahlsieges der KPD überhaupt durch die Tatsache entscheidend erhöht, daß dieser Vormarsch sich *auf Kosten der Sozialdemokratie* vollzog. Damit ist ein großer *Wendepunkt*, der Beginn eines historischen Umschwunges der Kräfteverhältnisse innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung zugunsten der Kommunistischen Partei erreicht. Hierbei drückt sich der *Verlust der SPD* nicht etwa nur in ihrem *absoluten* Stimmenrückgang aus, sondern vor allem auch in ihrem *relativen* Verlust, gemessen an der allgemein stärkeren Wahlbeteiligung. Unter Mitberechnung dieses Faktors hat die SPD eigentlich nicht nur 13, sondern, entsprechend ihrer früheren anteilmäßigen Stärke, sogar 38 Mandate verloren. Früher machte die Sozialdemokratie 31 Prozent des Reichstages, fast ein Drittel aus, heute nur noch 25 Prozent, also ein Viertel. Die 600000 Stimmen, die die SPD direkt verloren hat, wurden fast ausnahmslos von der Kommunistischen Partei gewonnen. Andrerseits ist es klar, daß über das Maß dieser 600000 hinaus die KPD weitere Hunderttausende von sozialdemokratischen *Betriebsarbeitern* und *Erwerbslosen* gewonnen hat, für die die SPD aus kleinbürgerlichen Schichten, so aus dem Anhang der Demokratischen Partei usw., einen gewissen Ausgleich hatte. Naturgemäß veränderte sich damit aber zugleich die *soziale Struktur* der beiden Parteien: bei der KPD im Sinne einer Erweiterung ihrer *proletarischen* Verankerung, bei der SPD in der Linie einer fortgesetzt steigenden *Verbürgerlichung*.
Die Versuche der SPD, ihre Wahlniederlage zu beschönigen, wie sie insbesondere das Zentralorgan, das Sprachrohr des sozialdemokratischen Parteivorstandes, der „Vorwärts, betrieb, scheiterten. Selbst die sozialdemokratische Breslauer „Volkswacht“ schrieb dazu:

„In solcher Lage ist die in der ... Auslassung des ‚Vorwärts’ betriebene, völlig *unbegründete Schönfärberei* wahrlich ein starkes Stück. Wir sind, statt zu gewinnen, *nicht unerheblich zurückgegangen* und dazu in einer Lage, die dies Zurückgehen besonders schwer ins Gewicht fallen läßt.“

Das führende Blatt der sogenannten „linken“ SPD, die „Leipziger Volkszeitung“, äußert sich ähnlich:

„Die Sozialdemokratische Partei hat von dem Anwachsen der Wahlbeteiligung nichts profitiert. Sie hat rund 600000 Stimmen *eingebüßt*. Das ist ein Schlag, der für die Sozialdemokratische Partei eine beträchtliche Schlappe ist. Die *Kommunisten* haben 22 Mandate *gewonnen*. Sie *gewannen* ihre Mandate *von der Sozialdemokratie*. Aber sie stießen *darüber hinaus* in das Lager der Nichtwähler vor.“

Es ist besonders aufschlußreich, daß diese Niederlage der SPD eintrat, obwohl die Sozialdemokratie schon seit einem halben Jahr durch den *Fußtritt der Bourgeoisie* aus den Regierungssesseln hinausgeworfen war und somit den Wahlkampf in der etwas günstigeren Position einer nicht unmittelbaren Belastung mit der Verantwortung für die Politik der Brüning-Regierung führen konnte. Auch die *Scheinopposition* der SPD konnte somit *nicht* den Einbruch der Kommunistischen Partei in die Reihen des Reformismus und die

Losreißung sozialdemokratischer Arbeitermassen vom Reformismus für das revolutionäre Lager verhindern. Das ist eine wichtige und lehrreiche Tatsache.

*

Der Erfolg der Partei beschränkte sich aber nicht nur auf ihren siegreichen Kampf gegen die Sozialdemokratie, obwohl hierin - als dem Erfolg gegenüber dem Hauptfeind im Lager der Arbeiterklasse - die bedeutungsvollste Erscheinung des Wahlergebnisses zu erblicken ist. Daneben vermochte jedoch die Partei auch große Fortschritte auf dem Gebiete des Kampfes um die *Gewinnung oder Neutralisierung der Mittelschichten* zu erzielen. Schon bei den Versammlungen während des Wahlkampfes zeigte es sich, daß die Partei in die Schichten des notleidenden Mittelstandes in den Städten und der arbeitenden Bauernschaft auf dem Lande einzudringen beginnt.
Zum ersten Male wurde auch bei diesem Wahlkampf - wenngleich in noch völlig ungenügendem Ausmaß - ein ernsterer *Kampf gegen das Zentrum* geführt. Das Zentrum wurde in der letzten politischen Entwicklung Deutschlands unter Zurückdrängung der Deutschen Volkspartei zur *führenden* und repräsentativen Partei der deutschen Großbourgeoisie, Die religiöse Disziplin und der Einfluß der Kirche auf die katholischen Anhänger des Zentrums bewirken, daß diese Partei von dem allgemeinen Zersetzungs- und Gärungsprozeß, der sämtliche alten traditionellen bürgerlichen Parteien heimsucht, viel langsamer betroffen wird als jede andere Partei. So hat das Zentrum bei den jetzigen Wahlen seine absolute Stimmenzahl etwas steigern können; gemessen an der erhöhten Wahlbeteiligung hat das Zentrum jedoch *relativ verloren*.
Auch dem Zentrum gegenüber gibt es wichtige Erfolge der Partei. In *Essen* z.B., der Hauptstadt des Ruhrgebiets, wo das Zentrum die stärkste Partei ist und die KPD früher nur 67000 Stimmen gegenüber den 95000 Stimmen des Zentrums aufzuweisen vermochte, holte die Partei diesmal diesen großen Vorsprung fast völlig auf. Bei den Wahlen vom 14. September 1930 stehen den nunmehr 98000 Stimmen des Zentrums, das also trotz gestiegener Wahlbeteiligung kaum zuzunehmen vermochte, bereits 89000 *Stimmen der KPD* gegenüber, während die SPD von 60000 auf 50000 gefallen ist.
Naturgemäß zeigt bereits die rein zahlenmäßige Überprüfung der Wahlergebnisse auch einige *ernste Mängel*. Zwar unterscheidet sich der Wahlerfolg der KPD im Jahre 1930 von dem des Jahres 1928 grundsätzlich gerade darin, daß damals neben gewaltigen Erfolgen in Berlin usw. auch erhebliche Rückschläge in einigen Bezirken, vor allem agrarischer Natur, in Süddeutschland usw. vorhanden waren, während diesmal ein *allgemeiner Vormarsch der Partei in sämtlichen Bezirken Deutschlands* vorliegt. Aber diese Gleichmäßigkeit hinsichtlich des positiven Charakters der Wahlresultate schließt nicht aus, daß die Erfolge in einzelnen Bezirken *unbefriedigend* sind. Das gilt vor allem für *Ostpreußen* und *Schlesien*. In Ostpreußen stieg zwar die kommunistische Stimmenzahl von 95000 um 30000 auf 125000. Da aber die SPD gleichzeitig 46000 Stimmen verloren hat, erweist es sich, daß *nicht alle* sozialdemokratischen Stimmen von uns aufgesaugt wurden, geschweige denn darüber hinaus Stimmen von Jungwählern und ehemals bürgerlichen Wählern, sondern daß teilweise sogar sozialdemokratische Stimmen den Faschisten zugute kamen. Ähnlich liegt der Fall in *Schlesien*. Diese Schwächen sind offensichtlich Folgeerscheinungen gewisser *Schwankungen sektiererischer Natur*, wie sie in diesen Bezirken in der gesamten Praxis und besonders beim *Fall Merker* in Erscheinung traten.

*

Nun zur Bedeutung des großen nationalsozialistischen Stimmengewinns. Kann dieser zahlenmäßig außerordentliche Stimmengewinn dem Wahlsieg der KPD gleichgesetzt werden?

Das *Gegenteil* trifft zu. Tatsächlich ist ja der Erfolg der Nationalsozialisten nur eine Art von *Umgruppierung innerhalb des bürgerlichen Lagers*. Die Nationalsozialisten haben zahlreiche Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und einen größeren Teil der früheren Nichtwähler usw. übernommen. Ihre heutige Rolle ähnelt parlamentarisch der der *Deutschnationalen* in früherer Zeit: sie sind die *stärkste bürgerliche* Partei geworden.

Im Zeichen der Krise, der Zersetzung der bürgerlichen Gesellschaft und des Massenelends der Young-Sklaverei geraten immer größere Schichten von Werktätigen in einen *Widerspruch* gegen das kapitalistische System und damit auch gegen alle jene Parteien, deren *offen kapitalistischer Charakter* ihnen bereits bewußt geworden ist. So erklärt sich die Abwanderung aus dem Lager der alten bürgerlichen Parteien. Um diese Massen nicht zum Kommunismus, ins Lager der proletarischen Revolution marschieren zu lassen, spielt die Bourgeoisie ihre *letzte Karte* aus: die Nationalsozialistische Partei mit ihrer skrupellosen nationalen und sozialen Demagogie. Sie soll die Massen noch einmal auffangen und erneut an den Wagen des Kapitalismus ketten. Das ist die Funktion der Hitler-Partei im Dienste des Kapitalismus. Und daß die Nationalsozialistische Partei diese Aufgabe mit allen Kräften zu lösen bestrebt ist, haben die Wahlen vom 14. September bewiesen.

Andererseits ist es klar, daß diese letzte Karte der Bourgeoisie zugleich eine *gefährliche* Karte ist. Die widerspruchsvolle soziale Zusammensetzung der NSDAP und ihrer Anhängerschaft, die bunt zusammengewürfelt ist aus den verschiedenartigsten Elementen des Mittelstandes und des Landvolkes, der Studenten und Angestellten, zu denen auch einige rückständige Arbeiterschichten hinzukommen, trägt von Vornherein den *Keim der Zersetzung* in diese Partei. Naturgemäß werden solche Zersetzungserscheinungen, wie sie bereits vor den Wahlen häufig und kraß in der Hitler-Partei und an ihrer Peripherie in Erscheinung traten, nach den Wahlen in viel *stärkerem* Maße erneut auftauchen, je mehr die Annäherung der NSDAP an die Regierungsposten sie - im Sinne der zitierten Äußerung des italienischen faschistischen „Messagero“ - zur *Dämpfung* ihrer Agitation nötigt. Dabei hängt selbstverständlich alles von der Aktivität und *Kampfkraft der Kommunistischen Partei* gegen den Faschismus ab.

Welche Möglichkeiten für den politisch-ideologischen und wehrhaften Massenkampf der KPD gegen die Nationalsozialisten an und für sich gegeben sind, beweist das *Berliner Resultat*. In Berlin haben die Nationalsozialisten verhältnismäßig weniger günstig abgeschnitten als im übrigen Deutschland. Der Grund liegt auf der Hand. In Berlin, als dem *Sitz des Zentralkomitees*, wurden die wichtigsten Beschlüsse des *Polbüros* über den Kampf gegen den Faschismus, die später vom Plenum des Zentralkomitees bestätigt wurden, *rascher* in die Praxis der Partei umgesetzt und bis in die unteren Organisationen wirksam gemacht als in anderen Bezirken. Nun ist es selbstverständlich, daß bei einer ähnlichen *Durchführung der Polbüro-Beschlüsse* in ganz Deutschland, wenn sie rechtzeitig und ohne Tempoverlust eingesetzt hätte, auch das Anwachsen der faschistischen Stimmen im übrigen Deutschland hätte erheblich eingedämpft werden können. Jedenfalls zeigt das Berliner Beispiel, welche Möglichkeiten der Partei auf Grund ihrer richtigen Politik gegeben sind.

Gegenüber dem Wahlerfolg der Nationalsozialisten, wie er nun eingetreten ist, muß die KPD in den Massen - und gegebenenfalls auch in ihren eigenen Reihen - *zwei Tendenzen* bekämpfen: einmal etwaige Erscheinungen einer *Panikstimmung*, einer Überschätzung des faschistischen Erfolges, wie sie insbesondere unter sozialdemokratischen Arbeitern auftritt. Zum anderen auch eine *Unterschätzung der faschistischen Gefahr*, aus der sich eine ungenügende Kampfeinsteilung gegen den Faschismus ergeben würde. Auch hier versucht die SPD außerordentlich gefährliche Stimmungen in der Arbeiterschaft zu erwecken, indem sie die Perspektive aufrollt, die Nationalsozialisten sollen abwirtschaften, dann käme die SPD wieder ans Ruder. Gegen eine derartige *Einschläferungspropaganda* der sozialdemokratischen Helfershelfer des Faschismus richtet die KPD ihren schärfsten Kampf.

Aber der Wahlerfolg der Nationalsozialisten widerlegt auch gewisse Stimmungen, wie sie innerhalb der Partei bei vereinzelten Genossen auftraten, nach deren Auffassung der

Wahlkampf der Partei *zu stark gegen die Nationalsozialisten* geführt würde, wodurch eine *Abschwächung* unseres Kampfes gegen die SPD eintrete. Das *Gegenteil* ist der Fall. Gerade indem wir herausarbeiten, daß unser *Hauptfeind der Kapitalismus und die Bourgeoisie* sind und gerade durch unseren Kampf gegen den Faschismus zeigen wir den Massen die Tatsache, daß die *Kommunistische Partei die einzige antikapitalistische und antifaschistische Partei* ist, unter deren Führung auch sie sich in die Kampffront gegen Kapital und Faschismus einreihen müssen. Der antifaschistische Kampf der Kommunisten ist zugleich ein *entscheidender Hebel zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront* mit den sozialdemokratischen Arbeitern und zu ihrer Loslösung vom Sozialfaschismus. Unser Kampf gegen den Sozialfaschismus besteht nicht und darf nicht in der bloßen Fülle agitatorischer Angriffe gegen die Sozialdemokratie bestehen, sondern vor allem *in der Gesamtheit unserer revolutionären antikapitalistischen und antifaschistischen Politik*.

*

Eine wichtige, ja, die *schärfste* Waffe in unserem Kampf gegen die Faschisten war das *Befreiungsprogramm der KPD*. Gerade der schlagende politische Erfolg, den die Partei mit dieser *„Programmerklärung des Zentralkomitees für den nationalen und sozialen Befreiungskampf des deutschen Volkes“* erzielte, unterstreicht noch einmal die Tatsache, die schon auf den letzten Plenartagungen des Zentralkomitees der KPD festgestellt wurde, daß der Tempoverlust, den die Partei im Kampf gegen den Young-Plan in der Vergangenheit erlitten hat, den Vormarsch des Kommunismus in Deutschland unnötig verzögerte. Ohne diesen Tempoverlust würde die Partei heute die Demagogie der Nationalsozialisten bereits viel stärker entlarvt haben, als dies nunmehr schon geschehen ist.

Jedoch nicht nur in unserem Kampf gegen die Nationalsozialisten, sondern in jeder Hinsicht war das *Befreiungsprogramm der KPD von entscheidender Bedeutung für den kommunistischen Wahlsieg*. Hier zeigte die Partei in knappen, volkstümlichen Formen den Massen den Ausweg aus der drohenden Katastrophe des kapitalistischen Bankrotts. Hier erwies es sich, daß nur der Kommunismus Rettung aus dem Massenelend und der Young-Sklaverei bringen kann. Hier wurde in überzeugender Weise für Millionen von Werktätigen die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur eingehämmert. *Das Freiheitsprogramm wies den Weg des Kampfes um Sowjetdeutschland!*

Indem die Partei ihren ganzen Wahlkampf auf das Befreiungsprogramm und seine Popularisierung konzentrierte, hob sie zugleich die Wahlagitation und -propaganda in stärkerem Maße als das bei irgendeiner früheren parlamentarischen Wahl der Fall gewesen war, auf die Höhen einer klaren und *prinzipiellen* Aufrollung unseres revolutionären Weges ohne die mindesten Konzessionen an parlamentarische Illusionen.

Diese prinzipielle Führung des Wahlkampfes mit der eindeutigen *Herausarbeitung der Endziele der Kommunistischen Partei*, der proletarischen Diktatur, erfüllte vollkommen die Anforderungen der geschichtlichen Bedingungen, unter denen die Partei in den Wahlkampf zog. Die wirtschaftliche und politische Krise des kapitalistischen Systems mit ihrer gewaltigen *ideologisch-politischen Zersetzung* der Gesellschaft, mit ihrer *Radikalisierung* der Massen über den Rahmen der Arbeiterklasse hinaus bis tief in die kleinbürgerlichen Mittelschichten, mit ihrer *Zuspitzung der Klassengegensätze* zu einem heftigen Grad der Verschärfung, - diese ganze Situation verlangte eine solche *revolutionäre Steigerung unserer Agitation und Propaganda* mit kühnem Offensivgeist und vorwärtsstürmendem Elan.

Das Befreiungsprogramm der KPD als Mittelpunkt der gesamten Agitation und Propaganda entsprach dieser Notwendigkeit. Es ist klar, daß ein solches Programm der nationalen und sozialen Befreiung angesichts der tiefen Erbitterung in den breitesten Massen über die doppelte Sklavenfron durch die räuberischen imperialistischen Mächte und die deutsche

Bourgeoisie *nach dem 14. September erst recht zu einem Fanal für die Sammlung aller Werktätigen zum revolutionären Klassenkampf werden muß*.
Der Ausgang der Wahlen in Deutschland hat ja unzweideutig jene Voraussagen hinsichtlich der geschichtlichen Entwicklung erhärtet, wie sie die KPD und die Kommunistische Internationale im Moment der Maibarrikaden von 1929 entwickelten. Die *Barrikadenkämpfe vom Wedding und Neukölln* signalisierten in der Tat einen geschichtlichen Wendepunkt im Zeichen des herannahenden revolutionären Aufschwungs. Heute sind durch die Entwicklung in Deutschland alle diejenigen, die die Perspektiven der Kommunistischen Internationale bezweifelten und verwässerten, vollkommen *geschlagen*. 4,6 Millionen kommunistische Stimmen, siegreicher Vormarsch der KPD gegen den Reformismus im Kampf um die proletarische Mehrheit - *das* ist eine klare Widerspiegelung des *revolutionären Aufschwungs*. Und auf der anderen Seite beweist, auch der *Zerfall* der alten bürgerlichen Parteien und ihre Aufsaugung durch die Nationalsozialisten nur die Krise des kapitalistischen Systems. Einmal sind jene Massen, die in Verzweiflung und in Verbitterung auf die verlogenen Phrasen der Hitler-Partei hineinfielen, doch schon heute in einem solchen Prozeß der Gärung und Rebellion gegen das kapitalistische System begriffen, daß sie früher oder später auch die heuchlerische Rolle des Nationalsozialismus durchschauen werden. Zum anderen entspricht es wiederum nur der allgemeinen Verschärfung und *Zuspitzung der Klassengegensätze*, daß sich die Kräfte der kämpfenden Klassen auf beiden Seiten der Front immer klarer und rückhaltloser konzentrieren: hier, im Lager der Arbeiterklasse, auf dem Boden des Befreiungsprogramms der *Kommunistischen Partei*, dort, im Lager der Bourgeoisie, unter Führung des offenen *Faschismus*, der extremen Konterrevolution.
Die bankrotte Bourgeoisie selber, die mit ihren bisherigen Herrschaftsmethoden der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus am Ende ist, stellt mit der Faschisierung des Staatsapparates und der steigenden Annäherung an die Nationalsozialisten und Deutschnationalen immer klarer, immer unverhüllter die große Entscheidungsfrage: *Faschismus oder Kommunismus!*
Die 4,6-Millionen-Pront, die ihr Bekenntnis zum Kommunismus abgelegt hat, muß und wird nun nach dem Wahlsieg vom 14. September außerparlamentarisch neue Hunderttausende und Millionen gegen den Faschismus, gegen das kapitalistische System, gegen die Young-Ausplünderung mobilisieren. 4,6 Millionen Stimmen für die KPD - das bedeutet *neue, gewachsene, ernste Verantwortung, größere Pflichten der Partei gegenüber den Massen*. In der Verteidigung der Lebensinteressen der werktätigen Millionen in Stadt und Land muß die deutsche Partei gerade auf Grund ihres glänzenden Wahlsieges mit zehnfach stärkerer Anspannung aller Kräfte entscheidende Schritte zur Entfachung des revolutionären Massenkampfes vorwärts marschieren.

*

Ist die KPD den Anforderungen, die mit der wachsenden Reaktion, dem zunehmenden Faschismus - wie immer die Regierungskombination der Bourgeoisie ausfallen mag - an sie herantreten, gewachsen? Eine der ersten Aufgaben, die sich die Partei bei der Überprüfung der Lehren des Wahlkampfes sowie unserer gesamten revolutionären Massenarbeit stellen muß, ist die Anwendung einer wahrhaften *bolschewistischen Selbstkritik*. Die Partei kritisiert mit voller Schärfe Mängel und Unzulänglichkeiten, die in diesem Wahlkampf zutage getreten sind. Dazu gehört insbesondere das verspätete Einsetzen unserer Massenagitation und revolutionären Wahlarbeit in den Betrieben.
So allein, mit offener Selbstkritik, kann es gelingen, innerhalb der Partei und unter den Massen jene schöpferischen Kräfte zu entfachen, die zur Ausfüllung aller Lücken, zur Erneuerung der proletarischen Kader und zur Steigerung der Kampfkraft der Partei notwendig sind.

Wir hatten in diesem Wahlkampf *nicht*, wie die Sozialdemokraten und Faschisten, Millionengelder aus Unternehmertaschen und Gewerkschaftskassen zu unserer Verfügung. Wir hatten *nicht*, wie die anderen Parteien, Rundfunk, Flugzeuge, Tausende von Zeitungen. Wir zogen bettelarm in den Wahlkampf und finanzierten unsere Agitation durch opfermutige Sammlungen von *Arbeitergroschen*. Die *roten Wahlhelfer*, die *roten Frontkämpfer*, der *Kommunistische Jugendverband*, die *roten Sportler* und alle revolutionären *Massenorganisationen* halfen uns den Sieg erringen.

Gerade der Wahlsieg zeigt aber der Partei die große Disproportion zwischen ihrem gewachsenen politischen Einfluß, der sich ungeheuer verbreitert hat und täglich weiter verbreitert, und der mangelnden *organisatorischen Verankerung* dieses Einflusses. Hier gilt es, schnellste Abhilfe zu schaffen. Die Partei muß auf allen Wegen und auf allen Gebieten jene Maßnahmen treffen, die ihr die Möglichkeit geben, ihren politischen Einfluß, den Wahlsieg der 4,6 Millionen, in die außerparlamentarischen Kampfaktionen umzuwerten. *Ausbau und Vermehrung der Betriebszellen*, Hebung des engen kameradschaftlichen und kollektiven Geistes in den Betriebszellen - das ist einer der ersten und entscheidendsten Schritte.

Eine unserer zentralen Aufgaben ist jetzt der Ausbau und die *politische Entwicklung der revolutionären Gewerkschaftsopposition* mit neuen Methoden, entsprechend der heranreifenden neuen Situation. In der Gewerkschaftsfrage schickt sich die Partei jetzt an, eine entscheidende *Wendung* vorzunehmen. Wir müssen die Reihen der revolutionären Gewerkschaftsopposition politisch und organisatorisch fester zusammenschließen. Entsprechend den Beschlüssen des V. RGI-Kongresses werden zur besseren Erfassung der Organisierten und Unorganisierten in der revolutionären Gewerkschaftsopposition *Mitgliedsbücher herausgegeben*.

Mit der praktischen Führung der proletarischen *Lohn- und Wirtschaftskämpfe* müssen wir die Propaganda, Vorbereitung und Auslösung des *politischen Massenstreiks* gegen die faschistischen Überfälle und die staatlich-kapitalistische Reaktion verbinden. Werbung für die Partei und unsere Presse und darüber hinaus Entwicklung solcher Methoden im inneren Leben der Partei, durch die die geworbenen Mitglieder gehalten werden und die Fluktuation innerhalb der Partei überwunden werden kann - das ist der dritte Schritt.

Verstärkung der Arbeit unter den *Erwerbslosen*, den *Mittelschichten* in Stadt und Land, den vielen *Angestellten*, den *Arbeiterinnen* und Arbeiterfrauen und besonders der proletarischen *Jugend* - das ist das vierte Problem für die deutsche Partei.

Die fünfte Aufgabe ist die noch stärkere, noch breitere, noch entschiedenere Anwendung der proletarischen *Einheitsfronttaktik* von unten zur Gewinnung der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter. Im vollen Bewußtsein des Sieges unserer Partei vergessen wir keine Minute lang, daß die Sozialdemokratie trotz ihrer Niederlage noch Millionen Arbeiterstimmen erhalten hat. Diese Massen dürfen wir keinesfalls dem verräterischen Sozialfaschismus überlassen. Wir müssen diesen Arbeitermassen, die nach einer wirklichen Kampfführung gegen den Faschismus suchen, die feste Überzeugung einflößen, daß die Kommunistische Partei die einzige antifaschistische Kraft, die siegreiche Organisatorin des Kampfes gegen die faschistischen Mörderbanden und die drohende faschistische Diktatur ist. Die *Tausende von roten Wahlhelfern müssen der Grundkern zur Entstehung einer breiten, parteilosen proletarischen Massenorganisation, eines Kampfbundes gegen den Faschismus, werden*, der seine Tore allen parteilosen, sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern weit öffnet, die gewillt sind, mit uns zusammen den Faschismus niederzukämpfen.

Im Zusammenhang mit diesen Fragen steht als sechster Punkt in unserer Aufgabenstellung die unbedingte Notwendigkeit, das *Befreiungsprogramm* in seinen einzelnen Abschnitten unter den werktätigen Massen noch zehnfach stärker als während des Wahlkampfes zu popularisieren und zu verankern.

Das sind in kurzen Zügen die wichtigsten Aufgaben für die Partei auf Grund der Lehren des Wahlsieges vom 14. September. Wenn die KPD diese Aufgaben meistert und auf solche Art die schwachen Punkte in ihrer revolutionären Massenarbeit überwindet, wird sie fähig sein, ihre großen historischen Pflichten als Führerin des Proletariats und aller Werktätigen in den kommenden schweren Kämpfen zu erfüllen.

*

Erbitterter und schärfer als je zuvor stehen die Kampffragen vor den deutschen Werktätigen. Der räuberische Young-Plan lastet von Monat zu Monat, von Woche zu Woche unerträglicher auf den Schultern des arbeitenden Deutschlands. Mag die Bourgeoisie mit den Nationalsozialisten regieren, mag sie vorübergehend noch einmal die Sozialdemokratie zur offenen Mitarbeit an der Regierung heranziehen, mag sie eine reaktionäre Minderheitsregierung vom Schlage der Brüning-Regierung unter steigender Ausschaltung des Parlaments regieren lassen, gleichviel: *Wachsen der Reaktion*, immer brutalere Angriffe auf das Leben und die Existenz der werktätigen Massen, immer schlimmere Ausplünderung und Knechtung werden die Politik der Bourgeoisie bestimmen.

Nur im revolutionären Massenkampf, mit dem Rüstzeug der wirtschaftlichen Kämpfe für Lohn und Brot, mit ihrer Steigerung zu politischen Massenstreiks gegen die faschistischen Diktaturmaßnahmen des Finanzkapitals und seiner Lakaien kann die deutsche Arbeiterklasse den Anschlägen der kapitalistischen Unterdrücker begegnen. Die deutschen Kommunisten werden diesen revolutionären Massenkampf mit allen Kräften und auf allen Gebieten zu entfachen und zu steigern suchen. Wir entfalten das Sturmbanner des Kommunismus und tragen es den Massen voran. Wir hämmern die Lehren, die das heroische Werk des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion dem Weltproletariat gibt, den deutschen Arbeitern als begeisterndes und mitreißendes Beispiel ein. Wir entzünden das leidenschaftliche Feuer der revolutionären Begeisterung für den einzigen Weg aus Not, Elend und Sklaverei: *für Sowjetdeutschland!*

Das ist unser Weg. In brüderlicher Verbundenheit und unter Führung der Kommunistischen Internationale wird die KPD an der Spitze der Massen vorwärts marschieren und die Kampffront schmieden, die das kapitalistische System überrennt, den Faschismus auslöscht, die Sozialdemokratie liquidiert und den Sieg der proletarischen Revolution, den Sieg des Freiheitskampfes erringt!

Kommunistische Internationale,
Heft 36/1930

Entfaltet das rote Banner des Weltoktobers!

Heute begehen die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion das dreizehnte Jahr der Sowjetmacht. 13 Jahre Diktatur des Proletariats im Bündnis mit den werktätigen Bauern auf einem Sechstel der Erdkugel - das sind 13 Jahre lebendiger Anschauungsunterricht für das Weltproletariat, daß nur der Kommunismus den arbeitenden Massen Rettung und Aufstieg aus dem Chaos und Massenelend des Kapitalismus bringen kann. 13 Jahre Sowjetmacht - das ist Aufbau des Sozialismus, Liquidierung der Arbeitslosigkeit, stürmischer Vormarsch bei der Industrialisierung und Kollektivierung der Landwirtschaft, unaufhaltsame Offensive gegen das Kulakentum, gegen die letzten Überreste des Kapitalismus. Und zugleich, auf der anderen Seite, Krise in allen kapitalistischen Ländern, Bankrott der bürgerlichen Demokratie und faschistischer Terror, Massenelend, Millionenerwerbslosigkeit und Hungersnot auf den fünf Sechsteln der bürgerlich-kapitalistischen Welt.

Das dreizehnte Jahr der proletarischen Diktatur stand im Zeichen der heroischen und unermüdlichen Anstrengungen des siegreichen Proletariats der Sowjetunion bei der Durchführung des Fünfjahrplans, bei der Verwirklichung des sozialistischen Aufbaus. Während in allen kapitalistischen Ländern, vor allem in Deutschland, unter den Schlägen der Weltwirtschaftskrise das morsche System der niedergehenden kapitalistischen Welt erzittert, während die Fabriken stillgelegt werden, in jeder Woche neue Zehntausende und Hunderttausende von Arbeitern aufs Straßenpflaster fliegen, wachsen in der Sowjetunion gigantische Werke der sozialistischen Wirtschaft empor, drehen sich die Räder, rauchen die Schlote, dehnen sich die riesigen Getreidefabriken, die sozialistischen Sowjetgüter, auf dem urbar gemachten Land.

In Deutschland versucht die regierende Kapitalistenklasse, ihre Hungeroffensive gegen die werktätigen Massen mit allen Methoden der brutalsten Diktatur durchzusetzen. Zu der Theorie des Brüning-Ministers Bredt, der 20 Millionen „über Nacht krepieren“ lassen will, damit „Deutschland das reichste Land der Erde“ werde, liefert die Brüning-Regierung mit ihren sozialdemokratischen und faschistischen Helfershelfern die Praxis: Den Erwerbslosen wird der letzte Bissen Brot gestohlen, die Kranken werden ausgeplündert, den Arbeitern in den Betrieben raubt man den Lohn, den Beamten und Angestellten werden ihre Hungergehälter abermals gekürzt. Der notleidende Mittelstand und das schaffende Landvolk werden mit Wuchersteuern bis aufs Mark ausgesaugt. Der Gerichtsvollzieher und Steuereintreiber holt den Bauern die letzte Kuh aus dem Stall, pfändet das Korn vom Halm. Das sind die Segnungen der kapitalistischen Ordnung.

Die bürgerliche Demokratie reicht als Herrschaftsmethode für die Kapitalisten zur Durchsetzung ihrer räuberischen Politik gegen den wachsenden Widerstand der Massen nicht mehr aus. Der Faschismus erhebt sein blutrünstiges Haupt. In Deutschland geht die faschistische Saat der Hitler und Goebbels auf, die die Severing und Hermann Müller mit ihrer sozialfaschistischen Politik gesät haben. In Österreich, dem „Musterland“ der II. Internationale, wütet die offene und brutale Militärgewalt der faschistischen Diktatur gegen die Arbeiterklasse, nachdem die Sozialdemokratie ihre Rolle als Wegbereiterin des Faschismus mit der Auslieferung der Waffen des Proletariats gekrönt hat. Hunger und Faschismus - das sind die „Erfolge“ der sozialdemokratischen Politik für die werktätigen Massen in allen kapitalistischen Ländern! Hunger und Faschismus - das sind die Ergebnisse jenes Weges, auf den die deutsche Sozialdemokratie die Massen nach dem 9. November 1918 verlockte, die Ergebnisse ihres angeblichen „demokratischen Weges zum Sozialismus“.

Unter der Sowjetmacht, im Lande der proletarischen Diktatur, gibt es keinen Lohnraub, keine Wuchersteuern, keinen Faschismus. Der eiserne Besen der proletarischen Diktatur hat das konterrevolutionäre Gesindel, das in den kapitalistischen Ländern den Faschismus kommandiert, auf einem Sechstel der Erde erbarmungslos vernichtet. Unter der Losung

„Fünfjahrplan in vier Jahren!“ bricht sich die *Offensive des Sozialismus* gegen alle Feinde der Arbeiterklasse, gegen alle Agenten des Kapitalismus Bahn.

Im kapitalistischen Deutschland schmachten die werktätigen Volksmassen unter der doppelten Sklavenfron durch die deutsche Bourgeoisie und das internationale Finanzkapital, als dessen Fronvögte die deutschen Kapitalisten den räuberischen Young-Plan auf Kosten der Werktätigen vollstrecken. Milliardentribute werden neben dem Profit der deutschen Kapitalisten aus dem Schweiß und dem Hunger der deutschen Arbeiter herausgepreßt.

Das Proletariat der Sowjetunion kennt keine Young-Sklaverei, keinen Dawes-Plan, keinen Versailler Friedensvertrag. Die siegreiche proletarische Revolution hat die imperialistischen Raubverträge zerrissen und die zaristischen Schulden für null und nichtig erklärt. Die proletarische Diktatur hat den Massen Arbeit, Brot und Freiheit gegeben. Die Rote Armee, das Schwert der Arbeiter-und-Bauern-Macht, hat in der Vergangenheit alle Anschläge der imperialistischen Banditen auf das Land des Sozialismus abgewehrt und wird auch in Zukunft die räuberischen Gelüste der Imperialisten zurückzuschlagen wissen.

Mit dem Takt der Maschinen in den Fabriken der sozialistischen Industrie, mit dem Knattern der Traktoren auf den Feldern der Sowjetgüter und Kollektivwirtschaften, mit dem Sturmschritt der Bataillone der Roten Armee entfacht das Land des Roten Oktobers in den Herzen der Arbeiter aller Länder die Flamme des proletarischen Kampfwillens für den Sozialismus. Das Beispiel der russischen Revolution, das Beispiel des siegreichen sozialistischen Aufbaus, der erfolgreichen Durchführung des Fünfjahrplans wird zum Hebel für den revolutionären Klassenkampf in allen kapitalistischen Staaten. Der Rote Oktober 1917 entfaltete zugleich des Sturmbanner des kommenden Weltoktobers!

Die deutsche Arbeiterklasse, die das kapitalistische Massenelend der Young-Sklaverei erduldet, blickt mit glühender Begeisterung auf die Sowjetunion. Die Millionen Erwerbslosen in Deutschland, denen der Kapitalismus den Hungertod für Männer, Frauen und Kinder beschert, begreifen aus dem Beispiel der Sowjetunion, daß ein kommendes Sowjetdeutschland auch ihnen Arbeit und Brot durch den Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich und die Fünftagewoche schaffen wird. Die Hunderttausende von Obdachlosen in Deutschland, die Millionen kinderreichen Proletarierfamilien, die in ungesunden Wohnhöhlen zusammengepfercht hausen müssen, während die Kapitalisten Luxuswohnungen, Villen und Paläste bewohnen, sehen, daß der Sieg der proletarischen Revolution ihnen mit einem Schlage menschenwürdige Lebensverhältnisse bringen wird. Die Arbeiterinnen und die proletarische Jugend, die heute in den kapitalistischen Betrieben ein besonderes Ausbeutungsobjekt für die Profitgier der Unternehmer darstellen, erkennen, daß nur ein Sowjetdeutschland ihnen gleichen Lohn für gleiche Arbeit und jenen Schutz für die Jungarbeiter, jene umfassende Fürsorge für Mutter und Kind geben kann, die in der Sowjetunion verwirklicht sind. Sowjetdeutschland ist für alle Schaffenden der Ausweg aus der Katastrophe!

Der dreizehnte Jahrestag des Roten Oktobers, der an die Stelle des blutbefleckten Zarismus, an die Stelle der kapitalistischen Kerenski-Regierung den Staat der proletarischen Diktatur setzte - das ist zugleich gerade für das deutsche Proletariat von neuem die Bestätigung und Erhärtung jener Lehre, daß die *Arbeiterklasse nicht siegen kann ohne die Führerin der proletarischen Revolution, ohne bolschewistische Partei!* In den 12 Jahren seit dem 9. November 1918, seit dem Ende des Wilhelminischen Deutschlands, haben sich die revolutionären Arbeiter Deutschlands diese eiserne Avantgarde, diese Führerin ihres Freiheitskampfes, die Kommunistische Partei, geschaffen. Heute, am dreizehnten Jahrestag der Sowjetunion, verfugt das deutsche Proletariat über eine *revolutionäre Partei*, die gerüstet und entschlossen ist, das rote Banner des Sozialismus auch in Deutschland zu entfalten.

Der dreizehnte Jahrestag des Roten Oktobers fällt in eine Zeit der schwersten Weltwirtschaftskrise, die in Deutschland in raschem Tempo in die politische Krise des kapitalistischen Systems umschlägt - in eine Situation, in der der neue revolutionäre

Aufschwung eingesetzt hat, angesichts der wiederaufflammenden chinesischen Revolution, angesichts des Freiheitskampfes der indischen Arbeiter und Bauern, wenige Tage nach dem machtvollen Streik der Berliner Metallarbeiter, am Vorabend erbitterter Klassenkämpfe, die der kommende Hungerwinter im kapitalistischen Deutschland bringen muß.

Nicht umsonst verstärkt die Weltbourgeoisie gerade jetzt, da die kapitalistische Klassenherrschaft in einer Reihe von Ländern ernst bedroht wird, ihre Hetze gegen die Sowjetunion. Die Arbeiter aller Länder werden das sozialistische Vaterland des Weltproletariats, die Sowjetmacht, gemeinsam mit der Roten Armee in jeder Stunde und bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen und zu schützen wissen!

Gegen die Kriegspläne des Imperialismus, gegen den Hungerkurs des Kapitalismus, gegen den Terror des Faschismus gibt es nur einen Weg für das Proletariat: den Weg, den die Oktoberrevolution der russischen Arbeiter und Bauern uns gewiesen hat. Darum heißt unsere Losung am 7. November: *Empor das Banner der proletarischen Revolution! Entfaltet das Sturmbanner des Weltoktobers!*

nach: Ernst Thälmann,
Geschichte und Politik, Artikel und Reden 1925-1933;
Dietz Verlag 1973

Wir führen das Volk zum Sieg über die faschistische Diktatur!

Nur der Kommunismus rettet die werktätigen Massen vor der Hungerkatastrophe

Wo steht heute das deutsche Volk? Als im Jahre 1924 mit der Markt-Stabilisierung und der Annahme des Dawes-Planes die deutsche Bourgeoisie unter der „brüderlichen" Hilfe des ausländischen Finanzkapitals auf Kosten der Massen des arbeitenden Deutschlands die Inflationskrise und das Inflationsgeschäft beendigte, da verkündeten die bürgerlichen und sozialdemokratischen Propheten des Kapitalismus, daß nunmehr die Nachkriegskrise des Kapitalismus und die Periode der revolutionären Gärung „endgültig überwunden" seien.
Jene Prophezeiungen über die zu erwartende „normale", „gesunde" Entwicklung des kapitalistischen Systems und der kapitalistischen Weltwirtschaft, wie sie z.B. der Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie, Hilferding, auf dem Kieler Parteitag der SPD verkündete, sind inzwischen durch die geschichtlichen Tatsachen in ihrer ganzen Lächerlichkeit entlarvt. Der „Silberstreif am Horizont", wie ihn der damalige Führer der deutschen Bourgeoisie, Stresemann, vom Dawes-Plan erwartete, die goldenen Strahlen der „Dollarsonne", die der „Vorwärts" beim Beginn der Dawes-Ära den deutschen Werktätigen versprach - alles hat sich als Lug und Trug erwiesen.
Es ist noch kein Jahr her, daß mit der Annahme des Young-Plans den Massen abermals „Erleichterungen, Frieden und Freiheit" prophezeit wurden. Man braucht sich heute mit den heuchlerischen Argumenten der Verteidiger des räuberischen Young-Planes aus jener Zeit nicht mehr auseinanderzusetzen. Die Sprache der realen Tatsachen, der Klassenwirklichkeit ist zu deutlich, zu grausam, als daß auch nur noch eine einzige jener verlogenen Phrasen Bestand haben könnte.

„Krise von kaum je erlebter Schwere"

Das kapitalistische System und die kapitalistische Wirtschaft befinden sich in einer Krise von solchem Ausmaß, daß sogar der bürgerlichen Schönfärberei das Handwerk gelegt ist. Selbst das amtliche „Institut für Konjunkturforschung" muß eingestehen, daß „der gegenwärtige Konjunkturrückschlag in der Welt sowohl wie in Deutschland von einer in der modernen Wirtschaftsentwicklung kaum jemals erlebten Schwere" ist. Nirgends seien „Symptome für eine baldige Besserung der Wirtschaftslage erkennbar". Die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland für die bevorstehenden Wintermonate wird mit 4½ Millionen eingeschätzt. Das Defizit in den Staatsfinanzen beim Reich, den Ländern und Gemeinden veranschlagt das Konjunkturinstitut für das zweite Rechnungshalbjahr 1930 auf eine Summe von 700 Millionen Mark.
Damit ergibt sich eindeutig, daß trotz der ganzen bisherigen räuberischen Finanzpolitik mit allen Millionen- und Milliardenlasten für das schaffende Volk, daß trotz den Anschlägen auf Erwerbslose, Betriebsarbeiter, Angestellte und Beamte, dem Raubzug gegen die Kranken, der Ausplünderung des Mittelstandes und des arbeitenden Landvolks keinesfalls auch nur teilweise eine Sanierung der Staatsfinanzen gelungen ist, sondern nach wie vor mit der fortschreitenden Verschärfung der Krise auch der Bankrott des kapitalistischen Staatsapparates und seiner Finanzpolitik immer stärker herannaht.
In welchem Tempo, in welchem Ausmaß diese ungeheure Krise des Kapitalismus für die breiten Massen die Katastrophe, den Hunger, das unerträgliche Elend heraufbeschwört, das bedarf kaum einer ausführlicheren Schilderung. Heute schon ist selbst nach bürgerlichen Schätzungen mindestens ein Sechstel der Arbeiter und Angestellten aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet. Das Elend der Erwerbslosen, die Not in allen

Arbeiterwohnungen, die Unterernährung der Kinder, das verzweifelte Los der Alten, die unerträgliche Ausplünderung der Arbeiterinnen und der Jugend - das alles sind Tatsachen, die der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung das Leben zur Qual machen. Die Peitsche des Elends saust auf den Rücken des Proletariats, des notleidenden Mittelstandes und der werktätigen Landbevölkerung nieder.
Währenddessen eröffnet die besitzende Klasse ihre Wintersaison mit Bällen, Schwelgereien, Luxus und Überfluß. Wenn die Erwerbslosen aus dem Berliner Norden oder Osten einmal in die westlichen Luxusviertel der Bourgeoisie geraten, glauben sie sich in eine fremde Welt versetzt. Von den hunderttausenden Proletariern, Männern und Frauen des Berliner Weddings hat sicherlich eine große Zahl noch nicht ein einziges Mal in ihrem ganzen Leben den Kurfürstendamm mit seinen Schlemmerlokalen auch nur von außen vor Augen bekommen.
Was die Masse fühlt und erlebt, das läßt sich nicht besser formulieren, als mit diesem Satz eines hungrigen Proletariers bei der letzten großen Demonstration des roten Berlin: *„In diesem Jahr gibt es keinen Christbaumschmuck. An den Weihnachtsbäumen sollen sich, wenn es nach der Bourgeoisie ginge, die Arbeitslosen aufhängen!“* Der Strick, den die Berliner Polizei bei den letzten Reichstagssitzungen um das Parlamentsgebäude zog, damit die Herren „Volksvertreter“ vor dem Zorn der Massen geschützt würden, ist gewissermaßen ein Symbol für jenen anderen Strick, den die Republik den Ausgesteuerten, den hungernden Opfern des kapitalistischen Chaos, neben dem Gashahn als letzten „Ausweg“ präsentieren.

Es gärt in den Massen

Aber dieser „Ausweg“ ist keiner. Die Erwerbslosen, die Ausgesteuerten, die vom Monopolkapitalismus vernichteten Existenzen des notleidenden Mittelstandes, die vom Steuereintreiber und Gerichtsvollzieher geschundenen Kleinbauern - sie alle wollen leben. Es gärt in den Massen. Es wächst der Wille zum Kampf um eine andere Ordnung als die Barbarei der kapitalistischen Katastrophenpolitik. Die Hungerpeitsche der Ausbeuter bringt das Volk zum Nachdenken. Der Zorn der Massen über ihre Peiniger, ihr Haß gegen ein System - das die Millionen mit schrankenloser Grausamkeit vernichtet, um den Profit einer kleinen, verschwindenden Minderheit retten zu können - und darüber hinaus die Todfeindschaft, aus der die befreiende Tat der Millionen gegen dieses System früher oder später erwachsen muß - das alles ist die Kehrseite des kapitalistischen Niedergangs, das ist das Echo, wie es dem Vernichtungsfeldzug des Kapitalismus gegen das arbeitende Volk aus dem dumpfen Grollen des revolutionären Aufschwungs entgegentönt!
Schon lange vor den Reichstagswahlen vom 14. September stellte die Kommunistische Partei Deutschlands die Tatsache fest, daß die ökonomische Krise des kapitalistischen Systems in Deutschland in die politische Krise umzuschlagen begonnen habe. Heute bringt jeder neue Tag eine neue Verschärfung der Krise. Der Parlamentarismus, die bürgerliche Demokratie, ist endgültig bankrott. Der Reichstag, von der Brüning-Regierung brutal ausgeschaltet, hat sich mit dem Mehrheitsbeschluß für die Notverordnungen selbst den eigenen Totenschein ausgestellt. Nahezu in allen entscheidenden Großstädten Deutschlands sind die Kommunalparlamente durch die rein diktatorische Herrschaft eingesetzter Staatskomissare ab gelöst. Mit Polizeigewalt wird im Berliner Stadtparlament die Fraktion der stärksten Partei der Berliner Bevölkerung bis auf den letzten Mann aus dem Saal geschleift. Das Beispiel der finnischen Lappo-Faschisten findet bei der sozialdemokratischen Berliner Polizei begeisterte Nachahmung.

Unterschätzung des Faschismus die größte Gefahr!

Das alles sind harte Tatsachen. Das Zentralorgan der SPD aber wagt es, seinen Lesern in bewußter Irreführung vorzuschwindeln, was sich in Deutschland seit dem Sommer abspielt, habe *„mit Faschismus nichts zu tun“*. Ja, der „Vorwärts“ versichert zynisch:

„Verfassungsrechtlich gesehen bedeutet es nichts anderes als eine Verlagerung der Macht vom Reichstag zum Reichspräsidenten.“

Was soll das bedeuten? Der „Vorwärts“ stellt selbst, wenn auch in verschrobener Form fest, daß die Bourgeoisie den bankrotten Parlamentarismus mit Fußtritten liquidiert und an seine Stelle die Diktatur gesetzt hat. Er konstatiert also selbst, daß die Weimarer Republik mit ihrer parlamentarisch-demokratischen Fassade auf kaltem Wege erledigt ist. Aber angesichts einer Situation, in der es für die Arbeiterklasse von ungeheurer Bedeutung ist, den ganzen Ernst der Lage und die weiteren Konsequenzen der Entwicklung der faschistischen Diktatur von ihrer Anfangsphase zu den höheren Stufen einer faschistischen Terrorherrschaft zu begreifen, in der jede Unterschätzung des Faschismus als des Hauptfeindes der Arbeiterklasse außerordentlich gefährlich ist - in einer solchen Situation fügt das sozialdemokratische Zentralorgan seinen eigenen Eingeständnissen mit gemachter Naivität hinzu: *„mit Faschismus hat das nichts zu tun.“*

SPD betrügt das Proletariat

In Wirklichkeit sind gerade die Versuche der Sozialdemokratie, die Errichtung der faschistischen Diktatur auf kaltem Wege durch die Bourgeoisie zu leugnen, die Rolle der Brüning-Regierung zu beschönigen und damit den Kampfwillen der proletarischen Massen zum Sturz der faschistischen Diktatur zu lahmen und die Arbeiterklasse zu verwirren, eine nicht weniger arbeiterfeindliche und für das Proletariat gefährliche Unterstützung des Faschismus als die direkten parlamentarischen und außerparlamentarischen Liebesdienste des Sozialfaschismus für den faschistischen Kurs und die faschistische Herrschaft der deutschen Bourgeoisie.
Das, was sich an Herrschaftsmethoden der Kapitalistenklasse in Deutschland entwickelt hat, ist die zwangsläufige Krönung eines Entwicklungsprozesses, dessen Triebfedern die Krise des kapitalistischen Systems, die schwere Erschütterung der bürgerlichen Ordnung und der kapitalistischen Profitwirtschaft sind. Dieser Prozeß fand vor Jahresfrist seinen sichtbaren Ausdruck in der damaligen Offensive der Großbourgeoisie, geführt von dem früheren Reichsbankpräsidenten Schacht, gegen die Hermann-Müller-Regierung der Großen Koalition. Der Fußtritt, mit dem die Bourgeoisie drei Monate später die Sozialdemokratie aus den Ministersesseln der Reichsregierung beförderte, war die Fortsetzung. Die Bourgeoisie ging dazu über, unmittelbar ihre Diktatur über das Volk auszuüben, ohne sich im Reichsmaßstab ihrer sozialfaschistischen Lakaien als „regierender“ Mittelsmänner zu bedienen. Die zunächst halb faschistische Brüning-Pegierung, die die Hermann-Müller-Pegierung ablöste, setzte vom ersten Tage ihres Regimes den Weg über neue faschistische Herrschaftsmethoden zur faschistischen Diktatur fort.

Die Rolle der Brüning-Regierung

Heute ist die Brüning-Regierung selbst zur Regierung der faschistischen Diktatur in ihrem Anfangsstadium geworden. Denn die Frage der faschistischen Diktatur ist für den Marxisten keine personelle Frage, nicht das Problem, daß ein Mussolini oder ein Hitler ans Ruder kommen muß, sondern vielmehr eine Frage der klassenmäßigen Rolle eines Regimes. Das Programm der Kommunistischen Internationale, dieses Kommunistische Manifest des 20. Jahrhunderts, sagt über den Faschismus:

„Um ihrer Macht größere Stetigkeit und Festigkeit zu sichern, ist die Bourgeoisie in steigendem Maße gezwungen, vom parlamentarischen System zu der faschistischen Methode überzugehen, die von Beziehungen und Kombinationen zwischen den Parteien unabhängig ist. Der Faschismus ist eine Methode der unmittelbaren Diktatur der Bourgeoisie, ideologisch verkleidet mit der Idee der „Volksgemeinschaft“ und der Vertretung nach „Berufsständen“...“

Alle diese Bedingungen treffen auf die heutige Rolle der Brüning-Regierung zu. Die demagogischen Phrasen über die „Notwendigkeit für alle, Opfer zu bringen“, die wachsenden Tendenzen und praktischen Schritte, an Stelle des bankrotten Parlaments, das keiner mehr ernst nimmt, den Reichsrat als „erste Kammer“ immer stärker in den Vordergrund zu rücken, der Verzicht auf die früheren Methoden der Koalitionspolitik, das heißt auf die „Kombinationen zwischen den Parteien“ zur Herstellung einer parlamentarischen Mehrheit, die heuchlerische Losung: „Gegen die Interessentengruppen“, - all diese Erscheinungen des heutigen Systems entsprechen dem Charakter einer faschistischen Diktatur, wie ihn das Programm der Komintern beschreibt.
Die Sozialdemokratie, in ihrem Bestreben, den Massen die Brüning-Herrschaft als „das kleinere Übel“ schmackhaft zu machen, „vermißt“ die völlige Illegalität der proletarischen Bewegung, wundert sich darüber, daß die faschistische Diktatur in Deutschland herrschen kann, obwohl die Kommunistische Partei noch legal sei. Die SPD verrät damit nur, wie sehr sie die Legalität der Kommunisten schmerzt und offenbart zugleich ihre vollkommene historische Unkenntnis. In der Geschichte der letzten zwölf Jahre seit dem Kriegsschluß hat nur in den seltensten Fällen die faschistische Herrschaft in irgendeinem Lande mit der vollkommenen Niederschlagung der Arbeiterbewegung begonnen. Mit Recht sagt das Programm der Kommunistischen Internationale hierüber:

„Die Hauptaufgabe des Faschismus ist die Vernichtung der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse, d.h. der kommunistischen Schichten des Proletariats und ihrer führenden Kader.“

Die Aufgabe der faschistischen Diktatur, das Ziel dieser Diktatur im Interesse des kapitalistischen Systems, das revolutionäre Proletariat niederzuschlagen, kann also erst das Ergebnis der faschistischen Herrschaft sein, falls sie sich erfolgreich gegen das Proletariat zu behaupten und ihre Aufgabe zu lösen vermöchte. Daß sich die Brüning-Regierung mit ihren sozialfaschistischen Helfershelfern diese Aufgabe der konterrevolutionären Unterdrückung des Proletariats und seiner Partei zum Ziel gesetzt hat, kann angesichts des Terrors, der von Tag zu Tag schärfere Formen annimmt, für keinen denkenden Arbeiter zweifelhaft sein. Wenn die SPD es heute wagt, alle möglichen „Freiheiten“ aufzuzählen, die die Arbeiterklasse und die Kommunistische Partei angeblich in Deutschland genießen, während zugleich auf den Straßen die Gummiknüppel der sozialdemokratischen Polizeigarden gegen hungernde Erwerbslose wüten, die Parabellum-Pistolen der Schupo knallen, die Scheinwerfer der Überfallautos ganze Stadtteile in eine Atmosphäre des Bürgerkriegs versetzen, während SPD-Erzesinski in Berlin und SPD-Schönfelder in Hamburg Demonstrationsverbote erlassen, so verhöhnt die SPD mit solchen „Argumenten“ bewußt die Arbeiterschaft.

Entwicklungsstufen der faschistischen Diktatur

Es ist selbstverständlich, daß die faschistische Diktatur keine feststehende, starre, weiteren Entwicklungen nicht unterworfene Form ist. Das, was wir heute in Deutschland haben, ist das Anfangsstadium der faschistischen Diktatur, dem, wenn es nach dem Willen der Bourgeoisie geht, weitere Stufen auf Grund der außerparlamentarischen Entwicklung der reaktionären Klassenkräfte - natürlich nicht etwa auf Grund irgendwelcher parlamentarischer Abstimmungen - folgen sollen. Wie weit sich dabei die Nationalsozialisten der Methode des „Staatsstreichs auf kaltem Wege“, der legalen Machtübernahme durch die Ablösung der

Brüning-Regierung in der Ausübung der faschistischen Diktatur bedienen, hängt von der allgemeinen Entwicklung der Krise und der Zuspitzung der Klassenverhältnisse ab. Natürlich ist auch ein militärischer Putsch als ergänzende Methode keineswegs ausgeschlossen. Es ist jedenfalls klar, daß der faschistische Terror - über die heutigen Methoden sowohl der kapitalistischen Staatsgewalt als auch der Nazibanden hinaus - mit einer weiteren Entwicklung der faschistischen Diktatur noch viel grausamere und brutalere Formen annehmen würde. Es ist klar, daß die Blutgier der faschistischen Henker des Proletariats auf einer höheren Stufe der faschistischen Diktatur noch barbarischere Orgien des Weißen Terrors entfesseln würde. Aber es ist ebenso klar, daß diese Gefahren nicht abgewendet werden können, indem man das Anfangsstadium der faschistischen Diktatur leugnet oder beschönigt. Wer die Arbeitermassen heute einschläfert, den Ernst der Situation verkleinert, die klare Erkenntnis des Faschismus als des Hauptfeindes verwirrt, wer den Arbeitern vorlügt, die Unterstützung der faschistischen Regierung sei eine Abwehr des Faschismus, der hilft selber mit, die Entwicklung der faschistischen Diktatur zu ihren höchsten, grausamsten Stufen heraufzubeschwören.

Die SPD als Hilfspolizei des Faschismus

Die heutige Rolle der SPD ist die einer Hilfspolizei für den Faschismus. Das gilt für ihre Polizeipräsidenten, für die Handlungen eines Severing oder Erzesinski, aber auch nicht weniger für die sozialfaschistischen Schlichter und Streikbruchagitatoren, für die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie, die den Lohnraub der faschistischen Diktatur mit durchpeitschen und den Abwehrkampf des Proletariats zersetzen hilft. Auch hier wiederum gibt uns das Programm der Kommunistischen Internationale das Rüstzeug, um die schäbige Rolle der Sozialdemokratie vor den Massen in voller Klarheit aufzuzeigen. Dort heißt es:

„Entsprechend der jeweiligen politischen Konjunktur bedient sich die Bourgeoisie sowohl der faschistischen Methoden als auch der Methoden der Koalition mit der Sozialdemokratie, wobei die Sozialdemokratie selbst, besonders in für den Kapitalismus kritischen Zeiten, nicht selten eine faschistische Rolle spielt."

Die SPD hat nicht nur dem Faschismus den Weg gebahnt, sondern erweist sich auch heute als eine treue Stütze der faschistischen Diktatur. Sie wetteifert mit den Nationalsozialisten um das Vorrecht, bei der Erhaltung, Verteidigung und dem Ausbau der faschistischen Diktatur unmittelbar mitwirken zu dürfen. Über die eigene faschistische Rolle hinaus wird die Sozialdemokratie zum Hebel für die Entwicklung der außerparlamentarischen faschistischen Massenorganisationen, zur Zutreiberin für die Hitler-Partei. Die volksfeindliche Verräterpolitik der SPD jagt Hunderttausende von enttäuschten Angestellten und Mittelständlern, ja, auch rückständige Arbeiterschichten dem Nationalsozialismus in die Netze. Die konterrevolutionäre Politik der SPD dient der Bourgeoisie und der Hitler-Partei als Stütze für den betrügerischen Trick, den „Marxismus" vor den Massen zu diskreditieren. Die sozialdemokratischen Korruptionsskandale werden von der Bourgeoisie und den Faschisten heuchlerisch als „Argumente" für die Verunglimpfung der Arbeiterbewegung ausgenutzt.
Ein weiteres Kapitel ist die Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen durch den Sozialfaschismus, die Umwandlung der Gewerkschaften in Organisationen zur Durchführung des Streikbruchs, der Kurs der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, wie er beim Berliner Metallarbeiterstreik oder dem letzten Chemnitzer Straßenbahnerstreik eine neue Krönung des Verrats erlebte. Die Gewerkschaftspolitik des Sozialfaschismus versucht, die deutschen Gewerkschaften auf den Weg der Mussolinischen Syndikate, auf den Weg von Hilfsorganisationen der faschistischen Diktatur zu drängen. Der Vorsitzende des Deutschen

Metallarbeiter-Verbandes, Brandes, legte beispielsweise noch auf dem Berliner Verbandstag das folgende Bekenntnis ab:

„Trotz aller schlechten Erfahrungen stehen wir nach wie vor zum Schlichtungswesen; der Staat hat das Recht, in die Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital einzugreifen."

Ist das eine neue Theorie? Mussolini hat bei der Begründung der Carta del lavoro, der faschistischen Arbeitsverfassung, fast wörtlich das gleiche gesagt:

„Ebenso wie der Staat als Träger der Rechtsordnung seit Jahrhunderten die Selbstverteidigung der einzelnen Menschen verboten und durch staatliche Justiz ersetzt hat, muß er nun auch endlich die Selbstverteidigung der Klassen verbieten und durch staatliche Justiz ersetzen. Im höheren Interesse des sozialen Friedens, der Produktion und des nationalen Reichtums."

Diese Übereinstimmung zwischen dem italienischen Faschistenführer und den deutschen Reformisten in den Fragen der Gewerkschaftspolitik enthüllt die Rolle der Sozialdemokratie als einer Hilfstruppe des Faschismus genau so eindeutig wie der Polizeiterror der Severing, Erzesinski, Fleißner und Schönfelder gegen Erwerbslose und Betriebsarbeiter.

Arbeitsteilung zwischen SPD und Nazis

Heute unterstützt die Sozialdemokratie innerhalb und außerhalb des Parlaments, vor allem mit Hilfe der Preußenregierung und ihrer gesamten Funktionäre im kapitalistischen Staatsapparat, schrankenlos die Brüning-Regierung der faschistischen Diktatur, heute bemüht sie sich, deren Rolle vor den Massen schönfärberisch umzulügen, und versucht diesen skrupellosen Verrat mit der „staatsmännischen" Erklärung zu entschuldigen, dadurch verhindere sie das Einrücken der Nationalsozialisten in die Reichsregierung. Auch das ist barer Schwindel. In Wirklichkeit verschafft gerade diese Hilfsstellung der Sozialdemokratie für die Brüning-Regierung den Nationalsozialisten den notwendigen Spielraum einer scheinbaren Unabhängigkeit von dem System der faschistischen Diktatur, deren wichtigste außerparlamentarische Stützen und Einpeitscher die Hitler und Goebbels in Wahrheit sind. So ermöglicht es die Sozialdemokratie der außerparlamentarischen Hauptgruppe des Faschismus, vor den Massen eine angebliche Opposition gegen die volksfeindliche Politik der faschistischen Diktatur zu mimen und dadurch die Rebellion unter den kleinbürgerlichen Massen und Teilen der Arbeiterschaft gegen diese Politik zugunsten des Faschismus aufzufangen.

Der „Kampf zwischen Sozialdemokratie und Nationalsozialisten ist ernst gemeint, soweit er einen Konkurrenzkampf um die Futterkrippen des kapitalistischen Staatsapparats darstellt; im übrigen arbeiten sich Hitler-Partei und SPD gegenseitig in die Hände. Zwischen den parlamentarischen Hilfsdiensten der SPD für die faschistische Diktatur und der außerparlamentarischen Konzentration der Nazis besteht eine direkte Wechselwirkung und gegenseitige Befruchtung.

Die Politik der Nationalsozialisten hat seit dem 14. September, seit den Reichstagswahlen, die mannigfaltigsten Veränderungen durchgemacht. Zunächst begann das große Rennen um die Ministersessel. Die Sprache der nationalsozialistischen Agitation wurde zahm und gemäßigt, wie es sich für eine „Regierungspartei" ziemt. In der Außenpolitik gab Hitler in seinen verschiedenen Interviews für die ausländische Presse alle nationalistischen Phrasen der bisherigen faschistischen Agitation über Zerschlagung des Young-Plans, Kampf gegen Versailles usw. preis.

Young - Hitlers Erfüllungspartei

Die Nazi-Partei als zuverlässige „Erfüllungspartei“, die das Vertrauen des Auslandes verdiene, trat in Erscheinung. Es folgten die schamlosen Anbiederungsversuche der Nationalsozialisten an die ausländischen Imperialisten, der Briefwechsel Hitlers mit dem französischen Deutschenfresser Hervé über ein deutsch-französisches Militärbündnis gegen die Sowjetunion, nachdem schon vorher Lord Rothermere, der englische Kriegshetzer gegen Deutschland und jüdische Zeitungsmagnat, in den Spalten der nationalsozialistischen Presse wegen seines Eintretens für eine Hitler-Regierung in Deutschland in widerlich-kriecherischer Art umworben und verherrlicht worden war. In jenen Wochen verwandelte sich die Nazi-Partei, wenigstens in ihrer eigenen Darstellung, in eine sanfte und wohlerzogene Lämmerherde.

Kaum hatte sich jedoch herausgestellt, daß der Zeitpunkt für eine Regierungsübernahme durch die Hitler-Partei nicht gegeben ist, daß heute die andere Fraktion im Lager des deutschen Faschismus unter Führung des Zentrums die Macht behauptet und ihrerseits die faschistische Diktatur errichtet und ausübt, so änderte sich auch das Bild der nationalsozialistischen Politik. Die schrankenlose Verteidigung des Kapitalismus gegen die Werktätigen, wie sie erst in den letzten Tagen Hitlers Bankett im Hamburger Millionenclub deutlich enthüllte, wird wiederum mit „antikapitalistischer“ Demagogie verbrämt, der völlige Verrat am nationalen Freiheitskampf des deutschen Volkes und das Einschwenken in die Völkerbundspolitik der deutschen Bourgeoisie und Sozialdemokratie seitens Hitlers soll abermals hinter nationalistischen Phrasen versteckt werden. Auch im äußeren Auftreten der Nazis nimmt die Radauopposition „gegen“ das heutige System wieder einen größeren Raum ein.

Das alles aber dient nur der Verschleierung jener aktiven außerparlamentarischen Söldnerdienste, die die Hitler-Banden in der Tat der faschistischen Diktatur der deutschen Großbourgeoisie nach besten Kräften und im vollen Wettstreit mit der Sozialdemokratie leisten. Wieder steigt die Welle des faschistischen Terrors. Wieder mehren sich die blutigen Überfälle der Nationalsozialisten auf revolutionäre Arbeiter. Es vergeht buchstäblich kaum ein Tag mehr, an dem nicht an irgendeiner Stelle in Deutschland ein Proletarier unter den Schüssen und Messerstichen der faschistischen Konterrevolution verblutet. Es ist selbstverständlich, daß gegenüber dem organisierten Mord und den offenen Bürgerkriegsmaßnahmen des Faschismus die Arbeiterklasse die Antwort nicht schuldig bleibt.

Zwei Fraktionen des Faschismus

Wenn heute die Nationalsozialisten im Reichsmaßstabe noch von der Macht ausgeschlossen sind, so entspringt das der Tatsache, daß der deutsche Faschismus gegenwärtig in zwei deutlich geschiedene fraktionelle Lager gespalten ist. Auf der einen Seite der Brüning-Block, der die faschistische Diktatur unter stärkster Ausnutzung und Diskreditierung der Sozialdemokratie durchzuführen sucht. Auf der anderen Seite der Block Hugenberg-Hitler, der die Sozialdemokratie völlig aus allen oberen und unteren Positionen des Staatsapparats ausschalten und durch Nationalsozialisten ersetzen will.

Wann die gegenwärtige Stufe der faschistischen Diktatur, bei der das Zentrum, der katholische Klerikalismus, eine führende Rolle spielt, durch den Hitler-Hugenberg-Block abgelöst wird, ob dieser Ablösung eine Reichswehrdiktatur mit dem Generalmajor v. Hammerstein oder dem ehemaligen Reichswehrminister Geßler, eine Diktatur unter Ausnutzung der Person des jetzigen Reichsbankpräsidenten Luther oder seines Vorgängers, Schacht, vielleicht auch des Generals v. Seeckt vorangeht, läßt sich gegenwärtig nicht entscheiden.

Alle angeführten Formen der faschistischen Diktatur liegen im Bereich der Möglichkeit. Denn die faschistische Diktatur ist ja nicht eine Form der Regierung, sondern eine Staatsform der kapitalistischen Klassenherrschaft, in deren Rahmen durchaus verschiedenartige Regierungsvariationen möglich sind.
Für das Proletariat und für alle anderen Schichten der arbeitenden Bevölkerung ist die klare Erkenntnis dieser entscheidenden Wendung in der geschichtlichen Situation und der weiteren Möglichkeiten der Entwicklung der faschistischen Diktatur ein unbedingtes Erfordernis. Aber nicht weniger wichtig ist das klare Bewußtsein der Massen, daß es Selbstmord wäre, abzuwarten, bis die Bourgeoisie und der Kapitalismus alle Formen und Möglichkeiten der Erhaltung ihrer Klassenherrschaft der faschistischen Diktatur ausgeschöpft haben, sondern daß ihre ganze Kraft und Aktionsfähigkeit, ihr Selbsterhaltungstrieb, ihre revolutionäre Energie und ihr Freiheitswille auf das Ziel der Beseitigung der faschistischen Diktatur eingestellt sein muß!

Faschismus ist verschärfte Kriegsgefahr!

Mit dem Beginn der faschistischen Diktatur in Deutschland ist die Kriegsgefahr ungeheuer gewachsen. Eine neue Periode der Rüstungs-, Abenteuer- und Kriegspolitik des deutschen Imperialismus setzt ein. Einerseits drohen neue Konflikte zwischen den imperialistischen Mächten in schärferer Form als bisher, andererseits erwächst als Hauptgefahr des Krieges die antibolschewistische Interventionsfront, die durch die Herrschaft des Faschismus in Deutschland vollends geschlossen wird. Die Hetze gegen die Sowjetunion, die Lügen über ein angebliches Dumping der Sowjetwirtschaft auf dem Weltmarkt, weil das Land des Sozialismus billiger zu produzieren vermag als die bankrotte kapitalistische Profitwirtschaft, die haßerfüllte Solidarisierung der Nationalsozialisten, der Bourgeoisie und SPD mit den verurteilten Schädlingen und Konterrevolutionären aus Anlaß des Moskauer Prozesses - das alles zeigt, wie freudig das faschistische Deutschland den Kriegszug des Weltimperialismus gegen das Land der proletarischen Diktatur begrüßen würde.
Der Faschismus und seine Lakaien peinigen das Volk. Das bankrotte kapitalistische System ist nicht mehr fähig, den Millionenmassen auch nur die nackteste Existenz, das notdürftigste menschenwürdige Dasein zu garantieren. Riesengroß wächst das namenlose Elend in allen Schichten des werktätigen Volkes. Der Hunger marschiert durch die Straßen der Städte. Der Hunger herrscht wie die Pest in den öden Mietkasernen. Der Hunger streckt seine würgende Hand nach den Kindern des Proletariats aus. Der Hunger hält Einzug bei den Angestellten und unteren Beamten. Der Hunger zwingt die Massen des notleidenden Mittelstandes und der Kleinbauern in seinen Bann.
Die Kommunistische Partei, die die Kämpfe der arbeitenden Bevölkerung auf allen Gebieten des proletarischen Alltags organisiert, rüstet damit zugleich zur Gegenoffensive gegen die Anschläge der faschistischen Diktatur und zum Kampf für ihren Sturz.

Wir rufen das Proletariat!

Die Erwerbslosen darben, werden ausgesteuert, ihre Bettelpfennige werden abgebaut. Die Kommunistische Partei und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition organisieren die Hungerdemonstrationen der Arbeitslosen um Unterstützung und Winterbeihilfe, schmieden die Einheitsfront der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter im Kampf um den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, der Millionen Erwerbslosen Brot und Arbeit schaffen kann!
Die Betriebsarbeiter und Arbeiterinnen werden von der Geißel des Lohnraubes heimgesucht. Die Kommunistische Partei und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition organisieren die Abwehrkämpfe, die Streiks der Arbeiter gegen jeden Pfennig Lohnraub und für höheren Lohn. Sie hämmern den Massen den politischen Charakter der Wirtschaftskämpfe in der

heutigen Situation der kapitalistischen Krise und des revolutionären Aufschwungs ein, wie es das Beispiel der russischen Revolution von 1905 zeigte.
Die Frauen und die Jugend des Proletariats, die der schrankenlosen Ausplünderung durch die kapitalistischen Profitmacher besonders verfallen Sind, haben nur einen Schutz, nur eine Partei, die ihre Interessen im Rahmen des allgemeinen Klassenkampfes entschlossen und zäh verteidigt - das ist die Kommunistische Partei, die die Massen der Arbeiterklasse für die Losung: „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit!“ mobilisiert!

Wir rufen den Mittelstand!

Mit Wuchersteuern und Hungerzöllen treibt die faschistische Diktatur die Preise empor und gestattet den kapitalistischen Monopolen in Deutschland, trotz dem rapiden Sinken der Weltmarktpreise die Teuerung aufrechtzuerhalten oder noch zu verschärfen. Die Kommunistische Partei führt als einzige den Kampf um einen wirklichen Preisabbau, keine demagogische Hetze gegen die Kleingewerbetreibenden des Mittelstands, sondern einen zähen Kampf gegen die wirklichen Quellen der Teuerung, gegen den Monopolkapitalismus und seine Wucherprofite und gegen die Zollraubpolitik der Regierung, aber zugleich für den Kleinhandel, der durch die Herabdrückung der Kaufkraft des Proletariats und durch kapitalistische Wuchersteuern erdrückt wird. Herunter mit den Preisen! - die Kommunisten sind die einzigen, die diese Losung mit wirklicher Berechtigung verfechten und die Massen der Arbeiterschaft und des Mittelstands unter dieser Losung sammeln können!
Breite Teile des Mittelstandes werden heute durch den räuberischen Monopolkapitalismus erdrosselt und ins Elend herabgestoßen. Wenn im Jahre 1930 die Kaufkraft der Arbeiter, Angestellten und Beamten durch Erwerbslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnraub um annähernd 15 Milliarden, d.h. um fast 45 Prozent des Gesamteinkommens des deutschen Volkes an Lohn und Gehalt herabgedrückt wurde, so ist es klar, daß dies auch den Ruin für große Schichten des Mittelstandes heraufbeschwört. Dabei sind bereits in den letzten fünf Jahren nicht weniger als anderthalb Millionen selbständiger Existenzen sogar nach der bürgerlichen Statistik vernichtet worden. Der Platz der notleidenden Mittelständler ist deshalb an der Seite der Arbeiterklasse, deren Sieg allein auch ihnen einen Ausweg eröffnet: Einreihung in den gewaltigen Prozeß des sozialistischen Aufbaus, der allein die Entfaltung aller Fähigkeiten im Dienste der Allgemeinheit ermöglicht und dem Tüchtigen freie Bahn schafft!

Wir rufen das schaffende Landvolk!

Während die Regierung der faschistischen Diktatur die Großagrarier mit Liebesgaben überschüttet, darbt das schaffende Landvolk, wird der Kleinbauer, der kleine Pächter oder Kätner von der Lawine des kapitalistischen Elends zermalmt. Nur im Bündnis mit der Arbeiterklasse können auch diese Werktätigen sich eine bessere Zukunft, ein menschenwürdiges Leben im Zeichen des Sozialismus erkämpfen!
Die Arbeiterklasse, das Industrieproletariat, ist von der Geschichte berufen, an der Spitze der Millionenmassen des ganzen werktätigen Volkes unter Führung ihrer revolutionären Partei, der Kommunistischen Partei, den Kampf zur Vernichtung der faschistischen Diktatur, den Kampf für Brot, Arbeit, Freiheit siegreich zu führen.

In der Sowjetunion gibt es keinen Faschismus

Während die kapitalistische Profitwirtschaft in Deutschland ihren krassen Niedergang offenbart, während auf den heute noch kapitalistischen fünf Sechsteln der Welt die Krise wütet, während das faschistische Italien der Katastrophe entgegengeht, wächst in der Sowjetunion unter der proletarischen Diktatur die gigantische Welt der neuen sozialistischen

Ordnung unaufhaltsam empor. Dort gibt es keinen Faschismus, keinen täglichen Arbeitermord wie in Deutschland. Dort gibt es keine kapitalistische Ausbeutung. Dort gibt es keine Erwerbslosigkeit. Dort gibt es keine imperialistische Unterdrückung. Warum nur dort?
Die Kommunistische Partei ruft die Massen des deutschen Volkes zum Kampf gegen die faschistische Diktatur. Während in allen anderen Parteien Krise und Zersetzung herrschen, ist die KPD heute so einheitlich wie nie zuvor. Selbst Genossen, die in der Vergangenheit die Partei vom Standpunkt des Versöhnlertums bekämpften, haben sich heute in die revolutionäre Arbeit der Partei auf der Klassenlinie unserer Politik eingereiht. Die beispiellose innere Geschlossenheit der Kommunistischen Partei ist nur eine Widerspiegelung der Sammlung der proletarischen Klassenkräfte zur Einheitsfront im Lager der Revolution.

Das Gebot der Stunde: Proletarische Einheitsfront!

In dieser Stunde, in der jeder Arbeiter den Ernst der Lage begreifen muß, wendet sich die Kommunistische Partei an alle Werktätigen, an alle Proletarier mit dem Appell zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront gegen die faschistische Diktatur!
Gliedert euch ein in die sturmerprobten Bataillone der KPD und des Kommunistischen Jugendverbandes! Vertraut der revolutionären Partei, die unermüdlich und kühn alle Kräfte zum Kampf gegen die Hungerkatastrophe, zur Niederzwingung aller Feinde der Arbeiterklasse und für den Sieg des Proletariats organisiert. Wenn die Millionenmassen der hungernden, geknechteten Menschen in Stadt und Land unter der Führung des Kommunismus marschieren, dann wird die Stunde bald schlagen, wo die Not und das Elend des Kapitalismus und die Unterdrückung durch die faschistische Diktatur ein Ende findet!
Schafft in ganz Deutschland antifaschistische Arbeiterdelegiertenkonferenzen aus gewählten Vertretern aller Schichten des arbeitenden Volkes. Bildet Aktionsausschüsse gegen den Faschismus! Stärkt die Massenorganisationen des Proletariats, reiht euch ein in den Kampfbund gegen den Faschismus!
Wir rufen die Kommunisten auf: Ein jeder von euch muß von nun ab unermüdlich auf dem Posten stehen und Tag für Tag seine volle Pflicht als ein Führer der Arbeiterklasse, als ein Agitator des revolutionären Klassenkampfes unter den Massen des Proletariats erfüllen!
Wir bieten den sozialdemokratischen Arbeitern, den Proletariern im Reichsbanner, den Jungproleten in den Reihen der SAJ brüderlich die Hand für den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus als dem Hauptfeind der Arbeiterklasse, den es zu vernichten gilt.
Wir appellieren an die christlichen Arbeiter, sich nicht als Stützen für die faschistische Diktatur mißbrauchen zu lassen und mit dem Zentrum, der Brüning-Partei des Großkapitals, zu brechen.
Wir wenden uns vor allem auch entschlossen den antikapitalistisch gestimmten Werktätigen im Lager des Nationalsozialismus, den irregeführten Arbeitern, Angestellten, kleinen Beamten und Mittelständlern zu, die auf die trügerischen Phrasen und Versprechungen der Hitler und Goebbels hineinfielen. Wir zeigen auch ihnen die Klassenfronten auf, wir rütteln auch sie auf für den Freiheitskampf, Schulter an Schulter mit den Kommunisten, der allein das heutige System der kapitalistischen Ausplünderung und der räuberischen Young-Sklaverei beseitigen kann.
Wir schmieden die Waffe des politischen Massenstreiks als das entscheidende Kampfmittel der Arbeiterklasse gegen den Faschismus in der .heutigen Periode. Wir trommeln zum Kampf gegen die faschistische Diktatur! Die Millionenmassen des Volkes müssen sich gegen den Faschismus erheben. Sie sind allmächtig, wenn alle Räder stehen und das einige Volk unter der Fahne des Sozialismus kämpft. Die Kommunistische Partei ist die Führerin in diesem Freiheitskampf der Millionen. Her zu uns! Mit uns das Volk, mit uns der Sieg! Schließt die Reihen! Sturmriemen herunter!

Brüder, in eins nun die Hände!
Brüder, das Sterben verlacht!
Ewig der Sklav'rei ein Ende!
Heilig die letzte Schlacht!

Die Rote Fahne,
12.12.1930

Genosse Thälmann über den Ruhrkampf

Eine Rede vor den Hamburger Parteifunktionären
Der Ausbruch des Kampfes an der Ruhr wirkte wie ein Donnerschlag in Young-Deutschland
Ein politischer Kampf von allergrößter Bedeutung im Befreiungskampf des Proletariats

Auf der Delegiertenkonferenz der Groß-Hamburger Organisation der KPD, die am Sonntag stattfand und von über 800 Delegierten besucht war, ergriff der Genosse Ernst Thälmann zu Beginn der Diskussion das Wort und sprach über die Lage im Ruhrgebiet und die Bedeutung des dort entbrannten Kampfes.
Die Delegierten bewiesen ihre praktische Solidarität mit den streikenden Ruhrkumpels durch eine Teller Sammlung, die den Betrag von 73 Mark ergab.

Die Bedeutung des Streiks der Ruhrbergarbeiter

Genosse Thälmann, von den Delegierten mit einem dreifachen Rot Front und großem Beifall begrüßt, erklärte:

Die Bedeutung des Ruhrkampfes ist nicht die eines Streiks überhaupt, sondern dieser Kampf ist von vornherein ein politischer Kampf von allergrößter Bedeutung im Befreiungskampf des Proletariats. Die Verschärfung der gesamten Lage nimmt immer krassere Formen an, und die kommunistische Front, die Front des revolutionären werktätigen Proletariats, tritt immer aggressiver, immer angriffsfreudiger in den Vordergrund. Die Verschärfung der Young-Krise bringt eine immer mehr in den Vordergrund tretende Verschärfung der inneren und äußeren Lage, bringt immer größere Massenbelastung, bringt aber auch einen elementaren Aufschwung der revolutionären Bewegung. Deshalb haben alle heute durchgeführten Kämpfe ihre große politische, revolutionäre Bedeutung.

Brutaler Polizeiterror soll den Kampf der Bergarbeiter verhindern

55000 bis 60000 Bergarbeiter des Ruhrgebiets stehen unter Führung der RGO im Kampf. Mit allen Mitteln versuchte die SPD, die reformistische und christliche Gewerkschaftsbürokratie, diesen Kampf der Bergarbeiter zu verhindern. Als aber alles nichts half, der Kampf trotzdem ausbrach, sich die Gewerkschaftsbürokratie geschlagen sah, da griff die Regierung ein, um mit brutalem Polizeiterror die gewaltige Kampffront der Bergarbeiter zu sprengen. Die Wohnkolonien der Bergarbeiter in Duisburg, Hamborn usw. gleichen wahren Heerlagern der Bürgerkriegspolizei. Nichts aber konnte diese revolutionäre Bewegung verhindern. Eine besondere Rolle in diesem Kampf spielen die Frauen und die Jugendlichen, welche mit in der ersten Reihe der Kampffront stehen. Heroisch sind auch die sofort einsetzenden Solidaritätsaktionen der Erwerbslosen. So zeigt dieser Kampf nicht eine Aktion der Bergarbeiter allein, sondern eine außerordentlich bedeutsame Erhebung mit revolutionärem Charakter, die von den breiten Schichten des werktätigen Volkes getragen ist. Zwei Tote und vier Schwerverletzte, die bisher als Opfer des Polizeiterrors auf der Strecke geblieben sind, zeugen dafür, mit welcher Erbitterung die Kapitalisten und ihre Schergen gegen die Ruhrbevölkerung vorgehen.
Am Sonntag tagte in Bochum eine von der RGO einberufene Kampfkonferenz, an der 1500 Delegierte sich beteiligten. Die Aktivität der Kämpfenden zeigt sich unter anderem darin, daß diese 1500 Delegierten in der Zeit von 24 Stunden zusammengerufen wurden. Alle möglichen Terrorakte wurden gegen diese Delegierten, die zum größten Teil von auswärts kamen, verübt. Im Tagungslokal sind 15 bis 20 Kriminalbeamte anwesend, die eine direkte polizeiliche Überwachung der Konferenz durchführen.

Nazis entlarven sich als schlimmste Arbeiterfeinde

Genosse Thälmann führt weiter aus, daß die Stimmung im Ruhrgebiet sehr günstig ist. Die proletarische Massenkampffront gegen den Faschismus marschiert. Vier sozialdemokratische Arbeiter befinden sich im Präsidium der Kampfkonferenz der RGO, während weitere Hunderte als Delegierte anwesend sind. Die Nazis entlarven sich hier als Arbeiterfeinde vom reinsten Wasser. Sie stellen die Streikbrecher, in vielen Fällen sogar mit der braunen Mörderuniform kostümiert. Und so ist auch hier festzustellen, daß immer mehr Arbeiter, die sich von den Nazis täuschen ließen, sich von diesen Naziverrätern abwenden und sich der Front der um ihre revolutionäre Befreiung kämpfenden Arbeiter anschließen. Lehrlinge, gegen die mit schärfsten Maßnahmen vorgegangen wird, solidarisieren sich mit den Streikenden und gehen nicht in die Betriebe. Auch der Mittelstand beweist den Kämpfenden immer wieder seine große Sympathie.
Unter dem Motto: „Aufklärungsversammlung“ organisiert die SPD für Montag überall im Kampfgebiet groß aufgezogene Versammlungen, um die Arbeiter gegen den revolutionären Kampf, für ihre Streikbruchtaktik zu gewinnen.
Der Genosse Thälmann weist dann auf die gewaltige Bedeutung des Hafenarbeiterkampfes hin, der allen Verrätereien der Sozialfaschisten zum Trotz von der RGO organisiert wird. Die Sozialfaschisten wollten mit ihrem letzten Verrat vor allem eine Zerstückelung der Kampffront erreichen, weil sonst überall in ganz Deutschland zu gleicher Zeit der Kampf ausbrechen würde. Mit aller Intensität muß dieser Kampf zum Februar vorbereitet werden.

Beweist die Solidarität mit den Ruhrbergarbeitern!

Wie bedeutungsvoll die Bourgeoisie gerade den Kampf der Ruhrarbeiter einschätzt, das zeigt die Reise, die der Sozialfaschist Severing zu seiner „Orientierung“ unternehmen will. Damit wird eine weitere Verschärfung des Polizeiterrors angekündigt. Schon jetzt werden Tag und Nacht die Wohnviertel der Arbeiterschaft von der Polizei der stärksten Kontrolle unterzogen.
Genosse Thälmann zitiert dann einen Artikel der Nazizeitung „Hamburger Tageblatt“, in welcher die wahre Lage im Ruhrgebiet verschleiert wird. Demagogisch sucht dieses Blättchen den Anschein zu erwecken, als unterstütze die NSDAP die Streikenden, während in Wirklichkeit die Nazihorden als Streikbrecher in Tätigkeit sind.
Der heldenhafte Kampf der Bergarbeiter unter Führung der RGO muß in allen Betrieben und Stempelstellen diskutiert und in der aktivsten Form unterstützt werden. Überall müssen die Werktätigen ihre Solidarität zu dem kämpfenden Ruhrproletariat beweisen, überall muß die Verratspolitik der National- und Sozialfaschisten schonungslos angeprangert werden. Der Ausbruch des Kampfes wirkt wie ein Donnerschlag in Young-Deutschland. Überall müssen die bevorstehenden Kämpfe der Arbeiterschaft organisiert werden.

Es lebe der Sieg der Bergarbeiter!

Die Rote Fahne,
7.1.1931

Volksrevolution über Deutschland

Rede des Genossen Ernst Thälmann
auf dem Plenum des ZK der KPD
15.-17. Januar 1931

A. Die Analyse der Situation und die Perspektiven der Entwicklung

Genossen! Am Anfang meines Referates möchte ich die große Bedeutung unserer heutigen ZK-Sitzung feststellen. Wenn wir einen kurzen historischen Rückblick nehmen auf die Zeit vom 6. Weltkongreß bis heute, so sehen wir, daß die Komintern auf den wichtigen Tagungen in der Zwischenzeit, z.B. auf dem 10. Plenum des Ekki im Herbst 1929, oder auf der Sitzung des erweiterten Präsidiums im Februar v. J., auf Grund der Analyse der Situation die Kampfformen und taktischen Methoden stets auf einer höheren Stufe neu zu stellen vermochte. Nehmen wir z.B. die letzte Tagung des erweiterten Präsidiums und den Bericht über diese Tagung, den wir im März v. J. im Zentralkomitee hatten. Damals stellten wir fest, daß das Tempo des revolutionären Aufschwungs in Deutschland einen beschleunigten Charakter annimmt. In Übereinstimmung der Beschlüsse des erweiterten Präsidiums versuchten wir an Hand verschiedener Tatsachen an der Geschichte der Revolution aufzuzeigen, daß keine starre Grenze zwischen dem Entwicklungsstadium des revolutionären Aufschwungs und dem Hinausreifen in eine revolutionäre Situation bestehen kann.

In der heutigen ZK-Sitzung steht vor uns die wichtige Fragestellung, welche Erscheinungen sich bis jetzt gezeigt haben, daß die ökonomischpolitische Krise in Deutschland bereits Tendenzen der revolutionären Krise ausgelöst hat. Diese wichtige Problemstellung und die sich daraus ergebenden Aufgaben sind die Hauptlinie des heutigen Referats.

Wenn wir in dieser Zentralkomiteesitzung die Veränderungen vom Juniplenum vorigen Jahres bis heute überprüfen, so ergibt sich, daß es zweckmäßig war, nicht schon eher eine ZK-Sitzung einzuberufen. Das heutige ZK hat viel größere Möglichkeiten, eine neue Analyse der gegenwärtigen Situation und eine politisch klare Perspektive anzugeben, was vor zwei oder drei Monaten keineswegs in diesem Maße schon möglich war. Nehmen wir einige besondere Merkmale der Entwicklung vom Juniplenum bis heute. In der Weltwirtschaftskrise, die sich auf der Grundlage der Verschärfung der Krise des ganzen kapitalistischen Systems entwickelt hat, sehen wir, daß die Hoffnungen der Bourgeoisie auf eine Erholung Amerikas aus der Krise und zugleich eine Ankurbelung der Konjunktur im Weltmaßstabe oder auch nur auf einen Umschwung in die Depression durch die ganze Entwicklung völlig widerlegt wurden. In Deutschland erleben wir z. Zt. eine Krise, über die das amtliche Konjunkturinstitut mit vollem Recht erklären mußte, daß sie von kaum jemals erlebter Schwere ist. Wenn wir die Faktoren des Umschlagens der ökonomischen Krise in Deutschland in eine Erschütterung des politischen Überbaues und die Entstehung von Tendenzen der revolutionären Krise betrachten, so haben wir als deutlichsten Ausbruch des revolutionären Aufschwungs die Reichstagswahlen vom 14. September, den Metallarbeiterstreik in Berlin und jetzt, mit einem ganz neuen, politischen, offensiven Charakter, den Ruhrkampf mit dem oberschlesischen Streik; dazu der politische Massenstreik gegen die von den Nazis gestützte Regierung in Danzig. Schließlich auch die ansteigende Massenwelle des antifaschistischen Kampfes und die Gärungserscheinungen und Zersetzungsfaktoren in der Sozialdemokratie und besonders in der sozialistischen Arbeiterjugend. Das alles sind neue Faktoren des revolutionären Aufschwungs. Auf der anderen Seite bemerken wir, wie die Anstrengungen der Bourgeoisie wachsen, einen Ausweg aus der kapitalistischen Krise durch neue Methoden der Faschisierung zu finden. Eine weitere weltbedeutende Tatsache ist der Umstand, daß die Sowjetunion im Verlauf der Durchführung des Fünfjahrplans in die Periode des Sozialismus eingetreten ist. Im Weltmaßstabe beginnt ein gewaltiges Ringen zwischen dem Aufbau des

sozialistischen Systems und dem Niedergang des kapitalistischen Systems. Dieses Ringen wird auch für Deutschland und alle anderen kapitalistischen Länder in Gegenwart und Zukunft die allergrößte Bedeutung haben.
Das Wichtigste in diesem ZK-Plenum scheint mir zu sein:
1. eine genaue Analyse der gegenwärtigen Situation und der Perspektive der Entwicklung.
2. Anhand dieser Analyse die Problem- und Aufgabenstellung für die Politik der Partei.

Im ersten Teil des Referats werde ich versuchen, die Entwicklung der Weltwirtschaftskrise zu umreißen und demgegenüber die Entwicklung der Sowjetunion aufzuzeigen. Es wird sich sodann darum handeln, die besonderen Merkmale der gegenwärtigen Krise und die Versuche der Bourgeoisie zu ihrer Überwindung zu erläutern. Schließlich steht das Problem des kapitalistischen Auswegs und andererseits die Perspektive für die Herbeiführung einer revolutionären Krise. In diesem Zusammenhang werden wir uns ausführlicher mit der Frage der faschistischen Diktatur zu beschäftigen haben.
Im zweiten Hauptteil des Referats werden folgende Punkte stehen:
1. Das Problem der Volksrevolution und der Massenkampf gegen die faschistische Diktatur, bzw. gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur.
2. Die Frage der Einheitsfrontpolitik und der Gewinnung der entscheidenden Schichten des Proletariats und der Werktätigen.
3. Die RGO als das zentrale Problem in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung für den Tageskampf der Partei und des Proletariats.
4. Die Fortschritte und Mängel in unserer Parteiarbeit und
5. die Aufgaben der Wehrhaftmachung des Proletariats.

Das sind die wichtigsten Fragen, die wir heute zu behandeln haben.

I. Die Weltwirtschaftskrise

Und nun, Genossen, zu den Fragen der heutigen Situation. Ich wies bereits darauf hin, daß die bürgerlichen und sozialdemokratischen Ökonomen noch im vorigen Sommer eine Überwindung der Krise ankündigten. Die ökonomischen Tatsachen haben die Hoffnungen der Bourgeoisie zerschlagen. Heute finden wir, daß selbst die bürgerlichen „Wissenschaftler“ die Schärfe der Krise nicht mehr zu leugnen wagen. Solche Eingeständnisse der Bourgeoisie sind natürlich für uns wertvoll. Andererseits dürfen wir nicht in den Fehler verfallen, uns mit diesen bürgerlichen Eingeständnissen zu begnügen, und selbst auf eine theoretische, wissenschaftliche, marxistische Analyse zu verzichten. Die bürgerlichen Ökonomen begnügen sich bestenfalls mit der Wiedergabe der äußeren Erscheinungen. Unsere Aufgabe ist es demgegenüber, die tieferen Zusammenhänge und Hintergründe bei der marxistischen Analyse aufzuzeigen. Ich möchte in diesem Zusammenhang an ein Wort des Genossen Stalin erinnern, wo er u.a. auf die Notwendigkeit hinweist, mit den Methoden der marxistischen Wissenschaft die neuen Probleme zu erforschen. Genosse Stalin sagt dort:

„Die Bedeutung dieser Fragen besteht vor allem darin, daß ihre marxistische Bearbeitung die Möglichkeit gibt, alle und jede Art bürgerlicher Theorie, die zuweilen - zu unserer Schande - von unseren kommunistischen Genossen verbreitet wird, und die die Köpfe unserer Praktiker verwirrt, mit Stumpf und Stiel auszurotten.“

Auch wir müssen die Frage der theoretischen Vertiefung in der Partei und in den Massen scharf stellen. Denn wir brauchen eine wirklich klare und gründliche Orientierung der Massen, einen Zustand, wo man sagen kann, daß fast jeder Genosse von uns, wenn er im Betrieb, auf der Straße, überall, unseren politischen Gegnern entgegentritt, das Bewußtsein hat, diese klare marxistische Orientierung zu besitzen. Allein aus der Analyse der wirklichen ökonomischen Zusammenhänge und Hintergründe können wir eine richtige Perspektive ableiten.

Deshalb zunächst einige entscheidende Tatsachen über den Verlauf der Weltwirtschaftskrise und ihren Stand. Welches sind die Hauptmerkmale?

1. Der ungeheure Rückgang der Produktion in allen industriellen Ländern, die Nichtausnutzung der Produktionsmittel und die damit verbundene Schwierigkeit für den Kapitalismus, eine neue Basis zu finden, auf der das Kapital verwertbar wird. Hierzu nur einige der wichtigsten Ziffern und Tatsachen. Die Produktion ist in den Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber dem letzten Höchststand bereits im 3. Vierteljahr von 1930 um 28,3% zurückgegangen. In Deutschland beträgt dieser Rückgang 26%, in England 17,1%. Der Durchschnitt dürfte bereits für das 3. Quartal 1930 etwa 25% betragen.

2. Mit diesem außerordentlichen Produktionsrückgang gegenüber der letzten Hochkonjunktur ist jedoch die Nichtausnutzung der Produktionskapazität noch keineswegs völlig wiedergegeben. So ist die deutsche Industrie nur zu 53,4% ihrer Stundenkapazität und nur zu 59% ihrer Raumkapazität beschäftigt gewesen. Diese Ziffern entsprechen dabei einem Stand von 3½ Millionen Erwerbslosen, während inzwischen die Zahl für Deutschland schon auf über 4½ Millionen gestiegen ist. Die Zahl der Arbeitslosen in der ganzen Welt betrug schon auf Grund der viel zu geringen amtlichen Ziffern des Konjunkturforschungsinstituts 15 bis 18 Millionen.

3. Die dritte wichtige Tatsache, die sich bei der Betrachtung der Weltwirtschaftskrise ergibt, ist die Masse der angestauten Waren. Gegenüber dem tiefsten Stand der Vorratsstauung auf den Weltrohstoffmärkten ergibt sich schon für September 1930 eine ungeheure Steigerung. Sie beträgt für Weizen ein Anwachsen von ca. 3½ Millionen auf fast 15 Millionen Tonnen. Bei Steinkohle von knapp 3 Millionen auf über 16 Millionen Tonnen, bei Baumwolle von einer halben Million auf 1½ Millionen, bei Zucker von 1,6 Millionen auf 3,6 Millionen, bei Kaffee von 0,3 auf 1,6 Millionen Tonnen. Dabei hält das Wachsen der Vorräte auch im Dezember 1930 trotz des weiteren Sinkens der Produktion noch immer an.

4. Eine vierte Haupttatsache ist die Verflechtung der Industriekrise mit der Agrarkrise, wobei sich Industriekrise und Agrarkrise gegenseitig steigern und verschärfen. Eine wichtige Erscheinung der Agrarkrise ist die sich ausweitende Schere zwischen den Weltmarktpreisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die z.B. für pflanzliche Nahrungsmittel einen Rückgang von 70 bis 80%, für tierische Nahrungsmittel 20 bis 30%, für Textilrohstoffe 50 bis 70%, für Häute 50%, für Zucker 80% aufweisen, und den Preisen der industriellen Produktion, die bei Produktionsmitteln nur um 5 bis 16% und bei industriellen Konsumgütern um 8 bis 16% auf dem Weltmarkt gesunken sind. Es ist klar, daß gerade gegenwärtig bei der Anwendung von Technik, Elektrizität und Chemie im Dienste der Landwirtschaft, der Ruin der minderbemittelten Wirtschaften, der Klein- und Mittelbauern und der Farmerwirtschaften in Amerika, Australien, Kanada durch diese Schere zwischen Agrar- und Industriepreisen beschleunigt wird. Darüber hinaus bleibt die Landwirtschaft überhaupt immer stärker hinter der Industrie zurück, was die Krise verstärkt.

5. Eine fünfte Haupttatsache liegt im Bereich der sogenannten „Geographie der Krise“. Es ist die noch nie dagewesene Tatsache, daß die Krise sich wirklich über die ganze kapitalistische Welt ausbreitet. Nicht nur keine Erholung der amerikanischen Krise, die doch entscheidend bei der Auslösung der Weltwirtschaftskrise mitwirkte, sondern auch Frankreich, das letzte Land einer gewissen Prosperität, einer günstigen Konjunktur, wird von den Anfängen der Krise erfaßt.

6. Die sechste, besonders bedeutungsvolle Tatsache, die sich bei der Betrachtung der Weltwirtschaftskrise ergibt, ist das Problem der Preisgestaltung. Wir sahen schon die Differenz zwischen den Agrar- und Industriepreisen, die naturgemäß eine Erhöhung der Schwierigkeiten mit sich bringt. Nicht viel stärker ist das bei der Preisentwicklung bezüglich der Differenz zwischen den monopolistischen Inlandspreisen und denen des freien Weltmarktes der Fall. So beträgt der Rückgang für Roheisen von Oktober 1929 bis Oktober 1930 beim Weltmarktpreis 25%, auf dem deutschen Markt dagegen nur 2%, in den

Vereinigten Staaten 14%, in England 12%, in Polen 0%, während in Frankreich sogar eine Preissteigerung um 3% vorlag. Ein ganz ähnliches Mißverhältnis ist bei allen Preisen vorhanden. Für Deutschland ist die Differenz zwischen den inlandsbestimmten Preisen und den auslandsbestimmten Preisen für industrielle Rohstoffe und Halbwaren vom September 1929 bis Oktober 1930 um fast 300% gestiegen. In allen diesen Tatsachen drückt sich der monopolistische Charakter der kapitalistischen Wirtschaft in ihrer gegenwärtigen Entwicklungsstufe aus: mit Hochschutzzöllen und Kartellbindungen werden die Preise auf dem Inlandsmarkt in nahezu allen Ländern künstlich hochgehalten. Auf diese Weise versucht die Bourgeoisie in allen Ländern die Monopolprofite auf dem Binnenmarkt herauszuholen, um gleichzeitig auf dem Weltmarkt ein um so schärferes Dumping bei der imperialistischen Konkurrenz betreiben zu können.

7. Eine siebente Haupttatsache sind die Gold- und Währungsprobleme. Hier können wir z.B. schon heute auf den Goldabfluß von England nach Frankreich hinweisen, der ein solches Ausmaß angenommen hat, daß die englische Währung bedroht ist. So kann Frankreich es sich bereits bei den englisch-französischen Verhandlungen über die Einschränkung des Goldabflusses erlauben, England die Rückführung des Goldes in Form von Industrieanleihen anzubieten, worin sich wiederum nur die Ungleichmäßigkeit der imperialistischen Entwicklung, einer der wichtigsten Krisenfaktoren nach Lenin, widerspiegelt.

8. Nachdem die Welt aufgeteilt ist, wesentlich neue Exportmöglichkeiten nicht mehr ohne kriegerische Lösung erschlossen werden können, die Absatzfrage aber im Mittelpunkt der Krise steht, setzt im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise auch eine Art von Youngkrise, eine Krise der imperialistischen Friedensverträge usw. ein. Die deutschen Reparationsverpflichtungen sind nach wie vor ein Hebel zur künstlichen Forcierung des deutschen Exports. Nur durch einen Überschuß in der Handelsbilanz vermag Deutschland seine drückenden Reparationsverpflichtungen zu erfüllen. So ist die Ausfuhr Deutschlands im Verhältnis zu den anderen von der Krise betroffenen Ländern am wenigsten zurückgegangen. Damit haben sich im Gefolge der Krise die Bedingungen, unter denen der Youngplan vom Standpunkt der einzelnen imperialistischen Mächte seinerzeit zustande kam, erheblich verändert. Schließlich ergibt sich mit den Schwierigkeiten, überhaupt eine Basis für die Verwertbarkeit des Kapitals zu finden, auch das neue Problem, wieweit die Reparationsgläubiger überhaupt ein Interesse an der Zahlung von Reparationen haben. Naturgemäß gibt es hierbei sehr verschiedenartige Interessen, die z.T. gegensätzlich sind. Der letztgenannte Gesichtspunkt schied für Frankreich, das bis zuletzt von der Krise verschont blieb, naturgemäß aus.

9. Mit der allgemeinen Verschärfung des Kampfes um die Absatzmärkte, mit der Dumping-Politik der imperialistischen Staaten, mit dem Zwang, trotz der Aufteilung der Welt neue Absatzmärkte für die Produkte und neue Anlagemöglichkeiten für das überschüssige Kapital zu suchen, verschärft sich ungeheuer die Kriegsgefahr. Dabei schlagen die imperialistischen Konflikte untereinander besonders auch in eine Steigerung des Hauptgegensatzes zwischen den imperialistischen Mächten und der Sowjetunion um.

So ergibt die Betrachtung des Standes der Weltwirtschaftskrise bei der Jahreswende 1931 ein katastrophales Bild für den Weltkapitalismus. Der bekannte englische Liberale Norman Angell muß selbst in seiner Monatsschrift über auswärtige Angelegenheiten vom Januar 1931 unter dem Titel „Ökonomisches Chaos und internationale Zukunft“ folgendes trübe Bild malen:

„Der ökonomische Orkan, der die Welt verwüstet hat, ist mit seiner Universalität und Intensität die Tatsache des verflossenen Jahres, hinter der alle anderen zurückstehen. Die Geschichte kennt keine Tatsache von dieser Art. In den drei großen Industrieländern der Welt sind nicht weniger als 10 Millionen - vermutlich eine noch größere Zahl - Arbeiter erwerbslos. In dem goldenen Amerika, das vor 10 Jahren in den Augen der Europäer einen höheren Typus ökonomischer Schöpfung zu verkörpern schien, in diesem Eldorado liegen die Arbeiter zu Hunderttausenden auf der Straße, Banken stellen

ihre Zahlungen ein, Bankiers erschießen sich, Vermögen, die so fest gegründet zu sein schienen wie Gibraltar verflüchten sich in nichts. Und noch dauert die Depression an. Die ökonomische Krise wird begleitet von gewissen politischen Erscheinungen ... Ein Beobachter bemerkte vor kurzem, die Demokratie in Europa befindet sich im Niedergang. Ein anderer Beobachter meint: laß das Preisniveau um weitere 20 Punkte sinken und Europa wird zerrissen sein zwischen faschistischer und kommunistischer Diktatur."

Genossen, ich glaube, dieses Zitat zeigt schon, wie selbst bürgerliche Ökonomen die jetzige Situation einschätzen. Vor einem Jahr sah die Bourgeoisie der ganzen Welt die gesamte Entwicklung hoffnungsvoller an. Z.B. beim Ausbruch der Krise in Amerika war es Hoover, der sagte, daß es ihnen gelingen würde, die Krise in kürzester Zeit zu überwinden. Noch vor kurzem erklärten englische Kapitalisten und „Ökonomen" der (Sozialdemokratischen Partei, daß sie von der Verbilligung des Leihkapitals „in Europa, als Folge des amerikanischen Börsenkrachs, eine Besserung der wirtschaftlichen Lage in Europa erhoffen. Heute stehen Ökonomen der Bourgeoisie und Theoretiker der Sozialdemokratie der Krise verständnislos gegenüber und wir haben nicht nur die Tatsache des verständnislosen 'Gegenüberstehens zu verzeichnen, sondern einige von ihnen sind gezwungen, wenn auch unbewußt, die völlige Unfähigkeit des Kapitalismus zuzugeben. Eine „Leuchte der Nationalökonomie" in England, Herr Keynes, schrieb im „Wirtschaftsdienst" vom 19. November 1930 u.a.:

„Wir haben uns heute in einen heillosen Wirrwarr hineinmanövriert, denn wir haben uns bei der Handhabung einer empfindlichen Maschine (die kapitalistische Wirtschaftsmaschine), deren Gesetze wir nicht verstehen, gröblich versehen."

Und einer der größten Führer des amerikanischen Finanzkapitals, T.W. Lamont, der Kompagnon von Morgan, erklärt in der Neuyorker „Times" vom 15. November 1930 folgendes:

„Alle unsere wirtschaftlichen Untersuchungen haben bisher in den Bestrebungen, der Welt zu zeigen, wie sie die übertriebenen Stimmungen des industriellen Zyklus verhindern könnten, fehlgeschlagen."

Ich glaube, diese beiden Zitate zeigen, daß selbst die Kapitalisten - ich sage unbewußt - gezwungen sind, die Unfähigkeit des ganzen Systems zu irgendeiner wirklichen Lösung zuzugeben.

II. Die Lage der Sowjetunion

Die höhere Stufe in der gesamten historischen Entwicklung bei der gegenwärtigen Tagung des Zentralkomitees gegenüber dem letzten Plenum im vergangenen Juli spiegelt sich vor allem in dem kühnen Vormarsch des Sozialismus in der Sowjetunion. Die letzte Plenarsitzung des Zentralkomitees unserer bolschewistischen Bruderpartei, an der die Delegation unseres Polbüros teilnehmen konnte, hat die Kontrollziffern für die Wirtschaft im Jahre 1931 beschlossen. Wir wollen in aller Kürze die wichtigsten gigantischen Tatsachen feststellen, die sich bei der Durchführung und Überholung des Fünfjahrplanes ergeben. Ich verweise dabei auf den letzten Artikel des Genossen Heinz Neumann in der Parteipresse. Was brachten die ersten zwei Jahre des Fünfjahrplanes?

1. In der Produktion von Produktionsmitteln allein im letzten Jahre eine Steigerung um 40% gegenüber 24%, die der Fünfjahrplan vorgesehen hatte. Also um 16% übersteigert. In der Stahlproduktion in beiden Jahren 10,2 Millionen Tonnen statt 9,9 Millionen Tonnen auf Grund des Fünfjahrplanes. In der Elektroindustrie 781 Millionen Rubel in Produkten statt 588 Millionen Rubel. In der Erdölproduktion 30,6 Millionen Tonnen statt 28 Millionen Tonnen.

In der gesamten Industrie Verdoppelung des Vorkriegsniveaus während der letzten beiden Jahre.

2. In der Landwirtschaft Steigerung der Anbaufläche im Jahre 1930 von 113 Millionen Hektar auf 127,7 Millionen Hektar. Die Getreideernte stieg von 71,7 Millionen Tonnen 1929 auf 86,5 Millionen Tonnen 1930, also um 20,6%. 21,5% aller Bauernwirtschaften waren bereits am 1. Oktober kollektivisiert. 36 Millionen Hektar wurden bereits kollektiv bewirtschaftet, während der Fünfjahrplan für das letzte Jahr (1933) nur 20,6 Millionen vorgesehen hatte.
3. Die bisherigen Erfolge ermöglichen eine ungeheure Steigerung in der Aufgabenstellung. Die Gesamtproduktion der sozialistischen Staatsindustrie wird in einem Jahr (1931) um 45% gesteigert. Das ist ein Weltrekord. In den letzten vier Jahren betrug die Steigerung durchschnittlich 23,6%, während sie in Deutschland im Durchschnitt der letzten 16 Jahre 5-7% betrug. Für die Landwirtschaft wird in den entscheidenden Getreidebezirken die Kollektivisierung von 80% aller Bauernwirtschaften, in der zweiten Gruppe der Getreidegebiete die Kollektivisierung von 50% durchgeführt. In der Traktorenfabrikation werden statt der im Fünfjahrplan vorgesehenen 6500 Traktoren im Jahre 1931 fast das Zwanzigfache, mehr als 120000 Traktoren produziert.
4. Den Millionen Erwerbslosen in allen kapitalistischen Ländern stehen in der Sowjetunion Null Erwerbslose gegenüber. Im Jahre 1931 wird sich die Zahl des Proletariats in der Sowjetunion durch die Einbeziehung von neuen 2 Millionen Personen in den Produktionsprozeß weiter erhöhen.
5. Mit dem sozialistischen Aufbau Hand in Hand vollzieht sich die Hebung des sozialen Niveaus der Massen. Das gilt für die Arbeiterschaft, von der am 1. Oktober 1930 bereits 43,5% gegenüber 19,1% im Jahre 1929 den Siebenstundentag besaßen und Ende 1931 92% besitzen werden. Der Reallohn stieg während der ersten 2 Jahre des Fünfjahrplanes um 12,1% pro Kopf. Die Sozialpolitik steht im Zeichen der Ausgabensteigerung des proletarischen Staates für diese Zwecke auf allen Gebieten.
Die Hebung des sozialen Niveaus betrifft aber ebensosehr die werktätigen Bauernmassen, die durch die Kollektivisierung von den primitiven und menschenunwürdigen Arbeitsmethoden erlöst und in ihrem gesamten Lebensniveau gehoben werden.
Was ergibt sich aus allen Tatsachen? Der völlige Sieg der Generallinie. Früher sagten wir gegen Trotzki: Nep* bedeutet keine Erneuerung des Kapitalismus, sondern den erfolgreichen Wettlauf der sozialistischen Elemente in der Industrie und Gesamtwirtschaft mit den privatwirtschaftlichen Elementen. Heute ist dieser Wettlauf in der Industrie längst entschieden.
Früher stellte Bucharin die These auf, die Kulaken in den Sozialismus wachsen zu lassen. Heute ist die Liquidierung des Kulakentums als Klasse weit fortgeschritten.
Früher warnte Bucharin vor einem raschen Tempo und vor der Generallinie der Partei. Heue nähern wir uns dem Zeitpunkt, wo auch in der Landwirtschaft die sozialistischen Elemente die privatwirtschaftlichen verdrängen.
Beim Beginn der bolschewistischen Revolution sagte Lenin: Als wir zur Macht schritten, kannten wir nur die allgemeine Linie des Sozialismus in ihren großen Zügen. Das wußten wir. Aber - so fuhr er fort:

„Weder die Formen der Umgestaltung, noch das Tempo, die Schnelligkeit der Entwicklung, der konkreten Organisation, haben wir gekannt."

Und heute?
Mit vollem Recht konnte Stalin in seinem Schlußwort auf dem 16. Parteitag feststellen:

„Wir sind bereits in die Periode des Sozialismus eingetreten!"

* Nep : Neue ökonomische Politik

Zwei Systeme stehen sich gegenüber in der Welt: Das bankrotte System des Kapitalismus in seiner Profitwirtschaft auf der einen Seite. Der kühn vorwärtsmarschierende, siegreiche Sozialismus auf der anderen Seite. Die Dumpinghetze der Bourgeoisie gegen die Sowjetunion und ihren Export zeigt nur die Angst der Imperialisten vor dem Vormarsch des Sozialismus. Dabei geht die Kriegshetze gegen die Sowjetunion Hand in Hand mit der Verschärfung der Krise in den kapitalistischen Ländern, mit der Angst vor dem eigenen Proletariat. So schreibt das führende englische Organ, die „Times“, vom 2. Januar, unter dem Titel: „Europa am Scheidewege“:

„In diesem Augenblick, wo das Jahr 1930 in das Jahr 1931 übergeht, herrscht auf dem Kontinent ohne Zweifel ein allgemeines Gefühl der Unruhe und Erwartung, eine nervöse Hoffnung auf eine Wendung und die Überzeugung von ihrer Unvermeidlichkeit ... Im deutschen Parlament verfügt die Kommunistische Partei über 77 Sitze und bei den kürzlichen Wahlen zum Danziger Parlament verdoppelten die Kommunisten ihre Stimmenzahl. Es ist eine Tatsache, daß der Kommunismus selbst in so entfernten Ländern wie Bulgarien und Spanien wächst... Die Anhänger von Marx und Lenin sind - es wäre albern, das zu verkennen - von einem großen Eifer für die Propaganda ihrer Ideen beseelt und sie streben nach einer außerparlamentarischen Regierungsform auf der Grundlage der Sowjets. Zwischen ihnen und den Faschisten geraten die Mittelparteien Europas in größte Bedrängnis.“

Noch deutlicher äußert sich das führende Blatt der französischen Bourgeoisie, „Temps“:

„Das Jahr 1930 war eine Enttäuschung in jeder Hinsicht... Obwohl noch keine unmittelbare Gefahr besteht, so gebietet die Wendung in der internationalen Lage doch um so größere Wachsamkeit, als ohne Zweifel die Sowjetunion entschlossen ist, alle Mißverständnisse und alle Mißstände und internationalen Komplikationen auszunützen. Die russische Wunde im Leibe Europas bleibt das größte Unglück unserer Epoche und, so lange diese Wunde nicht ausgebrannt ist, wird die Welt fortfahren, in Wirrsalen und Unruhe zu leben.“

III. Die ökonomische Lage Deutschlands

In den gesamten Darlegungen der Weltpresse, aus Anlaß der Jahreswende, aus denen die angeführten Zitate der „Times“ und des „Temps“ nur eine Probe darstellen, spielt die Lage in Deutschland die Hauptrolle. Die Entfaltung der Krise in Deutschland hat auch nach den bürgerlichen Darlegungen einen besonders hohen Grad angenommen. Bevor man von der allgemeinen Darstellung des gegenwärtigen Standes der Krise zur Untersuchung ihres besonderen Charakters und damit zu einer Prognose über ihre weitere Entwicklung übergeht, ist es noch notwendig, einige der wichtigsten Tatsachen der ökonomischen Lage Deutschlands anzuführen:

1. Es wurde schon bei der internationalen Betrachtung auf die Tatsache hingewiesen, daß die Nichtausnutzung der Produktionskapazität in Deutschland bereits einen solchen Grad angenommen hat, daß die gesamte Industrie nur zu 53,4 Prozent nach dem Bericht des „Instituts für Konjunkturforschung“, der mit dem Oktober 1930 abschließt, beschäftigt ist. Im einzelnen ergeben sich dabei folgende Tatsachen: Der Beschäftigungsgrad, gemessen in der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in Prozenten der Arbeitsstundenkapazität, beträgt in der Produktionsgüterindustrie 56,2%, in der Verbrauchsgüterindustrie 62%. Bei Nahrungs- und Genußmitteln 69,9%, bei Textilien 59,4%, bei Wohnungs-, Luxus- und Kulturproduktion 56,1%, bei Grundstoffen 52,8%, bei Konstruktionen sogar nur 42%. Das Tempo des Rückganges der Beschäftigung in den einzelnen Monaten des Jahres 1930 ergibt ein Fallen vom Januar bis September von 62,2% auf 56%. Vom September zum Oktober beträgt der Rückgang dann allein in einem Monat 2,6%. Wenn man in Betracht zieht, daß die Ziffer des Oktober hinsichtlich der Erwerbslosigkeit 3½ Millionen war und inzwischen selbst nach der amtlichen Statistik über 5 Millionen Erwerbslose angewachsen ist, so ergibt sich daraus, wie weit die Nicht-Ausnutzung der Produktionsmittel in Deutschland m immer rascherem Tempo gestiegen ist.

Die Massenerwerbslosigkeit mit ihrer Herabsetzung der Konsumkraft der Arbeiterklasse bewirkt ebenso wie der direkte Lohnraub eine dauernde Verengerung des inneren Absatzmarktes.

2. Wie im Weltmaßstabe zeigt sich auch in Deutschland der gleiche dauerhafte Charakter der Agrarkrise. Die Hochschutzzölle, die einen Versuch darstellen, die Schere zwischen Industrie- und Agrarpreisen zu schließen, werden für die Bauern, für den Kleinbesitz, völlig wirkungslos gemacht. Zwar steigen die Preise der Waren der Landwirtschaft, aber zugleich werden die Herstellungskosten, besonders Futtermittel, Düngemittel, Maschinen, Geräte, Werkzeuge außerordentlich verteuert. Andererseits drückt der Rückgang der Nachfrage infolge der Konsumdrosselung durch Erwerbslosigkeit usw. gerade das Preisniveau der bäuerlichen „Veredlungswirtschaft“ (Fleisch, Molkereiprodukte, Eier, Obst, Wein, Gemüse). Hinzu kommt noch der Widerspruch zwischen dieser bäuerlichen „Veredlungswirtschaft“ und der großagrarischen Verwertungswirtschaft. (Futter- und Brotgetreide, Hochfrucht.)

Ein weiteres Problem ist die große Masse von Zwerg- und Kleinbauern, rund 4 Millionen Betriebe, die zum größten Teil auf einen Nebenverdienst durch Lohnarbeit angewiesen sind. Die Massenerwerbslosigkeit trifft auch in Deutschland diese halbproletarischen Elemente und verschärft die Agrarkrise. Der Bodenhunger dieser zwerg- und kleinbäuerlichen Elemente wächst und steigert damit auch die Pachtzinsen für Parzellen. Auf der einen Seite also sinkende Einnahmen, auf der anderen Seite höhere Pachtbelastung. Die Verschuldung und Zinsbelastung wächst dauernd. Sie stieg nach bürgerlichen Angaben von 8 Milliarden Ende 1925 auf 11,7 Milliarden Ende 1930. Bei den staatlichen Krediten erhalten die Großagrarier fast alles, der bäuerliche Kleinbesitz fast nichts oder nur minimale Beträge.

3. Zur Industrie- und Agrarkrise tritt die permanente Krise der Staatsfinanzen. Alle Versuche, die immer neuen Löcher zuzustopfen, die sich im Budget des kapitalistischen Staatsapparates ergeben, werden durch die verschiedenen Faktoren der Krise stets von neuem durchkreuzt. Einmal drückt die Massenerwerbslosigkeit mit ihrer Belastung auf die Staatsfinanzen und wirft alle Berechnungen über den Haufen, wie es sich im vergangenen Jahr mehrfach zeigte. Hinzu kommt die ungeheure Belastung durch Reparationszahlungen und sonstige ausländische Kapitalverschuldung. Auf Grund der Goldklausel des Youngplanes erhöhen sich die deutschen Reparationsleistungen im Zusammenhang mit der Goldwertsteigerung um zirka 15%. Der Kreditbedarf für Reich, Länder und Gemeinden im zweiten Rechnungshalbjahr 1930 wurde selbst nach vorsichtigen, bürgerlichen Schätzungen mit 700 Millionen Mark angesetzt.

4. Die Krise im Geld- und Kreditwesen, die insbesondere im September-Oktober, im Anschluß an die Reichstagswahlen, eine ungeheure Verschärfung erfuhr und zu einer Kapitalausfuhr von rund 1,6 Milliarden Mark führte, bleibt auf Grund des Youngplanes dauernd bestehen. Allein für Reparationszahlungen besteht ein monatlicher Devisenbedarf von rund 240 Millionen Mark, der ausschließlich entweder durch Kapitaleinfuhr und neue Verschuldung oder durch Überschüsse der Handelsbilanz gedeckt werden kann. Die Überschüsse der Handelsbilanz im vergangenen Jahr, die in den ersten zehn Monaten 1,325 Millionen betrugen, sind zum großen Teil nicht nur auf eine Einschränkung der Einfuhr mengenmäßig zurückzuführen, sondern auch auf die verschiedene Entwicklung der Preise. Die Preise sind in der Einfuhr erheblich stärker als in der Ausfuhr gesunken. Die verhältnismäßig günstige Lage des deutschen Exports, im Vergleich zu anderen Ländern im vergangenen Jahre, hängt einmal mit dem besonders niedrigen Lohnniveau der deutschen Arbeiter, zweitens mit einem gewissen Vorsprung der deutschen Industrie gegenüber den konkurrierenden imperialistischen Mächten, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, in der Frage der technischen Rationalisierung, und drittens mit der Tatsache zusammen, daß der deutsche Export zu einem entscheidenden Teil nach Frankreich ging, das von der Krise am längsten verschont blieb. Die Auswirkungen der ökonomischen Krise auf den politischen Überbau, die sogenannte Vertrauenskrise, hat wiederum ökonomische Rückwirkungen. Wenn

z.B. deutsches Kapital ins Ausland geht und von dort wieder nach Deutschland als Auslandskapital ausgeliehen wird, wie es z.B. auf Grund der Kapitalflucht im September-Oktober in besonders heftigen Formen, aber auch sonst während des ganzen Jahres 1930, vor sich ging, so bedeutet das eine außerordentliche Belastung des deutschen Kapitalmarktes. Nach bürgerlicher Schätzung handelt es sich dabei um 1,2 Milliarden Reichsmark jährlich an Zinsverlust, die der deutsche Kapitalmarkt erleidet. Das ins Ausland gebrachte Kapital wird dort zu etwa 4% verzinst und von den ausländischen Vermittlern wiederum zu Zinssätzen von 7½ bis 11% in Deutschland investiert. Auch alle bürgerlichen Finanzsachverständigen sind sich darüber klar, daß jede neue Erschütterung in der Art der Krise im deutschen Geld- und Kreditwesen im September-Oktober vorigen Jahres nicht nur eine vollkommene Transfer-Krise, d.h. die Unmöglichkeit der Abführung der Reparationszahlungen in ausländischer Valuta, sondern einen Zusammenbruch des gesamten Kreditwesens und damit eine vollkommene Stockung des ganzen Wirtschaftslebens weit über den Stand der gegenwärtigen Krise hinaus mit sich bringen würde.

IV. Die Lage der deutschen Arbeiterklasse und der Werktätigen

Welche sozialen Auswirkungen die Wirtschaftskrise für die arbeitende Bevölkerung zeitigt, ist auf Grund der geschilderten Tatsachen klar. Es ist nicht von ungefähr, daß Silverberg, der bekannte Großkapitalist, vor einigen Wochen die Frage stellte, die Bestimmungen des Youngplans seien nur durchzuführen, wenn es der deutschen Industrie gelingt, die Löhne der deutschen Arbeiter auf das Niveau der chinesischen Kulis und Bauern herabzudrücken. Wenn man in Betracht zieht, daß die deutsche Bourgeoisie zirka 1,6 Milliarden Mark an Zinsen an das Auslandskapital, dazu durchschnittlich ungefähr 2 Milliarden Mark auf Grund des Youngplanes zu zahlen hat, so ergibt sich die außerordentliche Gefährdung der gesamten Wirtschaft, die Einschnürung der Kapitalsakkumulation und damit der Antrieb für die Kapitalisten zu immer neuen Angriffen auf das Lebensniveau der Massen. Heute hat Deutschland im Ausland kurz- und langfristige Anleihen von 8,8-10,8 Milliarden Mark, während reine Schulden ans Ausland 26,1-27,1 Milliarden Mark betragen. Für heute ergibt die Aufrechterhaltung der beiden Gegenposten eine Verschuldung Deutschlands von 16-17 Milliarden Mark. Der Großindustrielle Duisberg spricht z.B. von 6 Milliarden Mark jährlicher Akkumulation des deutschen Kapitals. Das ist bestimmt zu wenig gerechnet, aber selbst wenn man rechnet, daß über 8 Milliarden akkumuliert werden, so ginge doch ein Drittel des angesammelten Kapitals auf Reparationsleistungen und Kapitalszinsen drauf. Selbstverständlich tritt somit eine außerordentliche Verschärfung der Klassengegensätze ein. Wir wollen nur ganz kurz die Hauptmerkmale der sozialen Auswirkungen der Krise in Deutschland aufzählen. Worum handelt es sich?

1. Die riesige Massenerwerbslosigkeit stellt einen dauernden indirekten Lohnraub an der Gesamtheit der Arbeiterklasse dar, zu dem die Kurzarbeit noch erheblich beiträgt.
2. Die ungeheure Lohnabbauoffensive der Unternehmer, unterstützt von den Reformisten und Christen und dem Staatsapparat, bringt darüber hinaus einen direkten Lohnraub, der von Mitte 1930 bis April 1931 durchschnittlich 15% beträgt.
3. Dazu tritt die Herabsetzung der Reallöhne durch die künstliche Teuerung mit Hilfe der Zoll- und Monopolpolitik. Der verhältnismäßig geringfügige Preisrückgang auf dem Inlandsmarkt, besonders bei allen Verbrauchsgütern der Massen, im Vergleich zu den Weltmarktpreisen auf Grund des Zollwuchers oder mit Hilfe der kartellgebundenen Preise, stellt naturgemäß eine dauernde Entwertung der Nominallöhne, einen indirekten Lohnraub, eine indirekte Senkung der Reallöhne dar. Ein bürgerlicher Journalist schrieb z.B. in der „Neuen Leipziger Zeitung“ Nr. 142 einen Artikel unter der Überschrift „Deutschlands Kartelhribute, Gesamtbelastung wahrscheinlich höher als die Reparationen“, in dem es u.a. heißt:

„Deutschland, das die ungeheure Last der Reparationen aufzubringen hat, muß überdies an die Monopolisten seinen Tribut leisten, den diese auf Grund ihrer organisierten Macht diktieren können. Ziffernmäßig läßt sich diese Tributleistung nur mit einer minimalen Summe veranschlagen... *Der Tribut, den Deutschland an seine Kartelle zahlt, wird jährlich auf 1,7 Milliarden zu beziffern sein. Man wird die These aufstellen können, daß Deutschland an seine Kartelle jährlich mindestens … ebenso viel, wahrscheinlich aber viel mehr Tribut zahlt als den ehemaligen feindlichen Mächten.*"

4. Der Abbau der Sozialpolitik auf allen Gebieten, in der Frage der Erwerbslosen, der Kranken, der Rentner und Invaliden, bei gleichzeitiger Steigerung der Soziallasten der Betriebsarbeiter, bei dauernder Verschärfung des Steuerwuchers, bedeutet eine weitere Tatsache, die zur Senkung des Lebensniveaus der Massen beiträgt. Man kann heute signalisieren, was für die RGO von größter Bedeutung ist, daß in dem Maße, wie die Periode der Lohnabbauoffensive zum Abschluß gelangt - was natürlich heute noch nicht der Fall ist -, eine neue Offensive auf die sozialen Leistungen sich vollzieht. Man kann heute schon sagen, daß die Bourgeoisie versuchen wird, 30-40 Prozent der ganzen sozialen Leistungen, die der kapitalistische Staat für diese Schichten aufbringt, in nächster Zeit abzubauen. Es sei denn, daß der Widerstand und die Rebellion der Massen so stark sein werden, daß die Bourgeoisie vielleicht nicht in der Lage ist, diesen Abbau durchzuführen.
5. Die Lage der Mittelschichten in Stadt und Land ist von der des Proletariats nicht zu trennen. Der Lohnraub an den Arbeitern, Angestellten, Beamten drückt durch die Herabsetzung der Konsumkraft der Massen unmittelbar auf die Existenz der Kleingewerbetreibenden und Handwerker in der Stadt sowie der bäuerlichen Kleinproduzenten. Nehmen wir z.B. die Auswirkung des Ruhrkampfes auf den städtischen Mittelstand. Hier hatten die Streikenden an vielen Orten die volle Sympathie des Mittelstandes. Oder nehmen wir den Streik von 40 Betrieben am Niederrhein. Auch hier drückt sich die Sympathie des Mittelstandes, den Streikenden gegenüber, überall sehr stark aus. Worauf ist das zurückzuführen? Der Mittelstand sieht durch die Offensive der Unternehmer seine eigene Existenz bedroht. Man kann von einem beginnenden Klassenbewußtsein sprechen, von einer gewissen Annäherung an das Proletariat. Hier müssen wir unsere Arbeit ungeheuer verstärken und verbessern. Bei der jetzigen Preisabbaukampagne, diesem Schwindel, der zur Täuschung für den Massenlohnraub getrieben wird, richtet das Finanzkapital selbstverständlich den Angriff niemals auf die Monopolpreise, sondern allein auf die des Kleinhandels und des Handwerks. Im Kampf um die Preise spielt sich lediglich der Kampf um die Anteile an der Profitrate ab, wobei naturgemäß die Kleinproduzenten erdrückt werden.
Die gesamte Verelendung der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands, die sich in dem allgemeinen Konsumrückgang ausdrückt, ist auch eine der Ursachen für früher geschilderten Rückgang der Einfuhr, der im vergangenen Jahr allein einen Exportüberschuß und damit die Erfüllung des Youngplanes möglich machte. Hier zeigt sich die unlösliche Verknüpfung zwischen der Youngpolitik der deutschen Bourgeoisie und dem steigenden Massenelend, das eine Voraussetzung der Youngpolitik darstellt.

V. Die besonderen Merkmale der gegenwärtigen Krise

Die Gesamtheit der aufgezeigten Haupttatsachen und Faktoren der Krisen ermöglicht uns, die entscheidende Frage nach dem Charakter der jetzigen Krise zu beantworten.
Die erste Frage ist die: Handelt es sich bei der jetzigen Krise um eine „normale" sogenannte zyklische Krise der kapitalistischen Wirtschaft, wie sie in der Vorkriegszeit periodisch alle 5 bis 15 Jahre aufzutreten pflegte? Oder handelt es sich lediglich um die allgemeine Krise des Kapitalismus in der Nachkriegszeit, ohne besondere Erscheinungen der konjunkturellen, zyklischen Krise? Oder drittens, welchen Charakter hat die Krise, falls wir die beiden ersten Fragen verneinen müssen? Die Bourgeoisie und Sozialdemokratie sind sich in dem Bestreben

einig, die heutige Krise als eine ganz gewöhnliche „normale“, wenn auch besonders schwere darzustellen. Das deutsche „Institut für Konjunkturforschung“, das in seinem letzten Bericht dieser Frage einen besonders breiten Raum einräumt, geht bis auf die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück, um einen Vergleich für die heutige Krise zu finden. Natürlich ist die Sozialdemokratie völlig mit dieser Einstellung der Bourgeoisie einverstanden. Ihr Haupttheoretiker, der Hilferding immer mehr verdrängt, der ehemalige bürgerliche Börsenredakteur Naphtali, schreibt z.B. in seiner Broschüre über „Wirtschaftskrise und Erwerbslosigkeit“ wörtlich:

„Weder Youngkrise noch Rationalisierungskrise, noch gänzlicher Zusammenbruch des kapitalistischen Systems als Vorbote der Weltrevolution, sondern typische Krise des kapitalistischen Systems, mit historischen Besonderheiten, wie sie jede Krise aufzuweisen hat.“

Ein Teil der Bourgeoisie macht, worauf Naphtali anspielt, speziell den Youngplan für die Krise verantwortlich.
Um den sozialdemokratisch-bürgerlichen Schwindel zu widerlegen, daß die jetzige Krise eine einfache „normale“ zyklische Krise wie in der Vorkriegszeit sei, ist es notwendig, zunächst ganz kurz die Besonderheiten der jetzigen Krise aufzuzählen.
1. Der allgemeine weltumfassende Charakter der Krise, der keinen Teil der kapitalistischen Welt ausläßt, nachdem die Krise jetzt auch Frankreich, Niederlande, Schweiz und die skandinavischen Länder einbezieht. Das ist eine völlig neue Tatsache.
2. Der Bestand der Sowjetunion und ihr sozialistischer Vormarsch. Die Tatsache, daß die proletarische Diktatur auf Grund der Beherrschung der Kommandohöhen den planmäßigen Aufbau der sozialistischen Wirtschaft, unabhängig von der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise, durchzuführen vermag.
Genossen, ich will, um die Bedeutung zu illustrieren, die auch von Seiten der Bourgeoisie der Tatsache des sozialistischen Aufbaues der Sowjetunion beigemessen wird, einige Zitate aus dem bekannten Artikel des englischen liberalen Führers Lloyd George über den Fünfjahrplan anführen. Lloyd George schreibt u.a.:

„Die kommunistischen Führer haben sich an die Durchführung eines Planes gemacht, der an Umfang und Bedeutung alles in den Schatten stellt, was die Geschichte an großen und kühnen Unternehmungen bietet. Die Aufgaben Peters des Großen sinken im Vergleich zu Stalins Vorhaben zur Bedeutungslosigkeit herab. Stalin unternimmt es, Rußland, welches größer ist, als das gesamte Europa und zugleich von allen europäischen Ländern am schlechtesten organisiert ist, mit den modernsten Fabriken, Maschinen und Werkzeugen auszurüsten. Der gesamte Ackerbau eines ungeheuren Landes, in dem noch die primitivste Form der Bewirtschaftung herrscht, soll mechanisiert und die Bodenbestellung soll in einem Lande vergesellschaftet werden, in dem das übliche Mißtrauen des Bauern noch durch krassere Umbildung verschärft wird.“

Am Schluß des Artikels von Lloyd George heißt es:

„Auf jeden Fall macht Stalin Geschichte in großem Maßstabe. Hat er Mißerfolg, so ist der Kommunismus auf Generationen hinaus abgewirtschaftet und tot. Ist ihm aber Erfolg beschieden, so tritt damit der Kommunismus in den Kreis der Gedanken, deren Durchführbarkeit erwiesen ist und die deshalb von Volkswirtschaft und Sozialforschung ernst genommen werden müssen. Vielleicht die wichtigste Folge würde sein, daß in diesem Falle Rußland mit seiner ungeheuren Bevölkerung - alles ausgezeichnetes Kampfmaterial - eines der reichsten und damit mächtigsten Länder der Erde werden würde.“

Ich glaube, daß diese Zitate aus dem Artikel eines so exponierten bürgerlichen Politikers,- wie es Lloyd George ist, deutlich erkennen lassen, welche Bedeutung die bloße Existenz der Sowjetunion und die Durchführung des Fünfjahrplans für die revolutionäre Entwicklung und zum Schaden des Kapitalismus darstellt.

3. Die Tatsache, daß im Zeichen des Monopolkapitalismus die Krise nicht zu einem allgemeinen Preissturz der industriellen Produkte führt, der in der Vorkriegszeit stets der regulierende Faktor war, der den Umschwung von der Krise zur Depression mit sich brachte.
Der jetzige Preissturz auf dem Weltmarkt ist z. T. nur ein fiktiver, da die imperialistische Zollpolitik und Kartellpolitik mit ihren Monopolpreisen auf den Märkten der einzelnen Länder die Auswirkungen des Rückganges der Weltmarktpreise stärker oder schwächer illusorisch macht.
4. Auch in den Zeiten der Hochkonjunktur wurde die Produktionskapazität nicht voll ausgenutzt und bestand ebenfalls eine Dauererwerbslosigkeit.
5. Der Preis der Ware Arbeitskraft ist bereits seit längerer Zeit unter den Wert herabgedrückt. Selbst in der Hochkonjunktur steigen die Löhne nicht annähernd wie der Wert der Arbeitskraft. Die absolute Verelendung greift also über die Erwerbslosen und Kurzarbeiter auch auf die Vollbeschäftigten über.
6. Damit entsteht eine dauernde Herabsetzung der Konsumkraft der Massen, eine dauernde Verengung der Absatzmärkte.
7. Mit der allgemeinen Verelendung entfällt in der Mehrzahl der Länder das Sparpolster, das während der Krise aufgezehrt werden könnte.
8. Die Industriekrise tritt in engster Verflechtung mit der Agrarkrise auf, wobei sich beide Erscheinungen gegenseitig verschärfen.
9. Mit der raschen technischen Entwicklung wird der Verschleiß des konstanten Kapitals in der Produktion beschleunigt, die Frist zur Erneuerung des konstanten Kapitals verkürzt. Damit wird der technische Umschwung unter dem Monopolkapitalismus zu einem Hebel, der die Fristen des Industriezyklus verkürzte, die Perioden des Aufstieges zeitlich einengte. Diesen verkürzten Fristen der vorhergehenden Konjunktur steht die verlängerte Zeitdauer der Krise, wie auch die längere Zeitdauer der vorhergehenden Depressionsperioden gegenüber. Allein die lange Dauer der Krise bewirkt eine verstärkte Aufzehrung aller Sparmittel selbst in den Ländern mit einem stärkeren Sparpolster.

Alle diese Tatsachen beweisen, wie lächerlich die Darstellung der Reformisten ist, die die heutige Weltwirtschaftskrise mit den „normalen“ typischen Krisen der Vorkriegszeit einfach auf eine Stufe stellen wollen.
Andererseits muß auch die Theorie einzelner roter Professoren zurückgewiesen werden, als hätten wir es heute lediglich mit der allgemeinen strukturellen Krise des kapitalistischen Systems der Nachkriegszeit zu tun. Ein bestimmter konjunktureller Charakter der jetzigen Krise liegt unbestreitbar vor. Das gilt für Amerika, das nach einer langen Periode der Prosperität 1929/30 über die Finanzkrise in die allgemeine Wirtschaftskrise geriet und zugleich zur Verschärfung .der Weltwirtschaftskrise ausschlaggebend beitrug. Das gilt für Frankreich, das bis zuletzt einen Aufstieg erlebte und erst jetzt aus der Konjunktur in die Krise übergeht. Das gilt für England, wo es im Jahre 1929 einen gewissen Aufstieg im Verlaufe der allgemeinen Depression des englischen Kapitalismus gab. Das gilt für Deutschland, wo kurze Aufstiegsperioden und dauernde Krisen in der ganzen Nachkriegszeit abwechselten. Nach 1920 Konjunktur, dann Inflationskrise 1922/23, darauf Belebung im Jahre 1924, dann wieder Depression 1925/26. Darauf rascher Aufstieg 1927/28, dann 1929 Depression, Krisenerscheinungen und 1930 die schwerste und tiefste Krise.
Es sind also gewisse zyklische Erscheinungen vorhanden. Andererseits eine Reihe von Faktoren, die sich prinzipiell von den Erscheinungen der periodischen Vorkriegskrisen des Kapitalismus unterscheiden. Was ergibt sich daraus?
Der Charakter der heutigen Krise ist der einer zyklischen Krise auf dem Boden der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems im Zeitalter des Monopolkapitalismus. Hier müssen wir die dialektische Wechselwirkung zwischen der allgemeinen Krise und der periodischen Krise verstehen. Einerseits nimmt die periodische Krise heftige und noch nie

dagewesene Formen an, weil sie sich auf dem Boden der allgemeinen Krise des Kapitalismus vollzieht, weil sie von den Bedingungen des Monopolkapitalismus beherrscht wird. Andererseits wirken wiederum die Zerstörungen durch die periodische Krise vertiefend und beschleunigend auf die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems und rufen Erscheinungen hervor, die zweifelsohne auch durch keinen etwaigen Umschwung in die Depression oder irgendeine Erholung wieder ausgeglichen werden könnten. Dabei muß betont werden, daß für einen solchen Umschwung gegenwärtig selbst nach allen bürgerlichen Feststellungen keinerlei Anzeichen vorhanden sind.

VI. Die Perspektive der Entwicklung der Krise

Wir kommen nunmehr zur Prognose der künftigen Entwicklung. Welche Perspektiven ergeben sich? Das ist ja das Wesen unserer marxistischen Untersuchung, daß wir über die Beschreibung der Situation hinaus eine wirkliche Analyse der Triebkräfte der Wirtschaft und Gesellschaft geben können und aus dieser Analyse imstande sind, die richtigen Perspektiven abzuleiten, was wiederum eine Voraussetzung für eine richtige Politik bildet. Mit Stolz können wir feststellen, daß gegenüber dem Bankrott aller bürgerlichen und reformistischen Theorien die Kommunistische Internationale mit ihren Prognosen völlig recht behalten hat, weil sie eben allein die einzige wissenschaftliche Methode des Marxismus-Leninismus anwandte. Auf dem VI. Weltkongreß gab es noch große Schwankungen von seiten der Rechten und Versöhnler unter der Führung Bucharins, so daß die Analyse nicht in allen Punkten ausreichend war. Das X. Plenum des EKKI holte das nach, was auf dem VI. Weltkongreß ungenügend hinsichtlich der Analyse war. Das Erweiterte Präsidium des EKKI im Februar stellte vollkommen richtig die Perspektive der herannahenden Weltwirtschaftskrise in ihrem ganzen Ausmaß, wie wir es inzwischen erlebt haben. Die Perspektiven, wie sie damals Genosse Manuilski darlegte, sind völlig durch die geschichtliche Entwicklung bestätigt worden. Wenn wir z.B. die Resolution des X. Plenums in bezug auf die Lage Deutschlands und die Auswirkungen des Reparationsproblems betrachten, so finden wir dort folgende Stelle:

„Die Reparationslasten führen innerhalb Deutschlands zur raschen Verschärfung des Klassenkampfes, der einerseits in der rücksichtslosen Offensive des Unternehmertums, andererseits in großen Massenaktionen des Proletariats zum Ausdruck kommt. Die doppelte Belastung des deutschen Proletariats durch die Reparationszahlungen und durch den Druck der eigenen Bourgeoisie, beschleunigt das Heranreifen einer revolutionären Krise in Deutschland."

Heute sehen wir als eine bereits erwiesene Tatsache, daß diese Prognose des X. Plenums absolut richtig ist. Das X. Plenum hat mit diesen wenigen Worten den ganzen Charakter der jetzigen Entwicklung signalisiert. In unserer heutigen Resolution können wir auf Grund der jetzigen konkreten Analyse einen Schritt weitergehen. Wir sagen an einer Stelle unserer Resolution folgendes:

„Mit der weiteren Verschärfung der ökonomischen und politischen A Krise in Deutschland entstehen bereits Tendenzen einer revolutionären Krise im Lande. Wie weit diese Tendenzen wachsen und sich entfalten, hängt in erster Linie vom Gang des Klassenkampfes, von der Kraftentfaltung und Massenaktivität des revolutionären Proletariats unter Führung der Kommunistischen Partei ab."

Wir sagen, es entstehen Tendenzen der revolutionären Krise. Man könnte vielleicht sogar schon von einigen Elementen der revolutionären Krise in Deutschland sprechen. Es ist auch klar, daß in einigen Monaten wir in dieser Frage wiederum eine noch präzisere Formulierung werden wählen können, weil das Tempo der Entwicklung ein sehr rasches ist.

Was haben wir jetzt für eine Prognose zu stellen?

l. Zum großen Teil ergibt sich schon aus den angeführten besonderen Merkmalen der jetzigen Krise eine solche Perspektive, daß der Tiefstand auf Grund dieser Merkmale noch keineswegs erreicht ist, sondern eine weitere Verschärfung eintreten muß. Aber diese Prognose läßt sich noch durch eine Fülle weiterer Tatsachen beweisen. Die Gründe, die für Deutschland bisher eine verhältnismäßig günstigere Lage in der Frage des Exports ergaben, als für die meisten anderen kapitalistischen Staaten (einen geringen Exportrückgang), fallen in steigendem Maße fort. Viele Faktoren, die bisher dem deutschen Hungerexport zugute kamen, schalten in Zukunft aus. Einmal wird durch die deutsche Lohnrauboffensive eine internationale Lohnabbauwelle angekurbelt, so daß hierdurch ein bestimmter Vorteil der deutschen Bourgeoisie fortfällt. Zweitens wird der Vorsprung in der technischen Rationalisierung, den die deutsche Bourgeoisie hat, in nächster Zeit in den Industrien der anderen kapitalistischen Konkurrenzen aufgeholt werden, wobei der zuletzt Rationalisierende den Vorteil hat, auf den besten Erfahrungen fußen zu können. Drittens fällt die Tatsache erschwerend ins Gewicht, daß der deutsche Export sehr stark nach Frankreich, in ein bisher von der Krise verschontes Land, ging, während mit Frankreichs Eintritt in die Krise auch speziell Deutschlands Export nach Frankreich stark zurückgehen wird. Viertens wird der Kampf Deutschlands auf dem Weltmarkt erschwert durch die Schwierigkeit des Kapitalexports, der zur gleichen Zeit ein Motor des Warenexportes ist. Diese Schwierigkeit besteht einmal in der Belastung des deutschen Kapitalismus mit den Reparationen, die einen Zuschuß für die Konkurrenz und eine Verminderung der jährlichen Akkumulationssummen des deutschen Kapitalismus darstellen, zum anderen auch in der Zinsbelastung, weil der kapitalistische Aufbau in Deutschland mit geliehenem Kapital erfolgte. Fünftens fehlen der deutschen Bourgeoisie auf Grund des verlorenen Weltkrieges jene imperialistischen Machtmittel, wie Flotte usw., die in der kapitalistischen Weltwirtschaft beim Kampf um die Absatzmärkte einen offenen kaufmännischen Faktor darstellen. Allen diesen negativen Umständen steht allein die Senkung der Rohstoffpreise als positiver Faktor der Erleichterung des Exports gegenüber. Die zunehmenden Schwierigkeiten des Exports bringen aber nicht nur gleichfalls eine Verschärfung der Erwerbslosigkeit, sondern vor allem auch eine Verschlechterung der Handelsbilanz, damit eine Verstärkung der Young-Krise und neue Faktoren einer Krise auf dem Geldmarkt und im Kreditwesen, wie im September-Oktober vorigen Jahres. Eine Steigerung der Arbeitslosigkeit auf 5 Millionen bis zum Februar ist wahrscheinlich. Dieses weitere Wachstum der Erwerbslosigkeit bringt zugleich mit dem Zusammenwirken der Dauer der Erwerbslosigkeit eine Verstärkung der Finanzschwierigkeiten für Reich, Länder und Gemeinden mit sich.

Der Januar mit der Fälligkeit von Steuer, Hypothekenzinsen, Mieten, Pachten usw. muß zusammen mit der dauernden Senkung des Massenkonsums ein Fortwirken und eine Verschärfung der Agrarkrise sowie erhöhte Schwierigkeiten für die werktätig Mittelschichten mit sich bringen. Ein Ansteigen der Konkurswelle ist mit Sicherheit zu erwarten.

2. Die Mehrzahl dieser für Deutschland vorliegenden Faktoren, die eine weitere außerordentliche Verschärfung der Wirtschaftskrise in Deutschland mit sich bringen, haben auch international Geltung.

Ganz besonders der Eintritt Frankreichs in die Krise zeigt erneut, wie das von Lenin festgestellte Gesetz der ungleichförmigen Entwicklung im Zeitalter des Imperialismus sich zu Ungunsten des Kapitalismus auswirkt. Das ungleichförmige Tempo, in dem die einzelnen kapitalistischen Länder von der Weltwirtschaftskrise erfaßt werden, führt gerade zu einer Erhöhung der Schwierigkeiten im internationalen Maßstabe, sobald dieses „verspätete“ Einmünden in die allgemeine Entwicklung der Krise erfolgt. Das traf seinerzeit für Amerika zu und heute für Frankreich.

Die zunehmenden Auswirkungen der ökonomischen Krise auf den politischen Überbau erzeugen wiederum eine verschärfende Krisenwirkung ökonomischer Natur. Das gilt z.B. für die Schwierigkeiten auf dem Gebiet des Kreditwesens infolge der politischen Vertrauenskrise. Das gilt auch für die Young-Krise allgemein.
Mit dem internationalen Charakter der vor uns liegenden Verschärfung der Weltwirtschaftskrise tritt zugleich eine gewisse Bindung der Bourgeoisie der einzelnen Länder im Klassenkampf ein. Die Voraussetzungen für einen gleichzeitigen Aufschwung der Arbeiterbewegung in allen entscheidenden kapitalistischen Ländern, wenn auch in verschiedenem Tempo, sind gegeben. Damit wird die Lage für das Proletariat in dem Lande, wo die Krise und der revolutionäre Aufschwung am weitesten fortgeschritten sind, objektiv günstiger. Andererseits steht die Frage des kapitalistischen Auswegs aus der Krise durch den Faschismus gegen das eigene Proletariat und durch den imperialistischen Krieg im internationalen Maßstabe.
3. Wie steht also die Aussicht für ein Umschlagen der Weltwirtschaftskrise beziehungsweise der Krise in Deutschland in eine revolutionäre Situation?
Wir müssen hier die Frage untersuchen, was Lenin in verschiedenen Dokumenten bezüglich der Vorbedingungen für die Entstehung einer revolutionären Situation gesagt hat Wenn wir z.B. die im Jahre 1920 geschriebene Broschüre „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, nehmen, so heißt es dort u.a.:

„Erst wenn die ‚unteren Schichten' nicht mehr wollen und die ‚oberen Schichten' nicht mehr in der alten Weise leben können, erst dann kann die Revolution siegen. Mit anderen Worten ausgedrückt, lautet diese Wahrheit: die Revolution ist unmöglich, ohne eine allgemeine nationale (sowohl die Ausgebeuteten als auch die Ausbeuter berührende) Krise.“

Und in einem Artikel über den Zusammenbruch der II. Internationale, der bereits aus dem Jahre 1915 stammt, sagte Lenin folgendes über die revolutionäre Situation:

„Welches sind überhaupt die Merkmale der revolutionären Situation? Wir werden sicherlich nicht fehlgehen, wenn wir folgende drei Merkmale nennen:
1. Die Unmöglichkeit für die herrschenden Klassen, ihre Herrschaft in unverändertem Zustand zu erhalten; die eine oder andere Krise der ‚oberen Schichten', eine Krise der Politik der herrschenden Klasse, die einen Riß entstehen läßt, durch den die Unzufriedenheit und Empörung der unterdrückten Klassen durchbricht. Damit die Revolution ausbricht, genügt es in der Regel nicht, daß die ‚unteren Schichten' nicht in der alten Weise leben können.
2. Die Verschärfung der Not und des Elends der unterdrückten Klassen über das übliche Maß hinaus.
3. Bedeutende Steigerung der Aktivität der Massen infolge der erwähnten Ursache, der Massen, die sich in der ‚friedlichen' Epoche ruhig ausplündern lassen, in stürmischen Zeiten dagegen durch die ganze Situation der Krisen, wie auch durch die ‘oberen Schichten' selbst zu selbständigem historischen Handeln gedrängt werden.“

Und, Genossen, als letztes Zitat über die objektiven und subjektiven Merkmale der revolutionären Situation, wie sie Lenin schildert, folgendes:

„Nicht aus jeder revolutionären Situation entsteht eine Revolution, sondern nur aus einer solchen Situation, in der zu den oben aufgezählten objektiven Veränderungen noch subjektive hinzukommen, nämlich: wenn hinzukommt die Fähigkeit der revolutionären Klasse zu revolutionären Massenaktionen, die genügend stark sind, um die alte Regierung zu stürzen (oder zu erschüttern), die niemals, sogar in der Epoche der Krise nicht, ‚fallen' wird, wenn man sie nicht ‚stürzt'.“

Diese drei Zitate zeigen zur Genüge, welches die entscheidenden Fragen bei der Bestimmung einer revolutionären Krise sind. Wie steht es nun mit dieser Möglichkeit in Deutschland?
Hier muß man an die Fragestellung auf dem letzten Plenum des Zentralkomitees im Juli vorigen Jahres erinnern.

Schon damals wiesen wir auf die These Lenins hin, wonach es auf Grund der objektiven Faktoren allein keine absolut ausweglose Situation für den Kapitalismus geben kann. Der Zusammenbruch des Kapitalismus, wie ihn Marx und Lenin aufzeigen, ist ein historischer Zusammenbruch, kein mechanischer, kein automatischer. Wir müssen die Situation ausweglos für den Kapitalismus machen!
Heute ist es noch viel klarer, wie notwendig diese leninistische Fragestellung für uns ist. Wir haben auf der einen Seite den verzweifelten Versuch der Bourgeoisie, auf Kosten der Massen, durch eine ungeheuerliche Verelendung einen kapitalistischen Ausweg aus der Krise mit Hilfe faschistischer Methoden zu erzwingen. Wir haben andererseits den wachsenden revolutionären Aufschwung. Noch sind nicht alle objektiven Bedingungen der revolutionären Situation, wie sie Lenin formulierte, völlig gegeben. Aber die Rolle des subjektiven Faktors wird immer klarer. Und so lautet unsere Antwort auf die Frage nach dem Entstehen einer revolutionären Situation:

Wir müssen die revolutionäre Situation organisieren!

Schon der Ruhrkampf hat gezeigt, ein wie gewaltiger krisenverschärfender Faktor jeder Lohnkampf auf Grund seiner heutigen politischen Bedeutung werden kann, wenn ihn das Proletariat unter richtiger Führung durch die RGO entfacht. In Offensivgefechten, in der Gegenoffensive, im revolutionären Massenkampf des Proletariats liegt der Schlüssel zur revolutionären Situation.

VII. Die politischen Auswirkungen der Krise in Deutschland

Wir kommen nunmehr zum Problem der politischen Auswirkungen der Krise. Im politischen Überbau der kapitalistischen Wirtschaft zeigt sich besonders deutlich der dialektische Prozeß, in dem die zyklische Krise durch die allgemeine Krise des Kapitalismus beeinflußt wird und wiederum diese allgemeine Krise verschärft und auf eine höhere Stufe treibt.
l. In den Mittelpunkt unserer Betrachtungen müssen wir den revolutionären Aufschwung stellen. Welches sind die wichtigsten Tatsachen der letzten Zeit, in denen er sich widerspiegelt? Da sind zunächst die Reichstagswahlen vom 14. September. Eine Analyse des Wahlergebnisses, die wir z.Zt. vorgenommen haben, zeigt außerordentlich demonstrativ die Zuspitzung der Klassensituation, Auf der einen Seite der Einbruch der Kommunistischen Partei ins Lager des Reformismus. Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterschaft in wichtigen proletarischen Bezirken. Ein Prozeß der Zusammenballung der proletarischen Klassenkräfte unter Führung der KPD. Auf der anderen Seite der Faschismus, der das Erbe der alten bürgerlichen Parteien antritt, denen die Massen in Scharen weglaufen. Die soziale und nationale Demagogie der Hitlerpartei erweist sich als ein letzter Schutzwall, um den Prozeß der Abwanderung dieser Massen ins Lager der Revolution aufzuhalten. Aber der Vormarsch der Kommunistischen Partei gerade an den wichtigsten Knotenpunkten des Klassenkampfes, die soziale und klassenmäßige Einheitlichkeit in der Anhängerschaft des Kommunismus, das Nachlassen des Masseneinflusses des Reformismus, das sind wichtige Tatsachen, die den 14. September zu einem gewaltigen Erfolg der revolutionären Klassenfront machten.
Auf den 14. September folgte der Berliner Metallarbeiterstreik. Er brachte den Beweis, daß der Erfolg der Kommunisten bei den Reichstagswahlen kein parlamentarischer, sondern ein außerparlamentarischer Erfolg in der Massenmobilisierung für den revolutionären Klassenkampf gewesen ist.
Wenn man von Einzelheiten absieht, muß als drittes wichtigstes Faktum der Ruhrkampf und der oberschlesische Bergarbeiterkampf genannt werden, der schon in viel höherer, reiferer

Form als der Berliner Metallarbeiterstreik die Zuspitzung des revolutionären Klassenkampfes zeigt. Wir werden auf die Rolle dieser Kämpfe und ihre Lehren noch zurückkommen.
Ein vierter Faktor des revolutionären Aufschwungs ist überhaupt die heutige, viel bedeutsamere Rolle der RGO, die auch äußerlich in der Schaffung von roten Gewerkschaften, wie der Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins oder jetzt der Einheitsverband der Bergarbeiter des Ruhrgebiets in Erscheinung tritt.
Ein fünfter, besonders wichtiger Faktor, ist die gewaltige Welle des antifaschistischen Massenkampfes, die sich in Deutschland entfesselt.
Im Zusammenhang damit steht die Radikalisierung der SPD-Arbeiter und der proletarischen Mitglieder der SAJ und auch von Teilen der proletarischen Elemente des Reichsbanners.
Die organisatorischen Fortschritte der Partei, ihr rasches Wachstum und ebenso die Erfolge des Kommunistischen Jugendverbandes spiegeln gleichfalls den revolutionären Aufschwung wider.
2. Als Gegenwirkung des revolutionären Aufschwungs im Verlauf der Krise vollzieht sich die Krise und Faschisierung der bürgerlichen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie. Diese Faschisierung ist die Antithese des dialektischen Prozesses, der sich in den Klassenbeziehungen vollzieht. Der Prozeß der Faschisierung, der gerade in den letzten Wochen in ein neues, höheres Stadium getreten ist, hat seit mehr als einem Jahr in heftigeren Formen eingesetzt. Wenn wir die Vorgeschichte der jetzigen faschistischen Entwicklung Deutschlands etwas zurück verfolgen, so ergibt sich, daß schon die Spaltung der Deutschnationalen Partei, die Abwanderung des sogenannten gemäßigten Flügels, die ja bekanntlich ratenweise erfolgte, einen wichtigen Ausgangspunkt darstellte. Einerseits bildeten die abgespaltenen, gemäßigten Deutschnationalen unter Westarp und Treviranus die Brücke, auf der die bürgerlichen Mittelparteien, Zentrum und Volkspartei von der großen Koalition mit der SPD weg zu der neuen Bürgerblockfront sich umformieren, aus der der heutige Brüning-Block entstand. Andererseits war die Entwicklung der deutschnationalen Rumpfpartei, unter Führung Hugenbergs, von einer reaktionären zur faschistischen Partei ein entscheidender politischer Prozeß. Man muß einmal die Rolle Hugenbergs in ihrer ganzen klassenmäßigen Bedeutung feststellen. Die Hugenbergpolitik bedeutet nichts anderes, als den Versuch des klassenbewußten extremsten Teils des deutschen Finanzkapitals, selbst auf Kosten der Zerschlagung des Organismus der alten deutschnationalen Partei, die bis dahin die stärkste bürgerliche Partei gewesen war, die Hitlerpartei im Sinne des Finanzkapitals zu erziehen. Sie muß, wie sich neuerdings auch die Deutsche Volkspartei ausdrückt, „kanalisiert“ werden, um im Sinne des Finanzkapitals regierungsfähig zu werden. Klassenmäßig bedeutet dieser Vorgang, daß die Großbourgeoisie, respektiv Teile der Großbourgeoisie in die Hitlerpartei direkt oder indirekt „hineingehen“, um sich hier ein geeignetes politisches Organ zur Ausübung der faschistischen Diktatur heranzubilden. Gleichzeitig mit diesem Prozeß in einer dauernden Wechselwirkung vollzog sich die faschistische Entwicklung des anderen Teils der Bourgeoisie, der durch Brüning repräsentiert wird und an dessen Spitze das Zentrum steht. Wir haben schon auf den vorangehenden Tagungen des Zentralkomitees aufgezeigt, wieso gerade das Zentrum in dieser Periode zur Führung der Politik der deutschen Bourgeoisie besonders befähigt war und die führende Rolle innerhalb der Bourgeoisie, die eine Zeitlang der Volkspartei gehörte, übernommen hat. Ein gewisser Wendepunkt in dieser ganzen Entwicklung war der Fußtritt der Bourgeoisie für die SPD im März vorigen Jahres, der die Hermann-Müller-Regierung erledigte. Gegenwärtig sehen wir nun, daß der gesamte Prozeß, wobei die beiden Lager des Faschismus natürlich nicht schematisch von einander getrennt sind, eine bestimmte höhere Entwicklungsstufe erreicht hat.
3. Wenn die deutsche Bourgeoisie heute unmittelbar an die Durchführung der faschistischen Diktatur herangeht, so ist das kein Ausdruck ihrer Stärke, auch kein Ausdruck einer Schwäche oder Niederlage des Proletariats, sondern im Gegenteil: Die Bourgeoisie greift zur äußersten

Herrschaftsform, sie benutzt den Faschismus als Sturmbock gegen die proletarische Revolution. Hier zeigt sich jener geschichtliche Vorgang, daß die Revolution mit ihrer höheren Entwicklung zugleich eine höhere Stufe der Konterrevolution produziert und wenn sie diese überwindet, zur höchsten Kraftentfaltung heranreifen kann. Jenen Prozeß schildert in ähnlicher Form schon Karl Marx in den „Klassenkämpfen in Frankreich", wo er ausführt, daß der revolutionäre Fortschritt sich „in der Erzeugung eines Gegners, durch dessen Bekämpfung erst die Umsturzpartei zu einer wirklich revolutionären Partei heranreift", Bahn gebrochen habe.

4. Welches sind die wichtigsten Tatsachen, in denen sich der Übergang der Bourgeoisie zu faschistischen Herrschaftsmethoden ausdrückt? Hier ist einmal der Bankrott des Parlamentarismus. Die Bourgeoisie regiert nur noch mit Notverordnungen. Die Diktaturmaßnahmen auf Grund des Ausnahmeparagraphen 48 sind keine Ausnahmen mehr, sondern werden zur Regel. Der Reichstag darf nur noch zusammentreten, um gelegentlich seinen Totenschein zu unterschreiben, indem er den diktatorisch verordneten Gesetzen nachträglich seine Zustimmung gibt.

Der Reichsrat wird auch schon ohne formelle Verfassungsänderung in der Praxis der Bourgeoisie zu einer ersten Kammer im Sinne eines faschistischen Umbaues des Staatsapparates. Auf der gleichen Linie liegen die Pläne bezüglich des Reichswirtschaftsrates als eines „Ständeparlamentes" und alle Pläne der Reichs- und Verwaltungsreform.

Die „kommunale Demokratie" ist nahezu völlig abgeschafft. Anstelle der selbständigen Finanzgebarung der städtischen und sonstigen Kommunalparlamente sind in nahezu allen wichtigen Städten von oben eingesetzte Staatskommissare getreten, die diktatorisch, ohne Rücksicht auf die kommunalen Mehrheiten und ihre parlamentarischen Beschlüsse vorgehen.

Die Polizeimaßnahmen gegen die ganze Berliner kommunistische Stadtverordnetenfraktion nach dem Muster des Lappo-Faschismus, die Entlassung aller kommunistischen Beamten unter frechem Hohn auf die Weimarer „Verfassung", schließlich die geplante, zum Teil schon praktisch eingeführte Arbeitsdienstpflicht sind weitere Tatsachen der Faschisierung.

5. Ein ganz besonderes Kapitel stellt die Außenpolitik dar, bei der sich die Zeichen der imperialistischen Kriegstendenzen außerordentlich verschärfen. Die offene Ankündigung der Notwendigkeit, den Youngplan zu revidieren, Deutschlands Aufrüstung zu betreiben, die chauvinistische Hetze gegen Polen, die Ostreise Brünings, die allerdings durch uns durchkreuzt wurde, die nationalsozialistischen Truppenformationen in Schlesien und Ostpreußen, das alles kennzeichnet den kriegerischen Kurs in der Außenpolitik. In welcher Richtung entwickelt sich diese Kriegspolitik des deutschen Imperialismus? Die Zuspitzung des deutsch-polnischen Gegensatzes und damit ein bestimmter Druck auf Frankreich, einige finanzielle Konzessionen und wirtschaftliche Abmachungen zu erreichen, sowie die gesamte Revanchehetze der Nationalsozialisten bedeutet keine Abschwächung, sondern eine Steigerung der Gefahr des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion. Solche Konflikte der imperialistischen Mächte untereinander können leicht umschlagen. Man „einigt" sich zum gemeinsamen Raubzug gegen den klassenmäßigen Feind aller imperialistischen Mächte, gegen die Sowjetmacht.

Die faschistische Entwicklung Deutschlands schließt den Ring der imperialistischen Interventionsfront gegen die Sowjetunion. Wie frech diese Kriegshetze bereits betrieben wird, zeigt ein Zitat der „Hamburger Nachrichten", in dem es heißt:

„Man kann von der Bildung eines in sich festgefügten deutsch-französischen Blocks die Zukunft Europas abhängig machen. Und es ist durchaus richtig, daß ein solcher Block dem alten, müd gewordenen Erdteil Europas noch einmal große schöpferische Kraft sowohl in der Richtung nach Afrika, wie in der Richtung auf Asien verleihen könnte. Es ist durchaus richtig, daß dieser Block dem trunkenen Blick ungeahnte wirtschaftliche Perspektiven eröffnen würde. Vor ihm würde die Rätemacht in Moskau dahinschwinden, das große, weite Rußland, Rußland mit Sibirien, läge den kolonialen Bestrebungen deutsch-französischer Wirtschaftsunternehmungen offen. Alles, was der Irrsinn der

Rätewirtschaft in dem weiten Reich mit seinen fast 150 Millionen Menschen zerstört hat, könnte wieder erobert werden zugunsten der mittel- und westeuropäischen Wirtschaft."

VIII. Das Problem der faschistischen Diktatur

1. Von ausschlaggebender Bedeutung für die faschistische Entwicklung Deutschlands ist die verschiedenartige Rolle, die einerseits der Sozialfaschismus, andererseits der Faschismus spielt, und ihr Verhältnis zueinander.
Wir sehen zunächst die abwechselnde Ausnutzung der beiden Kräfte seitens des Finanzkapitals, wie sie sich einerseits in der Preußenregierung mit der Sozialdemokratie, andererseits der Thüringischen und braunschweigischen Regierung mit den Nazis zeigt. Die Politik der Sozialdemokratie hat nicht nur den Nazis den Weg geebnet, sondern die heutige Rolle des Sozialfaschismus ist förmlich die einer Hilfspolizei des Faschismus. Wenn z.B. die Sozialdemokratie die parlamentarische Stütze der Brüningregierung ist, so gibt sie gerade mit dieser Unterstützung Brünings, die angeblich gegen eine Hitlerregierung wirken soll, in Wirklichkeit den Nazis einen Spielraum, so daß sich diese in einer gewissen Scheinopposition erst recht eine breitere Massenbasis schaffen können. Das Wichtigste an der jetzigen Rolle des Sozialfaschismus ist seine außerparlamentarische Stützung der Brüningdiktatur mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaften bei der Durchführung des Lohnraubes und des Abbaues der sozialen Leistungen. Auf der anderen Seite stellen die Nazis in allen Fragen der Außenpolitik, aber auch zum Teil in der Innenpolitik, die entscheidende außerparlamentarische Massenbasis für die Bourgeoisie bei der Durchführung der faschistischen Politik. Das beste Beispiel ist die Rolle der Göbbelsbanden beim Verbot des Remarque-Filmes.
Mit der revolutionären Zuspitzung wächst die Bedeutung der bewaffneten Konterrevolution, als Massenbewegung für die Bourgeoisie. Diese aber können nur die Nazis in ausschlaggebendem Maß stellen, nicht die Sozialdemokratie. Selbst in der Noske-Zeit wurde ja die damalige bewaffnete Konterrevolution zwar politisch von der Mehrheitssozialdemokratie eingesetzt und geleitet, faktisch jedoch nicht von den sozialdemokratischen Organisationen, sondern von den Freikorps, diesen Keimzellen der heutigen Nazipartei, durchgeführt. Mit der Verschärfung des Klassenkampfes und andererseits mit dem dauernden Rückgang des Masseneinflusses der SPD wächst daher die Rolle der Nazis. Wenn gegenwärtig die Volkspartei zum Teil auf die Linie der Hugenbergpolitik, der Heranziehung und „Kanalisierung" der Nazis einschwenkt, während andererseits das Zentrum, besonders Kaas, sich gegen die jetzige Ausschaltung der Sozialdemokratie wendet und Absagen an die Nationalsozialisten richtet, so spiegeln auch diese Gegensätzlichkeiten nur die Zerklüfung Im kapitalistischen Klassenlager auf Grund der Krise wider.
2. Zweifellos stellen die geschilderten Tatsachen der Faschisierung eine neue höhere Phase gegenüber jener Entwicklungsstufe dar, wie sie in der ersten Periode der Brüningregierung nach dem Fußtritt für die SPD vorhanden waren. Wenn die Partei die neuen auftauchenden Probleme mit aller Kühnheit in Angriff genommen hat, so ist das zweifelsohne ein Verdienst, das auch dadurch nicht geschmälert wird, wenn wir bei der genaueren Analysierung nicht von vornherein alle Fragen sofort zu klären vermochten.
3. Wie steht es mit der Frage der faschistischen Diktatur? Was ist der klassenmäßige Inhalt des Begriffs faschistische Diktatur? Wenn man dieses Problem untersucht, ergibt sich, daß der klassenmäßige Inhalt einer faschistischen Diktatur zweifelsohne die Diktatur des Finanzkapitals ist, wie in der bürgerlichen Demokratie. Also nicht etwa der Klasseninhalt ändert sich, sondern die Methoden. Die Herrschaftsformen wechseln, nicht der Herrschaftsinhalt, sofern die bürgerliche Demokratie durch die faschistische Diktatur ersetzt wird.

Was sagt das Programm der Komintern zur Frage der faschistischen Diktatur? Es heißt dort:

„Unter besonderen historischen Bedingungen nimmt der Prozeß der Offensive der bürgerlich-imperialistischen Reaktion die Form des Faschismus an. Solche Bedingungen sind: Die Labilität der kapitalistischen Beziehungen; das Vorhandensein sozial-deklassierter Elemente in beträchtlicher Zahl; die Verarmung breiter Schichten des städtischen Kleinbürgertums und der Intelligenz; die Unzufriedenheit der ländlichen Kleinbourgeoisie; schließlich die ständige Gefahr proletarischer Massenaktionen."

Es kann keinen Zweifel geben, daß alle diese Bedingungen in Deutschland vorliegen. Nun heißt es im Programm weiter:

„Um ihrer Macht größere Stetigkeit und Festigkeit zu sichern, ist die Bourgeoisie im steigenden Maße gezwungen, vom parlamentarischen System zu der faschistischen Methode überzugehen, die von Beziehungen und Kombinationen zwischen den Parteien unabhängig ist. Der Faschismus ist eine Methode der unmittelbaren Diktatur der Bourgeoisie, ideologisch verkleidet mit der Idee der Volksgemeinschaft und der Vertretung nach Berufsständen. (Das heißt eigentlich Vertretung der verschiedenen Gruppen der herrschenden Klasse.) Er ist eine Methode, die durch eine eigenartige soziale Demagogie (Antisemitismus, gelegentliche Ausfälle gegen die parlamentarische Schwatzbude), die Unzufriedenheit der Massen des Kleinbürgertums, der Intellektuellen und anderer ausnützt."

Auch hier finden wir verschiedene Anhaltspunkte für die gegenwärtige Situation in Deutschland. Das gilt sowohl für die Unabhängigkeit der Brüning-Regierung von Beziehungen und Kombinationen zwischen den Parteien, als auch für die unmittelbare Ausübung der Diktatur der Bourgeoisie und schließlich für die Verkleidung dieser Diktatur mit den Ideen der Volksgemeinschaft und berufsständischen Vertretung. Die weiteren Ausführungen des Programms, die sich auf den Aufbau der faschistischen Kampfverbände usw. beziehen, treffen zwar für die Hitlerpartei zu, aber nicht für die heutige Herrschaftsform der Bourgeoisie mittels der Brüning-Regierung. Schließlich heißt es dann weiter im Programm:

„Die Hauptaufgabe des Faschismus ist die Vernichtung der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse, d.h. der kommunistischen Schichten des Proletariats und ihrer führenden Kader. Die Verquickung von sozialer Demagogie und Korruption mit dem aktiven weißen Terror, sowie die zum äußersten gesteigerte imperialistische Aggressivität der Außenpolitik sind charakteristische Züge im Faschismus."

Auch in diesen Sätzen sind Anhaltspunkte, die sich auf die heutige Situation in Deutschland und das Brüning-System anwenden lassen.
Insgesamt ergeben sich aus den Darlegungen des Programms Anhaltspunkte dafür, schon heute in Deutschland von faschistischen Herrschaftsformen zu sprechen. Andererseits sieht das Programm einen solchen Zustand nicht vor, wo die Bourgeoisie bereits mit faschistischen Methoden regiert, die faschistische Massenpartei sich aber noch außerhalb der Regierung, sogar in einer Scheinopposition befindet. Schließlich ist es klar, daß im industriellen Deutschland mit seiner großen Arbeiterklasse und starken Kommunistischen Partei der vollen Entfaltung der faschistischen Herrschaft ernste Hindernisse entgegengesetzt werden.
Es ergibt sich nach alledem als konkrete Analyse das, was wir auch in der Resolution aussprechen:
Wir haben in Deutschland den Zustand einer ausreifenden, wenn auch noch nicht ausgereiften faschistischen Diktatur. Die Regierung Brüning ist in ihrer jetzigen Entwicklungsphase die Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur. Gegen sie. und alle ihre Hilfskräfte müssen wir den schärfsten Kampf der Massen führen!

B. Unsere Politik und die Aufgaben der Partei

Eine richtige und konkrete Analyse der Situation muß ihren Niederschlag auch in der Aufgabenstellung der Partei und ihren politischen Losungen finden. Heute steht als zentrale Aktionslosung der Massenkampf gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur. Hier müssen wir um jeden Schritt, um jede Handbreit des Bodens, den der Faschismus erobern will, kämpfen und die wirtschaftlichen und die politischen Rechte der Arbeiterklasse verteidigen. Wir können deshalb nicht mechanisch gegenüberstellen den Sturz und die Verhinderung der faschistischen Diktatur.

Die Losung der Volksrevolution

Wie steht es mit der Frage der Volksrevolution? In der heutigen Situation, wo wir Tendenzen einer revolutionären Krise in Deutschland entstehen sehen, aber alle Bedingungen dieser revolutionären Krise noch nicht vorhanden sind, kann die Losung der Volksrevolution nicht als kurzfristige Aktionslosung angewandt werden. Heute ist die Losung der Volksrevolution eine zentrale, zusammenfassende Propagandalosung, das Strategische Hauptziel, zu dem wir die Massen auf der Linie unseres sozialen und nationalen Freiheitsprogramms voranführen und sammeln. Es ist klar, daß mit der revolutionären Entwicklung eine Propagandalosung zur unmittelbaren politischen Aufgabe werden kann.
Bedeutet die Losung der Volksrevolution eine Verwischung der klaren, klassenmäßigen Zielsetzung unserer revolutionären Aufgaben? Keineswegs! Die Losung der Volksrevolution ist ausschließlich ein Synonym der proletarischen Revolution, eine populäre Formulierung, die dabei die Lehre Lenins in sich schließt, daß das Proletariat unter Führung der revolutionären Partei sich die Werktätigen in Stadt und Land zu Bundesgenossen machen muß. Ich glaube, Genossen, daß in der Partei manche Unklarheiten über die Bedeutung der Losung Volksrevolution bestehen. Deshalb ist es notwendig, die Stellung Lenins in dieser Frage heranzuziehen und auch zu prüfen, wieweit diese Losung vom Standpunkt des Marxismus notwendig und richtig ist. Dabei stoßen wir auf die Tatsache, daß schon Marx selber den Begriff Volksrevolution verwendet. Im April 1871, als Marx einen Brief an Kugelmann schrieb, sprach er über die Erfahrungen der Pariser Kommune mit der Formulierung, daß die Zerbrechung der bürokratischmilitärischen Staatsmaschinerie die Vorbedingung jeder wirklichen „Volksrevolution“ bilde. Lenin knüpft hieran in seinem Buch „Staat und Revolution“ an und schreibt:

„Besondere Beachtung verdient die außerordentlich tiefsinnige Bemerkung von Marx, daß die Zerstörung der bürokratisch-militärischen Staatsmaschinerie die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution bilde. Die russischen Plechanowisten und Menschewisten, die als Marxisten gelten möchten, könnten am Ende diesen Ausspruch von Marx als falschen Zungenschlag hinstellen. Sie haben aus dem Marxismus ein so armseliges liberales Zerrbild gemacht, daß für sie außer einer Gegenüberstellung von proletarischer und bürgerlicher Revolution nichts anderes existiert, und selbst diese Gegenüberstellung wird von ihnen unglaublich starr aufgefaßt.“

Lenin behandelt dann noch weiter den Gedanken der Volksrevolution und rollt vor allem die Frage des Proletariats und der Bauernschaft auf. Wir wollen jedoch vor allem noch ein anderes Zitat aus dem Artikel Lenins „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ betrachten, der im Juni 1905 geschrieben wurde. Es ist ja selbstverständlich, daß Lenin, wenn er allgemein von Sozialdemokraten spricht, die revolutionäre russische Sozialdemokratie, d.h. die bolschewistische Partei, also die heutigen Kommunisten damit meint. In diesem Artikel heißt es:

„Wer die proletarischen Aufgaben in der demokratischen bürgerlichen Revolution herabsetzt, der verwandelt den Sozialdemokraten aus dem Führer der Volksrevolution in den Leiter eines freien Arbeiterverbandes.
Ja, der Volksrevolution. Die Sozialdemokratie kämpfte und kämpft mit vollem Recht gegen den bürgerlich-demokratischen Mißbrauch des Wortes Volk. Sie verlangt, daß mit diesem Wort nicht das Unverständnis für die Klassenantagonismen innerhalb des Volkes bemäntelt wird. Sie besteht kategorisch darauf, daß es für die Partei des Proletariats notwendig ist, ihre volle Klassenselbständigkeit zu bewahren. Sie teilt aber das ‚Volk' nicht in ‚Klassen' ein, damit die fortgeschrittenste Klasse sich abkapselt, sich auf ein enges Maß beschränkt und ihre Tätigkeit durch Erwägungen von der Art beschneidet, daß die ökonomischen Beherrscher der Welt bloß nicht abschwenken - sondern damit die fortgeschrittenste Klasse, unbehindert von der Halbschlächtigkeit, Unbeständigkeit und Unentschlossenheit der Mittelklassen, mit um so größerer Energie, mit um so größerem Enthusiasmus an der Spitze des ganzen Volkes für die Sache des ganzen Volkes kämpft."*

Und es heißt dann weiter in diesem Artikel, was gewissermaßen eine praktische Ausführung des Begriffs Volksrevolution darstellt:

„Das Proletariat muß den demokratischen Umsturz vollenden, indem es die Bauernmasse mit sich vereinigt, um den Widerstand der Selbstherrschaft gewaltsam zu brechen und die Unbeständigkeit der Bourgeoisie zu paralysieren. Das Proletariat muß den sozialistischen Umsturz ausführen, indem es sich die Massen der halbproletarischen Elemente der Bevölkerung anschließt, um den Widerstand der Bourgeoisie mit Gewalt zu brechen und die Unbeständigkeit der Bauernschaft und Kleinbourgeoisie zu paralysieren."

Die Volksrevolution als strategische Hauptlosung bedeutet also nicht nur eine populäre Formulierung für den Begriff der sozialistischen proletarischen Revolution, sondern zu gleicher Zeit, auch eine stärkere Einbeziehung der breiten Mittelschichten in der gegenwärtigen Situation in die revolutionäre Klassenfront. Die Verpflichtung erwächst für uns, diese Einbeziehung der Werktätigen mit entschlossener Initiative in Angriff zu nehmen. Das gilt für die Klein- und Mittelbauern, für den städtischen Mittelstand und nicht zuletzt auch für die Arbeit unter den Beamten und Angestellten.
Haben wir auf diesem Gebiet nicht Schwächen? Ja, solche Schwächen gibt es sogar bei Fragen, wo der Klasseninhalt absolut klar ist. Sogar bei der Einbeziehung der Angestellten in die revolutionäre Front ist leider in unseren Reihen bisweilen eine Ideologie vorhanden, die Angestellten als „bessere Menschen" anzusehen. Selbst, wenn die Angestellten ihrerseits eine solche Ideologie haben, dürfen wir nicht darauf eingehen, sondern müssen auch ihre klassenmäßige Rolle sehen und den Versuch machen, sie zu Klassenkämpfern zu erziehen.

I. Unser Massenkampf gegen den Faschismus

Genossen, ich komme jetzt zu der Frage einer genauen Konkretisierung dieser politischen Linie. Die Hauptgefahr von Abweichungen in der jetzigen Situation ist selbstverständlich der rechte Opportunismus. Jede Abschwächung unseres Massenkampfes, jeder Tempoverlust gegenüber der revolutionären Entwicklung, jede Unterschätzung der revolutionären Perspektive wäre der schwerste politische Fehler. Aber auch andere Fehler könnten der Partei gefährlich werden. Wenn z.B. die Partei Überspitzungen in der Aufgabenstellung zuließe, könnte das dazu fuhren, daß wir auf die provokatorischen Pläne der Bourgeoisie und Sozialdemokraten hineinfallen und uns zu einem verfrühten Kampf provozieren lassen würden. Solche Überspitzungen liegen z.B. in dem Artikel des Genossen Sepp in der „Internationale" vor, der am Schluß, hinsichtlich der organisatorischen Formen unseres Kampfes, schwere Übertreibungen bringt. Obwohl die falschen Auffassungen und Überspitzungen des Genossen Sepp bereits auf einer Redakteur-Konferenz durch den

* Dieses Lenin-Zitat wurde vom Herausgeber in der besser übersetzten Fassung aus LW 9, S. 101 f. wiedergegeben.

Genossen Heinz Neumann entschieden zurückgewiesen waren, finden sich in diesem Artikel Sepp's wieder die gleichen Übertreibungen. Es heißt dort z.B.:

„… daß die Arbeiterdelegiertenkonferenzen, die zu ihren ausführenden Organen die Aktionsausschüsse und die revolutionären Vertrauensmänner haben, in den Augen der breitesten Massen zu einer politischen Vertretung, zu einem politischen Organ des proletarischen, des revolutionären Lagers werden."

In dem Zusammenhang gibt es einzelne Auffassungen, die schon jetzt eine politische Delegiertenbewegung, gewissermaßen im Sinne von Keimen von Sowjets, schaffen wollen. Dies ist unrichtig. Wir müssen Fehler aus der Vergangenheit, die wir erkannt haben, unter allen Umständen vermeiden. Ich erinnere an folgende Tatsache, die nicht allgemein bekannt ist: Als im Jahre 1924 in Deutschland nach der Oktober-Niederlage von 1923 die Frage gegenüber der Komintern gestellt wurde, ob es richtig war, die Betriebsräte als Ersatzorgane für die Sowjets zu bezeichnen, gab es heftige Meinungsverschiedenheiten. In Wirklichkeit bedeutet es selbstverständlich eine Herabsetzung und Kompromittierung des Begriffs Sowjets in der Ideologie der Massen, wenn man die Betriebsräte als einen Ersatz für Sowjets ausgibt. Das gleiche ist der Fall, wenn man heute davon spricht, daß diese neuen Formen der Einheitsfront bereits Keime von Sowjets seien. Das bedeutet eine Verwässerung der Frage der Sowjets, die wir unter keinen Umständen zulassen dürfen.
Völlig falsch ist auch die Auffassung, daß es z.B. beim Ruhrkampf richtig gewesen wäre, nicht die vorhandenen vorbereitenden Kampfleitungen in Streikleitungen umzuwandeln, sondern an ihre Stelle Delegiertenkonferenzen und antifaschistische Aktionsausschüsse zu setzen. Diese ganzen Tendenzen erinnern an die Losung der Menschewiki in der russischen Revolution, als sie „allgemeine Arbeiterkomitees gegen den Zarismus" an Stelle der vielfältigen Organisationsformen des proletarischen Klassenkampfes setzen wollten.
Worum handelt es sich in Wirklichkeit bei unseren neuen Einheitsfrontorganen gegen den Faschismus? Wir haben eine große Welle des antifaschistischen Kampfwillens weit über den Rahmen der Partei hinaus. Hier bestehen die günstigsten Voraussetzungen für die proletarische Einheitsfront. Wir haben als entscheidende Massenorgane in den Betrieben die Betriebswehren des Kampfbundes gegen den Faschismus, so wie wir die Jugendstaffeln und auf den Stempelstellen die Erwerbslosenstaffeln haben. Um über den Rahmen des Kampfbundes hinauszustoßen, sowohl in der Mobilisierung der Massen für die antifaschistische Front, als auch in der Zersetzung der faschistischen Front, stellen wir die Frage der Wahl von Delegierten zu antifaschistischen Delegiertenkonferenzen und die Aufgabe, auf diesen Konferenzen örtliche und bezirkliche Aktionsausschüsse gegen den Faschismus zu bilden. Das ist der Charakter und die Aufgabenstellung dieser neuen Organisationsform. Wenn man die Frage stellt, wie weit wir darüber hinaus mit den bestehenden Einheitsfrontorganen und Organisationsformen nicht mehr auskommen, so möchte ich demgegenüber darauf hinweisen, daß z.B. der revolutionäre Vertrauensleutekörper, wie wir ihn auf dem Weddinger Parteitag forderten, in der Praxis noch leider keineswegs ausgebaut ist. Hier müssen wir sofort den Aufbau in den Betrieben einleiten. Ebenso entsprechen die wenigen RGO-Betriebsgruppen noch durchaus nicht den Anforderungen ihrer Aufgaben. Statt diese Organe wirklich auszubauen, gibt es Genossen, die sich neue Organe ausdenken. Es ist klar, daß die Partei diesen Weg nicht beschreiten wird.
Eine andere Frage ist die Notwendigkeit, in der Massenmobilisierung gegen die Terrorakte der Nazis eine entschlossene Wendung zu offensiver Taktik zu vollziehen. Es darf keinen Terrorakt der Nazimörder mehr geben, ohne daß die Arbeiterschaft überall sofort mit offensivstem, wehrhaftem Massenkampf antwortet. Was bedeutet diese Gegenaktion? Sie bedeutet: 1. eine politische Sicherheit im Proletariat; sie bedeutet 2., daß die sozialdemokratischen Arbeiter zu uns Vertrauen bekommen, weil sie merken, wir sind da und geben Antwort. 3. bedeutet das, daß die Front des Faschismus zersetzt und dezimiert wird.

4., daß wir unsere Kaders gemeinsam mit der Massenfront rüsten, schmieden und stählen für höhere Aufgaben in der Revolution. Genossen, ich glaube, auf diesem Gebiet ist eine wirklich ernste Wendung notwendig.

II. Einheitsfront und der Kampf um die Gewinnung der Arbeiter

Genossen! Wir kommen zur Frage der Einheitsfrontpolitik und des Kampfes um die Gewinnung der entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse. Wir müssen diese Frage in diesem Zentralkomitee etwas ausführlicher behandeln, weil wir mit der Möglichkeit zu rechnen haben, daß bei einer weiteren Verschärfung der Situation und größeren Kämpfen unsere Partei ihre Arbeit nicht mehr in den Formen der Legalität vollziehen kann. In einem solchen Fall käme es erst recht darauf an, den Massenkurs der Partei fortzusetzen und die Verankerung der Partei in den Massen so fest und unantastbar zu machen, daß alle Anschläge des Klassenfeindes wirkungslos werden. Es ist nun klar, daß die Einheitsfrontpolitik den ausschlaggebenden Hebel zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse darstellt. Wenn wir an diese Frage herangehen, ist es notwendig, sich an die verschiedenen Schwankungen und Abweichungen zu erinnern, die es in der Frage der Einheitsfrontpolitik in unseren Reihen gegeben hat. Wir hatten z.B. die Ruth-Fischer-Zeit mit ihren schweren ultralinken Fehlern, einer Ablehnung der Einheitsfrontpolitik und Isolierung der Partei von den Massen. Dann kam der offene Brief von 1925, und wenn wir die Zeit von damals bis heute nehmen, so haben wir in dieser Periode große und kühne Fortschritte zu verzeichnen. Später versuchten dann die Versöhnler, das Hauptgewicht der Einheitsfrontpolitik von unten nach oben zu verschieben und die Beschlüsse des Essener Parteitages zu revidieren. In derselben Linie lag ja auch Ewerts Fragestellung: „Zwingt die Bonzen!“ Später gab es dann im vergangenen Frühjahr bei unseren Auseinandersetzungen mit dem Genossen Merker den entgegengesetzten Fehler zu bekämpfen, nämlich das Unverständnis der Methoden der Gewinnung sozialdemokratischer Arbeiter. Selbst in unseren engeren Kreisen bestanden damals Meinungsverschiedenheiten über den Passus in der Resolution unseres Märzplenums 1930, in dem es folgendermaßen heißt:

„Das Plenum des ZK konstatiert die Notwendigkeit, viel stärker als bisher für die Herstellung der revolutionären Einheitsfront von unten, für die Isolierung der sozialfaschistischen Führerschaft und die weitgehende Einbeziehung der sozialdemokratischen Arbeiter in die revolutionäre Kampffront zu wirken.“

Und jetzt kommt die Stelle, über die Meinungsverschiedenheiten entstanden:

„Zur Erfüllung dieser Aufgaben ist es erforderlich, zwischen der konterrevolutionären Führerschaft der SPD, den unteren Betriebsfunktionären und den einfachen sozialdemokratischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen zu unterscheiden.“

War das richtig? Natürlich, das war im vorigen Jahre und das ist heute richtig! Heute ist das schon für jeden eine glatte Selbstverständlichkeit.
Wie ist die jetzige Lage? Auch hinsichtlich der Einheitsfrontpolitik mit den sozialdemokratischen Arbeitern haben wir jetzt eine neue und günstige Situation. Einerseits finden wir die vollständige Krise der reformistischen Theorie, andererseits in den Reihen der SPD- und SAJ-Mitgliedschaft zahlreiche Erscheinungen einer inneren Gärung, Zersetzung und Rebellion. Deshalb stellen wir heute die kühne Aufgabe: Liquidierung des Masseneinflusses der SPD und Liquidierung der SAJ als Massenorganisation überhaupt.
Warum diese scharfe Fragestellung? Mit der Zuspitzung der Klassensituation, dem Vorhandensein von Elementen einer revolutionären Krise müssen wir uns überlegen, wo wir anzusetzen haben, um die revolutionäre Entwicklung vorwärts zu treiben. Genossen! Dabei ist

es klar, daß zwar der Hauptfeind des Proletariats im Rahmen des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie, gegen den Kapitalismus in Deutschland heute der Faschismus ist, daß aber zugleich das Haupthindernis für die proletarische Revolution im Lager der Arbeiterklasse die SPD darstellt. Darum müssen wir in der Werbung und Gewinnung von Arbeitern aus dem gegnerischen Lager unsere Hauptstoßkraft gerade auf dieses Haupthindernis konzentrieren, was natürlich nicht bedeutet, daß wir unsere Arbeit besonders unter den Unorganisierten, ebenfalls unter den christlichen Arbeitern und antikapitalistischen werktätigen Nazianhängern vernachlässigen dürfen. Das war ja gerade die große Bedeutung des Wahlsieges am 14. September, daß wir damals ins Lager des Reformismus einbrachen und der SPD etwa eine Million Stimmen abnehmen konnten. Die Sozialdemokratie verliert heute immer mehr an politischer Achtung. Mit der Verengung der arbeiteraristokratischen Basis des Reformismus vollzieht sich der dauernde historische Abstieg der SPD. Hier müssen wir die erfolgreich begonnene Offensive fortsetzen und weitere Millionen sozialdemokratischer und in ihrer Peripherie befindlicher Arbeiter gewinnen. Warum diese Frage heute so stark stellen? Bedeutet das etwa eine Vernachlässigung der politischen Arbeit unter den Unorganisierten, die zweifelsohne das Hauptreservoir darstellen, oder etwa der christlichen und nationalsozialistischen Arbeiter? Keineswegs! Alles geht in den großen Strom der ideologischen revolutionären Bearbeitung, die wir intensiver zu leisten haben. Wir müssen hierbei die politische Bedeutung, die Gegenstoßkraft erkennen, die heute noch die Sozialdemokratische Partei, die reformistischen Gewerkschaften und sonstige vom Sozialfaschismus beherrschte Massenorganisationen im Kampfe gegen die proletarische Revolution darstellen. Andererseits gibt es in der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften und in vielen Massenorganisationen schon einige revolutionäre Elemente. Mit ihnen muß es uns gelingen, die ganze Situation zu verschärfen und das Lager der proletarischen Revolution zu verstärken.

Die Krise der reformistischen Theorie

Die beste Voraussetzung für Verschärfung unseres prinzipiellen Kampfes gegen die SPD bietet die theoretische Krise der Sozialdemokratie und darüber hinaus der II. Internationale. Die Fragestellung, die wir heute viel schärfer aufrollen müssen, die heute in Deutschland auf der Tagesordnung steht, lautet: wer in Wirklichkeit die Front des Marxismus vertritt. Wir wissen es, aber Millionen wissen es leider nicht. Millionen Massen werden täglich angespornt und gefüttert im Kampfe gegen den Marxismus. Das ist eine schon gefährliche Basis, weil durch die niederträchtige, klassenverräterische Politik der sozialdemokratischen und reformistischen Führer, die die Bourgeoisie bewußt dem „Marxismus“ in die Schuhe schiebt, in den Augen von vielen Millionen auch der Marxismus diskreditiert wurde. Wenn wir das ungeheure historische Problem stellen, daß wir die revolutionäre Situation organisieren müssen, dann ist es unsere Aufgabe, in erster Linie in den Millionenmassen das Vertrauen zu der großen gewaltigen Idee des Marxismus wieder zu wecken. Das aber können wir nur, wenn wir die ganze antimarxistische Theorie der Sozialdemokratie und des Reformismus enthüllen und ihren theoretischen Bankrott klarstellen. Erinnert euch, Genossen, welche neue „Theorie“ die Sozialdemokratie im Laufe der letzten Jahre an Stelle des Marxismus erfunden hat und was davon übrig geblieben ist.

Bekanntlich produzierte Hilferding auf dem Kieler SPD-Parteitag im Mai 1927 die Theorie von der jetzigen Periode als der Zeit „eines friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus“. Eine „Transformationsperiode“ sei gegeben auf Grund des „organisierten Kapitalismus, das heißt des Monopolkapitalismus, der allmählich die Anarchie des Kapitalismus der freien Wirtschaft beseitige“. Den Beweis dafür sollten die Vereinigten Staaten mit ihrer dauernden Prosperität liefern.

Aus dieser ökonomischen Fragestellung der reformistischen Theorie ergab sich die soziale Fragestellung, die gleichfalls ein ganzes „theoretisches“ Gebäude im krassesten Gegensatz zu den marxistischen Lehren darstellt. Die Lage der Arbeiterklasse sollte sich in der Transformationsperiode gleichmäßig mit der riesenhaften Konzentration des Kapitals und der Rationalisierung verbessern. Während Marx das „Allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ aufgestellt hat, wonach die „Akkumulation des Kapitals der Akkumulation von Elend“ entspricht, erklärten die sozialdemokratischen Theoretiker, dieses marxistische Gesetz sei nicht stichhaltig und von der Geschichte des Kapitalismus längst widerlegt. Die „kapitalistische Rationalisierung müsse von der Arbeiterklasse unterstützt werden, ja noch mehr, das sei eine zentrale Aufgabe der Gewerkschaften der Transformationsperiode, da die Rationalisierung auch den Arbeitern Nutzen bringe. Hinzu kam, daß die Lohntheorie von Marx durch die sogenannte Tarnow’sche Theorie von der angeblichen Nützlichkeit der hohen Löhne für die Kapitalisten ersetzt wurde Und schließlich die famose Wirtschaftsdemokratie - die Mitverwaltung der „Vertreter der Arbeiter“ an der kapitalistischen Wirtschaft sei der „Weg zum Sozialismus“.
Dieses ganze theoretische System wurde auch nach der Seite der politischen Fragestellung ausgebaut. Ganz offen erklärte man, daß der demokratisch-kapitalistische Staatsapparat nicht mehr im Sinne von Marx und Engels als „Ausführungsorgan der Ausbeuterklasse zur Unterdrückung der Ausgebeuteten“ angesehen werden dürfe. Hilferding nannte „den Parlamentarismus“ noch auf dem Magdeburger Parteitag der SPD im Jahre 1929 „den einzigen Weg, der die Arbeiterklasse zur Eroberung der Staatsmacht und zur Verwirklichung des Sozialismus fuhrt. Die Arbeiterklasse hat deshalb das höchste Interesse an der Erhaltung des Parlamentarismus, auch durch zeitweilige Opfer, wie groß sie auch sein mögen.“ Natürlich wurde auch mit dieser Theorie die Begründung für die Koalitionspolitik gegeben, insofern Koalitionsregierungen den notwendigen Übergang zum Sozialismus darstellen sollten.
Genossen, ich frage: Was ist von diesem ganzen theoretischen Gebäude des Reformismus übriggeblieben? Der „organisierte Kapitalismus“, der die Krisen aushalten sollte, hat die Weltwirtschaftskrise nur verschärft. Das amerikanische „Paradies“ mit der Dauerkonjunktur existiert nicht mehr, die Lage der Arbeiterklasse ist durch den Monopolkapitalismus, durch die kapitalistische Rationalisierung und trotz aller reformistischen „Theorien“, wie der „Tarnow’schen Lohntheorie“ oder „Wirtschaftsdemokratie“, ungeheuerlich verschlechtert worden. Heute wagt es fast kein Reformist mehr, diese alten Theorien aufzuwärmen. In ihren theoretischen Organen erwähnen sie mit keiner Silbe mehr, daß hohe Löhne die Wirtschaft ankurbeln. Sie sprechen von Lohnsenkung und faseln dabei nur von der Notwendigkeit des Preisabbaus. Über die Wirtschaftsdemokratie, die zum Sozialismus führe, lohnt sich kein Wort zu verlieren. Kein Reformist wagt heute über diese Frage noch zu sprechen. Die Rationalisierung hat statt Wohlstand Massenelend und Millionenerwerbslosigkeit gebracht. Was schließlich die Koalitionspolitik anbetrifft, so können sich heute auch die sozialdemokratischen Arbeiter nicht mehr der Tatsache verschließen, daß die Koalitionsregierungen, wie z.B. die Preußenregierung, Schrittmacher des Faschismus sind. Es ist also buchstäblich kein halber Stein mehr von dem theoretischen Gebäude des Reformismus übriggeblieben.

Abrechnung mit Kautsky

Die ganze theoretische Krise der II. Internationale, ihre ideologische Fäulnis und ihr konterrevolutionärer Sumpf äußern sich am deutlichsten in ihrer Stellung zur Sowjetunion. Nehmen wir z.B. Herrn Kautsky. Trotzdem er selbst in den Reihen seiner eigenen Freunde nicht mehr ernst genommen wird, wagte er es, vor einigen Monaten ein Buch herauszugeben: „Der Bolschewismus in der Sackgasse“. Bezeichnend an diesem Buch ist die krasse Tatsache,

daß Kautsky selbst seinen eigenen Verrat an seinen früheren theoretischen Behauptungen darin feststellt. Ich will hierzu nur ein Zitat aus dem Buch herausgreifen. Es heißt dort:

„Ich war sehr überrascht, als mir gegenüber vor kurzem ein Parteigenosse seiner Begeisterung über die Sozialisierung der Landwirtschaft Ausdruck gab, die jetzt in Rußland vollzogen werde. Das sei eine der grandiosesten Taten der Weltgeschichte. Und er vermeinte, ich müßte von dieser riesenhaften Umwälzung besonders beglückt sein, da ich doch seit jeher für den Großbetrieb in der Landwirtschaft als Ausgangspunkt ihrer Sozialisierung eingetreten sei. Durch diese Beglückwünschung fühlte ich mich einigermaßen kompromittiert."

Was zeigt diese Stelle in dem Kautskyschen Buch? Einmal die Wirkung der grandiosen Entwicklung des sozialistischen Aufbaus auf die unteren Schichten der Sozialdemokratie, wie dies Kautsky hier selber zugeben muß, und zu gleicher Zeit zeigt dieses Zitat den tiefen Verrat Kautskys an seinen eigenen theoretischen Erkenntnissen aus der Vergangenheit. Er schämt sich dieser Vergangenheit, obwohl sie vom Standpunkt des konsequenten Marxismus sehr belastet ist, da ja Kautsky schon seit Jahren vor dem Kriege, der Hauptvertreter des schwankenden Zentrismus war. Aber trotzdem fühlt er sich heute kompromittiert, wenn er an jene Vorkriegszeit erinnert wird, wo er noch nicht im Lager der offenen Konterrevolution stand.
Was zeigt das Buch Kautskys im übrigen? Es ist ein einziges Dokument der antibolschewistischen Kriegshetze im Dienste der Imperialisten. Herr Kautsky fordert so offen den gewaltsamen Sturz der Sowjetmacht, daß selbst solche geschworenen Feinde des Proletariats, solche Konterrevolutionäre wie der Menschewistenfuhrer Abramowitsch oder Dan aus demagogischen Gründen von ihm abrücken. Natürlich ist Abramowitsch nicht besser als Kautsky. Wir dürfen nicht die Frage stellen, wer von ihnen der bessere oder schlechtere Konterrevolutionär ist, aber wir müssen die Tatsache sehen, warum Abramowitsch gegen Kautsky in dieser Frage auftrat. Der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion ist eine solche grandiose Tatsache, daß selbst die meisten Konterrevolutionäre und politischen Gauner gezwungen werden, in dieser Frage vorsichtig und demagogisch zu lavieren, um in ihrer eigenen Front Beruhigung zu schaffen. Deshalb die Kritik von Abramowitsch und Dan an Kautsky und seiner Kriegshetze. Auf diese Kritik antwortet nun Kautsky in der Januar-Nummer der „Gesellschaft", des theoretischen Organs der SPD, in einem Artikel: „Sozialdemokratie und Bolschewismus". Dort heißt es:

„Ist es möglich, daß an stelle der Hölle, die das jetzige Sowjetrußland darstellt, noch etwas Schlimmeres kommt? Kann ein Sturz der Diktatur etwas anderes bringen als eine Milderung der Hölle, zumindest vermehrte Bewegungsfreiheit? Für meine Phantasie wenigstens ist es nicht möglich, etwas Furchtbareres zu ersinnen, als den heutigen Zustand Sowjetrußlands. Ich empfinde es höchst schmerzlich, wenn die Wucht unseres Angriffs gegen die unerbittlichen Schrecknisse der Diktatur dadurch geschwächt wird, daß man uns fürchten läßt, es wäre noch Schlimmeres möglich, wenn sie stürzt... Real sind bloß die Erschwerungen unserer Propaganda gerade bei der unwissenden, zum Kommunismus neigenden Jugend, wenn man die von den Kommunisten genährte Illusion ernst nimmt, der Bolschewismus sei immer noch eine revolutionäre Partei, vertrete einen Zustand des Staates und der Gesellschaft, den jeder sozialistische Revolutionär zu schützen hat. Gerade die Zerstörung dieser Illusion ist unsere Aufgabe."

Das ist der Konterrevolutionär Kautsky. Soweit ist es schon mit der II. Internationale gekommen. Das wagen selber nicht einmal die bezahlten Tintenkulis der Bourgeoisie zu schreiben.

Die Gärung in der Sozialdemokratie

Dieser konterrevolutionären Versumpfung der Führer steht die wachsende Radikalisierung der Massen gegenüber. Welche hauptsächlichsten Erscheinungen haben wir auf diesem Gebiet zu

verzeichnen? Da ist einmal die Teilnahme der sozialdemokratischen Arbeiter und auch unterer Funktionäre an den Wirtschaftskämpfen. Seite an Seite mit der RGO gegen den Streikbruch und Verrat ihrer Führer.
Zweitens müssen wir hier den antifaschistischen Kampfwillen bei den sozialdemokratischen Arbeitern verzeichnen. In kleineren Orten und auch schon in Großstädten treten ganze Abteilungen der SPD, manchmal sogar des Reichsbanners an unsere Genossen oder an die Genossen des Kampfbundes gegen den Faschismus heran, zum gemeinsamen Kampf gegen die Nazis. Selbstverständlich hat hierbei unsere strategisch-politische Wendung eine große Belebung gebracht und alarmierend in den Millionenmassen gewirkt.
Ein drittes entscheidendes Faktum sind die ersten organisatorischen Formen einer Gruppenbildung in der SPD. Wir haben da einmal in Breslau, wo bekanntlich die SPD-Mitglieder ein Reichsbanner-Rollkommando aus ihrer Versammlung herausprügelten, den sogenannten Sozialistischen Kampfbund, ganze Gruppen, in denen der jetzt zu uns übergetretene Genosse Müller eine Rolle spielte.
Wir haben im Ruhrgebiet die Zeitschrift „Roter Kämpfer“, die illegal herausgegeben wird und um die sich verschiedene oppositionelle Gruppen im Reich gebildet haben. Wir haben schließlich in Berlin die Angelegenheit mit den Jungordnern, die die SAJ organisiert hatte, wobei es zu dem schweren Konflikt mit dem Reichsbanner und dem Bezirksvorstand kam. Überhaupt ist die Lage bei der SAJ schon viel weiter fortgeschritten. Dort haben wir vielfach Übertritte ganzer Ortsgruppen zu verzeichnen. Im ganzen kann man sagen, daß unsere Partei viel zu wenig Kenntnis von diesen Vorgängen im sozialdemokratischen Lager hat.
Die Hauptgefahr vom Standpunkt der proletarischen Revolution wäre jetzt die Bildung einer neuen USPD, auf die die Brandler-Leute spekulieren. Wir müssen eine solche verhängnisvolle Entwicklung durch unsere Entlarvung und offensivste Bekämpfung der Zentristen, der „linken“ SPD-Führer, als die gefährlichsten Feinde innerhalb der Sozialdemokratie verhindern. Innerhalb der SPD treten die „linken“ Strömungen unter verschiedenartiger Flagge überall stärker in Erscheinung. Hier müssen politisch unsere Methoden wesentlich verbessert werden, besonders in Sachsen und dort, wo solche neuen Tatsachen bekannt sind. Wir müssen viel stärker heran an die oppositionellen Arbeiter in der Sozialdemokratie.
Welche neuen Methoden ergeben sich dabei für uns? Die Hauptsache ist, daß wir die oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter nicht mehr einfach sich selbst überlassen dürfen. Wir müssen eine Wendung zur Massendiskussion durchführen. Die Losungen: Keine SPD-Versammlung ohne KPD-Referenten! und: Keine SPD-Mitgliederversammlung ohne kommunistische Beeinflussung! müssen unbedingt praktisch durchgeführt werden. Die Formen sind naturgemäß überall verschieden. In kleineren Orten wird man es sogar durchsetzen, daß Kommunisten in sozialdemokratischen Mitgliederversammlungen sprechen können. Eine weitere wichtige Frage ist, daß wir unsere Gegnerarbeit nicht mehr ressortmäßig, sondern als Aufgabe der Gesamtpartei betreiben müssen. Wir müssen es verstehen, die wichtigsten Diskussionsfragen, zum Beispiel die Frage des „kleineren Übels“, dabei in elastischer und beweglicher Weise in den Vordergrund zu rücken. Und schließlich ein weiterer entscheidender Punkt: unsere Sprache, die in der Presse und Agitation viel mehr von Kraftbewußtsein und Siegesgewißheit getragen sein muß. Ein wichtiges Problem ist auch die Frage der Gegenüberstellung der sozialistischen Wirtschaft der Sowjetunion und der kapitalistischen Profitwirtschaft.

Wir sind die Partei der marxistischen Front

Damit komme ich zu dem entscheidenden Problem: nämlich der offensiven Stellung der Frage des Marxismus. Die Bourgeoisie konstruiert im Kampf gegen den Marxismus eine angebliche „marxistische Front“ aus Kommunisten und Sozialdemokraten, die in Wirklichkeit ja gar nicht besteht. Die SPD-Führer sind selbstverständlich geschworene Feinde des

Marxismus. Anders die sozialdemokratischen Arbeiter. Sie haben gewiß kein marxistisches Bewußtsein, keine marxistische Klarheit, aber gefühlsmäßig stehen sie zum Marxismus.
Aber wir müssen die wirkliche marxistische Massenfront erst schaffen, indem wir die Fahne des Marxismus immer stärker und offensiver entfalten. Das muß auch in unserer Agitation stärker zum Ausdruck kommen.
Was ist jener „Marxismus", gegen den die Bourgeoisie und die Nazis hetzen? Was meinen sie damit? Der hungernde Erwerbslose, dem sie Unterstützung rauben, der ausgeplünderte Betriebsarbeiter, dem sie den Lohn kürzen, die Arbeiterfrau, der sie das Fleisch vom Tische reißen, die Jugend, die sie zur Arbeitsdienstpflicht zwingen wollen - diese alle sind mit „Marxismus" gemeint, wenn die Kapitalisten vom Kampf gegen den Marxismus reden!
Das alles ist unsere Klassenfront*! Wir sind die Partei der marxistischen Front!*

Unser Kampf gegen die Hitlerpartei

Über die Gewinnung der christlichen und unorganisierten Arbeiter will ich an dieser Stelle nichts sagen, weil es sich hier hauptsächlich auch um eine Aufgabe der RGO handelt. Aber eine besondere Stellungnahme erfordert die Behandlung der Nazifront. Die Hitlerpartei, die von den Bankiers und Industriellen ausgehalten wird, versucht „Opposition" zu treiben, aber eine „Opposition" nur mit Phrasen, nur in Worten, nur in Zeitungsartikeln usw. Sie entlarven sich immer mehr als die Agenten des deutschen Kapitals und der englisch-italienischen Imperialisten. In der Praxis organisieren sie den Streikbruch. Sie unterstützen durch ihren Mordterror, nicht etwa gegen die Kapitalisten, sondern gegen die deutsche Arbeiterschaft, die volksfeindliche Politik der Brüningregierung. Sie sind die offenen Einpeitscher und Verfechter der faschistischen Politik der deutschen Bourgeoisie. Ich habe schon über die Notwendigkeit der Verstärkung unseres wehrhaften Massenkampfes gegen den SA-Terror gesprochen. Dieser kann selbstverständlich nur auf der Grundlage einer verstärkten ideologischen Offensive zur Gewinnung der werktätigen Anhänger der Hitlerpartei vonstatten gehen.
Betrachten wir kurz die Politik der Hitler-Partei in den letzten Monaten: ihren Verrat in Sachen des Youngplanes, ihr Einschwenken in die Völkerbundspolitik, ihre Knechtseligkeit gegenüber Mussolini, ihre Antisowjethetze, die praktisch einer Stützung Pilsudski-Polens und Söldnerdiensten für das Weltfinanzkapital gleichkommt, ihre Bekenntnisse für den Kapitalismus und das Privateigentum, ihre Hetze gegen die Streiks der Arbeiterschaft im Solde des Unternehmertums und zuletzt ihren Kampf gegen den Bolschewismus oder, wie sie provokatorisch sagen, gegen das „Untermenschentum".
Auf Grund dieser Politik muß es uns möglich sein, einen mächtigen Einbruch in die Front des Nationalsozialismus zu erreichen. Unsere Aufgabe ist, jedes Eindringen der Nazis in die Arbeiterklasse, trotz aller sozialdemokratischen Liebesdienste für den Faschismus, zurückzuschlagen und die antikapitalistisch gestimmten Arbeiter, Angestellten, Mittelständler, die bei ihnen stehen, loszureißen. Hier brauchen wir eine entschlossene Wendung.
Wir müssen mit aller Klarheit aufzeigen, daß wir die Partei sind, die die nationale Befreiung des deutschen Volkes, ohne Eroberungskrieg, ohne Unterdrückung fremder Völker, durch die proletarische Revolution zu verwirklichen vermag. Sie, die Nazis, sind die Partei der Revanche, wir sind die Partei des Friedens! Wir fuhren den Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung der Minderheiten, sei es im Pilsudski-Polen oder Mussolini-Italien oder in Frankreich; aber wir führen ihn gemeinsam und in tiefster Solidarität mit den polnischen, italienischen und französischen Arbeitern. Wir brauchen nur das Beispiel des kühnen Auftretens unseres Genossen Tunke, der als deutscher kommunistischer Landtagsabgeordneter nach Polnisch-Oberschlesien ging und dort in Dutzenden von Gruben zur Arbeiterschaft sprach, zu erinnern. Hier zeigt sich der krasse Unterschied zwischen

unserer Politik und der Hitler-Partei: Sie dreschen Phrasen, wir schicken unsere Abgeordneten nach Pilsudski-Polen, um den Pilsudski-Terror im eigenen Lande zu bekämpfen und die Verbrüderung zwischen deutschen und polnischen Arbeitern zu demonstrieren. Die Resolution, die der heutigen Plenartagung des ZK vorliegt, nimmt zu dieser Frage klar und unzweideutig Stellung. Es heißt dort:

„Wir führen den Kampf gegen den Faschismus unter der Fahne unseres Freiheitsprogramms mit den Losungen des Kampfes für die soziale und nationale Befreiung. Dabei gilt es, alle Grundfragen der deutschen Politik im Sinne der proletarischen Revolution aufzurollen und das Freiheitsprogramm entsprechend der Verschärfung des Klassenkampfes weiter zu entwickeln. Wir müssen die zügellose Kriegsrüstungs- und Abenteurerpolitik des deutschen Faschismus, seine mörderische Hetze für den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion, wie auch für den Revanchekrieg, vor den Massen entlarven und demgegenüber klar das Banner des Internationalismus unserer Partei entrollen. Unter allen Werktätigen gilt es, die Ideologie der Solidarität mit den französischen und polnischen Arbeitern tatkräftig zu propagieren. Gegen die chauvinistische Hetze der Faschisten stellen wir unsere Losungen des Kampfes gegen den Weltimperialismus, unsere Forderung, daß keine Nation unterdrückt werden soll. Wir sind die einzige Friedenspartei, die einzige Partei, die alle Grundfragen der deutschen und internationalen Politik ohne Eroberungskrieg, ohne Knechtung und Bedrohung fremder Völker lösen kann."

Auf der Linie dieser Politik, mit der Waffe unseres Freiheitsprogramms, das wir immer und immer wieder popularisieren müssen, werden wir die Faschisten schlagen und hunderttausende Anhänger von ihnen loslösen.

III. Die Lehren der Streikkämpfe und die Aufgaben der RGO

Die Stärkung und der Ausbau der RGO wird immer mehr zur zentralen Tagesaufgabe der Partei. Hier ist die stärkste Methode zur Gewinnung der bisher fernstehenden, unorganisierten und organisierten Arbeitermassen gegeben. Hier haben wir die wichtigste Stoßkraft für den Kampf gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur. Denn selbstverständlich ist jeder Lohnkampf heute ein politischer Kampf. Wir müssen Schluß machen mit der Fragestellung von der sogenannten Politisierung der Wirtschaftskämpfe. Es handelt sich vielmehr darum, den politischen Charakter, den die Kämpfe schon in sich tragen, herauszuarbeiten und zu entwickeln. Unrichtig ist auch die Meinung, daß der politische Massenstreik nur aus ökonomischen Streiks hervorwachsen könne. Das ist nicht richtig - wie Danzig zeigte -, aber es ist klar, daß jeder Lohnkampf, jeder ökonomische Streik, den Boden für den politischen Massenstreik auflockert.

Und nun einige Worte zu den ersten Lehren des Ruhrkampfes und des oberschlesischen Streiks. Diese Streiks stellen ohne Zweifel eine prinzipiell höhere Stufe des Kampfes dar, deren Bedeutung weit über die Kämpfe von Mansfeld, des Berliner Metallarbeiterstreiks usw. hinausgeht. Warum ist das so? Einmal haben wir die Massen völlig allein und selbständig herausgeführt, obwohl die reformistischen Gewerkschaften von vornherein offen in der Front gegen den Streik standen und nicht erst, wie in Mansfeld und Berlin, im Verlaufe des Kampfes zum Streikbruch übergingen. Damit bedeuten diese Kämpfe einen neuen Erfolg, der der RGO Achtung beim Proletariat verschafft hat. Als zweites kommt hinzu, daß wir bei diesen Kämpfen neue wesentliche Erfahrungen hinsichtlich des Termins für den Streikbeginn machten. Wir vermochten eine Überrumpelung des Gegners durchzusetzen. Den angreifenden Berggewaltigen wurde der rechtzeitige schnelle Gegenangriff der Bergarbeiter entgegengestellt. Die Arbeiterklasse lernt, daß sie sich nicht das Gesetz des Handelns vom Gegner vorschreiben lassen darf.

Schließlich die glänzende Rolle der Frauen und der Jugend, wie auch der Erwerbslosen in diesen Streiks. Und zuletzt die offene Entlarvung der Nationalsozialisten als bewaffnete Streikbrechergarden, wobei sie sich stellenweise blutige Köpfe von der Arbeiterschaft geholt

haben. Das Polbüro wird über diese Kämpfe noch eine besondere Resolution in nächster Zeit herausbringen.
Andererseits können und müssen wir heute schon einige Schwächen feststellen. Das ist einmal das Verhältnis zwischen den parteilosen Arbeitern und unseren Funktionären. Unsere Genossen hatten sich auf eine Anzahl fester Schächte konzentriert, die sie als absolut streikfertig betrachteten. Nachher stellte sich heraus, daß von diesen Schächten einige nicht in den Streik traten, wohl aber andere, von denen man es nicht erwartet hatte. Ein weiterer Mangel besteht in der ungenügenden politischen Vorbereitung des Streiks. Wir haben den bevorstehenden polizeilichen Terror den Massen nicht genügend aufgezeigt, so daß auch die Abwehrkraft der Massen gegen skrupellosen Terror nicht genügend entwickelt war. Eine weitere Frage ist eine ungenügende Einstellung des ganzen Reiches auf die Solidaritätsaktionen. Im Wurmrevier, Waldenburg, Mitteldeutschland, Sachsen und Saargebiet gab es keinen gleichzeitigen Kampf. In Oberschlesien setzte der Streik zu spät ein. Eine andere Schwäche sind die Mängel in der Herausbildung aktiver Streikführer. Es fehlten die wirklichen Kader und festen Leitungen. Die roten Betriebsräte waren ungenügend in die Organisierung des Kampfes einbezogen. Es gab ferner auch in der politischen Leitung des Bezirks Schwächen, nachdem Genosse Florin durch seine Krankheit ferngehalten war.
Ein wichtiger Punkt ist die ungenügende organisatorische Vorbereitung für den roten Bergarbeiterverband. Dann noch zuletzt die Tatsache, daß es im Kampfgebiet selbst keine genügende Solidaritätsbewegung der übrigen Arbeiterschichten, mit Ausnahme des Hafenarbeiterstreiks in Duisburg, gab.
Trotz dieser selbstkritischen Bemerkungen kann selbstverständlich die gewaltige positive Rolle des Ruhrstreiks in keiner Weise geschmälert werden. Dieser Kampf eröffnet eine neue Periode in der revolutionären Gewerkschaftsbewegung. Verglichen mit den früheren Kämpfen entspricht er der höheren Aufgabenstellung des V. RGI-Kongresses gegenüber dem IV. RGI-Kongreß. In diesem Sinne war der Berliner Metallarbeiterstreik eine gewisse Vorstufe für Ruhr. Aber Ruhr war ein bedeutender prinzipieller Schritt weiter.

Die Frage der roten Verbände

Genossen, ich möchte in diesem Zusammenhang an die berühmten Worte des Genossen Stalin im Präsidium des EKKI am 19. Dezember 1928 erinnern, wo er trotz des Geheuls der Rechten und Versöhnler bereits in klarer Voraussicht die Perspektive des Entstehens von roten Gewerkschaften in Deutschland entwickelte. Genosse Stalin sagte damals:

„Aus der Tatsache, daß wir in den reformistischen Gewerkschaften arbeiten müssen - vorausgesetzt, daß diese Gewerkschaften tatsächlich Massenorganisationen sind, folgt noch keineswegs, daß wir unsere Massenarbeit auf die Tätigkeit in den reformistischen Gewerkschaften beschränken, daß wir zu Sklaven der Normen und Forderungen dieser Verbände werden sollen. Wenn die reformistische Führung mit dem Kapitalismus verwächst (siehe die Resolutionen des VI. KI-Kongresses und des IV. Kongresses der RGI), und die Arbeiterklasse einen Kampf gegen den Kapitalismus fährt, kann man behaupten, daß der Kampf der von der Kommunistischen Partei geführten Arbeiterschaft ohne ein gewisses Sprengen des bestehenden reformistischen Gewerkschaftsrahmens geschehen kann? Es ist klar, daß man derartiges nicht behaupten kann, ohne einem Opportunismus zu verfallen. Vollkommen denkbar wäre daher eine solche Situation, in der es notwendig werden kann, parallele Massenorganisationen der Arbeiterklasse zu schaffen, entgegen dem Willen der sich an die Kapitalisten verkaufenden Bonzen. Eine solche Situation haben wir bereits in Amerika. Es ist durchaus möglich, daß auch in Deutschland die Entwicklung in dieser Richtung verlaufen wird.“

Damals wagten uns die Versöhnler hier im ZK die Frage vorzulegen: „Wie steht ihr zu Stalin?“ Wir gaben ihnen eine scharfe Antwort damals und geben sie ihnen heute: das Resultat, die Tatsachen, die RGO-Arbeit und die roten Verbände sind unsere Antwort! Natürlich ist es klar, daß diese nur auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung entstehen

können, wenn die Spaltungs- und Streikbruchpolitik des Sozialfaschismus schon besonders krasse Formen angenommen hat. Von entscheidender Bedeutung ist dabei selbstverständlich nach wie vor die Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front der reformistischen Verbände, wo es immer noch etwa 5 Millionen organisierte Arbeiter gibt. Hier müssen wir lernen und verstehen, die Manöver, die die Bourgeoisie bei ihrer faktischen Arbeitsgemeinschaft mit der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie durchführt (wobei sie den Reformisten bisweilen sogar kleinere Streiks gestatten, wie in Bielefeld oder Hannover), vor den Massen stärker zu entlarven. Die kommunistische Fraktionsarbeit in den roten Gewerkschaften darf nicht unterlassen werden. Die Tatsachen in der Tschechoslowakei und Frankreich warnen uns. Die roten Verbände müssen energisch und offensiv überall den Arbeitern helfen und deren Kämpfe unterstützen, wodurch ihr Wachstum beschleunigt wird. Die Mitglieder der roten Verbände müssen aus verschiedenartigen Gründen die Oppositionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften systematisch beobachten und aufs stärkste fördern.

Erwerbslose - Angestellte - Betriebsrätewahlen

Ein Hauptkapitel der RGO-Arbeit ist die Frage der Erwerbslosen. Nur wir sind imstande, Depressions- und Verzweiflungsstimmungen unter diesen Millionenmassen zu verhindern. Wir können leider eine starke Vernachlässigung unserer Erwerbslosenarbeit, mit wenigen Bezirksausnahmen, feststellen. Das Wichtigste ist, die Erwerbslosen immer wieder in die politischen Kampagnen einzubeziehen, sie auch an den Streiks, am politischen Leben überall teilnehmen zu lassen, damit die Arbeiterklasse nicht in zwei Teile zerfällt. Auf diese Weise verflechten sich immer stärker die Bewegungen und Kämpfe der Erwerbslosen mit den Millionen im Betrieb stehenden Arbeitern. In diesem Sinne müssen wir den 25. Februar als internationalen Kampftag der Arbeitslosen gemeinsam mit den im Betrieb stehenden Arbeitern machtvoll vorbereiten. Völlig gilt es, mit der versöhnlerischen Ideologie zu brechen, die in einer gewissen Unterschätzung der revolutionären Bedeutung der Arbeitslosen besteht. Für uns sind sie in der Tat eine entscheidende Sturmgruppe für die proletarische Revolution.
Ich komme nun zu der Frage der Angestellten. Es gibt in Deutschland ungefähr 4 Millionen. Zwei Drittel haben ein monatliches Einkommen unter 200 Mark. Bei weiblichen Angestellten ist es viel niedriger, es beträgt durchschnittlich ungefähr 100 Mark. Diese Tatsachen zwingen uns, die große Passivität hinsichtlich der Angestelltenarbeit der Partei zu liquidieren und mit der Ideologie aufzuräumen, als ob das „bessere Leute“ wären. Die Industrie- und Handelsbüros, die Warenhäuser und Banken sind heute starke Reservoirs der Nazi. Deshalb heran an die Büros, an die Warenhäuser und Banken! Mehr Mut und Elastizität unserer Arbeit unter diesen Schichten, bei denen die Not des öfteren sehr groß ist.
Einige ganz kurze Bemerkungen zu den Betriebsrätewahlen. Sie sind noch stärker als je zuvor politische Wahlen. Gegenüber dem vorigen Jahr gilt es vor allem die Einheitsfrontpolitik in stärkerem Maße zur Durchführung zu bringen. Unsere Hauptlosungen müssen sein: Gegen die Kapitalsoffensive! Schafft rote Hochburgen gegen den Faschismus! Kampf gegen die Brüning-Diktatur! Das Wichtigste ist bei den Betriebsrätewahlen die Stellungnahme und Mobilisierung der Belegschaften für die Durchführung besonderer, konkreter, betrieblicher Kampfprogramme. Überhaupt müssen wir die Wahlen nicht im Sinne terminmäßiger Wahlarbeit, sondern als wirkliche aktive Mobilisierung der Belegschaften für den Wirtschaftskampf und alle ändern politischen Fragen durch die sofortige Wahl von vorbereitenden roten Wahlausschüssen fördern und beleben. Überall muß die Belegschaft den Verrat der reformistischen, christlichen und gelben Betriebsräte anprangern. Die roten Betriebsräte müssen offen Rechenschaft über ihre Tätigkeit vor der Gesamtbelegschaft ablegen, wobei offene Selbstkritik nur unsere Verbundenheit mit den Arbeitern erhöhen kann. Die Aufstellung neuer Kandidaten wird durch die Belegschaft notwendig und sehr oft

zweckmäßig sein. Nehmt überall den schärfsten offensivsten Kurs gegen die stärkeren Bemühungen der Nazis, in die Betriebs- und Arbeiterratsfunktionen einzudringen. Säubert die Betriebe von den Faschisten!
Zum Schluß noch einige allgemeine Bemerkungen über die RGO: Es ist klar, daß sie als Ganzes viel stärker politisch in den Vordergrund treten muß. Wo ist z.B. der Kampf des Reichskomitees der RGO gegen den Faschismus in den Massen spürbar? Wo merkt man die zentrale Auseinandersetzung mit der klassenverräterischen Politik des ADGB? Auch hier gilt es vorzustoßen und Versäumtes nachzuholen. Die RGO hat heute die größte Entfaltungsmöglichkeit und sie muß zu einer wahren Millionenbewegung in Deutschland werden.

IV. Fortschritte und Mängel in der Parteiarbeit

Wenn wir die Bilanz unserer Arbeit nach dem 14. September ziehen, so sehen wir eine Reihe von großen Erfolgen der Partei: Die außerparlamentarischen Massenkämpfe, die neuen Streiks, die antifaschistische Massenkampfwelle, das organisatorische Wachstum der Partei und der Jugend, wobei wir z.B. in der Partei vom August bis Ende November vorigen Jahres bereits an abgerechneten Mitgliedern eine Steigerung um über 35 Prozent erzielt hatten. Im Dezember sind die eingelieferten Ergebnisse noch besser. Im Jugendverband ist zahlenmäßig das Wachstum ebenfalls sehr befriedigend, nur sind die Abrechnungsverhältnisse noch schlecht. Auch in der Frauenarbeit haben wir neue starke Erfolge, wie der Reichskongreß der werktätigen Frauen bewiesen hat.
Auf der anderen Seite gibt es auch starke Mängel. Einige Wahlen nach dem 14. September zeigten einen gewissen Tempoverlust gegenüber unseren Gegnern. Das konnte in den meisten Fällen vermieden werden. Wir haben ferner eine allzu schematische Anwendung der Politik der Partei, die Rundschreiben werden schematisch übernommen, ohne genügende Konkretisierung und selbständige Initiative der Bezirke und der unteren Organisationen. Wir müssen das, was im Volksleben vorgeht, das Fühlen und Denken der Werktätigen viel stärker beobachten und daraus lernen. Kleine und große Probleme mehr verbinden mit unserer revolutionären Ideologie.
Ich will nun einige Beispiele anführen über die Art der besonderen Abweichungen und Fehler, die sich in der Parteipraxis in letzter Zeit ergeben haben. Dabei ist die Tatsache unbestreitbar, daß der rechte Opportunismus und der Opportunismus in der Praxis die Hauptgefahr ist. Wie äußern sich die rechtsopportunistischen Fehler? Wir haben da einmal Fehler, die einen ideologischen Opportunismus zum Ausdruck bringen, z.B. eine Leugnung der revolutionären Perspektive der Entwicklung, in der sich nichts anderes ausdrückt als Depressionsstimmungen opportunistischer Natur. Solche Fälle gibt es, wenn auch ganz vereinzelt. Ein zweites Beispiel ist die Frage des opportunistischen Zurückweichens vor der Staatsgewalt und vor dem Mordfaschismus. Wir wissen, daß z.B. in Finnland solche Tendenzen zum Ausdruck kamen, daß die illegale Kommunistische Partei sich so abkapselte, daß sie die Verbindung mit den Massen verlor. Deshalb ist es notwendig, alle Tendenzen eines Zurückweichens vor der Staatsgewalt und ihren Anschlägen auf die revolutionäre Bewegung, jede Kapitulationspolitik sowie jede Abschwächung des wehrhaften Massenkampfes gegen den Faschismus von vornherein mit eisernem Besen auszufegen. Ein dritter Hauptpunkt ist der Opportunismus bei Streiks. Hier will ich nur ein Beispiel aus dem Ruhrkampf erwähnen. Auf einer Schachtanlage erklärte der Betriebsratsvorsitzende, der ein Parteigenosse war, am dritten Streiktag den Bergarbeitern, er sei sich klar, daß er damit gegen die politische Linie seiner Partei verstoße, aber er empfehle doch die Rückkehr in den Betrieb. Der Erfolg war natürlich eine Abbröckelung der Streikfront.
Auf der anderen Seite gibt es natürlich neben den rechtsopportunistischen Fehlern auch sogenannte „linke“ Fehler. Nehmen wir z.B. Ostpreußen. Dort finden wir in der Presse eine

nicht richtige Behandlung in verschiedenen Artikeln zur Frage der Landarbeiter. Man stellte dort eine Zeitlang zu isoliert in den Vordergrund die Organisierung des Roten Landarbeiterverbandes und nicht die entschiedene Vorbereitung der Kampfaktion der Landarbeiter gegen ihre Ausbeuter. Die ostpreußischen Genossen stellen die Frage umgekehrt als es richtig ist. Sie sagen: erst Schaffung des Verbandes, dann Kampf der Landarbeiter. Was für Illusionen! Besonders in der stärksten Mobilisierung und der Durchführung des Kampfes der Landarbeiter entsteht ja erst recht und weit mehr die Grundlage für die Organisierung und den Ausbau des roten Verbandes.
Oder nehmen wir eine andere Frage: in Schlesien war bekanntlich besonders stark die Hochwasserkatastrophe. Die Partei griff mit einer Reihe entscheidender Anträge im Preußischen Landtag ein. Aber wie fand das seinen Niederschlag in unserer schlesischen Zeitung? Daraus hätte man eher schließen können, daß die kommunistischen Anträge von der Brüning-Regierung berücksichtigt wurden, als daß wir die Helfenden waren. Diese Frage war den Genossen offenbar nicht „hochpolitisch“ genug.
Oder noch ein anderes Beispiel. In Berlin die Tatsache des Remarque-Films, bei welcher Gelegenheit die Nazis eine große Mobilisierung ihrer Anhänger versuchten. Wir haben leider in dieser Frage eine schwache und keine offensive Stellung eingenommen. Wir haben die Bedeutung einer solchen verhältnismäßig „unpolitischen“ Frage vom Standpunkt des Lebens der Massen einfach unterschätzt.
Oder nehmen wir die Brüning-Reise, die vielfach von den Massen gestört wurde, wo bekanntlich ein Betriebsratsmitglied, der Genosse Becker, der unserer Partei angehört, in einer offiziellen Sitzung in Schlesien plötzlich aufstand und gegen die Hungerregierung Brüning, im Beisein von Brüning und seinen eingeladenen Gästen, das Wort ergriff und seine Politik aufs schärfste anprangerte. Von unseren Redakteuren wurde diese Sache nur ein einziges Mal und dabei noch nebensächlich beleuchtet. Die Nazis hätten von solch einer Angelegenheit, längere Zeit gelebt, wir begnügen uns mit der „bescheidenen“ einmaligen Wiedergabe. Und doch war es ja eine wirklich interessante und seltene Tatsache: Brüning sagt, es sei nicht richtig, wenn im deutschen Volke die Behauptung aufgestellt werde, sein Kabinett sei eine Hungerregierung - bei diesen Worten steht plötzlich ein Kommunist auf und hält eine scharfe Anklagerede gegen die Hungerregierung Brüning, bis er von der Polizei unter Führung eines Offiziers dort herausgeschleift wird. Aber unsere Redakteure fühlen nicht den Widerhall dieses Vorfalls bei den Massen und sie verzichten deswegen auf die Popularisierung dieses Falles.
Diese Beispiele ließen sich noch beliebig vermehren. Wenn wir z.B. unsere Presse zur Hand nehmen, finden wir bisweilen, glücklicherweise selten, unglaubliche Entgleisungen, auch in ideologischer Hinsicht, wo sich eine direkte Verbürgerlichung bei vereinzelten Genossen leider bemerkbar macht.
Noch einige zusammenfassende Bemerkungen über den Charakter der opportunistischen Abweichungen. Ich nannte schon die gegenwärtig entscheidende Abweichung, das Zurückweichen vor dem Mord-Faschismus. Das zweite ist der noch starke Gewerkschaftslegalismus und die ungenügende selbständige Rolle der roten Betriebsräte. Eine dritte Frage ist unsere Arbeit in den Parlamenten, wo wir viel stärker der revolutionären Entwicklung Rechnung tragen müssen. Und zuletzt das Problem, daß wir die gewisse innere Passivität und falsche Bescheidenheit angesichts unserer großen Aufgaben überwinden und stärker und leidenschaftlicher als die Partei des herannahenden Sieges in Erscheinung treten.

Neue Kaders, neue Funktionäre!

Einiges noch zur Frage der organisatorischen Probleme, die vor der Partei stehen. Welches sind die Hauptmängel? Von entscheidender Bedeutung für die Durchführung unserer Politik sind die Betriebszellen. Die schnellste Inangriffnahme der Gründung neuer Betriebsgruppen,

Aufrichtung und die Erweiterung unserer Betriebszellen durch neue revolutionäre Elemente aus den Betrieben und die politische Belebung der Arbeit unserer Betriebszellen und ihrer Leitungen steht als erste und notwendigste Aufgabe vor der Gesamtpartei. Der Ausbau des Vertrauensleutekörpers und der Funktionäre der RGO in den Betrieben muß energisch in Angriff genommen werden. Ein zweites Problem ist das zu langsame Wachstum und die noch immer ungenügende Stärke der RGO und der neuen roten Verbände. Eine dritte Frage die ganz unbefriedigende Auflagenziffer unserer Parteipresse. Viertens die Verdoppelung unserer Mitgliederzahl vom August 1930 bis zum 1. April 1931, bei stärkster Orientierung auf die Gewinnung neuer Mitglieder aus den wichtigsten Betrieben in ganz Deutschland. In allen diesen Punkten müssen wir ohne Zweifel mit offener bolschewistischer Selbstkritik die Ursachen aufdecken, um diese Schwächen möglichst schnell und intensiv zu liquidieren. Andererseits steht auch die Frage unseres Funktionärsapparates, die Verbesserung der Leitungen in der Gesamtpartei. Hier ist ein äußerst wichtiges Problem die Zusammensetzung der Partei in bezug auf die Verankerung in den entscheidenden Großbetrieben. Dem allgemeinen günstigen Aufstieg der Partei steht eine völlig ungenügende Zahl unserer Betriebszellen und ein mangelndes politisches Leben in den Betriebszellen gegenüber. Man muß das überall so offen und so kraß stellen, wenn wir ernsthaft daran gehen wollen, endgültig diese große Schwäche in unserer Partei zu überwinden.

Mit den wachsenden Aufgaben und den höheren Anforderungen, die an uns gestellt werden, kommen wir mit den jetzigen Kaders, mit den bisherigen führenden Funktionären unserer Partei nicht mehr aus. Wir müssen dafür sorgen, daß jeder Genosse seine Pflicht erkennt, wenn neben ihm ein anderer, aktiver Genosse auftaucht, der vielleicht sogar stärkere Fähigkeiten besitzt als er selbst, diesen Genossen auch individuell in seiner Entwicklung zu fördern und nicht etwa zurückzuhalten, wie es des öfteren leider geschieht. Unsere Genossen müssen viel mehr ideologische und auch individuelle Hilfe von unseren Leitungen erhalten. Mit der Hebung des allgemeinen theoretischen Niveaus werden wir einen stärkeren Zuwachs an neuen, reiferen Elementen bekommen.

Dazu noch eine praktische Frage. Wir haben an den wichtigsten Stellen, wenn auch nicht überall, das System, daß die neuen Mitglieder noch kein Parteibuch bekommen, sondern nur Karten. Erst nach einem Jahr erhält das neue Mitglied sein Parteibuch. Ist diese Methode richtig? Ich bin überzeugt, daß sie ein schwerer Fehler ist. Eine solche äußerliche Kennzeichnung der neuen Mitglieder kann eine wirkliche politische Kontrolle doch nicht ersetzen, aber man teilt die Partei dadurch in zwei Arten von Parteigenossen. Selbstverständlich haben die neuen Genossen das Bedürfnis, daß das Jahr möglichst schnell herum ist, damit sie ihr Parteibuch bekommen. Es ist unbedingt notwendig, mit diesem veralteten Gebrauch sofort Schluß zu machen. Sonst werden wir auch die wichtigen Aufgaben der Massenwerbung, die vor uns stehen, keineswegs lösen können.

Vor uns steht die Aufgabe der Verdoppelung der Mitgliederzahl der Partei und des Kommunistischen Jugendverbandes, bei gleichzeitiger Überwindung der Fluktuation, Erhöhung der Gesamtauflage der Presse, stärkste Förderung der Betriebszeitungen und der revolutionären Gewerkschaftspresse. Ich bin sicher: Die Partei ist stark genug, diese Aufgabe zu lösen!

Politischer Massenstreik

Der politische Massenstreik ist für die jetzige Etappe der Entwicklung die entscheidende Kampfmethode des Proletariats. Aus welchem Anlaß ein politischer Massenstreik entfesselt wird, dafür lassen sich keine Normen und feste Regeln aufstellen. Er kann aus wirtschaftlichen Streiks erwachsen. Aber er kann ebenso gut einen unmittelbar politischen Anlaß haben, wie das Danziger Beispiel jetzt, der Streik nach dem Kapp-Putsch seinerzeit und vieles andere lehrt. Wirtschaftliche Streiks, deren politischen Charakter wir ins Bewußtsein

der Massen heben müssen, bereiten den Boden für große politische Massenstreiks vor. Wir müssen alles daran setzen, die Massen für diese wuchtige, heute ausschlaggebende Waffe des politischen Massenstreiks zu erziehen.
Ein entscheidendes Problem ist selbstverständlich bei der heutigen Situation und den Perspektiven der revolutionären Entwicklung die Wehrhaftmachung des Proletariats. Hier stehen die allergrößten und neue Aufgaben vor der Partei. Unsere Klassenfeinde helfen uns dabei. Wenn Severing seine Worte von den „härteren Waffen" als Drohung gegen die Arbeiterklasse schleudert, wenn Hitler und Goebbels ankündigen, daß sie „Köpfe rollen lassen" wollen, so zeigen diese Äußerungen dem Proletariat am besten, was ihm blüht, wenn es nicht wehrhaft sich selbst zu schützen und seine Todfeinde zu überwinden vermag. Die Arbeiter erklären heute schon: Wir lassen uns nicht mehr schlagen! Diese Stimmung ist besonders stark gegenüber dem Mordfaschismus. Die KPD schafft eine Sicherheit und Festigkeit der Arbeiter im Kampfe gegen den Faschismus und stößt dabei auf die Zustimmung der breitesten Massen. Heute ist die Empörung im Proletariat schon so groß, daß man fast sagen kann: Wenn die KPD diesen Kampf vernachlässigen wurde, würden die Massen ihrerseits spontan dazu übergehen, auf jede neue faschistische Bluttat mit antifaschistischen Strafexpeditionen zu antworten.
Genossen, die großen historischen Aufgaben, die vor uns stehen, belasten uns mit gewaltiger Verantwortung. Man muß überall auf die Stimme der KPD hören! Dafür genügt nicht allein eine richtige Politik, nicht allein die beispiellose einheitliche Geschlossenheit unserer Partei, sondern auch die stärkere Verantwortung des einzelnen Kommunisten in den proletarischen Massen gewinnt immer mehr an Bedeutung. Die innere politische Festigung, die Autorität der Partei von unten bis oben bedeutet auch politische Festigung, Vertrauen und Autorität nach außen unter den Massen. Die Beschleunigung der revolutionären Entwicklung hängt in erster Linie von uns ab. Dabei geht es nicht nur um das Interesse der deutschen Arbeiter, sondern auch um die Fragen der Kommunistischen Internationale und der Verteidigung der Sowjetunion.
Die KPSU zeigt im Ringen und Siegen des sozialistischen Aufbaues dem ganzen Weltproletariat heroische Leistungen. Ihr historisches Werk muß ein vorwärtstreibendes Vorbild auch bei der inneren Mobilisierung unserer Reihen sein. Wir erklären unsere unverbrüchliche Solidarität mit der Tagung und den Beschlüssen des ZK und der ZKK der KPSU. Wir begrüßen ihre Beschlüsse gegen die Rechten wie gegen den Block Szyrzow-Lominadse. Die Einheit der WKP stählt unsere Einheit. Unsere Erfolge sind auch ihre Erfolge. Ihr grandioser sozialistischer Sieg fördert unseren Sieg. Diese leninistische Verbundenheit mit der KPSU spiegelt lediglich unsere bolschewistische Klassenlinie wider, die die beste Garantie und die unerläßliche Voraussetzung für die siegreiche Erfüllung unserer revolutionären Aufgaben ist.

Das Schlußwort des Genossen Thälmann

Genossen! Ich möchte im Schlußwort zunächst bezüglich des Charakters unserer heutigen ZK-Sitzung auf 3 Punkte hinweisen. Da ist vor allem die Tatsache der Anwesenheit verschiedener Vertreter von anderen Sektionen der Komintern auf unserer ZK-Sitzung. Diese Tatsache und die Worte der politischen Solidarität, Verbrüderung und Verbundenheit auch in allen Fragen unserer Generallinie, die der führende Genosse von der KP Frankreichs gesprochen hat, sind die beste Bestätigung dafür, daß die Sitzung unseres Zentralkomitees nicht nur eine deutsche, sondern eine internationale Bedeutung im Rahmen der Komintern hat. Eine solche enge Verbindung der deutschen Partei mit den Sektionen der anderen kapitalistischen Länder ist zugleich eine Vorbedingung für eine erfolgreiche und internationale Durchführung der großen Aktionen und Kämpfe, die die Komintern in der ganzen Welt betreibt.

Ein zweiter Punkt, auf den ich hinweisen möchte, ist die Tatsache der regen Diskussion in der jetzigen Tagung des ZK. Wenn allein 51 Redner in der Diskussion zu den politischen Problemen und Aufgaben gesprochen haben, Ergänzungen und Verbesserungen - auch einige Unklarheiten - sich in dieser Diskussion ergaben, so zeigt das den weiteren Fortschritt der Gesamtpartei. Ich möchte vor allem auf die Diskussion am heutigen Tage hinweisen, die viel dazu beigetragen hat, die politische Problemstellung zu vertiefen und die Partei vorwärts zu bringen.

Der dritte Punkt bezieht sich auf unsere vorgelegte Resolution, zu der eine Reihe von Genossen verschiedene Verbesserungsanträge eingebracht haben. Es sind bei diesen Anträgen auch einige, auf die wir nicht eingehen wollen.

Nun, Genossen, zu einigen Problemen, die im Schlußwort behandelt werden sollen. Da ist einmal die Frage der bolschewistischen Selbstkritik. Gestern, wo in der Mehrzahl die Genossen Sekretäre aus den Bezirken gesprochen haben, wurde in der Diskussion die Selbstkritik an den Mängeln und Schwächen der Arbeit der einzelnen Bezirke in den Vordergrund gestellt. Das müssen wir begrüßen. Aber es genügt noch nicht. Denn die Konsequenz aus dieser Erkenntnis der Mängel muß eben sein, daß die Genossen darüber hinaus Vorschläge zur Verbesserung aufzeigen. Über Selbstkritik lamentieren, ohne die Konsequenzen daraus zu ziehen, das ist noch keine Selbstkritik, die im Sinne der Erziehung und Weiterentwicklung der Partei fördernd wirkt. Darüber hinaus muß man besonders darauf aufmerksam machen, daß wir hier im Zentralkomitee uns nicht darauf beschränken können, die einzelnen Bezirksprobleme zu behandeln, sondern daß jeder Genosse sich bemüht, über die großen und ernsten Probleme mehr nachzudenken und dadurch der Gesamtpartei eine größere politische Hilfe erweist. Ich verzichte, auf alle aufgeworfenen Bezirks- und Diskussionsfragen einzugehen. Nur einige wesentliche Punkte will ich beantworten.

Zuerst zu der Diskussionsrede des sächsischen Genossen. Mich erinnerte sie an folgendes Bild: Ein Reiter, der im Trab auf eine Hürde lossteuert und dem plötzlich, sobald er vor dem Hindernis ankommt, einfällt, es ist besser, um die Hürde herumzureiten, da man dann nicht herunterfallen kann. Der sächsische Genosse selbst ist unbeschädigt, aber alles andere ist Opportunismus. Es ist unmöglich, die Schwächen und Mängel und einzelne Fehler mit dem Argument verdecken und entschuldigen zu wollen, in ganz Sachsen herrsche der Opportunismus. Damit beleidigt man die Funktionäre und Arbeiter in Sachsen. Damit knüpft man an die rückständigsten Elemente in der Partei an. Zweifelsohne hat die Vergangenheit für die Entwicklung in Sachsen eine bestimmte hindernde Einwirkung. Aber das gilt genauso für Thüringen, Württemberg, Halle-Merseburg, wo es trotzdem schneller vorwärts geht.

Ich will nur drei Fragen hervorheben, in denen wir einen Tempoverlust in Sachsen zu verzeichnen haben: In erster Linie ist es der ungenügende prinzipielle und methodische Kampf gegen die „linke“ SPD. In Leipzig z.B. konnte der Entwicklungsprozeß der sogenannten „linken“ SPD zur absoluten und bedingungslosen Stütze der offiziellen Führung der SPD sich vollziehen, ohne daß eine große Rebellion in der Mitgliedschaft eintrat. Die „linke“ SPD-Führung konnte ihre bedingungslose Kapitulation vor dem Parteivorstand vollziehen, ohne große Schwierigkeiten in ihren eigenen Reihen.

Die zweite Frage ist, daß es in der Arbeit der RGO lange nicht rasch genug vorwärts geht und wir große Versäumnisse feststellen müssen. Die aufgetürmten Schwierigkeiten sind schnellstens zu beseitigen.

Der dritte Punkt, die eigentliche Kernfrage ist folgende: Wir hatten früher 3 Bezirke, Leipzig, Dresden, Chemnitz, die wir zu einem Bezirk zusammengelegt haben. Zwar ist eine ziemlich einheitliche Struktur in ganz Sachsen vorhanden, was unseren Schritt wesentlich erleichterte. Aber wenn keine kollektive Leitung die Führung des neuen Großbezirks in der Hand hat, dann kann auch nicht eine wirkliche Zusammenschweißung der 3 Bezirke vollkommen durchgeführt werden. Deshalb werden wir in Sachsen, obwohl unsere Kräfte sehr rar sind, in kameradschaftlicher Weise eine Verstärkung der gesamten Arbeit vornehmen müssen.

Das Problem, das von einem anderen Diskussionsredner aus dem Saargebiet angeschnitten wurde, ist für die ganze Partei wichtig und lehrreich. Welches ist unsere Haltung in der Frage des Verhältnisses von Saargebiet und Deutschland? Wie schätzen wir das Saargebiet ein? Bei unserer prinzipiellen Haltung gegen den Versailler Vertrag ist es völlig klar: dies ist für uns kein von Deutschland abgetrenntes Land. Es ist vielmehr besetztes Gebiet, wobei die Art der Besetzung unter der Völkerbundherrschaft besondere Formen annimmt.

Es ist also nicht die gleiche Fragestellung wie bei den abgetrennten deutschen Minderheitsgebieten Südtirol, Polnisch-Oberschlesien oder im Polnischen Korridor. Es ist gar kein Vergleich zu ziehen mit Elsaß-Lothringen. Unsere aktuellen Losungen für das Saargebiet müssen deshalb eindeutig lauten: „Fort mit allen Unterdrückungsmaßnahmen und Schranken des Versailler Raubfriedensvertrages!“ und Verbindung dieser Losung auf Entfernung der Völkerbundsregierung mit der Aufgabenstellung, ein Sowjet-Deutschland zu errichten.

Die Genossen im Saargebiet, die zum Teil vor einer solchen leninistischen Fragestellung zum nationalen Problem zurückschrecken, haben Besorgnis, in eine Einheitsfront mit SPD oder Bourgeoisie zu kommen. Aber das ist unmöglich, wenn man im Saargebiet vor dem dortigen Proletariat die Fragen des gesamten revolutionären Klassenkampfes, wie sie für ganz Deutschland stehen, ebenfalls mit genügender Klarheit und in aller Schärfe aufrollt. Die Bedenken, wie sie ein Genosse aus dem Saargebiet hier äußerte, erinnern an die gleichen Tendenzen, wie sie sich gegenüber unserem Programm der nationalen und sozialen Befreiung vereinzelt äußerten. Auch damals lagen die Bedenken in der gleichen Linie des Unverständnisses für die leninistische Stellung zur nationalen Frage und für die Gesamtsituation in Deutschland. Es ist klar, daß wir hier noch ideologische Schwächen zu verzeichnen haben, die schnell überwunden werden müssen.

Von den bayerischen Genossen, die über die dortigen besonders verschärften Methoden der Konterrevolution gesprochen haben, möchte ich sagen, daß sich hier zum Teil einige Schwächen gezeigt haben, so als ob die Genossen ein wenig versäumen, die große lebendige Kraft und Siegeszuversicht, allen Schikanen und Terrormethoden zum Trotz, energischer noch im Proletariat zu wecken.

Der Genosse aus Ostpreußen sagte gestern: Man habe dort keine genügenden Kräfte im Bezirk für Schulungsarbeiten und könne nur durch Kurse neue Funktionäre bekommen. Demgegenüber möchte ich feststellen, daß nicht die Kurse die entscheidende Frage für die Heranbildung neuer Funktionäre sind, sondern die Heranziehung zur Parteiarbeit; und nur in der praktischen revolutionären Arbeit vor immer neue, größere Aufgaben gestellt, kann sich ein Genosse zu einem brauchbaren und befähigten Funktionär entwickeln. Im revolutionären Kampfe erzieht man die Massen und entwickelt ihre Qualitäten. Andererseits gehört dazu auch eine gewisse Rationalisierung unserer Parteiarbeit, damit unsere Genossen Zeit und Gelegenheit bekommen, bei ihren praktischen Erfahrungen auch ihr theoretisches Niveau zu heben und sich immer mehr Wissen anzueignen. Bei dieser Entwicklung steht dann natürlich auch die Frage der Kurse, zu denen auch außerhalb der Partei stehende Arbeiter hinzugezogen werden können.

Ein paar Worte zur Frage des Mittelstandes, zu der gestern mehrere Genossen sprachen. Die Frage des Privateigentums ist beim Mittelstand eine Hauptfrage. Er hat das Gefühl und denkt, wenn die Arbeiterklasse ans Ruder kommt, dann ist es aus mit seiner individuellen Existenz, er glaubt, er verliert seine Kommode, seinen Hund, seinen Geldbeutel usw. Das ist für ihn das Wichtigste. Hier müssen wir eine richtige, offene, ehrliche, revolutionäre Agitation zu treiben verstehen, die an die eigenartige Ideologie dieser Menschen anknüpft. Der Monopol-Kapitalismus treibt sie zu hunderttausenden immer mehr zur Proletarisierung. Sie bilden sich heute zum größeren Teil ein, daß andere Kreise, wie z.B. die Faschisten, sie retten könnten durch das sogenannte „Dritte Reich“. Sie glauben, dann geht es los, dann ist es aus mit dem „Marxismus“ und dann sind sie dran, ein besseres Leben fristen zu können. Sie glauben das um so mehr, weil die Faschisten von Beseitigung der Korruption, der Brechung der

Zinsknechtschaft, Aufhebung der Warenhäuser usw. schwätzen und reden. Wir müssen beginnen, ihnen klar zu machen, daß die Krise des Kapitalismus, die auch eine faschistische Herrschaft niemals beseitigen kann, sie noch weiter in den proletarischen Strudel in Massen hineinschleudert. Wir müssen ihnen Zeigen, daß sie durch den fortgesetzten Lohnabbau der Millionen, durch die chronische Millionen-Erwerbslosigkeit, durch das Sinken der Massenkonsumkraft und durch erhöhte Steuerausgaben ihrerseits in ihrer Existenz heute schon bedroht sind, nicht mehr das haben, was sie zum Leben gebrauchen und im kapitalistischen System zugrunde gehen. Wir müssen ihnen schließlich aufzeigen den Übergang von der jetzigen bankrotten kapitalistischen Gesellschaftsordnung zum Sozialismus, als den neuen gewaltigen Fortschritt der menschlichen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Dabei müssen wir dem Mittelstand ganz klar sagen, daß wir auch in Deutschland durchaus nicht im ersten Stadium der proletarischen Diktatur die selbständigen Mittelstandsexistenzen aufheben können, daß es aber mit dem Fortschreiten der sozialistischen Entwicklung für sie keinen Rückschritt, sondern eine freiheitliche Aufwärtsentwicklung bedeutet, wenn sie, statt sich unter dem Kapitalismus mit vielen Sorgen mühselig hinterm Ladentisch abzuquälen, im Lande des Sozialismus in den großen Betrieben und Unternehmungen und in den höchsten Staatsorganen durch eigene Arbeit und Leistung einen Weg bahnen. Denn unter dem Sozialismus steht wirklich der Weg offen und frei, sich emporarbeiten zu können, so daß vielleicht aus einem kleinen „selbständigen“ Kaufmann, der knapp sein Leben fristet, der Generaldirektor eines großen Sowjetunternehmens werden kann. Dann entscheidet nicht mehr der Geldsack wie heute, sondern die qualitative Fähigkeit des einzelnen und des ganzen Volkes. Die Vernichtung hunderttausender kleiner Bauernexistenzen durch die Agrarkrise und durch den Kapitalismus stellt uns vor eine ähnliche revolutionäre Fragestellung bei den Millionen Kleinbauern.
Nun, Genossen, zu den wichtigsten in der Diskussion gestellten politischen Problemen. Ich möchte dazu voranschicken ein Zitat aus dem gestrigen Artikel des Professors Dr. Hoetzsch in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Dort heißt es:

„Aber ohne Zweifel ist weithin in der Welt das Vertrauen wankend geworden, ob der Kapitalismus und die kapitalistischen Staaten die Wege aus der Krise finden werden. Je tiefer sie frißt, um so stärker wird die psychologische Bereitschaft für (man mag sich darunter das verschiedenste vorstellen) den Sozialismus.“

Ich möchte daneben stellen ein zweites Zitat aus einer Erklärung des Erzbischofs Kordak in Prag. Er sagt:

„Der arme Mann befindet sich heute in der Gewalt der Ausbeuter, die es nicht anerkennen wollen, daß auch der Ärmste das Recht aufleben, auf Brot, auf Kleidung und auf die Familie hat. Wer kann es heute den Armen sichern, daß ihre Kinder etwas zu essen haben, daß sie nicht genauso Hunger leiden wie die Armen heute Hunger leiden? Wir leben in der Zeit der historischen Wende, wie es sie seit der Zeit der Völkerwanderung, durch die die griechisch-römische Welt zerschlagen wurde, nicht gegeben hat. Damals entstand aus dem Meer des Blutes das Christentum. Oftmals entstehen große Ereignisse aus blutigen Konflikten. Die Möglichkeit solcher Konflikte ist aber immer in einer menschlichen Gesellschaft vorhanden, die am Höchstpunkt der Zuspitzung ihrer Antagonismen angelangt ist... Unsere Zeit ist reif für die Weltrevolution. Wenn nicht die Regierenden und die Kapitalisten die Gesetze des Christentums annehmen, wird das rote Meer der Flammen die Welt verwüsten.“

Diese Äußerung des Bischofs Kordak ist eine vernichtende Anklage gegen den Kapitalismus. Die Nazis stellen die Frage des „Dritten Reiches“. Dieser Erzbischof die Frage der Gesetze „des Christentums“ und wir allein nur können eine reale Lösung aufzeigen: Das Beispiel der grandiosen Entwicklung in der Sowjetunion. In diesen Eingeständnissen von bürgerlicher Seite über die schwere Krise des kapitalistischen Systems zeigt sich schon der tiefe Pessimismus und welche großen Möglichkeiten für uns bestehen, wenn wir mit unserer

revolutionären Ideologie und mit einer genügenden offensiven Initiative leidenschaftlicher und kühner an die Massen herangehen.
Einige Bemerkungen zur Frage des Faschismus. In der Diskussion zu diesem Problem ergaben sich einige Unklarheiten. Ich will deshalb aus unserer Resolution die beiden entscheidenden Stellen vorlesen. Es heißt dort:

„Die Diktatur des Kapitals stößt dabei auf den immer stärkeren und hartnäckigeren, massenhafteren und erbitterteren Widerstand der Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei, der schon im gegenwärtigen Moment ein entscheidendes Hindernis auf dem Wege der Verwirklichung der faschistischen Diktatur ist."

Und an einer anderen Stelle heißt es:

„Die Regierung Brüning, die die letzten revolutionären Errungenschaften von 1918 abbaute, die Weimarer Verfassung Stück für Stück außer Kraft setzt, das Parlament ausschaltet und sich zum Vollzugsorgan der wütenden Unternehmeroffensive auf die Lebenshaltung des Proletariats, der Angestellten, Beamten und aller werktätigen Massen macht, ist zur Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur geworden."

Das sind die offiziellen wichtigsten Formulierungen, die wir festlegen wollen. Es ist klar, daß wir damit zu einer konkreten und richtigen Analyse der heutigen Lage kommen.
Ich sagte schon im Referat, daß das besondere charakteristische Merkmal an der heutigen Lage in Deutschland bezüglich der faschistischen Entwicklung darin besteht, daß auf der einen Seite die Regierung, die die entscheidenden Teile des Finanzkapitals repräsentiert und vom Zentrum geführt wird, mehr und mehr faschistische Herrschaftsformen anwendet, auf der anderen Seite die eigentliche faschistische Massenpartei, die Nationalsozialisten und Hugenberg, sich außerhalb der Regierung, ja in einer gewissen mehr oder weniger „radikalen" Scheinopposition zur Regierung befindet. Diese Scheinopposition kann vielleicht in den nächsten Monaten noch schärfere Formen annehmen, denn unzweifelhaft braucht die Bourgeoisie gegenwärtig wegen der Tarife für sechs Millionen Arbeiter, die allein vom 1. Februar bis zum 31. März ablaufen, und aus außenpolitischen Gründen, im Hinblick auf eine deutsch-französische Verständigung und Kredite Frankreichs für Deutschland, eine weit stärkere Heranziehung und Unterstützung der SPD. Das aber schließt einen gewissen Verzicht, wenn auch vorübergehend, auf die offizielle Bindung der Nationalsozialisten an die Regierung in sich. Bedeutet das, Genossen, daß die Nationalsozialisten in der Praxis die Brüning-Regierung, die Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur etwa ernsthaft bekämpfen? Im Gegenteil: Ihr dauernd verschärfter blutiger Terror gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung ist eine unmittelbare Hilfsaktion für die Brüning-Diktatur und für die Kapitalsoffensive im jetzigen Youngdeutschland. Aber äußerlich, in ihrer Agitation und Propaganda, in ihrem Auftreten in den Parlamenten und draußen in Versammlungen dürfen sich die Faschisten oppositionellere Worte erlauben. Selbstverständlich verbergen sich hinter den Vorgängen einer wechselseitigen Ausnutzung der Nazis und der Sozialdemokratie seitens der Bourgeoisie auch gewisse Strömungen im Lager des Finanzkapitals, die gegeneinander operieren. Es ist ja bekannt, daß jene entscheidenden Teile des Finanzkapitals, die auf französische Rüstungsaufträge spekulieren und deshalb jetzt für die deutsch-französische Verständigung schwärmen, unter der Führung des Herrn Bosch von der IG-Farbenindustrie, aber auch unter Teilnahme von Vogler und anderen rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen gegen jede Hineinnahme der Nazis in die Reichsregierung sind und damit momentan auch nicht besonders stark drängen auf eine Sprengung der Preußenkoalition. Andererseits wissen wir, daß der Industrielle Fritz Thyssen, der Stahlhelmmann, der stärkste Anhänger eines Sturzes der Brüning-Regierung und ihrer Ersetzung durch eine Hugenberg-Regierung mit Naziministern ist, wobei eventuell Brüning als Minister in dieser Regierung mitwirken soll.

Gegenwärtig herrschen jedoch naturgemäß jene Strömungen vor, die die Brüning-Diktatur erhalten, ausbauen und verstärken wollen, ohne den Nazis größere Konzessionen zu machen. In diesem Zusammenhang muß man auch verstehen, warum in Preußen seitens der Rechtsparteien nicht die Hitlerpartei, sondern der Stahlhelm beim Volksbegehren für Landtagsauflösung vorgeschickt wird. Unsere Stellung gegenüber einem solchen Volksbegehren ist klar:
Wir können selbstverständlich nicht mit den Faschisten gegen die Preußenregierung ein gemeinsames Volksbegehren durchführen. Wir können ebensowenig dulden, daß bei der Arbeiterschaft Illusionen über die Preußenregierung als „kleineres Übel" bestehen, oder daß die Arbeiter auch nur einen Finger krumm machen, um die Braun-Severing-Regierung, diesen Hort der finsteren Reaktion, in Deutschland zu erhalten. Wir lassen uns weder in eine Hilfsstellung für die Braun-Severing, noch für die Hugenberg-Hitler drängen. Und wir können drittens am allerwenigsten eine Politik der Passivität betreiben. Das alles sind Selbstverständlichkeiten. Notwendig ist deshalb, daß wir eine klare offensive Frontstellung gegen den Faschismus und gegen die Koalitionspolitik beziehen. Eine Kampfes-Frontstellung gegen die faschistische Reaktion und ihr Volksbegehren einerseits und gegen die Preußenregierung der Braun und Severing andererseits. Auf dieser Linie müssen wir die Initiative in unsere Hand nehmen und uns an die Spitze einer wuchtigen Volksbewegung stellen. Eine solche Volksbewegung gegen Faschismus und Preußenregierung wird zugleich für die gesamte Praxis unserer Parteiarbeit der rote Faden sein, auf den wir uns in allen Fragen und auf allen Gebieten zu orientieren haben. Gewissermaßen der Gesamtplan für unsere revolutionäre Arbeit. Damit finden wir auch praktisch das konkrete Kettenglied, um entsprechend unserer heutigen Resolution unsere revolutionären Aufgaben erfüllen und die Entwicklung vorantreiben zu können. Wir stellen in der Resolution die Losung „Volksrevolution" als strategische Hauptlosung. Wenn wir eine solche strategische Orientierung haben, brauchen wir auch in der Praxis bestimmte konkrete Aktionen, die dieser strategischen Orientierung entsprechen, die uns vorwärts bringen in der Entwicklung, so daß wir uns dem Punkt nähern, wo die strategische Hauptlosung zur Aktionsaufgabe werden kann. Das ist die Beziehung, in die wir diese Volksbewegung gegen Faschismus und Preußenregierung, unsere Antwort auf das Volksbegehren der Reaktion, zu unseren großen strategischen Aufgaben bringen müssen.
Wenn man völlige Klarheit darüber hat, daß die Losung der Volksrevolution heute keineswegs schon eine Aktionslosung sein kann, so muß man einigen Auffassungen entgegentreten, wie sie der Genosse Kr. in der Diskussion geäußert hat. Ich habe mich schon im Referat mit dem Artikel des Genossen Sepp in der „Internationale" auseinandergesetzt. Eine gewisse gleichmäßige Behandlung mit diesem Artikel ist auch in den gestrigen Ausführungen des Genossen Kr. festzustellen. Es heißt dort nach dem Protokoll:

„In diesem Zusammenhang stellen wir die Frage der Volksrevolution, der Herstellung eines Bündnisses mit allen Werktätigen und ausgebeuteten Schichten mit der Frage der neuen Kampfesformen und Kampfesorganisationen, die der gesteigerten revolutionären Bewegung entsprechen... Ich glaube, daß in diesem Zusammenhang die Frage der Delegiertenbewegung nicht genügend scharf gestellt ist. Die Delegiertenkonferenz wird hier gestellt im Zusammenhang neuer Formen der proletarischen Einheitsfront, dort, wo die Frage gestellt ist der Förderung der Zersetzung der SPD. Meiner Meinung nach sollte die Frage gestellt werden bei den Hauptaufgaben der Partei, wo die Rede ist von der Volksrevolution und der Steigerung der Massenstreikbewegung. Ich denke, daß die politische Delegiertenbewegung die Bedeutung haben sollte, die Einzelaktionen aller Schichten unter Führung des Proletariats zum revolutionären Massenkampf gegen die faschistische Diktatur zusammenzufassen."

Genossen, hier ist eine falsche Fragestellung vorhanden und wir müssen versuchen, völlige Klarheit zu schaffen. In der Resolution haben wir eine absolut genaue und klare Formulierung, und man kann vielleicht sagen, daß der Genosse Kr. die politische Linie der

Resolution um einige Grade verschieben will. Es ist sicherlich erlaubt, in solchen Fragen einen entgegengesetzten Standpunkt zu-äußern. Denn wenn das nicht zulässig wäre, würde es bedeuten, daß wir das ganze theoretische Niveau der Partei ersticken würden. Hier muß ein gewisser Spielraum für die Diskussion vorhanden sein. Aber andererseits ist es notwendig, die richtige Linie gegen Entstellungen zu sichern. Aus den Ausführungen des Genossen Kr. geht hervor, daß die antifaschistischen Delegiertenkonferenzen schon als allgemeine politische Delegiertenkonferenzen den Charakter von Organen der Volksrevolution annehmen sollen. Das entspricht nicht unserer Auffassung. Warum nicht?

1. Was sind die Organe der Volksrevolution? Es sind die Sowjets - und in dieser Frage kann es keine Verwässerung geben.
2. Wir haben heute noch nicht die ausgereifte revolutionäre Krise, in der die Voraussetzungen bestehen, um Sowjets oder auch nur Teile von Sowjets als Organe der Volksrevolution zu schaffen.
3. Wenn man heute trotzdem solche Organe schaffen will, so bedeutet das eine Diskreditierung dieser Organe. Haben wir das nicht in der revolutionären Geschichte schon erlebt? Absolut! Ich will nur an die Betriebsräte erinnern, die 1923-24 an die Stelle der Sowjets treten sollten, oder an die sogenannten A.- u. S.-Räte im ersten Revolutionsjahr, die auch nur die wirklichen Sowjets diskreditierten.
4. Brauchen wir bereits neue Organe oder reichen die vorhandenen Kampforgane noch aus? Wir haben die Betriebszellen der Partei, den revolutionären Vertrauensleutekörper, die Betriebsgruppen der RGO und die Betriebswehren des Kampfes gegen den Faschismus. Wir haben die anderen zeitweiligen Organe verschiedener Art. Davon sind die zugespitzteren Formen der Entwicklung die vorbereitenden Kampfausschüsse und die Streikleitungen. Für besondere Aufgaben der Verstärkung des antifaschistischen Massenkampfes die antifaschistischen Delegiertenkonferenzen und die dort gewählten Aktionsausschüsse. Dazu ist zu sagen, daß gerade die wichtigsten organisatorischen Formen, wie die Betriebswehren und vor allem der revolutionäre Vertrauensleutekörper, einstweilen noch keineswegs genügend in der Praxis ausgebaut wurden. Man kann aber nicht davon sprechen, daß bestimmte Organisationsformen schon überholt sind, solange wir sie noch gar nicht annähernd ausgeschöpft und angewandt haben. Haben wir genügend aktive Betriebswehren, Erwerbslosen- und Jugendstaffeln? Sind sie wirklich Kampf- und Massenorgane? Ist der Kampfbund gegen den Faschismus heute schon als Massenorganisation mit seinen 100000 Mitgliedern bis zum Höchstmaß entwickelt? Es ist klar, daß das alles noch nicht zutrifft. Wir haben noch eine große Arbeit vor uns. Und wie steht es mit dem revolutionären Vertrauensleutekörper in den Betrieben? Genossen, wir alle, das gesamte Zentralkomitee, müssen das Geständnis ablegen, daß wir hier seit dem Weddinger Parteitag eine schwere Vernachlässigung eines der wichtigsten Beschlüsse des Parteitages begangen haben. Heute sind die revolutionären Vertrauensleute zum Teil gleichzeitig die Funktionäre der RGO im Betrieb. Das ist unmöglich. Die revolutionären Vertrauensleute sollen Organe des politischen Kampfes der Betriebszelle sein, die über den Rahmen der Betriebszelle hinaus den ganzen Betrieb zusammenschweißen und beeinflussen. Auch hierin müssen wir von diesem Zentralkomitee aus eine entschlossene Wendung durchführen.

Selbstverständlich verfallen wir nicht in das entgegengesetzte Extrem. Wenn wir einerseits die Verschärfung der Krise sehen und die Frage stellen, daß bereits Tendenzen der revolutionären Krise entstehen, so ist es andererseits klar, daß mit einer Verschärfung der Situation mit der Durchführung von großen politischen Massenstreiks auch neue Kampforgane entstehen können, deren Charakter weitergehend sein wird als die heutigen Organe des revolutionären Klassenkampfes.

Nun zu der Frage unseres Funktionärkörpers im Betrieb. Genosse M. stellte die Behauptung auf, die revolutionären Vertrauensleute seien die Grundlage der RGO in den Betrieben. Das

ist unrichtig. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir neben der Parteizelle zwei Hauptfunktionärkörper im Betrieb haben.
Das eine ist das politische Zentrum zur Durchführung unserer Politik, die Parteizelle und über die Zelle hinaus der revolutionäre Vertrauensleutekörper. Auf der anderen Seite brauchen wir einen Funktionärkörper der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Leider ist es in den Betrieben noch nicht so, daß die RGO sich einen eigenen Funktionärkörper aufgebaut hat, sondern wir haben solche falschen Erscheinungen, daß einfach die in den Betrieben vorhandenen revolutionären Vertrauensleute der Partei nun plötzlich zu Vertrauensleuten der RGO, zu ihren Betriebsfunktionären gemacht werden sollten. Das ist selbstverständlich unzulässig. Zwischen dem Funktionärkörper der RGO im Betrieb und dem revolutionären Vertrauensleutekörper besteht ein ähnlicher Unterschied wie zwischen dem Reichskomitee der RGO und dem Zentralkomitee der Partei. Jede andere Regelung würde eine Abschwächung der Rolle unserer Betriebszellen in den Betrieben bedeuten. Als Ergänzung und Steigerung ihrer Einflußmöglichkeiten auf die Belegschaft sind ja gerade die revolutionären Vertrauensleute vorgesehen. Aus allen diesen Gründen ist eine völlige Klarheit über diese organisatorischen Probleme der Partei eine absolute Notwendigkeil.
Nun einige Worte zur RGO und zur Frage des Entstehens von parallelen roten Gewerkschaften. Ich habe im Referat bereits auf das wichtigste Zitat aus der Rede des Genossen Stalin in der Dezembersitzung des Präsidiums des EKKI 1928 hingewiesen. Das Entscheidende in diesem Zitat war der Gedanke, daß in Deutschland auch eine Entwicklung kommen kann, wo revolutionäre Gewerkschaften entstehen wie in Amerika. Heute haben wir diese Situation. Und wir müssen sagen, daß diese weitschauende Perspektive für uns nicht nur eine außerordentliche politische Befriedigung, sondern auch eine große praktische Bedeutung hat. In der Diskussion wurde die Frage aufgerollt, ob rote Verbände nur im Zusammenhang mit Wirtschaftskämpfen entstehen können, oder ob man sie auch ohne einen solchen besonderen Anlaß schaffen kann? Ich möchte dazu sagen, daß es sicherlich keine festen Regeln gibt, daß im Zusammenhang mit den Wirtschaftskämpfen, bei denen sich die reformistische Bürokratie als Organisation des Streikbruchs entlarvt, die Massen besonders stark zur Schaffung roter Gewerkschaften drängen, daß aber für uns durchaus auch andere Situationen denkbar sind, in denen die einzige Antwort auf die Spalterpolitik der Reformisten die Schaffung roter Verbände ist. Unser Kurs muß abhängig gemacht werden vom Stande der Massenmobilisierung. Deshalb hängt ein fester Kurs, entsprechend der Linie des V. RGI-Kongresses, aufs engste zusammen mit einer Verstärkung unserer Arbeit auch an der innergewerkschaftlichen Front der reformistischen Verbände.
Aber auch abgesehen von der Frage der roten Verbände müssen wir die Formulierung unserer heutigen Resolution in die Tat umsetzen, die besagt, daß die Stärkung und der Ausbau der RGO die zentrale Tagesaufgabe der Partei darstellt. Die Bescheidenheit eines Genossen, der in der Diskussion die Verdoppelung der Mitgliederzahl der RGO verlangte, grenzt an alles. Das ZK muß sich statt dessen die Aufgabe stellen, das Drei- und Vierfache an Mitgliederzahlen der RGO unter aktiver Unterstützung der Partei und der Jugend zu erzielen!
Und nun zum Schluß: Von dieser Tagung des Zentralkomitees muß eine große innere und äußere politische Belebung unserer Arbeit ausgehen. Die großen historischen Aufgaben, die vor uns stehen, zwingen uns, von dieser Tagung des ZK aus in der Gesamtpartei und unter den proletarischen Massen die Grundfragen und Aufgaben der Arbeiterklasse viel schärfer und klarer aufzurollen als bisher und die Generallinie der Partei überall durchzusetzen. An einer Stelle unserer Resolution heißt es, daß wir den Arbeitern den revolutionären Ausweg aus der Krise zeigen müssen. Der revolutionäre Ausweg - das ist der Sieg der proletarischen Revolution. •Wenn wir für diesen Sieg kämpfen, wenn wir die große historische Aufgabe, die wir auf dieser Tagung behandelt haben, lösen wollen durch unsere Kraft, durch unseren Massenkampf die revolutionäre Situation zu organisieren, dann müssen wir die notwendigen

politischen und organisatorischen Voraussetzungen dafür schaffen. So allein werden wir jene geschichtliche Phase erreichen, in der unsere Kraft stark genug ist und die
Positionen unserer Klassenfeinde so erschüttert, daß wir von den Teilforderungen und Teilaktionen übergehen können zum Kampf um den revolutionären Ausweg aus der Krise, zum Kampf für den Sieg der deutschen proletarischen Revolution!

Broschüre,
herausgegeben vom ZK der KPD,
Berlin 1931

Die KPD im Vormarsch

Zur letzten Plenartagung des Zentralkomitees
der Kommunistischen Partei Deutschlands
vom 15. bis 17. Januar 1931

I.

Vom 15. bis zum 17. Januar tagte in Berlin das Plenum des ZK der KPD. Seit den letzten Plenartagungen der deutschen Partei hat die Entwicklung in Deutschland eine Reihe von Veränderungen in der Klassensituation hervorgebracht, die der Partei bei ihrer jetzigen zentralen Tagung die Möglichkeit einer höheren Aufgabenstellung und politisch schwerwiegenderer Beschlüsse gaben als bei den früheren Sitzungen des Zentralkomitees. Welche Veränderungen waren z. B. gegenüber dem vergangenen Plenum, Ende Juli 1930, eingetreten? In großen Zügen ergeben sich die folgenden Tatsachen: die Weltwirtschaftskrise hat sich auf der Grundlage der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems verschärft. Die Hoffnungen der Bourgeoisie auf eine Erholung der amerikanischen Wirtschaft und damit eine neue Ankurbelung der Konjunktur im Weltmaßstabe oder mindestens auf einen Umschwung der Krise zur Depression, haben sich keineswegs bestätigt. Deutschland erlebt zur Zeit eine Krise, über die das amtliche Konjunkturinstitut mit Recht sagt, daß sie „von kaum jemals erlebter Schwere“ sei. Es zeigen sich selbst nach bürgerlichen Eingeständnissen „keinerlei Faktoren eines neuen Konjunkturaufschwungs“.

Die Faktoren eines Umschlagens der ökonomischen Krise in Deutschland in eine Erschütterung des politischen Überbaus, wie sie sich zur Zeit des Juliplenums des ZK der KPD 1930 bereits zeigten, sind außerordentlich gewachsen. Diese Tatsache ergab sich besonders deutlich schon bei den Reichstagswahlen, zwei Monate nach dem letzten Plenum des ZK.

Wir sehen also heute eine Reihe von Faktoren der Krise des kapitalistischen Systems auch in politischer Hinsicht. Einerseits spiegeln sie sich in dem außerordentlichen revolutionären Aufschwung wider, wie er bei den Reichstagswahlen, im Berliner Metallarbeiterstreik, beim Ruhrkampf und oberschlesischen Bergarbeiterstreik, beim politischen Massenstreik in Danzig gegen die von Nazis gestützte Regierung oder in der Welle antifaschistischer Massenkämpfe seinen Ausdruck fand, andererseits in der Antithese dieses revolutionären Aufschwungs, in den verzweifelten Anstrengungen der Bourgeoisie, einen kapitalistischen Ausweg aus der Krise zu erzwingen. Hierbei hat die Faschisierung bereits bestimmte Entwicklungsstufen erreicht, die zu einer neuen ungeheuren Verschärfung des Klassenkampfes führen.

Eine weitere weltbewegende neue Tatsache, die sich auf den revolutionären Klassenkampf in allen kapitalistischen Ländern entscheidend auswirkt, ergibt sich aus der Entwicklung der Sowjetunion, die im Verlauf der Durchführung des Fünfjahrplans in die Periode des Sozialismus eingetreten ist. Im Weltmaßstab vollzieht sich das gewaltige Ringen zwischen dem Aufstieg des Sozialismus und dem bankrotten System der kapitalistischen Profitwirtschaft. Auch dieses Ringen beeinflußt selbstverständlich in außerordentlichem Maße den Klassenkampf in Deutschland.

Faßt man alle diese Fragen zusammen, so ergibt sich schon aus diesem knappen Überblick die Bedeutung der letzten Tagung des Zentralkomitees der KPD. Vom Standpunkt der revolutionären Entwicklung geht dieser entscheidende politische Charakter unserer letzten ZK-Sitzung sogar über die beiden letzten Tagungen der deutschen Parteiführung im vergangenen Jahre hinaus. Auch jene beiden Plenarsitzungen hätten naturgemäß für die allgemeine Entwicklung der Partei und des revolutionären Klassenkampfes in Deutschland eine große Bedeutung. Im März 1930, im Anschluß an das Erweiterte Präsidium des EKKI, benutzte die Parteiführung die Sitzung des Zentralkomitees, um mit ernster und umfassender

bolschewistischer Selbstkritik einer ganzen Reihe von Schwächen und Mängeln der Parteiarbeit, ja auch gewissen ernsten politischen Fehlern zu Leibe zu gehen, die sich im Widerspruch mit der Linie des *Weddinger Parteitages* in der praktischen Arbeit der Partei herausgebildet hatten. Die Überwindung dieser Schwächen war eine Voraussetzung dafür, daß die Partei mit der Verschärfung der Krise in Deutschland und dem beginnenden revolutionären Aufschwung Schritt halten und einen gewissen Tempoverlust, der sich auf manchen Gebieten der revolutionären Arbeit herausgebildet hatte, ausgleichen konnte. Das folgende Juliplenum des ZK der KPD fand einen Tag vor der Auflösung des alten Reichstages durch die Regierung Brüning statt. Die revolutionäre Massenmobilisierung im Kampf für die soziale und nationale Befreiung des deutschen Volkes, im Kampf gegen die Fesseln des räuberischen Young-Plans, die auf der damaligen Plenartagung des Zentralkomitees einen kraftvollen Auftakt bekam, führte dann zu jenem Wahlkampf der Partei, der vom ersten Augenblick an im offensiven revolutionären Geist als eine klare und zielbewußte außerparlamentarische Massenkampagne für den Sturz des kapitalistischen Deutschlands und die Errichtung Sowjetdeutschlands geführt wurde.
Die großen Veränderungen in der Situation sowohl hinsichtlich der Verschärfung der Krise als auch der Zuspitzung zwischen dem revolutionären Aufschwung und der Faschisierung, die bis zur jetzigen Januartagung 1931 des Zentralkomitees der deutschen Partei eingetreten sind, brachten selbstverständlich auch für die Beschlüsse dieses Plenums und für die auf der Tagung zu klärenden Probleme ein *höheres Maß von Anforderungen* mit sich. Wir wollen diese Tatsache zunächst ganz kurz an Hand der Gesamtheit der Beschlüsse des ZK-Plenums erörtern, bevor wir auf einzelne Hauptprobleme ausführlicher eingehen, die auf der Tagung eine ausschlaggebende Rolle spielten.

II.

In der Resolution, die dem Plenum seitens des Polbüros vorgelegt wurde und einstimmige Annahme fand, heißt es über die gegenwärtige Klassen^ Situation Deutschlands:

„Mit der weiteren Verschärfung der ökonomischen und politischen Krise in Deutschland entstehen bereits *Tendenzen einer revolutionären Krise* im Lande. Wie weit diese Tendenzen wachsen und sich entfalten, hängt in erster Linie vom Gang des Klassenkampfes, von der Kraftentfaltung und Massenaktivität des revolutionären Proletariats unter Führung der Kommunistischen Partei ab."

Es ist selbstverständlich, daß einer solchen Analyse der Situation, die mit Recht „Tendenzen einer revolutionären Krise" in Deutschland feststellt auch in der *politischen Aufgabenstellung* entsprechende Konsequenzen folgen müssen. Und so heißt es denn im zweiten Teil der Resolution, der die Hauptaufgaben der Partei behandelt, zu Beginn:

„Angesichts der wachsenden Zuspitzung der Klassensituation und der drohenden Hungerkatastrophe für die breitesten Massen ergibt sich die Aufgabe für die Partei, auf der Linie unseres Freiheitsprogramms den revolutionären Ausweg aus der Krise zu propagieren. Damit wird die Losung der *Volksrevolution zur strategischen Hauptlosung der Partei*. Die Volksrevolution ist nur ein Synonym der proletarischen, sozialistischen Revolution. Die Anwendung dieser Losung kann nicht im Sinne einer kurzfristigen Aktionslosung, sondern muß als Zusammenfassung aller bestehenden Bewegungen erfolgen, als strategisches Ziel, dem alle Tageskämpfe, Teilaktionen und Teilforderungen untergeordnet sind. Mit der Verschärfung der Situation, der Entstehung von Tendenzen einer revolutionären Krise, wird der politische Massenstreik zum wichtigsten Kampfmittel in dieser Situation. Die Partei muß unter den breitesten Massen den Charakter der proletarischen sozialistischen Revolution als einer wirklichen Volksrevolution unter der Hegemonie des Proletariats im Sinne von Marx und Lenin klären und verankern."

Diese Fragestellung, wonach die Losung der Volksrevolution im Sinne von Marx und Lenin zur strategischen Hauptlosung der Partei wird, entspricht der Verschärfung der Situation. Die

Partei behandelte auf der Plenartagung des Zentralkomitees ausführlich und gründlich das Problem, unter welchen Bedingungen die heutigen Tendenzen *einer revolutionären Krise* sich völlig entfalten und das volle Umschlagen der ökonomisch-politischen Krise des kapitalistischen Systems in die revolutionäre Krise als Voraussetzung für die siegreiche proletarische Revolution in Deutschland bewirken können. Die Antwort, die die Parteiführung auf diese Frage gibt, lautet: *wir* müssen die revolutionäre Situation *organisieren*! Der „subjektive Faktor", die revolutionäre Partei, ihre Politik und damit die unter ihrer Führung vor sich gehenden Massenaktionen und Kämpfe des Proletariats und der Werktätigen, sind auch hinsichtlich des Entstehens aller objektiven Bedingungen für die proletarische Revolution von ausschlaggebender Bedeutung. Inwiefern gewinnt diese allgemeine Erfahrung des revolutionären Klassenkampfes gerade heute und gerade unter den Bedingungen der Entwicklung in Deutschland *besonders verstärktes Gewicht*? Das ergibt sich schlagend aus den höheren, zugespitzteren Formen, in denen sich der Klassenkampf in Deutschland bereits abspielt.

Schon auf dem Weddinger Parteitag trafen wir die Feststellung, die dann durch das *10. Plenum der Komintern* noch viel stärker herausgearbeitet und unterstrichen wurde, daß seit den Barrikadenkämpfen in *Berlin im Mai 1929* für den Klassenkampf in Deutschland eine solche höhere Stufe gegeben ist, auf der fast jede Aktion, jeder Streik und jede Demonstration der Arbeiterklasse eine neuartige und über das Bisherige weit hinausgehende Bedeutung erhält. In diesem Sinne bezeichneten wir den Berliner Barrikaden-Mai als einen *historischen Wendepunkt*. Galt diese Charakterisierung bezüglich der höheren Rolle aller Formen des Klassenkampfes in Deutschland schon für die gesamte Periode seit jenem Wendepunkt des 1. Mai 1929, so ist es klar, daß mit der Verschärfung der ökonomisch-politischen Krise und mit dem Entstehen von Tendenzen einer revolutionären Krise in Deutschland alle diese Erscheinungen eine immer *stärkere* Auswirkung bekommen müssen. In diesem Sinne spricht die Resolution des Zentralkomitees der KPD bei der jetzigen Januartagung von den „neuen und höheren Formen" des revolutionären Aufschwungs:

„Insbesondere sind drei Hauptrichtungen der aufsteigenden *revolutionären Masseninitiative* festzustellen: der Massenkampf der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen gegen die Unternehmeroffensive, der Massenkampf der Werktätigen gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur seitens der Regierung Brüning, die stürmische Welle des antifaschistischen Massenkampfes gegen die Mordtaten und Drohungen der Nationalsozialisten. Die Partei hat in den genannten drei Hauptrichtungen des Massenkampfes eine Reihe der größten Fortschritte zu verzeichnen, und kämpft mit wachsendem Erfolg um die Führung aller dieser wachsenden Bewegungen. Das wichtigste Kettenglied der proletarischen Revolution ist zweifellos unter den gegenwärtigen Bedingungen die wirkliche Organisierung und erfolgreiche Führung der proletarischen Wirtschaftskämpfe, vor allem der Massenstreiks gegen Lohnabbau und Entlassungen durch die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition ... *Alle derartigen Bewegungen, ganz besonders Streikkämpfe, haben die allergrößte politische Bedeutung.* In der gegenwärtigen Situation ist *jeder* Wirtschaftskampf ein ausgesprochen *politischer* Kampf, dessen Tragweite mit der Zahl der Kämpfenden, der Festigkeit der Kampfführung durch die RGO und dem Reifegrad des politischen Bewußtseins der kämpf enden Massen wächst."

Diese Feststellungen über die gewaltige politische Bedeutung aller proletarischen Massenaktionen, insbesondere der Streikkämpfe in der gegenwärtigen Situation geben zugleich den Schlüssel für jenen Satz, der im Mittelpunkt der Plenartagung des Zentralkomitees stand, daß wir die revolutionäre Situation *organisieren* müssen. Jeder Streik, den die Partei und die RGO unter den heutigen Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland auslösen, führen und zu einer breiteren Entfaltung bringen können, ist zugleich ein erheblicher *Faktor der Verschärfung der Krise* und fördert damit jene Tendenzen einer revolutionären Krise im Lande, von deren Entstehen die Resolution des Zentralkomitees spricht. Die Bourgeoisie schätzt diesen revolutionären und politischen Charakter der Streikkämpfe vollkommen richtig ein. Sie antwortet bei allen Wirtschaftskämpfen mit einer solchen Entfesselung des Polizeiterrors gegen die streikende Arbeiterschaft, wie sie noch vor

wenigen Jahren fast unvorstellbar gewesen wäre. Die Wirtschaftskämpfe der Betriebsarbeiter erfordern die engste Verbindung mit dem *Massenkampf der Erwerbslosen*. Bei allen ökonomischen Kämpfen und politischen Aktionen der Partei und der RGO ist die Einbeziehung der Erwerbslosen, ihre feste Verbindung mit den Betriebsarbeitern eine Hauptaufgabe. Schon bei der Durchführung des *Internationalen Erwerbslosentages am 25. Februar* setzt die Partei alle ihre Kräfte ein, um an diesem Kampftage gegen die Arbeitslosigkeit die Solidarität der *Gesamtarbeiterschaft* für die Erwerbslosen zu mobilisieren. Von größter Wichtigkeit unter dem Gesichtspunkt der Mobilisierung der Massen für die Tageskämpfe sind naturgemäß auch die bevorstehenden *Betriebsrätewahlen*.
Die ausschlaggebende Rolle, die in der jetzigen Etappe der revolutionären Entwicklung der Stärkung und Ausbreitung der RGO zufällt, findet auch ihren Widerhall im Lager der Bourgeoisie. Während die bürgerliche Presse noch vor Jahresfrist die RGO als Machtfaktor überhaupt zu leugnen oder totzuschweigen versuchte, finden sich neuerdings immer häufiger in den führenden Blättern der Bourgeoisie sehr ernsthafte Wertungen der wachsenden Rolle und Bedeutung der *RGO als einer Gefahrenquelle für die kapitalistischen Pläne*. Dabei dürfen wir uns zweifelsohne nicht etwa dazu verleiten lassen, die noch sehr erheblichen *Schwächen* in der Arbeit und vor allem der organisatorischen Struktur der RGO zu übersehen.
Wenn jetzt die Tagung des Zentralkomitees der deutschen Partei in ihrer Resolution die *Stärkung und Ausbreitung der RGO als wichtigste zentrale Tagesaufgabe* bezeichnet, so ist das für die konkrete Tagespolitik der Partei die notwendige Ergänzung und Konsequenz zu der Aufstellung der Losung der Volksrevolution als der strategischen Hauptlosung, als des strategischen Ziels, dem die Teilkämpfe unter-, zuordnen sind. Die Partei zeigt nicht nur das *Ziel* ihrer jetzigen Kämpfe auf: die Vorbedingungen für die proletarische Revolution zu erzeugen, sondern sie weist auch den *Weg zu diesem Ziel* und konkretisiert jenes Kettenglied, das die Partei und das Proletariat unter den heutigen Bedingungen ergreifen müssen, um die ganze Kette beherrschen zu können, um der Entwicklung die Richtung mit dem Ziel der proletarischen Revolution aufzwingen zu können.
Selbstverständlich bedingt eine solche höhere Aufgabenstellung hinsichtlich der allgemeinen politischen Aktionen der Partei und der Massenkämpfe, die unmittelbar vor dem Proletariat und den Werktätigen Deutschlands stehen, auch eine *höhere Stufe hinsichtlich der innerorganisatorischen Aufgaben der revolutionären Bewegung* und bei der organisatorischen Auswertung aller Erfolge, die die Partei im Kampf mit ihren Gegnern erringt. Auch diese Entwicklung zu kühneren, gesteigerten Aufgaben fand in den Beratungen und Beschlüssen des Januarplenums des ZK ihren Niederschlag.
Der Kampf der Partei vollzieht sich im Ringen um die bisherigen Anhänger gegnerischer Parteien vor allem in zwei Hauptrichtungen. Der *Hauptfeind im Klassenkampf* gegen die Bourgeoisie, gegen den die Partei das Proletariat führen muß, ist in Deutschland heute der *Faschismus*. Gegenüber der faschistischen Massenpartei, den Nationalsozialisten, stellte das Plenum des ZK der deutschen Partei folgende Losung auf:

„Vor der Partei steht die Aufgabe, zu verhindern, daß der Nationalsozialismus in die Arbeiterklasse eindringt, und darüber hinaus die Aufgabe der Losreißung und Gewinnung der antikapitalistisch gestimmten nationalsozialistischen Arbeiter, Angestellten und Werktätigen."

In diesem Zusammenhang ist selbstverständlich die außerordentliche Verstärkung unseres *wehrhaften Massenkampfes* gegen den faschistischen Mordterror eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß unser ideologischer Kampf gegen die Nationalsozialisten überhaupt erfolgreich geführt und der Faschismus geschlagen werden kann. Andererseits bedarf unsere Arbeit unter den Angestellten einer großzügigen Verbesserung, weil hier unter anderem die wichtigsten Reservoirs der Nazis vorhanden sind.
Auf der anderen Seite ist nach wie vor die Sozialdemokratie, vor allem die „linke" SPD, *das Haupthindernis* für den revolutionären Befreiungskampf des deutschen Proletariats. Ohne

dieses Haupthindernis zu schlagen, diesen *gefährlichsten Feind im Lager der Arbeiterklasse* zu vernichten, kann die Partei und die Arbeiterklasse unmöglich im Kampf gegen Faschismus und gegen das kapitalistische System überhaupt siegreich sein. Die Resolution des Januarplenums unseres Zentralkomitees geht deshalb in der Frage des Kampfes gegen den Sozialfaschismus einen erheblichen Schritt weiter, als die Partei das bis dahin vermochte. Die Resolution besagt:

„Angesichts dieser Gärung unter den sozialdemokratischen Anhängern, angesichts der Krise der reformistischen Theorie erwächst für uns in ihrer ganzen Größe die entscheidende Aufgabe der *Liquidierung des Masseneinflusses der SPD* und der *Liquidierung der SAJ als Massenorganisation*, die Aufgabe, die *Einheitsfront* mit den sozialdemokratischen Arbeitern und proletarischen Reichsbannermitgliede'n herzustellen."

Wir werden noch ausführlicher auf die Voraussetzungen eingehen, die für eine so kühne Aufgabenstellung im Kampf gegen den Sozialfaschismus heute gegeben sind. Die Einheitsfrontpolitik gegenüber den SPD-Arbeitern wird ausschlaggebend vom Standpunkt der Gewinnung der entscheidenden Schichten des Proletariats. Klar ist jedenfalls, daß die Partei nur in einer Situation, in der sie auf Grund der allgemeinen Faktoren der Klassenentwicklung einen offensiven und revolutionären Kurs einzuschlagen vermag, zugleich imstande ist, die Liquidierung des Masseneinflusses der SPD und die Liquidierung der sozialdemokratischen Jugendorganisation als Massenorganisation auf die Tagesordnung zu stellen.
In Verbindung mit dieser Losung stellte das Zentralkomitee zugleich die Losung der *Verdoppelung der Parteimitgliedschaft bei gleichzeitiger Überwindung der Fluktuation* auf. Die großen Erfolge, die die Partei in den letzten Wochen, sowohl unmittelbar vor dem Plenum des ZK als auch besonders nach der Tagung auf allen diesen Gebieten zu verzeichnen hatte, liefern bereits den Beweis, daß die kühne Aufgabenstellung, wie sie das Zentralkomitee vollzogen hat, den Bedingungen des revolutionären Aufschwunges in Deutschland entspricht. Zweifelsohne gibt es dabei eine große Menge von *Hemmungen* und *Schwierigkeiten* für die Partei, die erst im allgemeinen Ringen der Partei unter wahrhaft *bolschewistischer Selbstkritik* zur Überwindung gelangen werden. Aber darin drückt sich ja auch nur die Zuspitzung der Klassensituation aus, die mit den höheren Aufgaben der revolutionären Bewegung zugleich einen verstärkten Druck gegen diese auf allen Gebieten und an allen Fronten des Klassenkampfes mit sich bringt. Von besonderer Bedeutung hinsichtlich der Hauptmängel der Parteiarbeit ist einmal die ungenügende Zahl und das *schwache politische Leben der Betriebszellen*, zum anderen die schon erwähnte Fluktuation und schließlich die *ungenügende Auflagenziffer der Parteipresse*. Eine Verbesserung der *politischen Leitungen* in der Partei und der RGO und die *Schaffung von neuen Kadern* für die wachsenden Aufgaben des revolutionären Klassenkampfes steht gleichfalls auf der Tagesordnung. Die Arbeit unter der *Jugend* und den *Frauen* hat sich gebessert, bedarf aber noch immer einer großen Steigerung. Noch viel stärker trifft das für unsere *Arbeit auf dem Lande* zu, wo wir eine durchaus spezialisierte Bearbeitung der *Bauern* und der *Landarbeiter* betreiben müssen. Auf allen diesen Gebieten wird die ZK-Tagung der Ausgangspunkt einer gründlichen Überprüfung der Parteiarbeit zur Abstellung der Schwächen sein.
Zieht man aus den vorstehend in ihren wichtigsten Grundzügen geschilderten entscheidenden Beschlüssen der letzten Plenartagung des deutschen Zentralkomitee die Bilanz, so bestätigt sich, was wir eingangs über die hohe politische Bedeutung dieser Tagung für die deutsche Partei und für das deutsche Proletariat sagten.
Die Partei, gewachsen an Kräften, gereift an politischen und organisatorischen Erfahrungen, erkennt den Ernst der Situation und die *gewaltige Bedeutung jener Kämpfe, deren das deutsche Proletariat entgegengeht*. Sie ist sich der historischen Verantwortung bewußt, die auf ihr ruht. Und sie trifft mit kaltblütiger Entschlossenheit diejenigen Maßnahmen, die geeignet sind, die revolutionäre Entwicklung in .Deutschland zu beschleunigen und zu

vertiefen und damit die Stunde für den Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland heranzuführen.

III.

Im Rahmen der allgemeinen politischen Arbeit der deutschen ZK-Tagung, sowohl hinsichtlich der Analyse der Situation und der Perspektiven der Entwicklung wie auch bezüglich der klaren Herausarbeitung der politischen Linie der Partei und der wichtigsten Aufgaben, waren es einige besonders entscheidende Probleme, die ausführlicher erörtert wurden. Die wichtigsten dieser Probleme sollen nachstehend kurz skizziert werden.
Das Plenum des ZK der KPD beschäftigte sich gründlich mit dem Charakter der gegenwärtigen Krise. Hierbei galt es, sich mit den verlogenen und haltlosen Theorien über die Wirtschaftskrise auseinanderzusetzen, wie sie seitens der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie verfochten werden. Der reformistische „Theoretiker" Fritz Naphtali, ein früherer bürgerlicher Börsenredakteur, der jetzt in steigendem Maße Hilferding als „wissenschaftliche Leuchte" in der deutschen Sozialdemokratie ablöst, schrieb z. B. in einer Broschüre „Wirtschaftskrise und Erwerbslosigkeit" wörtlich:

„Weder Young-Krise noch Rationalisierungskrise noch gänzlicher Zusammenbruch des kapitalistischen Systems als Vorbote der Weltrevolution, sondern *typische Krise* des kapitalistischen Systems mit historischen Besonderheiten, wie sie *jede Krise* aufzuweisen hat."

Dieser fadenscheinigen Behauptung, wonach es sich bei der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise um eine ganz „normale" zyklische Krise des Kapitalismus handle wie in der Vorkriegszeit, müssen wir unsere marxistische Untersuchung der Besonderheiten der jetzigen Krise entgegensetzen. Welches sind die Haupterscheinungen dieses besonderen Charakters der Krise?
1. Der allgemeine weltumfassende Charakter der Krise, eine völlig neue Tatsache. Kein Teil der kapitalistischen Welt ist mehr von der Krise verschont, seitdem auch Frankreich, die Niederlande, die Schweiz und die skandinavischen Länder einbezogen sind.
2. Der Bestand der Sowjetunion und ihr sozialistischer Vormarsch; die Tatsache, daß die proletarische Diktatur auf Grund der Beherrschung der Kommandohöhen den planmäßigen Aufbau der sozialistischen Wirtschaft unabhängig von der kapitalistischen Weltwirtschaft durchzuführen vermag.
3. Die enge Verflechtung der Industriekrise mit der gleichzeitigen, tiefen und dauerhaften Agrarkrise, wobei sich beide Erscheinungen gegenseitig verschärfen. Millionen von kleinen Bauernwirtschaften gehen in der kapitalistischen Welt zugrunde.
4. Die Tatsache, daß im Zeichen des Monopolkapitalismus die Krise nicht zu einem allgemeinen Preissturz der industriellen Produkte führt, wie er in der Vorkriegszeit stets als regulierender Faktor den Umschwung von der Krise zur Depression mit sich brachte. Der jetzige Preissturz auf dem Weltmarkt ist vor allem für die Massenbedarfsartikel zum Teil nur ein fiktiver, da die imperialistische Zoll- und Kartellpolitik mit ihren Monopolpreisen sowie die Steuerlasten usw., auf den Märkten der einzelnen Länder, vor allem aber in Deutschland, die Auswirkungen des Rückgangs der Weltmarktpreise stärker oder schwächer illusorisch machen.
5. Auch in den Zeiten der Hochkonjunktur wurde die Produktionskapazität nicht ausgenutzt und bestand schon eine Dauererwerbslosigkeit. Der Preis der Ware Arbeitskraft wurde bereits ständig unter ihren Wert herabgedrückt. Die absolute Verelendung greift also über die Erwerbslosen und Kurzarbeiter hinaus auch auf die Vollbeschäftigten über.
6. Auf Grund der vorstehenden Tatsachen entsteht eine dauernde Herabsetzung der Konsumkraft der Massen und damit eine dauernde Verengerung der Absatzmärkte. Mit der

allgemeinen Verelendung entfällt zugleich in der Mehrzahl der Länder jenes Sparpolster, das sonst während der Krise aufgezehrt werden könnte.
7. Mit der raschen technischen Entwicklung wird der Verschleiß des konstanten Kapitals in der Produktion beschleunigt, die Frist zur Erneuerung des konstanten Kapitals verkürzt. Damit wird der technische Umschwung unter dem Monopolkapitalismus teilweise zu einem Hebel, der die Fristen des Industriezyklus verkürzte und die Perioden des Aufstieges zeitlich einengte. Diesen verkürzten Fristen der vorhergehenden Konjunktur steht die verlängerte Zeitdauer der Krise, wie auch die längere Zeitdauer der früheren Depressionsperioden gegenüber.
Alle diese Tatsachen, die natürlich keine erschöpfende Darstellung der Besonderheiten der gegenwärtigen Krise ausmachen, beweisen jedoch bereits unzweideutig, wie lächerlich die Darstellung der Reformisten ist, wonach es sich gegenwärtig nur um eine normale zyklische Krise handelt.
Andrerseits muß auch die Theorie, wie sie von einzelnen roten Professoren vertreten wird, zurückgewiesen werden, als hätten wir es heute lediglich mit der allgemeinen strukturellen Krise des kapitalistischen Systems der Nachkriegszeit zu tun. Ein bestimmter konjunktureller Charakter der Krise liegt unbestreitbar vor. Das gilt für Amerika, das nach einer langen Periode der Prosperität nunmehr in den Jahren 1929 und 1930 in die allgemeine Wirtschaftskrise geriet und zugleich zur Verschärfung der Weltwirtschaftskrise ausschlaggebend beitrug. Das gilt für Frankreich, das bis zuletzt einen Aufstieg erlebte und erst jetzt aus der Konjunktur in die Krise überzugehen beginnt. Das gilt für England, wo es im Jahre 1929 einen gewissen Aufstieg im Verlauf der allgemeinen Depression des englischen Kapitalismus gab. Das gilt für Deutschland, wo kurze Aufstiege und dauernde Krisenperioden in der ganzen Nachkriegszeit abwechselten: nach 1920 Konjunktur, dann die Inflationskrise 1922/23, darauf Belebung im Jahre 1924, dann wieder Depression 1925/26, darauf rascher Aufstieg 1927/28, dann, 1929 Depression, Krisenerscheinungen und 1930 die schwerste und tiefste Krise.
Es sind also gewisse zyklische Erscheinungen vorhanden. Andrerseits eine Reihe von Faktoren, die sich *prinzipiell* von den Erscheinungen der periodischen Vorkriegskrisen des Kapitalismus unterscheiden. Was ergibt sich daraus?
Die Rolle der heutigen Krise ist die einer zyklischen Krise i*m Rahmen der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems* im Zeitalter des Monopolkapitalismus. Hier müssen wir die dialektische Wechselwirkung zwischen der allgemeinen Krise und der periodischen Krise verstehen. Einerseits nimmt die periodische Krise ganz neue, heftigere und noch nie dagewesene Formen an, weil sie von den Bedingungen des Monopolkapitalismus beherrscht wird und sich auf dem Boden der allgemeinen Krise des Kapitalismus vollzieht. Andrerseits wirkt wiederum die zyklische Krise verschärfend auf die allgemeine Krise des Kapitalismus und ruft Erscheinungen hervor, die zweifelsohne auch durch keinen etwaigen Umschwung in die Depression wieder ausgeglichen werden könnten. Dabei ist es klar, daß gegenwärtig selbst nach allen bürgerlichen Feststellungen keinerlei Anzeichen für einen solchen Umschwung vorhanden sind.
Im Gegenteil: schon die vorher aufgeführten besonderen Merkmale der jetzigen Krise ergeben ja eine solche Perspektive der Entwicklung, daß der Tiefpunkt der Krise noch keineswegs erreicht ist, sondern eine *weitere Verschärfung* eintreten muß. In Deutschland z. B. haben wir die Erscheinung zu verzeichnen, daß die Lagerhaltung trotz aller Produktionseinschränkungen noch zunimmt, die Warenstauung wächst und also Entlassungen und Kurzarbeit weiter ansteigen werden.
Ein weiterer Faktor, auf Grund dessen man die Perspektive einer noch größeren Verschärfung der Krise, speziell in Deutschland, entwickeln kann, sind die Schwierigkeiten für den Export. Bisher war der Rückgang des deutschen Exports gemessen an den übrigen Ländern verhältnismäßig geringer, weil einige Tatsachen für Deutschland eine relativ günstigere Lage

in der Frage des Exports ergaben. Diese Tatsachen fallen bald in steigendem Maße fort. Einmal wird durch die deutsche Lohnrauboffensive eine internationale Lohnabbauwelle angekurbelt, so daß hier ein bestimmter, jetzt noch bestehender Vorteil der deutschen Bourgeoisie fortfällt. Zweitens hatte die deutsche Bourgeoisie bisher einen gewissen Vorsprung in der technischen Rationalisierung gegenüber der meisten Industrieländer. Dieser Vorsprung wird jedoch in Zukunft von den Industrien der kapitalistischen Konkurrenten aufgeholt werden, wobei der zuletzt Rationalisierende den Vorteil hat, auf den besten Erfahrungen der anderen fußen zu können. Drittens fällt die Tatsache in Zukunft fort, daß der deutsche Export, soweit er in beträchtlichem Umfang nach Frankreich ging, bisher in ein von der Krise verschontes Land führte, während der jetzige Eintritt Frankreichs in die Krise naturgemäß speziell Deutschland und seinen Export treffen wird. Viertens wird der Kampf Deutschlands um die Absatzmärkte durch die Schwierigkeiten des Kapitalexportes (auf Grund der Verminderung der Akkumulationssummen durch die Auswirkungen der Reparationstribute usw. usw.) erschwert. Hierbei ist es klar, daß der Kapitalexport zu gleicher Zeit ein Motor des Warenexports ist. Fünftens fehlen der deutschen Bourgeoisie auf Grund des verlorenen Weltkrieges solche imperialistischen Machtmittel wie Flotte usw., die in der kapitalistischen Wirtschaft beim Kampf um die Absatzmärkte einen realen ökonomischen Faktor darstellen.

Diese zunehmenden Schwierigkeiten des Exportes bringen aber eine weitere Verschärfung der Erwerbslosigkeit und zugleich auch eine Verschlechterung der Handelsbilanz Deutschlands mit sich, was zwangsläufig zu einer verstärkten Young-Krise und einer Kreditkrise, wie im September/Oktober vorigen Jahres nach den Reichstagswahlen, führen muß. Auch die Finanz-Schwierigkeiten des Reiches, der Länder und Gemeinden werden davon erneut gesteigert.

Die Prognose, die sich also für die Krise in Deutschland stellen läßt und die im allgemeinen auch für die Entwicklung der Weltwirtschaftskrise zutrifft, muß demnach lauten: die Entwicklung der nächsten Monate wird die Krise *nicht* mildern, *nicht* einem baldigen Umschwung den Weg bereiten, sondern im Gegenteil eine *weitere Vertiefung und Verschärfung aller Krisenerscheinungen* mit sich bringen. Wie weit in Deutschland, wo wir - wie angeführt - bereits von Tendenzen der revolutionären Krise sprechen können, diese Entwicklung bis zur revolutionären Situation vorangetrieben werden kann, das hängt naturgemäß vom Kampf der Arbeiterklasse ab, von der Auswirkung des „subjektiven Faktors“ der revolutionären Entwicklung, über dessen entscheidende Rolle und Bedeutung bereits im ersten Abschnitt dieses Artikels einige Feststellungen getroffen wurden.

IV.

Eine weitere Hauptfrage, mit der sich die Plenartagung des deutschen Zentralkomitees beschäftigte, war das *Problem der faschistischen Entwicklung Deutschlands*. Hier konnte das ZK anknüpfen an jene Probleme, die im März vergangenen Jahres zum Teil auf der damaligen Plenarsitzung des Zentralkomitees, zum Teil einige Wochen später im Polbüro des ZK zur Behandlung gestanden haben. Die Frage des Fußtritts *der Bourgeoisie gegen die Sozialdemokratie*, der die Koalitionsregierung Hermann Müller-Severing erledigte und die Brüning-Ära einleitete, hatte damals bekanntlich einige Schwankungen bei einzelnen Genossen (Merker u. a.) hervorgerufen. Heute kann es einen Zweifel darüber nicht mehr geben, daß die Partei die damalige Entwicklung völlig richtig einschätzte, daß es sich bei dem Sturz der Hermann Müller-Regierung keineswegs um ein sozialdemokratisches Manöver, sondern tatsächlich um einen Fußtritt der Bourgeoisie handelte, der die Periode der Koalitionspolitik im Reichsmaßstabe abschloß und als ein bestimmter Wendepunkt in der faschistischen Entwicklung Deutschlands bewertet werden mußte.

Inzwischen haben die fortschreitende Krise, der wachsende revolutionäre Aufschwung und die Erschütterung des politischen Überbaues der kapitalistischen Klassenherrschaft solche Fortschritte gemacht, daß auch in der dialektischen Antithese der revolutionären Entwicklung, im Prozeß der Faschisierung der bürgerlichen Herrschaftsmethoden, eine *höhere Entwicklungsstufe* erreicht wurde. Anfang Dezember vorigen Jahres gab es eine Reihe von Erscheinungen im politischen Leben Deutschlands, die die Partei vor die Aufgabe stellten, die bisherige Analyse der Situation weiter zu entwickeln. Man konnte in diesem Zeitpunkt abermals von einem gewissen Wendepunkt in der politischen Entwicklung sprechen. Zwar wechselte nicht personell die Zusammensetzung der Regierung, sondern es blieb die alte Brüning-Regierung am Ruder, aber in ihren Methoden und Herrschaftsformen trat ein *gewisser Umschlag*, eine außerordentliche Verschärfung ein. Eine Reihe von Tatsachen bekundeten den stärkeren Übergang der Bourgeoisie zur faschistischen Herrschaftsmethode. Der *Bankrott des Parlamentarismus* trat offen in Erscheinung. Die Bourgeoisie regierte nur noch mit Notverordnungen. Die Diktaturmaßnahmen auf Grund des Ausnahmeparagraphen 48 bilden keine Ausnahme mehr, sondern werden zur Regel. Der Reichstag darf nur noch zusammentreten, um gelegentlich seinen Totenschein zu unterschreiben, indem er den diktatorisch verordneten Gesetzen nachträglich seine Zustimmung gibt. Der Reichsrat wird auch schon ohne formelle Verfassungsänderung in der Praxis der Bourgeoisie zu einer ersten Kammer im Sinne des faschistischen Umbaues des Staatsapparates. Auf der gleichen Linie liegen die Pläne der deutschen Bourgeoisie bezüglich der Reichsreform, sowie des Aufbaues des Reichswirtschaftsrates als eines „Ständeparlamentes“. Die „kommunale Demokratie“ ist nahezu völlig abgeschafft. In fast allen wichtigen Städten gibt es von oben eingesetzte Staatskommissare, die ohne Rücksicht auf die kommunalen Mehrheiten und ihre parlamentarischen Beschlüsse diktatorisch vorgehen. Der systematische Polizeiterror gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung hat ein noch nie dagewesenes Ausmaß angenommen und tritt in engster Verknüpfung mit dem Mordterror der faschistischen Banden auf. Die Entlassung aller kommunistischen Beamten unter frecher Verhöhnung der sogenannten Weimarer Verfassung und schließlich die zum Teil schon praktisch eingeführte, zum Teil erst geplante Arbeitsdienstpflicht ergänzen das Register dieser *Tatsachen der Faschisierung*.

Ein besonderes Kapitel stellt in diesem Zusammenhang die *imperialistische Außenpolitik* Deutschlands dar. Die offene Ankündigung der Notwendigkeit einer Young-Revision, die zielbewußte Aufrüstungspropaganda, die chauvinistische Hetze gegen Polen, die Ostreise Brünings, die Aufstellung von nationalsozialistischen schwarzen Truppenformationen in Schlesien und Ostpreußen, - alles das zeigt den kriegerischen Kurs der deutschen Außenpolitik.

In welcher Richtung entwickelt sich diese Kriegspolitik des deutschen Imperialismus? Die Zuspitzung des deutsch-polnischen Gegensatzes und überhaupt die Revanchehetze der Nationalsozialisten und großer Teile des ganzen bürgerlichen Lagers zeigen einmal die allgemeine imperialistische Kriegsgefahr und bedeuten andrerseits keine Abschwächung, sondern eher eine wesentliche Steigerung der Gefahr eines imperialistischen Interventionskrieges gegen die Sowjetunion!

Vor einigen Wochen veröffentlichte General Ludendorff ein Buch „Weltkrieg droht“. In diesem Buch gibt es neben völlig übergeschnappten Phantasien über Freimaurer, Weise von Zion und ähnliche „geheime Mächte“ auch sehr ernsthafte militärische Darstellungen bezüglich eines kommenden Krieges. Dabei ergibt sich, daß vom imperialistischen Standpunkt Deutschlands an einen Krieg an der Seite Italiens gegen Frankreich und Polen nicht zu denken sei. Bevor eine Aufrüstung Deutschlands auch nur im bescheidensten Maße durchgeführt wäre, würde das Land längst besetzt sein. Ludendorff belegt das eingehend mit militärwissenschaftlichen Argumenten, die einleuchtend sind. Was ergibt sich aber aus einer solchen Fragestellung? Die einfache Tatsache, daß jede Zuspitzung der imperialistischen Kriegsatmosphäre durch Konflikte Deutschlands mit Polen oder Frankreich letzten Endes in

der Richtung zur Explosion führen muß, in der für das kapitalistische Deutschland die leichteste Entfaltungsmöglichkeit seiner aggressiven Tendenzen und Expansionsbestrebungen denkbar erscheint: *nämlich gegen die Sowjetunion!*

Gerade die Zuspitzung der Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten untereinander verstärkt die Gefahr des Interventionskrieges. Solche imperialistischen Konflikte können leicht umschlagen. Man „einigt" sich auf einen gemeinsamen Raubzug gegen den klassenmäßigen Feind aller imperialistischen Mächte, die Sowjetmacht. In diesem Sinne schließt die faschistische Entwicklung Deutschlands den Ring der imperialistischen Interventionsfront gegen die Sowjetunion.

Das Zentralkomitee der KPD behandelte auf Grund der vorstehend skizzierten Tatsachen den heutigen Stand der Entwicklung des Faschismus in Deutschland. Um eine richtige Politik der Partei zu ermöglichen, war es notwendig, sehr präzis und konkret zu bestimmen, welche Stufe des Faschisierungsprozesses in Deutschland bereits vorliegt und welche weiteren Tendenzen sich bereits analysieren lassen. Wenn das Programm der Komintern als Kennzeichen für den Faschismus anführt, daß er „eine Methode der unmittelbaren Diktatur der Bourgeoisie" sei, die „von Beziehungen und Kombinationen zwischen den Parteien unabhängig ist", so sind das charakteristische Erscheinungen auch für das *heutige Herrschaftssystem der deutschen Bourgeoisie*. Die Schwierigkeiten für die deutsche Partei bei der konkreten Analyse der heutigen Lage bestand in bestimmten *besonderen* Merkmalen der faschistischen Entwicklung in Deutschland, durch die sie sich von den bisherigen geschichtlichen Beispielen nicht unwesentlich unterscheidet.

Vor allem steht hier das Problem des Verhältnisses zwischen der Brüning-Regierung, die immer stärker unter Anwendung faschistischer Herrschaftsmethoden vorgeht, und der faschistischen Massenpartei in Deutschland, den Nationalsozialisten. Das Programm der Komintern charakterisiert bereits sehr eingehend die Rolle und Bedeutung einer solchen faschistischen Massenbewegung, und seine Darstellung trifft auch für die Hitlerpartei in Deutschland zu. Ein Zustand jedoch, in dem sich die Bourgeoisie bereits faschistischer Herrschaftsmethoden bedient, andererseits die faschistische Massenpartei nicht nur *außerhalb* der Regierung, sondern zur Zeit direkt in einer gewissen *Scheinopposition* bleibt, ist durchaus neuartig und entspricht den ganz spezifischen Bedingungen, unter denen der Faschismus in Deutschland heranwächst.

Hier ist vor allen Dingen die Rolle des Sozialfaschismus und besonders auch der „linken" SPD vom Standpunkt der Bourgeoisie ein wichtiger Faktor. Wenn man bedenkt, daß beispielsweise allein in den zwei Monaten vom 1. Februar bis 31. März weit über 5,5 Millionen Arbeiter in Deutschland auf Grund des Ablaufs der Tarifverträge unmittelbar in eine zugespitzte Kampfsituation gegenüber dem Unternehmertum und seiner Lohnabbauoffensive geraten, so ist es klar, daß die Rolle des Sozialfaschismus mit Hilfe seiner reformistischen Gewerkschaften als außerparlamentarische Stütze der Brüning-Diktatur auf diesem Gebiet eine sehr entscheidende ist. Andererseits stellen die Nationalsozialisten sowohl auf dem Gebiet der Außenpolitik wie als bewaffnete Konterrevolution für die Bourgeoisie die ausschlaggebende außerparlamentarische Massenkraft dar, die fortgesetzt versucht, die revolutionäre Klassenfront zu provozieren, um sie dadurch von den wichtigsten Klassenaufgaben abzulenken.

So ergibt sich ein Zustand einer gewissen Labilität hinsichtlich des wechselseitigen Heranziehens der Nationalsozialisten und der Sozialdemokratie seitens der regierenden Bourgeoisie. Naturgemäß verstärken sich dabei die Tendenzen in immer breiteren Schichten des Finanzkapitals, unmittelbar auf die Nationalsozialistische Partei Einfluß zu nehmen, wie es Hugenberg mit der Deutschnationalen Partei gegenüber den Nationalsozialisten tat, um diese faschistische Massenpartei zu „kanalisieren", d.h. regierungsfähig im Sinne des Finanzkapitals zu machen. Dieser Prozeß schließt keineswegs aus, daß momentan die führenden Schichten des Finanzkapitals, repräsentiert vor allem durch das Zentrum, das die

Volkspartei als führende Kraft der Bourgeoisie abgelöst hat, eine Regierungsgemeinschaft mit den Nationalsozialisten von der Hand weisen. Dabei spielen naturgemäß auch außenpolitische Motive keine untergeordnete Rolle.

Faßt man alle diese Tatsachen zusammen, so ergibt sich bei der Analysierung des heutigen Zustandes, daß man in Deutschland gegenwärtig von einer *ausreifenden, wenn auch noch nicht ausgereiften faschistischen Diktatur* sprechen muß. Die Regierung Brüning ist zur *Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur* geworden. Dabei ist es klar, daß ein solcher Funktionswechsel *nicht* eine Änderung des Klasseninhalts der bürgerlichen Herrschaft darstellt. Denn der Klasseninhalt der faschistischen Diktatur ist natürlich genau so die Diktatur des Finanzkapitals, wie in der bürgerlichen Demokratie, die ja auch nur eine Verkleidung der Diktatur des Finanzkapitals ist. Die Diktatur des Kapitals bleibt, denn die Herrschaft des Faschismus bedeutet nicht eine Veränderung des klassenmäßigen Charakters, sondern nur einen Wechsel in den *Herrschaftsformen,* den *Herrschaftsmethoden* auf Grund einer besonderen neuen Stufe im Spiel der Klassenkräfte.

Von entscheidender Bedeutung ist dabei, daß sich diese faschistische Entwicklung in Deutschland - im Gegensatz zu der italienischen Geschichte - nicht auf Grund einer Niederlage des Proletariats vollzog, sondern lediglich den aus der Krise geborenen Versuch der Bourgeoisie darstellt, dem revolutionären Vormarsch des Proletariats einen letzten Schutzwall entgegenzustellen, den Faschismus als Sturmbock gegen den revolutionären Aufschwung zu benützen. Hier setzt zugleich die Aufgabenstellung für die Partei ein. Der revolutionäre Massenkampf auf allen Gebieten ist der entscheidende Faktor, von dem es abhängt, wieweit die faschistische Diktatur in Deutschland auszureifen vermag, wieweit die Bourgeoisie die Möglichkeit in der Verteidigung ihrer Klassenherrschaft ausschöpfen kann. Das Bewußtsein, für diese entscheidende Rolle unserer Massenkämpfe auch im Hinblick auf die Entwicklung des Faschismus in Deutschland gehört zu den wichtigsten Ergebnissen der Plenartagung des Zentralkomitees.

V.

Eine dritte Hauptfrage auf dem Plenum des ZK war das Problem der besonderen Bedingungen und Methoden, unter denen die deutsche Partei gegenwärtig ihren *Kampf um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse* zu führen hat. Wie wir bereits bei der Betrachtung des Gesamtinhalts der ZK-Tagung hervorhoben, stand hier vor allem die Frage der Liquidierung des Masseneinflusses der SPD. Welche besonders günstigen Voraussetzungen bestehen für eine solche kühne Aufgabenstellung? Neben der allgemeinen Radikalisierung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft im Rahmen des gesamten revolutionären Aufschwungs in Deutschland und der Gefahr der linken SPD als Barriere dieser Revolutionierung, auf die wir hier nicht ausführlicher eingehen wollen, ist es vor allem der völlige *Bankrott der reformistischen Theorie*, der die besten Voraussetzungen für die Verschärfung des prinzipiellen Kampfes der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen den Sozialfaschismus liefert.

Man muß sich einmal vergegenwärtigen, welche *neue „Theorie“* die II. Internationale und vor allem die deutsche Sozialdemokratie im Laufe der letzen Jahre an Stelle des Marxismus „erfunden“ hatte und was die Tatsachen der geschichtlichen Klassenwirklichkeit von dieser Theorie übrig gelassen haben.

Auf dem *Kieler SPD-Parteitag* im Mai 1927 errichtete *Hilferding* bekanntlich jenes theoretische Gebäude von der gegenwärtigen „Transformationsperiode“, in der der „organisierte Kapitalismus“, d. h. der Monopolkapitalismus, allmählich die Anarchie des Kapitalismus der freien Wirtschaft beseitige. Den Beweis dafür sollten die Vereinigten Staaten in ihrer dauernden Prosperität liefern. Diese Transformationsperiode stelle die Zeit „eines friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus“ dar.

Dieser *ökonomischen Fragestellung* entsprach die *soziale Fragestellung*, die gleichfalls ein ganzes theoretisches Gebäude im krassen Gegensatz zu den marxistischen Lehren darstellte.
Die Lage der Arbeiterklasse sollte sich in der Transformationsperiode gleichmäßig mit der Konzentration des Kapitals und der Rationalisierung verbessern. Das „allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation", wie es Marx aufgestellt hat, wonach die „Akkumulation des Kapitals der Akkumulation von Elend entspricht" wurde von den sozialdemokratischen Theoretikern als überholt bezeichnet. Darum sollte die kapitalistische *Rationalisierung* von der Arbeiterklasse mit allen Kräften unterstützt werden, ja diese Unterstützung wurde zur zentralen Aufgabe der Gewerkschaften erklärt, da die Rationalisierung auch den Arbeitern nützen werde. An Stelle der marxistischen Lohntheorie trat zugleich die sogenannte „Tarnowsche Lohntheorie" von der angeblichen Nützlichkeit der hohen Löhne für die Kapitalisten. Die Krönung bildete die famose „Wirtschaftsdemokratie als Weg zum Sozialismus".
Nach der Seite der politischen Fragestellung fand dieses theoretische System seine Ergänzung in der Liquidierung der marxistischen Staatstheorie. Offen wurde ausgesprochen, daß die Formulierungen von *Marx* und *Engels* über den kapitalistischen Staatsapparat als „Ausführungsorgan der Ausbeuterklasse zur Unterdrückung der Ausgebeuteten" abzulehnen sei. Noch auf dem *Magdeburger Parteitag* der SPD im Jahre 1929 forderte *Hilferding* für die Erhaltung des Parlamentarismus „Opfer, wie groß sie auch sein mögen". Denn der Parlamentarismus sei der „einzige Weg zur Verwirklichung des Sozialismus". Koalitionsregierungen waren somit ein notwendiger Übergang zum Sozialismus, und die Koalitionspolitik allgemein wurde als „sozialistisches Prinzip" heilig gesprochen.
Wenn man sich heute fragt, was von diesem ganzen theoretischen Gebäude des Reformismus übriggeblieben ist, so kann die Antwort nur lauten, daß es sich *buchstäblich in einen Trümmerhaufen verwandelt* hat. Der „organisierte Kapitalismus", der die Krisen ausschalten „sollte, hat die Weltwirtschaftskrise nur verschärft. Das amerikanische „Paradies" mit der Dauerkonjunktur existiert nicht mehr. Die Lage der Arbeiterklasse hat sich durch die Rationalisierung ungeheuer verschlechtert. Die Tarnowsche Lohntheorie und die Wirtschaftsdemokratie sind unter den brutalen Schlägen der Unternehmeroffensive ins Nichts zerstoben. Die Koalitionsregierungen haben sich als Schrittmacher des Faschismus erwiesen.
Mit anderen Worten, das ganze theoretische System des Reformismus ist in einem solchen Maße bankrott, daß die Reformisten selber die Mehrzahl ihrer famosen Theorien heute mit völligem Schweigen vergessen zu machen suchen. Es ist klar, daß hier der prinzipielle Kampf der Kommunistischen Partei stärker und erfolgreicher einsetzen kann als je zuvor. Je entschlossener die Partei das Banner des Marxismus entfaltet, je kühner sie gegenüber dem Bankrott der reformistischen „Theorien" den *Triumph der marxistisch-leninistischen Wissenschaft und Politik* verkündet, desto leichter wird sie den Sozialfaschismus schlagen, damit *das Haupthindernis für die proletarische Revolution im Lager der Arbeiterklasse* niederringen und die SPD-Arbeiter gerade im Zeichen des Marxismus gewinnen können. Auf diesem Gebiet stellt die Tagung des Zentralkomitees ohne Zweifel einen Auftakt dar, von dem eine große Steigerung unserer politischen Aktivität und der lebendigen Initiative der Partei ausgehen wird.

VI.

Wir haben vorstehend aus den verschiedenen politischen Problemen, mit denen sich die ZK-Tagung der KPD beschäftigte, einige Hauptfragen herausgegriffen. Es ist selbstverständlich, daß einen sehr breiten Raum innerhalb der Arbeit des Zentralkomitees die besonderen Lehren und Erfahrungen der letzten großen Streikkämpfe, vor allem des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet und Oberschlesien, einnahmen. An Hand des Ruhrkampfes konnte besonders jene offensive Taktik erläutert werden, deren sich die Partei in der vor uns liegenden

Kampfperiode bedienen muß, um sich das Gesetz des Handelns nicht vom Gegner vorschreiben zu lassen, sondern ihrerseits auch dem Gegner bis zu einem gewissen Grade die Entschlüsse zu diktieren. Im revolutionären Massenkampf auf allen Gebieten der Verteidigung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte der Arbeiterklasse und der Werktätigen liegt der Schlüssel zur revolutionären Situation. Diese These, die im Mittelpunkt der politischen Arbeit der ZK-Tagung stand, muß und wird die gesamte Praxis der revolutionären Bewegung in Deutschland in den kommenden Monaten beherrschen.

Der Charakter unserer Plenartagung fand seinen Niederschlag unter anderem auch in der regen Anteilnahme der benachbarten Sektionen der Komintern. In ihrem Namen sprach ein Genosse der französischen Partei. Die internationale Verbundenheit unseres Kampfes und der Wille, bei allen bevorstehenden Klassenauseinandersetzungen das Band der internationalen Solidarität in der Praxis immer fester zu knüpfen, fand somit auf der Sitzung des deutschen Zentralkomitees einen demonstrativen Ausdruck.

Am stärksten zeigte sich selbstverständlich dieser Geist des proletarischen Internationalismus im Verhältnis der deutschen Partei zur Sowjetunion und ihren Problemen des sozialistischen Vormarsches, im Verhältnis zu der führenden Partei der Kommunistischen Internationale, der KPdSU. Hier sieht nicht nur die Frage der vollkommenen Solidarität der deutschen Partei mit den Beschlüssen des letzten Plenums des ZK und der ZKK der KPdSU in allen politischen Fragen, wie auch auf innerparteilichem Gebiet im Kampf gegen die Hauptgefahr der Rechten und gegen den verräterischen Block der Syrzow-Lominadse, sondern hier steht vor allem auch die richtige politische Einschätzung der ungeheuren *weltrevolutionären Bedeutung*, die der *sozialistische Aufbau* in der Sowjetunion und ihr Eintritt in die Periode des Sozialismus für den revolutionären Freiheitskampf der Proletarier aller kapitalistischen Länder hat. Die konterrevolutionären Angriffe eines *Trotzki* auf die Generallinie der KPdSU sind heute längst durch die Geschichte so restlos entlarvt und geschlagen worden, daß sie kaum noch der Erwähnung bedürfen. Andererseits haben die gewaltigen Erfolge des sozialistischen Vormarsches auch *Bucharins* „Argumenten“, der die Kulaken „in den Sozialismus hineinwachsen“ lassen wollte, gründlich genug heimgeleuchtet.

Die Bausteine des Sozialismus in der Sowjetunion sind zugleich Dynamit gegen das morsche Gebäude des Weltkapitalismus. Jeder Hammerschlag des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR ist zugleich ein mächtiger Angriff auf die kapitalistische Klassenherrschaft in allen übrigen Ländern. Die Opfer und der Heroismus, den das Proletariat der Sowjetunion im Kampfe für seinen sozialistischen Aufbau aufbringt, ist zugleich die beste proletarische Solidarität für die Arbeiter Deutschlands und aller kapitalistischen Länder. Das deutsche Proletariat und seine revolutionäre Partei wissen das. Und sie wissen auch, welche historischen Pflichten damit zugleich der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Führerin, der KPD, zufallen. Unser Sieg, die Errichtung Sowjetdeutschlands, wird nicht nur die arbeitende Bevölkerung Deutschlands aus dem Joch der kapitalistischen Profitwirtschaft und des räuberischen Young-Plans befreien, sondern zugleich den Frieden der Sowjetunion und ihren sozialistischen Aufbau sichern. Das Bewußtsein dieser Verbundenheit beherrschte auch die Plenartagung unseres Zentralkomitees und ist ein wuchtiger Antrieb mehr für die deutsche Partei, alle Kräfte anzuspannen, um die revolutionären Beschlüsse unserer ZK-Tagung in die Tat umzusetzen und damit entscheidende Voraussetzungen für den Sieg der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen.

Kommunistische Internationale,
Heft 5/6/1930

Thälmanns Kampfruf gegen den Faschismus

12000 Proletarier am Grabe des von der Polizei erschossenen Genossen Geick bilden Spalier - Das Hamburger Proletariat steht auf Seiten der kommunistischen Kämpfe gegen den Faschismus

Hamburg, 2. Februar. Gewaltige Massen demonstrierten heute gegen Faschismus und Polizeiterror bei der Beerdigung des von der Polizei in Geesthacht erschossenen Genossen Geick. Ein ungeheurer Zug formierte sich hinter dem Sarg, dazwischen über 100 rote Fahnen und zahllose Kranzdelegationen. Die Straßen standen dicht gedrängt voll Menschen. Tausende erwarteten den Zug auf dem Ohlsdorfer Friedhof, wo in der Halle eine kurze Gedenkfeier stattfand, bei der Genosse Gundelach des Toten gedachte. Am offenen Grabe, um das weit über 12000 Proletarier standen, um dem Klassenkämpfer eine letzte proletarische Ehrung zu erweisen, hielt der Führer des deutschen Proletariats, Genosse Thälmann, eine programmatische Rede.

Genosse Ernst Thälmann

Viele tausend Arbeiter sind erschienen, um dem toten Genossen Geick die letzte proletarische Ehre zu erweisen. Genosse Geick hat mit in den vordersten Reihen im roten Klassenkampf gestanden. Von seinen Eltern, und besonders von seiner Mutter, die hier mit am Grabe weilt, wurde Genosse Geick zu einem proletarischen Klassenkämpfer erzogen. Wenn die Partei und seine Kameraden ihn riefen, war er immer zur Stelle. Nicht weit von hier liegt sein Schwager begraben, der an den Oktoberkämpfen 1923 teilnahm und damals ebenfalls erschossen wurde. Mit dem Genossen Geick wurde in Geesthacht der 18jährige Genosse Benthin niedergeschossen. Die bürgerliche Presse wagt es, unsere tapferen Genossen als Verbrecher zu bezeichnen. Wir sagen von dieser Stelle aus,

Verbrecher sind diejenigen, die die Millionenmassen ausplündern und dem Hungertode überantworten.

Die ganze Arbeiterschaft und das werktätige Volk werden den Ausbeutern und ihren Lakaien die Antwort darauf nicht schuldig bleiben.

Der gewaltige Massenaufmarsch am heutigen Tage zeigt der Bourgeoisie, daß die Massen erkannt haben, wo die Verbrecher zu suchen sind. Die werktätigen Massen erkennen immer mehr, daß sie im revolutionären Kampf unter Führung der Kommunistischen Partei sich Brot und Freiheit erkämpfen müssen. Die Bourgeoisie versucht mit brutaler Waffengewalt diesen Kampf zu verhindern, deshalb hat man unsere Genossen niedergeschossen, denn sie kämpfen für die Befreiung des gesamten werktätigen Volkes.

Millionen haben die Bedeutung des Kampfes der Ruhrbergarbeiter verstanden. Sie werden auch den Kampf in Geesthacht begreifen.

Unsere Antwort, die wir der Bourgeoisie und ihren bewaffneten Garden geben, hat eine historische Bedeutung. Karl Marx hat bereits darauf hingewiesen, daß mit der Konzentration der Reaktion gleichzeitig die revolutionären Klassenkräfte wachsen, und das sehen wir in immer deutlicherem Maße. Wenn die Bourgeoisie mit den Mitteln der brutalen Gewalt und der rücksichtslosen Diktatur versucht, den Kampf der Arbeiterklasse aufzuhalten, so werden wir zur gegebenen Zeit darauf zu antworten wissen.

Die Arbeiterschaft wird niemals dulden, daß in die roten Hochburgen, die politisch und strategisch von außerordentlicher Bedeutung sind, die faschistischen Mordtruppen mit Hilfe der Polizeiorgane eindringen.

Das hat man in Geesthacht versucht. Eine offene Provokation bedeutet es, wenn in dem roten Geesthacht die nationalsozialistischen Banditen eindringen konnten, wenn in der Versammlung alle Versammlungsteilnehmer nach Waffen durchsucht wurden, während die *Mordbanden unbehelligt* blieben. Eine unerhörte Provokation bedeutet es weiter, wenn den Arbeitern der Zutritt zu der Versammlung verwehrt wurde und von der Polizei in die zurückflutende Menge hineingeschossen wurde.

Die Vorgänge in Geesthacht zeigen deutlich, daß die Bourgeoisie versucht, mit allen Mitteln dieses System, das auch innerlich verrottet und verfault ist, *gegen den gewaltigen Ansturm der hungernden Massen mit Hilfe brutaler Waffengewalt zu halten.*
Die heutige Situation ist ähnlich der von 1923, wo die Inflation die kapitalistische Wirtschaft erschütterte.
Wenn wir heute auch nicht eine Inflation in dem Ausmaße haben, so sehen wir doch einen immer stärkeren Verfall der kapitalistischen Wirtschaft, während sich in der Sowjetunion der gewaltige Aufbau des Sozialismus vollzieht, ein gewaltiges Anwachsen der revolutionären Klassenkräfte, die der kapitalistischen Herrschaft ein Ende bereiten werden.
Hier am Grabe schwören wir, daß wir im Sinne unserer toten Genossen Geick und Benthin weiterkämpfen werden gegen den mörderischen Faschismus und die kapitalistische Ausbeutung. Einst kommt der Tag, wo das Proletariat gemeinsam mit dem gesamten werktätigen Volke die Ausbeuterherrschaft besiegen und ein Sowjetdeutschland errichten wird.

Mit dem Gesang der „Internationale“ wurde die Kampfkundgebung beschlossen.

Rote Fahne,
3.2.1931

Thälmanns Abrechnung mit den Nazis

Auszug aus der Rede des Genossen Thälmann in Braunschweig - Unsere Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung - Steigerung des Kampfes gegen Frick und Franzen

Braunschweig, den 28. Februar. In der Riesenkundgebung der KPD zu den Braunschweiger Kommunalwahlen hielt der Genosse Ernst Thälmann ein mit größter Begeisterung aufgenommenes Referat, in dem er u.a. ausführte:

„Ohne Übertreibung kann man die Behauptung aufstellen, daß keine Partei so viel an Demagogie, so viel an skrupellosen Betrugsmanövern begangen hat wie die Nazis. Wenn die Nazis gegenwärtig in Preußen an dem Stahlhelmvolksbegehren gegen die Braun-Severing teilnehmen, so sagen wir Kommunisten ihnen:
Wir werden keinen Finger krumm machen für die Erhaltung der Braun-Severing-Herrschaft, die Preußen zu einem Hort der finsteren Reaktion gemacht hat, aber ebensowenig und erst recht nicht werden wir dulden, daß die Nationalsozialisten ihre volksfeindlichen faschistischen Pläne in Preußen durchsetzen. Wir werden das Volk, die Werktätigen in Stadt und Land aufrütteln zu einer gewaltigen Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung.
Der sogenannte Kampf zwischen Nazis und SPD ist kein prinzipieller Kampf. Denn die Sozialdemokratische Partei und ihre Führer und auch die Nationalsozialistische Partei und ihre Führer stehen beide auf dem Boden des kapitalistischen Systems und verteidigen es gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. Ihr Kampf untereinander ist nur ein Konkurrenzkampf um die Ministersessel und die übrigen Futterkrippen der Republik.
Die Kommunistische Partei hat sich entschlossen, genauso wie in Thüringen gegen das dortige Frick-Regime, auch hier in Braunschweig gegen die Franzen-Herrschaft ein Volksbegehren in die Wege zu leiten. Ich denke, daß dieser Entschluß der Kommunisten den stärksten Beifall auch aller SPD-Arbeiter und aller Werktätigen finden wird, die bereit sind, am Kampf gegen den Faschismus teilzunehmen. Wir Kommunisten wollen keine parlamentarischen Illusionen aufkommen lassen, wir sagen offen, daß dieses Volksbegehren nur dann seinen Zweck erfüllen kann, wenn es dazu dient, die Massen zum außerparlamentarischen Kampf gegen die Franzen-Herrschaft aufzurütteln, sie zusammenzuschweißen zu einer Aktion, die nicht mit dem Stimmzettel ausgetragen wird, sondern mit den Mitteln des Klassenkampfes: mit Demonstrationen und Streiks und schließlich mit *dem politischen Massenstreik als der entscheidenden Kampfmethode unter den gegenwärtigen Bedingungen.*“

Die Rote Fahne,
1.3.1931

Genosse Thälmanns revolutionäre Anklage

Es ist ein erschütternder Anlaß, der uns heute hier zusammenführt. Ernst Henning, einer unserer Besten und Treuesten, ist von nationalsozialistischen Mördern niedergeknallt worden.
Der Befreiungskampf der Arbeiter hat ein neues Opfer gefordert. Es wird nicht das letzte Opfer sein im Kampf für Freiheit und Sozialismus. Aber unsere Brüder fallen nicht umsonst. Wie ihr Kampf, so ist auch ihr Tod der Zukunft geweiht.
Die Schüsse der Nazimörder haben in ganz Deutschland lodernden Haß und tiefste Empörung ausgelöst. Haltet sie immer wach.
Das Leben eines Kämpfers ist beendet. Ernst Henning sprach die Sprache der Partei, er wuchs mit dem Leben und der Entwicklung unserer Partei.
Henning war ein treuer Soldat der Revolution.
Heute, wo die Märzsonne über uns scheint, wo der Ruf zum Kampf in der ganzen Welt ertönt, wo Arbeiter in Hamburg als Kampfgelöbnis in den Proteststreik getreten sind, sagen wir:
Die Vergeltung wird die Geschichte bringen. Wir werden unseren Genossen und alle ermordeten Brüder rächen.
Die Bourgeoisie und ihre Helfershelfer, die Sozialdemokraten, gingen nicht etwa gegen die nationalsozialistischen Mörder vor, sie antworteten mit dem Verbot der Presse, Demonstrationen und Versammlungen der KPD.
Mit Verboten und Pistolenschüssen kann man unsere Bewegung nicht aufhalten. Wer kräftig ist, marschiert vorwärts trotz Verbot und Unterdrückung.
Mit welchem Kampfgeist die Arbeiterschaft beseelt ist, zeigt die 16-jährige Tochter des Genossen Henning, die tapfer und pflichtbewußt ihre Arbeit im Jugendverband leistet.
Als ein Kriminalbeamter sie fragte: „Welches Testament hat Dein Vater hinterlassen?“, antwortete sie ihm: „Die Rache!“
Das ist der Schwur von Millionen. Unser Siegeswille ist unwiderstehlich. Unser die Zukunft! Mit uns die Befreiung der Arbeiterklasse und damit die Befreiung Deutschlands!
Dieser revolutionäre Geist erfaßt immer weitere Schichten nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der bürgerlichen Intelligenz. Wir sind überzeugt, daß die Besten dem Beispiel Scheringers folgen werden und der Mörderpartei, über die das Blut unseres Genossen Henning kommt, von dem sie sich nicht reinwaschen kann, den Rücken kehren.
Erinnern wir uns. Es war im Oktober 1923. Das rote Hamburg stand auf den Barrikaden. Genosse Henning kämpfte in der ersten Reihe. Für den gefallenen Kämpfer werden neue in die Bresche springen.
Kämpfen wir wie er, dann wird die Stunde nicht fern sein, da wir die Rächer sind. Hennings Pflichtbewußtsein und revolutionärer Elan im Kampf sei uns Richtschnur.
In diesem Sinne vorwärts, alles für das Volk, für die siegreiche Volksrevolution!

Die Rote Fahne,
22.3.1931

Thälmanns Ruf: Hinein in die RGO!

Nur unter den Fahnen der RGO wird die Gewerkschaftseinheit der deutschen Arbeiter wiederhergestellt - Nur die RGO kann und wird wirkliche freie Gewerkschaften schaffen

Wir veröffentlichen nachstehend das Schreiben des Genossen Thälmann an die Verwaltungsstelle des Gesamtverbandes Hamburg. Das Schreiben ist eine Antwort des Genossen Thälmann auf die Ankündigung seines bevorstehenden Ausschlusses aus dem Verband. Der Genosse Thälmann ist 27 Jahre Mitglied der freien Gewerkschaft der Transportarbeiter.

An die Hamburger Bezirksverwaltung des Gesamtverbandes, Hamburg.

In Eurem Schreiben vom 18. März 1931 berichtet Ihr über einen Beschluß der Vertreterversammlung der Hamburger Bezirksverwaltung, bei dem Verbandsvorstand einen Ausschlußantrag gegen mich zu stellen. Als Gründe für diesen Ausschlußantrag werden in dem Schreiben angegeben:

„1. Du bist uns als Leiter und Vorsitzender der Kommunistischen Partei bekannt.

2. Diese Kommunistische Partei hat in einer Veranstaltung im Januar 1931 ihre erste Reichskonferenz der RGO (lies: Rote Gewerkschaftsopposition) für Hafen- und Wassertransportarbeiter gegründet zu dem ausgesprochenen Zweck, die Einheit und Geschlossenheit der freien Gewerkschaften, insbesondere die des Gesamtverbandes, wo auch Du Mitglied bist, zu stören."

Ihr fordert mich auf, zu diesem Schreiben meine Entgegnung schriftlich mitzuteilen. Ich komme dieser Aufforderung nach, um meine Gründe, die die Gründe der revolutionären Arbeiterschaft sind, darzulegen:

Es ist wahr, daß ich Jahrzehnte der freien Gewerkschaft der Transportarbeiter angehöre.

Genauso wie Tausende, meiner Kollegen in diesem Verband und Zehntausende in anderen Verbänden, habe ich als Funktionär im Laufe von vielen Jahren für die freien Gewerkschaften gewirkt, die durch mühselige Arbeit und Opfer von Millionen deutscher Arbeiter groß und stark wurden.

Die deutsche Arbeiterklasse wollte sich in den freien Gewerkschaften einen Schutzwall gegen die Unternehmer, eine Kampforganisation zur Verteidigung ihrer Lebensinteressen schaffen. Sie wollte darüber hinaus, getreu den Lehren von Marx, einen mächtigen Sturmblock zur Zerschmetterung des gesamten Systems der Lohnsklaverei bauen.

Mehr als 60 Jahre deutscher Gewerkschaften und was nun? Diese Frage hämmert schon seit langem in den Köpfen der klassenbewußten Mitglieder der freien Gewerkschaften.

Die Geschichte weiß viele Beispiele, wie fortschrittliche und revolutionäre Organisationen und Einrichtungen in das Gegenteil verwandelt wurden. Das trifft auch auf die freien Gewerkschaften in Deutschland zu. Die Gewerkschaften sind aus Organisationen des Klassenkampfes zu Organisationen der Unterstützung der kapitalistischen Wirtschaft und der kapitalistischen Staatsmacht geworden. Das beweist nicht nur die tägliche Praxis der Gewerkschaftsbürokratie, sondern die programmatischen Beschlüsse des Hamburger Gewerkschaftskongresses über die Wirtschaftsdemokratie und des Stockholmer Kongresses der Amsterdamer Internationale über die Notwendigkeit der Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die Interessen der kapitalistischen Wirtschaft.

Im Laufe von Jahrzehnten hat sich eine Bürokratie in den Gewerkschaften entwickelt, die die Riesenorganisationen des deutschen Proletariats beherrscht und vergewaltigt. Eine Bürokratie, die sich unabhängig von dem Willen der breiten Mitgliedschaft fühlt, die ihre gutbezahlten Funktionen für sich lebenslänglich gesichert hat, die mit dem Kapitalismus, mit dem kapitalistischen Staat auf Gedeih und Verderb verbunden ist.

Der deutsche Kapitalismus selbst befindet sich heute im Prozeß seiner Verfaulung und Entartung. Das Wort des „Kommunistischen Manifestes", daß die Sklavenhalter nicht imstande sind, ihre Sklaven auch nur notdürftig zu ernähren, ist nun Tatsache geworden.

Nicht nur die über fünf Millionen Erwerbslosen, auch die „Glücklichen“, die noch in den Betrieben stehen, überzeugen sich jeden Tag und jede Stunde vom Bankrott des kapitalistischen Systems. Löhne, die unter den Wiederherstellungskosten der Arbeiterschaft liegen, sind zur Dauererscheinung geworden. Der Arbeiter bekommt einen Lohn, der nicht einmal für das Lebensnotwendigste ausreicht. Die ureigenste und elementarste Aufgabe der Gewerkschaften - Kampf für höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, der Kampf selbst um die Verteidigung der bestehenden miserablen Arbeitsbedingungen - rüttelt an den Grundfesten des morschen und verfaulenden Kapitalismus.

Der Streikkampf wird deshalb in der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus zur Kampfhandlung gegen das gesamte kapitalistische System. Wer aber gegen das System nicht kämpfen will, der muß auch gegen den wirtschaftlichen Streik sein, der muß zum Streikbrecher aus Prinzip werden, das ist die eiserne Logik der kapitalistischen Entwicklung. Das ist der Weg des deutschen Reformismus.

Es ist überflüssig, hier die streikbrecherische Politik des reformistischen Gewerkschaftsapparates zu schildern. Darüber berichten tagein, tagaus die Kollegen in den Betrieben, die Gewerkschaftsmitglieder in den Versammlungen.

Wir leben in einer Zeit, wo es keine Zwischenstellungen mehr gibt. Es gibt nur zwei Wege: den Weg des revolutionären Massenkampfes oder den Weg der Unterstützung des Kapitalismus durch Arbeiterverrat und Streikbruch.

Es gibt nur zwei Auswege: den Ausweg für die hungernden und darbenden Millionen Arbeiter zum Sozialismus im Kampfe für ein Sowjetdeutschland oder den „Ausweg“ für die Ausbeuter und ihre Lakaien durch den Versuch der Rettung des deutschen Kapitalismus auf Kosten vermehrter Ausbeutung, vervielfachter Auspressung. Es gibt nur eine klare Entscheidung: Sturz oder Erhaltung des schändlichen Regimes der Ausbeutung eines Menschen durch den anderen. Jeder muß sich in unserer Zeit entscheiden: für die rote Front, oder für die Front der Ausbeuter.

Jetzt verfahrt Ihr nach der Methode: „Haltet den Dieb!“, indem Ihr sagt, die revolutionäre Gewerkschafts-Opposition zerstöre die „freien“ Gewerkschaften. Wer hat die freien Gewerkschaften ihres Inhalts als Kampforganisation der Arbeiterklasse beraubt, sie ausgehöhlt und sie in Hilfsorgane der Unternehmerorganisationen verwandelt? Die reformistischen Gewerkschaftsführer, die Gewerkschaftsbürokratie, die SPD.

Wer hat die Millionen deutscher Arbeiter in den Jahren des imperialistischen Krieges auf das „Schlachtfeld der Ehre“ gejagt? Wer hat in den Jahren des Weltgemetzels den Burgfrieden mit der Bourgeoisie abgeschlossen, sich freiwillig des Streiks entsagt, um den ungeheuren Massenmord auf den Feldern von Frankreich und Rußland nicht zu stören?

Das waren die deutschen Gewerkschaftsführer, die den Kapitalismus vor der proletarischen Revolution beim Novemberumsturz gerettet haben. Das waren die deutschen Gewerkschaftsführer, die in den nachfolgenden Jahren mit allen raffinierten Methoden des Volksbetruges die Arbeiterschaft zurückgehalten haben. Das waren die deutschen Gewerkschaftsführer, die in den letzten 5-6 Jahren die mörderische Nationalisierung, die Millionen deutsche Arbeiter brotlos gemacht hat, durchzuführen ermöglicht haben. Es sind die Gewerkschaftsführer, die jede Kampfäußerung des Proletariats, jeden Versuch der ausgebeuteten Massen, sich gegen ihre Unterdrücker zu erheben, jeden Streik mit aller Brutalität, mit aller Rücksichtslosigkeit bekämpfen.

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition entsteht als eine Kraft, die den von der Gewerkschaftsbürokratie zerstörten Schutzwall gegen die Ausbeutung wiederherstellt. Aus den Betrieben, aus den Schächten, aus den Baustellen, aus den Gütern steigt eine neue Kraft empor, die sich die Aufgabe stellt, mächtige Organisationen gegen Unternehmertum und Faschismus zu schaffen. Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition stellt die besten Traditionen des mehr als 60jährigen gewerkschaftlichen Klassenkampfes in Deutschland

wieder her, sie will und muß - das ist ihre Pflicht gegenüber der deutschen Arbeiterklasse - die von Euch zerstörte Klassenfront wieder aufbauen.
Die Konferenz der Hafen- und Seeleute in Hamburg hatte die Aufgabe, die Kampfeinheit der Arbeiter gegen das Reederkapital herzustellen, nachdem ihr durch organisierten Streikbruch und durch die Polizeibrutalität Eures Schönfelder die Arbeiterfront zerschlagen und dadurch erst den Lohnraub ermöglicht habt.
Darum war die Schaffung des Roten Hafenarbeiterverbandes eine Lebensnotwendigkeit für das kämpfende Hafenproletariat. Nur unter den Fahnen der RGO wird die Gewerkschaftseinheit der deutschen Arbeiter wieder hergestellt. Nur die RGO kann und wird wirklich freie Gewerkschaften schaffen.
Ich bekenne mich „schuldig", Vorsitzender der Kommunistischen Partei zu sein.
Das ist die Partei, die in der letzten Reichstagswahl weit über eine Million Arbeiterstimmen von der Partei des Arbeiterverrats, von der SPD gewonnen hat. Daß unter diesen Arbeitern nicht wenig freigewerkschaftliche Kollegen waren, darüber seid ihr Euch sicherlich im klaren.
Ich bekenne mich „schuldig", Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands zu sein, der Partei Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, der Partei der proletarischen Revolution.
Das ist die Partei, die ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse niemals für Ministersessel, für Pfründe im kapitalistischen Staat verkaufen wird. Das ist die Partei, die niemals für Groeners Panzerkreuzer, für Schiele und Treviranus, für Brüning und Stegerwald gestimmt hat.
Ich bekenne mich „schuldig", als Vorsitzender der Kommunistischen Partei die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition mit allen Kräften unterstützt zu haben.
Ich teile diese „Schuld" zusammen mit den Hunderttausenden Mitgliedern der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Diese „Schuld" werden in kurzer Zeit schon Millionen teilen.
Ihr habt die Möglichkeit, mich, der ich Jahrzehnte für den Verband gewirkt habe, auszuschließen. Habt ihr doch schon Zehntausende klassenbewußte Arbeiter aus den freien Gewerkschaften hinausgeworfen. Jede Demokratie habt ihr mit Füßen getreten, nur noch mit Polizeimethoden könnt ihr Eure Herrschaft aufrechterhalten. Ihr seid aber nicht mehr imstande, den Drang der deutschen Arbeiterklasse zur Selbsterhaltung, das Streben von Millionen deutscher Arbeiter nach einem menschenwürdigen Leben, den Sturm der proletarischen Bataillone gegen das Regime der Ausbeutung zurückzuhalten. Am 14. September waren es weit über eine Million proletarischer SPD-Wähler, die für die Kommunistische Partei, die für die proletarische Revolution ihre Stimme abgaben. Heute sind es schon neue Millionen - ihr selbst zweifelt nicht mehr daran.
Zielbewußt geht die Kommunistische Partei, die Elite der deutschen Arbeiterklasse, der revolutionäre Sturmtrupp des werktätigen Deutschland den Weg der proletarischen Revolution. Neue Millionen scharen sich um die Sturmfahnen der Kommunistischen Partei. Mit papiernen Ausschlüssen kann man diesen Vormarsch nicht aufhalten. Man kann ihn auch nicht mit Gummiknüppeln sozialdemokratischer Polizei und mit Meuchelmorden der hitlerischen Schutzgarden des Kapitals verzögern.
Wir schreiten vorwärts! Ihr geht zurück! Wir sind die Armee des anbrechenden Morgens. Ihr seid die letzte niedergehende Schutztruppe des Kapitals. Die gewaltige Kraft von Millionen proletarischer Kämpfer wird zusammen mit den Ausbeutern auch Euch, ihre Lakaien, wegfegen.
Das ist es, was ich Euch auf Euer Schreiben vom 18. März 1931 zu „meiner Rechtfertigung" zu sagen habe.

Hamburg, den 23. März 1931, Ernst Thälmann

Antwortet auf den Ausschluß des Gen. Thälmann aus dem Gesamtverband mit dem kollektiven Eintritt in die RGO!

Die Rote Fahne, 5.4.1931

Ernst Thälmann zeigt den werktätigen Bauern Deutschlands den Ausweg

Der nachstehende Brief des Führers der Kommunistischen Partei Deutschlands, Ernst Thälmann, wurde von ihm als Antwort auf ein Schreiben der Eifelbauern geschrieben. In dem Brief zeigt Thälmann der werktätigen Bauernschaft ganz Deutschlands den Betrug der bürgerlichen Parteien und Organisationen, einschließlich der Nationalsozialisten und Sozialdemokraten an der Bauernschaft, ferner die gegenwärtigen Kampf aufgaben und den Ausweg aus der Krise, aus Not und Elend.

Werte Genossen!

Die mir bei der Kundgebung in Köln durch eure Delegation übergebene Willensäußerung der Eifelbauern, euer Bekenntnis zum Bündnis der Arbeiter und Bauern, zum Kampf für das nationale und soziale Befreiungsprogramm der KPD, hat das lebhafte Echo breitester Massen der Arbeiter und werktätigen Bauern Deutschlands gefunden.

Euer Notschrei ist eine erschütternde Anklage gegen das herrschende System. Bauern in Not, Bauern leiden Hunger, Bauernkinder sterben an Unterernährung! Das ist euer anklagender Schrei gegen die bauernfeindliche Politik der Schiele-Brüning-Regierung und ihre Trabanten. Trotz 14 bis 15 Stunden täglicher Arbeit habt ihr nicht das Notwendigste zum Leben.

Vor den Wahlen haben euch Bauern - wie ihr mit Recht feststellt - alle Parteien Hilfe versprochen. Nichts als elende Bauernfängerei trieben mit ihren Versprechungen die Zentrümler, Sozialdemokraten, Deutschnationalen und Nationalsozialisten, die Herren des Landbundes, der christlichen Bauernvereine, der Deutschen Bauernschaft und all die anderen Vertreter des kapitalistischen Systems.

Die Volksbetrüger versprachen *Abbau der Steuerlasten*. Entsprechend dem Beispiel der Nationalsozialistischen Frick-Regierung in Thüringen diktierte aber die Brüning-Regierung mit Zustimmung der Sozialdemokratie die schändliche Kopfsteuer, Tabak und Getränke wurden noch mehr besteuert. Die Steuern der Großkapitalisten wurden verringert, die Steuern des arbeitenden Volkes erhöht!

Die Volksbetrüger versprachen die hohen Schulden und Zinslasten von des Bauern Schulter zu nehmen; die Schulden und Zinslasten der Bauernschaft wachsen aber von Tag zu Tag. Die Bauernwirtschaft ist größtenteils an die Banken und Geldwucherer verpfändet, der Bauer ist deren Schuldknecht, muß mit Frau und Kindern bis zur Erschöpfung für diese Blutsauger schuften. Die aus der Staatskasse zur Um- und Entschuldung der. Landwirtschaft bereitgestellten Milliardensummen - wie bei der kapitalistischen Osthilfe - werden von der Regierung in die Taschen der Großbauern und Junker geschoben. Der werktätige Bauer muß dafür die höheren Steuern bezahlen.

Den Volksbetrügern lief vor den Wahlen der Mund mit *sozialen Versprechungen* über. Jetzt aber fuhren sie brutal den Ausschluß der arbeitslosen Söhne und Töchter der werktätigen Bauern aus der Arbeitslosenunterstützung durch.

Die Volksbetrüger versprachen Hilfe für die Bauernsöhne durch *Siedlung im Osten Deutschlands*. In Wirklichkeit wird mit den Staatsgeldern lediglich bankrotten Großagrariern der Boden zu hohen Preisen abgekauft, den Siedlern werden wucherische Kaufpreise berechnet; sie können nicht existieren, sind nach kurzer Zeit bankrott und als billige Arbeitskräfte den Gutsherren ausgeliefert.

Statt einer Hilfe für die Landarmen nutzen die Großbauern und Junker wie auch die grundbesitzende Kirche und der Staat die Massenarbeitslosigkeit und den damit gesteigerten *Bodenhunger* durch Hochschrauben der Pachtzinsen für die bäuerlichen Pachtparzellen aus. Die Not des Volkes ist für sie Quelle des Reichtums.

Die Volksbetrüger versprachen Hilfe durch die *Zölle, durch Einfuhrscheinsystem, Roggenstützung* usw. Großagrarier und Großhändler machten damit glänzende

Spekulationsgeschäfte, erhöhten der bäuerlichen Wirtschaft die Ausgaben für Futtermittel, Saatgut, verteuerten den Arbeitern und Angestellten und Millionen der Kleinbauern das Brot, schränkten für die bäuerliche Wirtschaft den Absatzmarkt ein, verschärften die Agrarkrise.
Die Volksbetrüger versprachen *Sicherung der Absatzmöglichkeit* durch Vereinheitlichung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens. Gesichert wurde damit die größere Abhängigkeit der Bauern von den kapitalistischen Genossenschaften, die mit des Bauern Geld den Absatz der Standardprodukte der Großbauern und Junkerwirtschaften organisieren und den Bauern ganz an die Wand drücken.
Die Hitler und Konsorten versprachen *Herabsetzung der Preise für Geräte, Kleider, Schuhe, für alle industriellen Bedarfsartikel* durch Kampf gegen die Truste und Konzerne. In Wirklichkeit treten sie mit den Sozialdemokraten und den anderen bürgerlichen Parteien für die hohen Industriezölle ein, bewilligten im Reichstag 7 Millionen Mark für den Mansfeld-Konzern der jüdischen Großbankiers und 100fachen Millionäre Wolff und Goldschmidt, unterstützten die industriellen Preiswucherer.
Die sozialdemokratischen Betrüger versprachen euch Kampf *gegen die imperialistischen Kriegsrüstungen, gegen Panzerkreuzer*, aber wie alle die anderen Parteien bekannten sie sich zur Politik des Panzerkreuzers, zur Politik der Kriegsrüstungen gegen die Sowjetunion.
Die nationalsozialistischen und deutschnationalen Betrüger versprachen euch Kampf zur *Zerreißung des Youngplanes, Beseitigung der Reparationslasten, Austritt aus dem Völkerbund*, aber sie wagten nicht einmal im Reichstag für den kommunistischen Antrag auf Einstellung der Reparationszahlungen, Austritt aus dem Völkerbund zu stimmen. Vielmehr gab Hitler dem internationalen Finanzkapital nach der Wahl in der Presse die Versicherung, daß auch das „Dritte Reich“ die Reparationszahlungen leisten werde. Die Nationalsozialisten unterstützten die Einführung der neuen und Aufrechterhaltung der bisherigen Youngsteuern des arbeitenden Volkes.
Steigerung der Not der Bauernschaft - das ist das Ergebnis der versprochenen „Hilfe“. *Pfändung, Zwangsversteigerungen, Wegnahme der letzten Kuh, Enteignung, Verjagung von der Scholle, Bettelstab - das ist für die Bauern der Inhalt der Politik der Volksbetrüger von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten*, wie sie auch die Verelendung der Arbeitermassen und die Ruinierung des städtischen Mittelstandes bedeutet.

Die einzige Hilfe liegt in eurem Kampf an der Seite des revolutionären Proletariats!

Die werktätige Bauernschaft kann von diesen Parteien, vom bürgerlichen Parlament und von der Brüning-Schiele-Regierung keine Hilfe erwarten. Die KPD, die Partei des revolutionären Marxismus, hat im Landes- und Reichsparlament immer wieder Anträge auf Steuerfreiheit für die bäuerliche Ackernahrung, Erlaß bäuerlicher Schulden, Beseitigung der bauernfeindlichen Zölle, der hohen Pachtabgaben usw. gestellt, und immer wieder hat die Front von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten die Anträge niedergestimmt. Die Kommunisten erwiesen sich immer wieder als die einzigen, ehrlichen Freunde der werktätigen Bauernschaft.
Bauern! *Eure Hilfe liegt in eurem gemeinsamen Kampf an der Seite des revolutionären Proletariats!* Die Kommunistische Partei hilft euch diesen Kampf gegen Not, Ausbeutung und Enteignung zu organisieren, geht führend voran. Schon wurden unter Führung der Kommunisten in verschiedenen Orten in Schleswig-Holstein, Sachsen, Brandenburg Zwangsversteigerungen der werktätigen Bauern mit Hilfe der Arbeiter verhindert. In Süd-Mecklenburg haben Bauerndelegierte unter Führung der KPD die gemeinsame Verweigerung der Rückzahlung von Krediten beschlossen und organisieren die gemeinsame Verhinderung der Zwangsversteigerungen. So gilt es auch den Kampf gegen die Pachtzinsen und den Kampf gegen die Steuerlasten, gegen alle Arten der Ausbeutung und Ausraubung in breitester Front zu organisieren und zu führen. Die Kommunistische Partei hilft mit ganzer Kraft die

einheitliche Kampffront der werktätigen Bauernschaft zu bilden, durch Bauerndelegierten-Konferenzen, Bauernkomitees, Stärkung der revolutionären Bauernorganisationen, antifaschistische Volkskongresse usw., die gemeinsame Front der kampfgewillten Bauernschaft im engsten Bündnis mit dem Proletariat zu schmieden.
Nur die gemeinsame Kampffront vermag auch den imperialistischen Kriegstreibern in den Arm zu fallen, den faschistischen Terror, die Faschisierung Deutschlands endgültig zu zerschlagen, das kapitalistische System der Ausplünderung, des Hungers der Massen, das System der sozialen und nationalen Knechtschaft des Volkes durch die sozialistische Revolution zu beseitigen.

Der sozialistische Ausweg

Die Volksrevolution unter Führung der Kommunistischen Partei bringt den werktätigen Bauern als sofortige Hilfe:
Land durch entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes!
Streichung aller Schuldenlasten!
Aufhebung des Zinswuchers!
Beseitigung der Pachtabgaben!
Befreiung der kleinen Bauern von allen Steuern und Abgaben!
Sowjetdeutschland zerreißt die nationalen Sklavenketten, schüttelt die Last der Reparationszahlungen ab, so wie Sowjetrußland sich aus den Klauen des internationalen Finanzkapitals befreite und mit einem Federstrich die imperialistischen Fesseln beseitigte.
Sowjetdeutschland ist, gestützt auf seine Rote Armee, auf die ganze Masse des arbeitenden Volkes in Stadt und Land, auf das Bündnis mit Sowjetrußland und auf die Unterstützung der von der Kommunistischen Internationale geführten revolutionären Arbeiter und Bauern aller Länder, die einzige Garantie für den Frieden!
Sowjetdeutschland, sozialistischer Aufbau, das bedeutet Rettung aus der Krise, Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, Steigerung des Bedarfs an landwirtschaftlichen Produkten durch Hebung der Konsumkraft der Massen, Nutzbarmachung der modernen Technik auch für die Bauernschaft und damit Verminderung ihrer Arbeitslast, Ermöglichung des achtstündigen Arbeitstages auch für den Bauern und die Bäuerin, des Sechsstundentages für die Bauernjugend!
Sowjetdeutschland, das bedeutet sozialen und kulturellen Aufstieg der arbeitenden Massen und ihrer Kinder. Das alles zeigt uns das heroische Beispiel des sozialistischen Aufbauwerkes unserer russischen Brüder und Schwestern.
Vorwärts, Bauern an der Seite der Arbeiterschaft unter Führung der Kommunistischen Partei!
Vorwärts zum Kampf gegen die kapitalistischen Räuber, gegen die Volksbetrüger, gegen die imperialistischen Kriegstreiber, gegen den kapitalistischen Staat!
Vorwärts zur nationalen und sozialen Befreiung!
Deutschland den Arbeitern und Bauern!
Es lebe Sowjet-Deutschland!

Hamburg, den 25. März 1931.

Mit kommunistischem Gruß
Ernst Thälmann, Vorsitzender der KPD

Neue Deutsche Bauernzeitung
Nr. 4/1931

Thälmanns Kampfgruß an die Jugend

„Der Jugendverband wächst im Feuer der reaktionären Anschläge“

Zu eurem 6. Reichsjugendtag euch die heißesten revolutionären Kampfgrüße!
Euer Jugendtag muß ein Tag der großen revolutionären Massenmobilisierung gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur in Deutschland werden. Vor euch steht die Aufgabe, die Massen des Jungproletariats in der revolutionären Einheitsfront zu organisieren. Der Jugendverband kann nur im Kampf gestählt werden. Er wächst in diesem Kampf und im Feuer der reaktionären Anschläge und Verfolgungen erst recht zur eisernen und kühnen Avantgarde des deutschen Jungproletariats heran.
Die Bourgeoisie und die Sozialdemokratische Partei wollen die Arbeiterjugend mit brutaler Macht niederhalten. Deshalb rauben sie dem Jungproletariat, genau so wie den erwachsenen Arbeitern, das Recht auf die Straße. Sie bedrohen die Organisationen des Jungproletariats und hoffen, mit Gewalt die Sammlung der Jugend, des ganzen werktätigen Volkes in Stadt und Land im Lager der proletarischen Revolution zu verhindern. Die Regierenden, als Beauftragte ihrer kapitalistischen Hintermänner, glauben, durch ihre Verbotsmaßnahmen das Jungproletariat an der Sammlung in der revolutionären Einheitsfront und am Kampf gegen die wachsende faschistische Gefahr verhindern zu können. Das Jungproletariat und seine Organisation, der Kommunistische Jugendverband, marschieren trotz alledem im Geiste Liebknechts und Lenins vorwärts.
Vor dem Jugendverband steht die Aufgabe, die Sammlung des Jungproletariats in der revolutionären Einheitsfront voranzutreiben durch die Liquidierung der SAJ als Massenorganisation. Der Jugendverband muß gleichzeitig einen breiten Einbruch in die bürgerlichen und katholischen Jugendverbände organisieren, um auch diese jugendlichen Arbeiter in die Klassenfront einzubeziehen. Der 6. Reichsjugendtag muß ein Auftakt werden für den weiteren unaufhaltsamen Vormarsch.
Jugendgenossen! Kämpft mit aller der Jugend eigenen revolutionären Leidenschaft gegen die wachsende imperialistische Kriegsgefahr! Stellt euch wie ein Mann schützend vor das sozialistische Vaterland aller Werktätigen, die Sowjetunion!
Entfaltet machtvoll das Sturmbanner des Kommunismus, das Sturmbanner der Jugend der proletarischen Revolution!

Im Namen des Zentralkomitees der KPD
Ernst Thälmann

Die Rote Fahne,
5.4.1931

Die Lage in Deutschland und die Aufgaben der KPD

Bericht auf dem 11. Plenum des EKKI

Die Entwicklung in Deutschland ist sehr kompliziert, eigenartig und mit ihren neuen Erscheinungen äußerst interessant, weil neue Fragen auftauchen, die die Komintern und die deutsche Partei zwingen, dazu konkreter Stellung zu nehmen. Im Rahmen meines Berichtes ist es ja, wie jeder verstehen wird, nicht im entferntesten möglich, selbst alle taktischen Fragen und allgemeinen Probleme, die sich aus der eigenartigen Analyse der gegenwärtigen Situation ergeben, zu behandeln. Ich beschränke mich deshalb auf solche Probleme, die auch für die Entwicklung in anderen kapitalistischen Ländern von Interesse und für die Parteien von Vorteil sind, aus denen alle Sektionen der KI und KJI etwas lernen können.

In den Mittelpunkt meines Berichtes will ich die These setzen, daß Deutschland unter den gegenwärtigen Bedingungen eines der schwächsten Kettenglieder in der Kette des imperialistischen Weltsystems darstellt. Wir können diese Behauptung aufstellen, auch wenn man in völliger Übereinstimmung mit der Analyse des Genossen Manuilski davon ausgeht, daß durch die großen Ereignisse in China, die letzten neueren Klassenkämpfe in Indien, die für die verschiedenen kapitalistischen Länder Europas von eminenter revolutionärer Bedeutung sind, die Entwicklung in diesen Ländern weiter fortgeschritten ist als in Deutschland oder in Polen. Trotzdem kann man die Behauptung aufstellen, daß Deutschland gegenwärtig eines der schwächsten Kettenglieder im Weltsystem des Kapitalismus darstellt. An Hand der heutigen Verschärfung der Klassensituation, der Umgruppierung der Klassenkräfte, der Zersetzung der bürgerlichen Parteien und der SPD und SAJ, der schnellen Entwicklung der Kommunistischen Partei und zuletzt an Hand der neuen Ereignisse in Young-Deutschland will ich das beweisen.

Diese These, die wir aufstellen, hängt nicht nur zusammen mit den objektiven Bedingungen, sondern auch der subjektive Faktor, die Kommunistische Partei und ihre Erfolge und Fortschritte im Kampfe um die Eroberung der Mehrheit des Proletariats sind bei dieser allgemeinen Betrachtung von nicht untergeordneter Bedeutung. Ich will in meinem Bericht darauf verzichten, bezüglich der Analyse der Gesamtsituation und der Darstellung der Krise ausführlicheres Material zu bringen. Einerseits ist das überflüssig, nachdem Genosse Manuilski bereits über die gegenwärtige Entwicklung in Deutschland an verschiedenen Stellen gesprochen hat; andererseits hat die deutsche Partei schon im letzten Zentralkomitee den besonderer Charakter der jetzigen Krise ausführlich behandelt. Unser Bericht wird sich deswegen vornehmlich mit den Fragen der revolutionären Praxis beschäftigen, um auf diese Art eine zweckmäßige Ergänzung zum Referat des Genossen Manuilski zu bringen. Dabei werde ich im wesentlichen behandeln:

1. Wie weit die Tendenzen der revolutionären Krise in Deutschland bereits fortgeschritten sind.
2. Wie stark an dieser Entwicklung der subjektive Faktor, d. h. die richtige Klassenlinie unserer Partei unter Führung der Komintern beteiligt war.
3. Die Bedeutung unserer Politik für die weitere Entwicklung der revolutionären Krise; und
4. welche Grundzüge unsere Politik haben muß, welche Haupterfolge vorhanden sind und welche Schwächen und Mängel andererseits liquidiert werden müssen.

Zunächst einige Bemerkungen über die Entwicklung in Deutschland.
Ich setze dabei voraus, daß den Genossen die allgemeinen ökonomischen Tatsachen in Deutschland bekannt sind, und ich will deshalb nur noch einige neue Faktoren anführen. Wir

haben im Monat Februar in Deutschland ein neues Anwachsen der Haldenbestände im Bergbau zu verzeichnen. Infolgedessen finden momentan neue Massenentlassungen im Bergbau statt. Im Ruhrgebiet sind jetzt wieder über 10000 Bergarbeiter bis Ende März gekündigt worden. In der Stahlindustrie und Eisenproduktion sind bis zur zweiten Märzhälfte ebenfalls Betriebseinschränkungen, Stillegungen und Feierschichten angekündigt. In der Landmaschinenindustrie (deren Entwicklung ja im Vergleich zu der in der UdSSR besonders wichtig ist) kann die Produktionskapazität nur noch zu 33 Prozent ausgenützt werden. Die Erwartungen, die die Bourgeoisie im Herbst und Winter auf eine Wendung der ökonomischen Lage im Frühjahr hegte, haben nur ganz geringe Aussichten, erfüllt zu werden. Das Amtliche Institut für Konjunkturforschung schätzt z.B. für dieses Jahr das auf dem Baumarkt investierte Kapital auf höchstens 5,5 Milliarden Mark gegenüber 7 Milliarden im Jahre 1930 und sogar 9 Milliarden im Jahre 1929. Besonders katastrophal ist die Lage auf dem Kapitalmarkt. Tagesgeld kostete im Januar 5,10 Prozent und in der letzten Februarwoche bereits 6,04 Prozent Zinsen gegenüber London mit 1,6 Prozent, Amsterdam mit 1,3 Prozent, Paris 1,9 Prozent und New York 1,6 Prozent. Natürlich ist für die nächsten Monate mit einer leichten saisonmäßigen Belebung in Deutschland zu rechnen. Aber selbst das Amtliche Institut für Konjunkturforschung in Deutschland gibt schon jetzt zu, daß im Jahresdurchschnitt 1931 Produktion und Umsatz geringer und die Arbeitslosigkeit größer sein werden, als der Durchschnitt im Jahre 1930, das doch schon ein Jahr der Krise war. Selbst nach bürgerlichen Berechnungen kann die Saisonbelebung den Arbeitsmarkt höchstens um zirka l Million Erwerbslose entlasten. Also auch bei dieser rein schematischen Berechnung, die von der Besonderheit der gegenwärtigen Krise als einer zyklischen Krise im Rahmen der allgemeinen Krise des kapitalistischen Weltsystems völlig absieht, werden wir diesen Sommer damit rechnen müssen, daß ca. 4 Millionen Erwerbslose in Deutschland bleiben. Bei der Vertiefung der Krise in Deutschland und bei dem Fehlen jeglicher Faktoren in der ganzen Welt dafür, daß eine wesentliche Belebung der Wirtschaft in wichtigen kapitalistischen Ländern eintritt, vielleicht mit geringfügigen Ausnahmen einzelner kleiner Länder, bedeutet diese Tatsache allein eine weitere anhaltende Senkung der Konsumkraft der Massen und damit gleichzeitig eine weitere Verengung des inneren Marktes für die deutschen Kapitalisten.

Wie stark sich die Krise bereits im Rückgang des Umsatzes auswirkt, das ergibt sich aus den amtlichen Zahlen, wonach im vierten Quartal 1930 die Umsätze in Deutschland um 6 Milliarden, d. h. um 18 Prozent unter dem Umsatz des Vorjahres lagen. Selbst das bürgerliche Konjunkturinstitut stellt dazu fest, daß auch dieser verringerte Konsum „nur unter teilweiser Inangriffnahme von Sparreserven gehalten werden konnte“. Inzwischen ist die Arbeitslosigkeit um l Million gewachsen. Die Lage der Bauernschaft und des gewerblichen Mittelstandes ist bedeutend schlechter geworden. Die Löhne sind erneut gesunken. Die Kurzarbeit hat sich ungeheuer vermehrt. Es ist demnach klar, daß auch die Konsumkraft der Massen weiter gesunken ist, so daß sich auch der innere Markt immer mehr verengert.

Und wie steht es mit dem Export? Bekanntlich ist der Rückgang des deutschen Exports im Verhältnis zu den übrigen kapitalistischen Ländern relativ geringer. Wie erklärt sich diese günstigere Entwicklung für Deutschland? Da ist einmal die Erleichterung des deutschen Exports durch die sogenannten Sachlieferungen im Rahmen der Reparationszahlungen. Durch die Annahme und die Durchführung der Bedingungen des Young-Planes wird diese Exportbegünstigung im Gegensatz zum Dawes-Plan immer mehr geschmälert und es werden immer weniger Waren auf Rechnung der Reparationszahlungen in den nächsten Jahren geliefert werden.

Ein zweiter Punkt ist, daß der deutsche Export zu einem großen Teil nach Frankreich und den französischen Kolonien ging, und daß Frankreich bis jetzt von allen kapitalistischen Ländern am längsten von der Krise bis vor kurzer Zeit verschont blieb.

Der dritte Punkt ist die Frage der kapitalistischen Rationalisierung. Abgesehen von den Vereinigten Staaten Amerikas hat der deutsche Kapitalismus die größten Fortschritte auf dem

Gebiete der Rationalisierung gemacht. Er hat hier einen gewissen Vorsprung vor allen kapitalistischen Ländern.
Und schließlich ist die besondere Verelendung der deutschen Arbeiterklasse, die starke Herabdrückung des Lebensniveaus des deutschen Proletariats gewissermaßen ein weiterer Vorzug des deutschen Kapitalismus, der dadurch in der Lage war, billigere Produkte auf dem Weltmärkte liefern und seine Exportmöglichkeiten steigern zu können.
Wie steht es nun mit allen diesen Faktoren in der Zukunft? Alle diese Gründe fallen in steigendem Maße fort. Frankreich wird heute von der ökonomischen Krise ergriffen.
In Frankreich sehen wir bereits die ersten Tatsachen der Verschärfung der Wirtschaftskrise. Es ist ganz verständlich, daß durch diese Lage auch der deutsche Export nach Frankreich eingeschränkt wird.
Zweitens: Die deutschen Erfahrungen der kapitalistischen Rationalisierung werden von den übrigen kapitalistischen Ländern übernommen, wobei derjenige, der zuletzt rationalisiert, am besten rationalisiert, so daß selbst die Fortschritte der kapitalistischen Rationalisierung, die in den letzten Jahren in Deutschland gemacht wurden, durch die erhöhte Technik und verbesserte Rationalisierungsmethoden in den anderen kapitalistischen Ländern in den nächsten Jahren schon wieder überholt sein werden.
Die zur Senkung der Gestehungskosten vorgenommene Lohnabbau-Offensive der deutschen Bourgeoisie war ein Signal für den verstärkten internationalen Raubzug und eine neue Offensive des Kapitalismus gegen die Löhne des gesamten Proletariats, so daß selbst die Vorteile, die der deutsche Kapitalismus vorübergehend auf diesem Gebiete hatte, durch die überall einsetzende Kapitaloffensive in den anderen Ländern beseitigt worden. Es besteht also gar keinen Grund zur Annahme, daß die Lage in bezug auf den deutschen Export sich nicht verschlechtern wird. Man kann im Gegenteil sagen, daß eine solche Verschlechterung unvermeidlich in den nächsten Monaten eintreten wird. Das bedeutet naturgemäß eine weitere Vertiefung der industriellen Krise mit allen ihren verheerenden sozialen Auswirkungen auf Millionen von Werktätigen. Die Bourgeoisie stellt ja auch bereits mit vollem Zynismus die Aufgabe, den Lebensstandard der Industriearbeiter in Deutschland auf den der Landarbeiter in den Agrarländern, also der Landarbeiter auf dem Balkan, in den Kolonien und Halbkolonien, herabzudrücken. Z. B. sprach Duisburg auf einer industriellen Tagung davon, daß die Löhne der deutschen Arbeiter auf das Niveau der Löhne der chinesischen Kulis gesenkt werden müßten. Die „Kölnische Zeitung“ vom 1. März ds. Js. bringt einen ähnlichen Artikel. Diese Tatsachen beleuchten und kennzeichnen die neue verschärfte Offensive der deutschen Bourgeoisie.
Wie steht es nun in Deutschland mit der Agrarkrise? Ich will nur eine Ziffer anführen, die außerordentlich charakteristisch ist. Der Landwirtschaftsminister der Brüning-Regierung und großagrarische Führer Schiele erklärte vor einem Monat im deutschen Reichstag, daß der Verbrauch an Kunstdünger im Jahre 1930/31 gegenüber 1929/30 um 11-35 Prozent bei den verschiedenen Sorten zurückgegangen ist. Das ist ebenso kennzeichnend, wie die andere Tatsache, daß der Absatz an Landmaschinen im Jahre 1930 gegenüber 1927/1928 um 45 Prozent zurückgegangen ist. Heute haben wir in der Landwirtschaft einen solchen Zustand zu verzeichnen, daß die Zinsbelastung dauernd steigt, daß überall Pfändungen und Zwangsversteigerungen an der Tagesordnung sind. Es gibt in Deutschland bekanntlich Millionen von Zwergbauern, die bisher neben ihrem landwirtschaftlichen Zwergbetrieb in der Fabrik arbeiten. Sie werden ebenfalls von der Erwerbslosigkeit erfaßt, verlieren den entscheidenden Teil ihres Einkommens und können andererseits heute von ihrem Zwergbetrieb nicht mehr leben. Damit steigt der Landhunger und die Schwierigkeit, die erhöhten Pachtzinsen zu bezahlen, was wiederum die Lage dieser Millionen verschlechtert. Als durchschnittlicher Stundenlohn des Klein- und Mittelbauern, wenn man sein Einkommen in dieser Form umrechnet, ergibt sich nach bürgerlicher Schätzung 16-00 Pfennig je nach der Bodenbeschaffenheit und den Betriebsverhältnissen.

Naturgemäß ist die Agrarkrise aufs engste mit der Industriekrise verknüpft, vertieft sie und wird andererseits von ihr gesteigert. Mit der weiteren Einschränkung des Inlandmarktes steigen ebenfalls die Absatzschwierigkeiten für die Landwirtschaft.
Die besondere Rückständigkeit der deutschen Landwirtschaft ist auch ein krisenverschärfender Faktor. Die Preispolitik der deutschen Industrie auf dem Inlandsmarkt, das künstliche Hochhalten der Preise, verhindert, daß sich die Schere zwischen Agrar- und Industriepreisen schließt, und verteuert und erschwert so den landwirtschaftlichen Betrieb. Die Not und das Elend der Zwerg- und Mittelbauern in der Landwirtschaft werden somit weiterhin anwachsen. Deswegen haben wir auch solche Tatsachen, daß wir weit größere Möglichkeiten besitzen, in letzter Zeit in diese Teile der Bauernschaft mehr und mehr einzudringen. Und es ist bekannt, daß selbst der Kapitalismus sich bemüht, die Methode der Kollektivierung, die hier im Lande des Sozialismus angewandt und durchgeführt wird, im kapitalistischen Sinne zu übernehmen. Wir haben ein Beispiel in Bayern, in Ulm, wo ein Doktor versucht hat, in einer Dorfgemeinde die ganzen Bauern davon zu überzeugen, eine Genossenschaft, eine, natürlich kapitalistische Kollektive zu gründen, um dadurch eine gemeinsame Erzeugung der landwirtschaftlichen Produkte einzuleiten. Das sind verzweifelte Versuche der Bourgeoisie, zu der sie durch die Agrarkrise gepeitscht wird. Die Bauern aber glauben einen Ausweg zu finden, ohne daß es auch im entferntesten eine Hilfe und Rettung vor dem Untergang der kleinen Bauern bedeutet.
In unseren Versammlungen erscheinen manchmal, ohne daß wir als Partei irgend etwas dazu getan haben, Bauerndelegationen, die ihre große Sympathie zur Kommunistischen Partei und zu ihrem Programm der sozialen und nationalen Befreiung ausgesprochen haben. Dies war in letzter Zeit mehrfach der Fall. Genossen, viele Schichten des werktätigen Mittelstandes und der armen Bauernschaft, die heute von der Krise schärfer erfaßt werden, haben kein Vertrauen mehr zu ihren bürgerlichen Parteien und zum kapitalistischen System selbst.
Ich komme nun zu den wichtigsten Problemen, zu den Problemen der Krise im politischen Überbau und dem beschleunigten Heranreifen der revolutionären Krise in Deutschland. Seit dem vergangenen Sommer haben wir in Deutschland eine Reihe von Erscheinungen beobachtet, auf Grund deren wir mit Recht von einem beginnenden Umschlagen der ökonomischen Krise in die revolutionäre Krise sprechen können. Das letzte Zentralkomitee sprach richtig von neuen Elementen einer revolutionären Krise, was auch in der Analyse des Genossen Manuilskis besonders unterstrichen wurde. Eine Frage, die in der politischen Kommission besonders behandelt werden wird, ist der Begriff der „revolutionär-politischen“ Krise, wie es an einigen Stellen in der vorliegenden Resolution heißt. Aber das ist keine Frage, von der man sagen könnte, sie sei eine Streitfrage. Unsere Terminologie, die Bezeichnungen der verschiedenen Entwicklungsformen der ökonomischen, der politischen, der revolutionären Krise und der revolutionären Situation müssen viel ernster und präziser in jeder Situation in den einzelnen Ländern auf das Genaueste analysiert und theoretisch vereinfacht werden. Die Kennzeichnung für politische Krise durch den Ausdruck revolutionär-politische Krise zu ersetzen, darüber werden wir ja noch Möglichkeiten genug haben, hier auf dem Plenum ausführlicher zu sprechen. Wir glauben, daß es an Stelle der Kennzeichnung revolutionär-politische Krise besser ist, von der revolutionären Krise zu sprechen.
Es ist die Frage zu erwägen, ob der dynamische Prozeß der jeweiligen Entwicklung dadurch genügend gekennzeichnet wird. Früher sagten wir g manchmal: Revolutionäre Krise und revolutionäre Situation. Die wichtigste Frage, die bei Betrachtung der revolutionär-politischen Krise steht, ist die Frage des bewaffneten Aufstandes. Natürlich kann man die Frage des bewaffneten Aufstandes nicht terminmäßig stellen, wie es z. B. Trotzki seinerzeit tat. In einer revolutionären Situation steht die Frage des bewaffneten Aufstandes in den meisten Fällen schärfer als in einer Situation der revolutionären Krise, wo die Frage des bewaffneten Aufstandes nicht unter allen Umständen steht. Ich glaube, daß wir in der

politischen Kommission über diese Frage der Zweckmäßigkeit der Bezeichnung der ganzen dynamischen Entwicklung der Klassenkräfte in Verbindung mit der konkreten Analyse der Gesamtsituation kameradschaftlich diskutieren können.
Worin äußert sich nun dieses Übergreifen der Krise von der Erschütterung der kapitalistischen Wirtschaft in eine Krise des politischen Überbaus? Das Entscheidende bei der Darstellung dieser politischen Erscheinungen und das historisch Bleibende an den verschiedenen Kräften und Gegenkräften der geschichtlichen Entwicklung ist: der revolutionäre Aufschwung. Demgegenüber ist die faschistische Entwicklung der deutschen Bourgeoisie und ihrer Hilfskräfte gewissermaßen erst die zweite Tatsache, die sich bei der Betrachtung ergibt. Wir erblicken in der faschistischen Entwicklung der deutschen Bourgeoisie vor allem eben die geschichtliche Antithese des revolutionären Aufschwunges der proletarischen Bewegung. Das ist für uns auf dem Plenum sowie für die deutsche Partei von großer Bedeutung für die Einschätzung des Faschismus in Deutschland. Er ist kein Produkt einer besonderen Stärke der Bourgeoisie, er ist auch nicht das Produkt einer Niederlage des Proletariats. Im Weltmaßstabe hatten wir allerdings Fälle, in denen es anders war. Es ist bei uns eine völlig andere Lage, als die in Italien, wo Mussolini im Anschluß an eine Niederlage des Proletariats seinen Marsch nach Rom unternahm. Auch bezüglich einiger Vorgänge in Österreich (wenn man dort auch nicht ganz so scharf die Frage einer Niederlage stellen kann) kann man sagen, daß unsere Partei und damit das Proletariat gewisse Situationen versäumt hat und nicht genügend aktiv und offensiv aufgetreten ist. Wenn wir in Deutschland eine völlig andere und neue Lage haben, als es z. B. in Italien, in Österreich und in Finnland der Fall war, so wird doch die komplizierte Entwicklung in Deutschland uns solche neuen Tatsachen zeigen, daß selbst unsere Problemstellung der Entwicklung des Faschismus, wie wir sie bis jetzt kennen, als nicht genügend und noch nicht vollendet bezeichnet werden muß. Wenn wir in Deutschland im Laufe des letzten Jahres eine große Offensive des Faschismus hatten, wenn wir den Übergang der deutschen Bourgeoisie zu neuen, faschistischen Herrschaftsformen, die Durchführung der faschistischen Diktatur durch die Brüning-Regierung zu verzeichnen haben, wenn wir in Deutschland von einer ausreifenden, wenn auch nicht ausgereiften faschistischen Diktatur sprechen, so drückt sich darin jener geschichtliche Vorgang aus, daß eine höhere Entwicklung der proletarischen Revolution zugleich eine höhere Stufe der Entwicklung der Konterrevolution produziert. Erst wenn sie diese überwindet, kann die Revolution zur höchsten Kraftentfaltung heranreifen. Ich möchte in diesem Zusammenhang an eine ähnliche Schilderung von Karl Marx in seiner Betrachtung der „Klassenkämpfe in Frankreich“ erinnern. Dort führt er aus, daß sich der revolutionäre Fortschritt

„in der Erzeugung eines Gegners Bahn gebrochen habe, durch dessen Bekämpfung erst die Umsturzpartei zu einer wirklich revolutionären Partei heranreift.“

Dieser dialektische Prozeß und dieses Verhältnis zwischen dem revolutionären Aufschwung und der Faschisierung ist die Ursache, weshalb wir es für nötig halten, in erster Linie den revolutionären Aufschwung und seine Erscheinungsformen zu betrachten. Die einzelnen Tatsachen des revolutionären Aufschwungs in Deutschland sind u. a. folgende: Zuerst unser Wahlsieg vom 14. September. Was drückte sich darin aus? Die Umgruppierung der Klassenkräfte, der rapide Zerfall der alten bürgerlichen Parteien, der Niedergang der Sozialdemokratie, von dem man schon sagen kann, daß er historisch weiter verläuft; die Krise in der sozialdemokratischen Arbeiterjugend, der neue Vormarsch der Kommunistischen Partei gerade in den entscheidenden Schichten des deutschen Proletariats; die Rolle der Nationalsozialisten als des letzten Schutzwalls, der die davonlaufenden bürgerlichen Anhänger von dem Abmarsch ins Lager der proletarischen Revolution zurückhalten soll. Das waren die wichtigsten Tatsachen, die sich am 14. September bei den Reichstagswahlen bereits ergaben. Inzwischen ist die Entwicklung wesentlich weiter fortgeschritten.

Der Berliner Metallarbeiterstreik folgte, der bereits einen großen Erfolg für den revolutionären Klassenkampf bedeutete. Der Ruhrkampf und der damit in Verbindung stehende oberschlesische Sympathiestreik der Bergarbeiter, der eine weitaus höhere Form des Kampfes darstellte, und den wir ohne jedes Zögern und in völliger Unzweideutigkeit als einen klaren Erfolg der revolutionären Bewegung bezeichnen müssen. Im Ruhrkampf die Frage so stellen, daß es der Bourgeoisie doch gelang, den Lohn um 6 Prozent abzubauen und dabei unseren Angriff nicht genügend einschätzen, wäre absolut falsch. Dann hätten wir ja in der ganzen Welt keinen revolutionären Aufschwung, weil es dem Kapitalismus leider fast überall gelingt, den Lohn abzubauen. Diese isolierte Fragestellung in diesem Kampfe wäre eine deprimierende und defätistische und keine leninistische Beurteilung dieses kühnen Kampfes. Gerade durch den verschärften Lohnabbau und die Generaloffensive der Bourgeoisie bilden sich die späteren Formen der höheren Reife der revolutionären Kräfte im Kampfe gegen die Bourgeoisie, entwickeln sie sich auf einer höheren Stufe.

Wir sehen weiter die neue Welle des antifaschistischen Massenkampfes, die es uns in letzter Zeit in Deutschland zu entfesseln gelang. Wir haben z. B. einen solchen Erfolg, daß wir 4 Tage nach den Reichstagswahlen den Kampfbund gegen Faschismus gründeten, der in dieser kurzen Zeit schon annähernd 100000 Mitglieder in seinen Reihen zählt. In Verbindung mit diesem antifaschistischen Massenkampfe organisierten wir überall Kampfkongresse gegen den Faschismus. Sie sind ebenfalls ein Beispiel der neuen steigenden antifaschistischen Kampfwelle im Proletariat.

Wir haben weiter die Tatsache der stärksten Radikalisierung der proletarischen Anhänger der Sozialdemokratie und in noch viel stärkerem Maße die immer größere Zersetzung in der sozialdemokratischen Jugendorganisation. Und zuletzt die Risse in der faschistischen Front, die dort zutage tretende Rebellion und Zersetzung, besonders in den militärischen Teilen der Nationalsozialisten, in den SA-Abteilungen, in den letzten Wochen.

Auf der anderen Seite das außerordentliche organisatorische Wachstum der kommunistischen Bewegung, der KPD sowie auch des Kommunistischen Jugendverbandes besonders in der letzten Zeit. Das sind weitere wichtige Faktoren des revolutionären Aufschwunges in Deutschland.

Als Gegenwirkung dieses revolutionären Aufschwunges vollzieht sich die Krise und die Faschisierung der bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie. Dieser geschichtliche Prozeß in Deutschland kann durch viele Beispiele beleuchtet werden. Ich will nur ein Ereignis, das für die ganze weitere Entwicklung der Politik der deutschen Bourgeoisie von prinzipieller Bedeutung war, dem Plenum in Erinnerung bringen: Der Fußtritt für die Hermann-Müller-Regierung im März vorigen Jahres, das Ende der Koalitionsära mit der Sozialdemokratie im Reichsmaßstabe.

Die damalige Feststellung der deutschen Partei stieß bekanntlich bei einzelnen Genossen, so bei dem Genossen Merker, auf heftigen Widerspruch. Diese Genossen verständen damals nicht, daß es sich bei dem Hinauswurf der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung um einen wichtigen Vorgang von großer politischer Tragweite handelte. Hierin drückte sich aber schon damals eine Reihe von Tatsachen aus:

Einmal der Niedergang der Sozialdemokratie, deren Massenbasis durch den Vormarsch der Kommunistischen Partei allmählich untergraben wird, so daß die Bourgeoisie durch die Koalition mit der Sozialdemokratie nicht mehr wie früher reibungslos ihre Politik durchsetzen kann. Die Schwächung der Sozialdemokratischen Partei durch die Kommunisten bedeutet zugleich, daß sie als Koalitionspartnerin für die Bourgeoisie allmählich an Wert verliert.

Eine zweite Tatsache ist, daß sich darin der Wille der Bourgeoisie stärker ausdrückte, auf Grund der Zuspitzung der Klassensituation zur unmittelbaren Diktatur überzugehen. Man kann auch sagen, die Ausübung der Macht wird von der herrschenden Klasse nicht mehr den sozialfaschistischen Lakaien übertragen, sondern unmittelbar in die eigene Hand genommen.

Und die dritte Frage: Indem die Bourgeoisie der Sozialdemokratie diesen Fußtritt versetzte, schuf sie schon die Voraussetzungen dafür, sich wechselseitig sowohl der Sozialdemokratie wie der faschistischen Massenpartei, der Nationalsozialisten, zu bedienen.

Die richtige Analyse jener Ereignisse durch die Partei im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Albernheiten und dem Geschwätz, wonach es sich um ein angebliches parlamentarisches Mißverständnis und nichts mehr handelte, war von größter Bedeutung für eine richtige Einstellung unserer weiteren Politik. Hätten wir damals vor den schwankenden Genossen, wie Merker und seinen Freunden, in dieser Frage kapituliert und unseren Standpunkt aufgegeben, wäre es uns nicht möglich gewesen, rechtzeitig in unserer gesamten Politik die Wendung zum Kampf gegen den Faschismus zu vollziehen, und wir hätten vielleicht im Anfang dieser Entwicklung ähnliche Fehler begangen wie die Partei in Finnland. Ich möchte bei dieser Gelegenheit die dringende Warnung aussprechen, daß die Komintern die schwachen und auch die mit Erfahrungen nicht genügend ausgerüsteten Parteien beobachten und ihnen helfen muß, weil in ähnlichen Situationen wie der damaligen, solche Fehler, wenn sie übersehen werden, leicht zu einer Kette von Fehlern ausarten können. Zumal beispielsweise bei Mitgliedern unserer Partei rein psychologisch Stimmungen vorhanden waren, auf Grund deren sie die politische Entscheidung unserer Partei gegen Merker damals im Anfang nicht verstanden.

Die an Stelle der Hermann-Müller-Regierung vom Finanzkapital eingesetzte Brüning-Regierung ist in Deutschland nunmehr seit einem Jahr am Ruder. Wir haben in dieser Zeit mehrfach bestimmte Wendungen in ihren politischen Methoden zu verzeichnen gehabt.

Die politische Rolle der Brüning-Regierung wurde durch die Verschärfung der gesamten Klassensituation und der politischen Tendenzen, die sich daraus ergaben, bestimmt. Im einzelnen kann man bezüglich der Brüning-Regierung drei verschiedene Etappen feststellen: Die erste vom März bis zum 14. September, bis zu den Reichstagswahlen. Hier ging die Brüning-Regierung allmählich zu dem System der offeneren Diktatur über; brachte ihre verschiedenen Notverordnungen heraus, während sich die Sozialdemokratie in einer gewissen Scheinopposition befand und „linke“ Manöver machte, um dadurch ihr ramponiertes Ansehen bei den Massen etwas wiederherzustellen.

Nach den Reichstagswahlen, ungefähr bis zum Januar dieses Jahres, gab es dann einige Monate, in denen die Bourgeoisie ziemlich heftig den Kurs auf die offene Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Reichsregierung nahm. Das bedeutete gleichzeitig eine Bedrohung aller Positionen der Sozialdemokratie im Staatsapparat. Es hätte vor allem auch das Ende der preußischen Koalitionsregierung für die Sozialdemokratie bedeutet. Gegenwärtig haben wir die dritte Etappe dieser Brüning-Ära in Deutschland. Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß die Nationalsozialisten nicht an die Regierungsspitze herangelassen werden, daß ein großer Teil der deutschen Kapitalisten, die sich bisher auf die Nationalsozialisten orientiert hatten, nunmehr stärker ihr Interesse und ihre Geldzuwendungen dem Stahlhelm zuschieben, als einer vom kapitalistischen Standpunkt aus solideren und ihrer sozialen Zusammensetzung nach zuverlässigeren faschistischen Wehrorganisation. Auf der anderen Seite duldet die Bourgeoisie die Sozialdemokratie bis auf weiteres noch in der Preußenregierung und zieht sie innerhalb und außerhalb des Parlaments in stärkerem Maße als Stütze ihrer eigenen Diktatur heran, ohne ihr jedoch etwa Konzessionen hinsichtlich einer Koalitionspolitik im Reichsmaßstabe auch nur im entferntesten zu machen. Heute haben wir in Deutschland den Zustand, daß bei der Durchführung der faschistischen Diktatur die sozialdemokratischen Führer die größte Aktivität entfalten. Auf allen Gebieten stellen sie die aktivsten Helfershelfer des Faschismus. Sie sind sozusagen zum Sturmbock der Faschisierung Deutschlands geworden. Wenn man die Frage aufwirft, wieso es den Nationalsozialisten nicht gelungen ist, ihren Wünschen entsprechend in die Regierung zu gelangen, obwohl doch nach dem 14. September die größten Aussichten dafür bestanden, so ist es klar, daß nicht etwa, wie es die Sozialdemokratie hinstellt, ihre sozialfaschistische Politik als das sogenannte „kleinere Übel“

es verhindert hat, daß Hitler und Goebbels Minister in der Reichsregierung werden, sondern das Gegenteil ist der Fall. Die hemmungslosen Liebesdienste der Sozialdemokratie für Brüning, besonders durch die Preußenregierung, haben gerade bewirkt, daß die Nationalsozialisten für ihre demagogische Agitation einen gewissen Spielraum gewannen, eine gewisse Unabhängigkeit, auf Grund deren sie es leichter hatten, ihre Anhängermassen weiter zu betrügen, bei der Stange zu halten oder sogar an einigen Stellen neue Anhänger zu gewinnen. Je stärker aber die Massenbasis der Nationalsozialisten nach dem 14. September noch anwuchs, was einige Wahlen im Reiche bestätigten, desto größer wurde der Anreiz für die Bourgeoisie, die Nationalsozialisten innerhalb der Regierung für ihre Zwecke auszunutzen. Die Antwort auf die Frage, warum das nicht geschehen ist, warum die Nationalsozialisten sozusagen den günstigen Zeitpunkt verpaßt haben und heute kaum Aussicht haben, in absehbarer Zeit vom Standpunkt der Bourgeoisie „regierungsfähig" zu werden, ist neben anderen Gründen außenpolitischer Natur vor allem darin zu suchen, daß es den Nationalsozialisten nicht gelungen ist, in dem Maße in die Arbeiterklasse einzudringen, wie das die Kapitalisten in Deutschland und die Führer der Hitler-Partei selber ursprünglich nach dem sensationellen Erfolg der Nationalsozialisten am 14. September erwartet hatten. Daß diese Aufgabe der Nationalsozialistischen Partei, in die Arbeiterklasse einzudringen, von ihr nicht erfüllt wurde, das aber ist das Verdienst der Kommunistischen Partei. Es ist der wichtigste Erfolg unseres antifaschistischen Massenkampfes. Wir können heute feststellen, daß es uns trotz verschiedener Schwächen und Lücken gelungen ist, den Einbruch der Nationalsozialisten in die Front des deutschen Proletariats im wesentlichen zurückzuschlagen, den Vormarsch des Faschismus zum Stehen zu bringen und eine gewisse Stagnation, ja sogar die ersten ernsten Ansätze zu einem Rückgang der nationalsozialistischen Bewegung zustande zu bringen. Dieser Erfolg der KPD ist die entscheidende Ursache dafür, daß die Nationalsozialisten in Deutschland nicht ans Ruder gekommen sind. Sie haben trotz ihres Vormarsches, trotzdem sie ohne Zweifel eine ziemlich breite Bewegung darstellten, an der wir als Kommunistische Partei auch heute nicht eine Minute lang vorübergehen dürfen, doch nicht eine derartige Massenbasis, vor allem in der Arbeiterklasse, erzielen können, daß es für die Bourgeoisie möglich gewesen wäre, sich definitiv gegen die SPD und für die Nationalsozialisten als Hauptstütze der faschistischen Politik zu entscheiden. Hier drücken sich die großen Schwierigkeiten vom Standpunkt des Kapitalismus aus, die im industriellen Deutschland mit seinem gewaltigen Proletariat und seiner starken Kommunistischen Partei bei der Durchführung der faschistischen Diktatur vorhanden sind. Hier drückt sich bereits die Tatsache aus, in welchem Grade es von unserer Politik, von unserer Kraftentfaltung abhängt, wieweit der Klassenfeind, wieweit die Bourgeoisie bei der Ausschöpfung ihrer Möglichkeiten der faschistischen Entwicklung zu gehen vermag. Wir haben bekanntlich im vergangenen Dezember mit großer Schärfe das rapide Wachsen der faschistischen Gefahr in Deutschland den Massen signalisiert. Die Partei hat die gewisse Wendung in der Politik der Bourgeoisie zum Faschismus, die entscheidenden Schritte, die die Bourgeoisie in dieser Richtung tat, ins Bewußtsein der Massen eingehämmert. Schon damals und noch stärker auf unserem Januar-Plenum des ZK haben wir ausgesprochen, daß es Selbstmord wäre, wenn das deutsche Proletariat der Bourgeoisie gestatten würde, alle Möglichkeiten zur Erhaltung des kapitalistischen Systems durch die volle Entfaltung der faschistischen Diktatur auszuschöpfen. Schon damals stellten wir die Aufgabe des Massenkampfes gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur, um sie in jeder einzelnen Maßnahme zu hindern, zu hemmen und durch die Organisierung der Volksrevolution die kapitalistische Klassenherrschaft und damit den Faschismus überhaupt zu beseitigen. Heute können wir bereits feststellen, daß diese Politik der Kommunistischen Partei gewisse Erfolge gab, was uns aber keineswegs dazu verleiten darf, etwa die Größe der faschistischen Bedrohung des deutschen Proletariats zu unterschätzen. Für Deutschland bleibt im gegenwärtigen Moment nach wie vor im Rahmen unseres Massenkampfes gegen den Kapitalismus als den Hauptfeind

der Faschismus ein entscheidender Feind der Arbeiterklasse im Klassenkampf, so wie die Sozialdemokratie das Haupthemmnis für den Klassenkampf gegen den Kapitalismus und damit der Hauptfeind im Lager der Arbeiterklasse bleibt. Dabei müssen wir die wechselseitige Heranziehung und Ausnützung dieser beiden Kräfte, sowohl des Sozialfaschismus als auch des Faschismus durch die Bourgeoisie in jeder Situation ins Auge fassen. Heute die Behauptung allgemein aufzustellen, die Nationalsozialisten seien überhaupt nicht regierungsfähig, das kann man nicht. Morgen die Behauptung aufzustellen - obwohl das viel wahrscheinlicher ist -, daß die Sozialdemokratie nach den Preußenwahlen in die kommende Preußenregierung nicht wieder hineinkommt, das ist auch nicht mit hundertprozentiger Sicherheit möglich. Bei der Untersuchung einiger taktischer Probleme werde ich später unsere Frontstellung zu den einzelnen Kräften im Lager des Klassenfeindes noch präzisieren.

Was ist das Besondere an der heutigen Lage in Deutschland? Genossen, ich glaube, das, was neuartig und über die bisherigen Erfahrungen in anderen Ländern hinausgeht an der Entwicklung in Deutschland, müssen wir folgendermaßen formulieren:

Wir erleben in Deutschland die Durchführung des faschistischen Regimes seitens des Finanzkapitals, während gleichzeitig die faschistische Massenpartei formell von der Ausübung der Macht ausgeschaltet ist, ja, man kann sogar sagen, direkt in eine Scheinopposition hineingedrängt ist. Die Bourgeoisie versucht, mit der Sozialdemokratie als der momentan wichtigsten Stütze der Diktatur des Finanzkapitals ihre reaktionären Pläne durchzuführen. Das ist das Besondere und das Neue. Selbst auf dem VI. Weltkongreß im Programm konnten über diese Entwicklung des Faschismus noch nicht endgültige Formulierungen gebracht werden, z. B., daß wir in Deutschland die Durchführung der faschistischen Diktatur signalisieren und daß außerhalb der Regierung eine faschistische Massenpartei steht, die in der Reichsregierung nicht offiziell ihre Männer hat.

Genossen, gerade dadurch hat die faschistische Entwicklung in Deutschland, sowohl für die deutsche Partei wie für die Komintern, überhaupt den Anlaß gegeben, das Problem des Faschismus auch theoretisch schärfer zu fassen und gründlicher zu studieren, als das bisher der Fall gewesen ist.

Genosse Manuilski hat bereits mit aller Schärfe darauf hingewiesen, daß der Übergang von der bürgerlichen Demokratie zur faschistischen Diktatur einmal ein organischer Prozeß ist, und zum anderen keineswegs irgendeine Änderung des Klasseninhalts der bürgerlichen Klassenherrschaft darstellt. Demokratie und Faschismus, das sind beides Formen der Diktatur des Finanzkapitals. Nehmen wir z. B. die Tatsachen, wie sie in Europa vor uns stehen. Wir glauben, in England und Frankreich - weil man dort noch heute eine solche Lage von Ländern der sogenannten bürgerlichen Demokratie hat - kann man noch nicht von der Herrschaft des Faschismus sprechen, trotzdem dort eine Entwicklung in der Richtung zur Faschisierung schon zu verzeichnen ist. Wir sprechen dort noch von der bürgerlichen Demokratie. In anderen Ländern, wie z. B. Spanien, sehen wir den Sturz der faschistischen Diktatur durch die Volksbewegung der Massen. Der Klasseninhalt der Diktatur des Finanzkapitals ändert sich nicht, nur die Methoden, die Herrschaftsformen verschärfen sich in der Entwicklung zunächst noch unter dem Deckmantel der bürgerlichen Demokratie.

Mit der Entwicklung des Monopolkapitals einerseits, mit der Zuspitzung der Krise des kapitalistischen Systems und dem revolutionären Aufschwung andererseits, muß die Bourgeoisie vielfach in ihren Herrschaftsformen, in ihren Regierungsmethoden, ebenso eine Verschärfung auf innerpolitischem Gebiet durchführen, wie das in der Außenpolitik durch die wachsende imperialistische Aggressivität zum Ausdruck kommt. Dieser Wechsel der Herrschaftsmethoden ist eben der Übergang zum Faschismus, zur offenen Diktatur an Stelle der Diktatur mit der demokratisch-parlamentarischen Fassade. Genosse Manuilski sagte bereits, daß die Veränderungen in der Staatsform, wie der Abbau des Parlaments und ähnliches, nicht von entscheidender Bedeutung sind, sondern daß wir viel stärker die Methoden der politischen Reaktion gegenüber der Arbeiterklasse und den Werktätigen, den

Raub der politischen Rechte für das Proletariat, die terroristischen Unterdrückungsmethoden und andere Formen ins Auge fassen müssen. Man kann noch weiter gehen und hinzufügen: auch der Bankrott des Parlamentarismus, der Abbau des Parlamentarismus durch die Bourgeoisie in Deutschland, die immer mehr fortschreitende Beseitigung der sogenannten kommunalen Demokratie, sind ein Teil dieser politischen Entrechtung und verschärften Knebelung der Arbeiterklasse. Wenn z. B. in Deutschland in nahezu allen wichtigen Industriestädten die Kommunalparlamente auch äußerlich ihrer bisherigen Funktionen beraubt wurden, wenn von oben eingesetzte Staatskommissare diktatorisch ohne Rücksicht auf die Beschlüsse der Kommunalparlamente die städtischen Finanzen, die Steuern und Ausgaben auf allen Gebieten, der Sozialpolitik verordnen, so ist das eben ein Teil der Offensive gegen die Arbeiterschaft und gegen alle unterdrückten Werktätigen.

Natürlich haben, auch früher, als die Kommunalparlamente noch arbeiteten, die Arbeiter nicht etwa ihre Interessen parlamentarisch verteidigen können. Aber da die anderen Parteien in den Kommunalparlamenten bis zu einem gewissen Grade auf die Stimmung ihrer werktätigen Anhänger Rücksicht nehmen mußten, vollzog sich die Ausplünderung der werktätigen Massen nicht so schrankenlos, wie das bei den jetzigen diktatorischen Methoden in Deutschland der Fall ist. Hier wirkt sich der eine Wesenszug des Faschismus aus, von dem das Programm der Komintern u. a. sagt, daß die faschistische Herrschaft „unabhängig von den Beziehungen zwischen Parteien“ ist. Nehmen wir einige Beispiele der Entwicklung auf der Linie zur Durchführung der faschistischen Diktatur. Der faschistische Überbau der bürgerlichen Staatsgewalt tritt immer mehr in Erscheinung. Welche neuen faschistischen Formen zeigen sich auf den verschiedenen Gebieten? Die Frage der Reichs- und Verwaltungsreform, die in den kommenden Monaten in Deutschland durchgeführt werden soll, bedeutet neue reaktionäre Konzentration der Staatsgewalt, wobei die Ausschaltung Preußens als besonderer Länderstaat und als besonderes Parlament erwogen werden soll. Daß die Regierung einen solchen Entwurf plant, zeigt, daß bei der Bourgeoisie stärkere Tendenzen vorhanden sind, Preußen als besonderen Länderstaat auszuschalten. Von Interesse ist, daß Länder, wie z. B. das reaktionäre Bayern, keineswegs bei dieser Vereinheitlichung in der Reichsreform genannt werden. Die Maßnahmen zur wesentlichen Verschlechterung des Wahlrechtes liegen in derselben Linie der steigenden Faschisierung.

Viel entscheidender noch zur Kennzeichnung der faschistischen Entwicklung sind natürlich die unmittelbaren Unterdrückungs- und Raubmaßnahmen gegenüber dem Proletariat und. den Werktätigen. Was haben wir in der letzten Zeit auf diesem Gebiet für neue Tatsachen zu verzeichnen?

Wir haben im Reichstag den generellen Raub der Immunität der kommunistischen Abgeordneten. Mit einer einzigen Abstimmung im Reichstag wurde unter Zustimmung der Sozialdemokratie die Immunität der kommunistischen Abgeordneten für viele Hunderte von Prozessen mit einem Schlage aufgehoben. Wir haben Demonstrationsverbote gegen die Arbeiterschaft in fast ganz Deutschland. Wir haben eine systematische Welle von Zeitungsverboten gegen die kommunistische Presse. Wir haben ein neues Anwachsen der Justizverfolgungen, wobei es so brutale Urteile gibt, daß man von faschistischer Justiz sprechen muß. Die jüngeren Richter und die Staatsanwälte, die von den Universitäten nach der Revolution die verschiedenen Ämter besetzten, nutzen die Strafbestimmungen, die an sich schon reaktionär sind, viel schärfer aus; die Urteile, die sie heute fällen, kennzeichnen weiter die Verschärfung der gesamten Situation zum Faschismus. Der sozialfaschistische Polizeiminister von Preußen, Severing, gibt einen Erlaß heraus, wonach in Zukunft auch geschlossene Saalversammlungen schon vorher verboten werden sollen, wenn die Polizei glaubt, daß sie einen „unfriedlichen Charakter“ haben werden.

Am stärksten aber drückt sich diese Politik der Durchführung der faschistischen Diktatur durch die Brüning-Regierung in den Ereignissen aus, die sich in Deutschland in den letzten Tagen abgespielt haben. Soeben wurde durch den Reichspräsidenten Hindenburg der

Belagerungszustand verhängt und ein Erlaß unterzeichnet, der für die gesamte revolutionäre Arbeiterbewegung einen Zustand der Halblegalität schafft. Jede proletarische Versammlung kann in Zukunft verboten werden. Jedes Plakat, jedes agitatorische Transparent, jedes Flugblatt unterliegt der Vorzensur. Mit einem Schlage wird in Deutschland ein Zustand der politischen Reaktion herbeigeführt, der an die schlimmsten Zeiten des Krieges und der damaligen Unterdrückung der Arbeiterbewegung im kaiserlichen Deutschland erinnert, sich aber natürlich auf einer viel höheren Stufe der Zuspitzung der Klassengegensätze abspielt.

Das Karl-Liebknecht-Haus, das Haus der Kommunistischen Partei Deutschlands in Berlin, wurde gestern von einem Riesenaufgebot von Polizeimannschaften und Kriminalbeamten überfallen. Das ganze umliegende Straßenviertel in der Umgebung des Karl-Liebknecht-Hauses wurde zum Schutze vor proletarischen Demonstrationen durch starke Polizeitruppen abgesperrt und eine Haussuchung vom Keller bis zum Dach vorgenommen, um etwa Waffen oder belastendes Material gegen die Partei zu finden. Obwohl die Abgesandten des sozialfaschistischen Polizeipräsidenten von Berlin unverrichteter Dinge wieder abziehen mußten und nichts in ihre Hände fiel, gelangte zwei Stunden später der schon erwähnte Erlaß von Hindenburg mit der weiteren Unterschrift von Brüning und dem Innenminister Wirth zur Veröffentlichung. Es läßt sich vermuten, daß die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten in Preußen und Berlin gemeinsam mit der Brüning-Regierung noch versuchten, belastendes Material zu finden und gegen uns in den Aufruf hineinzubringen. Das ist ihnen nicht geglückt. Die Tatsache, daß der Aufruf zwei Stunden nach der Durchsuchung herauskam, bestätigt nur unsere Vermutung. Diese neuesten Tatsachen sind eine vollständige und restlose Bestätigung für die Auffassung unserer Partei, ein vollgültiger Beweis, wie notwendig es war, rechtzeitig den Massen den faschistischen Charakter der Brüning-Regierung zu signalisieren, die Massen darauf einzustellen, daß es diese Bourgeoisieregierung selber ist, die gestützt auf die Sozialdemokratie und auf die Mordbanden des Faschismus, mit Hilfe ihrer sozialfaschistischen Agenten in der Preußenregierung und in den Polizeipräsidien die faschistische Diktatur in Deutschland durchzuführen versucht. Es gibt wohl keinen Zweifel darüber, daß es sich hierbei um faschistische Formen der Klassenherrschaft der Bourgeoisie handelt, die schon einen ziemlich krassen und ausgeprägten Charakter angenommen haben.

Von größter Bedeutung ist das Hand-in-Hand-Arbeiten zwischen dem individuellen Terror der Faschisten und der organisierten politischen Reaktion durch den Staatsapparat. Hier zeigt sich sehr deutlich die Wechselwirkung zwischen der Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur und ihren legalen faschistischen Methoden einerseits und den Funktionen der außerhalb der Regierung befindlichen faschistischen Massenpartei, den Nationalsozialisten, andererseits.

Der krasseste Fall in der letzten Zeit waren die Hamburger Ereignisse. Man stelle sich einmal vor: Die Faschisten organisieren planmäßig und systematisch den heimtückischen Meuchelmord an einem Abgeordneten der KPD, den Genossen Henning. Eine ungeheure Empörung herrscht darüber in der Arbeiterschaft und auch in den Mittelschichten. Selbst die bürgerliche Presse muß Entrüstung über die faschistischen Mörder markieren. Und was erfolgt seitens der Institutionen des kapitalistischen Staates? Es wird die kommunistische Zeitung verboten, es werden alle Protestversammlungen der Kommunisten nicht erlaubt, ja selbst geschlossene Mitgliederversammlungen der Partei werden gestört und viele Betriebsversammlungen würden in Hamburg auseinandergeschlagen. In dem Betriebe, aus dem der ermordete Genosse Henning hervorging, in dem er vorher lange gearbeitet hatte, wurde die Betriebsversammlung von der Polizei auseinandergeschlagen. Und schließlich beim Begräbnis des Genossen Henning, des Opfers der faschistischen Meuchelmörder, auf dem Rückmarsch der großen Demonstration vom Friedhof zum Barmbecker Bahnhof, schlug die Polizei die Demonstration mehrmals auseinander und gab mehrere Salven in die zurückflutende Masse ab, wobei ein Arbeiter erschossen und drei oder vier schwer verwundet wurden. Also nicht gegen die Mörder und ihre Partei, sondern gegen die Partei und gegen die

Anhänger des Ermordeten wurden Repressalien ausgeübt, richtet sich das ganze Wüten des Staatsapparates und seiner bewaffneten Macht.
Die Verhaftung der Mordbanditen im Falle Hamburg, und daß man ihnen sogar den Prozeß machen will, darf uns nicht täuschen, als ob die jetzige Staatsgewalt und Justiz ernstlich gewillt sei, die Mörder zu bestrafen. Überall ist die Justiz auf ihrer Seite. Die Nationalsozialisten, mit ihrer terroristischen Betätigung, mit ihrem Mordfaschismus gegen die Arbeiterklasse, handeln doch im direkten Auftrag des regierenden Finanzkapitals, als direkte Bundesgenossen und Hilfsgarden der Brüning-Regierung.
Genossen, bei unserer Analyse der Situation, bei unserer Perspektive der Entwicklung, wenn wir das beschleunigte Heranreifen einer revolutionären Krise in Deutschland feststellen, müssen wir uns darüber im klaren sein, daß diese Rolle und Tätigkeit der Faschisten vom Standpunkt der Bourgeoisie aus auch in Zukunft nicht eingeschränkt, sondern gegen die revolutionäre Klassenfront verschärft wird.
Beim Heranreifen des Bürgerkrieges wird die faschistische Massenpartei, als die bewaffnete Konterrevolution, als Massenbewegung, in Deutschland ihre Funktion für die Bourgeoisie nicht abschwächen, sondern im Gegenteil wesentlich verstärken. Wir können verschiedene Länder nehmen, wo die Entwicklung des Faschismus zwar nicht solche eigenartigen Formen wie in Deutschland annahm, aber wo der Faschismus, bevor er zur Herrschaft kam, zu den schärfsten terroristischen Maßnahmen gegen die revolutionäre Front, gegen die kommunistischen Parteien griff. Nehmen wir die Frage der Kriegsgefahr. Die Faschisten sind neben der Sozialdemokratie die treibende Kraft des konterrevolutionären Krieges gegen die Sowjetunion. Wir dürfen uns da nicht leiten lassen von einigen diplomatischen Manövern, die z. B. Mussolini in letzter Zeit durchführte, sondern müssen klar erkennen die klassenmäßige Entwicklung des Faschismus in den verschiedenen kapitalistischen Ländern, wie die Frage der bewaffneten Intervention und der Kriegsvorbereitungen gegen die UdSSR, die von den Faschisten manchmal noch schärfer gestellt wird, als es selbst der Sozialdemokratie möglich ist.
Denken wir an die Jahre 1918-1920 in Deutschland. In den Bürgerkriegskämpfen war damals zwar die Sozialdemokratie die politische Kraft, die den bewaffneten konterrevolutionären Terror unter Führung Noskes gegen das revolutionäre Proletariat einsetzte, aber die sozialdemokratischen Parteiorganisationen stellten nicht die bewaffneten konterrevolutionären Garden. Hierfür wurden vielmehr die sogenannten Freikorps aus den Kreisen der Offiziere und reaktionären Soldaten geschaffen, die die Keimzellen der heutigen faschistischen Bewegung, der heutigen Nationalsozialistischen Partei darstellen.
Und hier kommen wir zu dem Problem des Verhältnisses von Faschismus und Sozialfaschismus in der jetzigen Entwicklung in Deutschland. Bei dieser Problemstellung gibt es, wie Genosse Manuilski richtig betonte, in der Vergangenheit große Fehler und werden sich auch in der Zukunft noch neue ergeben. Der Hauptfehler ist selbstverständlich die rechte Abweichung, wenn man einen prinzipiellen klassenmäßigen Gegensatz zwischen Faschismus und Sozialfaschismus konstruiert. Faschismus und Sozialfaschismus stehen in einer Klassenfront und arbeiten beide an der Durchführung der faschistischen Diktatur mit. Aber gefährlich ist auch der andere Fehler, Faschismus und Sozialfaschismus in einen Topf zu werfen, wie es bei dem Genossen Merker geschah. Wir dürfen die Verschiedenheit nicht übersehen, wenn wir zu einer richtigen Politik im Kampfe gegen Faschismus und Sozialfaschismus kommen wollen.
Die Faschisten in Deutschland, die Nationalsozialisten, stellen noch immer eine große Massenbewegung dar, deren gesamte Aktivität heute im bewaffneten Mordterror gegen die Arbeiterklasse zum Ausdruck kommt. Das ist momentan fast die einzige Funktion, die die Bourgeoisie dem Nationalsozialismus zuweist. Diese Tatsache muß auch im Lager der Nationalsozialisten Differenzen hervorrufen, über die ich später noch ausführlicher sprechen werde.

Natürlich macht die Sozialdemokratie den Versuch, die nationalsozialistische Konkurrenz auch auf dem Gebiete des bewaffneten Terrors zu schlagen, um der Bourgeoisie zu beweisen, daß auch sie das leisten können, was die Nationalsozialisten in Deutschland tun. Der Führer der sozialfaschistischen Wehrorganisation, des Reichsbanners, der Sozialfaschist Hörsing, schafft in der letzten Zeit in den Reihen dieser Wehrorganisationen die sogenannte Schufo, ein Ausdruck für „Schutzformationen". Natürlich sind diese Schufo - unter dem Deckmantel „Schutzformationen" - besondere ausgesuchte Kader der SPD für bewaffnete Aktionen, in der Art der nationalsozialistischen Sturmabteilungen. Es ist klar, daß trotz einiger antifaschistischer Phrasen der Zweck dieser Schufo sein soll, Formationen für den Bürgerkrieg gegen das revolutionäre Proletariat und gegen die Kommunisten zu schaffen. Wir hatten ähnliche Beispiele in Polen, als die PPS solche bewaffnete Garden schuf, die sie nicht gegen die Pilsudski-Faschisten, sondern gegen die revolutionäre Arbeiterschaft einsetzte, wie es sich am 1. Mai 1928 am krassesten gezeigt hat.

Ich glaube also, Genossen, diese Entwicklung in Deutschland vollzieht sich zwar in anderen Formen, als es in Polen der Fall ist, aber in der Tatsache, daß Hörsing solche Methoden einleitet, werden die ersten Symptome dieser Entwicklung sichtbar, es zeigen sich auch bereits zwischen Führung und Massen in den sozialdemokratischen Wehrorganisationen bestimmte Differenzen. Ich erinnere daran: als am 22. Februar in Deutschland der Aufmarsch der Schufo im Reichsmaßstabe durchgeführt wurde, organisierten wir in Berlin eine Einheitsfrontaktion, um zu gleicher Zeit den Arbeitern im Reichsbanner eine Möglichkeit zu schaffen, für den gemeinsamen Kampf gegen die bewaffneten Mordbanden der Nationalsozialisten. Die Nationalsozialisten hatten angekündigt, daß sie diesen Aufmarsch der Schufo sprengen würden. Wir riefen unserseits die Arbeiterschaft zum Aufmarsch im Lustgarten auf und mobilisierten trotz Verbots und der polizeilichen Drohungen die revolutionären Arbeiter. So gelang es uns, die Pläne der Führung des Reichsbanners und des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten zu durchkreuzen, die eine Schlägerei und Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Reichsbanner herbeiführen wollten. Es gelang uns durch unsere Methoden im antifaschistischen Massenkampf eine vorübergehende Einheitsfrontaktion an diesem Tage einzuleiten Selbstverständlich kann man einen solchen politischen Erfolg und die Schlappe von Hörsing in diesem Falle nicht verallgemeinern.

Es ist dies ein besonders günstiges Beispiel, das man nicht einfach verallgemeinern kann. Andererseits müssen wir sehen, daß es den Sozialdemokraten auch in Deutschland gelingen wird und auch schon gelungen ist aus ihren Anhängermassen bestimmte Terrorformationen für den Bürgerkrieg zu schaffen, die sicherlich Seite an Seite mit den Nationalsozialisten einmal auf der anderen Seite der Barrikaden gegen uns kämpfen werden. Aber um was handelt es sich bei diesem Beispiel? Ich wollte mit diesen Tatsachen aufzeigen, daß zwischen der Bürgerkriegsideologie der Anhänger der Nationalsozialistischen Partei und der Bürgerkriegsideologie der sozialdemokratischen Arbeiter zweifelsohne ein Unterschied besteht. Das dürfen wir bei unserer Arbeit keineswegs aus dem Auge lassen. Genosse Manuilski hob hervor, daß die Erfolge der KPD bei der Lösung der zentralen Aufgabe aller kommunistischen Parteien, der Eroberung der Mehrheit des Proletariats, internationale Bedeutung gewinnen. Er bekämpfte mit Recht mit aller Schärfe eine gewisse Spontaneitätstheorie, die manche Kommunisten gegenüber dem revolutionären Aufschwung anwenden, eine Einstellung z B., die man manchmal bei Arbeitern und Genossen auch hört, als ob nun durch die Krise und den revolutionären Aufschwung uns die gebratenen Tauben sozusagen in den Mund fliegen, oder man kann auch grob sagen als ob uns die fertig garnierten Sowjetrepubliken vom Himmel in den Schoß fallen würden. Solche Tendenzen und Auffassungen müssen wir entschieden und aufs schärfste bekämpfen.

Unsere chinesische Bruderpartei hat auf diesem Gebiet heroische und große Erfahrungen machen können, und unsere kleine österreichische Bruderpartei kennt aus eigener Praxis ähnliche und vielleicht umgekehrte Erfahrungen. Der revolutionäre Aufschwung ist bis zu

einem gewissen Grade abhängig von unserer richtigen revolutionären Massenpolitik. Im Zentralkomitee stellten wir mit allem Nachdruck fest daß die einzige Leninsche Antwort auf die Frage nach dem Entstehen der revolutionärer Situation in Deutschland nur folgendermaßen lauten kann Wir sagten uns: haben wir gewisse objektive Möglichkeiten für die Entstehung einer revolutionären Situation? Natürlich. Wir stellten fest daß die Krise für den Kapitalismus außerordentlich große innere Schwierigkeiten bringt. Aber es gibt keine absolut auswegslose Situation für den Kapitalismus, wenn wir sie nicht dazu machen. Das ist das wichtigste strategische Problem unserer ganzen Politik. Mit anderen Worten: Wir müssen die revolutionäre Situation an Hand der günstigen objektiven Bedingungen organisieren. Im revolutionären Klassenkampf des Proletariats, in der Entfaltung und selbständigen Führung der ökonomischen und politischen Kämpfe, in der Organisierung und der Führung der proletarischen Gegenoffensive liegt der Schlüssel zur revolutionären Situation. Wenn das für die allgemeinen großen Aufgaben des revolutionären Aufschwungs gilt, so hat es nicht weniger Berechtigung für jedes Teilgebiet der revolutionären Arbeit und insbesondere auch für den Kampf gegen die Sozialdemokratie und gegen, den Faschismus.

Welches ist der wesentliche Unterschied zwischen der Politik der Kommunistischen Internationale, die vor 4-5 Jahren durchgeführt wurde und heute? Damals bestand unser Kampf gegen die Sozialdemokratie vornehmlich - ich sage ausdrücklich „vornehmlich“ - in der Agitation und Propaganda. Wir versuchten, die Sozialdemokratie auf das schärfste zu entlarven. Mit dem Wachstum der kommunistischen Parteien und ihrer Bolschewisierung konnten wir den entscheidenden Schritt vorwärts gehen: von der Agitationspolitik zur Aktionspolitik. Natürlich bedeutet das nicht, daß wir damals keine Aktion durchführten, sondern die Betrachtung der meisten Sektionen in der ganzen Welt ergibt natürlich die Tatsache von verschiedenen großen revolutionären Kämpfen in den einzelnen Sektionen. Aber in der Zeit vom VI. Weltkongreß und IV. RGI-Kongreß an steht vor uns konkreter und klarer als vorher die Aufgabe, selbständig die Kämpfe zu führen, besonders auf dem Gebiete der politischen und ökonomischen Kämpfe des Proletariats gegen den Kapitalismus, um gleichzeitig in diesen Kämpfen die Sozialdemokratie zu schlagen.

Damit komme ich zu dem entscheidenden Punkt für unsere Taktik in Deutschland. Wir hatten uns sehr daran gewöhnt, nach außen in unserer Propaganda den Kampf ausschließlich gegen die Sozialdemokratie zu führen, als das Haupthemmnis der proletarischen Revolution und damit eine der stärksten Stützen der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, wobei wir in unserem äußeren Auftreten - ich betone ausdrücklich in unserem äußeren Auftreten - manchmal den Kapitalismus und die Bourgeoisie schon beinahe vergessen hatten. Es soll vorgekommen sein, daß kommunistische Parteien auch vergessen haben, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, welche Tatsache verschiedentlich festgestellt wurde, weil solche Auffassungen in einigen Sektionen vorhanden waren, wodurch der Kampf gegen die Sozialdemokratie abgeschwächt und sehr oft erschwert wurde.

Selbstverständlich kann man den Kapitalismus nicht schlagen, ohne die Sozialdemokratie zu vernichten, und unser welthistorischer Kampf gegen die Sozialdemokratie ist im Grunde ein verschärfter Kampf gegen die Bourgeoisie, offensivster Kampf gegen die Kapitalisten. Das wissen wir alle. Das ist ein allgemeines Gesetz, das sind für uns Selbstverständlichkeiten. Aber wissen es die Millionenmassen der vom Reformismus noch betörten Arbeiter in der ganzen Welt und besonders auch in Deutschland? Leider nicht! Niemand wird bestreiten, daß diese „Kleinigkeit“ besteht, daß die sozialdemokratischen Arbeiterklassen ein solches Verständnis nicht haben können, sonst wären sie nicht mehr im Lager ihrer klassenverräterischen Führer. In dieser Frage haben wir in Deutschland eine ganz entschlossene und großzügige Wendung vorgenommen. Das war bei einer richtigen Generallinie bei ihrer jeweiligen Konkretisierung an Hand der bestimmten Verhältnisse der Schlüssel zu unseren politischen Erfolgen besonders in der letzten Zeit. Wir haben gelernt, daß wir den Massen in unserer gesamten Politik, durch unsere Führung, durch alle unsere

Taten und durch unsere Agitation und Propaganda beweisen müssen, daß wir die einzige antikapitalistische Partei, die einzige antifaschistische Kraft sind, die den Kampf gegen die Bourgeoisie führt. Unser Kampf gegen den Klassenfeind ist unzertrennbar verbunden mit dem schärfsten prinzipiellen und methodischen Kampf gegen die Sozialdemokratie. Dies ist ein Bestandteil des historischen Kampfes in der Geschichte der Gegenwart und das bleibt ein Bestandteil des historischen Kampfes in der Zukunft. Diese Frage ist keine Frage von untergeordneter Bedeutung. Wir hatten bei den Reichstagswahlen in unserer Partei einige schwankende Genossen, die mehrmals in der politischen Kampagne uns Vorwürfe machten und erklärten, die Partei kämpfe zuviel gegen Faschismus und zu wenig gegen die Sozialdemokratie. Wir haben uns um solche Stimmungen nicht gekümmert, weil diese Fragestellung unberechtigt und unrichtig war. Ich will nicht sagen, daß wir vorübergehend Zeiten hatten, wo manchmal das Schwergewicht unseres Kampfes sowohl gegen den Faschismus als auch gegen die Sozialdemokratie sich verschiedenartig verschob, je nach den Verhältnissen, je nachdem die Führung in der Lage war, ihre eigenen Schwächen zu überwinden. Aber, Genossen, man kann den Sozialfaschismus nicht schlagen oder wenigstens wird dieser Kampf ungeheuer erschwert, wenn man nicht die sozialdemokratischen Arbeiter und ihren Anhang zum Kampf unter Führung der kommunistischen Parteioffensive und systematisch gegen den Faschismus mobilisiert. Diese Frage steht sehr scharf in Deutschland, wo die Bourgeoisie sich die Aufgabe gestellt hat, die faschistische Diktatur durchzuführen. Im Kampf gegen den Kapitalismus, den Faschismus und Sozialfaschismus müssen wir eine klare offensive Frontstellung beziehen, wobei selbstverständlich international gesehen die besonderen Bedingungen eines jeden Landes berücksichtigt werden müssen.

Nehmen wir die Frage des Faschismus in Deutschland. Wir hatten hier ganz große Schwächen. Einen riesigen Tempoverlust in verschiedenen Abschnitten in der Entwicklung. Zum Beispiel, im Winter und Frühjahr 1930, wo die faschistische Welle begann, damals war unsere einzige Losung: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“, die solange Geltung hatte, wie sich der Faschismus noch nicht zu einer Massenbewegung entfaltet hatte.

Aber als mit dem Fortschreiten der Krise, mit dem Zerfall der alten bürgerlichen Parteien, der Faschismus zu einer Massenbewegung heranwuchs, war diese Losung, die sehr starr und teilweise abstrakt durchgeführt wurde, nicht mehr ausreichend. Das Polbüro nahm zur Frage des antifaschistischen Massenkampfes Stellung und beschloß eine Resolution, die heute noch die Grundlage des Kampfes gegen den Faschismus ergibt. In dieser Resolution stand, daß wir viel stärker den ideologischen und wehrhaften Kampf gegen den Faschismus miteinander verbinden und durchführen müssen. Das war die Kernfrage, daß wir nicht nur wehrhaft, sondern gleichzeitig ideologisch den Kampf gegen den Faschismus führen müssen. Die Voraussetzung des wehrhaften Massenkampfes gegen den Faschismus ist, daß man auch ideologisch stärker den Kampf gegen den Faschismus aufnimmt und durchführt. Dadurch bekamen wir einen gewissen Umschwung. Bei dieser Problemstellung entstand in der Arbeiterbewegung und in unserer Partei eine gewaltige Wendung. Es war uns früher sehr schwer, an die Anhänger der Nationalsozialistischen Partei heranzukommen. Eine entscheidende Quelle des faschistischen Aufschwungs bildete die nationale Demagogie der Hitler-Partei, die die Erbitterung der Massen über die doppelte Sklaverei, der deutschen Kapitalisten und des ausländischen Finanzkapitals mit Hilfe des Versailler Friedensvertrages und des Young-Planes, ausnutzte und sich dadurch vorübergehend als Retter und als Vorkämpfer für die nationale Befreiung aufspielte. Wie stand es mit uns in dieser Frage? Tatsächlich war ja unsere revolutionäre Politik im Kampfe gegen den schamlosen Versailler Frieden von jeher in Deutschland die einzige Politik, die einzige Kraft, die wirklich gegen den Imperialismus und für die nationale Befreiung eingestellt war. Wie überhaupt der zwölf Jahre lange Kampf in der Reparationsfrage in Deutschland aufs engste und tiefste mit der Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands verknüpft ist. Nehmen wir z. B. das Jahr 1919. Damals dachte kein Mensch an die Nationalsozialisten. Der Spartakusbund stellte

bereits der imperialistischen Reparationspolitik die Losung der proletarischen Revolution entgegen. Die ganze Tradition der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Deutschlands, ihr Kampf gegen Versailles, ihre Haltung und der Kampf während der Ruhrbesetzung 1923, alle diese Tatsachen geben der Kommunistischen Partei Deutschlands das Recht, an der Spitze des nationalen Befreiungskampfes zu marschieren. Wir haben viel zu wenig die historische Tatsache ausgenutzt, daß die Sowjetregierung die einzige Regierung in der Welt ist, die damals und besonders heute gegen Versailles die schärfste Stellung einnahm und einnimmt. Aber in unserer Praxis, in unserer Agitation und Propaganda, konnten wir allerdings nicht sehr viel davon spüren. Es war manchmal fast so, als wenn wir uns unserer richtigen nationalen Befreiungspolitik vor den Massen etwas schämten, trotzdem doch unsere revolutionäre Stellungnahme absolut mit der Leninschen Fragestellung zu Versailles übereinstimmte.

So kam es auch, daß wir in unserem Kampfe gegen Versailles und gegen den räuberischen Young-Plan einen Tempoverlust zu verzeichnen hatten, so daß wir in zwei besonderen Sitzungen des Zentralkomitees eine Wendung in der Partei vornehmen mußten, um diesen Tempoverlust in der Frage des Kampfes gegen den Young-Plan zu beseitigen.

Jener merkliche Tempoverlust in Sachen des Young-Plans gab den Nationalsozialisten Zeit und erst Spielraum zur Entfaltung ihrer nationalsozialistischen Demagogie und führte auch dazu, daß vorübergehend einige ideologische und wehrhafte Schwächen eingetreten waren. Und als wir während des Reichstagswahlkampfes unser Freiheitsprogramm veröffentlichten, das wir in vielen Millionen Exemplaren in Deutschland verbreitet haben, da erkannte unsere Partei erst die große Bedeutung dieser Tatsache, die wie eine Bombe unter Millionen von Werktätigen wirkte. Dieses Programm der nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes, das nicht nur für den Augenblick der Vorbereitung der Reichstagswahlen aufgestellt war, bildet nach wie vor die Achse unserer gesamten Politik. Im Kampfe gegen den Faschismus kamen wir durch das Freiheitsprogramm, wie gesagt, ideologisch völlig in die Offensive. Dagegen gab es in den letzten Monaten einige Schwächen in der Frage der wehrhaften Bekämpfung des Faschismus. Der .unaufhörliche Mordterror der Nationalsozialisten brachte vorübergehend an einzelnen Stellen in Deutschland eine gewisse Zermürbung und Einschüchterung der revolutionären Arbeiter zustande. Wir hatten große Schwächen auf dem Gebiet des wehrhaften Kampfes gegen den Faschismus, z. B. sehr stark in Berlin, wo sich mehrere nationalsozialistische Mordtaten ereigneten, ohne daß die Arbeiter in genügendem Maße und mit genügender Entschlossenheit mit den notwendigen Wehrmaßnahmen gegen die Faschisten antworteten. Das letzte Plenum des ZK hat in dieser Beziehung bahnbrechende Wendung geschaffen. Eine wesentliche Frage im Kampfe mit den Nationalsozialisten, wie auch bei der Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für die antifaschistische Massenkampffront, ist die Frage der entschiedenen Verteidigung, der offensiven Wehrhaftigkeit des Proletariats im Kampfe gegen den Mordterror der Faschisten. Eine weitere sehr wesentliche Frage im Kampfe gegen den Nationalsozialismus wie auch bei der Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für die antifaschistische Kampffront ist die Aufrollung unserer sozialistischen und antiimperialistischen Friedenspolitik. Das ist um so notwendiger heute, wo die Brüning-Regierung und die deutsche Außenpolitik eine immer stärkere imperialistische Aggressivität aufzuweisen beginnt. Der Abschluß der Zollunion zwischen Deutschland und Österreich liegt in derselben Linie. Die angekündigte Reise von Curtius nach England signalisiert weiter diese außenpolitischen Maßnahmen. Dabei ist von größter Bedeutung unser Kampf gegen die imperialistische Bedrohung der Sowjetunion. Diese klare Aufrollung unserer Politik als der Partei des Friedens muß aufs engste mit unserer führenden Rolle im Kampfe für die nationale Befreiung vom Joche der imperialistischen Raubverträge verbunden sein. Das Januarplenum unseres Zentralkomitees beschloß eine Resolution, in der es zu dieser Frage heißt:

„Wir müssen die zügellose Kriegsrüstungs- und Abenteurerpolitik des deutschen Faschismus, seine mörderische Hetze für den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion, wie auch für den Revanchekrieg, vor den Massen entlarven und demgegenüber klar das Banner des Internationalismus unserer Partei entrollen. Unter allen Werktätigen gilt es, die Ideologie der Solidarität mit den polnischen und französischen Arbeitern tatkräftig zu propagieren. Gegen die chauvinistische Hetze der Faschisten stellen wir unsere Losungen des Kampfes gegen den Weltimperialismus, unsere Forderung, daß keine Nation unterdrückt werden soll. Wir sind die einzige Friedenspartei, die einzige Partei, die alle Grundfragen der deutschen und der internationalen Politik ohne Eroberungskrieg, ohne Knechtung und Bedrohung fremder Völker lösen kann."

Diese klare Abgrenzung und Frontstellung gegenüber der faschistischen Revanchehetze ist zweifelsohne eine notwendige und erfolgreiche Weiterführung und Ergänzung unseres Freiheitsprogrammes.

Ich komme jetzt zum letzten Punkte in der Frage des antifaschistischen Kampfes, zur Problemstellung der Durchführung der faschistischen Diktatur. Als im Dezember des vorigen Jahres in den Maßnahmen der Brüning-Regierung die Methoden der Faschisierung auf kaltem Wege einen bestimmten Grad der Entwicklung überschritten hatten, vollzogen wir eine entscheidende strategische Wendung, indem wir den Massen den faschistischen Charakter der Brüning-Herrschaft mit aller Schärfe zu erklären begannen. Wir mußten das um so mehr tun, weil die sozialdemokratischen Führer den sozialdemokratischen Arbeitern und der Anhängerschaft der Sozialdemokratie schon damals auf betrügerische Art und Weise die Brüning-Regierung als das „kleinere Übel" in der Entwicklung darzustellen versuchte. Wir als Kommunisten waren verpflichtet, in der Frage der Entwicklung zum Faschismus die faschistische Rolle der Brüning-Herrschaft mit aller Konsequenz aufzuzeigen, zu zeigen, welchen Weg diese Regierung marschieren will. Dabei gab es anfangs einige nicht völlig zutreffende Formulierungen, eine nicht vollkommene Analyse der Situation. Trotzdem war die Tatsache, daß wir auf bestimmte neue Erscheinungen ohne jedes Zögern reagierten, und überhaupt die Probleme stellen, die in jenen Arbeiterkreisen, die noch nicht in unserer Partei organisiert waren, neue lebhafte Diskussionen auslösten, - schon diese Tatsache war bedeutungsvoll und bewies die Notwendigkeit unserer Politik. Wir haben durch unser rasches Eingreifen, wobei wir dann auf unserem Januarplenum des Zentralkomitees unsere Analyse genauer konkretisierten und einige Schwächen beseitigten, die bei einigen Problemen, bei denen wir schnell reagieren mußten, vorhanden waren, das eine erreicht: In den Millionenmassen des deutschen Proletariats weit über den Rahmen der Partei und ihrer Anhänger hinaus eine solche Initiative und einen solchen Kampfeswillen gegen den Faschismus auszulösen, daß wir dadurch sowohl im Kampf gegen die Nationalsozialisten wie gegen den Sozialfaschismus inzwischen stärkste Erfolge errungen haben. Hätten wir damals gezögert, hätten wir uns noch eine Zeitlang in der Frage der Schärfe dieser Problemstellung in der damaligen Situation besonnen, hätten wir verabsäumt, die Brüning-Regierung als die Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur und den faschistischen Charakter ihrer Politik mit genügender Klarheit und Schärfe zu kennzeichnen, dann wären vielleicht ähnliche Fehler entstanden, wie sie seinerzeit in Italien, in Polen, in Litauen und zuletzt in Finnland vorhanden waren. Ich will das nur an einem Beispiel beweisen. Die ungeheuer ernste Tatsache der fehlerhaften Stellung der Partei oder wenigstens der großen Mehrheit der Partei in Polen zum Pilsudski-Putsch, wo die Frage der Entwicklung des Faschismus mit einer offensiven Wendung im Lande eingetreten war. Wir kennen alle die Tatsachen in Italien und besonders in Finnland. Wir mußten dafür sorgen, daß wir uns vom Faschismus nicht überrumpeln lassen. Unsere Partei, als die einzige antifaschistische Kraft in den Massen, als die einzige antifaschistische Partei, mußte die Entwicklung der Klassenkräfte der Reaktion nicht nur in den Herrschaftsmethoden der Regierung, sondern in allen Formen in dieser Situation sofort aufzeigen. Unser rechtzeitiges Eingreifen ermöglichte uns eine solche Massenmobilisierung, daß wir heute, ohne unsere Kräfte zu überschätzen und ohne die Kräfte

des Klassenfeindes zu unterschätzen, doch von Teilerfolgen beim Kampf gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur bereits sprechen können.

* * *

Ich wies schon auf die Notwendigkeit hin, die Brüning-Regierung richtig und scharf zu charakterisieren als die Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur. Es gab auch in dieser Frage bei einzelnen Genossen Bauchschmerzen und Schwankungen. Würden wir dem nachgegeben haben, so hätten wir der Sozialdemokratie und ihrer Agitation geradezu die Tore geöffnet. Die Bourgeoisie versucht durch ihre bürgerliche Presse heuchlerisch zu bestreiten, daß sich in Deutschland eine Entwicklung zum Faschismus vollzieht. Was sagt die Sozialdemokratie in Deutschland heute, um vor ihren Anhängern die Politik einer Unterstützung der Brüning-Regierung bei allen ihren reaktionären Schandtaten seitens der SPD zu rechtfertigen? Die sozialdemokratischen Führer erzählen, die Brüning-Regierung sei das „kleinere Übel“, man müsse ihr jede Hilfe angedeihen lassen, um zu verhindern, daß an ihrer Stelle eine Regierung der Nationalsozialisten, der Faschisten trete. Die Sozialdemokratie mußte, weil sie in ihrer Politik gezwungen ist, die reaktionären Schandtaten der Politik der Brüning-Regierung zu unterstützen, mit allen Mitteln und schwindelhaften Manövern den Arbeitermassen den Charakter der Brüning-Regierung anders darstellen, als er in Wirklichkeit ist. Die Brüning-Regierung als das „kleinere Übel“ gegenüber einer „wirklichen“ Faschistenregierung von Hitler und Hugenberg, das ist das A und O der sozialdemokratischen Demagogie. Je stärker wir den Charakter der faschistischen Politik der Brüning-Regierung feststellen und zerpflücken, je überzeugender wir vor den Massen nachweisen, daß diese Bourgeoisie-Regierung selbst eine Trägerin der faschistischen Herrschaftsformen in Deutschland ist, selbst die Durchführung der faschistischen Diktatur betreibt, und dazu erst gar nicht von Hitler und Hugenberg abgelöst zu werden braucht, desto gründlicher widerlegen und zerschlagen wir die sozialdemokratische Agitation, desto erfolgreicher können wir gerade die SPD-Politik als -Hilfeleistung für den Faschismus, als Mitwirkung und Unterstützung bei der Durchführung der faschistischen Diktatur entlarven und bekämpfen. Gerade wenn man den sozialdemokratischen Schwindel zerschlagen will, als ob es einen prinzipiellen Unterschied zwischen der Demokratie und dem Faschismus gäbe, gerade dann ist eine solche klare und präzise Anprangerung des Charakters der Brüning-Regierung, wie wir sie vorgenommen haben, eine unerläßliche politische Notwendigkeit.

Die II. Internationale behauptet fälschlich, die bürgerliche Demokratie vor dem Faschismus überall verteidigen zu müssen, und das ist auch die heuchlerische Politik der SPD. Ich sagte bereits (für die englischen und französischen Genossen ist das von großer Bedeutung), daß unter der sogenannten Herrschaft der bürgerlichen Demokratie, unter deren Maske momentan noch die französische Regierung und die Macdonald-Regierung in England marschieren, sich dort bereits Keime des Faschismus zeigen. Tendenzen zu einer faschistischen Entwicklung in Erscheinung treten. Einige Genossen unserer Partei hatten gegenüber der Charakterisierung der Brüning-Regierung, wie sie endgültig auf unserem ZK-Plenum angenommen wurde, Bedenken, weil sie davon ausgingen, daß man von einer Durchführung des Faschismus erst dann sprechen könne, wenn die revolutionäre Bewegung unterdrückt, in die Illegalität gezwungen, die legalen Organisationen des Proletariats zerschlagen wären.

Genossen, dem widerspricht völlig die gesamte geschichtliche Erfahrung - z. B. die Tatsachen in Italien. In Italien gab es noch „lange nach dem Marsch Mussolinis auf Rom eine legale Kommunistische Partei, die im Parlament auftreten konnte. Wir haben ähnliche Tatsachen in anderen faschistischen Ländern, die man ebenfalls zum Beweis dafür heranziehen könnte. Mit Recht sagt deshalb das Programm der Kommunistischen Internationale an einer Stelle über diesen Punkt folgendes: „Die Hauptaufgabe des Faschismus ist die Vernichtung der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse, d. h. der kommunistischen Schichten des

Proletariats und ihrer führenden Kader.“ Hier ist also mit aller Klarheit ausgesprochen, daß die Zerschlagung der revolutionären Organisationen nicht die Vorbedingung für den Beginn einer faschistischen Herrschaft darstelle, daß der Faschismus nicht auf der Grundlage der Zerschlagung der Kommunistischen Partei und der Arbeiterorganisationen ans Ruder gelangen muß, sondern daß dies vielmehr die „Hauptaufgabe“, also das Ziel der faschistischen Herrschaft darstellt. Ist das nicht in Deutschland ebenso? Steht in Deutschland nicht vor der Bourgeoisie die Hauptaufgabe und das Ziel der Zerschlagung der kommunistischen revolutionären Organisationen? Hier bemerken wir bei uns einen schleichenden, aber schnellen Prozeß der Entwicklung. So haben wir auch in Deutschland gegenwärtig eine Periode, wo bei Stärkung und Vertiefung der kommunistischen Bewegung sich der Klassenterror gegen die Arbeiterbewegung immer mehr verschärft, wo die Bourgeoisie gegenüber dem Proletariat und der Kommunistischen Partei immer schärfere Herrschaftsmethoden anwendet, die Legalität der Partei aber formell bis auf weiteres bestehen bleibt. Einen Einwand gegen unsere Charakterisierung der Brüning-Regierung kann man daraus jedoch nicht herleiten. Diese Charakterisierung und unsere gesamte alarmierende Mobilisierung zum Massenkampf gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur mit dem Ziel ihres Sturzes und der Volksrevolution für ein Sowjetdeutschland war jedoch eine unbedingte Notwendigkeit und eine Voraussetzung für die Erfolge der Kommunistischen Partei bei ihren jetzigen Auseinandersetzungen mit den Faschisten und der Sozialdemokratie.

Ich sagte schon bei Beginn meines Berichtes, daß wir jetzt in den letzten Wochen in Deutschland eine solche Entwicklung haben, daß die Kommunistische Partei immer mehr in eine klare eindeutige Angriffsstellung sowohl gegenüber den Faschisten wie gegenüber der Sozialdemokratie gelangt, während andererseits diese Parteien sich in mehr oder weniger schweren inneren Auseinandersetzungen befinden. Ich behaupte, wenn wir verstehen, bei Steigerung unserer Politik und wesentlicher Verbesserung unserer Massenarbeit, diese Auseinandersetzungen in den Reihen unserer Gegner, der Nationalsozialisten und der Sozialdemokratie, zu beschleunigen, dann müssen diese Auseinandersetzungen zu einer direkten inneren Krise im Lager dieser Parteien führen. Durch eine verbesserte Massenpolitik, besonders unter den Angestellten und kleinbürgerlichen Schichten kann erreicht werden, daß eine wesentliche Verschärfung der inneren Lage bei den Nationalsozialisten eintreten kann. Stellen wir jetzt die Frage der vorhandenen Gärung und Rebellion innerhalb der Sozialdemokratie, der Möglichkeit der Entwicklung zu einer Krise in der SPD, und weiter die Frage der Entwicklung zu einer Krise in der nationalsozialistischen Partei. Eine wirkliche Krise bei den Nationalsozialisten würde eine viel stürmischere Entwicklung bedeuten als selbst eine Krise in der Sozialdemokratischen Partei. Die Nationalsozialisten verfügen nicht über einen solchen stabilen Parteiapparat wie die Sozialdemokratie, ihnen fehlen die jahrzehntelangen organisatorischen Erfahrungen der Sozialdemokratie. Der ganze sozialdemokratische Apparat ist schon eingespielt auf innere Auseinandersetzungen in der Partei, und wenn allgemein politische Angriffe verbunden mit kühner Massenpolitik von unserer Partei gegen beide Parteien eingeleitet, durchgesetzt und verschärft werden, so wird zweifellos dieser bürokratische Apparat der SPD auch bei einer vollen Entfaltung der Krise in der SPD doch ein beträchtliches Hemmnis sein, um den ganzen Einfluß der Sozialdemokratie zu brechen. Die SPD wird auch aus dieser heranreifenden Krise zunächst noch immer als ein wichtiger Machtfaktor für die Bourgeoisie hervorgehen. Dagegen ist es denkbar, daß die bevorstehende, heranreifende Krise im Lager des Faschismus - oder besser gesagt im Lager der Nationalsozialisten - eine völlig verheerende Wirkung für die nationalsozialistische Partei zeitigen kann. Dafür sprechen alle Tatsachen der Vergangenheit und der Gegenwart. Nach dem 14, September, nach dem sensationellen Erfolg der Nationalsozialisten, erwarteten ihre Anhänger in ganz Deutschland Großes von ihnen. Wir ließen uns damals von den Panikstimmungen, die zum Teil im werktätigen Volk und jedenfalls unter den Anhängern der Sozialdemokratischen Partei vorhanden waren, nicht beirren. Daß sogar in unseren eigenen

Reihen einige Genossen die große Gefahr dieser Entwicklung des Faschismus nicht nur signalisierten, sondern diese Gefahr sogar überschätzten, wissen die meisten Genossen. Wir aber stellten nüchtern und ernst fest, daß der 14. September gewissermaßen Hitlers bester Tag gewesen sei, dem keine besseren, aber schlechtere folgen werden. Unsere Charakteristik, die wir über die Entwicklung dieser Partei gegeben haben, ist bereits eingetreten und bestätigt worden. Es gab dann noch einige Wahlen nach dem 14. September, bei denen die Nationalsozialisten an verschiedenen Stellen noch weiter gewannen. Deshalb schien es in den ersten Monaten nach dem 14. September so, als ob unser revolutionärer Optimismus durch die Tatsachen der Entwicklung der Nationalsozialisten, durch ihre Erfolge widerlegt würde. Die Nationalsozialisten begannen bereits auch uns gegenüber zu frohlocken. Erst die Braunschweiger Wahlen (abgesehen von kleineren Wahlen wie im ländlichen Gebiet von Hamburg, wie in Danzig und in einigen anderen Gemeinden in Deutschland) brachten einen gewissen Umschwung: Eine deutliche Stagnation der Nationalsozialisten, obwohl sie gerade dort unter außerordentlich günstigen Bedingungen operierten. Heute haben die Faschisten nichts mehr zu lachen.

In ihren Reihen herrschen bereits heftige Auseinandersetzungen zwischen der offiziellen Führung, die an einer unbedingten legalen Politik einer Annäherung an die regierende Bourgeoisie, an die Volkspartei und das Zentrum, festhält, und dem putschistischen Flügel, der für eine stärkere radikale Note eintritt und besonders durch Hauptmann Stennes in Berlin und auch teilweise durch Goebbels repräsentiert wird. Die Geldgeber der Nationalsozialisten haben, wie wir erfahren, 75 Prozent der Subventionen, die sie den Nationalsozialisten gegeben haben, eingestellt, so daß es bereits große Geldschwierigkeiten innerhalb dieser Partei gibt. Der Führerkrach in der nationalsozialistischen Partei ist in vollem Gange. Dieser Führerkrach ist mehr oder weniger eine besondere Auswirkung der immer stärkeren Rebellion der nationalsozialistischen Anhängerschaft.

Eine weitere Frage: Wir gingen damals davon aus, daß die große Aufwärtsentwicklung der Nationalsozialisten sich zu einem gewissen Teil auf jene antikapitalistischen Werktätigen stützt, die sich von Anhängern der alten bürgerlichen Parteien durch ihre Feindschaft gegen das kapitalistische System und seine Mißwirtschaft zum Nationalsozialismus entwickelten, die der Hitlerpartei deshalb ihre Stimme gegeben haben. Diese Massen, besonders Kleinbürger, Angestellte, Studenten, Bauern, und zu einem geringen Teil auch Arbeiter, sind gefühlsmäßig antikapitalistisch eingestellt und sind gegen das Young-System. Sie glaubten, in dieser Partei durch ihre Losung für das sogenannte „Dritte Reich“ eine Besserung und eine Lösung im kapitalistischen System zu erreichen. Die Radikalisierung, die sich am 14. September bei den Reichstagswahlen gezeigt hat, bewirkte, daß solche Anhänger der bürgerlichen Parteien zu den Nazis gingen. Das waren hauptsächlich die radikalisierten Elemente der bürgerlichen Parteien. Ihre Radikalisierung auf Grund der Krise ist noch keineswegs so weit gediehen, daß sie unmittelbar den Schritt ins revolutionäre Klassenlager des Proletariats zum Kommunismus tun konnten. Zwar ist allgemein bekannt, daß bei jeder verschärften Klassensituation die sogenannte dritte Kraft, die Kleinbourgeoisie, zwischen Proletariat und Bourgeoisie immer schon eine pendelnde Rolle spielte und stets mit der Macht ging. Wir brauchen nur die Entwicklung in Deutschland vom Jahre 1918 bis 1931 zu überprüfen. Solange die Sozialdemokratie in der Regierung war, ging der größte Teil der Mittelschichten mit der Sozialdemokratie und ihren bürgerlichen Koalitionsparteien in der Regierung. Als sich jedoch im Prozeß der Entwicklung die Klassenkräfte umgruppierten, die Herrschaftsmethoden andere wurden (auch im Staatssystem), suchte das Kleinbürgertum zunächst seine Zuflucht bei irgendeiner neuen Partei, in diesem Falle bei der Nazi-Partei. Die Kleinbürger fielen auf die Demagogie der Nationalsozialisten herein, die gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen den „Marxismus“ als die Ursache jener Entwicklung zu hetzen versuchten, die in Deutschland seit 12 Jahren zu einem solchen Niedergang geführt hat. Es ist ganz klar, daß die verräterische Politik der Sozialdemokratie kleinbürgerliche Millionenmassen daran

hinderte, sich direkt ins Lager des wirklichen Marxismus, zur KPD, zu entwickeln, weil der Marxismus durch die unmarxistische und klassenverräterische Politik der Sozialdemokratie in den Augen von Millionen der Werktätigen diskreditiert wurde. Deswegen wurden viele Millionen Werktätiger die Opfer der skrupellosen, sozialen und nationalen Demagogie des Faschismus. Diese Massen kamen mit großem Enthusiasmus und mit riesigen Erwartungen zur Hitler-Partei, sie glaubten infolge der demagogischen Agitation, mit der die Hitler-Partei ihnen das Blaue vom Himmel versprach, daß durch die Politik und das Auftreten dieser Partei die Verhältnisse in Deutschland tatsächlich geändert werden. Der Widerspruch zwischen den Versprechungen der Hitler-Partei und ihrer jetzigen wirklichen Tätigkeit, der Widerspruch zwischen ihrer Politik in der Agitation und ihrer Politik in der Wirklichkeit mußte natürlich auch in ihren eigenen Reihen eine verheerende Wirkung ausüben.

Nehmen wir die Entwicklung der politischen Tätigkeit der faschistischen Partei seit dem 14. September. Ihre Wahlversprechungen, alle ihre Agitationsphrasen wurden schon unmittelbar nach dem 14. September über Bord geworfen. Sie kennt nur noch eine Sehnsucht: Ministersessel in der Republik des heutigen Young-Deutschland. Im Parlament stimmt sie gegen alle kommunistischen Anträge, deren Annahme zwar in der Linie ihrer eigenen Agitationsversprechungen, aber im Widerspruch zur wirklichen Politik des Finanzkapitals liegen würde. Wir beantragten die Einstellung der Young-Zahlungen. Die Nationalsozialisten, diese angeblichen „Kämpfer“ gegen den Young-Plan, stimmten gegen unseren Antrag. Ja, einer ihrer Führer in der Reichstagsfraktion wagte es sogar, in ihrem Zentralorgan die Behauptung aufzustellen, daß unser Antrag ein irrsinniger Antrag sei. Wir beantragten den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund. Die Nationalsozialisten wagen es nicht, für diesen Antrag zu stimmen. Als die Kommunisten eine Millionärsteuer beantragten, der die Nationalsozialistische Arbeiterpartei, nach ihrem äußeren Firmenschild gesehen, unbedingt hätte zustimmen müssen, war es diese Nationalsozialistische „Arbeiterpartei“, die mit Schimpf und Schande diesen Antrag der Millionärsteuer niederstimmte.

Diese Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Es ist selbstverständlich, daß eine solche politische Prostitution einer Partei unter ihren Anhängermassen nicht ohne tiefste, schwerste Auswirkungen bleiben kann.

Wir kennen zwar das innere Leben dieser Partei nicht vollständig. Aber nach den Materialien und Zuschriften, die wir kennen, besonders nach dem Übertritt Scheringers zu unserer Partei und den Vorfällen in Hamburg, dem heimtückischen Mord an unserem, Genossen Henning, sieht es in den SA-Abteilungen, den militärischen Wehrformationen dieser Partei, grauenhaft aus. Genossen, es kommt aber noch etwas anderes hinzu, das ist das Fehlen jeder positiven Note in der Politik der Nationalsozialisten. Sie haben nicht einmal erreicht, daß sie Ministersessel in der Reichsregierung bekamen. Es ist ihnen vorübergehend am 14. September gelungen, in Braunschweig und Thüringen einzudringen, wo ihre Tätigkeit in der Regierung aber bereits wieder bedroht ist. Ihre ganze „Bravheit“, ihr ganzes lammfrommes Auftreten vom Standpunkt der Kapitalisten, bei gleichzeitigem Mordterror gegenüber den Kommunisten, hat ihnen nichts genützt, hat nicht bewirkt, daß der Kapitalismus dazu überging, sie in die Reichsregierung hineinzunehmen. Ihre ganzen knechtseligen Manöver gegenüber dem Ausland, Hitlers verschiedene Presseäußerungen, in England, Frankreich und Amerika, die eine schamlose Anbiederung an die dortigen Imperialisten darstellen - alles hat nichts genützt, um die erwünschten Regierungspositionen zu bringen.

Die zweite Frage, die wir stellen müssen, ist die: Ein großer Teil der Mittelständler unter den Anhängern der Nationalsozialistischen Partei sieht sich heute in seinen Hoffnungen betrogen. Es versteht jeder von uns, daß besonders diese unruhigen, radikalisierten Kleinbürger von dieser Partei etwas verlangen. Weil die Nationalsozialistische Partei glaubte, es übe eine psychologische Wirkung auf ihre Anhängerschaft aus, versuchte sie als letzte Ausflucht das Manöver mit dem Auszug aus dem Reichstag. Eine solche Aktion, aus dem Reichstag hinauszugehen, könnte nur dann Sinn haben, wenn eine Partei das Herausgehen aus dem

Reichstag mit einem aufrüttelnden Auftakt für eine große außenparlamentarische Massenaktion verbindet. Aber was tut die Nazi-Partei? Bei den Nationalsozialisten war es ein klägliches, verzweifeltes, theatralisches Rückzugsmanöver. Nicht einmal in ihren eigenen Reihen und in ihrer Propaganda war nach ihrem feigen Auszuge aus dem Reichstage eine Mobilisierung sichtbar. Wir haben von Anfang an mit Recht gesagt, daß diese Flucht der Nationalsozialisten aus dem Reichstage, weil ihre Politik sie in eine völlige Sackgasse gebracht hat, ein Sichdrücken war vor den Anträgen, die von uns in der Linie des Kampfes gegen das Young-System und Young-Deutschland gestellt wurden. Das bedeutet, daß sie weiter fürchteten, sich vor ihren eigenen Anhängern entlarven zu müssen, die ihnen am 14. September die Stimme gegeben haben. Es ist deshalb auch heute schon offenes Geheimnis, daß die Nationalsozialisten demnächst wieder sang- und klanglos im Reichstag auftauchen werden. Lediglich die Vertagung bis zum Herbst erspart ihnen schon jetzt die politische Blamage.

Auf der Grundlage dieser politischen Diskreditierung ergab sich die innere Rebellion und Zersetzung unter der nationalsozialistischen Anhängerschaft, die heute schon zu einer Stagnation, zum Beginn eines Abflauens der faschistischen Welle geführt hat.

Wenn gerade jetzt die Faschisten auf dem Gebiet des individuellen Terrors eine verstärkte Aktivität entfalten, so bedeutet das zwar einerseits, daß sie ihre Funktion als außerparlamentarische Schutzgarde und Stoßtrupp des Finanzkapitals gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung erfüllen, andererseits entspricht auch diese forcierte Aktivität ihrer schwierigen Lage. Durch diesen Mordterror wurden manchmal auch in unsere Reihen gewisse Stimmungen der Depression gebracht. Aber andererseits bringt ihnen diese forcierte Aktivität auch in ihren eigenen Reihen Schwierigkeiten, die Schüsse der faschistischen Meuchelmörder auf Kommunisten und revolutionäre Arbeiter, auch auf sozialdemokratische Anhänger, das sind gegenwärtig nicht Vorpostengefechte einer zum Angriff schreitenden Armee, sondern die sinnlosen und zum Teil verzweifelten Knallereien eines zurückflutenden, in den Rückzug gedrängten Heerhaufens.

Und die weitere wichtige Tatsache ist, daß der Fall Scheringer, der Übertritt dieses ehemaligen nationalsozialistischen Reichswehroffiziers zur KPD, in den militärischen Formationen der SA-Abteilungen große Verwirrung angerichtet hat, was ja naheliegt. Ein Mensch, den sie wochen- und monatelang gefeiert haben, ist jetzt mit einer ernsten politischen Erklärung zur Kommunistischen Partei übergetreten. So werden sie durch diesen besonderen Fall aufmerksam und denken über die Fragen der kommunistischen Befreiungspolitik und die heuchlerische Phrase des sogenannten „Dritten Reiches“ nach, beschäftigen sich mehr als bisher mit unserer revolutionären Politik und diskutieren über diese entscheidenden Fragen.

Es ist klar, daß wir unseren erfolgreichen Kampf gegen den Nationalsozialismus und um die Eroberung seiner werktätigen Anhänger für die revolutionäre Klassenfront mit aller Entschiedenheit fortsetzen müssen, weil das die Voraussetzung dafür ist, daß sich die Krise im faschistischen Lager verschärft und voll entfaltet.

Und nun zur Sozialdemokratie. Ich habe bereits vorhin einige Bemerkungen über den Zusammenhang zwischen unserem antifaschistischen Massenkampf und der proletarischen Einheitsfrontpolitik gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern mit der prinzipiellen Verschärfung unserer erfolgreichen Bekämpfung des Sozialfaschismus gemacht. Selbstverständlich muß bei unserer methodischen Arbeit in der Linie unserer großen Hauptaufgabe der Eroberung der Mehrheit des Proletariats unsere Hauptstoßkraft auf die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter gerichtet werden. Natürlich wäre es eine falsche Fragestellung, wenn wir dabei das Schwergewicht unserer strategischen Massenarbeit auf die Eroberung und Gewinnung der Unorganisierten irgendwie abschwächen würden. Das Hauptreservoir in den proletarischen Massen bilden heute schon rein zahlenmäßig gesehen zweifelsohne die Unorganisierten. Aber in Anbetracht der ungeheuren ideologischen und organisierenden Macht, die die Sozialdemokratische Partei, die unter ihrem Einfluß stehenden

Massenorganisationen und die reformistischen Gewerkschaften mit ihren ungefähr 5 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern noch haben, müssen wir alles versuchen, die antifaschistische Massenfront und' besonders auch durch diese Arbeit weit mehr zu erweitern. Das ist heute um so entscheidender, als sich gerade im Lager der Sozialdemokratie auch ein innerer sozialer Vorgang widerspiegelt. Wir brauchen nur an England zu denken. Der englische Imperialismus, der der englischen Arbeiterklasse früher noch von den aus den Kolonien herausgeschundenen Kolonialprofiten Vergünstigungen geben konnte, ist heute durch die Verschärfung der Lage in England und durch die Vertiefung der ökonomischen Krise nicht mehr in dem Maße dazu in der Lage. Die arbeiteraristokratische Basis wird dadurch auch in der Labour Party sich verengern. In Deutschland vollzieht sich dieser Prozeß noch viel schneller. Bei uns steht bei den letzten Lohnkämpfen nicht mehr die besondere Bevorzugung qualifizierter Arbeiter vor den unqualifizierten und ungelernten Arbeitern, wie es früher des öfteren der Fall war.
Die Rolle des Zentrums in Deutschland und der christlichen Gewerkschaften unter der Führung Stegerwalds bei den Lohnstreitfragen lag schon auf diesem Gebiet. Daß das Zentrum die führende Rolle der Bourgeoisie in der Regierung übernommen hatte, war nicht nur eine Frage seiner Machtpositionen innerhalb des Finanzkapitals, sondern war auch eine Frage soziologischer Zusammenhänge. Es ist eine alte Tatsache, daß der größte Teil der Zentrumsarbeiter besonders in den industriellen Gebieten des Westens unqualifizierte Arbeiter sind, die besonders in den christlichen Gewerkschaften organisiert sind. Die letzten Schiedssprüche, gefordert von der Brüning-Regierung und den Industriellen, zeigten diesen schärferen Lohnraub, besonders an den qualifizierten Arbeitern. Die arbeiteraristokratische Basis des Reformismus im Lager der Sozialdemokratie verengert sich dadurch natürlich auch immer mehr und mehr. Wenn wir unsere Hauptstoßkraft auf die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter und ihrer Anhänger richten, so deswegen, weil dort große Mengen von Arbeitern vorhanden sind, die ein bestimmtes, wenn auch unklares Klassenbewußtsein repräsentieren und die deshalb ein besonders wichtiges Reservoir für die revolutionäre Klassenfront darstellen. Selbstverständlich bedeutet das keine Vernachlässigung der politischen Arbeit unter den Unorganisierten, besonders nicht bei der RGO-Arbeit, für die die Gewinnung aller Arbeiter, der organisierten und unorganisierten, der christlichen und auch nationalsozialistischen Arbeiter von tiefster Bedeutung ist.
Stellen wir die Frage einfach, primitiv und doch klar. Was haben wir für große Möglichkeiten? Nicht nur die Vertiefung der Krise des Kapitalismus, nicht nur der grandiose Aufstieg des Sozialismus in der Sowjetunion als die entscheidende ideologische Säule hilft uns, sondern die hilflose Politik verbunden mit der theoretischen Krise in der Sozialdemokratie und in der II. Internationale stärkt unser Auftreten und unsere Autorität. Bei der methodischen Verstärkung unserer Massenarbeit in der Sozialdemokratie und bei Verschärfung unseres prinzipiellen Kampfes gegen die Politik der Sozialdemokratischen Partei muß sich der Zersetzungsprozeß in den inneren Reihen der Sozialdemokratischen Partei wesentlich verschärfen.
Ich denke, es ist heute leicht und kein Kunststück mehr, den theoretischen Bankrott der II. Internationale und der deutschen Sozialdemokratie klarzustellen. Wir brauchen uns nur an die Tatsachen zu erinnern, welche neuen „Theorien" die Sozialdemokratie im Laufe der letzten Jahre an Stelle des Marxismus erfunden hatte und was davon übrig geblieben ist. Nehmen wir z. B. eine Tatsache. Wie sah die sozialdemokratische „Theorie" aus? In Deutschland war der Grundgedanke der sozialdemokratischen Theorie der letzten Jahre die theoretische Orientierung von Hilferding auf dem Kieler Parteitag der SPD 1927. Damals erklärte Hilferding: „Wir befinden uns in einer Transformationsperiode, in einer Zeit des friedlichen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus." Er begründet bekanntlich diese These mit den Feststellungen über den „organisierten Kapitalismus". Er formulierte die Aufgaben der Arbeiterklasse in der ganzen Transformationsperiode mit dem Satz:

„Unserer Generation ist die Aufgabe gestellt, mit Hilfe des Staates die Regelung der kapitalistischen Wirtschaft zu organisieren und die kapitalistisch organisierte und geleitete Wirtschaft umzuwandeln in die von dem sozialistischen Staat geleitete Wirtschaft. Das bedeutet nichts anderes, als daß unserer Generation das Problem des Sozialismus gestellt wird."

Genossen, diese ökonomische Fragestellung zwang natürlich die Sozialdemokratie dazu, auch die Aufgaben in der Partei und besonders in den Gewerkschaften in dieser Linie zu präzisieren. Es hieß dann weiter, der „organisierte Kapitalismus" beseitige allmählich die Anarchie des Kapitalismus der freien Wirtschaft. Den Beweis dafür lieferten die Vereinigten Staaten Amerikas mit ihrer konjunkturellen Prosperität.
In der sozialen Fragestellung dieser Theorie behauptete Hilferding, die Lage der Arbeiterklasse verbessert sich allmählich schon in der Transformationsperiode, im Zusammenhang mit der riesenhaften Konzentration des Kapitals und der Hebung der Arbeitsleistung. Als Vorbild für die Arbeiterklasse der ganzen Welt diene die gute materielle Lage des amerikanischen Proletariats, nicht aber die Lage der russischen Arbeiter. Das Marxsche allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, wonach die „Akkumulation des Kapitals der Akkumulation des Elends entspricht", sei nicht mehr stichhaltig und von der Geschichte des Kapitalismus längst widerlegt.
Die kapitalistische Rationalisierung müsse von der Arbeiterklasse unterstützt werden, da sie letzten Endes auch der Arbeiterschaft Nutzen bringe. Ja noch mehr, als zentrale Aufgabe der Gewerkschaftsorganisationen und des ADGB in der Transformationsperiode wurde die rasche und planmäßige Durchführung der Rationalisierung gestellt. Die Lohntheorie von Marx wurde durch die Theorie der Nützlichkeit der hohen Löhne für die Kapitalisten, durch die sogenannte Tarnowsche Lohntheorie in Deutschland ersetzt. Die Kapitalisten hätten gemeinsam mit den Arbeitern ein Interesse; die Löhne zu erhöhen, um den Absatzmarkt für ihre Waren zu erweitern. Die hohen Löhne sind zugleich ein krisenmildernder Faktor. Und zuletzt die Frage der Wirtschaftsdemokratie, die Mitverwaltung der „Vertreter der Arbeiter" an der kapitalistischen Wirtschaft, von der die Sozialdemokraten behaupten, das sei der Weg zum Sozialismus.
Genossen, die ökonomische und die sozialpolitische Fragestellung mußte zugleich einen politischen Untergrund haben. Deshalb versucht die Sozialdemokratie, an Stelle der Auffassung von Marx und Engels über den kapitalistischen Staat als ein „Ausführungsorgan der Ausbeuterklasse zur Unterdrückung der Ausgebeuteten" (Engels) der Arbeiterklasse einzureden, daß der demokratische Staatsapparat nicht zerschlagen werden dürfe, sondern ausgestaltet und auf dem Wege des Parlamentarismus für die Arbeiterklasse erobert werden müsse, wodurch die Losung: „Heran an den Staat" Geltung bekam.
Hilferding sagte dann auf dem Magdeburger Parteitag der Sozialdemokratie 1929 noch folgendes: „Der Parlamentarismus sei der einzige Weg, der die Arbeiterklasse zur Eroberung der Staatsmacht und zur Verwirklichung des Sozialismus führt" (wodurch auch die Koalitionspolitik im allgemeinen verteidigt und unterstützt wurde). „Die Arbeiterklasse hat deshalb das höchste Interesse an der Erhaltung des Parlamentarismus, auch durch zeitweilige Opfer, wie groß sie auch sein mögen." Das ist nur das weitere Ergebnis jener Theorie, wie sie durch Hilferding in Kiel verteidigt und vertreten würde.
Ich brauche hier nicht viel davon zu sagen, was von dieser Theorie übrig geblieben. Die theoretischen Grundsätze der SPD sind durch das gegenwärtige Bild der Weltkrise, insbesondere durch die Lage der amerikanischen Wirtschaft und der Arbeiterschaft völlig zusammengebrochen. Einen größeren theoretischen Bankrott wie durch diese Tatsachen konnten sie nicht erleben. Die Ergebnisse der kapitalistischen Rationalisierung in Deutschland sind der Arbeiterklasse zur Genüge bekannt: Wohlstand für Millionen wurde versprochen, in der Tat Massennot und Millionenerwerbslosigkeit! Das Tempo der Ausbeutung sollte verringert werden, es wurde gesteigert! Anstatt Milderung der Krise durch die kapitalistische Rationalisierung - Verschärfung der Krise! Die Tarnowsche Lohntheorie ist vergessen, in

ihren theoretischen Organen erwähnen sie mit keiner Silbe mehr, daß hohe Löhne die Wirtschaft ankurbeln. Durch die tiefe Krise des Parlamentarismus erkennen heute große Teile der Arbeiter in den Reihen der SPD, daß die Koalitionsregierungen, die der Arbeiterklasse Vorteile bringen sollten, in Wirklichkeit Schrittmacher des Faschismus waren und sind.
Auch durch alle diese Tatsachen ist es für uns sehr leicht möglich, an Kreise der SPD-Arbeiter heranzukommen. Genossen, Ende Mai findet in Leipzig der Parteitag der Sozialdemokratie statt. In Kiel stellte Hilferding die Theorie des „organisierten Kapitalismus“ auf, in Leipzig wird als erster Punkt der Tagesordnung der Theoretiker des ADGB, Tarnow, über das Thema „Die kapitalistische Wirtschaftsanarchie und die Arbeiterklasse“ sprechen. Also in Kiel noch „Organisierter Kapitalismus“ und hier schon „Kapitalistische Wirtschaftsanarchie“. Innerhalb von vier Jahren ist das theoretische Gebäude der Sozialdemokratie zusammengebrochen und zertrümmert. Diese ganze theoretische Krise der deutschen Sozialdemokratie spiegelt sich natürlich noch viel schärfer in der II. Internationale wider.
Die ganze theoretische Krise der II. Internationale, ihre ideologische Fäulnis und ihr konterrevolutionärer Sumpf äußern sich am deutlichsten in ihrer Stellung zur Sowjetunion. Nehmen wir z. B. Herrn Kautsky. Dieser Greis, der selbst von seinen eigenen Freunden in der Sozialdemokratie nicht mehr ernst genommen wird, wagte es, vor einigen Monaten ein Buch herauszugeben „Der Bolschewismus in der Sackgasse“. Das Buch Kautskys ist ein einziges Dokument der antibolschewistischen Kriegshetze im Dienste der Imperialisten. Kautsky ist so schamlos, daß selbst solche geschworenen Feinde des Proletariats und Konterrevolutionäre, die nicht ein Stück besser sind als Kautsky, wie die Menschewistenführer Dan und Abramowitsch, aus demagogischen Gründen gezwungen sind, von Kautsky abzurücken. Diese Tatsache ist nur zurückzuführen auf die überzeugende gewaltige Wirkung, die die Entwicklung des grandiosen sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion auf die Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiterkreise hat. Ich will zur Erheiterung des Plenums einige Sätze aus einem Artikel von Kautsky zitieren, mit dem er auf die Kritik dieser Menschewiki in der Januarnummer der „Gesellschaft“ eine Antwort gegeben hat. Kautsky schreibt:

„Ist es möglich, daß an Stelle der Hölle, die das jetzige Sowjetrußland darstellt, noch etwas Schlimmeres kommt? Kann ein Sturz der Diktatur etwas anderes bringen als eine Milderung der Hölle, zumindest vermehrte Bewegungsfreiheit? Für meine Phantasie ist es nicht möglich, etwas Furchtbareres zu ersinnen als den heutigen Zustand Sowjetrußlands.“

Aber, Genossen, diese schwachsinnigen Albernheiten sind noch nicht der Höhepunkt. In dem neueren Märzheft der „Gesellschaft“, das wir jetzt aus Deutschland mitbrachten, versuchte der Kriegshetzer Kautsky in einer Vorrede zur englischen und französischen Ausgabe seines antibolschewistischen Buches, seine Formen des Kampfes gegen die Sowjetunion noch demagogisch um zwei bis drei Grade zu steigern. Diese Vorrede ist noch kindischer als das ganze Buch. Er knöpft sich nämlich hier den Fünfjahrplan vor. Es ist mehr als grotesk, wie sich Kautsky nunmehr als Lehrmeister“ der Sowjetmacht aufspielt und sich erfrecht und erdreistet, unseren russischen Freunden und unserm Genossen Stalin gute Ratschläge zu geben, wie sie den Fünf jahrplan besser hätten einrichten können. Nach seiner Meinung haben die Bolschewiki nämlich den zweiten Band des „Kapital“ vergessen (Heiterkeit). Deshalb, weil die Bolschewiki nicht rechtzeitig mit Kautsky Rücksprache genommen und seinen Rat eingeholt haben, kann auch der Fünfjahrplan nicht gelingen. Daß er vom Ende der Sowjetunion spricht und daß seine tiefen pessimistischen Bedenken auch hier zum Ausdruck kommen, ist allgemein verständlich. Und er fährt fort:

„Nicht mit Triumph und Schadenfreude mache ich diese Feststellung, sondern mit tiefer Betrübnis... Es ist nicht das erstemal, daß es mich mit Bedauern erfüllt, konstatieren zu müssen, die Methoden des russischen Kommunismus müßten das Gegenteil dessen erreichen, was sie versprachen. Wie gern hätte ich geglaubt, es sei möglich! Wie gern mich davon überzeugen lassen... Wenn auch

zweifelnd, betrachtete ich doch die ersten Schritte der Bolschewiki mit wohlwollender Erwartung... Immer deutlicher sah ich zu meinem Schmerz, daß die Bolschewiki die Situation völlig verkannten."

Kautsky fängt an zu weinen, weil es hier in der Sowjetunion klappt. Er kann sich bestimmt nicht freuen, wenn die Entwicklung zum Sozialismus vorwärts geht. Er wendet sich sodann gegen die sozialdemokratischen Arbeiter, weil sie mit seiner Kriegshetze nicht einverstanden sind. Er macht ihnen Vorwürfe:

„Sie konnten sich nicht - und können es vielfach bis heute nicht - dazu entschließen, meiner Auffassung beizupflichten, daß die tatsächlichen Funktionen, wenn auch nicht die Absichten der Bolschewiki, gegenrevolutionär geworden sind."

Genossen, ich könnte aus dieser Vorrede noch eine ganze Reihe von Zitaten anführen, aber ich will euch nur mitteilen, daß nach Kautsky die Bolschewiki schlimmer sind als die Kapitalisten, daß der Zusammenbruch Sowjetrußlands naht und daß Lenin zwar bis 1917 ein ganz vernünftiger Mensch gewesen ist, aber dann, als er an die Macht kam, diese, wie Kautsky sagt, „schwindelerregende Schicksalswendung" ihm den Kopf verdrehte. Das einzige, was ich noch zitieren will, ist ein Satz des Herrn Kautsky, den wir alle voll unterstützen können: „Wohl sagte ich mir: Wenn Lenin recht hat, dann ist meine ganze Lebensarbeit umsonst gewesen." (Heiterkeit.) Genossen, wir wissen es ja, die Geschichte hat längst entschieden, daß Lenin nicht nur recht hatte, sondern daß sein Erbe, der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion, sich mit solchen Riesenschritten vollzieht, daß sogar die Weltbourgeoisie vor dieser Entwicklung zu zittern beginnt. An der Verwirklichung des Fünfjahrplanes zweifelt heute niemand mehr, nicht einmal mehr die Weltbourgeoisie und ebenfalls auch nicht mehr die Sozialdemokratie. Es ist eine Tatsache, daß sich Kautsky mit seiner Vorrede selbst das Todesurteil geschrieben hat. (Sehr richtig.)

Ich komme nun zur Frage der Gärung innerhalb der Sozialdemokratie, die gerade in den letzten Wochen besondere Fortschritte gemacht hat. Der konterrevolutionären Versumpfung der sozialdemokratischen Führer steht eine wachsende Radikalisierung der sozialdemokratischen Arbeitermassen gegenüber. In Deutschland sind auf diesem Gebiet verschiedene interessante Tatsachen zu verzeichnen. Da ist die Teilnahme der sozialdemokratischen Arbeiter und Anhänger, auch schon der Funktionäre, an verschiedenen Wirtschaftskämpfen in der letzten Zeit, Seite an Seite mit den Kommunisten und der, RGO gegen den Streikbruch und den Verrat ihrer eigenen Führer. Die zweite Tatsache ist die ansteigende Welle und der Kampfeswille der sozialdemokratischen Arbeitermassen zum Kampf gegen den Mordfaschismus. In kleineren Orten ist es nichts Neues mehr, daß Abteilungen von Sozialdemokraten mit unseren Genossen und den Mitgliedern des Kampfbundes gegen die Mordtaten der Faschisten kämpfen. In Großstädten haben wir solche Vorgänge, daß Abteilungen der Sozialdemokratie und auch kleinere Formationen des Reichsbanners mit uns gemeinsam an Demonstrationen teilnehmen, und sogar bei Aktionen gegen den Nationalsozialismus mit unseren Genossen gemeinsam kämpften. So können wir die Tatsache feststellen, daß unsere strategisch-politische Wendung gegen den Faschismus eine große politische Belebung und Aktivität in die Millionenmassen gebracht hat, von der die sozialdemokratischen Arbeiter nicht unberührt blieben.

Eine dritte Tatsache sind die ersten organisatorischen Formen von Gruppenbildungen in der Sozialdemokratischen Partei, wobei weniger die Frage der früheren „linken" Sozialdemokraten steht. Es bilden sich vielmehr in allen Teilen Deutschlands Arbeitergruppierungen gegen alle führenden Leute in der SPD und im ADGB. Ich verweise besonders auf die Vorgänge in der SAJ, die viel kritischer und tiefer sind, als die Gärung und Rebellion in der Sozialdemokratie selbst. Bei diesen Vorgängen können wir von einer tiefen Krise und von einer gebietsweisen Liquidierung der SAJ in Deutschland sprechen. Interessant für das gesamte Plenum ist die Tatsache, daß die proletarische Jugend sich viel schneller und

rebellischer gegen die konterrevolutionäre Führung entwickelt, als es in den jahrzehntelang organisierten Kreisen der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften der Fall ist. Ich glaube dabei, Genossen, daß die tiefe Krise in der SAJ auch ihre Wirkung auf die älteren sozialdemokratischen Arbeiter hat, die doch, ob sie Respekt vor der Jugend haben oder nicht, immerhin gezwungen sind, sich diese Denkart und die Handlungen der Jugendlichen erklären zu müssen.

Die Vorgänge im Reichstag, wo durch den Auszug der Nationalsozialisten eine kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit im Parlament entstand, gaben uns den Anlaß, durch unsere verschiedenen Maßnahmen die Sozialdemokratie als konterrevolutionäre Partei, die heute die Entwicklung zur Durchführung der faschistischen Diktatur bedingungslos unterstützt, aufzuzeigen. Wir haben sie dort Farbe bekennen lassen und weiter entlarvt und öffentlich bekämpft. Ich erinnere nur an unsere Anträge in verschiedenen ernsten Fragen, wie zum Beispiel unsere Anträge zur Millionärsteuer, wo vorher die Sozialdemokratie propagandistisch in ganz Deutschland Gelegenheit nahm, gegen die Nazis zu agitieren, nach dem 14. September zunächst dafür, jetzt aber dagegen gestimmt hat. Wir stellten den Antrag auf Einstellung der Polizeizuschüsse für die faschistischen Regierungen in Thüringen und Braunschweig. Und zuletzt noch den Antrag, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag im Reichsmaßstabe zu verkünden und durchzusetzen. Die Sozialdemokratie stimmte hier ganz offen gegen eine jahrzehntelange Tradition, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag durchzusetzen. Wir stellten viele andere, die Arbeiterklasse und die Werktätigen interessierenden Anträge zur Abstimmung im Parlament. Ihre Ablehnung mit Hilfe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion brachte die größte Verwirrung in die Reihen der SPD.

Die größte Verwirrung aber trat in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter ein durch die Stellung der SPD zum Panzerkreuzerbau. Es ist allgemein bekannt, daß die pazifistische Ideologie auch in den Kreisen der Sozialdemokratie eine scharfe Frontstellung in der Frage der Stellung zum Wehretat und Bewilligung von Panzerkreuzern usw. im Laufe von Jahren entwickelte. Die Tatsache, daß z. B. im Reichstag neun sogenannte „linke“ Sozialdemokraten beim Panzerkreuzer B für unseren Antrag und gegen die große Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stimmten, hat immerhin eine symptomatische Bedeutung.

Der Konflikt, der entstanden ist zwischen Parteivorstand und den sogenannten Disziplinbrechern in der Fraktion, hat vorerst keine organisatorischen Konsequenzen gezeitigt, weil jedenfalls die Schwierigkeiten in den Reihen der sozialdemokratischen Mitglieder zu groß sind, daß der Parteivorstand selbst vor organisatorischen Maßnahmen in diesem Moment zurückschreckte. So beschloß der Parteivorstand, diese Angelegenheit bis zum Leipziger Parteitag zu vertagen, der Ende Mai stattfindet. Die Hauptgefahr vom Standpunkt der proletarischen Revolution wäre jetzt die Bildung einer zentristischen Organisation, auf die die Brandlerleute spekulieren. Diese Gefahr besteht in Deutschland keineswegs in diesem Umfange. Unsere Aufgabe ist es, die schärfste Entlarvung und entschiedenste Bekämpfung aller zentristischen Strömungen in der SPD und in den reformistischen Gewerkschaften, besonders aber die „linken“ SPD-Führer, als die gefährlichsten Feinde innerhalb der SPD zu entlarven und zu kennzeichnen. Selbst, wenn es diese Neun wagen sollten und es ihnen gelingen würde, eine eigene Fraktion im Reichstage zu bilden, werden sie große Schwierigkeiten haben, eine zentristische Organisation auf die Beine zu bringen. Eine zentristische Organisation mit Massenanhang wäre bei der Verschärfung der Krise und der Klassengegensätze in Deutschland jetzt nicht denkbar. Schon die kleinen Organisationchen und Gruppen, wie die Brandleristen und die Urbahns- und Ruth-Fischer-Leute sie planten, wurden zwischen beiden Parteien der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei zermalmt und aufgerieben. Heute, wo die Klassengegensätze in der allgemeinen Zuspitzung der Klassensituation viel schärfer sind, ist für die Bildung einer

zentristischen Organisation kein Raum und kein Boden in der Entwicklung. Natürlich schließt das nicht aus, daß kleine Absplitterungen und Abspaltungen an einigen Stellen vorkommen können und sogar wahrscheinlich sind. Wir glauben, daß die Träume der Brandleristen, die hoffen, daß eine solche Organisation entsteht, durch die revolutionären Tatsachen der Entwicklung zerschlagen werden.

Genossen, wir können heute schon sagen, was den ideologischen Prozeß innerhalb der Sozialdemokratie betrifft, daß der größte Teil der sozialdemokratischen Arbeiter den Glauben an die sozialdemokratische Parteiführung verloren hat. Wenn sie den Glauben an ihre Parteiführung ideologisch verloren haben, bedeutet das noch keineswegs, daß sie bereit sind, zur Kommunistischen Partei zu kommen. Eine zweite wichtige Tatsache, die wir sehen müssen, ist der Umstand, daß sie auch keinen Ausweg mehr darin sehen, daß die „Linken" ans Ruder kommen, weil sie in allzu vielen Fällen schon ihre eigenen Anhänger im Laufe der Entwicklung betrogen haben.

Diese Einstellung schließt auch nicht aus, daß wir die Manöver der „linken" Sozialdemokratie und der führenden Funktionäre der „Linken" weiterhin beachten und auf das schärfste bekämpfen müssen. Daß nach wie vor die „Linken" der gefährlichste Feind innerhalb der Sozialdemokratie bleiben, das besteht auch für Deutschland weiter. Für uns ist das wichtigste, daß wir versuchen müssen, viel stärker an die oppositionellen Arbeiter in der Sozialdemokratie heranzukommen. Es besteht bei ihnen eine solche Ideologie, daß sie noch immer für die Einheit ihrer Partei sind, und wenn die Frage der Spaltung steht, davor zurückschrecken, wie vor einem Gespenst. Andererseits ist ihre Radikalisierung häufig bereits so stark, daß sie innerlich schon mit der sozialfaschistischen Politik gebrochen haben.

Und nun komme ich zum entscheidenden Problem: nämlich der offensiven Stellung der Frage des Marxismus. Es ist bekannt, daß die Bourgeoisie in Deutschland im Kampfe gegen den Marxismus eine angebliche „marxistische Front" aus Kommunisten und Sozialdemokraten konstruiert, die in Wirklichkeit gar nicht besteht. Die sozialdemokratischen Führer, sind selbstverständlich die geschworenen Feinde des Marxismus. Wenn die Bourgeoisie eine solche „marxistische Front" konstruiert, so will sie den kleinbürgerlichen und auch sozialdemokratischen Anhängern damit sagen, daß die Entwicklung der letzten zwölf Jahre auf das Schuldkonto des „Marxismus" zu setzen sei. Wie gesagt: die sozialdemokratischen Führer sind geschworene Feinde des Marxismus. Anders ist es bei den sozialdemokratischen Arbeitern, die kein marxistisches Bewußtsein, keine marxistische Klarheit haben, aber gefühlsmäßig zum Marxismus stehen. Wir müssen ihnen zeigen, daß unsere Partei die einzige Partei des Marxismus, der marxistischen Front in Deutschland ist, die das Banner des Marxismus im Kampfe gegen die Bourgeoisie, gegen den Faschismus und gegen den Sozialfaschismus erhebt und auf dem marxistischen Wege die Massen zum Sozialismus führt. Unsere Aufgabe ist es, diesen Kampf überall zu verstärken. Wir haben schon große Fortschritte in letzter Zeit auf diesem Gebiete zu verzeichnen. Übertritte ganzer Ortsgruppen sind an einzelnen Stellen durchgeführt. Langjährig organisierte Funktionäre der SPD treten über in die KPD. Unsere Literatur und unser Material wird bei den SPD-Arbeitern schon viel mehr umgesetzt und gelesen. Der im Mai stattfindende Parteitag der Sozialdemokratie gibt uns neue Möglichkeiten, in den Vorbereitungswochen unsere politische Kampagne zu verstärken. Vom 15. April bis 1. Mai ist eine große Kampagne der RGO gegen die Politik des ADGB im Zusammenhang mit der reformistischen Losung des Siebenstundentages ohne Lohnausgleich. Dazu kommt die Kampagne für den 1. Mai. Diese Tatsache gibt uns wieder die Möglichkeit, auch die anderen Fragen zu überprüfen und konkrete Vorschläge in der Kampagne zu machen. All dieses beschleunigt die innere Gärung und stärkt die Voraussetzungen einer revolutionären Krise, hilft mit im antifaschistischen und revolutionären Kampf, an der strategischen Lösung der Frage der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für die Durchführung revolutionärer Massenaktionen zum Sturze der Bourgeoisie.

*

Genossen, ich komme jetzt zur Frage eines der wichtigsten Transmissionsriemens unserer Massenarbeit, zur Frage der RGO. Wir haben in der letzten Sitzung des Zentralkomitees der KPD die Frage so gestellt, daß die zentrale Tagesaufgabe der Partei die Organisierung und Politisierung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition ist. Der Aufgabe, die wir der RGO stellen, stehen große Widerstände und Schranken entgegen. Wir haben reformistische Gewerkschaften in Deutschland seit ungefähr 60 Jahren. Es ist klar, daß sich solche Traditionen nicht so leicht beseitigen lassen. Der ADGB hat heute noch annähernd 5 Millionen Mitglieder in seinen Reihen. Dazu kommen die christlichen Gewerkschaften und die Angestelltenverbände. Die Arbeit unter diesen etwa 7 Millionen ist ungeheuer wichtig für uns, weil sie, wenn sie die Handlungen ihrer konterrevolutionärer Führer weiter dulden, einen gefährlichen Damm für die Arbeit der RGO bei der Vorbereitung und selbständigen Führung der Lohnkämpfe gegen die weitere Kapitalsoffensive bilden.

Die Frage der Wirtschaftskämpfe, der Streiks, steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Geht man von dieser Tatsache aus, so bedeutete der Ruhrkampf im Januar ein neues Bild. Würde man den Ruhrkampf abstrakt und oberflächlich betrachten, so könnte man vielleicht zu der naiven und falschen Auffassung kommen, daß er eine Niederlage des Proletariats bedeutete. Aber wenn man die objektiven und subjektiven Faktoren richtig analysiert, so muß man feststellen, daß er einen kühnen Fortschritt in der Frage der revolutionären Organisierung und selbständigen Führung von Wirtschaftskämpfen darstellt.

Was ist das Neue am Ruhrkampf? Es besteht darin, daß wir selbständig den Kampf ausgelöst und die Massen herausgeführt haben, obwohl die reformistische und christliche Gewerkschaftsbürokratie von vornherein mit allen Mitteln gegen den Streik war. Weiter sehen wir eine offensive Taktik, die darin zum Ausdruck kommt, daß in diesem Kampf das Gesetz des Handelns nicht vom Gegner vorgeschrieben wurde, wie in den allermeisten vorhergehenden Kämpfen, sondern daß wir es dem Unternehmer und den Reformisten vorschrieben. Hier ist ein völlig neues Verhältnis, eine neue Tatsache, daß wir schon vor Ablauf der Verhandlungen zwischen Unternehmern und Reformisten die Bergarbeiter unter Führung der RGO in den Kampf hineinführten. Diese Überrumpelungsstrategie war überraschend für den Gegner und für die Reformisten.

Haben wir mit diesem Kampf einen Erfolg erzielt? Selbstverständlich. Infolge des großen Verrats mußte man den Streik abbrechen, um die Arbeiter, die mit uns sympathisierten, wieder in die Betriebe hineinzubringen. Aber das ist für uns nicht maßgebend. Für uns ist ausschlaggebend: Wie schätzt die Arbeiterklasse den Kampf ein, war es ein Achtungserfolg für sie und für die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition oder nicht? Es war ein gewaltiger Achtungserfolg! Die RGO wurde durch diesen Kampf populär.

Es gab natürlich in diesem Kampf große Schwächen und Fehler: Mängel in der politischen Vorbereitung, keine genügende Mobilisierung der Massen gegen den Polizeiterror, Mängel in der organisatorischen Vorbereitung des selbständigen Bergarbeiterverbandes, große Schwächen in der Oppositionsarbeit im reformistischen Verband, ungenügende Organisierung der Streikkaders, Mängel in der Herausbildung aktiver Streikführer zur Leitung des Kampfes in den verschiedenen Schächten, fast keine Solidaritätsbewegungen in den verschiedenen anderen Gebieten Deutschlands usw.

Trotz dieser kritischen Bemerkungen über die Schwächen des Kampfes darf die positive Seite nicht unterschätzt werden. Dieser Kampf eröffnet eine neue Periode in der Gewerkschaftsbewegung Deutschlands, die der höheren Aufgabenstellung der Beschlüsse des V. RGI-Kongresses gegenüber denen des IV. RGI-Kongresses entspricht.

Nun zur Frage der Parallelverbände Ich will dem heutigen Plenum eine Äußerung des Genossen Stalin in Erinnerung rufen. Genosse Stalin sagte im Präsidium des EKKI am 19.

Dezember 1928 in klarer Voraussicht der Perspektive des Entstehens von roten Gewerkschaften in Amerika und Deutschland folgendes:

„Aus der Tatsache, daß wir in den reformistischen Gewerkschaften arbeiten müssen, vorausgesetzt, daß diese Gewerkschaften tatsächlich Massenorganisationen sind, folgt noch keineswegs, daß wir unsere Massenarbeit auf die Tätigkeit in den reformistischen Gewerkschaften beschränken, daß wir zu Sklaven der Normen und Forderungen dieser Verbände werden sollen. Wenn die reformistische Führung mit dem Kapitalismus verwächst (siehe die Resolutionen des VI. KI-Kongresses und IV. Kongresses der RGI) und die Arbeiterklasse einen Kampf gegen den Kapitalismus führt, kann man da behaupten, daß der Kampf der von der Kommunistischen Partei geführten Arbeiterklasse ohne ein gewisses Sprengen des bestehenden reformistischen Gewerkschaftsrahmens geschehen kann? Es ist klar, daß man derartiges nicht behaupten kann, ohne einem Opportunismus zu verfallen Vollkommen denkbar wäre daher eine solche Situation, in der es notwendig werden kann, parallel Massenorganisationen der Arbeiterorganisationen zu schaffen entgegen dem Willen der sich an die Kapitalisten verkaufenden Bonzen. Eine solche Situation haben wir bereits in Amerika. Es ist durchaus möglich, daß auch in Deutschland die Entwicklung in dieser Richtung verlaufen wird."

Genossen, was Stalin damals sagte, ist schon in sehr kurzer Zeit in Deutschland eingetreten. Manche Genossen in unserer Partei versuchten, die damaligen Ausführungen des Genossen Stalin wissentlich zu diskreditieren. Wir hatten im Zentralkomitee der KPD damals Auseinandersetzungen, wobei die Versöhnler fragten: Wie steht ihr zu Stalins Äußerungen? Wir gaben damals eine bolschewistische Antwort, und das heutige Resultat unserer Arbeit ist ebenfalls eine Antwort.

Die Entwicklung der RGO, unser Kurs auf die Bildung neuer Verbände und vor allem unser energischer Kurs auf die Durchführung von Streiks ist aufs engste verbunden mit der dauernden systematischen Vertiefung unserer Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften. Hier sind in der Oppositionsarbeit unverzeihliche Schwächen eingetreten. Im März waren 34 Prozent aller Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften arbeitslos, 18,6 Prozent standen außerdem in Kurzarbeit. Hier haben wir die stärksten Voraussetzungen, auch innerhalb der reformistischen Gewerkschaften trotz der wütenden Ausschlußpolitik der Bürokratie unsere oppositionelle und revolutionäre Arbeit ernst und zielbewußt in Angriff zu nehmen. Wir haben hier im letzten halben Jahr einen großen Tempoverlust. Die 5-Millionen-Armee darf unter keinen Umständen von uns isoliert und unsere Arbeit dort aufgegeben werden.

Um zu vermeiden, daß unsere roten Verbände Sektenorganisationen werden, daß wir uns in den Betrieben nicht genügend organisatorisch verankern, sind wir gezwungen, diese großen Schwächen in unserer Massenarbeit schnellstens zu beseitigen. In einer der letzten Sitzungen des Polbüros wurde die Aufgabe der Verdreifachung der Mitgliederzahl der RGO bis zum 15. Juni gestellt. Dazu wurde von der RGO ein besonderer Sturmplan ausgearbeitet.

Es gibt noch einige andere kleinere Fragen, die bei uns vernachlässigt werden, weil sie nicht zur hohen Politik gehören, weil unsere Genossen, oft auch die leitenden Genossen in den Bezirken nicht rechtzeitig verstehen, daß es sich um Fragen handelt, die im Volksleben, im Leben der Massen eine bedeutende Rolle spielen. Ich denke an solche Fragen, wie eine Hochwasserkatastrophe, wie reaktionäre Filmverbote, die großen Massenverhaftungen von Frauen wegen des Abtreibungsparagraphen 218 oder ähnliche Anlässe, aus denen sich bisweilen wirkliche Volksbewegungen in Deutschland entwickeln lassen. Hier sind unsere Genossen manchmal zu „fein", um sich mit solchen nicht offensichtlich politischen Fragen gründlich zu befassen. Das ist ein Mangel an Masseninstinkt und auch eine Form von Sektierertum in der Partei.

Wir sind die Partei, die in jedem Moment einer Volksgärung und Erbitterung einzutreten hat, wobei wir immer alle kleinen Fragen mit den großen revolutionären Fragen in dauernder Verbindung bringen müssen.

Die entscheidenden Fehler in unserer Partei, im inneren Parteileben, sind die des rechten Opportunismus, besonders des Opportunismus in der Praxis. Hier haben wir in allererster

Linie solche Erscheinungen bei Wirtschaftskämpfen und in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, die ein Kapitulieren vor dem Druck und der Offensive des Unternehmertums und der reformistischen Bürokratie, ein Einschwenken auf die Linie des Gewerkschaftslegalismus oder ähnliche opportunistische Schwankungen zur Folge haben. Daneben spielt eine Rolle jener rechte Opportunismus, der in einem Zurückweichen gegenüber der bürgerlichen Staatsgewalt oder gegenüber dem Mordfaschismus seinen Ausdruck findet, was bei einer weiteren Verschärfung der Klassensituation von nicht geringer Bedeutung ist. Wir haben auch gelegentliche Erscheinungen eines ideologischen Opportunismus, Zweifel an der richtigen, sieghaften, revolutionären Perspektive der Komintern, ein Nachgeben gegenüber bürgerlichen und sozialfaschistischen Einflüssen in ideologischer Hinsicht. Alle solche Erscheinungen des Opportunismus und des Sektierertums müssen selbstverständlich jederzeit schonungslos durch unseren bolschewistischen Zweifrontenkampf liquidiert werden. Es handelt sich hierbei nicht um ein System von Abweichungen, sondern nur um Einzelerscheinungen, die in der konkreten Situation bei konkreten Anlässen bald hier, bald dort auftreten. Wir können die erfreuliche Tatsache verzeichnen, daß die Konsolidierung unserer Partei soweit vorgeschritten ist, daß jeder Versuch einer Gruppenbildung innerhalb der Partei von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre, wie es das Beispiel des Genossen Merker gezeigt hat. Aber ich möchte noch etwas mehr sagen: die große und vollständige Einheitlichkeit unserer Partei, wie wir sie in diesem Maße noch nie vorher verzeichnen konnten, ist auch ein Produkt des revolutionären Aufschwungs in Deutschland und spiegelt im Innern der Partei jenen Konsolidierungsprozeß der Klasse des Proletariats im revolutionären Lager wider, wie er sich draußen vollzieht. Alle Gruppen, die innerhalb der Partei in den vergangenen Jahren gegen die Generallinie Einwendungen erhoben oder Sturm liefen, haben sich heute vollständig vor der richtigen Politik der Partei beugen müssen und leisten dort, wo wir die einzelnen Genossen hinstellen, ihre Arbeit auf der Linie der Partei. Auch das drückt zweifelsohne den politischen Vormarsch der Partei aus.

Nun zur Frage des politischen Massenstreiks. Auf dem Weddinger Parteitag hat die deutsche Partei die Bedeutung dieser Waffe in der gegenwärtigen Periode des revolutionären Kampfes für Deutschland bereits klar umrissen. Das 10. Plenum hat es allen wichtigen kommunistischen Parteien zur Pflicht gemacht, eine großzügige Propaganda für den politischen Massenstreik zu entfalten. Wir haben einige, wenn auch ungenügende politische Massenstreiks in Deutschland zu verzeichnen gehabt. Wenn wir jedoch das Sturmjahr der ersten russischen Revolution von 1905 betrachten, in welcher grandiosen Form die verschiedenartigen Kämpfe, Demonstrationen, politische Streiks, Massenstreiks usw., sich entwickelten, und einen Vergleich mit der jetzigen Entwicklung in Deutschland ziehen, so ist gerade auf diesem Hauptgebiet ein gewaltiger Mangel vorhanden. Hier haben wir schlechte Erfahrungen.

Nun ist es klar, daß ein politischer Massenstreik nicht einfach durch eine Losung der Partei verordnet werden kann. Andererseits wäre es verhängnisvoll, wenn wir uns nur auf eine rein spontane Entstehung eines politischen Massenstreiks von großem Ausmaß verlassen wollten. Schließlich ist auch die Theorie, wie sie gelegentlich vertreten wurde, unzutreffend, wonach ein politischer Massenstreik nur aus ökonomischen Streiks hervorgehen müsse. Alle großen politischen Massenstreiks in Deutschland in der Vergangenheit entstanden aus verschiedenartigen und ganz besonders aus politischen Anlässen.

Unsere Aufgabe muß nach alldem sein, diejenigen Maßnahmen zu treffen, die die Bahn für die Entstehung und Führung großer politischer Massenstreiks freimachen. Wir müssen aus der Zeit der Propaganda in dieser Frage zur Aktion des Massenstreiks kommen überall, wo es die konkrete politische Situation erfordert.

Nach einer Überprüfung dieser Frage handelt es sich dabei vor allem um folgende Maßnahmen:

Erstens: Eine umfassende Massenpropaganda, um unter der ganzen Arbeiterklasse und den werktätigen Schichten das Verständnis für die Bedeutung dieser Waffe des revolutionären Klassenkampfes zu wecken.
Zweitens: Die Schaffung von organisatorischen Voraussetzungen, um bei geeigneten politischen oder sonstigen Anlässen die organisierende Rolle der Partei für die Auslösung, Verbreiterung und Führung des Massenstreiks wirklich erfüllen zu können. Hierzu gehört vor allem der Ausbau des revolutionären Vertrauensleutesystems in den Großbetrieben, durch das wir über den Rahmen der Betriebszelle hinaus eine genügend schlagkräftige Organisation in den Betrieben in die Hand bekommen.
Drittens: Bei der Führung der ökonomischen Kämpfe, die naturgemäß die Streikerfahrungen der Arbeiterklasse stets bereichern und insofern eine Auflockerung des Bodens für den Massenstreik darstellen, jeweils klare Herausarbeitung des politischen Charakters.
Viertens: Großzügige Popularisierung aller Streikbewegungen, insbesondere jeder politischen Streikbewegung, unter den Massen, um dadurch die Stimmung für den politischen Massenstreik zu stärken.
Und fünftens: Die klare und wachsame politische Einstellung aller Parteiorganisationen und Parteileitungen und die Notwendigkeit, das Mittel des politischen Massenstreiks zur Anwendung zu bringen, sobald sich ein geeigneter Hebel zur Auslösung eines solchen Streiks ergibt.
Genossen, diese fünf Punkte müssen von allen Parteien, besonders von der deutschen Partei, stärker beachtet werden. Sie gehören zu den Voraussetzungen für die kühne Anwendung dieser entscheidenden Waffe im Stadium der sich zuspitzenden Klassenentwicklung.
Genossen, auf dem Januarplenum unseres ZK rollten wir die Frage der Volksrevolution im Sinne von Marx und Lenin in ihrem ganzen Umfange auf. Vor der deutschen Partei steht nicht nur die Aufgabe der Eroberung der proletarischen Mehrheit, eine Aufgabe, deren Lösung wir in Deutschland immer näher kommen, sondern, was uns fehlt, ist die wirklich selbständige Führung aller Kämpfe, es fehlt jene aktive Volkspolitik, die die werktätigen Millionen gegen die Offensive der Bourgeoisie und ihre Pläne der faschistischen Orientierung anstürmen läßt. Wir müssen deswegen in unserer Politik noch einen weiteren gewaltigen Schritt tun, nämlich die werktätigen Volksschichten, die halbproletarischen Mittelschichten in Stadt und Land, an die Arbeiterklasse heranführen, die proletarische Hegemonie über diese Schichten verwirklichen. Wir haben in dieser Richtung bereits einige Schritte unternommen. Aber unsere Arbeit unter den städtischen Mittelschichten und vor allem unsere Arbeit auf dem Lande steckt leider immer noch in den Kinderschuhen. Die Frage des stärkeren Bündnisses von Stadt und Land ist heute von nicht untergeordneter Bedeutung. Ganze Gebiete von Dörfern in Deutschland stehen unter dem Einfluß des Faschismus. Unsere Agrarpolitik, unsere revolutionäre Politik unter den bäuerlichen Schichten und unter der Dorfarmut erfordert neue spezifisch bestimmte Methoden der Arbeit auf diesem Gebiet. Wir hatten in letzter Zeit mit einigen Bauernkonferenzen in Deutschland schon Erfolge. Eine langjährige, sektiererisch falsche Auffassung hat uns leider auch auf diesem Arbeitsgebiet geschwächt und zurückgeworfen. Die negative Seite, daß wir im Reichslandbund nicht arbeiten wollten, wie es leider eine ganze Zeitlang bei allen unseren Fachleuten mit einzelnen Ausnahmen propagiert wurde, das war der größte und entscheidende Fehler. Gerade in diesen reaktionären Organisationen, in der auch arme Bauern sind, dort mußten wir arbeiten, dort mußten wir hineingehen, wie wir doch auch in den reformistischen Gewerkschaften arbeiten, wo wir für unsere Politik kämpfen und ringen müssen. In welcher Richtung muß sich unsere Agrarpolitik bewegen?
Das wichtigste ist auf dem Lande eine völlige Spezialisierung unserer Arbeit. Erstens, wir müssen den Kurs der Partei viel mehr aufs Dorf ausrichten und nehmen, weil durch die Verschärfung der Agrarkrise auch auf diesem Gebiet unsere revolutionäre Politik entscheidende Stützpunkte bekommen wird, wir müssen als entscheidenden Stützpunkt die

Landarbeiter gewinnen und zu Kämpfen mobilisieren. Hier entfalten wir eine Kampagne für rote Gutsräte und um die Streiks zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Gebieten. Der Sturmplan der RGO umfaßt die Schaffung von roten Landarbeiterverbänden in Ostpreußen, Schlesien, Brandenburg und Sachsen. Der zweite Punkt, auf den wir uns konzentrieren müssen, sind die Millionen Zwergbauern und Dorfarmen. Hier gibt es Landarbeiter mit Deputatland. Hier gibt es Halbproletarier, die Zwergbesitzer sind, die zeitweilig und saisonmäßig für die Industrie und in der Fabrik arbeiteten und in den Abendstunden, Sonnabend nachmittags und Sonntags der Familie helfen, ihr Land zu bearbeiten. Wir haben auch solche Zwergbesitzer, die Land haben, die durch bestimmte Pachtzinsen und Abgaben an die Gutsbesitzer immer tiefer in Not geraten, und auch einige Mittelbauern, die unter dem Druck der Agrarkrise ein Drittel bis ein Viertel aller Einkünfte und noch mehr abzugeben gezwungen sind. Es gibt ferner die Kleinbauern mit 1-2 ha Land und schließlich auch die Siedler und Kleinpächter, die in Deutschland zu Hunderttausenden vorhanden sind, die wir auch zu dieser Gruppe der dem Proletariat nahestehenden kleinbäuerlichen Elemente rechnen können.

Die nächste Gruppe, die wir mit unserer Propaganda gleichfalls erfassen müssen, sind die Mittelbauern, die je nach der Bodenbeschaffenheit und dem Standort über 2-20 ha Land verfügen. Heute ist in der Agrarkrise eine solche verschärfte Zuspitzung, besonders bei den verhältnismäßig noch starken individuellen Bauernwirtschaften, die wir in Deutschland haben, zu verzeichnen, daß wir ungeahnte Möglichkeiten haben, wenn unsere Partei kühner, aggressiver und reifer an diese Frage herangehen würde, um so tiefer in die Millionenmassen der Klein- und Mittelbauern einzudringen.

Und schließlich gibt es noch die Handwerker und Kleingewerbetreibenden im Dorfe, die wir gleichfalls nicht unbeachtet lassen dürfen. Es ist also um riesiges Aufgabengebiet, was sich im Kampf um die proletarische Hegemonie über alle Schichten des werktätigen Volkes vor uns auftut.

Die Kanäle, die von der Partei über die Massenorganisationen und die verschiedenartigsten Formen der Massenpolitik in alle diese Schichten des Volkes führen, werden immer vielfältiger, immer komplizierter und mannigfaltiger. Um so notwendiger ist es, daß bei diesem Wachstum der Partei und ihrer Arbeit auf den verschiedensten Gebieten, einem Wachstum in die Breite, gleichfalls niemals die klare zentrale Orientierung der Partei, der strategische Leitfaden für die Arbeit der Partei auf allen Gebieten verloren geht. Indem wir auf dem Januarplenum des ZK aussprachen, daß die Losung der Volksrevolution zur strategischen Hauptlosung für die gesamte Politik der Partei in der vor uns liegenden Periode wird, haben wir nichts anderes getan, als die Schlußfolgerung aus unserer politischen Analyse der Lage und der vor uns liegenden Entwicklung gezogen. In den Millionenmassen gärt und brodelt es. Aber diese Millionen, die den entscheidenden Schritt zum Kommunismus noch nicht mitmachen, sehen eine Lösung nur im kapitalistischen System. Deswegen ist es auch erklärlich, daß Millionen von Menschen zur Nationalsozialistischen Partei laufen konnten, weil die Nationalsozialisten ihnen vorgaukelten und versprachen, für ein sogenanntes „Drittes Reich“ zu kämpfen. Was das „Dritte Reich“ bedeutet, das ist heute schon viel klarer; viele der eigenen Anhänger der Nazis wurden durch die wirkliche Politik der Nazis enttäuscht und haben heute schon die Nase voll. Wenn Millionen von Menschen, die noch nicht bei uns sind, gegen das kapitalistische System schon eingestellt sind, wenn der Widerstand in den Massen - zwar noch dumpf, unklar und verschwommen - von Tag zu Tag stürmischer und immer elementarer gegen das kapitalistische System sich bereits Bahn bricht - so steht hier für uns die entscheidende Frage, daß wir leider nicht genügend aktiv und durchdacht in der Lage waren, diesen Millionen von Werktätigen unseren revolutionären Ausweg aus der jetzigen kapitalistischen Krise ins Bewußtsein zu bringen. Aber die Massen lernen allmählich, daß es das kapitalistische System ist, das ihre Not und ihr Elend verschuldet.

Wir Kommunisten müssen unter diesen Millionenmassen das Sturmbanner der Volksrevolution gegen Faschismus, gegen kapitalistische Profitwirtschaft, gegen Young-Sklaverei und gegen die sozialfaschistische Hilfspolizei, die sich völlig in den Dienst des Faschismus gestellt hat, überall im Lande entrollen. Das Sturmbanner der Volksrevolution für ein freies sozialistisches Sowjetdeutschland! Genossen, deswegen begrüßt die deutsche Delegation es besonders, daß sowohl in der Resolution als auch im Referat des Genossen Manuilski auf der jetzigen Tagung des Plenums in glänzender Weise der große welthistorische Gegensatz der aufsteigenden Welt des Sozialismus in der Sowjetunion und der verfaulenden niedergehenden bankrotten Welt des Kapitalismus aufgerollt wird. Besonders für uns in Deutschland ist das Beispiel des heroischen sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion eine sprudelnde Quelle revolutionärer Kräfte für die kommunistische Bewegung. Auf der einen Seite haben wir in Deutschland mit einer wirklich schamlosen Kriegshetze der Sozialdemokratie zu rechnen. Unsere deutschen Sozialfaschisten sind ja nicht nur erprobt zu Wasser und zu Lande, im Panzerkreuzerbauen und darin, die deutschen Proleten in die Schützengräben während des imperialistischen Krieges zu jagen, sondern unsere deutschen Sozialfaschisten sind auch erprobt in der Produktion von Giftgas gegen die UdSSR und gegen den Kommunismus; wobei sie einstweilen ihre Giftgasbomben in allererster Linie gegen die Sowjetunion gewissermaßen ideologisch fabrizieren, durch die stinkenden Lügen ihrer antibolschewistischen Hetze. Auf diesem Gebiet können nicht einmal die Nationalsozialisten in Deutschland die Sozialdemokratie übertrumpfen. Ich denke hier an die Hetze wegen der angeblichen sowjetrussischen Sklavenarbeit. Genossen, wo gibt es eine wirkliche Sklavenarbeit? Richten wir diese Frage an alle Sektionen. Und beantworten wir diese Frage im Lande selbst. Im heutigen Young-Deutschland z. B. können wir nicht nur sprechen von Sklavenarbeit, sondern sogar von einem wirklichen Sklavenexport. Die Zeiten der Fremdenlegionen, wo verschiedene Staaten Soldaten liefern mußten für den französischen Imperialismus, sie kehren in veränderter und anderer Form in der jetzigen Situation in Deutschland wieder. Die Behauptung, die von amerikanischen und anderen Imperialisten der Welt aufgestellt wird, daß das Fällen von Holz und die Produktion von einigen Exportartikeln durch Sklavenarbeit in der UdSSR geleistet wird, ist die infamste Verleumdung dieser Weltbanditen. Im kapitalistischen Deutschland, im Deutschland der Brüning und Braun, der Groener und Severing, haben wir dagegen solche Tatsachen der Sklavenarbeit und des Sklavenexports zu verzeichnen. Nicht umsonst hat erst vor ganz kurzer Zeit ein Führer der deutschen Chemieindustrie, Herr Bosch, den Vorschlag gemacht, Deutschland möge doch seine überschüssigen Arbeitskräfte „exportieren“: nach Frankreich und vor allem nach den französischen Kolonien in Afrika, um dort den industriellen Aufbau zu ermöglichen. Ist das etwa nur ein Projekt? Ist das nur die profitlüsterne Phantasie eines kapitalistischen Ausbeuters, der auf diese Art neben der internationalen Schande der französischen Fremdenlegion eine neue industrielle Fremdenlegion aus deutschen Proletariern schaffen will, wobei sich der französische Imperialismus und die deutschen Kapitalisten das Geschäft teilen sollen? Nein, Genossen, dieser Sklavenexport, diese weiße Schmach, diese weiße Schmach am Rhein existiert bereits. Im Rheinland, auf dem Arbeitsamt in Kehl, befindet sich die Zentralbörse des Sklavenhandels. Dort werden die Erwerbslosen gezwungen, Arbeit für Frankreich anzunehmen, wo sie unter Leitung der französischen Machthaber bei Kanalisationsarbeiten, beim Straßenbau, in den Steinbrüchen und Gruben beschäftigt werden. Es gibt Dutzende von Fällen, wo man deutsche Arbeitslose gezwungen hat, unter den ungeheuerlichsten Arbeitsbedingungen nach Frankreich, nach Holland und nach Belgien zu gehen, dortige Angebote anzunehmen, ob sie wollten oder nicht. Falls sie die dort abgeschlossenen Verträge nicht innehielten oder wenn sich die Erwerbslosen weigerten, sich ins Ausland verschicken zu lassen, dann bedeutete das für sie das Todesurteil: denn sie wurden einfach wegen Arbeitsverweigerung von den Bettelpfennigen der Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen. Angesichts dieser wirklichen Sklavenschmach

des Kapitalismus wagte die deutsche Sozialdemokratie, in die Hetze der Weltbourgeoisie gegen die Sowjetunion mit einzustimmen. Ja, als jetzt vor einigen Tagen die deutschen Industriellen in der Sowjetunion weilten, um hier Aufträge für die deutsche Industrie zu erbitten und als Millionen deutscher Arbeiter in diesem Bittgang der deutschen Kapitalisten nach Moskau einen Triumph der siegreichen sozialistischen Wirtschaft erblickten, da hetzte die SPD-Presse wieder gegen Moskau, gegen die Sowjetunion. In der Wels-Versammlung in Berlin, wo Dan und Abramowitsch vom Parteivorstand der SPD eingeladen waren, um dort die Giftgasbomben der Sozialdemokratie gegen die UdSSR zu unterstützen und zu stärken, sagte Wels u. a. folgendes:

„Unsere sozialdemokratischen Berichterstatter und Korrespondenten dürfen nicht hinein in die Sowjetunion, aber solche Leute, die den deutschen Kommunisten den schärfsten Kampf androhen, wie Borsig und Poensgen, bekommen ein Einreisevisum in die Sowjetunion."

Genossen, man muß den Sinn dieser schamlosen Demagogie verstehen. Wels versuchte, den dort anwesenden sozialdemokratischen Arbeitern einen Unterschied zu zeigen zwischen den sozialdemokratischen Berichterstattern einerseits und den Borsig und Poensgen andererseits im Kampfe gegen die Sowjetunion, wobei er in konterrevolutionären Angriffen die schärfste Waffe gegen die Sowjetunion richtete. Aber ich kann euch verraten, daß auf allen Stempelstellen in Deutschland, wo die Erwerbslosen diskutierten, die Stimmung eine umgekehrte war. Wie reagierten die Erwerbslosen auf verschiedenen Stempelstellen auf die Reise der Industriellen nach der Sowjetunion? Sie erklärten: Sowjetrußland gibt den deutschen Arbeitern durch seine Aufträge Brot und Arbeit. Das ist ein Beweis mehr für die Kraft des Sozialismus, der vorwärts schreitet, während der Kapitalismus in Deutschland sich immer mehr im Niedergang befindet.
Die Millionen Erwerbslosen und unzählige Arbeiter in den Betrieben erklären heute schon: Auch uns kann allein der Sozialismus aus der Krise helfen! - Die erbärmlichste Rolle der II. Internationale und der deutschen Sozialdemokratie kam durch die Tatsache des kürzlich hier durchgeführten Menschewikiprozesses zum Ausdruck. Dieser Prozeß hat eine große ungeheure moralische und politische Wirkung in Deutschland und in der ganzen Welt ausgeübt. Dieser Prozeß hat weiter den tiefen Klassenhaß der II. Internationale gegen die Sowjetunion vor den Massen aufgezeigt. Ich will über den Vorgang, über die Tatsachen, über das Ergebnis, über das Urteil, über die Auswirkungen dieses ganzen Prozesses nicht im einzelnen sprechen. Nur eine Tatsache will ich beleuchten. Wir stellen die Frage und werden sie für die nächste Zeit stellen, weil unsere politische Kampagne zur Auswertung des Menschewikiprozesses keineswegs abgetan ist mit Abschluß des Prozesses, sondern im Zusammenhang mit dem offensiven Kampf gegen die II. Internationale und die Sozialdemokratie in Deutschland bei anderen politischen Anlässen immer wieder vor uns steht. Wir stellen die Frage, daß diese Leute, die in Deutschland z. B. wie der Pudel vor seinem Herrn vor Brüning und seiner Politik kuschen, die in Deutschland vor dem Kapitalismus nicht einen Moment mucken, sondern bedingungslos den Kapitalismus unterstützen, - daß diese Leute ihre Agenten in die Sowjetunion schicken, um durch illegale konterrevolutionäre Arbeit den stürmischen Aufbau des Sozialismus zu stören versuchen. Diese Fragestellung ist in Deutschland von eminenter Bedeutung. Diese Tatsache bestärkt uns weiter in unserer Auffassung, daß wir behaupten und mit Recht sagen können, es gibt keine sowjetfeindlichere Partei und Organisation als die deutsche Sozialdemokratie und die II. Internationale. Nur im Zusammenhang mit dem unversöhnlichen Haß der Sozialdemokratie gegen die proletarische Revolution sind diese konterrevolutionären Handlungen, die im Menschewikiprozeß am deutlichsten und krassesten entlarvt und festgestellt worden sind, zu verstehen. Dies stellt die deutsche Partei im schärfsten Kampfe gegen die aktiven Unterstützer des konterrevolutionären Krieges gegen die Sowjetunion zugleich auch vor die Frage und die wichtige Aufgabe, die sozialdemokratischen Arbeiter auf diesem Gebiete durch neue

überzeugende Methoden und Tatsachenmaterial an die Front der Freunde der UdSSR heranzubringen. Ich will noch eine Frage stellen. Warum orientiert sich die Bourgeoisie in Deutschland momentan so stark auf die Sozialdemokratie? Ich schicke voraus die Tatsache, daß es dem Faschismus und den Nationalsozialisten schwer war, in die Arbeiterklasse erfolgreich einzudringen. Wie kann die Bourgeoisie die faschistische Diktatur durchführen ohne die Unterstützung von Arbeitermassen? Sie unternimmt heute den geradezu kühnen, offensiven Versuch, mit der Sozialdemokratie und ihren Anhängern ihre Massen, sowohl im Innern wie an der Peripherie der Partei, ins faschistische Brüning-Lager hineinzudringen. Das ist der strategische Plan der entscheidenden Teile der deutschen Bourgeoisie. Bei diesem strategischen Plan der Bourgeoisie, wo sich zwei entscheidende Faktoren gegenüberstehen, auf der einen Seite die Massenfront der Konterrevolution und andererseits die Massenfront des Kommunismus, der Millionenarmee der proletarischen Revolution, müssen wir alles tun, um den Prozeß der Gewinnung der Millionen, die heute leider noch im Lager der Konterrevolution stehen, im Kampfe für ein sozialistisches Sowjetdeutschland zu beschleunigen.

Genossen! Im Zusammenhang mit dem Industrie- und Menschewikiprozeß, im Zusammenhang mit der Verschärfung der Kriegsgefahr gegen die UdSSR, im Zusammenhang damit, daß die deutsche Bourgeoisie trotz der Industrieaufträge der Sowjetunion sich in ihrer Außenpolitik mehr und mehr auf den französischen Imperialismus orientiert, d. h. auf jene Politik, die gemeinsam mit Polen die imperialistische Intervention gegen die Sowjetunion einleitet, müssen wir den antiimperialistischen Charakter unserer Partei schärfer betonen und intensiver als einzige Partei der Politik des Friedens in Erscheinung treten, gegenüber der heuchlerischen pazifistischen Kriegsideologie der II. Internationale und der deutschen Sozialdemokratie. Genossen, wie zündend das Beispiel der Sowjetunion in Deutschland wirkt, dafür nur ein charakteristisches Beispiel: in einer reaktionären Zeitung, den „Hamburger Nachrichten“, die völlig gegen die Sowjetunion eingestellt ist, erschien vor kurzer Zeit (am 4. Januar), in einem Artikel unter der Überschrift: „Im Schatten des Bolschewismus“ folgende Bemerkung:

„Bolschewismus in Deutschland bedeutet auf die Dauer Bolschewismus in ganz Europa... Wenn überhaupt das Experiment des Bolschewismus, des marxistischen Staates, in Reinkultur ausführbar ist, dann in Deutschland ... Wenn in Moskau das politische und in Berlin das Arbeiterzentrum eines bolschewistischen Staates wäre, dann wäre die Erfüllung des Fünfjahrplans ein Kinderspiel... Dann dürfte die Welt in ihren Grundfesten erzittern, und .das wäre des deutschen Volkes Rache für Versailles.“

Genossen, das schreibt ein deutschnationales reaktionäres Blatt, nicht etwa ein Scheringer, der als Leutnant zum Kommunismus gekommen ist, sondern ein volksfeindlicher reaktionärer Politiker, ein Klassenfeind der Sowjetunion und des Bolschewismus. Er muß das schreiben. Die Tatsachen zwingen ihn dazu. Wir sehen, daß heute Kreise der Weltbourgeoisie und sogar Kreise der Sozialdemokratie manchmal gezwungen sind, eine solche Sprache zu sprechen, daß sie nicht an der aufsteigenden Entwicklung in der Sowjetunion vorbeigehen können. Hier ist es unsere Aufgabe, mehr denn je diesen welthistorischen Gegensatz, die Entwicklung in der Sowjetunion und den Niedergang des Kapitalismus an konkreten Tatsachen und Beispielen zu analysieren. In der Frage des Internationalismus versuchen wir in Deutschland schon, die Frage der internationalen Solidarität aller Arbeiter und aller unterdrückten Völker im gemeinsamen revolutionären Befreiungskampfe viel schärfer zu stellen als früher. Ich erinnere an die feste Zusammenarbeit der deutschen Partei mit der polnischen, besonders in Oberschlesien, Danzig usw. Wir stellten viele Fragen gemeinsam im Lande von Pilsudski und im Lande von Hindenburg. Ich erinnere an die verschiedenen Zusammenkünfte mit den Vertretern unserer Bruderparteien und die gemeinsamen Demonstrationen am internationalen Antikriegstag in verschiedenen Grenzgebieten in Deutschland. Ich verweise ferner auf solche

Methoden, daß wir z. B. die interessante Rede des Genossen Cachiri, die er kürzlich im französischen Parlament hielt, in Hunderttausenden von Exemplaren in Deutschland unter den Massen verbreitet haben, um damit die internationale Solidarität des deutschen und französischen Volkes, verkörpert unter der Führung der Kommunistischen Partei, stärker zum Ausdruck zu bringen. (Starker Beifall.) Ich führe diese Tatsache deswegen an, weil, wenn es wahr ist, daß der französische Imperialismus seine Vorbereitung zu einem konterrevolutionären Krieg gegen die Sowjetunion trifft (und es ist wahr), wir die stärkste Solidarität in der festesten revolutionären Form zwischen diesen werktätigen Massen, die in der großen entscheidenden Mühle dieses Kampfes stehen, herstellen müssen zum Kampfe gegen die Bourgeoisie im eigenen Lande.

Genossen! Vergleichen wir lediglich das, was wir hier in der UdSSR sehen, mit dem Bild bei uns zu Hause in den kapitalistischen Ländern. Den Städten der kapitalistischen Länder drückt die Krise und die Erwerbslosigkeit überall ihren Stempel auf. Die Straßen des kapitalistischen Westens sind erfüllt von der Not, dem Hunger und der Verzweiflung von Millionen Menschen, die der Kapitalismus ins nackte Elend stößt. Die Städte hier im roten Osten sind voller Leben. Wer die Entwicklung und die Tatsachen hier vor Jahren sah und die heutigen grandiosen Erfolge der Entwicklung in der Sowjetunion mit eigenen Augen ansieht, der erkennt diesen gewaltigen Unterschied. Es gibt in diesem Lande keine Müßiggängerei. Alles spiegelt die Arbeit, den sozialistischen Aufbau, den Fünfjahrplan und das Tempo seiner Durchführung wider. Natürlich gibt es noch große Opfer in diesem Lande. Millionen bringen diese Opfer mit größter Zuversicht. Aber die entscheidende Frage ist: für wen und für was? Sie bringen diese Opfer für die große geschlossene Allgemeinheit und bringen die Opfer freudigst für ihr eigenes sozialistisches Vaterland. Die proletarischen Massen im kapitalistischen Lande: für wen sollen sie und können sie Opfer bringen, besonders die Millionen Erwerbslosen, die Almosen und Bettelpfennige und vielmals nichts erhalten? Für den ausbeutenden Kapitalismus, die konterrevolutionäre sozialdemokratische Führung und den mörderischen Faschismus? Diese Frage steht auch im engsten Zusammenhang mit der Entwicklung des welthistorischen Gegensatzes dieser beiden Systeme. Hier in der Sowjetunion Verdoppelung und Vervierfachung der Produktion, eine vielfache Verbesserung der Lebenshaltung der Massen, die in den nächsten Jahren der Entwicklung weiter wachsenden sozialen und kulturellen Fortschritte. Diese Losungen des Fünfjahrplanes flammen uns von allen Transparenten, Plakaten und Anschlägen in den Straßen der Sowjetstädte entgegen.

Alle Regierungen der ganzen Welt müssen das Anschwellen der Arbeitslosenheere von Millionen in ihren eigenen Ländern eingestehen.

Die Regierung der proletarischen Diktatur erklärt vor aller Öffentlichkeit demgegenüber: Bei uns ist die Erwerbslosigkeit liquidiert, uns fehlen noch 1,6 Millionen Arbeitskräfte!

Jede kapitalistische Regierung in der ganzen Welt unternimmt einen Raubzug auf die Löhne der Arbeiterschaft.

Die Sowjetregierung verfügt: Generelle Lohnerhöhung um 6 Prozent in diesem Jahre.

Das Geheimnis dieses gewaltigen Unterschiedes zwischen dem roten Osten und dem kapitalistischen Westen läßt sich in wenigen Worten ausdrücken: Hier herrscht die siegreiche Arbeiterklasse. Dort regieren die Kapitalisten und ihre Lakaien, die Faschisten und die Sozialdemokraten: Ost und West - zwei verschiedene Welten! Die Entscheidung zwischen ihnen kann den Werktätigen, den hungernden und notleidenden Millionen in den kapitalistischen Ländern nicht schwer fallen. Der Weg, den die Arbeiterklasse und die Werktätigen der Sowjetunion unter der Führung der Bolschewiki gegangen sind, ist ein Weg, der herausführt aus dem Elend der kapitalistischen Sklaverei zu den leuchtenden Höhen der sozialistischen. Zukunft. Der Tag nähert sich, an dem die deutsche Arbeiterklasse unter Führung der Kommunisten den Weg des russischen Proletariats beschreiten wird. Wenn ich am Anfang meines Referats sagte, daß Deutschland das schwächste Kettenglied in der Kette

des kapitalistischen Weltsystems ist, so können wir ebenfalls revolutionär behaupten und sagen, daß das deutsche Proletariat und seine Kommunistische Partei, die ihm treu zur Seite steht, eines der stärksten Glieder in der Kette der Entwicklung zum Siege der proletarischen Weltrevolution ist. Unsere revolutionären Aufgaben sind klar. Unsere Arbeit ist eine gewaltige. Höhere Taten und Handlungen stehen vor uns. In diesem Sinne gilt unser Bericht, in diesem Sinne gilt unsere Initiative. In diesem Sinne gilt unsere Arbeit. Vorwärts zu neuen Siegen, zur großen Entscheidungsschlacht!

Kommunistische Internationale,
Heft 16 u. 17/18/1931

Thälmanns Mai-Kampfgruß
an die Arbeiter und Bauern der USSR

Flammende Grüße den Arbeitern und Bauern, den Rotarmisten und roten Matrosen, sowie der proletarischen Jugend der Sowjetunion im Namen des deutschen, revolutionären Proletariats.
Der 1. Mai, der Weltkampftag der internationalen Arbeiterklasse, steht in der Sowjetunion im Zeichen der grandiosen Anspannung aller Kräfte zur siegreichen Erfüllung des großen Fünfjahrplans in vier Jahren. Jeder neue Erfolg, jede weitere machtvolle Errungenschaft des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion beschleunigt den Vormarsch der proletarischen Weltrevolution in den anderen Ländern. Jeder neue Sieg des Proletariats der Sowjetunion unter Führung der Leninschen Partei ist ein weiterer Anstoß für den Kampf der deutschen Arbeiterklasse, die sich unter den Fahnen der Kommunistischen Partei zur Volksrevolution gegen die Diktatur des Kapitals sammelt und damit gleichzeitig die Verteidigung der Sowjetunion, des einzigen sozialistischen Vaterlandes aller Arbeiter gegen jeden drohenden Interventionskrieg organisiert.

Es lebe der siegreiche Sozialismus in der Sowjetunion!
Es lebe die Leninsche WKP(B)!
Es lebe die chinesische, indische und spanische Revolution!
Es lebe die Kommunistische Internationale!

30. April 1931 Ernst Thälmann

Die Rote Fahne,
1.5.1931

Ernst Thälmanns Mai-Kampfrede

Der Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands spricht zu den hunderttausenden Werktätigen des roten Berlins im Lustgarten

Genossen und Genossinnen!
Heute am 1. Mai sind wir hier im roten Berlin, in der Stadt, wo am 14. September die KPD die stärkste Partei wurde, in der Stadt der Maibarrikaden von 1929, zu Hunderttausenden im historisch gewordenen Lustgarten versammelt. Im weißen Zentrum der Regierungsstadt, zwischen den früheren monarchistischen Gebäuden, leuchten die blutig roten Fahnen des revolutionären Proletariats und künden der unterdrückten Menschheit in Deutschland eine neue Welt, die Welt des Sozialismus an.

1929 und heute

Vor zwei Jahren mußten die Berliner revolutionären Arbeiter unter Führung der Kommunistischen Partei in den Straßen Berlins die Fesseln durchbrechen und ihr Recht verteidigen, das sie in fast vierzigjährigem traditionellem Kampfe um die Straße selbst in der Jagowschen Zeit sich erobert hatten. Die 33 Toten des 1. Mai 1929 erinnern uns an die Blutschande des Polizeisozialismus. Die damaligen Maibarrikadenkämpfe zeigten die Berliner Arbeiterschaft in ihrem offensiven Abwehrkampf gegen diese von Zörgiebel befohlenen blutigen Polizeitaten.
Heute demonstrieren und marschieren wir erlaubt. Aber wenn wir heute verboten sein würden, alle Proletarier wissen und auch die Bourgeoisie weiß es schon, das Berliner revolutionäre Proletariat kennt an diesem internationalen Kampftag des Weltproletariats keine Grenzen des Verbots und auch keine Grenzen des polizeilichen und bürgerlichen Gehorsams. Wir kuschen und ducken uns nicht vor der Hungeraktion der deutschen Bourgeoisie, sondern wir demonstrieren, wir marschieren, wir schmieden und kämpfen für die einheitliche revolutionäre Klassenfront in allen unseren Taten, für die Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit.
Unsere erste revolutionäre Erinnerung gilt unseren auf dem Schlachtfelde der Freiheit gefallenen und gemeuchelten Arbeitsbrüdern in der ganzen Welt. Wir senden von dieser Stelle unsere tiefen und flammenden Grüße an alle politischen Gefangenen in den Zuchthäusern, Gefängnissen und Festungen, die wegen ihres revolutionären Freiheitskampfes hinter diesen Mauern schmachten und leiden müssen.

Unser Gruß dem Lande des Sozialismus

Wir begrüßen über die Grenzpfähle hinweg unsere russischen Brüder und Schwestern, die in ihrem heroischen Kampfe und grandiosen Aufbau des Sozialismus die Durchführung des Fünfjahrplans in vier Jahren, stellenweise in drei Jahren vollziehen.
Zur selben Zeit, wo die roten Kolonnen hier aufmarschieren, marschieren Millionen in Moskau, in Leningrad, in allen russischen Städten auf, um die internationale Solidarität, das feste unverbrüchliche Kampfbündnis der russischen Arbeiter und Bauern mit dem revolutionären Weltproletariat unter der Fahne Lenins zu demonstrieren. Im roten Moskau, dem Zentrum der bolschewistischen Herrschaft, marschieren unter den Augen der Diplomaten der kapitalistischen Länder die Rotarmisten und die roten Matrosen auf. Viele Hunderttausende Arbeiter und Arbeiterinnen aus den Betrieben Moskaus demonstrieren bewaffnet über den roten Platz an der Kremlmauer, um zu zeigen, daß sie gemeinsam mit den Rotarmisten und den roten Matrosen auf Tod und Leben gewillt sind, ihr sozialistisches Vaterland gegen alle Angriffe der Imperialisten und ihrer Lakaien zu verteidigen.

Dort im Lande des Sozialismus ist der 1. und 2. Mai ein Siegestag und ein proletarischer Feiertag, wo alle Betriebe, alle Behörden, alles im Lande ruht und stille steht. Hier im Lande der Youngsklaverei muß die Arbeiterklasse, müssen die Angestellten und Beamten kämpfen um ihr Recht auf diesen großen Weltkampftag.
In Moskau eine rote Mobilmachung, eine geschlossene Millionenheerschau, ein Weg und ein großes Ziel: alles und nur alles für die Durchführung des Sozialismus.

Zwei Demonstrationen - zwei Welten

Hier im roten Berlin, im Zentrum des kapitalistischen Youngdeutschland, finden heute drei Demonstrationen und Kundgebungen statt. Sehen wir ab von der Kundgebung der Hitlermordpartei im Sportpalast, so fanden hier zwei Demonstrationen auf diesem Platze statt: die schwarzrotgoldene Demonstration der SPD in den Vormittagsstunden und unsere revolutionäre gewaltige Massendemonstration unter den Bannern des leuchtenden Morgenrots. Zwei Demonstrationen, zwei Wege, zwei Programme und zwei Welten stehen sich in diesen Demonstrationen grundsätzlich gegenüber.
Hier die unerschütterliche, vorwärtsmarschierende Front des unverfälschten Marxismus, die Massenfront des Kampfes um den Sozialismus - dort die Demonstration der Partei der kapitalistischen Regierung, der Regierungs- und Polizeipräsidenten, der Partei des schamlosen Betruges an den Klasseninteressen der Werktätigen und des tiefsten Verrats am Sozialismus.
Herr Heilmann, dieser sozialdemokratische Inspirator der preußischen Regierung, wagt es in der Mainummer des „Freien Wort“ von einer „unentrinnbarsten Sklaverei in der Sowjetunion“ zu sprechen. Jeder weiß, daß die freieste Arbeit der werktätigen Menschheit, die nur denkbar ist, in der Sowjetunion herrscht. Grausamere Sklavenarbeit als im kapitalistischen System, als heute in Young-Deutschland kann es nirgends geben.
Heilmann schreibt weiter, „die Politik der Sozialdemokratie ist die Verteidigung der freien Maifeier“. Diese schamlosen Burschen spielten sich auf als die Verteidiger des 1. Mai. Heißt das Freiheit des 1. Mai, wenn unsere Arbeitsbrüder, die Roten Frontkämpfer aus dem Saargebiet hier heute mit den Berliner Arbeitern nicht aufmarschieren durften? Warum hat der Ortsausschuß in Essen am l. Mai sich gegen die Arbeitsruhe ausgesprochen? Warum wurde in Hannover der 1. Mai auf den 3. Mai, d.h. auf einen Sonntag in diesem Jahr verlegt? Sie die

Schänder des revolutionären 1. Mai

spielen sich mit Worten auf als die Verteidiger des 1. Mai.
Wir gedenken an dieser Stelle gleichzeitig der im jahrelangen Kampf stehenden chinesischen Arbeiter und Bauern. Wir fühlen uns eins mit den chinesischen Brüdern in ihrem großen Befreiungskampfe gegen die Imperialisten, gegen die Großgrundbesitzer und ihre Vasallenknechte, die Kuomintangpartei und hoffen, daß es gelingen wird, die Söldnergarden des Imperialismus vernichtend zu schlagen.
Wir denken nicht zuletzt an unsere spanischen Brüder, an die Arbeiter und werktätigen Bauern in Spanien, die in der neugeschaffenen Republik unter der Losung der Volksrevolution gegen die unter dem Deckmantel der bürgerlichen Demokratie bestehen gebliebene Herrschaft der Bankhyänen, Fabrikbesitzer und Großgrundbesitzer einen heroischen Kampf unter Führung der Kommunistischen Partei, für den Sieg des Sozialismus, zu kämpfen haben.
Der 1. Mai, dieser Kampftag des internationalen Proletariats, hat für Deutschland eine besondere Bedeutung. Deutschland, das schwächste Kettenglied in der Kette des imperialistisch-kapitalistischen Weltsystems, wird am schärfsten getroffen von der durch die ganze Welt rasenden Wirtschaftskrise. Das Tempo der ökonomischen Krise beschleunigt die

Voraussetzungen des Entstehens der revolutionären Krise in Deutschland. Über Deutschland, über den vielen Millionen Werktätigen im Land lasten außerdem das Versailler System und die räuberischen Bestimmungen des Youngplanes.
4½ Millionen Erwerbslose, ihre hungrigen Kinder und Frauen, sie schreien nach Brot und nach Arbeit. Der Kapitalismus mit seinem bankrotten System ist unfähig, ihnen Arbeit und Brot zu geben. Wir erklären an diesem l. Mai, daß Millionen in Deutschland und unzählige Millionen in der ganzen Welt niemals wieder im kapitalistischen System Arbeit finden werden.

Die Hungeraktion,

die an den verschiedenen Frontabschnitten von der deutschen Bourgeoisie und ihren Hilfsknechten sich vollzieht, nimmt einen verschärften und tieferen Charakter an. An 500000 Metall- und Bergarbeitern soll ein neuer Lohnraub im Juni vollzogen werden. Überall wird man versuchen, die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich durchzusetzen. Das allein schon bedeutet eine 17prozentige Minderung des Wochenverdienstes. Der Angriff auf die Sozialversicherungen und die Sozialpolitik wird durch die „Notverordnungen“ in den nächsten Monaten verschärft durchgeführt.
Die Steuern und die Zölle werden immer mehr erhöht. Das Brot wird trotz des gewaltigen Sinkens der Weizenweltmarktpreise in den Großstädten Deutschlands noch verteuert. Die bereits nach der ersten Notverordnung gekürzten Beamtengehälter um 6 Prozent sollen weiter um 4 Prozent, die besonderen Zulagen um 2-3 Prozent gekürzt werden. Diese Gehaltskürzung trifft in allererster Linie die unteren und mittleren Beamten.
Millionen werktätiger Bauern sind durch die unerträgliches Steuer- und Zinslasten in ihrer Existenz bedroht und Hunderttausende müssen ihre eigene Scholle schon verlassen. Der städtische Mittelstand wird durch den Monopolkapitalismus immer mehr an die Seite des Proletariats getrieben und gedrängt.
Dieser räuberische Angriff und diese maßlose Ausbeutung ist verbunden mit dem Raub der politischen Freiheit und der Unterdrückung des revolutionären Proletariats und der ihm treu zur Seite stehenden Kommunistischen Partei. Alle unsere Streiks gegen den Lohnraub, alle unsere Massenkämpfe gegen die Steuer- und Zollpolitik, alle unsere Teilkämpfe müssen ausmünden in die zusammenfassende

Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit

gegen die Hungeraktion aller Volksfeinde. Die Kommunisten und mit ihnen die deutschen revolutionären Arbeiter müssen erkennen, daß wir noch viel tapferer und mutiger unsere Gegenoffensive einleiten müssen. Die deutsche Arbeiterklasse darf nicht mehr Amboß der Lohnräuber sein, sondern muß der Hammer gegen Lohnraub und Faschismus werden.
Am 1. Mai 1929, als ein Teil von euch auf den Barrikaden am Wedding und Neukölln kämpfte, sagten wir zu euch: Die Stunde hat noch nicht geschlagen. Aber wir sagen euch heute, die Stunde wird vielleicht bald schlagen, wo wir das Sturmbanner erheben und wissen, was wir tun.
Der Vertreter des ADGB sagte heute mittag in der SPD-Demonstration hier folgendes: „Die Unternehmer hätten nicht so auftreten können, wenn die Arbeiterschaft nicht so zersplittert wäre. Es sei doch ganz klar, daß die Kommunisten sich als Helfershelfer der Reaktion zeigen.“ Wenn die Lage der deutschen Arbeiter nicht so ernst wäre, brauchte man diesen Worten keine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Hier heißt es aber, den inneren Feind im Lager der deutschen Arbeiterklasse zu erkennen. Als die deutsche Arbeiterklasse 1914 eine Partei hatte, wurde sie von dieser Partei zur Burgfriedenspolitik und zur Volksgemeinschaft gezwungen. Als 1918 diese Partei noch ein sehr starker Machtfaktor war,

verriet sie die deutsche Revolution und schlug den besten Teil des revolutionären Proletariats an den verschiedenen Fronten blutig nieder.
Die bolschewistische Partei aber erkämpfte sich mit den Massen im Roten Oktober 1917 die proletarische Sowjetmacht. Auf einem Sechstel der Erde flattern heute die Fahnen des Sieges der Partei Lenins, die unter Führung des Genossen Stalin die bolschewistische Generallinie zum Triumph über die Weltimperialisten und die letzten Reste des Klassenfeindes führt. Wir, die Kommunisten, sind in Deutschland die einzige antikapitalistische, antifaschistische, die Freiheitspartei des kommenden Deutschlands.

Die Front des kommenden Sowjetdeutschlands

Unter den Freiheitslosungen des Leninismus marschiert unsere revolutionäre Klassenfront. Sie wird das kapitalistische Joch und die internationalen Sklavenketten des Youngplans sprengen. Sie ist die Front des kommenden Sowjetdeutschlands, in dem das siegreiche Banner Lenins eine neue Etappe im Kampfe um die Weltkommune errichten wird.
Nicht nur in Youngdeutschland, überall wächst der Kommunismus. Die Bourgeoisie handelt so, wie alle von der Geschichte zum Untergang verurteilten Klassen gehandelt haben. Die Kommunisten wissen, daß die Zukunft auf jeden Fall ihnen gehört, daher können wir auch die größte Leidenschaft im revolutionären Massenkampfe überall erzeugen und entwickeln. Alle Verfolgungen und Unterdrückungen gegen uns werden uns nur vorübergehend oder gar nicht schwächen. Werden uns nicht entkräften, sondern stärken die gewaltige Kraft des Kommunismus.
Unsere Losung: Gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion! heißt: unversöhnlicher und unerbittlicher Kampf gegen die eigene Bourgeoisie und ihre Hilfsknechte. Wir Kommunisten sind die einzige Partei der wirklichen revolutionären Politik des Friedens und zugleich des revolutionären Klassenkampfes in Deutschland.
Unsere strategische Hauptlosung der „Volksrevolution“ wird, in der Perspektive der Geschichte gesehen, eine Aktionslosung werden, wo wir gemeinsam und verbunden mit den Massen die morschen Stützen des kapitalistischen Systems stürzen und eine neue Welt des Sozialismus aufbauen werden. In diesem schweren Kämpfen und Ringen wird das glühende Temperament, die tiefe revolutionäre Leidenschaft und der wehrhafte Mut besonders der Jungarbeiterschaft uns treu zur Seite stehen. Neben ihnen werden die Millionen werktätiger Frauen in unserem Freiheitskampf eine große Rolle spielen.
Der 1. Mai 1931 muß mehr sein als ein Signal und ein Auftakt. Es gilt, neue Kräfte zu aktivieren für die herannahende Zeit, wo es heißt: Rote Soldaten, revolutionäre Arbeiter, Frauen und Jugendliche in der gemeinsamen Klassenfront weiter vorstoßen zur Stunde, wo nicht nur von euch die rote Fahne getragen wird, sondern wo die rote Fahne auf den Schlössern und Gebäuden als unser Wahrzeichen aufgepflanzt ist und alles, was im Lande an Bergwerken, Fabriken, Schiffen, Grund und Boden besteht, als euer Eigentum, als Eigentum der Gesamtheit der Werktätigen betrachtet werden kann.
Schließt die einheitliche, geschlossene Kampfesfront aller Arbeiter in Deutschland unter Führung der Kommunistischen Partei! Stärkt die innere Aktivität in unseren eigenen Reihen!
Zeigt als Kommunisten, daß ihr die Avantgarde des revolutionären Proletariats seid!
Stoßt mit euren Arbeitsbrüdern und Arbeitsschwestern vor zu dem großen historischen Kampf für ein freies, sozialistisches Sowjetdeutschland!
In diesem Sinne stimmt mit mir ein in den Ruf:
Die geschlossene rote Einheitsfront des Proletariats, sie lebe hoch!
Die Kommunistische Partei, die Kommunistische Internationale, sie leben hoch!
Die russischen Arbeiter und Bauern mit ihrer Sowjetmacht, das einzige Land des Sozialismus, sie leben hoch!
Die indische, die chinesische und spanische Revolution, sie leben hoch!

Für die deutsche Volksrevolution, vorwärts bis zum Sturm für ein freies, sozialistisches Sowjetdeutschland, ein dreifaches, kräftiges ROT FRONT!

Die Rote Fahne,
3.5.1931

Kampfmai für Sowjet-Deutschland

Mai 1931 - kaum je zuvor beging das Proletariat seinen Weltkampftag in einer solchen Situation der Zuspitzung der Klassengegensätze, der Erschütterung aller Grundfesten der kapitalistischen Welt und des Triumphes für die revolutionären Lehren des Marxismus. Die kapitalistische Profitwirtschaft hat sich für die breitesten Massen der Werktätigen und Proletarier in allen Ländern als die Quelle von Krise, Zerfall, Niedergang, als die Quelle von Not und Elend der Massen erwiesen. Und zugleich wächst auf einem Sechstel der Erde das mächtige gigantische Werk des sozialistischen Aufbaus. Jeder Tag, jede Woche, jeder Monat bringt neue gewaltige Siege an der Front des Sozialismus. Alle Hoffnungen der Kapitalisten und Imperialisten samt ihrem sozialdemokratischen Lakaienpack auf ein Scheitern des Fünfjahrplans haben sich als trügerisch erwiesen. Dank den heroischen Anstrengungen der Arbeiter und Bauern der Sowjetunion, geführt von der bolschewistischen Partei unter Leitung des Genossen Stalin, erstehen Fabriken, Kraftwerke, Eisenbahnen, Paläste der Arbeit, Klubs, Krankenhäuser, Kinderheime, Schulen und andere Stätten der proletarischen Kultur und Wohlfahrt. Auf den weiten Ebenen dieses größten Landes der Welt, der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken, wachsen die riesigen Getreidefabriken, Errungenschaften des menschlichen Geistes, denen kein einziges kapitalistisches Land der Erde, nicht die Vereinigten Staaten, nicht Kanada, geschweige Europa etwas Ähnliches zur Seite stellen kann. Die Sowjetunion ist in die Periode des Sozialismus eingetreten. Diese ungeheure Tatsache von welthistorischer Bedeutung prägt sich den Massen in den kapitalistischen Ländern immer stärker, immer unwiderleglicher und aufrüttelnder ein.

In der Sowjetunion keine Arbeitslosigkeit. Im kapitalistischen Deutschland Millionen und aber Millionen von Erwerbslosen, die kaum den Bissen Brot zur notdürftigsten Sättigung haben, denen die herrschende Klasse die letzten Bettelpfennige an Unterstützung rauben will, um sie vollends dem Hungertod auszuliefern. In der Sowjetunion Aufbau und Ausbau der Produktion. In allen kapitalistischen Ländern die schwerste Krise, die die kapitalistische Welt je erlebt hat. Dort unter der roten Fahne des Kommunismus, im Zeichen der herrschenden Arbeitermacht: der Siebenstundentag, die Fünftagewoche bei steigenden Reallöhnen der Arbeiter.

Hier im kapitalistischen Deutschland: auf der einen Seite Überstundenschinderei, auf der anderen Seite Stillegungen von Fabriken, Schließung von Werkstätten, Massenentlassungen, Massenabbau der älteren Angestellten, die nie wieder eine Chance haben, in den Betrieb zurückzukehren. Das große entscheidende Problem der zwei Wege tritt in handgreiflichster Form vor das Bewußtsein des arbeitenden Volkes: Untergang in der kapitalistischen Anarchie oder Aufstieg zum Sozialismus durch den Sieg der proletarischen Revolution!

Der 1. Mai, der Kampftag des deutschen Proletariats, in dem sich die besten revolutionären Traditionen des proletarischen Klassenkampfes aus den vergangenen Jahren und Jahrzehnten verkörpern, wird im Zeichen dieser großen Frage stehen. In den Massen des deutschen Volkes wächst der Wille zum Kampf um eine andere, neue, menschenwürdige Ordnung. Nie zuvor war die Empörung in den breitesten Massen des Proletariats und der werktätigen Bevölkerung über die brutale und volksfeindliche Politik der Bourgeoisie, über die verräterische Rolle der Sozialdemokratie und über den demagogischen Volksbetrug der Nationalsozialisten so stark wie heute. Tausende und aber Tausende von Proletariern, Kleinbauern, Mittelständlern, Angestellten und Beamten, Frauen und Jungproletariern, die noch am 14. September des vorigen Jahres zu den Anhängern der Sozialdemokratie oder der Hitlerpartei zählten, haben heute längst erkannt, daß es nur einen Ausweg aus dem Elend und Bankrott der kapitalistischen Profitwirtschaft und der deutschen Youngsklaverei geben kann: den Weg der Kommunisten! Daß es nur eine Partei gibt, die mit ihrem Programm der sozialen und nationalen Befreiung an der Spitze des Volkskampfes für Brot, Freiheit, Macht marschiert: die Kommunistische Partei Deutschlands!

Am 1. Mai vor zwei Jahren, 1929, waren es die Barrikaden im roten Wedding und roten Neukölln, spontan errichtet im wehrhaften Kampf der Berliner Proletarier gegen den sozialfaschistischen Polizeiterror, die das erste Signal für einen historischen Umschwung in der Geschichte der deutschen Revolution darstellten. Die Berliner Maibarrikaden signalisierten den revolutionären Aufschwung, der inzwischen neue, höhere Formen des Klassenkampfes auf allen Gebieten gezeitigt hat. Schon zeigen sich in Deutschland die Tendenzen einer revolutionären Krise, deren weiteres Ausreifen durch den Massenkampf des Proletariats beschleunigt und gesteigert werden kann.

Auf den 1. Mai 1929 mit den 33 Opfern des Zörgiebelterrors in Berlin, folgte der 1. Mai im vergangenen Jahr, an dem die Bourgeoisie nicht wieder wagte, den Arbeitern das Recht auf die Straße zu verwehren. Allzu machtvoll hatte sich im Herzen Deutschlands, im roten Berlin, unter Führung der KPD der revolutionäre Massenkampf um die Straße durchgesetzt. Heute, da wir den 1. Mai 1931 begehen, steht der gewachsenen revolutionären Kampffront der Arbeiterklasse zugleich blutgieriger, grausamer und brutaler als je zuvor die konterrevolutionäre Front des Kapitals gegenüber. Das Regime der Brüningregierung bereitet die faschistische Diktatur in Deutschland vor. Außerhalb der Regierung, aber darum nicht weniger auf Tod und Leben mit dem Kapitalismus verbunden, versuchen die nationalsozialistischen Mordkolonnen durch ihre Terrorakte, durch ihre feigen, heimtückischen Mordanschläge und Überfälle die Arbeiterklasse zu verwirren und mürbe zu machen. Im Reichstag, in den reformistischen Gewerkschaften, bei allen Wirtschaftskämpfen erweist sich auf der anderen Seite die sozialdemokratische Führerschaft als die engste Bundesgenossin der faschistischen Politik der deutschen Bourgeoisie. Kommunisten werden von feiger Nazihand ermordet - sozialdemokratische Polizeipräsidenten verbieten darauf die kommunistischen Zeitungen. Kommunisten werden ermordet - die Sozialdemokratie versucht im Dienste des Finanzkapitals als Antwort die Versammlungen der revolutionären Arbeiterschaft, ihre Demonstrationen und ihre gesamte Agitation zu unterdrücken. Aber weder faschistische Diktaturmaßnahmen, noch nationalsozialistischer Mordterror können den unaufhaltsamen Siegeszug des Kommunismus unter den Massen in Deutschland aufhalten. Die KPD und der Kommunistische Jugendverband sammeln die Jugend des deutschen Proletariats unter ihren Fahnen. Schon beginnt die nationalsozialistische Front zu zerbröckeln, schon wenden sich ehrlich gegen den Youngplan eingestellte und antikapitalistisch gestimmte bisherige Anhänger der nationalsozialistischen Bewegung dem Banner der Kommunisten zu. Schon herrscht in den Reihen der Sozialdemokratie und noch stärker in den Reihen der SAJ die schärfste Empörung, eine Gärung, die bald zur Krise ausarten muß. Bei den Betriebsrätewahlen, bei allen Parlamentswahlen der letzten Zeit ergab sich die Offensive der Kommunistischen Partei, die heute schon neue Millionen, über ihren Wahlsieg vom 14. September hinaus, unter ihren Fahnen gesammelt hat.

So ist der 1. Mai 1931 ein Kampftag des deutschen Proletariats gegen Faschismus, gegen Youngsklaverei, gegen das kapitalistische Profitsystem. Sozialdemokratische, christliche, parteilose und kommunistische Arbeiter haben in den letzten Wochen mehr als einmal Schulter an Schulter gegen die faschistischen Horden zusammengestanden. Die strategische Aufgabe, der deutschen Kommunisten „Eroberung der Mehrheit des deutschen Proletariats!“ geht immer mehr seiner Erfüllung entgegen, und so werden in Deutschland die Bedingungen reif zur Erfüllung der großen historischen Aufgabe des Proletariats: Sturz des Kapitalismus, Aufrichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse über den Weg einer großen, alle Werktätigen umfassenden Volksrevolution. Unter dem roten Banner des revolutionären Marxismus, in engster internationaler Verbrüderung mit den Proletariern aller Länder, vor allem mit dem sozialistischen Vaterland des Weltproletariats, der Sowjetunion, gilt es für das deutsche Proletariat in den kommenden Kämpfen die rote Einheitsfront zu schmieden und an der bankrotten herrschenden Klasse das, historisch gesehen, wahrzumachen, was einst Liebknecht und Rosa Luxemburg als Losung ausgaben: *„Daumen aufs Auge, Knie auf die Brust!“*

Aus der Maizeitung „Kampfmai gegen den Faschismus“,
1. Mai 1931

Vorwärts unter dem Banner der Komintern

Rede auf der Tagung des ZK der KPD
am 14. Mai 1931

Die Bedeutung des XI. EKKI-Plenums

Die Beschlüsse des XI. Plenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale sind von großer politischer Bedeutung für alle Sektionen der Komintern.
Auf dem X. Plenum kündigte die Komintern den Beginn der Weltwirtschaftskrise an. Im April 1931, auf dem XI. Plenum, brauchten wir nicht mehr über den Beginn der Weltwirtschaftskrise zu sprechen, sondern konnten die Tatsache konstatieren, daß alle kapitalistischen Länder von der Krise betroffen sind, daß in allen kapitalistischen Ländern aber gleichzeitig der revolutionäre Aufschwung vor sich geht.
Die Bedeutung des letzten Plenums des EKKI liegt eben darin, daß auf dieser Tagung der ganze Komplex der Fragen: einerseits der Verschärfung der Wirtschaftskrise des Kapitalismus im Weltmaßstabe, andererseits demgegenüber der kolossale Aufstieg des Sozialismus in der Sowjetunion und der revolutionäre Aufschwung in allen kapitalistischen, kolonialen und halbkolonialen Ländern behandelt und geklärt wurden. Auf dem XL Plenum standen u, a, folgende wichtigste Fragen!
1. Die Krise des kapitalistischen Systems und die großen internationalen Zusammenhänge bei der Durchführung des Fünfjahrplanes, d. h. die historische Tatsache - wie der Genosse Stalin auf dem letzten Parteitag der KPSU sagte -, daß wir in der Sowjetunion in die Periode des Sozialismus eingetreten sind;
2. die neuen Erscheinungen und Probleme in der jetzigen Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution in China;
3. die Entwicklung des Faschismus und die Gegenoffensive des Proletariats im Zusammenhang mit der steigenden Krise des Faschismus im Weltmaßstabe;
4. die Veränderung in der Fragenstellung des Kampfes gegen die imperialistische Kriegsgefahr, die bedingt ist durch die Veränderung der Situation, wie sie seit dem VI. Weltkongreß der Komintern bis. zum XL Plenum des EKKI eingetreten ist.
Als wir die Frage der Kriegsgefahr auf dem VI. Weltkongreß stellten, wurde bekanntlich eine Entwicklung der relativen Stabilisierung des Kapitalismus konstatiert. Als wir diese Frage auf dem XI. Plenum stellten, mußten wir die tiefste Krise des kapitalistischen Systems konstatieren Natürlich bedeutet das auch eine ganz andere Fragestellung zur Kriegsgefahr, weil im Zusammenhang mit der Verschärfung der Kriegsgefahr naturnotwendig auch eine weitere Verschärfung der inneren Gegensätze eingetreten ist. Unter dem Druck der ansteigenden Weltwirtschaftskrise in allen kapitalistischen Ländern und der daraus resultierenden Verschärfung der Kriegsgefahr tritt auch gleichzeitig eine Verschärfung der nationalen Frage in verschiedenen kapitalistischen Ländern ein. In Deutschland durch den Youngplan, in der Tschechoslowakei durch die verschiedenen Nationalitäten, in Frankreich durch die Frage Elsaß-Lothringen, sowie auf dem Balkan durch die Zerreißung der verschiedenen Nationalitäten in den Staatengebilden, die erst nach dem Weltkrieg entstanden. Aus alledem ergibt sich, daß heute die Frage des Krieges eine bedeutende Verschärfung der inneren Gegensätze mit sich bringt.

Tatsachen haben Opportunismus und Sektierertum geschlagen

Bei dieser Frage können wir gleichzeitig am besten die absolut negative und falsche Stellungnahme erkennen, die Bucharin auf dem VI. Weltkongreß gegenüber der übergroßen Mehrheit der russischen und deutschen Delegation einnahm. Er versuchte damals den

Standpunkt zu vertreten, daß nur nach einem neuen Krieg die Revolution siegreich sein werde, ohne aber die Verschärfung der inneren Gegensätze in den kapitalistischen Ländern zu erkennen. Heute ist Spanien ein Beispiel dafür, daß seine Theorie falsch war. Hätten wir in Spanien eine stärkere Kommunistische Partei, mit einer von syndikalistischen Abweichungen freien Parteiführung, die aus der Zeit der militärischen Diktatur in Spanien restlos die Lehren gezogen hätte dann könnte die Revolution in rascherem Tempo siegreich fortgeführt werden. Ich glaube, schon dies ist ein wichtiges Beispiel im Rahmen der heutigen Ereignisse dafür, daß Bucharins Theorie falsch ist. Es ist für die theoretische Erkenntnis und unsere ganze revolutionäre Ideologie von größter Bedeutung, daß wir nicht solche pessimistischen Auffassungen aufkommen lassen, als ob man auf den imperialistischen Krieg warten müsse, um dann die Revolution durchzuführen.

Durch die ungeheure Verschärfung im Weltkriege ist im Oktober 1917 in Rußland die Revolution siegreich gewesen. Wir müssen aber in der jetzigen Situation, bei der Verschärfung der Klassenlage und dem Wachstum der revolutionären Triebkräfte aus unseren Reihen die Ideologie, als ob diese Entwicklung die einzig mögliche wäre, mit allen Mitteln beseitigen.

Haben wir heute, obwohl wir die rechten Opportunisten und Sektierer geschlagen haben, nicht noch diese abweichenden und falschen Auffassungen in unserem eigenen Lager? Sehen wir nicht oft solche Stimmungen und Strömungen, die da glauben, die proletarische Revolution wird nur geboren aus den objektiven Bedingungen?

Das wichtigste Kriterium für eine Partei ist die Frage, wie sie in der Lage ist, der Offensive der Bourgeoisie die eigene aktive Gegenoffensive des Proletariats im Kampf gegenüberzustellen. Wir haben in der deutschen Partei zweifelsohne nicht nur innerparteiliche Fortschritte, nicht nur große organisatorische Fortschritte, nicht nur allgemein-politische Fortschritte, wir sind nicht nur neben der russischen Partei die beste internationale Partei, auch in der Frage der Aufrollung schwieriger Probleme, aber wir haben auch Schwächen. Und die Hauptschwäche ist, daß es uns noch nicht gelingt, mit unseren Kräften im Proletariat erfolgreiche Kämpfe und Massenaktionen auszulösen. Eine der Hauptursachen für diese Tatsache liegt auch ohne Zweifel in solchen politischen Abweichungen und falschen Auffassungen, wie sie von mir gekennzeichnet wurden.

Nicht die objektiven - sondern die subjektiven Faktoren sind das Wichtigste.

Das ist die Kernfrage. Wenn man z. B. sagt, man kann keine Wirtschaftskämpfe durchführen, weil durch die Offensive des Kapitalismus der Druck auf die Arbeiter so stark ist, weil der Arbeiter täglich mit der Erwerbslosigkeit bedroht ist, so ist das eine falsche Fragestellung. Sehen wir denn nicht die revolutionären Faktoren? Wir dürfen nicht nur die Faktoren sehen, die der Bourgeoisie günstig zur Seite stehen. Wir haben auch wichtige Faktoren zugunsten des Proletariats.

Ist die Millionenerwerbslosigkeit nicht auch ein revolutionärer Faktor? Haben wir nicht fast überall gesehen, daß die Erwerbslosen trotz bitterster Not Solidarität mit den kämpfenden Betriebsarbeitern übten und nicht zum Streikbruch übergingen, was vor dem Kriege oft der Fall war? Haben wir nicht die andere Tatsache, daß mit der Verschärfung der Krisenelemente das Tempo des revolutionären Aufschwungs sich beschleunigt? Und trotzdem keine erfolgreichen Kämpfe? Wir müssen ernsthaft untersuchen, woran das liegt und die Partei muß den Angriffsgeist und die Aktionskraft der Massen auf einer höheren Stufe zur Entfaltung bringen.

Ein paar Worte zu den Hauptfragen, die auf dem XI. Plenum standen. Nehmen wir die Frage der Krise des kapitalistischen Systems und die Frage der jetzigen Entwicklung in der Sowjetunion. Diese Fragen standen schon auf dem VI. Weltkongreß. Waren es nicht Ewert und andere, die nicht anerkennen wollten, daß die Stabilisierung faul und schwankend

geworden ist? Heute, glaube ich, müssen sie sich an den Kopf fassen, weil die Tatsachen sie geschlagen haben. Eine Widerspiegelung des „organisierten Kapitalismus“, wie er von Hilferding 1927 erfunden wurde, gab es in bestimmten Schattierungen auch 1928 auf dem VI. Weltkongreß. Was zeigte diese Tatsache? Sie zeigte, daß die Auffassungen Hilferdings eingedrungen waren in die Kommunistische Internationale, daß die Frage in ähnlichem Sinne bei Bucharin gestellt wurde. Sprach er nicht damals beinahe, jedenfalls dem Sinne nach, von der Festigkeit des Kapitalismus? Und wiederholten ihn nicht Leute wie Ewert u. a. in Deutschland? Vertrat nicht Lowstone in Amerika die gleichen falschen opportunistischen Auffassungen? Sie alle versuchten, diese angebliche „Festigung“ des Kapitalismus in ihrer Analyse theoretisch zu verteidigen.

Abweichungen in der chinesischen Frage

Ich komme nun zu den Fragen der chinesischen Revolution. Wie war die Grundauffassung aller opportunistischen und „linken“ Gruppierungen? Die Grundauffassung aller dieser Gruppierungen war ähnlich der Theorie Trotzkis, der glaubte, daß in einem einzigen Lande der Aufbau des Sozialismus nicht möglich ist. In der Frage der chinesischen Revolution stellten sie alle die Frage ähnlich: Ohne den Sieg der internationalen Revolution ist der Sieg der chinesischen Revolution nicht möglich. Ist das nicht tiefster Pessimismus, der sowohl von den rechten wie den linken Gruppierungen vertreten wurde? Das aber war ihr theoretisches Fundament, von dem aus sie versuchten, die richtige Linie der Komintern anzugreifen.
Es ist begreiflich, daß in China selbst solche falschen opportunistischen Auffassungen eine revolutionäre Gegenstimmung auslösen müssen. Diese Gegenstimmung zeigte sich in der Partei in der Spontanitätstheorie. Wenn die heldenmütige Rote Armee in den Sowjetgebieten Chinas in den letzten l bis 2 Jahren überall siegreich vordrang, so ist eine solche Stimmung der Partei absolut möglich und verständlich. Aber durch diese falschen Auffassungen, die ein Leninist bekämpfen muß, wurde unsere chinesische Bruderpartei dazu verleitet, ihre ganze Massenkraft fast ausschließlich auf den Bereich der Sowjets, die nur in ländlichen Gebieten sind, zu konzentrieren und die großen und wichtigsten Industriegebiete, die unter dem Imperialismus und unter der Tschangkaischek-Regierung schmachten, zu vernachlässigen.

Nicht den leichteren, sondern den schwereren Weg müssen wir gehen

Es war ein schwerer Fehler, den leichteren und nicht den schwereren Weg zu gehen. Auch die deutsche Partei sucht oft noch den leichteren Weg. Die Partei muß aber den schwereren und nicht den leichteren Weg gehen. Nehmen wir die großen Erfahrungen der russischen Partei aus dem Jahre 1903, Lenin stellte auf dem Londoner Parteitag gegen alle führenden Leute, wie Plechanow und Martow grundsätzlich die Fragen der Strategie, Taktik und der Organisation. Lenin und der übrige Kern der Bolschewiki wurden damals auf das wütendste bekämpft und beschimpft. Wo aber sind die damaligen Menschewiki geblieben? Sie sind alle im Lager der Konterrevolution, entweder, bei der Sozialdemokratie oder sogar bei den anderen Kräften der Bourgeoisie gelandet.
Nehmen wir die Frage der Entwicklung der Sowjetunion. Lenin sagte z. B. vor dem Kriege, was im Zusammenhang mit der grandioses Entwicklung der Sowjetunion von großer historischer Bedeutung ist, daß die Revolution zuerst in den rückständigsten Ländern siegreich sein wird. Er ging aus von Rußland, er wies hin auf China und Asien und er sprach besonders von Spanien als den Ländern, in denen die ersten Voraussetzungen des Sieges der proletarischen Revolution gegeben sind. Überprüfen wir die Entwicklung. Das, was Lenin vor dem Kriege sagte, ist eingetroffen. Die erste siegreiche Revolution im zaristischen Rußland, die revolutionären Ereignisse in China und zuletzt in Spanien - alles agrarische und

halbagrarische Länder, in denen sich revolutionäre Zuspitzungen und wirkliche Revolutionen zeigen -, beweisen, wie recht Lenin hatte.
Nehmen wir eine andere wichtige Frage, die im ersten Stadium der Entwicklung der Sowjetunion eine entscheidende Rolle bei den theoretischen Auseinandersetzungen spielte. Es ist die Frage, ob es möglich ist, in einem einzigen Lande, bevor in irgendeinem anderen Land die proletarische Revolution siegreich ist, den Sozialismus aufzubauen Ich erinnere auch hier an die Debatte mit Trotzki. Lenin stellte diese Frage bereits im Jahre 1914 in einem der Artikel des Sammelbandes „Gegen den Strom“. Dort schilderte er, daß der Aufbau des Sozialismus in einem einzigen Lande möglich ist. Heute spricht kein Mensch mehr über die falschen trotzkistischen Theorien, weil die Tatsachen der Entwicklung des Aufstiegs zum Sozialismus in der Sowjetunion auch den ungläubigsten Menschen überzeugt haben. Alle die, die damals in dieser Linie auftraten, die Urbans, Trotzki, KAPDisten, haben sich gründlich verrechnet. Auch die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie hatten nicht geglaubt, daß Millionen von Arbeitern, gemeinsam mit den Bauern, in der Lage sind, eine solche massenschöpferische Entwicklung im Lande des Sozialismus herbeizuführen.
Nehmen wir die zweite Frage, die Frage der bürgerlich-demokratischen Revolution in China. Diese Frage wurde auf dem IX. Plenum bei der Behandlung der chinesischen Revolution und ihrer Aufgaben aufgerollt. Es gab Genossen, die den Standpunkt vertraten, daß man in der bürgerlich-demokratischen Revolution keine Sowjets bilden darf. Das war ein sogenanntes „Links“sein, in Wirklichkeit war es aber ein umgestülpter rechter Opportunismus. Was aber hätten wir heute in der Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution in China, hätte der Genosse Stalin und andere Genossen gegen diese falschen Auffassungen nicht entschieden gekämpft? Wie kann man solche Gebiete ohne Sowjets fundamentieren, wenn die Rote Armee in diese Gebiete kommt. Die Sowjets sind die Grundlagen des höheren Massenkampfes, aus dem die sozialistische Revolution herauswächst.

Die Probleme der chinesischen Revolution

Was bedeutet es, wenn wir in China die tiefste revolutionäre Krise; im allgemeinen haben und dabei in einigen Gebieten mit Recht von einer revolutionären Situation sprechen, wo die Aufgaben der Vorbereitung und Organisierung des bewaffneten Aufstandes stehen, unsere chinesische Bruderpartei aber - wie das öfters vorgekommen ist - dabei die große strategische Bedeutung der Städte und anderer wichtiger Knotenpunkte nicht erkannte? Das bedeutet einen wesentlichen Tempoverlust in unserer Massenarbeit von mindestens ein bis zwei Jahren.
Was ist das eigenartige in der Entwicklung der chinesischen Revolution? Im ersten Stadium begann die Revolution in den Industriegebieten. Der Aufstand in Kanton, die Kämpfe in Schanghai sind bekannt. Im zweiten Stadium, in dem wir jetzt stehen, macht sie die größten Fortschritte in den rückständigsten Gebieten von China, wo neue Sowjetgebiete entstehen. An der Front des Industriegebiets, z. B. in Schanghai, Kanton, Peking, dort sind wir heute sehr schwach und der mörderische Imperialismus, gemeinsam mit der nationalen Bourgeoisie, den Landlords und der Kuomintang-Partei, haben dort ihre Positionen festigen können. Ich glaube, daß wir aus diesen Beispielen der chinesischen Revolution vieles lernen können, was auch für die deutsche Partei außerordentlich wichtig ist. Wenn manchmal von den chinesischen Genossen als Grund für ihre großen Fehler angegeben wurde, daß die Partei wegen des unerhörten weißen Terrors nicht so in der Lage war, ihre Arbeit in den wichtigsten Industriegebieten und Städten wesentlich zu verstärken, so ist diese Fragestellung ähnlich, wie wenn in unserer Partei Stimmungen auftauchen, daß wegen des Druckes und der Offensive der Unternehmer und des Polizeiterrors nicht gestreikt und wegen der verschärften Durchführung des faschistischen Kurses der Brüning-Regierung die Erwerbslosen nicht in Aktionen geführt werden könnten. Das ist eine ähnliche, zwar noch nicht so weitgehende Fragestellung wie in China, wo der weiße Terror natürlich ganz andere Formen der

Unterdrückung und Knebelung gegen die Kommunisten annimmt. Ich glaube, daß wir aus allen diesen internationalen Problemen sehr vieles lernen können und müssen.

Lernt aus der chinesischen Revolution

Im Präsidium des EKKI wurde mitgeteilt, daß z. B. in Schanghai in den letzten Monaten von 104 Seifenfabriken 96 geschlossen wurden, aber Erwerbslosenarbeit leistet unsere Partei dort nicht. Die Partei kümmert sich zu wenig um die Millionen Erwerbslose, sie überläßt die Erwerbslosen sich selbst.

Ähnlich steht es dort mit der Frauenarbeit. In China sind nach einer Statistik in der Industrie von allen Ländern der Welt prozentual die meisten Frauen beschäftigt. Geht daraus nicht klar hervor, daß unsere Partei ihre Arbeit gerade auf diese große Schicht der Arbeiterklasse konzentrieren mußte? Unsere besten chinesischen Genossen mußten aber im Präsidium selbst feststellen, daß auch auf diesem Gebiete fast keine Massenarbeit mehr geleistet wird.

Ich will weiter noch andeuten, daß auch die gewerkschaftspolitische Arbeit, die Arbeit in den roten Verbänden schlecht ist und besonders in den gelben Gewerkschaften fast vollkommen negiert wird. Ich stelle alle diese Fragen, weil diese Vernachlässigung und dieses Negieren der Massenarbeit in den Industriegebieten und in den Städten, unter den Erwerbslosen, unter den Frauenmassen, für die weitere Entwicklung der antiimperialistischen Agrarrevolution in China von größter Bedeutung ist. Von der raschen Korrigierung dieser Fehler, durch unsere chinesische Bruderpartei auf all diesen Gebieten hängt das Tempo des Kampfes für das Hinüberwachsen der bürgerlich-demokratischen Revolution zur sozialistischen, proletarischen Revolution wesentlich ab. Deshalb beschloß auch das Präsidium für unsere chinesische Partei eine große strategische Wendung auf diesen wichtigsten Gebieten der revolutionären Politik und Massenarbeit. Nur bei rascher Durchführung dieser Wendung kann der Tempoverlust wettgemacht und eine Beschleunigung in der revolutionären Entwicklung Chinas erzielt werden.

Aber noch eine andere Lehre müssen wir aus dem bisherigen Verlauf der chinesischen Revolution ziehen. Wenn wir die internationale Bedeutung der chinesischen und aller kolonialen Revolutionen berücksichtigen, so müssen wir sagen, daß auch den kommunistischen Parteien in den sogenannten imperialistischen Mutterländern, in England, Amerika, Frankreich und Japan, ein Vorwurf gemacht werden muß. Bei besserer Massenarbeit und kühnerem Kampf gegen ihren eigenen Imperialismus wäre es der Bourgeoisie dieser Länder nicht möglich, in dem Maße, wie es jetzt geschieht, die imperialistischen Kräfte gegen die chinesische Revolution zu führen. Aber auch die deutsche Partei und die Parteien der übrigen Länder, haben große Versäumnisse auf diesem Gebiet. Man muß sagen, daß wir nicht genügend die große Bedeutung der chinesischen Revolution bei der Beschleunigung des revolutionären Aufschwunges in Zusammenhang mit der Krise des kapitalistischen Systems erkannt haben und infolgedessen nicht genügend die internationale revolutionäre Pflicht und Solidarität gegenüber der chinesischen Revolution erfüllten.

Die Bedeutung der kolonialen Revolution

Stellen wir die Frage der Bedeutung der Kolonialprofite für die Imperialisten in den Mutterländern, wie sie Lenin schon früher des öfteren aufgerollt hat, so muß man ohne weiteres sagen, daß dieser Frage, von uns viel zu wenig Beachtung geschenkt wird. Wenn diese kapitalistischen Länder, wie z. B . England, nicht mehr diese Millionen Extraprofite haben, die sie aus den Knochen der unterdrückten Kolonialvölker herausschinden, so bedeutet das für die innere Lage Englands eine ungeheure Verschärfung der ökonomischen Krise, Schmälerung der Rente des arbeiteraristokratischen Teiles der Bevölkerung und damit

Verschärfung des Klassenkampfes im allgemeinen. Wenn also die chinesischen Arbeiter und Bauern sich gegen ihre einheimischen und gegen ihre imperialistischen Ausbeuter und Unterdrücker wehren und kämpfen, so bedeutet das auch eine Verschärfung der inneren Lage Englands und der übrigen imperialistischen Mächte, die zur Erhaltung ihrer Extraprofile im Interesse ihrer kapitalistischen Herrschaft gegen die chinesischen Arbeiter und Bauern marschieren und versuchen, sie niederzuschlagen. Deshalb müssen alle Parteien den kolonialen Revolutionen, besonders der Revolution in China, den großen Ereignissen in Indochina und Indien, viel größere Aufmerksamkeit schenken.

Die Krise des Faschismus im Weltmaßstabe

Ich glaube, daß wir voll berechtigt sind, von einer Krise des Faschismus im Weltmaßstabe zu sprechen. Es liegt eine ganze Reihe von Tatsachen vor, die wir in der Weiterentwicklung noch deutlicher sehen werden.
Nehmen wir z. B. Spanien. In Spanien war die militär-terroristische, die faschistische Diktatur. Die Krise des Faschismus in Spanien nahm Formen der Volksbewegung gegen den Faschismus an. Die Bevölkerung, und darunter auch Teile der faschistischen Organisationen selbst, wandten sich gegen das militärische, diktatorische Terrorsystem,
Nehmen wir ein zweites Beispiel: Polen, wo das faschistische System immer mehr bankrott macht und in sich zerfällt. Man kann auch in Österreich von einer Krise des Faschismus reden Die Tatsache, daß die Heimwehren durch die jesuitische, geschickte Politik von Schober usw. in sich zerfielen, ist ebenfalls ein Zeichen für die Krise des Faschismus.
Und das letzte Beispiel, Italien. Italien wird das Land sein, in dem in nächster Zeit die Krise des Faschismus in schärfster Form in Erscheinung treten wird. Nicht nur die Tatsache, daß die Staatsverschuldung Italiens 22 Milliarden Mark beträgt, sondern auch das innere Staatsbudget einen Fehlbetrag von 19,5 Milliarden Lire aufweist, sind deutliche Anzeichen des Heranreifens dieser Krise. Nehmen wir noch hinzu die fortgesetzten Lohnreduzierungen, die die italienischen Arbeiter über sich ergehen lassen müssen und die heute schon über 40 Prozent betragen, dazu weiter die neuen Bauernrevolten und Unruhen in Süditalien. Weiter die Versuche Mussolinis in der Außenpolitik, in der Frage des englisch-französisch-italienischen Flottenabkommens zu kapitulieren, und die Tatsache, daß jetzt die italienische Bourgeoisie bei den Finanzkapitalisten der ganzen Welt um Kredite bettelt. Berücksichtigt man die früheren großprahlerischen Formen der Außenpolitik Mussolinis, so sind auch diese neuen Tatsachen deutliche Anzeichen, daß zweifelsohne in Italien die Krise des Faschismus heranreifen wird. Die neueren Konflikte mit dem Vatikan signalisieren gleichfalls die Verschärfung der inneren Lage.

Der Fußtritt der deutschen Bourgeoisie für die SPD

Wir können sogar auch in Deutschland von der Krise des Faschismus reden. Faschismus ist ja nicht nur eine Frage der Nationalsozialistischen Partei. Faschismus ist nicht nur eine Frage des Regierungs-, des Staatsystems und der neueren Herrschaftsformen des Finanzkapitals, Faschismus ist auch eine Frage der Volksbewegung, der Massenbewegung, der Parteien, die parlamentarisch und außerparlamentarisch die Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie unterstützen.
Wenn wir in Deutschland von der Krise des Faschismus sprechen, so müssen wir ausgehen von unserer strategischen Wendung, die wir nach dem Hinauswurf der Sozialdemokratie aus der Regierung, dem Fußtritt für die SPD, begannen. Bei uns waren damals Genossen, wie Merker, die nicht glaubten, daß die Bourgeoisie der Sozialdemokratie einen Fußtritt gegeben hat. Diese Genossen gerieten ins Gefolge der sozialdemokratischen Ideologie, wonach das

Ausscheiden der SPD aus der Regierung ein parlamentarisches Versehen oder ein Manöver der SPD sei.
Und in Wirklichkeit? Das war kein parlamentarisches Versehen, das war eine überlegte politische Handlung der deutschen Bourgeoisie. Sie warf die Sozialdemokraten aus der Regierung heraus, weil sie für die brutale Durchführung der Hungermaßnahmen der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse innerhalb der Regierung nicht mehr genügende Garantie bot. Aber der Herauswurf der Sozialdemokratie aus der Regierung schließt natürlich nicht aus, daß sie nach wie vor die wichtigste soziale Hauptstütze der Bourgeoisie bleibt.
Erinnern wir uns der Auseinandersetzungen auf unserem Weddinger Parteitag. Als wir von der Faschisierung des kapitalistischen Herrschaftssystems sprachen, kämpften damals die Versöhnler, die Gruppe Ewert-Eberlein, gegen diese Einschätzung an. Heute werden sie selbst über ihre Dummheit lachen.
Der Genosse Merker bezog später vom umgekehrten Standpunkt aus eine ähnliche Linie, Merker verstand nicht, daß die Partei mit der Fußtrittstheorie die faschistische Verschärfung signalisierte. Das war doch ein deutliches Zeichen der Verschärfung der Faschisierung. Weil die Bourgeoisie andere Herrschaftsmethoden anwenden mußte, deshalb flog die Sozialdemokratie aus der Regierung.
Die nächste Etappe unserer strategischen Wendung war im Dezember. Damals rollten wir das Problem der faschistischen Diktatur auf und versuchten, sie theoretisch zu ergründen und zu lösen. Die Partei hat sie gelöst, aber ohne die richtige Fragestellung schon beim Herauswurf der Sozialdemokratie aus der Regierung, wäre das nicht in dem Maße möglich gewesen.

Die Durchführung der faschistischen Diktatur

Nehmen wir die Entwicklung in den letzten Monaten - Vertagung des Reichstages bis zum November, die neuen Notverordnungen, das Ausnahmegesetz gegen die Kommunistische Partei und die Ankündigung des sogenannten Sparprogramms durch Brüning, das in den nächsten Tagen herauskommen soll, - hätten wir damals nicht die verschärfte Entwicklung zur Faschisierung klar gezeigt, was wäre heute geschehen? Was hätten wir heute für eine Position? Haben wir nicht nach dem 14. September, als die Nazis mit 6,4 Millionen Stimmen als Massenbewegung in Erscheinung getreten sind, diese Bewegung sofort richtig eingeschätzt? Wir müssen uns von dieser Massenbewegung nicht beunruhigen lassen. Wir stellen ganz klar die Perspektive der Krise der NSDAP, weil wir wissen, daß zu der 6,4 Millionen Wählermasse auch eine Politik gehört. Das aber ist gerade die entscheidende Frage, daß die 6,4 Millionen Stimmen der Bourgeoisie nicht genügten, sondern für sie war das Wichtigste, daß die Nazis im Auftrage der Bourgeoisie vielmehr in die Arbeiterklasse eindringen müssen. Dies ist den Nationalsozialisten bis jetzt in Deutschland durch unsere antifaschistische Massenpolitik nicht gelungen.
In einem Lande wie Deutschland, mit so starkem Industrieproletariat, kann die Bourgeoisie die faschistische Diktatur nicht durchführen, ohne Teile der Arbeiterklasse in diesen ganzen Prozeß mit hineinzudrängen. Wenn wir unsere große strategische Wendung nicht durchgeführt hätten, wäre es uns schwer möglich oder unmöglich gewesen, den Einbruch der Nazis in die Arbeiterklasse zu verhindern, und es wäre uns genau so gegangen, wie einigen anderen Parteien in der Vergangenheit.
Nehmen wir die polnische Partei. Als 1926 der Pilsudski-Putsch war, waren im Anfang in der polnischen Partei darüber vollkommen falsche Auffassungen. Die Mehrheit der polnischen Parteiführung glaubte damals nicht, daß der Pilsudski-Putsch ein Zeichen der Entwicklung zum Faschismus bedeutete. Man stellte infolgedessen die Frage ganz negativ und in der Perspektive vollständig falsch. Die Folge des Versagens der Partei war ein großer Tempoverlust gegen die Entwicklung zur faschistischen Diktatur.

Nehmen wir den Juli-Aufstand in Österreich. Das war das Signal, der Ausgangspunkt der Wendung im Volksleben und in den Kämpfen der Klassen in Österreich. Nehmen wir die Vorgänge am 1. Mai 1929 in Berlin. Diese Ereignisse signalisierten schon das Tempo der Faschisierung des gesamten Herrschaftssystems.
Und zuletzt Finnland, Dort hatten wir eine ganz langsame aber zielbewußte Entwicklung zum Faschismus. Aber unsere Bruderpartei verstand es nicht, diese Entwicklung zu analysieren, kapselte sich ab von den Massen, organisierte keine Massenbewegung gegen diese Maßnahmen und blieb als Partei eine Sekte. Sie wurde dann von der Entwicklung überrascht, stand ohnmächtig den neuen Erscheinungen und Tatsachen gegenüber und findet erst jetzt wieder neue Kraft, den verstärkten Weg zum Proletariat und zu der Bauernschaft zu suchen und energisch einzuschlagen. Der Tempoverlust, den die finnische Partei durch dieses Unverständnis in der Einschätzung der Lage und der Entwicklung der Klassenkräfte erlitten hat, ist geschichtlich nicht zu verantworten, besonders wegen der Frage der Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion, die in Finnland wie auch in Polen besonders scharf gestellt wird. Das ist die wichtigste und die Kernfrage.
Ich glaube also, daß unsere Partei das historische Verdienst hat, rechtzeitig den Prozeß der Faschisierung erkannt zu haben und daß damit die Partei die Möglichkeit bekam, die Faschisierung so zu bekämpfen, daß diese keineswegs das Tempo so annehmen konnte, wie in einigen anderen kapitalistischen Ländern. Wie sollten wir heute manövrieren und kämpfen, wenn wir nicht im Dezember, und besonders auf dem Januarplenum diese Frage so klar aufgezeigt hätten? Wie sollten wir heute insbesondere gegen die sozialdemokratische Politik des „kleineren Übels“ kämpfen, hätten wir damals nicht aufgezeigt, daß die Brüning-Regierung die Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur ist?

Bürgerliche Demokratie und Faschismus sind nur zwei Seiten derselben Sache

Was ist an dieser Frage am interessantesten? Die II. Internationale und die deutsche Sozialdemokratie versuchen ihre arbeiterverräterische Politik des „kleineren Übels“ vor den Massen dadurch zu verteidigen, daß sie die bürgerliche Demokratie dem Faschismus als prinzipiell gegensätzlich gegenüberstellen.
Wenn wir jedoch bei dem Problem der Durchführung der faschistischen Diktatur die Tatsache ins Auge fassen, daß unter dem Deckmantel der bürgerlichen Demokratie, wie unter der faschistischen Diktatur der Klasseninhalt, die Diktatur des Finanzkapitals unverändert bleibt, dann zeigt sich sofort der elende Schwindel der jetzigen Argumente der Sozialdemokratie. Die Diktatur des Finanzkapitals bleibt bestehen, sowohl unter der bürgerlichen Demokratie, wie auch unter der faschistischen Herrschaftsform. Eine richtige Charakterisierung der Brüning-Regierung ist deshalb von größter Bedeutung für unseren Kampf, sowohl gegen den Faschismus, wie gegen die Sozialdemokratie.
Nehmen wir England und Frankreich. Hier können wir noch von Ländern der sogenannten „bürgerlichen Demokratie“ sprechen. Aber sind in diesen Ländern der bürgerlichen Demokratie nicht auch die Keime der faschistischen Herrschaftsform schon hier längere Zeit vorhanden? Ich glaube, wenn man die Frage international stellt, ist die Aufrollung und Beantwortung der Frage auch für Deutschland viel klarer und präziser.
Nehmen wir die Resolution des EKKI. zur Hand und nehmen zwei wichtige Abschnitte heraus, die die Frage des Faschismus behandeln. Es heißt hier:

„Das Wachstum des Faschismus in der letzten Zeit war nur möglich auf der Grundlage der im Laufe der Nachkriegsperiode durch die internationale Sozialdemokratie erfolgten Unterstützung der Diktatur der Bourgeoisie, unabhängig von ihren Formen. Die Sozialdemokratie, die durch die Konstituierung eines Gegensatzes zwischen der „demokratischen“ Form der Diktatur der Bourgeoisie und dem Faschismus die Wachsamkeit der Massen im Kampf gegen die heraufziehende politische Reaktion und gegen den Faschismus einschläfert und die das konterrevolutionäre Wesen der bürgerlichen

Demokratie als einer Form der Diktatur der Bourgeoisie verhüllt, ist der aktivste Faktor und Schrittmacher der Faschisierung der kapitalistischen Staaten."

Der nächste Abschnitt, der mit diesem Abschnitt verbunden ist und verbunden ist mit unserer systematischen Arbeit in Deutschland, mit unserer Frontstellung gegen den Faschismus, erfordert auch eine systematische Anwendung der Einheitsfrontpolitik, komplizierter als vor ein oder zwei Jahren. Dieser Abschnitt lautet:

„Der erfolgreiche Kampf gegen den Faschismus fordert von den kommunistischen Parteien die Mobilisierung der Massen auf der Grundlage der Einheitsfront von unten gegen alle Formen der bürgerlichen Diktatur und gegen sämtliche reaktionären Maßnahmen derselben, die die Bahn für die offene faschistische Diktatur freimachen. Er fordert eine rasche und entschiedene Ausrichtung der Fehler, die in der Hauptsache auf die liberale Konstruierung eines Gegensatzes zwischen Faschismus und der bürgerlichen Demokratie, sowie zwischen den parlamentarischen Formen der Diktatur der Bourgeoisie und den offenen faschistischen Formen hinauslaufen, was eine Widerspiegelung des sozialdemokratischen Einflusses in den kommunistischen Parteien darstellt."

Unsere Frontstellung gegen Faschismus, Brüningdiktatur und Sozialdemokratie

Stellen wir in Verbindung mit dieser Frage eine andere: Was haben wir in letzter Zeit in Deutschland erlebt? Trifft es zu, daß in sozialdemokratischen Kreisen und darüber hinaus Auffassungen bestehen, wonach die Preußenregierung besser als die Brüningregierung ist? Absolut! Wenn das stimmt, dann müssen wir besonders ernsthaft die Feststellung treffen, daß in der Zeit des Stahlhelmvolksbegehrens unsere Partei nicht vollauf ihre Pflicht getan hat. Überlegt euch einmal: Warum konnte eine Partei wie unsere, die schon am 14. September 4,6 Millionen Anhänger hatte - heute werden es schon weit mehr sein - wenn sie in der Linie unseres Aufrufes zur Volksaktion gegen die Preußenregierung, Brüningdiktatur und Faschismus klar und offensiv kämpfte, nicht verhindern, daß das Volksbegehren erfolgreich war? Eine Partei wie unsere konnte diesen Erfolg der rechtsstehenden Parteien verhindern. Aber unsere Partei war nicht aufmerksam und aktiv genug! Sie war deswegen wohl nicht aktiv genug, weil sich auch bei uns einige Strömungen hingeschlichen hatten, der Verkennung der Bedeutung der Preußenregierung für die Durchführung der Brüning-Politik im Reiche.

Wir müssen den subjektiven Faktor stärken

Dann zu einer anderen Frage, die eng zusammenhängt mit dieser Problemstellung. Jeder Genosse soll die Beschlüsse des Januar-Plenums und des ZK überprüfen. Aber jeder Genosse und jede Genossin soll auch die Frage beantworten, inwieweit wir, unsere Partei, diese Beschlüsse durchgeführt und popularisiert haben. Man muß die wichtige Frage aufrollen, warum war die Partei nicht begeistert genug, warum hat die Partei nicht die kühne und mutige Initiative „ergriffen, die aus diesen Beschlüssen entspringen mußte? Lag das etwa an Fehlern in der Generallinie? Keineswegs! Lag das vielleicht daran, daß die Probleme nicht klargestellt wurden? Keineswegs! Das lag daran, daß wir versäumt hatten, diese glänzende Generallinie, das richtige Voraussagen der Entwicklung und ihrer Klassenkräfte in den Massen bekannt zu machen. Wir sind viel zu bescheiden. Das liegt auch am inneren Leben der Partei. Weil unsere Partei im Anfang nicht fest genug und schnell überzeugt war, daß die Brüning-Regierung die Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur ist, sind ebenfalls solche Schwächen entstanden. In demselben Fahrwasser bewegt sich die Strömung, die Braun-Severing-Regierung, der Brüningregierung als „kleineres Übel" entgegenzustellen. Daraus resultiert weiter die Tatsache des Zurückweichens vor der Notverordnung, die im März herausgegeben wurde, trotz mutiger und angestrengter Arbeit unserer Partei im Kampf gegen den mörderischen Faschismus. Wir müssen immer das Große sehen, die revolutionäre Ideologie stärken, die Problemstellung des revolutionären Auswegs, den Kampf für den

Sozialismus überall aufrollen. Wir müssen unsere Beschlüsse in der Öffentlichkeit viel mehr verteidigen.
Tagtäglich müssen wir in unserer Presse zu den Beschlüssen des Zentralkomitees in Verbindung mit der täglichen und der großen Politik Stellung nehmen. Hier haben wir noch große Unterlassungssünden. Mit Hilfe der Gesamtpartei und besonders mit Hilfe der schöpferischen Selbstinitiative der Massen, die tagtäglich in zunehmendem Maße zu uns stoßen, müssen wir diese Schwächen schnell überwinden.
Die objektive Lage ist außerordentlich günstig. Aber im subjektiven Faktor liegen große Versäumnisse. Diese gilt es jetzt mit allen Mitteln zu beseitigen.

Lernt von der KP der Sowjetunion

Seht euch die KPSU an. Wenn die KPSU eine Sitzung ihres Zentralkomitees durchführt, wie lange lebt sie von den Beschlüssen, die dort gefaßt wurden.
Beschlüsse, die ein Zentralkomitee nach einer gründlichen Vorbereitung faßt, Beschlüsse, die die Probleme richtig ergründen, Beschlüsse, die richtige Aufgaben stellen, Beschlüsse, an denen die Führung kollektiv wochenlang arbeitet, solche Beschlüsse müssen das glänzendste Werkzeug für die Partei sein im Kampf gegen alle ihre Klassenfeinde.
Überlegt euch einmal, wenn eine andere Partei solche geistigen Waffen, ein solches geistiges Rüstzeug hätte wie die unsere? Unsere Partei hat schon drei Tage nach dem Wahlergebnis vom 14. September eine ganz einwandfreie Perspektive über die Entwicklung der Klassenkräfte und eine klare politische Linie aufgezeigt. Warum hat sie diese Tatsache immer verschwiegen und nicht ausgenutzt? Wir sagten voraus, daß die Nazis vorerst nicht in die Regierung kommen würden und daß die Preußenregierung in ihrer Zusammensetzung bis zu den Neuwahlen bestehen bleibt. Fragt unsere Redakteure, wo sie diese Tatsache zu erwähnen und zu bekräftigen versuchten! Glaubt ihr, wenn das Zentrum, die Volkspartei oder die Sozialdemokratie eine solche Perspektive und solche vorausschauenden und richtigen Beschlüsse hätten, sie würden fünf Minuten darauf verzichten, sie zu popularisieren? Nicht eine Minute!
Wir sind ernsthaft gezwungen, das geistige und politische Niveau unserer Partei in der Mitgliedschaft und bei unseren Funktionären wesentlich zu verbessern und zu heben. Ich glaube, wenn wir von unserer glänzenden Generallinie ausgehen und unsere Presse besser ihre Aufgabe erfüllt, wird das rasch gelingen. Unsere Presse muß der Rettungsanker für die unterdrückten Massen sein, muß kühn und unerschrocken, unter strengster Beachtung ihres Inhalts den einzigen revolutionären Ausweg, die vorwärtsschreitende Bahn des Sozialismus aufzeigen. Die Sprache, die unsere Redakteure führen, ist viel zu schwerfällig und zu wenig volkstümlich. Das ganze Arbeiter-, das ganze Volksleben spiegelt sich nur dürftig in unserer Presse wider. Von unserer Presse zu der Millionenmasse und zu dem Leser muß unsere politische Linie wie durch einen elektrischen Strom getragen werden. So stark und lebendig muß die Spannung zu unserer kommunistischen Presse von seiten der gesamten Arbeiterklasse und aller werktätigen Schichten sein. Unsere Partei, mit ihrer Generallinie, einer solchen revolutionären Massenkraft und solchem Klassenbewußtsein muß ihre Massenarbeit, ihre Politik und Taktik mit derselben Energie weiterführen wie einige Wochen vor dem 14. September.

Die Partei schätzt die Klassenkräfte richtig ein

Besonders wichtig und bedeutsam ist die richtige Beurteilung der Entwicklung der Klassenkräfte durch die Partei. Die Partei hat auch diese richtig signalisiert. Das ist heute, bei der Überstürzung der Formen in der Klassenentwicklung eine schwierige und komplizierte Abgabe. Es wird uns auch nicht immer möglich sein, sie so einwandfrei zu beurteilen, wie das

in letzter Zeit überall geschah. Wir müssen die Autorität der Führung und der ganzen Partei viel mehr stärken als bisher. Wodurch stärkt man eine Partei und ihre Führung? Durch Tatsachen. Wir haben Tatsachen. Die Generallinie, Resolutionen, Beschlüsse, ZK-Tagungen, Erfolge sind Tatsachen.
Seht euch hier das Leben der KPSU an. Sie verteidigt mit Kühnheit, lebendiger Energie, mit Liebe und Freude ihre Beschlüsse. Wenn man vom geistigen und politischen Niveau unserer Partei redet, soll unserer Mitglieder und Funktionäre sich zu erhöhen, beginnt auch man auch diese Frage stellen. Dort beginnt auch das geistige Niveau unserer Mitglieder und Funktionäre sich zu erhöhen und auch ihre Schulung auf höherer Stufe. Heute irren sie noch oft und zeigen Schwächen, weil sie in den Bezirken und .Massenorganisationen nicht genügend unterstützt werden bei den Fragen der Konkretisierung der Generallinie in den verschiedenen Tagesaufgaben und der Tagespolitik. Hier müssen die führenden Funktionäre noch vieles lernen und bessern.

Die verschiedenen Stufen der Entwicklung des kapitalistischen Systems

Wenn wir von der Präzisierung der Entwicklungskräfte des Faschismus und der Gegenoffensive des Proletariats ausgehen, dann kommen wir auch zu der Fragestellung der genaueren Bezeichnung der Lage, der Terminologie der verschiedenen Stufen in der Entwicklung.
Wir hatten früher solche Bezeichnungen wie „ökonomische Krise“, „politische Krise“, „revolutionäre Krise“ und „revolutionäre Situation“. Warum wurde diese Frage auf dem XI. EKKI-Plenum präziser gestellt und aufgerollt? War das nur eine Frage der Terminologie? Nein! Das war eine Frage der genaueren theoretischen Analysierung der betreffenden Situation in jedem Lande. Wenn wir die Zeit vom X. Plenum bis zum XI. nehmen und überprüfen die Politik der Parteien fast aller kapitalistischen Länder, so sehen wir, daß in allen Parteien nicht nur der Begriff „ökonomische Krise“ gebräuchlich war, sondern alle Parteien benutzten für die Kennzeichnung der Lage den Begriff „politische Krise“. Wir wollen nur auf die Frage hinweisen, daß Lenin schon vor dem Kriege und auch später von einer Krise im Lande überhaupt, „von den unteren Schichten, die nicht mehr so leben wollen, und von den oberen Schichten, die nicht mehr in der alten Weise leben können“, sprach. Er spricht in der revolutionären Situation von einer „nationalen Krise“, aber der Begriff „politische Krise“ wurde von Lenin überhaupt nicht oder in den allerseltensten Fällen angewandt. Wenn in den letzten zwei Jahren in der Komintern die Bezeichnung „politische Krise“ gestellt wurde, so haben wir uns in den Beratungen auf dem XI. Plenum davon überzeugt, daß der Begriff und die Kennzeichnung „politische Krise“ völlig überflüssig ist.
Stellen wir die Frage „ökonomische Krise“. Zeitigt nicht die ökonomische Krise schon als Produkt die politische Erschütterung? Natürlich! Und eine Grenze festzustellen, wann die Erschütterung des kapitalistischen Systems so stark ist, daß man sagen kann, „politische Krise“, das kann zu schweren Irrtümern und Fehlern verleiten.
Man könnte auch sagen, es war sehr schwer, die Frage der faschistischen Diktatur in einem Zeitpunkt wie es im Dezember geschah, aufzurollen und klarzustellen. Das war unbedingt notwendig. Wenn wir sehen, daß in der ökonomischen Krise die politischen Keime und Verschärfungen der Krise schon vorhanden sind, dann steht hier die Frage schon anders. Nehmen wir als Beispiel die Entwicklung in Spanien, als eine der interessantesten letzten Erscheinungen. Hier erwuchs aus der ökonomischen Krise eine revolutionäre Krise und die Revolution, die zwar falsche Wege einschlug so daß also auch die Grenzen „politische Krise“, „revolutionäre Krise“, „revolutionäre Situation“ schon durch die tatsächliche Entwicklung überholt, also gewisse „Etappen“ übersprungen wurden.
Schon dieses eine Beispiel zeigt, daß von allgemeinen Gesichtspunkten aus in allen Parteien der Begriff „politische Krise“ viel zu schematisch gestellt wurde.

In England z. B. können wir noch nicht sprechen von einer politischen Krise. Wir können aber sprechen von einer Vertiefung der ökonomischen Krise. In Frankreich können wir ebenfalls nicht von einer politischen Krise sprechen, wir können nur sprechen von einer wachsenden ökonomischen Krise. Und wenn die französische Partei, weil ein Kommunist als Oberbürgermeister nicht mehr bestätigt wurde, dies als besonderen Anlaß nimmt, um von der politischen Krise zu sprechen, so ist das nur ein Beispiel, wie die Kennzeichnung einer Etappe in der Entwicklung falsch zur Anwendung gelangt. Hier war unbedingt eine Korrektur erforderlich. Ich glaube also, wenn wir die Resolution aufmerksam überprüfen, daß es in den Beschlüssen des XI. Plenums gelungen ist, zur Korrektur dieser internationalen Problem- und Fragestellung eine vollkommen einwandfreie Formulierung zu finden. In der Formulierung für Deutschland ist die Brücke gezeigt, wie aus der ökonomischen Krise die Voraussetzungen, oder stärkere Voraussetzungen zur revolutionären Krise entstehen. Es heißt in der Resolution an einer Stelle folgendermaßen:

„Die ökonomische Krise in Deutschland führt zu einer außerordentlichen Verschärfung der Klassenkämpfe und zu wachsenden politischen Erschütterungen, was die Steigerung der Voraussetzungen einer revolutionären Krise beschleunigt."

Das ist die richtige Analyse der gegenwärtigen Situation in Deutschland.

Welche Formen nimmt die weitere Entwicklung der Krise in Deutschland an?

Einige Bemerkungen zur Lage in Deutschland. Wenn wir die Entwicklung seit der Tagung unseres ZK. im Januar überprüfen, so kann man sagen, daß sie unsere damaligen Formulierungen und unsere Prognose bestätigt hat. Damals formulierten wir in unserer Resolution „Tendenzen der revolutionären Krise". Heute heißt es in der Resolution über die Beschlüsse der Komintern, daß „die Voraussetzungen der revolutionären Krise in beschleunigtem Tempo wachsen". Also, wir sehen, daß eine Verschärfung der inneren Krise vorhanden ist.
Wenn wir das Tempo der Wirtschaftsentwicklung beobachten, so sehen wir keine Anzeichen einer konjunkturellen Besserung. Auch nicht einmal Anzeichen gewisser Erscheinungen des Stillstandes. Wir sehen vielmehr in den wichtigsten Industrien, trotz saisonmäßiger Belebung, einen weiteren langsamen, schleichenden Rückgang. Aber das ist nicht einmal die wichtigste Frage. Viel wichtiger sind andere Tatsachen, z. B., daß sich durch die ganze Weltwirtschaftskrise auch die Lage in Deutschland weiter wesentlich verschärft. Wir hatten vor einem Jahre die einfache Wirtschaftskrise, heute haben wir das zweite Stadium der verschärften Wirtschaftskrise in Deutschland. Wir stehen vor einer Situation, wo alle Reserven aufgezehrt sind, die beim ersten Stadium der Krise noch vorhanden waren. Die Wohlfahrtsfonds der Gemeinden und Städte sind aufgebraucht. Die Staatsfinanzen sind erschüttert. Die Steuermöglichkeiten haben schon längst ihre höchste Grenze erreicht. Übertarifliche Löhne, die man abbauen könnte, gibt es nicht mehr. Ersparnisse in der werktätigen Bevölkerung, beim städtischen Mittelstand und den werktätigen Bauern sind schon lange nicht mehr vorhanden. Die Agrarzölle sind an ihrer obersten Grenze angelangt.
Nehmen wir die Tatsache der Erwerbslosigkeit. Wir werden voraussichtlich nicht mehr unter die Zahl von 4 Millionen Erwerbslosen kommen. Wir werden im Winter voraussichtlich 6 bis 6,5 Millionen Erwerbslose haben. Schon diese eine Tatsache zwingt die Bourgeoisie, diesem Problem größte Aufmerksamkeit zu widmen, ohne daß sie diese Angelegenheit der Millionenmassen zu lösen in der Lage ist.

Das Reparationsproblem und die deutsche Bourgeoisie

Die Neuaufrollung der Frage der Reparationsleistungen, die Fragestellung der Kredite vom Ausland ist das Gebiet der Schwierigkeiten und Schwankungen für die deutsche Regierung in der Außen- und Innenpolitik. Stellen wir die Frage: Welche Möglichkeiten hat die deutsche Bourgeoisie auf diesem Gebiete? Wir sprachen auf dem XI. Plenum von der Krise des Versailler Systems, Wir sehen, daß die deutsche Bourgeoisie den verzweifelten Versuch unternahm, durch den Plan der Zollunion mit Österreich die Fesseln des Versailler Systems zu lockern. Ich sage ausdrücklich, den Versuch, weil die Gegenmaßnahmen von Briand ebenfalls in Genf zur Beratung stehen und die Rolle Englands bei dieser Frage noch schwankend aber zu ungunsten von Deutschland ist. Zweifellos wird diese Frage eine vorübergehende Aufrollung neuer innerer Gegensätze im Lager der imperialistischen Young- und. Schuldnermächte bedeuten. Wir können schon heute aussprechen, daß alle Versuche der deutschen Bourgeoisie, in ihrer Außenpolitik eine selbständige Rolle zu entwickeln, scheitern müssen. Ob es sich nun um die Wiederholung solcher Manöver wie mit der Zollunion handelt, oder um die Englandreise von Brüning und Curtius - es bleibt die Tatsache bestehen, daß eine wirkliche Politik der Verteidigung der nationalen Interessen des deutschen Volkes für die deutsche Bourgeoisie unmöglich ist. Eine solche Politik kann nur eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse führen.

Die Bourgeoisie schwätzt jetzt viel von Erleichterungen in der Reparationsfrage, Man erhofft ein Moratorium, einen Zahlungsaufschub. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß es irgendwelche minimalen Zugeständnisse an die deutsche Bourgeoisie geben wird. Die Massen werden bestimmt keinen Nutzen davon haben. Ich erinnere daran, Genossen, daß wir schon mehrfach, zuletzt auf dem Januarplenum des ZK, die Möglichkeit einer neuen Inflation in Deutschland, einen Währungszusammenbruch, ins Auge gefaßt haben. Wenn die Schwierigkeiten der deutschen Bourgeoisie weiter so zunehmen, wie in den letzten Monaten, dann werden wir vielleicht schon bald unmittelbar vor einer Währungskatastrophe stehen. Und in diesem Falle würde sicherlich das imperialistische Ausland aus Furcht vor der proletarischen Revolution in Deutschland irgendwelche minimalen Konzessionen machen, um der deutschen Bourgeoisie zu einer Atempause zu verhelfen.

Es bleibt aber dabei: Eine Lösung der Reparationsfrage im Sinne des deutschen Volkes und im Sinne der internationalen proletarischen Solidarität, eine wirkliche nationale Befreiung, kann es nur durch die soziale Revolution, nur auf dem Wege der Kommunistischen Partei geben. Auch eine Atempause für die deutsche Bourgeoisie würde nicht die ungeheuren Lasten des Tributplans von den Schultern des deutschen Volkes entfernen, würde nicht die Lage Deutschlands als eines besiegten Landes erleichtern und damit die Schwierigkeiten für die deutsche Bourgeoisie keinesfalls beseitigen. Im Gegenteil: Die Reparationsfrage wird weiterhin eine Quelle der Verschärfung der imperialistischen Konflikte und ein entscheidender Krisenfaktor bleiben.

Die kapitalistische Rationalisierung hat fehlgeschlagen

Nehmen wir eine andere Frage. Wir haben in Deutschland 1,7 Millionen ausgesteuerte Erwerbslose, von denen rund 900000 von der öffentlichen Wohlfahrt unterstützt werden. Aber auch diese werden vielleicht schon bald keine Unterstützung mehr erhalten, weil die Städte und Kommunen dazu nicht mehr in der Lage sind. Schon heute stellt diese Frage für die kleinen und großen Gemeinden und für alle Städte ein Problem voll unüberwindlicher Schwierigkeiten dar. Wenn z. B. Berlin bereits dazu übergeht und die Renten der 4000 in Berlin wohnenden Blinden um 3 Mark bis 7,50 Mark pro Monat kürzt, so zeigt das bereits klar und eindeutig den Weg der weiteren Entwicklung.

Wir müssen auch alle diese Fragen sehen im Zusammenhang mit der Verminderung des Steuereinkommens und der Steueraufbringungsmöglichkeiten. Bis jetzt war die Hauptfrage bei jedem Etat, ob im Reich, in den Ländern, in den Städten oder in den Kommunen, die Frage des Steuereinkommens. Jetzt sind wir bereits in jenem Stadium der Entwicklung, in dem sich eine fortgesetzte Verminderung des Steuereinkommens zeigt. Das bedeutet, daß das Defizit sich innerhalb von 8 bis 9 Monaten um eine Milliarde erhöhen wird. Wo sollen dann weiter die neuen Einnahmequellen zur Begleichung der staatlichen und kommunalen Verpflichtungen herkommen? Dabei den Hungerkurs: die Reichen zu schonen und den Ärmsten der Armen alles zu rauben und neue Lasten aufzuerlegen.
Diese Entwicklung zwingt bereits die Bourgeoisie selbst, Alarmrufe auszustoßen. Der Jesuitenpater Muckermann, einer der wütendsten Bolschewistenfresser, stößt in der „Germania“, dem Zentrums- und Regierungsorgan, Hilferufe aus. Er stellt das Problem vollkommen trostlos und verzweifelt dar.
Ebenso stellt das führende Mitglied einer Privatversicherung, Dr. Schmidt vom Allianzkonzern, die Fragen der verschiedenen Anleihen, die der Staat gezwungen ist, für die Sozialversicherung, für die Knappschaftsversicherung u. a. aufzunehmen. Er behauptet, daß in kürzester Zeit etwa 20 Milliarden an Reserven fehlen werden zur Begleichung der Verpflichtungen in der Sozialversicherung Deutschlands.
Aus allen diesen harten Tatsachen ist die Frage des neuen Brüningschen „Sparprogramms“ entstanden. Es wird sensationelle Überraschungen bringen. Wir müssen sehen, daß die agrarische und industrielle Überproduktion auf der einen - und die Einschränkung der Konsumkraft der Massen auf der anderen Seite - den ganzen Prozeß der Verelendung der breiten Massen der Werktätigen noch mehr beschleunigen muß.
Welche Bedeutung hat das für die Partei? Das bedeutet, daß wir in der jetzigen Situation, in der man die einzelnen Etappen der Hungerpolitik der Bourgeoisie und aller Volksfeinde gegen die werktätigen Massen sieht, nicht nur auskommen mit unserer richtigen und entscheidenden Losung, der Organisierung der Volksrevolution. Wir müssen diese strategische Hauptlosung aufs stärkste propagieren und sie mit allen unseren tagespolitischen Losungen verbinden. Aber gleichzeitig müssen wir versuchen, einen Schlüssel zu finden, mit dem wir das ideologische Niveau der Partei zur Erkenntnis dieser schwierigen Situation heben, einen Schlüssel, der zum Gegenangriff und zur Gegenoffensive gegen die Hungeraktion aller Volksfeinde führt.

Gegen die Hungeraktion der Volksfeinde die Volksaktion für Arbeit, Brot, Boden und Freiheit

Die letzte Sitzung des Politbüros und des Sekretariats des ZK hat sich mit dieser Frage beschäftigt. Wir haben die Frage gestellt, ob es nicht in der jetzigen Situation, in der die Bourgeoisie - oder besser gesagt, alle Volksfeinde, womit auch die Sozialdemokraten und die Nationalsozialisten berührt werden - ihre Hungeraktion durchführt, richtig ist, eine zusammenfassende Losung in die Masse hineinzutragen, die auch einen Aktionscharakter für das gegenwärtige Stadium trägt.
Wir sind zu der Losung gekommen: Gegen die Hungeraktion aller Volksfeinde - die Volksaktion für Arbeit, Brot, Boden und Freiheit!
Wenn wir diese Frage aufrollen, müssen wir untersuchen, von welchen Hauptpunkten aus die Bourgeoisie strategisch gegen die Arbeiterklasse und die Werktätigen vorstößt.
Nehmen wir einige Beispiele aus den letzten zwei bis drei Jahren. Im Jahre 1928 sahen wir eine Senkung der übertariflichen Löhne in allen großen Streiks und Kämpfen. Im Jahre 1929 sahen wir die Senkung der Akkordsätze, die im Zusammenhang mit dem Lohnabbau fortgesetzt weiter gedrückt werden. Seit dem Jahre 1930 läuft der dauernde Abbau der Tariflöhne. Heute soll das Tarifrecht der Arbeiter beschnitten und beseitigt werden. Man

rechnet sogar bei einer durchschnittlichen Lohnkostensenkung von 15 Prozent im Jahre, für die Kapitalisten bei einer jährlichen Lohnsumme von etwa 26 bis 30 Milliarden Mark noch mit einer Mehrwertsteigerung von 3,9 bis 4,5 Milliarden Mark. Wenn außerdem die Lohnsteuer, die Lohnkosten- und Gehaltssenkung bei den Angestellten und Beamten 6 Prozent beträgt, und diese sich in der nächsten Zeit um 4 bis 8 Prozent weiter erhöht, so kann man mit vollem Recht sagen, daß das Lohnniveau in Deutschland weit tiefer liegt als in allen wichtigsten Konkurrenzländern des Imperialismus. Diese neue Welle des Lohn- und Gehaltsraubes in Deutschland muß wiederum eine neue Welle des Angriffes der Unternehmer im internationalen Maßstabe auslösen. Immer wieder muß Deutschland, als schwächstes Kettenglied im kapitalistischen System, mit weiteren Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse beginnen, die sich dann im internationalen Maßstabe wiederholen. Hier steht vor der Partei die große Frage, daß wir versuchen müssen, unsere innere Schwäche, die uns an der Entfaltung des breitesten Massen-Angriffes gegen diese Maßnahmen von internationaler Bedeutung hemmt, zu überwinden und zu beseitigen.

Wenn ein Mann wie Brüning im Neujahrsartikel 1931 noch schrieb, daß mit dem Gerede von einer Katastrophe Schluß gemacht werden müsse, so klingen seine Worte schon jetzt ganz anders und warnen vor der Katastrophe. Wenn wir beides nebeneinanderstellen, das, was Brüning gesagt hat und das, was die KPD zu den Volksmassen sagte - wer profitiert bei dieser Gegenüberstellung? Steigt die Autorität Brünings, oder die Autorität der KPD, die der Millionenmasse die Wahrheit sagte? Selbstverständlich die Autorität unserer Partei.

Das Brüningsche Sparprogramm mag im Einzelnen aussehen wie es will, immer und in jedem Fall wird es den Ruin für die soziale Existenz von Millionen von Familien des werktätigen Volkes bedeuten. Wir müssen den Schlüssel finden, um Einzelkämpfe und Einzelaktionen unter Führung der Kommunistischen Partei gegen das „Sparprogramm“ durchzuführen. Wenn wir an die Auslösung solcher Einzelkämpfe gehen, die in die Volksaktion für Arbeit, Brot, Boden und Freiheit ausmünden, so ist hierbei die Frage der Durchführung der wirtschaftlichen Streiks in allen Großbetrieben und den wichtigsten Industrien das Entscheidende. Aber gerade bei dieser Frage müssen wir wieder die Kritik an der Arbeit der Partei und der Politik und Massenarbeit der RGO, ansetzen.

Verstärkt den Kampf an der innergewerkschaftlichen Front

Legen wir uns die Frage vor: warum trugen in den letzten zwei Jahren in Deutschland fast alle Streiks nur einen kurzfristigen Charakter? Der Metallarbeiterstreik in Berlin und Nordwest und zuletzt der Bergarbeiterstreik in Ruhrgebiet und Oberschlesien im Januar, wo wir die Front nur 4-5 Tage halten konnten. Wir müssen uns ernst damit beschäftigen, warum diese Kämpfe einen solch kurzfristigen Charakter trugen.

Dies ist nicht nur eine Folge des Druckes der Kapitalsoffensive und der Bedrohung der Existenz der Arbeiter, sie ist auch nicht nur eine Folge der Millionenerwerbslosigkeit, die hemmend auf Streikbewegungen wirken kann. Die Frage steht viel schärfer. Die Ursachen sind auch unsere eigenen großen Schwächen. Wir haben in unserer Partei eine Ideologie, die - manchmal stärker, manchmal schwächer - auch in den Massen vorhanden ist.

Solange Millionenmenschenmassen, Arbeiter, Angestellte, Beamte in den reformistischen und christlichen Gewerkschaften unter der Ideologie der reformistischen und christlichen Bürokratie stehen, und die Politik der Reformisten und somit auch deren Unterstützung für die Unternehmeroffensive und manchmal sogar ihre Streikbrecherrolle dulden, solange wird es der RGO nicht möglich oder erschwert sein, bedeutsame erfolgreiche Streiks durchzuführen. Die Vernachlässigung der Oppositionsarbeit an der innergewerkschaftlichen Front kostet uns viel. Wir haben auf diesem Gebiet unverzeihliche Schwächen, einen großen Tempoverlust, den vorübergehend selbst unsere Führung zu wenig beachtete.

Diese große Schwäche ist mit ein Überbleibsel aus der Vergangenheit. Sie entspringt heute noch der Merkerschen Ideologie. Als wir im November 1929, während der Vorbereitung des Kongresses der RGO, im Zentralkomitee die Frage aufrollten, ob es nicht doch zweckdienlich wäre, den Kongreß etwas zu verschieben, gab es einige Genossen, unter Führung des Genossen Merker, die, wie versessen, das ablehnten und kein Verständnis zeigten. Man wollte hier eine andere Linie. Wir wollten keine andere Linie, aber wir wollten die Linie verhindern, die in den Industriegruppentagungen des Kongresses zum Teil niedergelegt wurde.

Was gehört zum Aufbau der RGO?

Überlegen wir! Wenn wir die RGO auf- und ausbauen wollen, was gehört vor allem dazu? Als wir uns früher gegen den Aufbau der RGO und roter Gewerkschaften wandten, weil die objektiven Bedingungen dafür noch nicht reif und vorhanden waren, versuchten uns andere Genossen dazu zu drängen. Als dann - sowohl objektiv wie subjektiv - der richtige Zeitpunkt gekommen war, zeigten sich doch noch sehr große Schwierigkeiten. Wir haben sie auch heute nur erst zum Teil überwunden.

Wenn wir ein Jahr früher dazu übergegangen waren und hätten die RGO, und die roten Gewerkschaften aufgebaut, dann wären die Schwierigkeiten und Hemmnisse noch viel größer gewesen. Damals gestattete die Bourgeoisie der Sozialdemokratie und den reformistischen Gewerkschaften noch bestimmte Manöver. Sie gab ihnen manchmal sogar direkte Aufträge, um den Radikalisierungsprozeß der Arbeiter aufzufangen, kleinere Streiks auszulösen, die sie dann später im Keime ersticken mußten. Heute erlaubt die Bourgeoisie ihnen fast keine Manöver mehr, weil jeder Streik und sei es der kleinste, die Schwierigkeiten und damit die Gefahr für die Existenz der Bourgeoisie vergrößert.

Noch in den Jahren 1928/29 waren auf den verschiedensten Gebieten und an den verschiedensten Frontabschnitten solche großen Manöver möglich. Heute ist auch das vorbei.

Die klassenverräterische Rolle, die heute die sozialdemokratischen Führer und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie bei der Unterstützung und Fundierung der Brüningpolitik im Reichsmaßstabe wie auch in Preußen spielen, erleichtert uns beim Aufbau der RGO und der roten Verbände unsere Massenarbeit. Trotz alledem müssen wir die noch vorhandenen großen Schwierigkeiten auf diesem Gebiet unserer Massenarbeit erkennen.

Ist es heute nicht eine Tatsache, daß unsere Genossen durch die Unternehmer aus den Betrieben überall herausgeworfen werden, daß unsere Positionen in den Betrieben viel zu schwach sind? Hätten wir die Merkersche Ideologie befolgt, daß die unteren Funktionäre und sogar Arbeiter der Sozialdemokratie schon kleine Zörgiebels sind, wie wollten wir dann überhaupt unsere Positionen in den Betrieben in Deutschland festigen und erweitern? Hätte eine solche Einstellung nicht die vollkommene Negierung unserer Einheitsfrontpolitik in den Betrieben bedeutet, bei wichtigen Schichten in dieser Massenfront?

Wir können uns nicht nur - obwohl sie ein wichtiger Faktor des revolutionären Klassenkampfes sind - auf die Millionenmasse der Erwerbslosen stützen. Bei der Durchführung von Massenstreiks in den Betrieben greifen wir die Bourgeoisie an ihren wichtigsten Fundamenten an. Der zähe, unermüdliche Kampf auf der Betriebsgrundlage ist mit die Vorbedingung und die wichtigste Vorbereitung für die Anwendung höherer Kampfesformen des Proletariats. Dort sind die notwendigen Positionen zur Auslösung und Durchführung des politischen Massenstreiks. Dort brauchen wir die Massen. Momentan aber stehen noch wichtige Teile dieser Massen, wenn auch in absteigendem Maße, unter dem Einfluß der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie.

Um die Sieben-Millionenfront der Organisierten

In den reformistischen Gewerkschaften, in den christlichen Gewerkschaften und in den Beamtenverbänden sind noch 7 Millionen Menschen organisiert. Das ist keine Kleinigkeit. Wenn wir die Statistik überprüfen, die vom „Vorwärts!“ im März gebracht wurde, so finden wir, daß im ADGB. 34,4 Prozent der Mitgliedschaft arbeitslos gemeldet sind. Ein Drittel der Mitglieder dieser Gewerkschaften sind also erwerbslos, außerdem werden etwa 18 Prozent von der Kurzarbeit betroffen. Was könnten wir für Positionen bei diesem Drittel Erwerbslosen und bei den anderen Betrieb arbeiten in den reformistischen Gewerkschaften haben? Denn wir sind doch die einzigen, die sowohl für die Interessen der Erwerbslosen, wie für die Interessen der Betriebsarbeiter streiten und kämpfen. Haben wir nicht trotzdem einen großen Tempoverlust in unserer politischen Arbeit an der innergewerkschaftlichen Massenfront?

Gewiß, die Ausschlußmethoden, das aggressive Auftreten der Gewerkschaftsbürokratie sind schärfere geworden als es früher der Fall war. Aber haben wir nicht auch andere Faktoren, die für uns günstig sind? Ist infolge des allgemeinen Radikalisierungsprozesses der Arbeiter und Arbeiterinnen nicht auch die Empörung und Erbitterung der Massen in der Gewerkschaftsfront gegen die reformistischen Führer stärker als früher? Sind wir nicht die Kraft und der Motor, die versuchen müssen, alles zu tun, um die Zersetzung in dieser Massenfront zugunsten des Klassenkampfes zu beschleunigen? Aber haben wir bei unseren Genossen und den besten Anhängern der RGO nicht oft solche Erscheinungen, daß sie viel zu rasch und widerstandslos kapitulieren, um in die roten Verbände hineinzukommen? Wenn sie dann den Hafen des roten Verbandes erreicht haben, dann ist manchmal ihre Arbeit zur Stärkung und Ausbreitung des roten Verbandes und der RGO oft sehr schwerfällig und läßt viel zu wünschen übrig.

Ich glaube, daß wir diese Fragen in unserer Partei sehr scharf stellen müssen und daß wir gezwungen sind, neue taktische Methoden zu finden, wie wir in den reformistischen und christlichen Gewerkschaften auftreten und arbeiten können. Wir müssen mit anderen, viel verständlicheren Methoden wie bisher eine große oppositionelle Bewegung schaffen, in der wir die Politik unserer Partei und der RGO popularisieren und die Politik und den Verrat der reformistischen Bürokratie an allen Abschnitten des täglichen Lebens kennzeichnen, diskreditieren und bekämpfen. Es gibt viele Fragen, die wir dort stellen und aufrollen müssen: Erwerbslosenfrage, Streikfrage, Lohnabbau-Unterstützung und Streikbruchpolitik, die Bonzenwirtschaft, die Unterstützung des Brüning-Kurses durch die reformistische Gewerkschaftsbürokratie usw. Ebenso auch alle übrigen wirtschaftlichen und politischen Fragen, die die Lebens- und Klasseninteressen des Proletariats berühren.

Wenn wir bei den 21 bis 22 Millionen Lohn- und Gehaltsempfängern in Deutschland diese 7-Millionenfront Organisierter unbeachtet lassen oder nur so arbeiten, wie wir es in den letzten 6 bis 8 Monaten getan haben, werden wir nur sehr langsam und mit Schwierigkeiten in der RGO vorwärtskommen. Wir müssen mit konkreten neuen Methoden an diese Massenfront heran. Wir dürfen nicht einen Moment vor Stimmungen zurückweichen, die vorübergehend Einfluß gewonnen haben. Wir müssen besondere oppositionelle Konferenzen organisieren, die nicht nur von Kommunisten, sondern auch von Sozialdemokraten, Parteilosen und anderen Sympathisierenden besucht werden, wo alle diese Mißstände kritisiert und ernsthafte Versuche zu ihrer Beseitigung schnell eingeleitet werden müssen. Nur wenn es uns gelingt, stärker in diese innergewerkschaftliche Front einzudringen, werden wir gleichzeitig auch eine Vertiefung und Massenerweiterung der RGO erreichen. Die RGO muß und wird wachsen, sowohl aus dem Lager der Nichtorganisierten, wie auch aus den Arbeitern, die im Laufe der Entwicklung aus dem sozialdemokratischen Lager zu uns kommen.

Aber das ist noch viel zu wenig. Wir müssen in diesem Stadium der Entwicklung zur revolutionären Krise diese 7-Millionenfront systematisch bearbeiten und Hunderttausende loslösen von der reformistischen und christlichen Bürokratie, die doch heute die soziale

Hauptstütze der Bourgeoisie ist. Brüning könnte niemals die Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze verwenden, wenn sie nicht noch dieses Millionenfundament in der Arbeiterklasse hätte.
Hier müssen wir feststellen, daß die Sozialdemokratie stärkere Fundamente besitzt als die Nazis. Diese Fundamente sind vor allem die reformistischen Gewerkschaften, die noch so stark sind, daß sogar die Deutsche Volkspartei gewillt ist, gemeinsam mit dem Zentrum die Sozialdemokratie für ihre Politik im Reichsmaßstabe noch stärker heranzuziehen.

Streiks sind wichtige Faktoren zur Verschärfung der Krise

Wir sollen das, was bereits auf dem letzten ZK-Plenum im Januar im Mittelpunkt unserer Erörterungen stand, mehr beachten: Die Tatsache, daß wir durch die Stärkung des subjektiven Faktors, durch die Organisierung und Durchführung der Wirtschaftskämpfe die Krise verschärfen können und müssen. Diese Tatsache müssen wir mehr in das Bewußtsein der Partei und des Proletariats hineinbringen, als das bisher leider der Fall war. Es gibt noch viele Arbeiter, die, beeinflußt durch die sozialfaschistischen Führer, einen bestimmten Fatalismus haben, und die glauben, daß man heute die Unternehmeroffensive über sich ergehen lassen muß, daß es keine Möglichkeit gibt, das Tempo des Unternehmerangriffs zu hemmen, und die überhaupt nicht mehr glauben an die Möglichkeit des erfolgreichen Widerstands und der erfolgreichen Kampfe gegen diese Hungeroffensive des Kapitalismus. Eine Mitteilung in der bürgerlichen Presse, die nach dem Ruhrstreik und nach dem Streik in Oberschlesien erschien, wies darauf hin, daß wieder ein Teil der deutschen Kapitalisten während dieses Streikes 400 bis 500 Millionen Mark ins Ausland verschoben hat. Wir sehen also, wie diese Streiks, die doch noch relativ in einem kleinen Rahmen geführt wurden, sofort Unruhe bei bestimmten kapitalistischen Schichten auslösten und damit die Schwierigkeiten des ganzen kapitalistischen Systems verschärften. Wenn wir diesen Gedanken zum Bewußtsein unserer Mitglieder und der Arbeitermassen bringen, wenn sie begreifen, daß wir es in der Hand haben, durch jeden Streik, durch jede Massenaktion, durch jeden noch so kleinen Kampf die Krise zu verschärfen und den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems und damit den Weg zum Sozialismus zu beschleunigen, dann werden die Arbeiter auch viel energischer und viel leidenschaftlicher als bisher an die Organisierung und Durchführung der wirtschaftspolitischen Kämpfe und des politischen Massenstreiks herangehen.
Eine andere Frage, die wir untersuchen müssen, ist der Abbau der Arbeiterschutzbestimmungen. Dieser Abbau geht zum großen Teil ganz geheim, ohne Tarifabmachungen und ohne Kämpfe, vor sich. Ich erinnere daran, daß in dem Tarif für das Holzgewerbe in Berlin die letzten Schutzbestimmungen, nach denen Frauen und Kinder an gefährlichen Schneidemaschinen nicht arbeiten dürfen, gestrichen worden sind. Das heißt also, der Kapitalismus indem er die primitivsten Schutzbestimmungen für Frauen und Kinder fallen läßt, geht über zu den Methoden des Frühkapitalismus, zu den gemeinsten Methoden der Ausbeutung.
Von Nordwest und im Berliner und sächsischen Metallgewerbe rollt die zweite Lohnraubwelle heran, und unsere Aufgabe besteht nicht nur darin, den Niederrhein, das Ruhrgebiet, Berlin und Sachsen zu mobilisieren, sondern zu mobilisieren den ganzen Bergbau und die ganze Metallindustrie. In Berlin Stehen wir vor der Mobilisierung zum Metallarbeiterkampf, in Sachsen läuft der Tarif für die Metallindustrie ab, ebenso kurze Zeit darauf der Lohntarif in Leipzig. Das zeigt, daß wir jetzt überall Alarm schlagen müssen. Wir müssen so mobilisieren, daß jeder Arbeiter versteht, die zweite Welle des Lohraubes ist auch gegen ihn gerichtet, und er muß deshalb auch unmittelbar mitkämpfen, gleichgültig, in welcher Industrie er beschäftigt ist.
Es steht vor uns die entscheidende Frage, überall einen Guerillakrieg gegen die Kapitals- und Hungeroffensive zu entfesseln. Tausende und zehntausende kleiner Kämpfe in den einzelnen

Betrieben und in einzelnen Abteilungen müssen der Arbeiterklasse durch Unterstützung der RGO Erfolge bringen. Die Arbeiter suchen schon andere Methoden des Kampfes neben dem direkten Streik. Es liegen Meldungen vor aus der Chemieindustrie, die besagen, daß die Arbeiter zur Methode der passiven Resistenz übergehen, d. h. sie arbeiten nicht mehr so intensiv wie bisher. Hier müssen wir, und besonders die RGO, helfen, und, neben der Vorbereitung großer Streiks, Konflikte organisieren. Nur durch eine solche aktive offensive Taktik werden wir die Unternehmeroffensive hemmen und die Voraussetzungen für erfolgreiche Kämpfe schaffen.
Aber wir haben auch noch eine andere Schwäche. Wir haben einige kleinere erfolgreiche Streiks geführt, so im Niederrhein, bei den Landarbeitern und in der Berliner Metallindustrie. Aber wir mißachten diese Erfolge und popularisieren sie nicht genug.

Aktivisierung der Erwerbslosenbewegung tut not

Die zweite wichtigste Frage neben diesen Massenstreiks der Betriebsarbeiter sind die Aktionen der Erwerbslosen. Auch hier soll man die Frage stellen: hat die Partei sich genügend um die Organisierung der Aktionen der Erwerbslosen gekümmert? Haben die Parteileitungen dazu Stellung genommen? Unsere Parteileitungen haben höchstens von dem Erwerbslosenvertreter einen Bericht entgegengenommen und in den meisten Fällen ihm die Arbeit im Erwerbslosenausschuß überlassen. Dabei sehen unsere Genossen in den Erwerbslosenausschüssen nicht genügend das Leben und Treiben in den Erwerbslosenmassen, sie verstehen nicht neue konkrete Maßnahmen zu organisieren, um die Millionenmassen in Bewegung zu bringen. Solche Methoden, wie z. B. die Organisierung des Widerstandes bei Exmittierungen, die Einsetzung von Überwachungskommissionen gegen die Überstundenarbeit, besondere Wohnungskommissionen müssen angewandt werden. Diese Beispiele kommen in zehntausenden von Fällen in Deutschland vor und erhöhen die Aktivität der Erwerbslosen.
Ich erinnere an solche Tatsachen, wie am Niederrhein, wo die Frauen ihre Kinder im Rathaus abliefern, wenn sie keine Unterstützung bekommen. Ist das nicht schon ein hoher Grad des Klassenbewußtseins, wenn die Frauen solche Aktionen durchführen? In Duisburg gingen bestimmte Schichten von Erwerbslosen, denen die Auszahlung der Unterstützung verweigert wurde, in Speisewirtschaften essen, oder Lebensmittel einkaufen und erklärten, die Bezahlung übernimmt das Arbeitsamt. So gibt es sicher noch viele andere Beispiele.
Die RGO muß entscheidend in die Massenarbeit bei den Erwerbslosen mit eingreifen. Es darf nicht mehr vorkommen, daß die Kommunen die Wohlfahrtsunterstützungssätze abbauen, ohne daß die Erwerbslosen sich regen. Wir müssen Erwerbslosendemonstrationen in jedem einzelnen Falle organisieren. Das Beispiel von Hamburg zeigt, daß dadurch das Kraftbewußtsein der Arbeiter gewaltig wächst. Unser Arbeitsbeschaffungsplan muß eine neue große Bewegung bei den Erwerbslosen auslösen und vor allen Dingen die organisatorische Verankerung der Erwerbslosen in den Erwerbslosenausschüssen und in der RGO. beschleunigen helfen. Genau so wie jeder Lohnkampf bringt jeder Kampf der Erwerbslosen und jede Erwerbslosendemonstration neue Unruhe in die Bourgeoisie, zwingt sie stellenweise zu bestimmten Konzessionen, verschärft die Krise und fördert das Wachstum der Voraussetzungen der revolutionären Krise.

40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich verstärkt das Massenelend

Was steckt hinter der Losung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und der Sozialdemokratie: 40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich? Durchsetzung dieser Losung bedeutet eine 17prozentige Verminderung des Wochenverdienstes. Das bedeutet eine neue, weitere Verelendung der Massen, Wir müssen dabei sehen, daß bei dem chronischen

Charakter der Erwerbslosigkeit in der Millionenfront der Erwerbslosenarmee, bei dieser Weiterentwicklung bestimmte hemmende Faktoren für die Revolutionierung entstehen können. Wir müssen deshalb neue Formen der Massenarbeit suchen, um die Erwerbslosen immer enger in die Klassenfront hineinzubringen. Wir müssen überall Kurse organisieren für die Erwerbslosen, gemeinsam mit den Betriebsarbeitern. Wir können in dieser Beziehung von der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie lernen, die in die gewerkschaftlichen Bildungsabende neuerdings Unorganisierte hineinbringt, um so die Erwerbslosen für ihre sozialfaschistische Ideologie zu gewinnen. Das muß von unseren Genossen stärker beachtet werden, das ist eine große und wichtige Aufgabe, die von der RGO in allen Bezirken und Städten stärker in Angriff zu nehmen ist.

Die wichtigsten Aufgaben der Partei

Wir haben in unserer vorliegenden Resolution die dringlichsten Aufgaben in unserer weiteren Politik und Massenarbeit in 12 Punkten niedergelegt. Ich glaube, daß diese 12 wichtigsten Punkte in unserem Aufgabengebiet unter den Massen der Schlüssel sein muß für die großen, von uns einzuleitenden und durchzuführenden Einzelaktionen und Einzelkämpfe. Es sind die Fragen der Organisierung und Durchführung der Wirtschaftskämpfe und des politischen Massenstreiks, der Erwerbslosenaufgaben, der RGO-Arbeit und der Massenarbeit an der innergewerkschaftlichen Front.
Ferner die Frage der Verstärkung unserer Betriebsarbeit und der Politisierung unserer Betriebszellen, die Frage des Aufbaues des Vertrauensleutesystems usw. Die Frage der Erwerbslosen, der Jugend, der Zersetzung der Sozialdemokratie und der Gewinnung der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiterschaft, die Frage der Nationalsozialisten, die Bedeutung der Arbeit unter der Bauernschaft, den Beamten-, Angestellten- und Mittelstandsschichten, die Frage der Frauen, die Frage der Sozialreaktion und der Kulturreaktion. Das sind die wichtigsten Brennpunkte, aus denen wir Einzel- und Massenkämpfe entwickeln und entfachen müssen.

Mehr Selbstkritik tut not

Nun zu den Fragen der negativen Erscheinungen und der positiven Erfolge unserer Partei. Auch wenn wir die Fragen kritisch stellen, so verkennen wir dabei nicht etwa unsere positiven großen Erfolge. Das ist ja auch in den Beschlüssen der Komintern richtig niedergelegt. Unsere Selbstkritik ist nicht geboren aus der Ideologie des Pessimismus, sondern aus der Erkenntnis, daß wir die Schwächen und Mängel zur Verbesserung unserer Arbeit, zur Beschleunigung des Tempos der revolutionären Entwicklung rasch beseitigen müssen. Die Partei ist mächtig gewachsen, aber auf Grund der objektiven Bedingungen viel zu langsam.
Es gibt manchmal auch eine gewisse Überheblichkeit in der Partei. „Genossen, denen - wie Lenin sagte - die Siege zu Kopfe steigen." Wir brauchen dabei gar nicht einmal so weit zu gehen. Es gibt auch Stimmungen, die durch die Tatsache der Erfolge entstanden sind. Es gibt Genossen, die vor lauter Erfolgen nicht ernst genug die Schwächen und Lücken in der Partei sehen. Diese Stimmungen müssen verschwinden.
Wir müssen folgende Frage an unsere Partei, an unsere gesamte Mitgliedschaft richten. Welche Erfolge könnten wir haben, wenn die Partei aktionsfähiger wäre, eine rasche Initiative überall entfalten würde, um die Generallinie an allen Fronten zu konkretisieren? Weit größere, als es schon jetzt der Fall ist. Ich will nur einige Beispiele anführen, um konkret aufzuzeigen und zu beweisen, wo unsere Partei in den letzten Wochen mehr oder weniger schwach in Erscheinung trat und sogar versagt hat:
1. Im Reichstag: Als der Reichstag vertagt wurde, was war da notwendig? Unsere Fraktion hat sonst im allgemeinen gute Arbeit geleistet, aber als Brüning den Reichstag vertagte mit

der Ankündigung der Notverordnungen in den nächsten Monaten, war sie viel zu bescheiden. Da mußte sie Obstruktion gegen diese Ankündigung und die Vertagung des Reichstages machen, so daß man monatelang von der Partei in den Massen sprach. Jeder Arbeiter mußte wissen und sehen, die Kommunistische Partei hat diesen diktatorischen Hungerkurs gegen die Werktätigen schon damals vorausgesagt, und deshalb hat sie am Schluß die schärfste Obstruktion getrieben. Jetzt kommt in nächster Zeit das Sparprogramm. Wäre unsere Position nicht dann noch weit besser im Kampf gegen das Sparprogramm und gegen Brüning, wenn wir diese Obstruktion mit allem Ernst betrieben hätten? Ganz bestimmt!

2. Nehmen wir die spanische Revolution. Wie kommt es, daß z. B. die Partei bei der Vollstreckung des Todesurteils an Sacco und Vanzetti eine größere Massenbewegung auslöste, als bei Ausbruch der spanischen Revolution? Man kann einwerfen, der Fall Sacco und Vanzetti hatte eine größere Massenaufmerksamkeit und Massenwirkung. Aber hat die spanische Revolution nicht eine größere internationale Massenbedeutung als sogar diese Frage? Die spanische Revolution ging aber in Deutschland an unserer Partei spurlos vorüber - mit einigen Ausnahmen -, ohne große Volksversammlungen und große Massendemonstrationen. Denkt auch einmal darüber nach. Warum und weshalb? Es ist ein großes historisches, internationales Ereignis, wenn im Rücken des französischen Imperialismus ein System wankt und zum ersten Mal in einem Lande wie Spanien das erste Signal der proletarischen Revolution sichtbar in Erscheinung tritt. Es muß doch auf die Ideologie der sozialdemokratischen Arbeiter und ihres Anhangs einwirken, wenn wir mit vollem Recht sagen, daß die gleiche Entwicklung, die infolge des Verrates der sozialdemokratischen Führer 1918 vor sich ging, jetzt infolge der gleichen klassenverräterischen Politik der Sozialdemokratie in Spanien sich vollzieht, ohne daß die dort schwache Kommunistische Partei schon diesen Prozeß verhindern kann.

3. Nehmen wir die Vorbereitung des 1. Mai. Wir haben gewiß gute und teilweise große Erfolge, aber da wir die einzigen Retter aus der Massennot sind, und da das schon viele Millionen Arbeiter und andere Schichten erkennen, kommen sie selbstverständlich auch am l. Mai zu uns. Wir konnten viel mehr Arbeiter am 1. Mai bei unseren Demonstrationen haben. Nehmen wir gar die Schwächen bei der Durchführung des politischen Massenstreiks am 1. Mai. Hatten wir sie nicht? Jawohl, man muß sie ganz klar und kritisch erkennen.

4. Eine andere Frage ist die Freidenkerbewegung. Warum sind dort solche maßlosen Überspitzungen, warum führen wir die Freidenkerbewegung in einer solchen, manchmal nicht glücklichen Massenform durch, wie in der letzten Zeit? Haben wir nicht ganz andere Formen und genug Möglichkeiten und Wege, die noch religiös eingestellten und sozialdemokratischen Arbeiter zu überzeugen? Müssen wir ungeschickt mit der Tür ins Haus fallen? Es gibt viele andere und bessere Methoden, als die, die oft noch angewandt werden und die sogar unsere Partei in den Millionenmassen diskreditieren. Hier sind bereits große Verbesserungen in unserer Arbeit eingeleitet und anerkennenswerter Weise erfolgreich durchgeführt worden,

Überprüfen wir die letzten Ergebnisse einiger Wahlen. Wir sprechen von der schleichenden, heranwachsenden Krise in der NSDAP. Das können wir. Wenn die NSDAP, trotzdem noch Stimmen gewann, so geschah das deshalb, weil sie ihre ganze Kraft auf diesen einen Punkt überall besonders konzentrierte, um solche Tatsachen der Wahlergebnisse demonstrativ zu schaffen. Der lawinenartige Zerfall der bürgerlichen Parteien und ihre Verluste bringen den Nazis auch heute noch Erfolge. Sie täuschen dadurch die Massen noch nach außen hin. Das muß man sehen. Dabei müssen wir aber auch politisch-klassenmäßig erkennen, daß eine Partei, die fast keine ernsthafte Politik macht, die aus dem Reichstag flüchtet, die in Thüringen und Braunschweig große Versager hatte, die Scheringer und andere verlor, ihre Autorität, ihr Prestige, ihren Einfluß sowohl bei der Bourgeoisie, wie besonders in den Millionenmassen verlieren muß. Die NSDAP, ist nicht in der Lage, trotz der heuchlerischen Losung des sogenannten „Dritten Reiches“, dem werktätigen Volk einen Ausweg aus Elend, Youngsklaverei und Krise zu zeigen.

Die Frage des Youngplanes steht neu

Überprüfen wir das Problem der Reparationsfrage und des Youngplanes. Die Frage steht heute schon wieder. Es wird überall von der Bourgeoisie und ihren Lakaien die Frage der Revision der Reparationszahlungen aufgerollt, und im Zusammenhang mit dem Zusammentreffen Brünings mit Mac Donald in England wird die Frage eines evtl. Zahlungsaufschubs, eines Moratoriums, im Rahmen des Youngplanes für die nächsten Jahre als eine mögliche Wahrscheinlichkeit angesehen. Unser Programm zur sozialen und nationalen Befreiung, unsere Forderung der Einstellung der Youngzahlungen und des Austritts aus dem Völkerbund bekommt dadurch wieder eine größere Bedeutung. Unser Programm war nicht nur für den 14. September, sondern für die ganze Periode, in der wir heute leben, gedacht. Es ist und bleibt das Programm der sozialen und nationalen Befreiung Deutschlands in der gegenwärtigen Etappe der Entwicklung. Wir müssen es systematisch in der Presse, überall in den breitesten Massen popularisieren und viel mehr in den Vordergrund schieben. Es zeigt am besten den werktätigen Massen die Initiative, die Kraft und die revolutionäre Befreiungspolitik der Partei und der ihr folgenden Millionenmassen in Deutschland.

Nehmen wir den Kampfbund gegen den Faschismus. Er hat seine Aufgaben, seine besondern spezifischen Aufgaben im Kampfe gegen den Faschismus nicht so erfüllt. Er muß in der offensiven Frontstellung gegen die Nationalsozialisten der Partei gewisse große Arbeiten abnehmen. In Berlin muß der Kampfbund im Kampf gegen die Nationalsozialisten ganz andere Wege, neue Kampfmethoden finden und neben der Partei durchführen.

Zuletzt die Frage des Menschewikiprozesses. Was bedeutete der Menschewikiprozeß? Nicht die Tatsache des Stattfindens des Prozesses ist das wichtigste, das wichtigste war der Inhalt und das Ergebnis des Prozesses. Können wir damit nicht systematisch die Politik der II. Internationale angreifen bis zum Kongreß der II. Internationale, der in Wien stattfindet? Werden im Menschewikiprozeß nicht am, klarsten die konterrevolutionären Taten der II. Internationale und der deutschen Sozialdemokratie in der Frage der Unterminierung und Bekämpfung des Sowjetsystems bewiesen? Das sind beweiskräftige Tatsachen, die leider von uns nicht genügend in den Vordergrund unserer Politik gestellt wurden.

Der rechte Opportunismus ist die Hauptgefahr

Und nun zu unserer innerparteilichen Entwicklung. Die Hauptgefahr ist heute der rechte Opportunismus, der Opportunismus in der Praxis, die Passivität, das Zurückbleiben hinter den objektiven Bedingungen: Erscheinungen, die die Keime des rechten Opportunismus in sich tragen. Wir haben heute keine Gruppierungen und Fraktionen mehr in der Partei. Wir haben keine ausgereiften politischen Abweichungen oder falschen Auffassungen, wir haben auch keine Gruppe von Genossen, die der politischen Linie der Partei eine andere politische Linie gegenüberzustellen versucht. Aber wir haben einen rechten Opportunismus, der sich vielfach in versteckter und verschleierter Form in unserer Politik und Massenarbeit noch verbirgt und hier und da offener in Erscheinung tritt.

Es gibt auch linkssektiererische Auffassungen, die wir überall, wo sie auftreten, versuchen mit den Funktionären und Mitgliedern der Partei schnellstens zu beseitigen. Die Resolution spricht darüber ausführlich.

Es gibt eine ganze Reihe Kräfte, die sich vor neuen Kadern, vor neuem Blut, neuem Leben, neuen Arbeitsmethoden und neuer Aktivität in der Partei fürchten, sonst wäre es undenkbar, daß in derselben Zeit, in der die Partei ihren Mitgliederbestand um ca. 80 Prozent innerhalb 9 Monaten erhöht hat, in der Frage der- Verstärkung und Erweiterung der Funktionärkader viel zu wenig geschehen ist. Es gibt zwar einige Ausnahmen in den Bezirken, aber sie sind so spärlich, daß hier eine innere radikale Wendung in unserer ganzen Parteiarbeit einsetzen muß.

Man muß sehen, daß auch diese Faktoren hemmend sind, um die große Passivität schnellstens zu beseitigen. Die nicht genügende Heranziehung neuer Funktionäre in führende Positionen verschuldet zum Teil jenes Zurückbleiben und Nachhinken hinter der objektiven revolutionären Zuspitzung.
In der Konkretisierung der Generallinie nach örtlichen, bezirklichen und allgemeinen Vorgängen muß noch viel mehr geschehen. Wir haben große Erfolge auf Grund der objektiv günstigen Situation, aber die Partei als subjektiver Massenfaktor trat in verschiedenen Situationen und auf den verschiedenen Gebieten noch zu wenig in Erscheinung. Ich glaube, daß wir deshalb auf diesem ZK die Frage des Kontrollsystems in den Bezirken und in den Massenorganisationen zur Überprüfung der täglichen politischen Arbeit viel schärfer stellen müssen. Wir brauchen die Kontrolle mit den Massen und nicht ohne die Massen, nicht mit Diktatur von oben und nicht mit Kommandoton, wie es an einzelnen Stellen geschieht, sondern mit der größten kameradschaftlichen und selbstkritischen Übereinstimmung und Beteiligung der Massen zur Auffrischung unseres Funktionärkaders, und um rasch neue proletarische Elemente an den verschiedensten wichtigsten Stellen, besonders in den Betrieben heranzubringen. Ich brauche nur auf die Tatsachen hinzuweisen, daß sich in den letzten Jahren in der Sowjetunion gerade durch die stärkere Heranziehung neuer junger Arbeiterelemente das ganze Leben und Treiben des Sozialismus ungeheuer verändert hat. Die wichtigsten Kräfte in der Sowjetunion sind neben besonders ausgezeichneten Genossen in der Partei die Millionen parteiloser Arbeiter und Arbeiterinnen. Sie sind die große gewaltige, massenschöpferische Kraft, die die Entwicklung der sozialistischen Industrie und der Kollektivisierung der Bauernwirtschaften beschleunigt. Es sind die Millionenmassen der parteilosen Arbeiter und Bauern, die der Partei mit Liebe und mit Freude bei dem Aufbau des gewaltigen Werkes helfen und sie aktiv unterstützen.

Verstärkung der Einheitsfrontpolitik

Eine weitere Kernfrage ist die ungenügende Überzeugung von der Notwendigkeit der Anwendung der Einheitsfrontpolitik von unten. Daraus resultiert das viel zu schleppende Tempo trotz der Erfolge in der Gewinnung der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter. Daraus geht klar hervor, daß neben dem rechten Opportunismus noch das „linke“ Sektierertum als umgestülpter rechter Opportunismus der bahnbrechenden Entwicklung hemmend im Wege steht. Wir sehen deshalb noch die großen Schwächen auf diesem Gebiet unserer Arbeit. Hier gibt es noch solche Stimmungen, als ob sozialdemokratische Arbeiter nicht revolutionäre Kämpfer in unserer Partei werden können. Bei solchen Stimmungen muß es auch an der nötigen Überzeugung zur Anwendung unserer taktischen Methoden für die Gewinnung dieser Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen für die revolutionäre Klassenfront fehlen. In Verbindung mit der taktischen Aufgabenstellung der Eroberung der Mehrheit des Proletariats müssen wir auf diesem Massengebiet der Anwendung unserer revolutionären Praxis einen Schritt weitergehen als in der Vergangenheit. Wir, das ZK, versuchen alles, der Partei und den Massenorganisationen auf diesem Gebiete zu helfen und sie zu stärken. Aber mithelfen müssen alle die Massen der Parteigenossen, aber auch die parteilosen Arbeiter, die zu uns und mit uns marschieren. Wir müssen auf allen Gebieten ihre selbstschöpferische Initiative wecken, und ihre Hilfe viel mehr in Anspruch nehmen.

Heran an die Frauen

Als wir nach dem Weddinger Parteitag die Frauenarbeit besonders in Angriff nahmen, sahen wir eine Auffrischung und Belebung unserer Arbeit. In den letzten Monaten sehen wir leider wieder eine gewisse Vernachlässigung dieser Arbeit. Das trifft die ganze Partei und die RGO.

Es ist klar, weil die Arbeit, weil die Aufgaben immer größer und vielfältiger werden, müssen wir die Arbeiten auf jedem Gebiet in allen Bezirken überprüfen. Viel kühner, viel entschlossener müssen wir auf allen Abschnitten an die Arbeit herangehen und besonders dabei die Millionenmassen der Frauen stärker einbeziehen.
Dasselbe trifft zu für die Massenorganisationen, Tausende und Zehntausende neuer Kräfte müssen geweckt und gewonnen werden; Sie sind das soziale Fundament, auf dem die Partei ihre Stoßkraft; und Aktionsfähigkeit verdoppelt.
Dasselbe trifft trotz günstiger Entwicklung für die proletarische Jungarbeiterschaft zu. Hier muß die Partei dem Kommunistischen Jugendverband viel mehr helfen und ihn aktiv unterstützen. Die proletarische Jugendbewegung wird immer stärker an die revolutionäre Klassenfront der Partei herankommen und uns dabei große Dienste und Hilfe leisten.

Die Wendung der Partei zum Lande

Die nächste Frage ist die Frage unserer Landarbeiter- und Bauernpolitik. Ich will nur andeuten, daß neben unserer Orientierung auf die Industriearbeiter und auf die Erwerbslosen auch die Orientierung auf die Landarbeiter und werktätigen Bauernmassen eine unserer wichtigsten Aufgaben ist, weil die Agrarkrise Formen annimmt, wie wir sie selbst im Januar noch nicht sehen konnten. Ich erinnere dabei an die falsche Einstellung der Partei anläßlich des Vorfalls in Schleswig-Holstein. Als sich in Schleswig-Holstein die bekannten Vorfälle ereigneten, da war unsere Partei in der Ausnutzung dieser politischen Ereignisse noch unklar. Anstatt daß wir damals sahen, daß diese Revolten geboren waren aus der tiefsten Massennot der Bauern, begaben wir uns in die Peripherie der sozialdemokratischen Ideologie, sahen nur faschistische Manöver und Taten und sahen nicht, daß diese Revolte auch ein tiefer Ausdruck der Verzweiflung und der großen Not der Bauern war. Heute, wo einzelne Bauern 5 und mehr Jahre im Gefängnis und Zuchthaus dafür sitzen müssen, heute, wo wir noch mehr Bauernrevolten erleben, die sich bei weiterer Verschärfung der Krise noch steigern werden, müssen wir sofort unter Ausnutzung der freiheitlichen Ideologie der Bauermassen versuchen, diese Bewegung von uns zu beeinflussen und unter unsere Führung zu bringen und dürfen nicht zulassen, daß sie, wie damals, in falsche Gleise und in falsche Bahnen gelenkt werden. Wir werden zu diesem Zwecke ein Bauernhilfsprogramm aufstellen, das den Bauern eine große Hilfe bringt und zugleich den revolutionären Ausweg zeigt. Um dieses Hilfsprogramm gilt es, die Millionen Bauernmassen unter unserer Führung zusammenzuscharen und sie in eine solidarische Kampfgemeinschaft mit den Industriearbeitern zu bringen.

Die bevorstehenden Wahlen

Zum Schluß noch einige Bemerkungen zu den bevorstehenden Wahlen. Wir haben im Herbst Wahlen in Bayern, Hamburg und Hessen-Waldeck. Es ist möglich, aber unwahrscheinlich, daß auch die Preußenwahlen noch im Herbst stattfinden werden. Die Preußen-Regierung hat den Volksentscheid des Stahlhelms in die Zeit vom 2. bis 9. August verlegt. Das bedeutet, daß sie die sogenannte nationalistische Front zwingen will, ihre Kraft und ihre Gelder einige Wochen vor den Wahlen zu verpulvern. Sie hofft, dann mit frischen Kräften der SPD und des Zentrums in den Wahlkampf eintreten zu können. Würde die Legislaturperiode des Landtages zu Ende geführt, dann müßten die Wahlen im März 1932 stattfinden. Das wäre, angesichts des weiteren Wachstums der Krise besonders in dem kommenden Winter ebenfalls eine ungünstige Situation für das Zentrum und die Sozialdemokratie. Deshalb müssen wir uns auf alles vorbereiten und schon heute alle Vorkehrungen treffen und nicht erst mit dem Wahlkampf bei der Auflösung des Landtages beginnen, sondern schon heute mit unserer Massenpolitik einsetzen. Denn unsere heutige Politik entscheidet in erster Linie über unseren späteren unausbleiblichen Erfolg. Wir müssen ein Trommelfeuer gegen die Preußenpolitik

schon heute eröffnen und den Kurs dieser Regierung für die Brüning-Politik anprangern und den Millionenmassen zur Erkenntnis bringen.

Die zentrale Achse unserer Politik

Genossen, meine kritischen Bemerkungen entspringen nicht irgendeinem Pessimismus, sondern gerade der Feststellung der positiven großen Erfolge, neben denen wir stets die Ausmerzung vorhandener Schwächen nicht vergessen dürfen. Wir, Genossen, sind die einzige lebendige revolutionäre Kraft, die die Massen in den Kampf gegen die Offensive der Bourgeoisie fuhren kann. Die Partei hat schon bei manchen Anlässen selbstlos und kühn vorhandene Mängel in kürzester Zeit fast ausgemerzt. Sie wird auch jetzt, angesichts der gewaltigen Aufgaben im Kampf gegen Brüning, gegen die Bourgeoisie und ihre Verbündeten, jeden Tempoverlust auszugleichen verstehen.
Wir müssen systematisch unsere Politik weiter entwickeln und vervollkommnen. Das Freiheitsprogramm, das Programm der sozialen und nationalen Befreiung des deutschen Volkes war und bleibt die Achse unserer Politik. Jetzt ergänzen wir sie mit dem Bauernhilfsprogramm, mit dem Arbeitsbeschaffungsplan und mit anderen Maßnahmen, durch die wir unseren Kampf für die Volksrevolution in immer neue Schichten tragen.

Vorwärts zu Kämpfen und Siegen!

Das zentrale Problem für uns besteht darin, gegenüber der Offensive der Bourgeoisie, die immer brutalere und maßlosere Formen annimmt, gleichfalls die Aktionskraft und Aktionsfähigkeit der Massen auf eine höhere Stufe zur Führung des Gegenangriffs zu erheben. Je mehr wir verstehen, die einzelnen Aktionen und Kämpfe auszulösen, und in den Strom unserer Volksaktion für Arbeit, Brot und Freiheit hineinzuleiten, desto stärker wird unsere Partei, desto lebendiger das Proletariat, desto wirksamer werden sich die Beschlüsse des XI. Plenums in den Massen Deutschlands auswirken Gehen wir mutig und ohne Hemmungen an unsere Arbeit mit dieser Überzeugung, dann werden wir auf der nächsten *ZK*-Sitzung nur über neue Erfolge und Fortschritte zu berichten haben.

Broschüre,
herausgegeben vom ZK der KPD,
o. J.

Thälmann ruft: Kampf der Bauernnot!

Die Rede des Führers der deutschen Kommunisten in Oldenburg -
Für das Kampfbündnis der Arbeiter und werktätigen Bauern

Nachstehend veröffentlichen wir die wichtigsten Auszüge aus der Rede des Genossen Ernst Thälmann am Vorabend der Wahl in Oldenburg. In dieser Rede proklamiert der Führer unserer Partei das Bauernhilfsprogramm der KPD.

Genossen und Genossinnen!

Im Namen des ZK der KPD und im Namen der roten Klassenfront überbringe ich euch die revolutionärsten Grüße. Oldenburg ist in letzter Zeit in den Vordergrund des politischen Interesses in Deutschland gerückt. Die Wahlen am morgigen Tage haben nicht nur lokale, sondern allgemeine Bedeutung für ganz Deutschland. Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, hier im Norden, im deutschen Oldenburg sprechen zu können, in diesem Gebiet, in dem eine so grenzenlose Not der werktätigen Bauern neben der Not des Industrieproletariats zu verzeichnen ist. Unsere Partei ist in diesem Gebiet noch nicht so stark verankert wie in Berlin, dem Ruhrgebiet, Hamburg, Sachsen und anderen entscheidenden Industriegebieten. Aber auch hier beginnt bereits der Boden sich zu lockern.
Die Bauernbewegung, die hier 1918 in einer Reihe von Orten zum

Sturm auf die Finanzämter

führte, stand bereits nicht mehr unter Führung der Nationalsozialisten. Es gilt dieser Verzweiflung und dieser Not der Werktätigen auf dem Lande immer größere Aufmerksamkeit zu widmen.
Morgen sollen die Werktätigen Oldenburgs zur Wahlurne gehen. Warum ruft auch diese Wahl ein so riesiges Interesse in der gesamten deutschen Öffentlichkeit hervor? Weil jeder denkende Mensch, weil jeder Politiker weiß, daß der Stimmzettel, daß der Gang zur Wahlurne an sich nichts entscheidet. Weil jeder Politiker weiß: Eine Wahl stellt den armen, gequälten, werktätigen Menschen, der unter den Geißelhieben der kapitalistischen Krise stöhnt, vor die Entscheidung:

mit wem will er in Zukunft marschieren, mit wem will er in Zukunft kämpfen, welchem Ziele will er zukünftig zustreben?

Deshalb sagen wir Kommunisten von Anfang an ganz unzweideutig und klar: Wir buhlen nicht um Stimmen. Wir machen keine Wahldemagogie und leere Redensarten, um die Massen einzufangen und nachher zu enttäuschen.
Wir wollen die Herzen, die Hirne der Massen. Sie sollen für uns stimmen, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß sie bereit sind, mit uns zu marschieren, mit uns zu kämpfen, bis dieser schändliche kapitalistische Zustand des Hungers, der Knebelung, der Entrechtung, ein für allemal beseitigt ist.
Fast 5 Millionen Erwerbslose schreien nach Arbeit und Brot. Aber selbst die bürgerlichen Ökonomen sagen ihnen höhnisch: Wartet nur, im nächsten Winter wird eure Zahl auf 6 bis 7 Millionen anschwellen.
Millionen Betriebsarbeiter rufen: der Hungerlohn reicht nicht mehr aus, um Frau und Kinder zu ernähren und zu kleiden. Aber die Unternehmer rüsten zu weiterem Lohnraub.
Nicht die Riesengehälter der Minister und höheren Beamten, sondern die nichtauskömmlichen Gehälter der Unteren sollen in erster Linie abgebaut werden.

Der städtische Mittelstand bricht zusammen. Neue Lasten werden ihm auferlegt. Die Kaufkraft der werktätigen Massen schrumpft immer mehr zusammen.

Der arme Bauer, der Siedler und Pächter ist am Ende seiner Kraft

Erbarmungslos bürdet ihm die herrschende Klasse neue Lasten auf und das Finanzamt schickt den Steuerexekutor. Das ganze werktätige Deutschland befindet sich in heller Empörung gegen den Wahnsinn der kapitalistischen Krise. Millionen Menschen stellen nur eine Frage: Wo ist der Ausweg aus dieser furchtbaren Krise?
Und niemand von den bürgerlichen Politikern ist imstande, auch nur einen Hoffnungsstrahl oder „Silberstreifen am Horizont", geschweige denn einen Ausweg aufzuzeigen.
Zusammengebrochen sind alle die Versprechungen, alle die Wahllügen, mit denen die bürgerlichen Parteien, besonders die Nationalsozialisten und die Sozialdemokratie, große Massen der Werktätigen betrügen konnten. Glänzend gerechtfertigt steht die Kommunistische Partei vor den Werktätigen.
Wir haben nichts versprochen. Aber wir haben gesagt: Sowjetrußland zeigt das Beispiel des einzigen revolutionären Auswegs aus dieser Massennot. Allen Verleumdungen zum Trotz hat sich die Wahrheit durchgesetzt. Jedes Kind weiß sogar heute schon, daß in Rußland die Erwerbslosigkeit verschwunden ist. Zehntausende Erwerbslose wandern heute aus den bankrotten kapitalistischen Ländern nach Rußland und finden dort Arbeit und Brot. In Rußland steigen die Löhne, wird die soziale Gesetzgebung für die Kranken, für die Invaliden und Alten, für die Frauen und Kinder gewaltig ausgebaut. In Rußland dienen alle Schulen und Wissenschaften, Theater und Musik, Film und Radio der Hebung des kulturellen Niveaus der Arbeitenden.

In Sowjetrußland geht es bei der ganzen Bauernschaft vorwärts und aufwärts zu Wohlstand und höherer Kultur.

Zwei Systeme stehen sich gegenüber, zwei Welten prausen aufeinander und das ganze werktätige Volk wird vor die Entscheidung gestellt: Zusammenbrechender, mordender Kapitalismus, oder aufblühender, menschheits-beglückender Sozialismus.
Nur zwei Tatsachen zur Beleuchtung der wirklichen Lage. Keine Woche vergeht, in der nicht in Sowjetraßland neue Riesenbetriebe eröffnet werden. Wo - frage ich - wird in Deutschland irgendein neuer Riesenbetrieb eröffnet? Hier kann jeder Fabrikbesitzer ohne Einschreiten der Regierung den Betrieb schließen. Dort im Lande des Sozialismus, wenn es einer wagen sollte, einen Betrieb zu schließen, dann würde er als Irrsinniger bezeichnet, oder er würde sofort erschossen werden. Was bedeutet es, wenn die Sowjetunion im Vorjahre 4700, in diesem Jahre aber über 10000 Zuchtschweine von den Oldenburger Bauern kauft? Ist das Zusammenbruch, ist das ein Zeichen von Krise? Nein,

die sozialistische Planwirtschaft kennt keine kapitalistische Krise, kennt keine Arbeitslosigkeit und Lohnräuberei, kennt keine Absatzkrise und keine Verarmung der Volksmassen, sie kennt aber auch keine profitgierigen Fabrikbesitzer, keine die Bauern aufkaufenden, die Siedler betrügenden und die Pächter auswuchernden Großagrarier, die das arbeitende Volk bei vollen Scheunen verhungern lassen.

In Deutschland aber haben sich alle Volksfeinde gegen die werktätigen Massen verschworen. Wenn von allen Seiten die Angriffe auf die Existenz und das Leben des deutschen Volkes herniederprasseln, dann muß das ganze werktätige Volk erkennen, daß die Trustkapitalisten, die Industriellen, die Großagrarier, die Bankfürsten, die Militaristen und Volksunterdrücker nach einem einheitlichen großen Plan vorstoßen, daß ihnen ihre Lakaien, die

Sozialdemokraten und Nationalsozialisten mit allen Kräften helfen, diesen Hunger- und Knechtungsplan durchzuführen. Das, was wir seit Monaten erleben, was noch jahrelang fortgesetzt werden soll, das ist die schamloseste, umfassendste und niederträchtigste

Hungeraktion aller Volksfeinde

die jemals gewesen ist. Die herrschende Klasse spürt den drohenden Bankrott. In den Konferenzen, auf denen die Industriekönige unter sich sind, in den Zeitschriften und Zeitungen, die die große Masse des werktätigen Volkes nicht lesen kann, dort, wo sie ihre Pläne gegen das hungernde Volk schmieden, auf den Tagungen der Spitzenverbände der Industrie und der Aufsichtsräte der Trust- und Großbanken, dort stellen sie die Frage: Bedroht die Krise das kapitalistische System? - Ist nicht der Bankrott dieses ganzen Systems schon offensichtlich? Hat sich nicht schon längst das sozialistische System mit dem erfolgreichen Fünfjahrplan der Sowjetunion als besser, erfolgreicher und für die Zukunft aller werktätigen Menschen wegweisend erwiesen?
Natürlich! Aber die Profitjäger denken gar nicht daran, freiwillig abzudanken. Sie denken gar nicht daran, ihre Fabriken, ihren Grund und Boden, ihre Bankkonten, ihre in das Ausland verschobenen Kapitalien, ihre gewaltigen Dividenden, Direktionsgehälter, Tantiemen und Pensionen aufzugeben, den werktätigen Volksmassen und dem sozialistischen Aufbau in Deutschland freiwillig das Feld zu räumen.
Nein, umgekehrt: Sie haben ein Hungerprogramm aufgestellt, das seinesgleichen in der Geschichte noch nicht hatte. Erinnert euch daran, wie die Unternehmer mit brutaler Unterstützung der Regierung und des Schlichtungsapparates, mit Hilfe der Gewerkschaftsbonzen erst die übertariflichen Löhne abbauten, dann die Akkordsätze gewaltig herunterdrückten und jetzt den neuen Lohnabbau durchzuführen suchen. Erinnert euch, wie man den Arbeitern in den Betrieben bei gleichzeitiger Lohnherabsetzung, die Leistung heraufschraubte, Millionen auf die Stempelstellen schickte und gewaltige Milliarden an Lohngeldern auf Kosten der Arbeiterklasse ersparte. Erinnert euch, wie die Brüningregierung die ersten Diktaturverordnungen erließ mit Negersteuer, Krankenschein- und Arzneigebühren, Erhöhung der Bier- und Tabaksteuern, dem sogenannten Notopfer vom Gehalt der Angestellten und Beamten, dem Raub an der Unterstützung der Erwerbslosen, während sie zugleich den Großagrariern durch die sogenannte „Osthilfe“ Hunderte von Millionen in den Rachen warf. Erinnert euch an die zweite Diktaturverordnung Brünings mit den 25 Hungergesetzen, die die Ausplünderung des werktätigen Volkes auf allen Gebieten des täglichen Lebens ungeheuer verschärft!
Das war Anfang Dezember. Zu Neujahr schrieb der Zentrumskanzler Brüning einen Artikel, in dem es heißt:

„Unser ganzes soziales und wirtschaftliches Leben ist vor den Katastrophen bewahrt geblieben, die zeitweilig ernsthaft drohten. Wenn es aber noch Leute gibt, die da meinen und ausrufen, wir steckten schon mitten in der großen Katastrophe drin, so kann man denen gegenüber nur sagen: sie wissen nicht, was sie reden.“

Das sagte Brüning. Ich frage euch alle: Wer ist es, der nicht weiß, was er redet? Herr Brüning, der alles durch die rosige Brille sieht, der seinerseits ein sorgenfreies Dasein führt, mit 35000 Mark Jahresgehalt mit Nebenspesen extra - oder die Kommunisten, die schon vor dem 14. September vorausgesagt haben, daß die herrschende Klasse mit samt ihrer Regierung, ihren Sozialdemokraten und Nazis, nicht imstande ist, die Katastrophe zu vermeiden, einen Ausweg aus der Krise aufzuzeigen. Ich frage euch alle:

Hat die drohende Katastrophe nicht das ganze werktätige deutsche Volk an der Gurgel gefaßt?

Ist Hunger, Not und Sorge um den morgigen Tag nicht täglicher Gast in allen deutschen Landen, bei allen Familien Deutschlands, gibt es noch einen Menschen hier, der diesem Zentrumskanzler, dieser Zentrumspartei, dieser Regierung mit ruhigem Gewissen, mit Verantwortung vor Frau und Kindern und der eigenen Zukunft sein Schicksal anvertrauen kann. Die Bourgeoisie und ihr Kanzler Brüning spüren die nahende Riesenkatastrophe, sie wissen um das Wachsen der Empörung, um den steigenden Kampfeswillen der Arbeiter und Arbeitslosen, des städtischen Mittelstandes und der armen Bauern. Ihnen genügt das von dem Sozialdemokraten Severing fabrizierte Republikschutzgesetz noch nicht. So kamen sie zu den letzten Diktatverordnungen im März, die die hungernden Massen Zwecks weiterer Ausplünderung niederhalten sollen, Verordnungen, die sich einzig und allein gegen uns, gegen die Kommunisten, gegen den von uns geführten Freiheitskampf richten. Warum wird die Pressezensur, die Flugblatt- und Plakatzensur jetzt eingeführt? Warum will man die Freiheit der Straße, der Demonstrationen und der Reden rauben? Warum droht man uns mit Verbot und verbietet schon überall unsere Presse?
Herr Brüning hat den Grund hier in Kloppenburg bereits angekündigt. Noch nicht genug der bisherigen Volksausplünderung: Ein neues Sparprogramm durch neue Diktaturverordnungen soll über das werktätige Volk herniederprasseln! Diesmal soll ganze Arbeit gemacht werden. Brüning kündigt im Auftrage der Kapitalisten die allerschärfsten Maßnahmen an. Die neue Notverordnung, die Anfang Juni erlassen wird, soll der schwerste Schlag gegen die Arbeiterklasse werden und alles übertreffen, was die Werktätigen Massen bisher von der Brüningregierung gewohnt waren.

Mit einem Schlag wird die Sozialversicherung Deutschlands wegradiert!

Sämtliche Renten sollen um 10 Prozent abgebaut werden. Bestimmte, noch nicht näher bezeichnete Versicherungszweige sollen aber darüber hinaus noch eine weitere Verschlechterung erfahren.
Der schlimmste Streich gilt wieder den Erwerbslosen. Nach dem Plane Brünings wird die Krisenfürsorge ganz und gar in Wegfall kommen, so daß nach dem Ablauf der Zahlung die Arbeitslosen aus der Hauptunterstützung direkt zum Wohlfahrtsamt wandern müssen. Da aber die Gemeinden angesichts der stets wachsenden Zahl der Wohlfahrtsempfänger diese Unterstützung jetzt schon radikal kürzen, wird dies bedeuten, daß nach Erlaß der Brüningschen Notverordnung nur noch in den seltensten Fällen Wohlfahrtsunterstützung an Erwerbslose ausgezahlt wird. Es ist kaum auszudenken, welche Not dann unter denen eintreten wird, die

ohne jeden Pfennig Beihilfe und Unterstützung

leben sollen. Die Regierung mit dem Grundsatz, den Armen alles zu nehmen, um den Reichen alles zu geben, wendet sich abermals gegen die unteren, schlechtbezahlten Beamten, denen nach den neuesten Informationen ein Gehaltsraub von 6 bis 8 Prozent und neue Massenentlassungen drohen.
Damit nicht genug, sollen die letzten sozialpolitischen, in jahrzehntelangen Kämpfen durchgesetzten Errungenschaften der kommunalen, provinziellen und Reichsfürsorge und Wohlfahrtspflege für Arme, Kranke, Schwangere, Schulkinder usw. abgebaut werden.
Für billiges Geld werden die kommunalen Betriebe (siehe Bewag-Berlin) An die Privatindustrie verschachert, damit diese durch gewaltig heraufgesetzte Preise die Bevölkerung besser auswuchern kann. Und um den Hungerplan abzurunden, kündigen die Unternehmer ihre neue Lohnabbauoffensive an, werden immer höhere Leistungen aus den Betriebsarbeitern herausgepreßt, drehen die Reichs- und Länderregierungen die Wucherzoll- und Steuerschraube lustig weiter.

Das ist in großen Umrissen die gewaltige Hungeraktion aller Volksfeinde, eine Aktion, die sich richtet gegen mehr als 30 Millionen werktätiger Menschen, die heute schon vor Not und Kummer nicht mehr aus noch ein Wissen. Zur Durchführung dieser Hungeraktion wurden die letzten Diktatsverordnungen erlassen, um die werktätigen Massen und ihre revolutionäre Partei zu knebeln und den Empörungssturm in Zuchthäusern und in Blut zu ersticken. Brüning regiert mit Diktaturverordnungen, mit neuen faschistischen Methoden. Jetzt spüren selbst die Volksmassen, die uns fernstanden, daß das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei recht hatte, als es im Dezember erklärte:

Die Brüningregierung ist die Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur!

Ein jeder Brüningerlaß dient der Faschisierung Deutschlands, der Steigerung des politischen Terrors gegen die hungernden, sich empörenden Volksmassen. Viele Millionen, die heute noch in den Betrieben stehen, haben das niederdrückende Gefühl, daß sie morgen schon entlassen werden können. Sie denken schon daran, wie sie gezwungen sein werden, das Los der Erwerbslosen zu teilen, die mit Bettelpfenningen ihr Leben fristen müssen. Zahllose Existenzen der sogenannten „selbständigen" Handwerker, kleinen Kaufleute, Kleingewerbetreibende werden von den großen Konzernen des Monopolkapitalismus und von den Wuchersteuern der Kapitalistenregierung erdrückt und kaputtgemacht.
Über das Elend auf dem Lande werde ich erst später ausführlich sprechen. Hier nur ein interessantes Beispiel: Auf dem antifaschistischen Volkskongreß in Hamburg für den Bezirk Wasserkante, der vor einigen Wochen stattfand, trat ein einfacher Kleinbauer auf und führte mit schlichten Worten aus:

„In der Landwirtschaft geht es heute darum, die modernen technischen Mittel anzuwenden. Das geschieht nur in zwei Ländern, im kapitalistischen Amerika und in der sozialistischen Sowjetunion. Aber der Unterschied ist: in Amerika wendet man die technischen Errungenschaften, Motorpflüge und sonstige Maschinen in der Landwirtschaft an, um die Kleinen totzumachen im Interesse der großen Agrarkapitalisten, in der Sowjetunion umgekehrt wird die Technik in den Dienst der Landwirtschaft gestellt, um die Millionen armen Bauern und Mittelbauern zusammenzuschließen gegen die reichen Kulaken, um den Kleinen zu einem besseren, menschenwürdigen Dasein zu verhelfen!"

Jener Bauer, der diese Gedanken mit seinen einfachen Worten ausdrückte, hatte den ganzen Sinn der jetzigen Wirtschaftskrise erfaßt, hatte verstanden, daß es auch für den werktätigen Bauern nur einen Ausweg aus der Not und dem Elend geben kann:

Gemeinsamer Freiheitskampf aller Werktätigen an der Seite der Arbeiterklasse für den Sieg des Sozialismus!

Heute sind keinerlei Anzeichen dafür vorhanden, daß die Krise in Deutschland und in der ganzen Welt sich ihrem Ende nähert. Im Gegenteil. Alle Tatsachen beweisen, daß es noch schlimmer wird, daß die heutige Millionenziffer der Arbeitslosen noch nicht das höchste ist. Was bedeutet es, wenn die industrielle Produktion gegenüber dem Vorjahre um über ein Viertel gesunken ist? Was bedeutet es, wenn der vorhandene Produktionsapparat, gemessen an der Produktionsfähigkeit nur zu 50 Prozent seiner Leistungsfähigkeit ausgenutzt wird? Was bedeuten die weiteren Massenentlassungen, weiterer Lohnabbau, weitere Kurzarbeit, verschärfte Teuerung mit Hilfe der Zölle und des Monopolkapitalismus? Dazu kommt die doppelte Ausplünderung der deutschen Arbeiter durch die kapitalistische Profitwirtschaft in Deutschland selbst und durch den räuberischen Youngplan mit seinen Milliardentributen.
Das eine und das andere,

die soziale und nationale Befreiung des deutschen Volkes sind aufs engste miteinander verbunden.

Wir Kommunisten wissen das. Wir haben nichts zu verschweigen, weil wir nicht abhängig sind von der Finanzclique der Bourgeoisie, sondern uns nur verantwortlich und verbunden fühlen mit den unterdrückten Millionen der Werktätigen. Wir schmieden das Eisen, wir hämmern den Amboß, wir fördern die rote Glut des Hochofens im Volksleben! Wir zeigen den einzigen Ausweg aus dem Massenelend. Unser vor den Reichstagswahlen im vorigen Jahr herausgegebenes Freiheitsprogramm zeigt heute noch den Weg für den Sieg der Arbeiterklasse, für den Sieg des Sozialismus.
Die Nationalsozialisten haben den Massen auch einen angeblichen „Ausweg" angepriesen, das sogenannte „Dritte Reich". Würde es im Dritten Reich den Oldenburger Bauern weniger schlecht gehen? Würden die Massen der Erwerbslosen mit Arbeit versorgt werden? Würden die im Betrieb stehenden Arbeiter höhere Löhne bekommen? Würde etwas geschehen gegen die Youngsklaverei? Nicht das mindeste würde geschehen.
Nehmt als Beispiel für das Dritte Reich die Herrschaft Mussolinis in Italien. Wütet nicht in diesem Lande ebenfalls die Wirtschaftskrise? Werden dort nicht die Bauern mit unerträglichen Steuern belastet? Ein geknechtetes Volk stöhnt in den Ketten der faschistischen Terrorherrschaft. Hier und da lodert bereits die Flamme der Empörung aus den Reihen der italienischen Arbeiterklasse empor. Die Bauern bäumen sich auf gegen die Wucher- und Steuerlasten, besonders in Süditalien. Selbst innerhalb der faschistischen Miliztruppen beginnt eine Gärung sich zu entwickeln.

Das „Dritte Reich" in Deutschland - wie würde es aussehen?

Würden die Kapitalisten enteignet und die großen Fabriken, Banken und Bergwerke in den Besitz der Allgemeinheit, des werktätigen Volkes überführt werden? Im Gegenteil. Diese sogenannten „Sozialisten" der Hitlerpartei verkünden es ja offen, daß sie das Privateigentum nicht antasten wollen. Solche Ausbeuter wie Kirdorf, Vogler, Krupp usw. sind für sie Idealfiguren.
Das „Dritte Reich" würde die heutigen elenden kapitalistischen Zustände nur noch verschlimmern durch den faschistischen Terror, durch die Zuchthaus- und Galgenherrschaft nach dem Mussolinisystem!
Was die Nazis wollen, das haben sie in verschiedenen Anträgen schon mehrfach ausgedrückt: eine Gewalt- und Terrorherrschaft gegen den Klassenkampf der Arbeiter und gegen alle Werktätigen. Auch in nationaler Hinsicht begehen sie den schamlosesten Verrat. Sie sagen heute kein Wort mehr über die Unterdrückung der Deutschen in Südtirol. Ihre Orientierung in der Außenpolitik auf England und Italien läßt nicht zu, daß sie darüber spotten und höhnen, daß man den Südtiroler Deutschen ihre Sprache, ihre Kultur raubt, und daß man ihre Kinder zwangsmäßig und gewaltsam zu Italienern stempelt.

Die Kommunistische Partei weiß und sagt es den Massen, daß die nationale Befreiung aufs engste verbunden ist mit dem Sieg des «Sozialismus über das kapitalistische System.

Und wie steht es mit der praktischen Politik der Nationalsozialisten in letzter Zeit? Nehmen wir nur die Frage des Youngplans. Der Abgeordnete Stöhr schrieb im „Völkischen Beobachter" einen Artikel, der am 19. Februar erschien. Dort heißt es u.a.:

„...Die erwähnten Zentrumsblätter gehen sogar so weit, uns ziemlich unverblümt daraus einen Vorwurf zu machen, daß wir im Auswärtigen Ausschuß des Youngreichstages dem geradezu irrsinnigen Antrag der Kommunisten, die Bezahlung der Tribute sofort (ohne jede Kündigung) einzustellen, nicht zugestimmt haben."

Also ein Antrag auf Einstellung der Youngzahlungen ist nach der Auffassung dieses Naziführers „geradezu irrsinnig“. Nun, es gibt in der Weltgeschichte das Beispiel eines Landes, das seine Tributzahlungen an die ausländischen Imperialisten und Kapitalisten sofort eingestellt hat! Das ist die Sowjetunion, die proletarische Diktatur, die die Schulden und Anleihen des zaristischen Rußland an das Ausland für null und nichtig erklärte! Rußland war ein besiegtes Land wie Deutschland. Hätte in Rußland nach der Kerenskiperiode die Bourgeoisie gesiegt, dann müßte heute auch das werktätige Volk eines kapitalistischen Rußlands die ungeheuren französischen Milliardentribute zahlen.
Sowjetrußland konnte nur seine Tributlasten abschütteln, weil es dort gelang, die Bourgeoisie zu besiegen.
Hier in Deutschland würde es bei einem Sieg der deutschen Revolution ebenso sein, daß durch diesen Sieg die Youngmilliarden, die Fesseln der Millionen Menschen abgeschüttelt werden. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat als einzige Partei von Anfang an den schärfsten Kampf gegen Versailles und alle späteren Raubbestimmungen durchgeführt. Es gibt zahlreiche Dokumente darüber aus der Vergangenheit, und besonders unser nationales und soziales Befreiungsprogramm ist der größte Beweis für diese Tatsache.

Einige Fragen an Adolf Hitler

Hitler war am 11. Mai in Oldenburg und vorher in anderen Gebieten. Wir Kommunisten haben den Nazis seit Wochen ganz konkrete Fragen vorgelegt, darunter die folgenden:
1. Warum haben die Nazis im Reichstage und im Oldenburger Landtag alle kommunistischen Anträge gegen den Youngplan, diesen Sklavenpakt, abgelehnt?
2. Warum haben die Nazis alle kommunistischen Anträge gegen die Durchführung der Brüningschen Diktaturverordnung abgelehnt und Brünings Hungerprogramm unterstützt?
3. Warum haben die Nazis den kommunistischen Antrag auf Besteuerung der Millionäre abgelehnt?
4. Warum haben die Nazis mit Hohngelächter alle kommunistischen Anträge auf Herabsetzung der Minister- und Beamtengehälter auf 6000 Mark im Reiche und auf 5000 Mark in Oldenburg abgelehnt?
5. Warum haben die Nazis die kommunistischen Anträge gegen die Zinsknechtschaft und Zwangsversteigerung der Kleinbauern, Pächter und Siedler abgelehnt?
6. Warum sind die Nazis Streikbrecher bei allen Streiks der Arbeiterklasse gegen Lohnabbau, für Lohnerhöhung, für Verkürzung der Arbeitszeit und Beschaffung von Arbeit für alle Arbeitslosen?
7. Warum morden die Nazis heimtückisch Hunderte von kommunistischen Arbeitern, die wirklichen Freiheitskämpfer, warum lassen sie auf ihren öffentlichen Versammlungen jeden Kapitalisten als Diskussionsredner zu und verweigern uns in den meisten Fällen das Wort?
8. Was schlagen die Nazis vor zur Senkung aller Preise, zur Schaffung von Brot und Arbeit für die Arbeitslosen, zur Beseitigung der Agrarkrise, zur Hebung der Kaufkraft der Massen?
Wir fragen hier an dieser Stelle: Was hatte Adolf Hitler auf alle diese Lebensfragen des werktätigen Volkes hier in den Oldenburger Versammlungen zu antworten:
Nichts konnte dieser Maulheld und Organisator des Arbeitermords den unterdrückten Volksmassen als Ausweg anbieten.
Aber eins hat er klar ausgesprochen, und das ist eine direkte Unterstützung des Brüningsprogramms und der Hungeraktion aller Volksfeinde, wenn er sagt:

„Ich weiß, die Gegenwart erfordert von euch allen große Opfer!“

Also ganz wie bei Brüning, neue große Opfer. Und der Münchener Nazirechtsanwalt, Herr Dr. Frank, der hier vor Hitler sprach, gab schon ganz klar das Programm bekannt, das sich die Nazis stecken:

„Der Bolschewismus wird in Deutschland nie die Herrschaft ergreifen. Hitler hat uns das Wort gegeben, wir folgen ihm über Kerker und Gräber vorwärts!“

Da habt ihr und seht ihr den Weg zum Dritten Reich. Er führt euch in die Kerker und eure Familienangehörigen in die Gräber.

Hunger, Zuchthaus und Galgen, das ist das Ideal der Hitlerbanden,

die hier wie in Oldenburg wie die Vandalen hausten, die Arbeiter überfielen, auf Frauen und Kinder und kleine Mädchen mit Messern stachen, mit Eisenknüppeln und Koppelriemen losschlugen, sich mit 30 Mann, die schwer bewaffnet waren, auf einzelne unbewaffnete Arbeiter stürzten und sie zu Boden schlugen. Alles vollführten sie unter dem Schütze der Polizei.
Scheringer, der Ulmer Reichswehrleutnant und ehemalige Nationalsozialist, hat erkannt, was die NSDAP in Wirklichkeit bedeutet. In seinem Brief an die KPD hat er festgestellt: Die Nazis haben sich vom Sozialismus längst und völlig losgesagt, sie haben das kapitalistische Privateigentum heilig gesprochen. Sie vertreten die Interessen der deutschen und ausländischen Kapitalisten und sind Fronvögte der Youngsklaverei, sie haben den Versailler Vertrag und die Knechtung Deutschlands anerkannt und sind heute bereit, mit England, Frankreich, Italien den blutigen Krieg gegen Sowjetrußland bei der nächsten Gelegenheit vom Zaun zu brechen!
Die Hitlerleute sind die Todfeinde des werktätigen Volkes in Stadt und Land, sie werden, selbst wenn sie hier noch bei diesen Wahlen gewisse Erfolge ernten, immer mehr durch ihre Politik mit ihren eigenen Anhängern in Widerspruch kommen.
Vorläufig braucht Herr Brüning die Nationalsozialisten nicht in der Regierung, er hat ja die Sozialdemokratie, die seinen Hunger- und Diktaturplänen jede Unterstützung zuteil werden läßt.

Die Politik der Sozialdemokratie ist auf Tod und Leben mit dem Kapitalismus verbunden

Die SPD kennt nur eine Aufgabe, das bankrotte kapitalistische System vor dem Zorn der Massen, vor der proletarischen Revolution zu schützen. Fast jedes Wort in der Politik der Sozialdemokratie dient der Verherrlichung des Kapitals und der gemeinen Verleumdung der Sowjetunion. Auch die sozialdemokratischen Lügen und Versprechungen sind elendiglich zusammengebrochen. Wir wenden uns auch von dieser Stelle kameradschaftlich an alle sozialdemokratischen Anhänger und an die klassenbewußten Mitglieder dieser Partei. Wir fragen sie:
Wohin führt die Koalitionspolitik? Zum Sozialismus, wie man euch vorgelogen hat, oder nicht vielmehr zum Faschismus?
Wo blieb die Ankurbelung der Wirtschaft, mit der man euch die Annahme des Youngplanes schmackhaft machte, wo ist die Lohnerhöhung und die Arbeitsbeschaffung für die Erwerbslosen, die doch durch Nationalisierung, Wirtschaftsdemokratie und Schlichtungswesen bestimmt und sicher kommen sollte?
Wollt ihr noch länger zusehen, wie eure Führer Panzerkreuzer für den Krieg gegen Sowjetrußland bauen, eine dreiviertel Milliarde für die Reichswehr bewilligen, ganz offen das Programm der Hungerdiktatur Brünings unterstützen, für alle Notverordnungen eintreten, bei Streiks den Streikbruch organisieren, als Minister und Polizeipräsident die Arbeiterbewegung verfolgen, die Demonstrationen niederknüppeln, die Versammlungen überwachen und

manchmal auseinandersprengen, die Stahlhelmer und Mordbanditen oft schützen und sich in erster Linie im Kampf gegen das revolutionäre Proletariat betätigen?

Panzerkreuzer, Brotwucher und Streikbruch - das ist die Politik der Sozialdemokratie

Die Bewilligung der Panzerkreuzer brennt wie ein Schandmal auf der Stirn der sozialdemokratischen Führer. Aber noch übertroffen wird der Panzerkreuzersozialismus durch folgende Tatsache:
Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Bande, Schieles Roggenstützungskommissar, dieser feine „Sozialist", kaufte aus staatlichen Mitteln, aus unseren Steuergroschen 800 Millionen Kilo Brotgetreide, Roggen, auf, läßt es für die menschliche Ernährung unbrauchbar machen, wirft es den Schweinen zum Fräße hin oder läßt es verfaulen.
Die Arbeitslosen, die manchmal vor Hunger zum Strick und zum Gashahn greifen, denen wir, die Kommunistische Partei, durch unsere kommunistischen Anträge im Reichstag helfen wollten, bekamen den besten Anschauungsunterricht durch diese Abstimmung. Unsere kommunistischen Anträge, diese aufgekauften Getreidemengen den Hungernden, den Arbeitslosen, den alten Invaliden und Rentenempfängern zu geben, wurden höhnisch von der ganzen Bourgeoisie, von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten, niedergestimmt. Dieser Mann bekam noch zu seinem Gehalt von über 18000 Mark seine Reichstagsdiäten von ungefähr 9000 Mark, eine besondere Belohnung in der Roggenabbaustützungsaktion von 20000 Mark im Jahre 1930. Wir entlarven in aller Öffentlichkeit diese Korruptionserscheinung. Aber der größte Skandal ist, daß - nachdem diese 800000 Tonnen verfüttert und zum Teil verrottet sind - jetzt dieselbe Regierung von Holland 40000 Tonnen Getreide aufkaufte, wo sie das russische Getreide durch Verdienste des kapitalistischen Zwischenhändlers mit 20 Mark mehr bezahlen muß, als es vor sieben Wochen die Sowjetunion der deutschen Regierung angeboten hatte. Diese Summe müßt ihr, müssen die werktätigen Massen in Deutschland aufbringen!
Diese Leute wagen in ihrer Oldenburger Wählerzeitung die freche Lüge aufzustellen:

„Was in Wirklichkeit in Rußland vor sich geht, ist eine grenzenlose Ausbeutung der Arbeiter zugunsten des russischen Staates und seiner Machthaber."

Selbst der Parteiführer der österreichischen Sozialdemokratie, Otto Bauer, ist gezwungen, in seinem neuen Buche „Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkriege" demagogisch folgendes zuzugeben:

„Gerade in der Zeit, in der die Nationalisierungskonjunktur in der kapitalistischen Welt ihrem Ende entgegenging, ist die Sowjetunion daran gegangen, die Ergebnisse der Nationalisierungsperiode zu übernehmen, sie in die Sowjetunion zu übertragen, sie zum Aufbau einer neuen großen Industrie und zur Umgestaltung der Landwirtschaft auszunutzen und damit die Fundamente einer sozialistischen Gesellschaft zu legen."

Das sagt Otto Bauer in Österreich, um mit neuen Manövern die Massen zu betrügen. Die Tatsachen reden. Es ist bekannt, daß die Sowjetunion nicht nur heute schon Tausenden von deutschen Arbeitern die Existenz gibt, sondern daß in nächster Zeit zur Durchführung des Fünfjahrsplans weitere anderthalb bis zwei Millionen qualifizierte Arbeiter in der Sowjetunion erforderlich sind.
Die Sozialdemokratie, die im Oldenburger Landtag Arm in Arm mit den Nazis, Zentrum, Staats- und Volkspartei die KPD-Anträge systematisch niederstimmte und die Casterbohmregierung gegen das arbeitende Volk unterstützte, sie muß zu solchen Lügen und zu solcher Verhetzung greifen.

Über die Staatspartei noch zu sprechen ist nicht nötig, da sie sich immer mehr und mehr dem Verfall nähert. Aber eine Bemerkung. Als der Finanzminister Dietrich zu den Oldenburger Wählern kam, sagte er am 12. Mai in Varel u.a.:

„Wenn der vorige Sommer noch glimpflich überwunden wurde und das Reich seit November keinen Kredit mehr braucht, so ist die Lage jetzt dadurch erschwert, daß die Arbeitslosigkeit im erwarteten und erhofften Umfange nicht zurückgeht. Ein endgültiges Urteil ist natürlich z. Zt. nicht möglich, aber man muß sich darauf einstellen, daß der schlimmste Fall eintreten kann."

Das sagt der Reichsfinanzminister, der mit Brüning und Schiele das neue Hungerprogramm gegen das werktätige Volk in Deutschland einpeitschen helfen soll. Alle Parteien, Volkspartei und Zentrum, Staatspartei und Wirtschaftspartei, die Deutschnationalen, die Nazis und die Sozialdemokraten sind die Stützen der Brüningdiktatur, sind die Einpeitscher der Hungeraktion gegen das werktätige Volk. Mit ihnen müssen die Arbeiter und Erwerbslosen, die Angestellten und Beamten, die Kleingewerbetreibenden und Handwerker jetzt Abrechnung halten!
Aber von dieser Stelle aus muß noch eine Frage besonders gestellt werden: so grenzenlos die Not in der Stadt, so ungeheuer groß ist

Not auf dem Lande

Die Agrarkrise tobt mit unheimlicher Wucht gegen die armen und mittleren Bauern. Niemand ist da, der diesen ausgebeuteten und ruinierten Schichten hilft. Hugenberg, der deutschnationale Einpeitscher der faschistischen Reaktion, hat in ganz Deutschland und auch hier die Losung herausgegeben „Bahn frei für die Rechte!" und dabei die Behauptung aufgestellt, daß dadurch die „Rettung der Landwirtschaft" möglich sei. Heute weiß jeder politisch denkende Bauer, oder er sollte es wissen, wenn Hugenberg „Landwirtschaft" sagt, dann meint er damit die Großagrarier, denen die trustkapitalistische Regierung in Deutschland riesige Liebesgaben zuschanzte, die die alleinigen Nutznießer des volksfeindlichen Zollwuchers sind, die das werktätige Volk bei vollen Scheunen verhungern lassen! Warum verschweigt Hugenberg, daß die Deutschnationalen durchaus dafür sind, daß Pachtzinswucher und Kreditwucher dem armen Bauer den Hals abdrehen, daß deutschnationale Großgrundbesitzer die ruinierten Kleinbauern von der Scholle verjagen, ihnen das Land unter den Füßen wegschachern. Der Landbund und die Landvolkbewegung arbeiten ebenfalls für die Taschen der Großbauern und Großgrundbesitzer!

Die Kommunistische Partei und das Proletariat reichen den armen Bauern die Bruderhand zum Kampfbündnis gegen das bankrotte System!

Wir müssen erkennen, daß nicht allein die Arbeiterschaft, die Angestellten und unteren Beamten, sondern auch die werktätige Bauernschaft durch die Krise und durch die Politik der herrschenden kapitalistischen Klasse aufs schwerste getroffen wird. Die faschistische Agrarpolitik der Brüning-Schiele-Regierung mit Unterstützung der Sozialdemokratie bedeutet alljährlich Subventionen, Liebesgaben an die Junker und Kulaken auf Kosten der arbeitenden Massen in Höhe von ungefähr 4 Milliarden Mark. Allein die „Osthilfe", die nur ein Teil dieser Politik ist, gibt den ostelbischen Junkern und Finanzkapitalisten 2½ Milliarden. Die Nationalsozialisten und die „Grüne Front" haben gegen diesen Milliardenraub zugunsten der Großagrarier nichts anderes einzuwenden, als daß er ihnen noch nicht weit genug geht. Andererseits ist diese Politik bewußt und planmäßig auf die Verelendung, Ruinierung der Existenz der werktätigen Bauern gerichtet. Drastisch, zynisch und offen gibt der preußische Landwirtschaftsminister, der Zentrumsmann Dr. Steiger, das in seiner Denkschrift über die Schweinezucht in Deutschland zu. Diese Denkschrift vom 14. April d. J. ist besonders

geeignet, den kleinen und mittleren Landwirten von Nordwestdeutschland die Augen zu öffnen.
Der Zentrumsminister Steiger erklärt es als eine gesunde Entwicklung, daß in Nordwestdeutschland die bäuerlichen Schweinezüchter zugrunde gehen und dafür dem Osten, den ostelbischen Junkern dieser Produktionszweig, die Schweinemast, gesichert wird.
Triumphierend stellt dieser Landwirtschaftsminister fest, daß bereits im Jahre 1930 eine Abnahme des Schweinebestandes im bäuerlichen Nordwesten und eine wesentliche Zunahme in Ostelbien erreicht worden sei. Dieser Zentrumsminister erklärte auch unverblümt, mit welchen Mitteln die Brüningregierung dies fertig gebracht hat. Mit den Mitteln der hohen Futtermittelzölle und des Maismonopols!
Schon die faschistische Zollpolitik der Regierung allein ruiniert ganz planmäßig die werktätigen Bauern! Dazu kommen die Steuern, die Schuldenzinsen, die Pachtlasten, die Auswirkung der Arbeitslosigkeit auf die Bauernschaft usw.
Das kapitalistische, zerfaulende System, die faschistische Politik der Regierung und aller bürgerlichen Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten, bedeutet Verelendung, Ruin, Bettelstab für die werktätigen Bauern! In steigendem Maße werden werktätige Bauern durch Pfändung und Zwangsversteigerung enteignet und auch von der Scholle vertrieben.

84 Junker besitzen viermal so viel wie 34 000 Kleinbauern

Lassen wir eine Tatsache und einige Ziffern sprechen. 34432 Zwerg- und Kleinbauern in Oldenburg, die Hälfte der ganzen landwirtschaftlichen Bevölkerung besitzt 15526 Hektar zur Bewirtschaftung. 11441 Betriebe von 2 bis 5 Hektar bewirtschaften 36827 Hektar. 84 Großgrundbesitzer haben fast viermal soviel Boden wie 34431 Bauern unter 2 Hektar.
Während die Zahl der Großgrundbesitzer von 1907 bis 1925 in allen Agrargebieten Deutschlands abgenommen hat und ihr prozentualer Bodenanteil zurückging, hat sie eigenartigerweise in Oldenburg zugenommen.
60 Prozent aller Bauern haben nur ein Zwölftel des Bodens in Oldenburg.
Was Engels einmal sagte, daß der Großbetrieb über den Kleinbetrieb hinweggeht wie die Lokomotive über den Schubkarren, zeigt sich hier in eurem Lande Oldenburg. Schiele, Brüning und Dietrich haben mit Zustimmung der Sozialdemokraten und Nazis das Massenelend der armen Bauern wesentlich gesteigert. Die Futtermittelkosten betrugen 1913 für je 100 Kilo Lebendgewichtzunahme bei der Schweinemast für Ostdeutschland 70,70 Mark, für Nordwestdeutschland (Oldenburg) 67,80 Mark, im Jahre 1930 für Ostdeutschland 70,90 Mark, für Nordwestdeutschland und die Oldenburger Schweinezüchter 92,40 Mark. Da muß doch angesichts der Tatsache, daß die Schweinemarktpreise auf den Viehmärkten heute 72 bis 75 Mark pro 100 Kilo betragen und diese Entwicklung weitergeht, der Bauer zugrunde gehen.
Mit dieser zielbewußten Politik der Liebesgaben an die ostdeutschen Schweinezüchter und Großbauern und der Futtermittelverteuerung für die nordwestdeutschen Kleinbauern wurden die Oldenburger Bauern, soweit sie von der Schweinezucht abhängen, mehr und mehr in den Ruin hineingejagt und müssen heute
das letzte Ferkel versteigern, um Wucherzinsen für Kredite und Pachten und Steuersummen zu bezahlen.
Die Oldenburger Bauern merken die gewaltige Verarmung in den Städten, den von der gleichen Regierung erzwungenen Niedergang der Konsumkraft der Massen, die nicht mehr imstande sind, sich Fleisch und Eier, Milch und Butter zu leisten.Die sogenannte „Westhilfe“ ist die betrügerische neue Form, um die Erbitterung der Bauernmassen zu ersticken.

Die Volksrevolution gibt den Kleinbauern das Land der Großagrarier

Die Volksfeinde gehen auf die Dörfer und lügen den armen Bauern vor: *„Die Kommunisten wollen dir das Land wegnehmen. Die Kommunisten holen dir die letzte Kuh aus dem Stalle. Die Kommunisten wollen dir die Kirche aus dem Dorfe tragen.“* Tatsächlich haben viele Bauern besonders in diesem Gebiet noch der Zentrumspartei, dem Landbund und ganz besonders den Nazis Glauben geschenkt.
Wir aber stellen hier vor der oldenburgischen werktätigen Öffentlichkeit und vor der gesamten Öffentlichkeit in Deutschland die schamlosen Hetzlügen an den Pranger. Wir sagen: *Bauern, Augen auf! Die Brüningregierung und die Schielesche Agrarpolitik, die Steuerpolitik von Dietrich und die von der Sozialdemokratie gebilligte Senkung der Reallöhne und der Abbau der Sozialgesetzgebung, sie treiben dich in den Ruin.*
Der kapitalistische Staat schickt den Gerichtsvollzieher, holt die letzte Kuh, das letzte Ferkel aus dem Stall und versteigert dir den Grund und Boden. Die Kalisyndikate wuchern dich aus, und die landwirtschaftlichen Maschinenfabriken ziehen dir mit ihren Wucherpreisen das Fell über die Ohren. Nazi, Zentrum, Landvolk und Deutschnationale, Volkspartei, Staatspartei und die Sozialdemokraten, alle stehen schützend vor den Großagrariern, sie alle sprechen den Großgrundbesitz heilig und treiben die arme Bauernschaft in den Ruin.
Aber die Kommunistische Partei hat bereits in ihrem Programm der sozialen und nationalen Befreiung des werktätigen deutschen Volkes vor dem 14. September erklärt:
Die Volksrevolution unter Führung der Kommunistischen Partei wird auch den werktätigen Bauern die Freiheit bringen. Die ersten beschleunigten Maßnahmen der proletarischen Diktatur werden sofortige Hilfe bringen, entschädigungslose Enteignung der Großgrundbesitzer und Landzuteilung an die kleinen Bauern. Streichung aller Schuldenlasten, restlose Beseitigung des Zinswuchers und Beseitigung aller Pachtabgaben, Befreiung des kleinen Bauern von allen Steuern und Abgaben.

In Sowjetrußland ist der Bauer kein Knecht mehr, sondern Herr!

Das sind keine leeren Wahlversprechungen. Geht nach der Sowjetunion! Fragt den kleinen Bauer, ob er nicht Land von den enteigneten Großgrundbesitzern durch die Sowjets erhalten hat. Fragt die Millionenmasse der russischen Bauern, was sie von Steuerwucher, Zinswucher und Pachtwucher wissen.
Sie werden euch auslachen und werden euch antworten: das gibt es in der sozialistischen Sowjetunion nicht mehr!
Aber die russischen Sowjetbauern werden euch sagen, daß sie von der Sowjetregierung besten Zuchtsamen und Zuchtvieh zu Selbstkostenpreisen erhalten.
Die russischen Bauern werden euch erzählen, wie ihre Söhne auf die landwirtschaftlichen Hochschulen der Sowjetunion gesandt werden und dort mit voller Unterstützung der Sowjetunion die modernste Agrarwirtschaft studieren.
Die russischen Bauern werden euch sagen, wie der Sowjetstaat die besten Düngemittel und die fortschrittlichsten Kulturen überall im Lande einführt.
Und die russischen Bauern, die den Fortschritt der Nationalisierung erkennen, die freiwillig einsahen, daß ein kleiner Bauer mit 2 bis 5 Hektar sich nicht einen Traktor oder Maschinenpflug oder einen Mähdrescher leisten kann, haben sich zu Kollektiven zusammengeschlossen. Diese Kollektive haben feste Abkommen mit den Sowjets in den Städten getroffen. Ein riesiger Teil der Sowjetindustrie produziert Traktoren, landwirtschaftliche Maschinen. Ein großer Teil der riesigen Elektrowerke elektrifiziert das russische Dorf. Hunderttausende von Traktorenführern, Technikern und Agronomen helfen den russischen Bauern bei der Modernisierung der russischen Landwirtschaft.

Denn der kleine Bauer will aufhören und hat aufgehört, Knecht und Ausbeutungsobjekt zu sein. Mit Hilfe der Sowjets wird er ein Mensch, der 8 Stunden am Tage arbeitet, der 8 Stunden für seine Bildung und Unterhaltung frei und außerdem 8 Stunden Zeit hat, um zu ruhen für den nächsten Tag.
Die Oldenburger und viele armen Bauern in Deutschland müssen heute 14, 15 und sogar 16 Stunden täglich arbeiten. Der russische Bauer kleidet sich anständig, will als Mensch leben, er hat seinen Radioapparat, er hört die aufklärenden Vorträge, er nimmt im Jahre seinen vierwöchigen Urlaub. Und wenn ein Bauer im Sowjet und in der Kollektive besonders tüchtig ist und vorbildlich arbeitet, dann fährt er auf Kosten der Sowjetunion nach der Krim, in das frühere Zarenschloß Livadia und *schläft in den Zimmern und ißt an dem Tisch, an dem früher der Zar mit seinem Parasitengeschmeiß Schweiß und Blut des Volkes mit seinen Maitressen verpraßte.*

Die Sowjetunion öffnet dem Bauern neue Perspektiven, er kann neben dem Proletariat die höchsten Stellen im Staatsapparat und in den Sowjets bekleiden.

Unter dem Traktor oder auf dem Traktor

In den kapitalistischen Ländern bleibt der Traktor den Großagrariern reserviert, und der Großgrundbesitzer frißt den kleinen Bauern auf. In der Sowjetunion bleibt der Traktor für die Millionen kleiner Bauern reserviert, und die kleinen Bauern haben dort die Großagrarier und die Großbauern aufgefressen. Einige Beispiele aus dieser Entwicklung: Im Jahre 1930 waren 6 Millionen Bauernhöfe = 24 Prozent kollektiviert, im März 1931 bereits 12 Millionen Bauernhöfe = 48,6 Prozent. Ende 1931 rechnet man damit, daß etwa 55 bis 60 Prozent aller Bauernhöfe kollektiviert sein werden. Bald in allen kapitalistischen Ländern wird die Ansaatfläche verringert, in der Sowjetunion aber erweitert.
Im Jahre 1930 eine Erweiterung um 10 Millionen Hektar, im Jahre 1931 bereits eine Erweiterung um 15 Millionen Hektar. Die Aussaatfläche pro Bauernhof betrug im Frühling 1930 2,7 Hektar, im Frühling 1931 bereits pro Bauernhof 5,2 Hektar. Die Getreideernte betrug im Jahre 1929 71,7 Millionen Tonnen, 1930 schon 87,4 Millionen Tonnen. Die Getreidelieferung an den Staat betrug 1929 18 Millionen Tonnen, im Jahre 1930 bereits 24 Millionen Tonnen.
Eine wesentliche Steigerung der materiellen Lage der Bauern zeigt sich in den Kollektiven. Das durchschnittliche Jahreseinkommen des Einzelbauern betrug vor dem Kriege jährlich 242 Rubel. Mit dieser Summe mußte er alles einkaufen. Das durchschnittliche Jahreseinkommen des Kollektivbauern bei weit größeren Vergünstigungen wie es früher im zaristischen Rußland der Fall war, beträgt schon 500 Rubel jährlich und wird sich in der nächsten Zeit noch wesentlich erhöhen. Der Einzelbauer erntet dort im Durchschnitt 26 Zentner Getreide, der Kollektivbauer aber erntet schon weit mehr als das Doppelte, im Durchschnitt 59 Zentner Getreide. Das schnelle Tempo der Entwicklung der bäuerlichen Millionenmassen zur Kollektive vollzieht sich nicht, wie die Bourgeoisie fälschlich behauptet, durch Zwang, sondern durch die freiwillige Entscheidung im praktischen Leben und Denken, und durch die Entscheidung der Dorfarmut und der Mittelbauern selbst.
Die Agrarkrise in Deutschland stellt auch den deutschen Kleinbauern vor die Alternative: Entweder mit den Kommunisten unter der Fahne unseres Freiheitsprogramms, für dessen Sieg, auf dem Traktor - oder mit den Bürgerlichen und Faschisten, dann kommst du unter den Traktor und wirst zerstampft.
Die Kommunistische Partei Deutschlands ruft zur aktiven Unterstützung des Bauernkampfes!
Das Plenum des Zentralkomitees vom 14. und 15. Mai beschäftigte sich mit der ungeheuren Bauernnot. Bis jetzt war unsere Arbeit zu wenig wirkliche Massenarbeit unter den werktätigen Bauern, eine viel zu parlamentarische Arbeit. Wir müssen jetzt einen

wesentlichen Schritt weitergehen. Wie wir in die Industriearbeitermassen eingedrungen und in neue unterdrückte Schichten, so müssen wir jetzt auch als die einzigen Retter des werktätigen Volkes aus dieser tiefen Krise stärker und tiefer in die werktätigen Bauernschichten hineinsteigen. Die Kommunistische Partei ruft die Arbeiter, Angestellten auf, den Kampf der werktätigen Bauern um ihre Existenz zu unterstützen, gemeinsam mit der Bauernschaft die Pfändungen und Zwangsversteigerungen zu verhindern.
Allein die Kommunistische Partei kämpft auch für die Interessen der werktätigen Bauernschaft. Gegenüber dem Programm der Liebesgaben für die Junker und Großbauern und der Vernichtung der Existenz der werktätigen Bauern proklamiert die Kommunistische Partei das

Programm der Hilfe für die werktätigen Bauern!

In diesem Programm werden die Großagrarier und Großbauern vergeblich etwas für sich suchen. Es ist ein Kampfprogramm, eine Kampfansage gegen den Monopolkapitalismus, gegen die Großagrarier und wucherischen Zollpolitiker.

Unter stürmischem Beifall verliest nunmehr Genosse Thälmann die einzelnen Punkte des Bauernhilfsprogramms, das wir an der Spitze unseres heutigen Hauptblattes veröffentlichen.

In Deutschland sind Hunderttausende von Bauernwirtschaften in ihrer Existenz bedroht. Diese Tatsache ist von ungeheurer politischer Bedeutung. Sie erschüttert eines der Fundamente der Herrschaft der Bourgeoisie, ihre Hegemonie über die Bauernschaft. Der massenhafte Ruin des bäuerlichen Privateigentums erschüttert den Glauben des Bauern auch an dieses kapitalistische System. Der jahrelange Betrug an den werktätigen Bauernmassen mit der Kampagne der „Osthilfe“, der neu beginnende Betrug mit der Einsetzung der Kampagne der „Westhilfe“ muß den Bauern zum Bewußtsein gebracht werden und unserer Partei Gelegenheit geben, kühner und offensiver unsere Bauernpolitik zu verteidigen und zu vertreten. Natürlich sagen wir ganz offen, daß die Niederlegung der Kampfforderungen aufs Papier noch nicht ihre Erfüllung bedeutet. Die werktätigen Bauernmassen müssen durch ihre

Selbsthilfe und Initiative

gemeinsam mit der KPD und dem gesamten revolutionären Proletariat entschlossen für ihre Forderungen kämpfen.
Die Kommunistische Partei und das mit ihr verbundene Proletariat steht euch in diesem Kampfe treu zur Seite. Sie wird stärker denn je hinausgehen ins Dorf und wird das ganze Landvolk mobilisieren. Sie wird auf den Stempelstellen und in den Großbetrieben das städtische Proletariat zur Hilfe für die Bauern holen.
Sie wird in allen öffentlichen Versammlungen, von allen Parlamentstribünen, überall die. große Not der Bauern verkünden und zum Kampfe für die Bauern aufrufen. Als kürzlich eine Delegation des Eifelgebiets bei einer kommunistischen Massenversammlung in Köln erschien und ihre begeisterte Zustimmung zum sozialen und nationalen Befreiungsprogramm und zur Politik der Kommunistischen Partei dort aussprach, symbolisierte das die engste Solidarität und
das Bündnis des Proletariats mit den werktätigen Bauern.
Dies muß überall viel mehr in Erscheinung treten. Zur Rettung des gewerblichen Mittelstandes im Kampfe gegen das Finanzkapital und seine Regierung müssen in der Stadt und auf dem Lande auch diese notleidenden Schichten in die große Klassenfront einbezogen werden. Unsere Forderungen für alle diese Schichten sind bekannt. Sie müssen viel stärker propagiert und vertreten werden. Wir rufen von dieser Stelle und überall in Deutschland auf:

Zur Volksaktion für Arbeit, Boden, Brot und Freiheit, gegen die Hungeraktion der vereinigten Volksfeinde!

Die werktätigen Bauern werden mit einrücken in die Front der sozialistischen Volksrevolution unter Führung der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei. Wie für die Arbeiter und Arbeiterinnen, für die Millionen Arbeitslosen, für die Beamten und Angestellten und den städtischen Mittelstand, so wird auch für die Millionenmasse der kleinen Bauern die Stunde der Erlösung schlagen mit dem Siege der Volksrevolution, dem Sieg der sozialistischen, proletarischen Revolution! Keine kapitalistische Regierung, keine kapitalistische Partei wird den Großgrundbesitz enteignen, wird die landarmen Bauern zur Regierung heranziehen. Keine Wirtschaftsordnung außer der des Kommunismus wird dem kleinen Bauern aus der Not der Agrarkrise helfen, ihm den Aufstieg zum Menschentum und Sozialismus eröffnen.

Es gibt in Deutschland nach der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Statistik der Einkommen- und Vermögenssteuerveranlagung für 1927, die jetzt veröffentlicht wurde, im Jahre 1927 2465 Millionäre. Diese zweieinhalbtausend Schmarotzer besitzen ein Vermögen von 5580 Millionen. Die Geldsackdiktatur schont diese Leute. Im Lande des Sozialismus, im Lande der proletarischen Diktatur ist für diese Schmarotzer kein Raum mehr. Es gibt in der „Nation“ zwei Nationen, die Nation der Reichen, der Satten, diese verschwindend geringe Minderheit -und die Nation der Armen, der Hungrigen, die Millionenfront der unterdrückten Werktätigen. Der Entscheidungskampf zwischen diesen beiden Fronten ist unvermeidlich. Durch Wahlen am morgigen Tag in Oldenburg wird diese Entscheidung nicht fallen. Die Millionen Arbeiter, Beamte und Angestellte, Werktätige, Mittelständler und die Scharen der Bauernschichten, sie können sich nur befreien, wenn sie über die Wahl hinaus nicht nur der Kommunistischen Partei ihre Stimme geben, sondern gewillt sind, gemäß dem Befreiungsprogramm der KPD für ihre eigene Befreiung sich überall einzusetzen, zu kämpfen und auch zu siegen.

Wir sind die einzige Partei, die unabhängig ist von der Bourgeoisie. Wir führen den Wahlkampf nicht um Ministerposten und Staatspfründen. Unser großer Kampf ist in den Prinzipien unseres Freiheitsprogramms niedergelegt. Die Millionen werktätigen Frauen in Deutschland, die geknechtete und unterdrückte proletarische Jungarbeiterschaft, das in grenzenloser Not lebende Landproletariat, die Landarbeiter, sie alle werden in diese große Armee immer mehr mit eingereiht. Der Kommunismus ist heute schon die einzige Kraft, der die Zukunft gehört.

Unser revolutionärer Ausweg aus dem kapitalistischen Chaos ist die einzige Rettung!

Morgen wird noch gewählt. Wir wissen, daß uns viele heute noch nicht verstehen und auch ihre Stimme noch nicht geben. Übermorgen aber schon werden jene, die sie gewählt haben, sich schon entlarven müssen, die eigenen Wählermassen betrügen.

Wir haben nichts zu versprechen im Wahlkampf, als daß ihr nur durch euren eigenen Massenkampf gegen die Bourgeoisie unter Führung der Kommunistischen Partei euch aus dieser elenden Lage befreien könnt. Wir mobilisieren und rüsten zu diesem Massenkampf. Unser Freiheitsbanner entrollen wir an allen Fronten des gesellschaftlichen Lebens.

Unsere Partei und mit ihr die revolutionäre Massenfront marschiert vorwärts! Unser Kampf geht gegen das heutige Youngsystem, gilt dem heutigen Youngdeutschland! Unser Massenkampf gilt zugleich der besseren Zukunft, dem Sieg eines Sowjetdeutschlands, in dem Arbeit, Boden, Brot und Freiheit allen Werktätigen gegeben und garantiert wird. In diesem Sinne vorwärts mit uns zu neuen Kämpfen und zu neuen Siegen!

Die Rote Fahne,
22.5.1931

Den SPD-Arbeitern die Bruderhand

Erinnern wir uns an die Vorgeschichte des räuberischen Youngplans. Es gibt heute in Deutschland keinen Menschen mehr, der es wagen würde, die unerträglichen Tributlasten dieses Sklavenpaktes zu verteidigen.
Und wie war es vor anderthalb Jahren? In der damaligen Zeit, als im Reichstag über die Annahme des Youngplans beraten wurde, wurden dem deutschen Volk die Ohren vollgeschwatzt über die „Erleichterungen“ und Verbesserungen, die der Youngplan bringe. Heute kann man es sich kaum vorstellen, wieweit damals der Volksbetrug ging. Ich will nur zwei Beispiele für die damaligen Äußerungen der führenden Politiker des kapitalistischen Deutschland geben.
Damals sagte der Reichsfinanzminister Moldenhauer, Vertreter der Deutschen Volkspartei, im Reichstag am 7. März vorigen Jahres:

„Darüber müssen Sie sich klar sein, die Grundlagen für diesen Aufbau schaffen Sie nicht, wenn Sie den Youngplan verwerfen. Denn dann müssen Sie Steuern zahlen, die weit über das hinausgehen, was wir heute verlangen. Dann bekommen Sie die Kreugeranleihe nicht. Wir wollen auf dieser Grundlage aufbauen..., um ein besseres Deutschland zu schaffen und für die breiten Massen wieder Arbeitsmöglichkeiten zu gewinnen. So sehen wir die Dinge an und deshalb empfiehlt Ihnen die Reichsregierung, den Youngplan anzunehmen.“

Und der Sozialdemokrat, der zum Youngplan sprach, Reichstagsabgeordneter David, erklärte am 6. März gleichfalls im Reichstag:

„Das Haager Abkommen (also der Youngplan) bedeutet einen großen Schritt vorwärts zur Liquidierung des Krieges und zur Herbeiführung eines gesicherten Friedenszustandes zwischen den am Kriege beteiligten Völkern. Die Lasten, die es uns auferlegt, sind schwer, aber sie sind wesentlich leichter als die, die uns seit Jahren auferlegt waren. Aus diesen Gründen stimmen wir dem Abkommen zu.“

Das wurde damals gesagt. Und nun vergleicht diese Worte, diese Versprechungen mit dem, was wirklich gekommen ist. Hatte die Kommunistische Partei nicht hundertprozentig recht, wenn sie vom ersten Tage an den wirklichen Charakter des Youngplans als eines räuberischen Sklavenpaktes den Massen enthüllte, wenn sie vom „inneren“ Youngplan sprach?
Die Kommunistische Partei hat damals den Massen die Wahrheit über den Youngplan gesagt. Heute wird es durch die Tatsachen bestätigt, niemand kann es mehr bestreiten.
Die Kommunistische Partei hat ebenso im Januar, als Herr Brüning erklärte, man dürfe nicht von Katastrophen sprechen, ihrerseits den Massen die wirkliche Entwicklung aufgezeigt. Sie hat gesagt, daß an keine Besserung zu denken ist, daß die Krise sich verschärfen, das Elend wachsen, die Katastrophenpolitik des Kapitalismus noch schlimmeres Unheil anrichten wird. Heute ist erwiesen, daß wiederum nur die Kommunistische Partei die Entwicklung richtig beurteilte und dem Volk die Wahrheit sagte!
Das ist der Grund, warum die Autorität der Kommunistischen Partei in den Massen immer mehr wächst, warum sich immer neue Tausende uns zuwenden und die Millionenmassen begreifen: Hier ist die einzige Partei, die uns niemals belogen und betrogen hat! Die einzige Partei, die uns die Wahrheit sagt!
Und dieser Unterschied zwischen unseren Voraussagen, die von der Wirklichkeit bestätigt werden, die von der Geschichte erhärtet werden - und den bürgerlich-sozialdemokratischen Prophezeiungen, deren Verlogenheit die geschichtliche Entwicklung stets in kürzester Frist vor den Massen entlarvt - dieser Unterschied ist ein gewaltiger und umfassender Beweis für die Richtigkeit der kommunistischen Lehren und Methoden, ist ein beispielloser Triumph des Marxismus!

Man stelle sich einmal vor: Auf dem Kieler SPD-Parteitag 1927 predigte die SPD durch den damaligen Referenten Hilferding die famose Theorie vom „organisierten Kapitalismus“. Der heutige Monopolkapitalismus sollte die Lehren von Karl Marx über die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aus den Angeln heben und sich sozusagen friedlich und ohne Krisen in den Sozialismus verwandeln. Das war die Theorie Hilferdings und der deutschen Sozialdemokratie auf ihrem Kieler Parteitag.
Zwei Jahre später, 1929, fand der Magdeburger Parteitag statt. Während die Kommunistische Partei damals ungefähr zur gleichen Zeit auf ihrem Weddinger Parteitag bereits mit völliger Klarheit die weitere Entwicklung zur Krise und zum revolutionären Aufschwung auf Grund der marxistischen Theorie aufzeigen konnte und infolgedessen alle ihre Voraussagen durch die weitere geschichtliche Entwicklung bekräftigt wurden, produzierte die SPD in Magdeburg noch immer den alten Kieler Plunder. So sagte zum Beispiel Dittmann vom Parteivorstand auf dem Magdeburger Parteitag vor nunmehr zwei Jahren:

„Wir leben nicht mehr im reinen Kapitalismus, sondern bereits im Übergang zum Sozialismus, wirtschaftlich, politisch, sozial... Heute, in der demokratischen Republik, geht die Staatsgewalt von unten, vom Volk aus, wird die Regierung vom Reichstag bestimmt, den von allen 20jährigen Männern und Frauen gewählten Vertretern des Volkes. Deshalb kann heute verhindert werden, daß die Regierung einseitig die Interessen nur der kapitalistischen Klassen wahrnimmt wie in der Vorkriegszeit.“

Das war die Melodie von Magdeburg. Und heute? Heute ist auf Grund der ungeheuren Krise, des maßlosen Massenelends und der gewaltigen Radikalisierung und Revolutionierung der Massen das ganze Gerede vom „organisierten Kapitalismus“ so lächerlich geworden, daß die Sozialdemokratie selbst plötzlich ein Referat über die kapitalistische Wirtschaftsanarchie halten lassen mußte.
Und Herr Tarnow vom ADGB, der Referent über die Wirtschaftslage, erklärte in Leipzig, daß der *„organisierte Kapitalismus* - nur einmal benutzte er dieses Wort - *den ökonomischen Bürgerkrieg Mann gegen Mann in einen ökonomischen Bandenkrieg“* gesteigert habe. Wörtlich sagte Tarnow:

„Aber der Krieg ist geblieben und seine Zerstörungen sind gewachsen. Der organisierte Kapitalismus schießt mit Granaten, wo die unorganisierten Kapitalisten Flintenschüsse wechseln.“

Das ist das vollkommene Eingeständnis des absoluten Bankrotts der bisherigen reformistischen Theorie. Das ist das vollkommene Eingeständnis, daß alles, was die Sozialdemokratie in den vergangenen Jahren den Massen erzählt hat, was sie auf ihren Parteitagen in Kiel und Magdeburg ihren Anhängern als Theorie produziert hat, leerer Schwindel ist!
Die Kommunistische Partei wendet sich an die sozialdemokratischen Klassengenossen und appelliert an ihr sozialistisches Gefühl. Ja, Genossen, wir bieten euch die Hand zum gemeinsamen Kampf, wir sind bereit, brüderlich mit euch gemeinsam die Front des revolutionären Klassenkampfes, die einige Volksfront gegen das bankrotte kapitalistische System und gegen die Brüningregierung zu schließen.
Wir fragen euch, sozialdemokratische Klassengenossen: Wollt ihr für Brüning kämpfen oder für den Sozialismus? Das ist die Entscheidungsfrage, die heute vor jedem sozialdemokratischen Arbeiter, vor jedem sozialdemokratischen Funktionär steht. Nach seinem eigenen Klasseninstinkt, nach seinem eigenen Klassenbewußtsein muß der SPD-Arbeiter die Entscheidung fällen, und diese Entscheidung kann nur lauten: Mit den Kommunisten gegen die Kapitalisten, gegen den Faschismus, gegen die Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur, gegen Brüning und alle, die zur Brüningfront zählen.

Wir wissen es sehr gut, daß es keine Kleinigkeit für einen Arbeiter ist, der vielleicht jahrzehntelang in der Sozialdemokratie organisiert ist, den Trennungsstrich zu ziehen und herüberzukommen ins Lager des Kommunismus. Aber höher als alle Anhänglichkeit an eine Partei, steht die Treue zur Klasse, zum Proletariat.

Wir bieten den SPD-Arbeitern die Hand! Wir wissen sehr wohl, daß man den sozialdemokratischen Arbeitern eingeredet hat, in der Kommunistischen Partei gäbe es auch keine proletarische Demokratie, sei auch ein Parteiapparat, der über die Mitglieder hinweggeht. Und wenn der Diktator nicht Thälmann heißt, dann heißt er Stalin.

Wir sagen demgegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern: Kommt zu uns, überzeugt euch selbst, daß in der Kommunistischen Partei jeder revolutionäre Arbeiter seinen rechten Platz findet und mitzubestimmen hat über das Schicksal der Partei, über die revolutionäre Arbeit. Kommt zu uns, ihr werdet als gleichberechtigte Mitglieder unserer Partei Schulter an Schulter mit uns den Kampf für den Sozialismus führen. Die Wahl kann jedem Arbeiter, der an seine Klasse glaubt, nicht schwer fallen. Auf der einen Seite die Partei des Polizeisozialismus, der Panzerkreuzer, der Notverordnungen, die Partei, die unter dem Zepter Brünings marschiert, die Partei, in der kein klassenbewußtes Wort mehr, geschweige denn irgendeine sozialistische Handlung erlaubt ist, die Partei, in der die Führer die Massen beschimpfen, wie das in Leipzig wiederholt der Fall war.

Auf der anderen Seite die Partei des revolutionären Klassenkampfes, die Partei, die die Streiks der Arbeiter führt und unterstützt, die Partei, die den revolutionären Ausweg aus der Krise aufzeigt, die für die Erwerbslosen und die Betriebsarbeiter, die Angestellten und Beamten, den städtischen Mittelstand und das notleidende Bauernvolk kämpft, die Partei, die von der Bourgeoisie gehaßt und verfolgt wird, die Partei, die im Kampfe gegen den Faschismus die meisten Erfolge errungen und die meisten Opfer gebracht hat. Die Partei des revolutionären Marxismus, die Partei des siegreichen Sozialismus in der Sowjetunion, die Kommunistische Partei!

Darum, Genossen, appelliert die KPD an euch, an die sozialdemokratischen Arbeiter und an die parteilosen Arbeitermassen in Stadt und Land, mitzuhelfen am Befreiungskampf der Arbeiterklasse.

Es gibt nur eine Partei in Deutschland, die nach dem 14. September, nach den Reichstagswahlen, ihrer Politik treu bleiben konnte. Nur eine Partei, die das, was sie vor den Wahlen den Massen sagte, heute nicht zu verleugnen braucht. Nur eine Partei, die keine Versprechungen gebrochen hat. Nur eine Partei, die keine falschen Hoffnungen genährt hat. Nur eine Partei, die mit ihren Taten zu ihren Worten steht: Das sind wir, die Kommunistische Partei!

Vor uns liegen die Wahlen in Preußen und in einer Reihe anderer Länder. Ich habe schon über die preußische Politik der Sozialdemokratie gesprochen. Es ist klar, daß wir als Kommunisten einen solchen Wahlkampf, wie er früher oder später wieder stattfinden wird, nicht unter dem Gesichtspunkt betreiben, einige Dutzend Mandate mehr zu bekommen, sondern als eine revolutionäre Massenmobilisierung für den allgemeinen revolutionären Klassenkampf. Und hier möchte ich den Appell an die Massen richten:

Es ist unsere jetzige Politik, unser jetziger Kampf, eure jetzige Arbeit, die über den Wahlausgang entscheidet, mögen die Preußenwahlen nun im Herbst oder, wie es scheint, im nächsten Frühjahr, stattfinden!

Unsere Politik findet ihren Ausdruck in dem Freiheitsprogramm der KPD. Jenes Programm der nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes, das wir vor dem 14. September der Öffentlichkeit übergaben, gewinnt von Woche zu Woche, von Monat zu Monat wachsende Bedeutung. Es ist ein Programm des revolutionären Auswegs aus der Krise. Es ist das Programm der Volksrevolution, die an die Stelle des bankrotten kapitalistischen Systems den Sieg des Sozialismus, die Herrschaft einer Arbeiter- und Bauernregierung setzen wird.

Unser Freiheitsprogramm ist das Rückgrat unserer Politik! Aber wir begnügen uns nicht mit der allgemeinen Linie unseres revolutionären Kampfes, sondern zeigen den einzelnen Schichten des arbeitenden Deutschland praktisch und konkret, was die Kommunisten ihnen zu sagen haben. So haben wir das *Bauernhilfsprogramm* der KPD der Öffentlichkeit übergeben, um den Massen des schaffenden Landvolkes gleichfalls den Weg aus dem Elend und Ruin, der kapitalistischen Agrarkrise und der Mißwirtschaft der Bourgeoisie und der Junker zum gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse aufzuzeigen.

Unser Bauernhilfsprogramm, das schon heute bei den Millionenmassen der ringenden und kämpfenden Bauern Deutschlands als ein Lichtstrahl in die Finsternis des Bauernelends bezeichnet wird, muß der Wegweiser sein, der sowohl den Industriearbeitern den Weg zum brüderlichen Kampfbündnis mit den Werktätigen des Landes, den Schaffenden der Dörfer zeigt, wie den Bauern den Weg, um Schulter an Schulter mit der Arbeiterschaft gegen das bankrotte kapitalistische System anzustürmen! Was das Bauernhilfsprogramm für das Landvolk, das ist der *Arbeitsbeschaffungsplan* der KPD für die Millionenmasse der Erwerbslosen in Deutschland. All diesen Millionen zeigt der Arbeitsbeschaffungsplan der KPD den Weg, der zwar nicht zur Aufhebung der kapitalistischen Krise, nicht zur Beseitigung der Erwerbslosigkeit überhaupt führt - denn das bewirkt nur der Sozialismus! - der aber das heutige maßlose Elend der Arbeitslosen lindern und zu einem gewissen Teil überwinden würde.

Aber die Massen, die Not leiden und hungern, sie werden verstehen, daß der Arbeitsbeschaffungsplan der KPD keine Parteisache ist, sondern eine Sache der Millionen, eine Sache des ganzen schaffenden Volkes, für die es zu kämpfen gilt!

Die Bourgeoisie und Sozialdemokratie hat den Kommunisten oft den heuchlerischen Vorwurf gemacht, daß wir *„nur kritisieren“,* aber *„keine positive Politik“* betreiben. Wir lachen über dieses einfältige alberne Argument. Welche Partei der Welt kann auf solche gewaltigen grandiosen Erfolge ihrer Politik hinweisen, wie die Weltpartei der Kommunisten.

Auf einem Sechstel der Erde, wo wir regieren, wird der Sozialismus aufgebaut! Und was bedeutet das? In allen Ländern Krise, Niedergang, Elend, Erwerbslosigkeit, Rückgang der Produktion, Ruin der Bauernschaft, Erbitterung der Massen. Nur in der Sowjetunion immer neue Fabriken, neue gigantische Werke der Industrie und Landwirtschaft, die völlige Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die völlige Überwindung aller kapitalistischen Überreste durch den Triumphzug des Sozialismus, durch die gigantischen Fortschritte bei der Verwirklichung des Fünfjahrplans in vier Jahren.

Aus der Rede im Sportpalast,
Berlin, 11. Juni 1931.
Enthalten in der Broschüre „Katastrophe oder Sozialismus“,
Berlin 1931

Auf zur Offensive gegen den Klassenfeind!

Rede des Genossen Thälmann zum roten Volksentscheid
vor den Arbeiterfunktionären Berlins

Von minutenlangem Händeklatschen und lauten Rot-Front-Rufen begrüßt, hielt der Führer der Kommunistischen Partei, Genosse Ernst Thälmann, in der Funktionärversammlung der revolutionären Massenorganisationen Berlins, am Freitag, dem 24. Juli, in der „Neuen Welt", Hasenheide, folgende Rede:

Die gegenwärtige außerordentliche Verschärfung der Krise und die drohende Inflation bestätigen vollauf die Prognose der Kommunistischen Partei nach den Wahlen vom 14. September und auf dem Januarplenum ihres Zentralkomitees. Damals kündeten wir, im Gegensatz zu den hoffnungsvollen Illusionen der Bourgeoisie und Sozialdemokratie an, daß der Krisentiefpunkt noch keineswegs erreicht sei. Und schon damals prophezeiten wir, ebenso wie bei der Annahme des Youngplanes vor 1¼ Jahr, die kommende Inflation.

Wie ist es zu dieser ungeheuren Verschärfung gekommen?

Mit der deutsch-österreichischen Zollunion hatte die deutsche Bourgeoisie den Versuch einer aggressiven Außenpolitik unternommen. Sie wollte sich mit der Zollunion den Weg nach dem Südosten Europas, mitten hinein in die Einflußgebiete des französischen Imperialismus (Tschechoslowakei, Jugoslawien usw.) eröffnen. Aber schon auf der Genfer Völkerbundstagung führte dieser Versuch zu einer völligen Niederlage für das kapitalistische Deutschland.
Im Zusammenhang mit diesem schärferen Auftreten der deutschen Bourgeoisie in der Arena der Weltpolitik setzte der Feldzug des ausländischen, vor allem des französischen Kapitals ein, das die deutsche Konkurrenz verdrängen will. Seit dem September 1930 sind nicht weniger als 4 bis 5 Milliarden kurzfristiger Kredite, davon allein seit dem 1. Juni 3 Milliarden om Ausland aus Deutschland zurückgezogen worden. Das erschütterte natürlich das ganze Finanz- und Kreditwesen.
Der französische Imperialismus will nicht nur den imperialistischen Gelüsten Deutschlands ein rasches Ende bereiten, sondern er fürchtet vor allem um die Sicherheit seiner in Deutschland investierten Kapitalien, die durch die Krise und die Verschärfung der Klassengegensätze in Gefahr geraten sind. So zwang die rasche Zuspitzung der Situation die Brüningregierung zu fieberhaften Anstrengungen, um der drohenden Katastrophe zu entrinnen. Daher die Reisen nach Paris und London, von denen Brüning und Curtius im Zeichen des Pleitegeiers zurückgekehrt sind.

Die Hooveraktion hilft gar nichts

Daran ändert die Hooveraktion nicht das geringste. Sie hatte drei Beweggründe:
1. Die Angst vor dem Bürgerkrieg und der drohenden sozialen Revolution in Deutschland, die alle in Deutschland investierten Kapitalien vernichten und die revolutionäre Welle in der ganzen Welt verstärken würde.
2. Die endgültige Einbeziehung Deutschlands in die Antisowjetfront, deren Führung die Vereinigten Staaten übernehmen.
3. Die Absicht der Vereinigten Staaten, Frankreich in die amerikanische Gefolgschaft gegen England zu bringen und dieses zu isolieren. Daher auch die Zugeständnisse an die französischen Imperialisten, die, um ihre Vorherrschaft auf dem europäischen Festland zu sichern, das Versailler- und Youngsystem unangetastet lassen und die militärpolitische Vormacht Frankreichs in Europa gesichert wissen wollen.

Amerikanisch-französischer Vorstoß

„Amerika und Frankreich stoßen gemeinsam gegen Deutschland vor, während die bürgerlich-sozialdemokratische Presse es so darzustellen versucht, als ob die Hooveraktion gegen Frankreich gerichtet sei. Natürlich gibt es auch Differenzen zwischen Amerika und Frankreich. So will Frankreich deutsche Sachlieferungen, während Amerika im Interesse seines eigenen Exports den deutschen Export völlig zu drosseln versucht. Andererseits will Amerika den völligen Zusammenbruch des kapitalistischen Systems in Deutschland verhindern, weil damit auch sein in Deutschland investiertes Kapital - das sind etwa 60 Prozent des gesamten in Deutschland liegenden ausländischen Kapitals - verloren sein würde. In dieser Hinsicht hat Frankreich keine großen Befürchtungen, da es weit geringere Kapitalien in Deutschland hat.
So groß auch diese Differenzen sein mögen, so sind sie doch gegenüber den Gegensätzen des amerikanischen und englischen Imperialismus nur untergeordneter Natur. Und darum geht der Dollarimperialismus auch in der Hauptsache gemeinsam mit dem französischen Imperialismus vor.

Verschleierter Zusammenbruch aller Banken und Sparkassen

So konnte die Hooveraktion keine Erleichterung bringen. Größere Kredite gab es nicht, und wenn etwas die Flucht aus der Mark beschleunigte, so war es gerade die Hooveraktion, die in Form und Inhalt die außerordentlichen Schwierigkeiten Deutschlands grell beleuchtete.
In der Tat kam es dann auch zu weiteren Kreditkündigungen. Der Devisenabfluß steigerte sich von Tag zu Tag. Der Lahusensche Nordwolle-Konzern brach zusammen. Karstadt geriet in Schwierigkeiten. Die Danatbank, sowohl in Nordwolle als auch bei Karstadt stark engagiert, hat sich zahlungsunfähig erklärt. Der Run auf Sparkassen und Banken begann. Die Regierung griff zu dem Mittel, alle Banken und Sparkassen ihre Zahlungen einstellen zu lassen. Das ist in Wirklichkeit ein verschleierter Zusammenbruch aller Banken- und Sparkassen.
Die Danatbank mußte allerdings fallen gelassen werden, weil ihre Rettung nur auf Kosten großer Industriekonzerne möglich gewesen wäre, in denen die Bankkredite auf Grund der industriellen Krise festgefroren sind. Ein letzter gescheiterter Versuch, größere Auslandskredite zu beschaffen, war die sogenannte „Garantieaktion“ der Tausend, die eine solidarische Haftung der 1000 größten Industrie- und Bankunternehmen untereinander füreinander darstellt.
Schon beim vorletzten Reichsbankausweis war die 40prozentige Notendeckung nur noch künstlich möglich, indem man den Notenumlauf durch erhöhte Ausgabe von nicht deckungspflichtigen Silbermünzen und Rentenmarkscheinen erweiterte. Auf Grund der früheren Devisenbilanz, die einen Eingang von 3500 Millionen an Devisen gegenüber einem Abgang von 3000 Millionen aufwies, müßte jetzt nach dem Wegfall der Reparationszahlungen ein monatlicher Devisenüberschuß von 100 Millionen Mark vorliegen.
Tatsächlich ist die Situation ganz anders. Von den 12 Milliarden kurzfristiger Kredite, die Deutschland im September 1930 hatte, sind nur noch höchstens 7 vorhanden. Aber ihre Existenz ist eine nicht geringe Gefahr für die Reichsbank: denn sie können jederzeit abgezogen werden. Man muß es klipp und klar aussprechen:
Die gesamte bisherige Politik der Bourgeoisie mit dem Kurs auf schärfsten Export bedeutet die Ermöglichung der Kapitalflucht!
Denn die deutschen Kapitalisten haben die für ihre exportierten Waren erhaltenen Devisen größtenteils im Ausland gelassen. Was hilft da der schon erschöpfte 100-Millionen-Dollar-Kredit? Erbedeutet um so weniger, als das Defizit in den Staatsfinanzen durchaus nicht gedeckt ist. Denn trotz Aussetzung der Reparationszahlungen und trotz der einander jagenden

Notverordnungen beträgt der Fehlbetrag im Staats-, Länder- und Gemeindehaushalt sicherlich zwei Milliarden.

Vier Auswege, die doch in den Abgrund führen

Wie soll der Fehlbetrag gedeckt werden? Welche Möglichkeiten hat die Bourgeoisie überhaupt, um das endgültige Versinken in die Katastrophe zu vermeiden? Es gibt vier solcher Möglichkeiten:

1. einen allgemeinen Zahlungsaufschub (Moratorium) für längere Sicht. Das würde, wenn man die Sparkassen und Bankschalter tatsächlich längere Zeit schließt, den Staatsbankrott bedeuten.
2. Neuausgabe und Vermehrung von Geldscheinen, also Inflation, deren Beginn die Herabsetzung der Deckungsgrenze darstellt.
3. Einführung der Doppelwährung, Ausgabe neuer Darlehns- oder Rentenmarkscheine (siehe auch die Erhöhung des Umlaufs an nicht deckungspflichtigen Münzen durch Notverordnung von 20 auf 30 Mark pro Kopf der Bevölkerung). Ein solches Verfahren, in größerem Umfange fortgesetzt, wird diese Währung und mit ihrem Sturz auch die Reichsmark in den Abgrund reißen.
4. Ausländische Kredite in solcher Höhe, daß dadurch die schlimmsten Schwierigkeiten behoben werden können. Das hat zur Voraussetzung die völlige Kapitulation vor dem französischen Imperialismus, die Annahme“ seiner politischen und ökonomischen Bedingungen, die Abführung Deutschlands in die Gefangenschaft der französischen Imperialisten.

Schnelles Heranreifen der Voraussetzungen der revolutionären Krise

Alle diese theoretisch denkbaren Wege bedeuten also in der Praxis eine weitere Verschärfung der Krise. Damit reifen gleichzeitig die Voraussetzungen der revolutionären Krise in Deutschland noch schneller heran, und wir müssen als Partei gewappnet sein, das deutsche Proletariat zu seinem Sieg zu begeistern und zu mobilisieren.
Wenn jetzt die Minister aus London mit dem einzigen Ergebnis zurückgekehrt sind, daß ein internationaler Kontrollausschuß von Bankiers prüfen soll, ob Deutschland weitere Kredite erhalten wird, so ist das ein neuer Schritt zur Kolonisierung des Reiches. Und ein Fiasko für das kapitalistische Deutschland. Die von Deutschland geforderte 2-Milliarden-Anleihe ist ins Wasser gefallen. Nicht einmal das Stillhaltekonsortium, das heißt, die Vereinigung der Notenbanken zur Deckung etwaiger weiter aus Deutschland abgezogener kurzfristiger Kredite, ist zustande gekommen.

„Nationale Selbsthilfe“ und was sie bedeutet

Da kommt der Vorschlag der nationalen Selbsthilfe! Zwei Tendenzen ringen im Lager der deutschen Bourgeoisie miteinander. Bisher hat die eine Tendenz die Regierungspolitik bestimmt; ihre Träger sind die Chemie- und Elektroindustrie. Diese Gruppe will die Inflation und den Staatsbankrott vermeiden und Hilfe vom Ausland hereinholen, was, wie wir eben gesehen haben, nur durch die völlige Kapitulation vor dem französischen Imperialismus möglich ist.
Im Gegensatz dazu predigen andere Schichten des Finanzkapitals, z.B. Teile der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie um Thyssen sowie der ehemalige Reichsbankpräsident Schacht zusammen mit den Großagrariern, die nationale Selbsthilfe. Sie bedeutet die Einleitung von Maßnahmen, die von der schleichenden zur offenen Inflation führen müssen. Dadurch würden

die 15 Milliarden Mark kleiner Sparguthaben auf den Banken und Sparkassen zugunsten des Finanzkapitals enteignet werden. Die Großagrarier würden, wie 1923, ihre Schulden auf diese Weise annullieren und die Industriellen, dank der Markentwertung, die Möglichkeit des Schleuderexports auf dem Weltmarkt haben. Die Gefahr der Verwirklichung dieses Planes ist nicht gering, da die dahinterstehenden Kreise emsig Hindenburg und die Reichswehr für sich zu gewinnen trachten und auch Brüning auf ihre Linie drängen wollen.

Genosse Thälmann bringt Zitate aus Zeitungen, die ganz offen die Inflation propagieren, und fragt:
Glaubt ihr, daß solch einer Zeitung jemals etwas geschieht?

Neue Angriffswelle gegen das Proletariat

Welche dieser beiden Methoden auch siegen mag - die Bilanz für das Proletariat wird allemal höheres Elend sein. Schon führt die Kreditdrosselung der Reichsbank zur Vernichtung von kleinen und mittleren Unternehmen und damit zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Schon rüstet die Regierung zu einer neuen Notverordnung, die an den Sozialausgaben noch weiter streichen soll. Schon wird eine neue Lohnabbauwelle eingeleitet. Schon wird in schwerindustriellen und großagrarischen Blättern die Beseitigung der Arbeitslosenunterstützung und ihr Ersatz durch Naturalien gefordert.
Es ist klar, wir gehen schweren Ereignissen entgegen, und ich sage: ein Volk, das national versklavt wird und auf dem die Peitsche der ausländischen und der deutschen Bourgeoisie herumtanzt - die Geduld dieses Volkes wird eines Tages ein Ende haben.
Heute besteht zwischen der objektiven Entwicklung und im subjektiven Reagieren der Arbeiterschaft noch eine Spanne. Aber wir dürfen nicht zurückbleiben, sonst können wir überrumpelt werden. Es war eine Schwäche, daß in diesen Tagen, wo Brüning Tag für Tag seine Notverordnung erließ, die Arbeiterschaft nicht genügend reagierte. Das ist ein Alarmzeichen für die Partei.

Vorwärts in Betrieb und Gewerkschaft!

So müssen wir jetzt mit Mut, Entschlossenheit und nicht nachlassender Zähigkeit die Schwächen auf dem Gebiet der Betriebsarbeit beseitigen. Wir brauchen Ausdehnung in die Betriebe. Dort müssen wir die Massen in die Stellung bringen, von der aus der Angriff erfolgt. Denn mit den Arbeitslosen allein - so wichtig ihre Aktivität ist - kann die proletarische Revolution nicht zum Sieg geführt werden.
Stärkste Offensive gegen die SPD-Politik im ADGB ist notwendig. Gerade unserer mangelhaften Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front ist es zuzuschreiben, daß die Gewinnung der SPD-Arbeiter zu gemeinsamen Aktionen nicht im erforderlichen Maße erfolgt. Und gerade das ist notwendiger denn je.
Brüning wäre nicht in der Lage, seine Politik fortzusetzen, wenn nicht das Bollwerk der SPD da wäre.
Wir müssen um jeden Preis die Krise in der SPD zur höchsten Entfaltung bringen. Aber wir können das nur durch schärfsten prinzipiellen Kampf, durch unermüdliche Aufdeckung des reaktionären Charakters der sozialdemokratischen Politik. Und hier bin ich bei der Frage des Volksentscheids.

Roter Volksentscheid gegen Severing-Brüning-Politik

Genossen, Genossinnen!
Heute erkennen bereits große Schichten sozialdemokratischer Arbeiter, daß die Behauptung ihrer Führer, Brüning sei das kleinere Übel gegenüber Hitler-Hugenberg, Schwindel ist und

nur zur Entschuldigung für die infame Arbeiterfeindliche Haltung der sozialdemokratischen Reichtagsfraktion dient.
Wir haben bereits den Massen klargemacht, daß Kampf gegen den Faschismus nicht nur Bekämpfung der Nazis bedeutet, sondern vor allem Kampf gegen das Finanzkapital selbst, gegen das Brüning-Kabinett, als die Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur. Daraus folgt zwangsläufig unsere
schärfste Offensivstellung gegen die preußische Severingregierung, weil sie das stärkste Bollwerk der Brüningdiktatur ist
Und schließlich verschärft unsere Volksentscheids-Aktion die Klassengegensätze außerordentlich. Sie gibt uns die Möglichkeit, in stärkster außerparlamentarischer Mobilisierung den revolutionären Ausweg aus der Krise zu propagieren.
Welche Lächerlichkeit, wenn die SPD von einer Einheitsfront der Kommunisten mit Hitler-Hugenberg jubelt! Ganz im Gegenteil. Die offenherzigen Eingeständnisse der Bourgeoisie selbst zeigen, daß wir mit der Übernahme der Führung des Volksentscheids die demagogischen Pläne des „Stahlhelms, der Hitler-Hugenberg, der Volkspartei und Volkskonservativen durchkreuzt haben. Wo sie aus Fraktionsinteresse einen Kampf gegen Severing-Braun vortäuschen, da führen wir als Klasse ernsthaft den Kampf.

Als Genosse Thälmann in diesem Zusammenhang die von uns bereits veröffentlichte Äußerung der „Kölnischen Volkszeitung“ wiedergibt, daß der Volksentscheid jetzt von den Marxisten geführt werde, die zu besiegen der Stahlhelm ausgezogen sei, da gab es schallende Heiterkeit.

Die SPD-Führer - das sind die Verbündeten der Nazis

Gerade unsere Teilnahme am Volksentscheid gibt uns die beste Möglichkeit, die national-sozialistische und deutsch-nationale Futterkrippenpolitik und Demagogie zu entlarven. Je stärker die Rechtsparteien den Volksentscheid sabotieren, um so tiefer wird unser Einbruch in die Reihen der nationalsozialistischen Anhänger sein.
Wir haben, gerade um den SPD-Arbeitern den wahren Charakter „ihrer“ Regierung zu zeigen, ein Ultimatum an die Preußenregierung gestellt, das nur sehr bescheidene Forderungen enthielt. Mit Ausnahme einer, die für die Bourgeoisie und SPD-Führer vielleicht unbescheiden ist: Aufhebung des RFB-Verbots! (Minutenlanger, sich immer erneuernder Beifall, Händeklatschen) Ja, wir haben diese Forderung gestellt, weil
dieselben SPD-Führer und ihr Severing, die uns Bündnis mit der Reaktion vorwerfen, die bewaffneten Stahlhelmer- und Naziorganisationen erlauben, proletarische Abwehrorganisationen aber auf Grund des Versailler Vertrages verbieten.
Die Antwort Severings, ebenso wie das Verhalten der ganzen SPD zeigt, daß es bei Braun und Severing keine Spur von Marxismus gibt.
Unter schärfster Abgrenzung von Hitler und Hugenberg, ja, bei stärkster Bekämpfung dieser Faschisten führen wir den roten Volksentscheid durch, der völlig der Klassenlinie unserer Politik entspricht. Seit dem Volksbegehren hat sich die Lage entscheidend verschärft. Seitdem hat Severing eine Reihe von Maßnahmen ergriffen: den Scharfschießerlaß herausgegeben, die faschistische Presseverordnung durchgesetzt, die Dreiklassenkrisensteuer angeregt usw. Severing und die SPD haben sich als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie erwiesen. Darum muß der schärfste Kampf gegen sie aufgenommen werden, darum stellt der rote Volksentscheid unter Ausnutzung der Möglichkeiten einer legalen parlamentarischen Massenaktion einen Schritt vorwärts in der außerparlamentarischen Massenmobilisierung dar.
Wir tragen Zersetzung ins Lager der Bourgeoisie. Wir werden unseren Einbruch in die Sozialdemokratie erweitern und die innere Gärung in dieser Partei beschleunigen. Wir werden tiefere Breschen in die Hitlerfront schlagen. Wir werden als Partei der proletarischen Revolution unsere Reihen stärken, die Masseninitiative beleben und den revolutionären Klassenkampf steigern.

Das alles wird uns gelingen!
Mögen die Brandleristen, die jeden Tag Argumente für den „Vorwärts“ liefern, sich auch als Anarcho-Syndikalisten gebärden und uns der Bremserei beschuldigen, da schon die revolutionäre Situation da sei. Wir sehen die revolutionäre Perspektive, aber wir haben noch nicht die revolutionäre Situation. Das wollen wir den brandleristischen Bundesgenossen Severings sagen, die schon einmal, als die revolutionäre Situation wirklich da war, nämlich 1923, das Proletariat erbärmlich verraten haben.

Die Drohung mit dem Parteiverbot

Ich will dieser Versammlung noch einige Tatsachen unterbreiten, damit ihr alle seht, wie ernst die Situation ist. Als Brüning und seine Freunde nach Paris fuhren, haben Besprechungen stattgefunden, bei denen besonders die amerikanischen Kapitalisten nach den Garantien fragten, die Brüning im Kampf gegen den Kommunismus geben könne. Bei diesen Besprechungen sind auch preußische Instanzen hinzugezogen worden, um sich zu dem Verbot der KPD zu äußern.
Wir haben noch weit genauere Informationen, die ich leider aus bestimmten Gründen hier nicht vortragen kann, aber den maßgebenden Stellen sei gesagt: Wir sind über alles unterrichtet. Wir treffen unsere entsprechenden Maßnahmen und fordern euch auf, Genossen und Genossinnen, auf der Hut zu sein.
Der Vorbereitung des KPD-Verbots dient die mörderische Hetze, die vor allem die SPD gegen uns entfaltet. Diese Hetze wird nicht fruchten. Denn die Massen überzeugen sich immer mehr davon, daß dort, wo die Kommunisten herrschen, zwar auch Opfer gebracht werden, aber Opfer für die Allgemeinheit der Werktätigen, während in Deutschland die Massen bluten, damit andere daraus Gewinn ziehen können. In Deutschland geht’s rückwärts, in der Sowjetunion, wo die Kommunisten Regierungspartei sind, geht es vorwärts!

Wir marschieren gegen die Bourgeoisie.
Wir organisieren den Kampf.
Wir werden das Volk zum roten Sieg führen!

Die Rote Fahne,
26. 7. 1931

Die SPD-Arbeiter und das „kleinere Übel“

Zur Frage des „kleineren Übels“ möchte ich an ein Wort von Wilhelm Liebknecht erinnern, dem Mitarbeiter August Bebels und Schüler von Marx und Engels. Er sagte 1899 in einer Streitschrift gegen die damaligen Rechtssozialisten:

„Die Annahme eines neuen Sozialistengesetzes wäre ein kleineres Übel gewesen, als die Verwischung des Klassengegensatzes und der Parteigrenzen durch ein neues Landtagswahlrecht.“

Ich möchte allen sozialdemokratischen Arbeitern den Rat geben, diese Worte des alten Führers und Mitbegründers der Deutschen Sozialdemokratie sich gründlich durch den Kopf gehen zu lassen. Vergleicht man solche Anschauungen mit der heutigen Politik der SPD, so wird jeder denkende Arbeiter verstehen, daß es heute nur eine Partei in Deutschland gibt, die auf den Traditionen der alten sozialistischen Vorkämpfer fußt: und das ist die KPD!
Ich weiß, Genossen, daß es manchem SPD-Arbeiter schwer fällt, zu uns zu kommen, weil er denkt: *„Nun habe ich jahrzehntelang geholfen, eine Partei aufzubauen und soll sie zum Schluß verlassen?“* Aber ich frage die sozialdemokratischen Arbeiter:
Hat denn die heutige Sozialdemokratie noch irgend etwas mit einer sozialistischen Partei zu schaffen? Könnt ihr euch August Bebel oder Wilhelm Liebknecht in den Reihen dieser Partei vorstellen, z.B. als Hamburger Bürgermeister, Seite an Seite mit den Pfeffersäcken? Oder Karl Marx und Friedrich Engels als Koalitionsminister in der Preußenregierung? Das ist unmöglich!
Ich will noch ein Beispiel für die Kluft anführen, die jene Sozialisten von den heutigen Führern der SPD trennt. Im Jahre 1910 stand die Frage des Demonstrationsverbots auf dem Magdeburger Parteitag der Sozialdemokratie. Damals erklärte der offizielle Referent des SPD-Parteivorstandes wörtlich:

„Was sollte das Volk tun? Es mußte auf die Straße gehen, es mußte öffentlich demonstrieren, da es sich ferner nicht als Heloten behandeln lassen will. Und wenn dabei die Polizei mit rücksichtsloser Brutalität die Arbeiter in die Enge treiben und von hinten und vorn attackieren ließ, dann wird das dabei vergossene Blut, dann wird die Blutschuld, dann wird dieses verderbliche Beginnen ewig auf den Machthabern lasten bleiben. Immer ist es ruhig und glatt vonstatten gegangen, wenn nur die Polizei ihre Nase aus dem Spiel ließ.“

Das war der SPD-Parteivorstand von 1910. Und nun das Gegenstück: Severing, der heutige hervorragende Führer der SPD, sagte in seinem Scharfschießerlaß vom 6. Juni dieses Jahres folgendes:

„Ich werde daher keinem Beamten, der auf Grund dieser Bestimmungen von seinen Waffen Gebrauch macht, meinen Schutz versagen. Die Beamten sind auf das Genaueste über ihr Recht zum Waffengebrauch zu unterrichten.“

Ich glaube, diese Gegenüberstellung bedarf kaum eines Kommentars. Alles, was die SPD den Massen im Laufe der letzten Jahre erzählt hat, erwies sich als Lug und Trug. Nie hat es eine Partei gegeben, die so vollständig Bankrott gemacht hat. Wenn man die Rolle der deutschen Sozialdemokratie und ihre Führer in der Geschichte der deutschen Revolution kennzeichnen will, so muß man an jene Worte erinnern, die der heutige zweite Vorsitzende der SPD in seinen besseren Tagen gegen die Partei, an deren Spitze er heute steht, geschrieben hat. Herr Artur Crispien erklärte damals:

„Die Ermunterung zur Gegenrevolution, zum Sammeln und zum Widerstand, ist dem schieläugigen Verhalten der Rechtssozialisten zu verdanken, die immer trachteten, es mit der besitzenden Klasse nicht zu verderben. Die Massenmorde an revolutionären Arbeitern in Berlin, München, Bremen, im

Ruhrgebiet und Oberschlesien, in hunderten anderen deutschen Städten werden ein ewiges Schandmal für die rechtssozialistischen bürgerlichen Machthaber in der nachrevolutionären Zeit sein."

Der zweite Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei hat vollkommen recht. Das einzige, was wir hinzufugen müssen, ist, daß dieses ewige Schandmal auf der Stirn Crispiens selber steht.

Wir Kommunisten wissen, daß wir im Namen von Hunderten und Tausenden von sozialdemokratischen Arbeitern sprechen, wenn wir die sozialdemokratischen Führer des dauernden skrupellosen Arbeiterverrats anklagen und ihnen zurufen:

Was habt ihr aus der Partei August Bebels und Wilhelm Liebknechts gemacht?

Aus einer Partei der Sozialisten habt ihr eine Partei der Polizeipräsidenten, eine Partei der Minister, eine Partei gemacht, die den unglaublichsten Klassenverrat gegen das Proletariat begeht!

Während der sozialdemokratische Arbeiter hungert, genau wie seine kommunistischen Klassengenossen, beziehen die SPD-Führer Gehälter, Diäten und Pensionen, die monatlich sehr oft vierstellige Zahlen ausmachen.

Während der arbeitslose Gewerkschaftskollege aus seiner Wohnung exmittiert wird, bewilligt sich ein Teil der Gewerkschaftssekretäre aus der Gewerkschaftskasse 10000 bis 20000 Mark Baudarlehen für ein hübsches Eigenhaus.

Und der Arbeiter, der nicht mehr die zwei Groschen für die Straßenbahn erschwingen kann, sieht sehr oft in eleganten Privatautos „Arbeiterführer", den sogenannten Minister a. D. oder den Direktor der Arbeiter an sich vorübersausen. Diese Kluft spiegelt sich noch schärfer in der Politik der SPD- und ADGB-Führer wieder. Was tut der ADGB mit 4½ Millionen organisierten Arbeitern gegen den dauernden Lohnraub, die Massenentlassungen, die Erwerbslosigkeit und die Notverordnungspolitik auf allen Gebieten? Wo tritt die Millionenpartei, wie sie die SPD doch zu sein behauptet, in Erscheinung?

Die Preußenregierung und der ADGB sind keine Machtfaktoren für die Arbeiterklasse, sondern die stärksten Bollwerke für die Brüningregierung und die kapitalistische Reaktion.

Die werktätigen Massen in Deutschland erkennen immer mehr, daß sie sich Brot und Freiheit nur im revolutionären Kampf, unter Führung der KPD und RGO erkämpfen können. Will das Volk leben, muß die Bourgeoisie sterben.

Wer sterben will, soll mit Brüning und Hitler gehen, wer aber leben will, der muß mit der KPD kämpfen und siegen!

Wir fragen euch, sozialdemokratische Genossen: wollt ihr für Brüning kämpfen oder für den Sozialismus?

Das ist die Entscheidungsfrage, die heute vor jedem SPD-Arbeiter, vor jedem Funktionär, vor der SAJ, der proletarischen Jugend steht. Nach seinem eigenen Klasseninstinkt muß der SPD-Arbeiter die Entscheidung fällen, und sie kann nur lauten:

Mit den Kommunisten gegen die Kapitalisten, gegen den Faschismus, gegen die Regierung zur Durchführung der faschistischen Diktatur, gegen Brüning und alle, die zur Brüningfront zählen!

Unser Appell geht an alle sozialdemokratischen Klassengenossen. Wir rufen ihnen zu: macht Schluß mit denen, die euch jahraus, jahrein betrogen und verraten haben! Macht Schluß mit den Polizeisozialisten! Macht Schluß mit einer Partei, deren Chef heute schon nicht mehr Wels oder Crispien heißt, sondern deren Politik vom kapitalistischen Zentrumskanzler Brüning geführt wird!

Aus der Rede im Hamburger Wahlkampf
Hamburger Volkszeitung,
18.9.1931

Über den roten Wahlsieg in Hamburg

Die Hamburger Wahlen, die hinter uns liegen, waren von größter Bedeutung als Gradmesser für die Entwicklung der revolutionären Klassenkräfte in Deutschland. Als wir Kommunisten nach der Niederlage des Jahres 1923, nach dem Jahr der Ruhrbesetzung, der Massennot, der Inflation, hier in Hamburg 114000 Stimmen bei den Reichstagswahlen vom Mai 1924 erhielten, war das ein gewaltiger Erfolg.

Heute haben wir Kommunisten unter unserem Sturmbanner über 168000 Anhänger gesammelt. Heute fällt unser Wahlsieg nicht in eine Periode nach einer Niederlage des Proletariats, sondern in eine Zeit, in der unsere Partei und die gesamte proletarische Bewegung in Hamburg wie in Deutschland wächst und vorwärts marschiert. Unser roter Wahlsieg wurde erfochten im Feuer des Angriffs der roten Bataillone der Arbeiterklasse. Nicht nach einer Niederlage wie 1923, sondern vor einem Sturm erfochten wir den jetzigen Wahlsieg, in einer Situation, in der das Proletariat mit der innerlich gefestigten Kommunistischen Partei Siegesbewußtsein, Angriffsfreude und Begeisterung mit eiserner, kühner und strategischer Überlegenheit verbindet. Wenn heute das „Hamburger Echo“ erneut, wie in den Wochen des Wahlkampfes, seine Schmutzkübel über diese Versammlung der Kommunistischen Partei ausschüttet, so ist das nur ein Zeichen der niederträchtigen Angst, die die bankrotten Führer der Hamburger Sozialdemokratie vor der kommunistischen Offensive erfüllt.

Welche Faktoren ergeben sich als wichtigste Erscheinung bei der Überprüfung des Wahlresultates?

Die Verschärfung der Klassengegensätze hat sich gegenüber dem vergangenen Jahr, den Reichstagswahlen vom 14. September, außerordentlich gesteigert. Wenn wir Kommunisten und die Kommunistische Internationale im Frühjahr dieses Jahres von einem beschleunigten Heranreifen der Voraussetzungen einer revolutionären Krise in Deutschland sprachen, so kann man mit Recht feststellen, daß das Hamburger Wahlresultat ein Beweis für die Beschleunigung dieses Prozesses ist. Das zeigte auch der Wahlkampf mit seiner noch nie dagewesenen Aufrüttelung der Massen durch die Kommunistische Partei. Dieser Wahlkampf atmete den Geist von 1918, den Geist der ersten revolutionären Sturmjahre der Nachkriegszeit.

Auch die Konterrevolution wurde durch unser Trommelfeuer aufgerüttelt und geradezu an die Wahlurne getrieben. Wir waren es, die dem Wahlkampf die Richtung gaben. Wir waren es, die ihn vom ersten bis zum letzten Tage durch die Aktivität unserer Anhänger beherrschten.

Die Hamburger Wahlen zeigen ferner unzweideutig den Vormarsch des Kommunismus in Deutschland.

Die KPD hat in Hamburg einen mächtigen Einbruch in das Lager der Sozialdemokratie vollzogen und 26000 Arbeiter aus den Reihen der SPD gewinnen können. Sie hat darüber hinaus von den ungefähr 12000 Neuwählern, die es gegenüber der Reichstagswahl vom vorigen Herbst gab, mehr als die Hälfte - ungefähr 7000 - zu erobern vermocht.

Die KPD ist damit die einzige wirkliche Siegerin in diesem Wahlkampf, was auch durch die Stimmenzunahme der Nationalsozialisten nicht im mindesten abgeschwächt wird.

Die besondere Bedeutung dieses Wahlsieges liegt darin, daß er errungen wurde in einer Stadt, in der sich die festeste Hochburg der Sozialdemokratie befand. Hamburg war für die deutsche Sozialdemokratie gewissermaßen das, was Wien für die österreichische Sozialdemokratie bedeutet. Hier hatte die SPD durch ihren reformistischen Apparat, durch die Gewerkschaften, durch die „Produktion“ und die GEG, durch die Ausnutzung ihrer Positionen im Machtapparat der Bourgeoisie usw. breite Arbeitermassen an sich und an den Kapitalismus zu fesseln vermocht. Wenn wir gerade hier einen so großen Einbruch in das Lager der SPD durchführen konnten, so ist das von besonders prinzipieller Bedeutung. Für die Bewertung

des Wahlresultates ist die Frage, wie weit wir dem Einfluß der SPD zu Leibe gehen konnten, ausschlaggebend.
Die Sozialdemokratie ist, wie die Komintern auf dem 9. Plenum richtig festgestellt hat, die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, das Haupthindernis der proletarischen Revolution in Deutschland und in der ganzen kapitalistischen Welt. Gegen sie mußten wir im Rahmen unseres Kampfes gegen den Kapitalismus den Hauptstoß führen, wenn wir die Bahn für die Überwindung des Kapitalismus freimachen wollen. Das ist die Generallinie unserer Politik. Auf dieser Linie haben wir einen großen und entscheidenden Erfolg bei der Hamburger Wahl errungen.
Der Stimmenerfolg der Nazis stellt keineswegs eine Abschwächung dieser revolutionären Bedeutung der Hamburger Wahl dar. Denn im Gegensatz zu uns haben die Nazis erfreulicherweise ihrerseits so gut wie keine Stimmen aus dem Lager der SPD gewonnen. Nur in wenigen Wahlbezirken besteht die Möglichkeit, daß ihnen einige SPD-Stimmen zugefallen sind, was in anderen Bezirken wiederum ausgeglichen wird.
Der geplante Einbruch der Nazis in die Arbeiterschaft ist also erneut durch unsere Politik zurückgeschlagen worden. Die Nazis haben lediglich weitere Stimmen der alten bürgerlichen Front, der bürgerlichen Parteien aufsaugen können. Unter den Neuwählern haben sie einen geringeren Zuwachs als die KPD. Was aber vor allem entscheidend ist: diese Partei erringt zwar noch parlamentarisch zahlenmäßige Erfolge, aber ihr Wahlkampf war von sehr geringer Aktivität, unlebendig und ohne jeden Angriffsgeist und vollzog sich, ohne daß sie auch nur den Versuch gemacht hätten, vor den Massen ein wirkliches Programm der Zukunft aufzurollen. Man kann ohne Übertreibung mit vollem Recht sagen: die Nazis sind heute eine Partei der Indifferenten und des oppositionellen Kleinbürgertums.
Wenn sie auch zahlenmäßig noch wachsen, so ergibt doch eine marxistische Untersuchung, daß die Kraft ihrer Bewegung nachgelassen hat, daß sie schwächer geworden sind als z. B. zur Zeit ihres sensationellen Erfolges bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930.
Auf der anderen Seite ist die antifaschistische Front wesentlich stärker geworden!
Die Aktivität dieser antifaschistischen Massenfront, unserer revolutionären Front, war noch nie in irgendeiner Kampagne so stark und so lebendig, wie die Aktivität des roten Hamburg in diesem Wahlkampf.
Und schließlich bestätigt das Wahlresultat den Prozeß, den wir schon früher festgestellt haben: daß eine gewisse dialektische Wechselwirkung zwischen dem revolutionären Aufschwung einerseits und der Faschisierung im Lager der Bourgeoisie andererseits besteht.
Unter all diesen Gesichtspunkten sind die Hamburger Wahlen also auch ein Schlag der KPD gegen den Faschismus.
Das Kräfteverhältnis zwischen der roten Klassenfront und der Front der Bourgeoisie hat sich zugunsten des Proletariats wesentlich verschoben. Wir sind stärker geworden, die anderen sind schwächer geworden. Das drückt sich besonders in unserem Erfolg gegenüber der SPD aus, wie auch in der größeren Passivität der Nazis hier in Hamburg.
Wir haben diesen Wahlkampf unter richtiger Anwendung der Einheitstaktik gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern geführt. Wir haben uns durch den Kaschemmenton* der SPD- und reformistischen Führer nicht von der Linie unserer politischen Argumente und der politischen Abrechnung mit ihnen abdrängen lassen. Es ist uns gelungen, trotz der außerordentlichen Schärfe unseres prinzipiellen Kampfes gegen die SPD gleichzeitig bis zu einem gewissen Grade eine Bresche in die Mauer zu schlagen, die die SPD-Führer und reformistischen Gewerkschaftsführer zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern aufgerichtet haben.
Wir haben den Wahlkampf nicht unter irgendwelchen kleinen Hamburger Gesichtspunkten lokaler Natur geführt, sondern prinzipiell unter Herausarbeitung der Ziele des Kommunismus

* Kaschea, die = Grütze (russisch)

als einen Teil der Mobilisierung im Rahmen des revolutionären Freiheitskampfes des deutschen Proletariats. Das kam besonders klar zum Ausdruck in unseren Generallosungen: gegen die Reichen - für die Armen! Rotes Hamburg für Sowjetdeutschland!
Und auf diese große strategische Linie war auch unsere gesamte Agitation und Propaganda während des Wahlkampfes unter den Massen eingestellt.
Unsere revolutionäre außerparlamentarische Mobilisierungsarbeit, die bei jedem Wahlkampf für uns Kommunisten entscheidende Bedeutung hat, wurde diesmal mit beispiellosem Erfolg durchgeführt. Nie zuvor haben wir hier in Hamburg eine so große Massenaktivität bei irgendeiner Kampagne erzielen können. Die Art, wie wir vier Monate lang den Wahlkampf mit größter Energie und tiefer Begeisterung führten, wie die Massen der werktätigen Bevölkerung, die roten Wahlhelfer, weit über den Rahmen der Partei hinaus an diesem Kampf teilnahmen, wie ganz Hamburg im Zeichen der kommunistischen Offensive stand - das war der beste Beweis für die Verankerung unserer Partei in den Massen, wie auch für ein erhöhtes Maß von bolschewistischer Reife unserer Organisation.
Das sind die wichtigsten positiven Erscheinungen. Auf der anderen Seite gibt es selbstverständlich auch Schwächen und Mängel, die sich bei der Hamburger Wahl vom Standpunkt der revolutionären Bewegung zeigten, und es ist unsere Pflicht, gemeinsam mit den proletarischen Massen diesen Mängeln aufs schärfste zu Leibe zu gehen.
Ihr alle wißt, daß wir Kommunisten die Waffe der bolschewistischen Selbstkritik rücksichtslos und in vollster Öffentlichkeit vor dem Proletariat zur Anwendung bringen, weil wir der Meinung sind, daß die Partei nur mit den Massen gemeinsam ihre eigenen Schwächen überwinden und dadurch weiter wachsen und reifen kann.

Hamburger Volkszeitung,
30.9.1931

Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung

Um die Jahreswende 1930/31, als sich in den Maßnahmen der Brüningregierung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet eine außerordentliche Verschärfung der politischen Reaktion und des Angriffs auf die Lebenshaltung der werktätigen Massen zeigte, brandmarkte die Kommunistische Partei Deutschlands den Charakter der Brüningregierung vor den Massen des deutschen Proletariats und aller Werktätigen als eine Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur.

Was war der Sinn unserer damaligen Politik? Die Sozialdemokratie, die nach ihrem Herauswurf aus der Reichsregierung im Frühjahr 1930 bis zu den Reichstagswahlen vom 14. September vorigen Jahres eine „radikale“ Scheinopposition betrieben hatte, war nach der Reichstagswahl offen in die Brüningfront eingeschwenkt. Sie deckte, ermöglichte und führte selbst am aktivsten alle reaktionären und volksfeindlichen Maßnahmen durch, die seitens der regierenden Bourgeoisie eingeleitet wurden. Um den faschistischen Charakter, den klassenverräterischen Inhalt ihrer Tolerierungspolitik für Brüning vor den Massen zu verschleiern, erfand die Sozialdemokratie die Theorie des sogenannten „kleineren Übels“. Die Brüningregierung sollte - so versicherten die SPD-Führer den Massen - ein kleineres Übel gegenüber einer Hitler-Hugenberg-Regierung, ein Schutzwall gegen den Faschismus sein. Deshalb müsse man sie unterstützen.

Gegenüber diesem Arbeiterbetrug der SPD galt es, den Massen mit aller Schärfe den wirklichen Charakter der Brüningregierung und die tatsächlichen Formen, in denen sich die Faschisierung der Herrschaftsmethoden der deutschen Bourgeoisie vollzog, klarzumachen. Gegenüber dem schändlichen Versuch der SPD, die Massen vom Kampf gegen den Klassenfeind, gegen die Diktatur der Bourgeoisie, durch Hinweis auf eine erst von einer Hitlerregierung drohende faschistische Diktatur, abzuhalten, mußte Klarheit über den Klasseninhalt der Brüningdiktatur, über das wirkliche Wesen des Faschismus, über die besondere Rolle der Nationalsozialisten und über die Beziehungen zwischen Brüningherrschaft, SPD und Hitlerbewegung geschaffen werden.

Nur wenn es gelang, den Massen zum Bewußtsein zu bringen, daß zwischen der voll entfalteten, offenen faschistischen Diktatur (von welchen Parteien immer sie ausgeübt werden würde) und der Brüningregierung, die tatsächlich am Ruder war, irgendein klassenmäßiger Unterschied keineswegs bestand, konnte das Betrugsmanöver der Sozialdemokratie zerschlagen werden. Nur dann konnte es gelingen, die antifaschistischen Energien der breitesten Massen für den Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie und deren Träger, die Brüning-Severing-Herrschaft, nutzbar zu machen.

Die KPD zerschlug das sozialdemokratische Lügengespinst von der Rolle der Brüningregierung als „letztem Bollwerk der Demokratie“, enthüllte vor den Massen, daß diese Brüningregierung und in vollem Einverständnis mit ihr die Braun-Severing-Regierung selber den Übergang zu faschistischen Herrschaftsformen bei der Ausübung der Diktatur der Bourgeoisie vollziehen, und brandmarkte damit zugleich die Tolerierungspolitik der SPD und des ADGB für Brüning als Hilfe für den Faschismus.

Diese politische Stellungnahme, wobei einige fehlerhafte Formulierungen bei der Analyse rasch korrigiert wurden, ermöglichte es der Partei, mit ziemlichem Erfolg die Offensive gegen das Brüningsystem und seine sozialdemokratischen Stützen zu eröffnen. Die Rolle der nationalsozialistischen Bewegung wurde in diesem Zusammenhang richtig als die einer weiteren außerparlamentarischen Stütze der bürgerlichen Diktatur gekennzeichnet, deren sich die Bourgeoisie neben der Sozialdemokratie wechselseitig bedient. Unsere Beschlüsse in dieser Frage auf der Tagung des Plenums des Zentralkomitees der KPD im Januar sind durch die weitere Entwicklung ohne Zweifel bestätigt worden.

Wenn wir heute jedoch die gesamte praktische Politik und die Kampagnen unserer Partei im Jahre 1931 einer gründlichen Überprüfung unterziehen, müssen wir zu der Feststellung kommen, daß unsere Beschlüsse nicht immer vollständig zur Durchführung gelangten. Gilt das schon von den Beschlüssen der Tagungen des Plenums unseres Zentralkomitees (Januar, Mai), so trifft es in noch stärkerem Maße auf die Beschlüsse des XI. Plenums des EKKI zu, die wir zwar in unseren Reihen popularisiert, aber doch nicht überall und nicht zu jeder Zeit in unserer revolutionären Arbeit zur Durchführung gebracht haben.

Bolschewistische Selbstkritik ist für uns das wichtigste Mittel, um der Partei und den Massen des Proletariats durch die Konkretisierung unserer Klassenlinie bei der Lösung der gewaltigen geschichtlichen Aufgaben zu helfen, die vor der deutschen Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Führerin, der KPD, stehen. Eine solche bolschewistische Selbstkritik aber macht es zur Pflicht, eine Reihe von ideologischen Abweichungen und politischen Schwächen, ja sogar politischen Fehlern an unserer revolutionären Massenarbeit festzustellen, die im Widerspruch zu den Beschlüssen des XI. Plenums des EKKI. und der Plenartagungen unseres Zentralkomitees stehen.

Um welche wichtigsten Fehler handelt es sich im besonderen?

Erstens: Schwächen im Kampf gegen die Sozialdemokratie und bei der Anwendung der Einheitsfrontpolitik.

Zweitens: Fehler in der Anwendung der Losung Volksrevolution.

Drittens: Schwächen im Kampf gegen den Nationalsozialismus.

Viertens: vereinzelte Abweichungen auch bei Kommunisten und vor allem an der Peripherie der Partei in den Fragen der Perspektive und des individuellen Terrors.

Bei allen diesen vier Hauptfragen handelt es sich selbstverständlich nicht um politische Fehler, die etwa von der Gesamtpartei durchgeführt und Ausdruck einer bestimmten festen und den Beschlüssen der Komintern entgegengesetzten politischen Ideologie entsprungen wären. Solche Abweichungen von der Linie der Kommunistischen Internationale sind in der Kommunistischen Partei Deutschlands heute, auf Grund ihrer reichen revolutionären Erfahrungen, kaum mehr möglich. Worum es geht, das sind vielmehr Fehler, oder auch nur Schwächen und Unklarheiten bei einzelnen Teilen der Partei, Abweichungen, die vielfach unbewußt, nur auf Grund einer ungenügenden politischen Erziehung der einzelnen Genossen und Funktionäre durch die Gesamtpartei oder auf Grund eines ungenügenden Verständnisses für die gefaßten Beschlüsse internationaler und deutscher Parteitagungen entstehen.

Aber auch für solche Erscheinungen trägt die Gesamtpartei und das Zentralkomitee in erster Linie die volle Verantwortung. Würde man sie vorübergehen lassen, ohne sie zu korrigieren, oder auch nur, ohne die notwendigen Schlußfolgerungen und Konsequenzen aus ihnen zu ziehen, so hieße das, auf die unentbehrliche, unablässige zähe Arbeit an der Bolschewisierung unserer Partei verzichten. Ohne Zweifel ist es unsere Pflicht, darauf hinzuarbeiten, der Partei mit den wachsenden revolutionären Aufgaben jederzeit eine höhere politische Reife zu verschaffen und damit den Abstand zwischen dem objektiven und subjektiven Faktor der revolutionären Entwicklung zu verringern, das Zurückbleiben der Partei hinter dem revolutionären Aufschwung zu liquidieren.

Statt dessen würden wir uns bei jeder Vernachlässigung einer ernsten Selbstkritik jenem „Kopfschwindel vor den Erfolgen“ hingeben, wie ihn Genosse Stalin vor anderthalb Jahren bei einzelnen Teilen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion kritisierte und bekämpfte.

Von den genannten vier Hauptfragen, in denen sich solche Schwächen in unseren Reihen zeigten, werden wir die ersten drei Fragen zweckmäßigerweise nicht voneinander trennen, sondern gemeinsam untersuchen. Denn die Mißverständnisse, Mängel und Abweichungen in unserer Arbeit und Politik, die sich bei diesen drei Fragen des Kampfes gegen die Sozialdemokratie, gegen den Nationalsozialismus und der Anwendung der Losung Volksrevolution ergaben, sind aufs engste miteinander verknüpft.

* * *

Der Hinweis auf die richtige Analyse der Partei über die Rolle der Brüningregierung auf dem Januarplenum des ZK wurde deshalb an den Anfang dieses Artikels gesetzt, weil diese Analyse - wie das XI. Plenum des EKKI hervorhob - an und für sich der Partei den Schlüssel für eine richtige Problemstellung, sowohl im verschärften Kampfe gegen die Sozialdemokratie, wie gegen die Hitlerbewegung, als auch in der Behandlung der Fragen der Entwicklung des Faschismus gab. In seinem Schlußwort auf dem XI. Plenum führte Genosse Manuilski zu dieser Frage aus:

„Der Hauptfeind der Arbeiterklasse war, ist und bleibt stets die Bourgeoisie. Wir brauchen nicht neue Formeln zu erfinden. In den sich faschisierenden bürgerlichen Demokratien, in den faschistischen Staaten, überall, auf allen Etappen der Faschisierung der kapitalistischen Staaten ist der Hauptfeind der Arbeiterklasse - die Diktatur des Kapitals, unabhängig von ihrer demokratischen oder faschistischen Form. … Das bedeutet, daß in Deutschland der Hauptfeind heute die von der Sozialdemokratie unterstützte Brüningregierung ist, die Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur, die heute den ganzen Druck der bürgerlichen Diktatur auf die Arbeiterklasse verkörpert. Je nachdem, auf welchen Flügel die Bourgeoisie sich im Kampf gegen das Proletariat stützen wird, müssen wir auch feststellen, nach welcher Seite der Hauptschlag der Kommunisten geführt werden muß."

Genosse Manuilski zeigt hier in unzweideutiger Klarheit die klassenmäßige Bedeutung der Brüningdiktatur und ihrer Stützen, der SPD und der Nationalsozialisten. Er betont auch, von welchem Gesichtspunkt die Kommunistische Partei Deutschlands sich leiten lassen muß, wenn sie die Frage prüft, gegen wen der Hauptschlag ihres Kampfes gerichtet sein muß. Die Antwort auf diese Frage muß vor allem von zwei Gesichtspunkten ausgehen: erstens von einer konkreten Untersuchung der jeweiligen Politik der Bourgeoisie im Rahmen einer allgemeinen Analyse der Klassenkräfte, zweitens von der revolutionären Aufgabenstellung der Kommunistischen Partei.

Wie ist nun die Lage bezüglich des ersten Punktes in Deutschland? Das XI. Plenum bezeichnete die Sozialdemokratie als die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie und wies die Richtigkeit dieser Formulierung insbesondere auch für Deutschland nach. In der Tat hat auch die Entwicklung seit dem XI. Plenum in Deutschland, wie in allen übrigen Ländern, vollständig die Richtigkeit der Feststellungen der Komintern bestätigt.

In den letzten Wochen erfolgte die Umbildung der Brüningregierung. Sie wurde seinerzeit durch einen Vorstoß vom rechten Flügel des Zentrums (v. Papen) und von der Volkspartei (Dingeldey) in die Wege geleitet. Die Grundlage für diese politischen Vorstöße, in denen die Notwendigkeit einer Rechtsentwicklung proklamiert wurde, bildete die Forderung der Industrieführer an Brüning, seinen politischen Kurs mit größter Entschiedenheit, entsprechend den Wünschen der Schwerindustrie, zu verschärfen. Die „Regierungskrise", die somit unmittelbar vor der letzten Reichstagstagung ausgelöst wurde, endete damit, daß zwar nicht Vertreter der Schwerindustrie, die auf Grund ihrer schwierigen Lage Hauptträger der inflationistischen Tendenzen sind, wohl aber der Vertrauensmann der Chemieindustrie, der IG-Farben-Industrie, des größten und zur Zeit führenden kapitalistischen Konzerns in Deutschland, Warmbold, als Reichswirtschaftsminister in die Regierung eintrat.

Die weitere Rechtsorientierung der Brüningregierung in ihrer neuen Form, kam in der Ausschiffung des Innenministers Wirth, in der Zusammenlegung des Reichsinnen- und Reichswehr-Ministeriums in Groeners Hand und damit in der Verstärkung des relativen Gewichts des Reichswehrflügels (Groener-Hindenburg) im Reichskabinett zum Ausdruck.

Im Anschluß an diese Regierungsbildung fanden die bekannten Kulissenverhandlungen der Regierung bzw., Hindenburgs und des Generalleutnants Schleicher (Chef des Nachrichtenamtes im Reichswehrministerium) mit dem nationalsozialistischen Führer Adolf Hitler statt. Der Ausgang dieser Verhandlungen, die auch in einer Pressediskussion zwischen

der „Germania“, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und dem „Völkischen Beobachter“ ihre Ergänzungen fanden, war im Reichsmaßstabe vorerst eine neue Absage des Zentrums, als der führenden Regierungspartei der deutschen Bourgeoisie, an die Koalitionswünsche der Nazis. Die Tatsache, daß das Zentrum unmittelbar danach sich anschickt, in Hessen diesen Koalitionswünschen der Nazis aller Wahrscheinlichkeit nach nachzugeben, und die Besprechungen der christlichen Gewerkschaftsführer mit Vertretern der Hitlerpartei zeigen, daß es sich bei der Stellungnahme des Zentrums um eine rein taktische und vorübergehende handelt.

Man muß jetzt die Frage aufwerfen, warum das Zentrum überhaupt die Verhandlungen im Reichsmaßstabe zuließ. Diese Frage läßt sich nur beantworten, wenn man die Rolle des Zentrums als führende Partei der deutschen Bourgeoisie in Betracht zieht, die die entscheidenden Schichten des Finanzkapitals repräsentiert. Als seinerzeit Hugenberg die Deutschnationale Partei spaltete, um seine Politik als Einpeitscher des Rechtskurses und der Faschisierung im Gesamtlager der deutschen Bourgeoisie betreiben zu können, suchte er sich zugleich in den Nazis eine Massenbasis für seine Politik zu schaffen. Er ging darauf aus, die Hitler-Partei - wie es die großbürgerliche Presse nennt - zu „kanalisieren“, das heißt in solche Bahnen zu lenken, die sie zu einem geeigneten Instrument für die Großbourgeoisie bei der Ausübung der bürgerlichen Diktatur mit faschistischen Methoden machen. Diese Funktion einer fortgesetzten Dressur der Hitler-Partei im Sinne des Großkapitals versuchte die Volkspartei mehrfach für sich zu übernehmen.

Neuerdings ist es nun das Zentrum selber, das die führende Rolle, die es längst gegenüber der Sozialdemokratie ausübt, auch bezüglich der Nationalsozialisten zu übernehmen sucht. Das ist offensichtlich auch der Beweggrund bei den Verhandlungen der Bourgeoisie und ihrer Brüningregierung mit den Nazis gewesen.

Untersucht man nun, warum diese Verhandlungen scheiterten, so ist für die entscheidenden Schichten des Finanzkapitals, die durch das Zentrum hervorragend repräsentiert werden, zweifelsohne die Frage der Sozialdemokratie ausschlaggebend gewesen. Nach wie vor sind die Nationalsozialisten nicht in entscheidendem Maße in die Betriebsarbeiterschaft eingedrungen. Nach wie vor stellt die SPD, trotz ihrer Schwächung durch unseren Vormarsch, die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie dar und gibt mit ihrem Millionenanhang im ADGB. und anderen Arbeiterorganisationen die wichtigste Massenbasis für die Sicherung der kapitalistischen Diktatur und ihre Durchführung ab. Andererseits wächst mit dem allgemeinen Anschwellen der nationalsozialistischen Bewegung auch in der Hitlerpartei eine immer stärkere Stütze für die Bourgeoisie heran. Dieser Prozeß wird in absehbarer Zeit, spätestens im Zusammenhang mit den Preußenwahlen, auch die Frage der offenen Regierungsteilnahme der Nazis erneut auf die Tagesordnung stellen, wodurch die Rolle der SPD. keineswegs abgeschwächt würde.

Das Zentrum, das selbst durch seine besondere soziale Struktur von allen großbürgerlichen Parteien allein über einen relativ festen Massenanhang verfügt, versucht für seine Politik eine breite Massenbasis durch solche Institutionen wie den Wirtschaftsbeirat und die Arbeitsgemeinschaft zu schaffen, in denen sie ihr der faschistischen Ideologie verwandtes „ständisches“ Prinzip (Volksgemeinschaft) und eine Zusammenarbeit von der SPD bis zu den Nazis verwirklicht.

Der klassenmäßige Inhalt der Brüningpolitik ist somit einerseits mit Hilfe der Nationalsozialisten die SPD, diese Hauptstütze des Kapitalismus in den Massen, zu schwächen, zu zermürben und dadurch um so uneingeschränkter auszunutzen (Preußen), andererseits umgekehrt die Nationalsozialisten durch gewisse Manöver im Zaum zu halten und in stärkerem Maße in den Dienst der Diktatur des Finanzkapitals zu stellen (Hessen!).

Die wechselseitige Ausnutzung der SPD und der Nationalsozialisten für die Diktatur der Bourgeoisie, die wachsende Anwendung faschistischer Formen bei der Ausübung dieser Diktatur durch die Brüning-Severing-Regierungen und die nach wie vor von der Bourgeoisie

erkannte und ausgenutzte Rolle der Sozialdemokratie als sozialer Hauptstütze der Bourgeoisie - das sind die wichtigsten Tatsachen, die sich bei der konkreten Untersuchung der Entwicklung in Deutschland seit dem XI. Plenum ergeben. Bestätigen diese Tatsachen nicht restlos die Lehren und Beschlüsse des XI. Plenums? Das trifft unbestreitbar zu.
Genosse Manuilski untersuchte in seinem Schlußwort auf dem XI. Plenum u. a. die Frage, worin das Zurückbleiben der Kommunistischen Parteien in der Frage des Faschismus hinter dem revolutionären Aufschwung sich äußert. Er führte dabei aus:

„Zweitens äußert sich dieses Zurückbleiben in der Frage des Faschismus darin, daß wir der Sozialdemokratie erlauben, in der Frage der Formen der bürgerlichen Diktatur zu manövrieren. Und das ist jetzt ihr Hauptmanöver in einer ganzen historischen Periode. Die Sozialdemokratie ist bestrebt, die Massen von den grundlegenden Fragen des Klassenkampfes abzulenken auf einen polemischen Streit über die Form ihrer eigenen Unterdrückung - auf die Fragen, welche Form der bürgerlichen Diktatur besser sei: die parlamentarische oder die außerparlamentarische. Die Theorie des sogenannten „kleineren Übels", von der sowohl Gen. Thälmann als auch Gen. Pollit in ihren Reden gesprochen haben, ist augenblicklich der Hauptkanal, in dem sich die parlamentarischen Illusionen der Massen bewegen. Die Sozialdemokratie wird nicht nur heute, sondern im Laufe einer ganzen Periode, im Laufe einer längeren Zeit mit ihrem Scheinkampf gegen den Faschismus manövrieren und mit allen nur denkbaren Mitteln jene grundlegende Tatsache vertuschen, daß Faschismus und Sozialfaschismus lediglich zwei Schattierungen ein und derselben sozialen Stütze der bürgerlichen Diktatur sind. Diese Illusionen der Massen zu zertrümmern, das gewährleistet die Untergrabung des Massenfundaments der Sozialdemokratie in der Arbeiterklasse."

Und an einer anderen Stelle des Schlußwortes heißt es:

„Und unsere Schwäche, die Schwäche der Komintern bestand darin, daß wir den Kampf gegen die Theorie des „kleineren Übels" in seiner ganzen Mannigfaltigkeit nicht zu unserer zentralen Aufgabe gemacht … und das Plenum nicht benutzt haben, um diese Fehler konkret richtigzustellen. Es wird notwendig sein, diese Scharte nach dem EKKI-Plenum auszuwetzen. In dieser höchst ernsten und verantwortungsvollen Arbeit sind am wenigsten allgemeine Schemata und auswendig gelernte Formeln über den Faschismus am Platze, sondern es bedarf einer konkreten Betrachtung der Verhältnisse jedes einzelnen Landes…"

Wir müssen die Frage aufwerfen, ab wir in unserer gesamten Politik in Deutschland diese außerordentlich wichtigen Grundsätze in genügendem Maße berücksichtigt haben. Das ist nicht der Fall. Es würde nicht schwer fallen, dies an Hand unserer allgemeinen Agitation und Propaganda zu beweisen. Man brauchte nur eine beliebige kommunistische Zeitung in Deutschland vorzunehmen oder auch, aller Wahrscheinlichkeit nach, den größten Teil unserer Zeitschriften, Flugblätter, Broschüren usw. - und es würde sich zeigen, daß mehr als einmal anstelle jener konkreten Untersuchung und Darstellung der Verhältnisse, Klassenkräfte, wie sie das XI. Plenum verlangt, auswendig gelernte Schemata über den Faschismus treten.
Solche Schwächen können wir keineswegs dulden. Zu den Severing, Wels und Breitscheid, die die „Tolerierung" Brünings betreiben, hat sich neuerdings auch Trotzki gesellt, der in seiner jüngsten Broschüre ganz unverhohlen die Politik der deutschen Sozialfaschisten popularisiert und die deutschen Arbeiter um Hilfe für Brüning und Braun anbettelt. Kein Wunder, daß sich der konterrevolutionäre Soldschreiber der Bourgeoisie auf diese Art den begeisterten Beifall der bürgerlichen Journalisten des Mosse- und Ullsteinkonzerns erworben hat.
Worauf kommt es für uns an? Die Massen in den Kampf gegen die sich Schritt für Schritt vollziehende Offensive der Bourgeoisie auf allen Gebieten zu führen und in den Tageskämpfen den sozialistischen Ausweg aufzuzeigen: gegen die Diktatur der Bourgeoisie die Diktatur des Proletariats! Statt diese äußerst wichtige historische Gegenüberstellung in den Mittelpunkt unserer gesamten Agitation und Propaganda zu stellen, haben wir oft Prozentrechnungen über den „Grad des Faschismus in Deutschland", „Stufen"-Theorien und ähnliches mehr produziert.

Aber noch schlimmer ist die Tatsache, daß sich trotz der Beschlüsse des XI. Plenums, trotz der meisterhaften Klärung dieser Fragen, wie sie vor allem auch im Schlußwort des Genossen Manuilski gegeben wurde, Tendenzen einer liberalen Gegenüberstellung von Faschismus und bürgerlicher Demokratie, von Hitler-Partei und Sozialfaschismus, in unseren Reihen gezeigt haben.

War es nicht der Ausfluß einer solchen unzulässigen Gegenüberstellung, wenn wir in der Frage des roten Volksentscheids gegen die Preußenregierung bei einigen, wenn auch nur vereinzelten Funktionären der Partei Hemmungen hatten, die zwar nicht, wie es die Braun-Severing nur zu gern gesehen hätten, die Kraft unserer Mobilisierungsarbeit für den roten Volksentscheid schwächten, die aber nachher in den betreffenden Zellen der Partei erst einer Klärung bedurften?

Und ist nicht die Tatsache, daß die Partei überhaupt erst aus Anlaß des Volksentscheides zu einer so scharfen Frontstellung gegen die Preußenregierung kam, ein Beweis dafür, daß wir bis dahin den prinzipiellen Kampf gegen diese festeste Stütze der Brüningregierung, diesen Sturmblock der Bourgeoisie bei der Durchführung der faschistischen Diktatur, vernachlässigten? Eine solche Vernachlässigung ist besonders schädlich vom Standpunkt der bevorstehenden Preußenwahlen. Man muß darüber hinaus weitergehen bis zu der Feststellung, daß auch in den Reihen des revolutionären Proletariats nicht ohne unser Verschulden mindestens unterbewußte Stimmungen vorhanden waren, als ob die Braun-Severing vielleicht doch ein „kleineres Übel“ gegenüber einer Hitler-Goebbels-Regierung in Preußen wären. Eine solche Beeinflussung revolutionärer Arbeiter durch die verlogene sozialdemokratische Ideologie, solche Überreste sozialdemokratischen Denkens in unseren Reihen sind jedoch, wie wir in voller Übereinstimmung mit den Beschlüssen des XI. Plenums aussprechen müssen, die schlimmste Gefahr für die Kommunistische Partei.

Wie groß diese Gefahr ist, das ergibt sich u. a. gegenwärtig aus dem neuesten Manöver des Soziafaschismus. Die SPD, die, im Zusammenhang mit den neuen Wahlerfolgen der Hitler-Partei und auf Grund ihrer Kenntnis von den ja nicht auf alle Ewigkeit abgebrochenen Koalitionsverhandlungen des Zentrums mit den Nazis, für ihre preußischen Ministersitze fürchtet, möchte einerseits ihre rebellierenden Anhängermassen bei der Stange halten, andererseits der Bourgeoisie ihre Unentbehrlichkeit demonstrieren. Aus diesem Grund vollführt sie ein neues demagogisches Manöver. Sie „droht“ damit, „Einheitsfront mit der Kommunistischen Partei“ zu machen. Die Rede Breitscheids in Darmstadt anläßlich der Hessenwahlen und die Kommentare zu dieser Rede im „Vorwärts“ zeigen, daß die Sozialdemokratie mit diesem Manöver den Teufel des Hitler-Faschismus an die Wand malt, um die Massen vom wirklichen Kampf gegen die Diktatur des Finanzkapitals abzuhalten. Und diesen trügerischen Bissen, der ja nur eine Abwandlung der sonstigen Politik des „kleineren Übels“ darstellt, will sie nun mit der Soße einer angeblichen plötzlichen Kommunistenfreundlichkeit („Gegen das Verbot der KPD.“) würzen und für die Massen schmackhafter machen.

Wir müssen die Frage stellen: Hat die KPD alle Voraussetzungen geschaffen, um einen solchen neuen Betrug, eine solche Irreführung der Massen leicht durchkreuzen zu können?

Wir können diese Frage nicht bedingungslos bejahen. Wir selbst haben allzu oft ein wenig fasziniert auf das Problem des Faschismus gestarrt, statt den Faschismus als eine der Formen der Diktatur der Bourgeoisie in den größeren Rahmen eben dieser bürgerlichen Diktatur einzuordnen. Wir haben der falschen Theorie von der „Unvermeidlichkeit“ der faschistischen Diktatur unter dem Monopolkapitalismus zumindest teilweise Rechnung getragen, oder jedenfalls nicht immer einen genügend scharfen Kampf gegen diese falsche und uns auf Abwege führende Theorie entfaltet.

War haben die notwendige Verschärfung dies prinzipiellen Kampfes gegen die Sozialdemokratie nicht in vollem Umfang durchgeführt. Nur einige Beispiele:

Nach dem Leipziger Parteitag der SPD gaben wir eine vollkommen richtige Analyse der inneren Lage der Sozialdemokratischen Partei und signalisierten die bevorstehende Abspaltung der Zentristen, sowie ihre neue Parteigründung als größtes Verbrechen an der Arbeiterklasse, wobei in unserer damaligen Resolution die ausdrückliche Wiederholung unserer richtigen Beschlüsse (Essen, Wedding) über den Zentrismus als gefährlichste Form des Reformismus unterblieb. Trotz unserer richtigen Perspektive in dieser Frage haben wir aber dann in den folgenden Monaten doch die notwendige Steigerung unseres Kampfes gegen diesen klassenverräterischen zentristischen Plan zweifelsohne vernachlässigt.
Hätten wir das nicht getan, sondern auf der richtigen Linie der damaligen Resolution entschieden und rechtzeitig gegen den Plan der neuen Partei gekämpft, so würden die Seydewitze, diese schädlichsten Elemente vom Standpunkt der Revolution, mit ihrer SAPD, der Partei des zentristischen Sumpfes, heute eine viel geringere Rolle spielen.
Die Tatsache, daß z. B. in unserer revolutionären Gewerkschaftsarbeit Einheitsfrontangebote von oben, an bezirkliche ADGB-Führungen oder sonstige Instanzen der reformistischen Bürokratie gemacht werden konnten (Ruhrgebiet), beweist gleichfalls, daß unser prinzipieller Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht entschieden genug geführt wurde, um solche Fehler unmöglich zu machen.
Ein ähnlicher Fall ist die unzulässige Bildung eines antifaschistischen Komitees durch Einheitsfront von oben mit „radikaldemokratischen Gruppen“ (die nur wenig Massenanhang besitzen) und ähnlichen schwankenden Gestalten, statt das Schwergewicht der Verstärkung der antifaschistischen Kampffront - wie es in Braunschweig richtig geschah - in die Betriebe und auf die Massen unten zu verlegen
Was ergibt sich aus alledem? Wenn Genosse Manuilski in den zitierten Sätzen seines Schlußwortes die Forderung aufstellte, nach dem XI. Plenum im Kampf gegen die Theorie des „kleineren Übels“ alle vorhandenen Scharten auszuwetzen, so kann die KPD, die von allen Parteien der Komintern am meisten dazu berufen und verpflichtet war, bis heute noch nicht von sich sagen, daß sie diese Aufgabe tatsächlich als ihre „zentrale“ Aufgabe betrachtet und gelöst habe.
Und doch ist der Kampf in erster Linie gegen alle demokratischen Illusionen, besonders dagegen, daß die Sozialdemokratie eine „Stütze im Kampfe gegen den Faschismus“ sei, eine unerläßliche Voraussetzung für die Mobilisierung der Massen zum Kampf gegen die faschistischen Maßnahmen der Brüning-Severing-Diktatur und darüber hinaus für den Sturz des Kapitalismus.
Die entscheidende Schlußfolgerung, die sich aus den Beschlüssen des XI. Plenums für die deutsche Partei ergeben mußte, war, wie wir gesehen haben: den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie als die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie zu richten!
Nach dem Hamburger Wahlsieg der Partei hatten wir bei einigen Funktionären, darunter sogar Spitzenfunktionären der Partei, Stimmungen zu verzeichnen, die die Bedeutung dieses Wahlerfolgs auf Grund des Anwachsens der nationalsozialistischen Stimmen verkleinern wollten. Es wird hierbei ebenfalls notwendig sein, später noch jene Erscheinungen zu berücksichtigen, in denen sich eine Unterschätzung des Nationalsozialismus und eine Vernachlässigung seiner Bekämpfung seitens unserer Partei äußert. Wie aber steht es hinsichtlich der Beurteilung des Hamburger Wahlergebnisses?
Trotz des Wahlerfolges gab es dort erhebliche Mängel und Schwächen, die festgestellt und kritisiert wurden. Aber dort gelang uns immerhin, in die festeste Hochburg der deutschen Sozialdemokratie eine Bresche zu schlagen, wenn auch ein stärkerer Einbruch noch nicht gelang. Dort gelang es uns, aus den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Zehntausende für den Kommunismus zu gewinnen. Für jeden Kommunisten, der den Grundsatz anerkannte, daß unser Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie gerichtet sein muß, mußte deshalb unser Erfolg gegenüber der SPD der entscheidende Gradmesser für die gesamte Beurteilung des Wahlausgangs sein. Wenn es richtig war, daß der Kampf gegen den

Faschismus in allererster Linie Kampf gegen die SPD ist und sein muß, dann bedeutele der Erfolg gegenüber der Hamburger Sozialdemokratie eben auch einen Erfolg gegenüber dem Faschismus.
Und doch gab es solche Stimmungen, die vor den nationalsozialistischen Bäumen den sozialdemokratischen Wald nicht sehen wollten. Weil die Nationalsozialisten auch in Hamburg einen beträchtlichen Wahlerfolg erzielen konnten, unterschätzten diese Genossen die Bedeutung unseres Kampfes gegen den Sozialfaschismus, die Bedeutung unseres Erfolges gegenüber der SPD. Darin drückten sich unzweifelhaft Merkmale eines Abweichens von der politischen Linie aus, die uns verpflichtet, den Hauptstoß gegen die SPD zu richten.
Diesen falschen Einstellungen gegenüber müssen wir mit aller Schärfe feststellen: die Faschisten können überhaupt nur geschlagen werden, wenn man die SPD, ihr Bündnis mit dem Faschismus, ihren Dienst für den Klassenfeind vor den Massen der Arbeiter enthüllt und diese von den SPD-Führern loslöst. Die SPD prinzipiell schlagen, in den Betrieben und den Gewerkschaften des ADGB, wie unter den Millionen Erwerbslosen, ihre arbeiterfeindliche Politik entlarven - das kann man nicht durch lautes Geschrei und Geschimpfe (wie es manchmal in letzter Zeit bei uns Mode geworden war), sondern nur durch die Tatsachen unserer revolutionären Politik. Indem wir die Einheitsfrontpolitik zum Kampfe für ihre eigenen Klasseninteressen verwirklichen, schaffen wir bei den sozialdemokratiscchen Arbeitern und der proletarischen Jugend neues Vertrauen zu unserer Partei als der einzigen Führerin des Proletariats.
Wir müssen einen Schritt weiter gehen in den Methoden dieser Politik zur Herstellung der roten Einheitsfront der Arbeiter aus allen Lagern zum gemeinsamen Klassenkampf. Wir müssen die SPD-Arbeiter durch kameradschaftliche Aufklärung und ihre eigenen Erfahrungen im gemeinsamen Kampf praktisch von der verräterischen Rolle ihrer Führer und von der Tatsache überzeugen, daß nur die KPD, daß nur wir für ihre eigenen Klasseninteressen durchs Feuer gehen. Wir müssen überall den sozialdemokratischen Arbeitern die wichtigsten Kampfforderungen für die Herstellung der roten Einheitsfront vorschlagen, die sich gegen das Brüning-Severing-System, gegen die Diktatur der Bourgeoisie und ihre Stützen, gegen Hitlerpartei und sozialdemokratische Führerschaft richten.
Das beste Beispiel für die richtige Durchführung der Linie des Hauptkampfes um die SPD-Arbeiter und der Anwendung der Einheitsfrontpolitik als Kampfpolitik ist Braunschweig: Über den dortigen Ausgang des Volkentscheides wußte unsere Parteizeitung in Frankfurt am Main nur zu berichten: „Volksentscheid in Braunschweig abgelehnt“, ein Zeichen des geradezu parlamentarisch verknöcherten Denkens des betreffenden Redakteurs. Die Partei und die revolutionäre Arbeiterschaft mißt unseren Vormarsch in Braunschweig mit einem anderen Maß. Für sie spielen außerparlamentarische Faktoren, wie politischer Massenstreik, revolutionäre Demonstrationen, kämpfende rote Einheitsfront usw., die entscheidende Rolle.

* * *

In der Frage des Hauptstoßes gegen die SPD steckt das Kernproblem der kommunistischen Politik in Deutschland. Wir haben bereits an Hand der politischen Analyse nachgewiesen, weshalb auf Grund der Politik der Bourgeoisie, der Brüning-Severing-Regierungen, unser Kampf gegen die SPD das zentrale Problem unserer revolutionären Massenarbeit darstellt. In nachfolgendem wollen wir an die gleiche Frage noch von einer anderen Seite herangehen, die mit der ersten Fragestellung eng verbunden ist, aber darüber hinaus die ganze grundsätzliche Bedeutung dieses Problems aufrollt.
Ich meine das Problem des Kampfes um die eigene Klasse. Für jeden Marxisten-Leninisten muß es selbstverständlich sein, daß das erste Erfordernis der kommunistischen Politik der Kampf um die Gewinnung der eigenen Klasse, des Proletariats, sein muß. Nur wenn wir die proletarische Mehrheit für den Kommunismus gewinnen, können wir die weiteren Aufgaben

der Heranziehung der Verbündeten des Proletariats aus den Mittelschichten an die antikapitalistische Kampffront verwirklichen und damit die Voraussetzungen für die Volksrevolution im Sinne von Marx und Lenin schaffen. Jede Verwischung dieser Grundsätze, jeder Verzicht auf die Voranstellung des Kampfes um die eigene Klasse ist Bruch mit dem Marxismus, Bruch mit dem Leninismus!
Wie stellt Lenin dieses Problem? In den Debatten bei der Ausarbeitung des Programms der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands im Jahre 1902 hat Genosse Lenin besonders gründlich und ausführlich zu dieser Frage Stellung genommen. Sowohl in seiner Kritik der beiden damals von Plechanow ausgearbeiteten Programmentwürfe, als auch in seinen Bemerkungen zu dem Programmentwurf Martows und der später beauftragten Kommission entwickelt Lenin mit aller Schärfe den marxistischen Standpunkt zur Frage des Verhältnisses zwischen dem Proletariat und den Werktätigen. Er zieht hierbei die Schlußfolgerungen für die gesamte Politik der proletarischen sozialistischen Partei. So schreibt er u. a.:

„Ich teile vollkommen die Ansicht von V. Sassulitsch, daß es bei uns möglich ist, eine viel größere Zahl von Kleinproduzenten und viel früher (als im Westen) für die Sozialdemokratie zu gewinnen - daß wir, um das zu erreichen, alles, was in unseren Kräften steht, tun müssen, - daß man diesen „Wunsch" im Programm „gegen" die Martynow und Konsorten zum Ausdruck bringen muß…
Aber man darf den Bogen nicht überspannen, wie es V. Sassulitsch tut! Man darf den Wunsch nicht mit der Wirklichkeit verwechseln und noch dazu mit der immanent-notwendigen Wirklichkeit, der allein unsere Prinzipienerklärung gewidmet ist. Es wäre wünschenswert, alle Kleinproduzenten zu gewinnen, - natürlich. Aber wir wissen, daß das eine besondere Klasse ist, eine zwar mit dem Proletariat durch tausend Fäden und Übergangsstufen verknüpfte Klasse, aber doch eine besondere Klasse.
Es ist unbedingt erforderlich, sich zunächst von allen abzugrenzen und nur, einzig und allein und ausschließlich das Proletariat abzusondern, - und erst nachher zu erklären, daß das Proletariat alle befreien wird, daß es alle ruft, alle auffordert.
Ich bin einverstanden mit dem „nachher", aber ich verlange erst das „zunächst"!
Bei uns in Rußland haben die höllischen Qualen der „werktätigen und ausgebeuteten" Masse keine Volksbewegung hervorgerufen, solange die „Handvoll" Fabrikarbeiter nicht den Kampf, den Klassenkampf begonnen hatte. Und nur diese „Handvoll" verbürgt diesen Kampf, seine Fortsetzung, seine Ausbreitung. Gerade in Rußland, wo die Kritiker (Bulgakow) die Sozialdemokraten (heute würden wir sagen: Bolschewik! E. Th.) der Bauernfeindlichkeit anklagen, wo die Sozialrevolutionäre von der Notwendigkeit schwätzen, den Begriff des Klassenkampfes durch den Begriff des,, Kampfes aller Werktätigen und Ausgebeuteten" zu ersetzen, - (Wjestnik Russkoi Revoluzii. Nr. 2) gerade in Rußland müssen wir uns zunächst durch eine ganz scharfe Definition einzig und allein des Klassenkampfes, einzig und allein des Proletariats, von diesem Gesindel abgrenzen, - und erst dann erklären, daß wir alle rufen, alles aufnehmen, alles tun, auf alles ausdehnen werden…
Die Kommission aber „dehnt aus" und vergißt abzugrenzen!! Und mich beschuldigt man der Engherzigkeit, weil ich verlange, daß man der Ausdehnung diese „Abgrenzung" vorausschicke? Aber das ist doch eine Verdrehung, Herrschaften!!
Der uns morgen unvermeidlich bevorstehende Kampf gegen die vereinigten Kritiker und die etwas radikaleren Herren aus dem „Russkije Wjedomosti" und dem „Ruskoje Bogatslowo" und die Sozialrevolutionäre wird von uns unbedingt erfordern, daß wir eine Grenze ziehen zwischen dem Klassenkampf des Proletariats und dem „Kampf" (Ist es ein Kampf?) „der werktätigen und ausgebeuteten Masse". Das Gerede über diese „Masse ist der Haupttrumpf in den Händen aller unsicheren Kantonisten, die Kommission aber arbeitet ihnen in die Hände und nimmt uns die Waffe zum Kampf gegen die Halbheiten…"

Diese Sätze Lenins, die zu den entscheidenden Grundsätzen des Marxismus-Leninismus gehören, ergeben, auf die praktischen Aufgaben der revolutionären Arbeit der KPD. angewandt, trotz mancher Ungleichheit der Lage doch, daß auch für uns im Vordergrund und als zentrale Aufgabe der Kampf um die eigene Klasse, der Kampf um die Gewinnung des Proletariats, bzw. seiner Mehrheit, seiner entscheidenden Schichten, stehen muß. Welche Folgerung ergibt sich aber daraus?
Die unbedingte Konsequenz, daß wir, schon um der Eroberung der proletarischen Mehrheit willen den Hauptstoß gegen diejenige Partei richten müssen, die heute noch die entscheidende

Massenbasis im Proletariat für die Diktatur der Bourgeoisie besitzt. Das ist nicht die Hitlerpartei, sondern die Sozialdemokratie.
Ohne im Kampf gegen die Sozialdemokratie zu siegen, können wir nicht den Faschismus schlagen, das heißt gegen die mit faschistischen Methoden ausgeübte Diktatur der Bourgeoisie erfolgreich kämpfen. Ohne im Kampf mit der SPD entscheidend durchzubrechen, können wir auch unmöglich die Aufgaben meistern, in die Massenbasis des Zentrums entscheidend einzudringen und die andere Stütze der Diktatur der Bourgeoisie neben der SPD, die Hitlerpartei, deren Massenbasis vor allem die Mittelschichten abgeben, erfolgreich zu berennen und zu schlagen.
Das sind die selbstverständlichen Folgerungen, die sich aus der gesamten Strategie des Leninismus ergeben. Genosse Stalin bat in seinem „Vorwort" zum Buche „Auf dem Wege zum Oktober" über die „Oktoberrevolution und die Taktik der russischen Kommunisten" u. a. folgende Feststellungen getroffen:

„Wie aber wurde von der Partei diese Führung gehandhabt, auf welcher Linie vollzog sie sich? Diese Führung vollzog sich auf der Linie der Isolierung der Kompromißler-Parteien, als der gefährlichsten Gruppierungen in der Entscheidungsperiode der Revolution, auf der Linie der Isolierung der Sozialrevolutionäre und der Menschewisten … Der Kampf ging nicht mehr zwischen Zarismus und Volk, sondern zwischen Bourgeoisie und Proletariat. In dieser Periode bildeten die kleinbürgerlich-demokratischen Parteien, die der Sozialrevolutionäre und Menschewisten, die gefährlichste soziale Stütze des Imperialismus. Warum? Weil diese Parteien damals die paktierenden Parteien waren, die Parteien des Paktierens zwischen dem Imperialismus und den werktätigen Massen. Es ist daher natürlich, daß die Hauptschläge der Bolschewik damals gegen diese Parteien gerichtet wurden, denn ohne diese Parteien isoliert zu haben, war es unmöglich, auf einen Sieg der Sowjetrevolution zu rechnen. Viele begriffen damals nicht diese Eigentümlichkeit der bolschewistischen Taktik und bezichtigten die Bolschewik des „übertriebenen Hasses" gegenüber den Sozialrevolutionären und Menschewiken sowie der „Außerachtlassung des Hauptzieles". Doch zeugt die ganze Periode der Vorbereitung des Oktober in beredter Sprache, daß die Bolschewiki nur durch eine solche Taktik den Sieg der Oktoberrevolution sichern konnten."

Alles, was wir vorher über die Schwächung unseres Kampfes gegen die Sozialdemokratie hinsichtlich des prinzipiellen Kampfes sagten, wie auch alles das, was hinsichtlich einer ungenügenden Anwendung einer Einheitsfrontpolitik von unten gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern hinzuzufügen wäre (eine ausführlichere Aufzählung von Beispielen für das letztere Gebiet ist hier nicht nötig, da diese Frage innerhalb der Partei an anderer Stelle schon erläutert wurde), - all dies beweist, daß wir jene Grundregel der leninistischen Strategie und Taktik, wie sie Genosse Stalin schildert, noch nicht genügend in unserer Praxis berücksichtigen.
Die ganze Frage der Schwächen unseres Kampfes gegen die Sozialdemokratie, als die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie ist selbstverständlich von der Frage des Kampfes um die eigene Klasse, um die Eroberung der proletarischen Mehrheit nicht zu trennen. Denn ohne Zweifel ist die Sozialdemokratie, sind die SPD-Arbeiter neben den Unorganisierten, wie wir schon auf dem Januarplenum unseres Zentralkomitees betonten, ein Hauptreservoir für uns bei der Gewinnung von Arbeitern. Diese Erkenntnis ist für die Arbeit der Partei wie besonders auch der RGO in den Betrieben, den Gewerkschaften und unter den Erwerbslosen von größter Bedeutung.

* * *

Das Problem des Kampfes um die Mehrheit der Arbeiterklasse steht für uns in engster Verbindung zur Frage der Anwendung der Losung der Volksrevolution. Nicht immer wurde diese Losung völlig einwandfrei angewandt. Sogar in einem offiziellen Dokument findet sich die unzulässige Formulierung vom „Dreibund des Proletariats, der Bauern und der städtischen Mittelständler" ohne die notwendige Heraussortierung der proletarischen Hegemonie (und in

der redaktionellen Aufmachung dieser Resolution durch das Zentralorgan sogar die Formulierung „Dreibund der Werktätigen“). Demgegenüber haben wir bereits zuvor die grundsätzlichen Darlegungen Lenins zur Frage des Proletariats und der kleinbürgerlichen Schichten, der Schächten der Kleinproduzenten, angeführt. Auf dem XI. Plenum führte Genosse Manuilski bezüglich der konkreten deutschen Verhältnisse hinsichtlich der Anwendung der Losung Volksrevolution folgendes aus:

„Genosse Thälmann hatte recht, als er in seinem Referat darauf hinwies, daß man die Aufgabe der Eroberung der Verbündeten für das Proletariat nicht der Aufgabe der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse gegenüberstellen dürfe. Diese Aufgaben hängen aufs engste miteinander zusammen. Je näher die Kommunistische Partei der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse kommt, um so mehr wächst ihre Kraft und ihr Einfluß auf die anderen, nichtproletarischen Bevölkerungsschichten. Bedeutet das aber, Genossen, daß wir in Deutschland bereits die Losung, die Aufgabe der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, von der Tagesordnung absetzen? Durchaus nicht! Das bleibt die grundlegende Hauptaufgabe, die strategische Aufgabe für Deutschland.“

Das ist unbestreitbar richtig. Aber ebenso richtig ist es, daß die KPD nicht immer und überall diese richtige Erkenntnis ihrer Politik zugrunde gelegt hat. Mit anderen Worten: bei der Anwendung der Losung Volksrevolution haben wir nicht immer mit genügender Schärfe die Volksrevolution im Sinne der Politik der Arbeiterklasse als ein Synonym der proletarischen sozialistischen Revolution zur Anwendung gebracht. Fehler auf diesem Gebiete aber sind sowohl ein Verstoß gegen die strategische Aufgabe, die grundlegende Hauptaufgabe: die Eroberung der proletarischen Mehrheit, als auch gegen die Herausarbeitung jener grundsätzlichen Klassenlinie unserer Politik, die das Wesen einer marxistisch-leninistischen Partei ausmacht; ein Verstoß also gegen jene Prinzipien, wie sie Genosse Lenin in den vorher zitierten Bemerkungen zum Programm der russischen Sozialdemokratie (der späteren Bolschewik!, E. Th.) so entschieden und heftig verteidigte. Gibt es solche Fehler bei uns? In besonderer Häufung ergeben sie sich in der Zeitschrift „Propagandist“. In ihrer Dezember-Nummer 1930 behandelt der Leitartikel „Volksrevolution gegen Faschismus“ die Frage, welche Kräfte „zum Kampf gegen den Faschismus und zur Verhinderung seines Sieges mobilisiert werden müssen“. Der Artikel stellt richtig fest, daß nur das Proletariat, als einzige bis ans Ende revolutionäre Klasse, die kapitalistische Ordnung stürzen und an ihre Stelle die sozialistische setzen kann. Es heißt dann aber weiter:

„Aber bedeutet es, daß das Proletariat allein, ohne Verbündete, seine sozialistische Revolution machen kann und machen muß? Zweifellos nicht in den Ländern, wo das Kleinbürgertum einen großen Teil der Bevölkerung bildet. Und das ist die Regel für alle Staaten des europäischen Festlandes. Hier kommt es für die Strategie und Taktik der proletarischen Revolution vor allem darauf an, die kleinbürgerlichen Schichten für die proletarische Revolution zu gewinnen, oder mindest zu neutralisieren.“

Man vergleiche diese Formulierungen mit der unerbittlichen Klarheit Lenins. Dann ergibt sich, daß hier die revolutionäre Strategie auf den Kopf gestellt ist. Bei Lenin mit aller Klarheit das „Zunächst“: die Forderung, „einzig und allein das Proletariat abzugrenzen“ und „erst dann“: zu erklären, daß „wir alle rufen, dies aufnehmen, alles tun, auf alles ausdehnen werden“. Im „Propagandist“ statt dessen: „Hier kommt es … vor allem darauf an, die kleinbürgerlichen Schichten für die proletarische Revolution zu gewinnen, oder zumindest zu neutralisieren“. Das gewiß sehr wichtige und um keinen Preis zu unterschätzende Problem der Ausdehnung auf die Bundesgenossen wird zur zentralen Frage der revolutionären Strategie und Taktik erhoben, auf die es vor allem ankomme. Das aber heißt, die Losung Volksrevolution nicht im Sinne von Marx und Lenin interpretieren, nicht im Sinne der Politik der Arbeiterklasse, sondern in einem „vorrevolutionären“ Sinne, der mit Marxismus und Leninismus nichts mehr gemein hat.

Daß es sich hier nicht nur um einen falschen Zungenschlag, sondern um eine, wenn auch „unabsichtliche“ und „unbewußte“ Abirrung von der leninistischen Strategie handelt, ergibt sich aus weiteren Formulierungen des gleichen Artikels. Der Artikel beschäftigt sich mit dem Begriff der Volksrevolution im Rahmen der russischen Oktoberrevolution und fährt fort, daß dieser Begriff „in allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern, namentlich in Deutschland, unentbehrlich“ sei. Es heißt dann:

„Denn in diesem Begriff steckt unmittelbar der Begriff der Hegemonie des Proletariats, der Führung aller ausgebeuteten Schichten der Bevölkerung, in erster Reihe der werktätigen Bauernmassen durch das Proletariat im Kampfe gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung. Will das Proletariat diese seine Hegemonie, diese seine Rolle als Vorkämpfer aller Ausgebeuteten tatsächlich verwirklichen, so muß es die „Volksrevolution“ organisieren. Das ist besonders wichtig in der jetzigen Zeit, in der es gilt, die kleinbürgerliche Massenbasis des Faschismus zu untergraben, die werktätigen Schichten in Stadt und Dorf von den Nationalsozialisten und von dem Faschismus überhaupt loszureißen und sie zu Verbündeten des Proletariats zu machen.“

Also: in dem Begriff Volksrevolution „steckt unmittelbar“ der Begriff der proletarischen Hegemonie. In der Tat, eine bequeme Methode! Denn wenn die proletarische Hegemonie schon „unmittelbar“ im Begriff Volksrevolution enthalten ist, darin „steckt“, so ist das Proletariat und seine Partei ja aller Schwierigkeiten für die Herstellung dieser proletarischen Hegemonie enthoben. Und wirklich: der Artikelschreiber im „Propagandist“ belehrt uns, daß das Proletariat zur tatsächlichen Verwirklichung seiner Hegemonie nur ganz einfach „die Volksrevolution organisieren“ muß. Der bescheidene Leser, der einfache Propagandist und Parteiarbeiter ist gewiß neugierig, wie man das macht. Aber der Leitartikler des „Propagandist“ behält seine Weisheit (falls er deren teilhaftig ist) für sich und verrät nichts als dieses nichtssagende Schema: das Proletariat muß „die Volksrevolution organisieren“. Ja, um die Verwischung und Verwirrung zu vollenden, beschäftigt sich der nächste Satz schon in kühnem Sprung mit der „kleinbürgerlichen Massenbasis des Faschismus“.

Wie das Proletariat zum Vorkämpfer aller Ausgebeuteten wird, wie die Hegemonie des Proletariats tatsächlich verwirklicht wird, darüber wird nicht eine Silbe ausgeplaudert. Wir erwarten keine konkrete und praktische Antwort auf diese Frage, weil die ganze Behandlung des Problems allzu „gelehrt“ im schlechten Sinne, allzu sehr im luftleeren Raum rein abstrakter und schematischer Behandlung von statten geht. Aber wenigstens einen theoretischen Hinweis müßte der Leitartikler des „Propagandist“ geben, wenn nicht das Wort von der proletarischen Hegemonie in seinem Munde zu einer leeren Phrase werden soll.

Das aber ist tatsächlich der Fall. Der Artikel verschweigt, daß das Proletariat unter Führung der Kommunistischen Partei seine Hegemonie über alle Werktätigen nur verwirklicht, indem es seine Politik, die Politik der Arbeiterklasse, ohne Kompromisse, ohne Abschwächungen, revolutionär bis zum Ende durchführt.

Im Gegensalz zu dieser liberalen Verwässerung der Losung Volksrevolution findet sich in der Januar-Nummer 1931 der gleichen Zeitschrift in einem Artikel des Genossen J. L. „Die faschistische Diktatur und die Propaganda des antifaschistischen Kampfes“ eine richtige und leninistische Behandlung des Problems der proletarischen Hegemonie über die Werktätigen. In diesem Artikel, der in einigen anderen Fragen (revolutionäre Situation usw.) bestimmte, inzwischen durch das Januar-Plenum des ZK. bereits korrigierte Fehler enthält, wird zum Problem der Hegemonie des Proletariats ausgeführt, daß diese Hegemonie nur verwirklicht werden kann, wenn der proletarische Massenkampf selbst - mit Streiks und Erwerbslosenaktionen - schärfere Formen annimmt, breitere Massen erfaßt und „dadurch den eingeschüchterten Massen der Bauern und Kleinbürger zeigt, daß es eine Kraft gibt, die mächtiger ist, als die der kapitalistischen Unterdrücker, die Kraft des revolutionären Proletariats“.

Diese Stellungnahme ist richtig. Die Kleinproduzenten in Stadt und Land, werktätige Bauern und notleidender Mittelstand, sind ja keineswegs unter allen Umständen Verbündete des

revolutionären Proletariats, sondern auf Grund ihrer Klassenlage ebenso gut und ebenso oft Verbündete der Reaktion. Sie werden nach Lenin nur insoweit zu Bundesgenossen, als sie sich vom Kapitalismus „lossagen“, als es gelingt, sie zum Proletariat „herüberzuziehen“. Diese Tatsache vergessen, heißt die Klassenrolle des Proletariats, als die einzige bis zu Ende revolutionäre Klasse, vertuschen, auch wenn man sie in Worten anerkennt.
Ein ungenügendes Verständnis für diese Bedingungen, unter denen allein die Losung Volksrevolution marxistisch-leninistisch angewandt werden kann, findet sich jedoch nicht nur in dem zuvor erwähnten Artikel, sondern auch in einer ganzen Reihe weiterer Hefte des „Propagandist“. In einem Artikel des Genossen A. E. über „Proletarische Revolution und Volksrevolution“ im Februar-Heft 1931 wird z. B. die „Volksrevolution“ mit der „spontanen Erhebung der Massen“ gleichgesetzt, die erst „durch das organisierende und politisch führende Auftreten des Proletariats zur proletarischen Revolution umzuwandeln“ sei. Das soll zwar als Aufgabenstellung für den ersten Teil der bürgerlichen Revolution seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gelten, aber es beweist schlagend die völlige Verworrenheit, mit der hier die Losung „Volksrevolution“ behandelt wird. Diese Verworrenheit wird auch dadurch nicht aus der Welt geschafft, daß in dem gleichen Artikel später einige richtige Formulierungen folgen.
Es handelt sich nicht um zufällige und nur gelegentliche Abweichungen, sondern um wirkliche Fehler. Das beweist die Juli-Nummer 1931 des „Propagandist“ in ihrem leitenden Spitzenartikel. Dort lesen wir:

„Die Masse - das Volk, tritt in den Kampf gegen den bürgerlichen Staat, gegen die bürgerliche Klassenherrschaft - gegen das System der Bourgeoisie.
Die Masse - das Volk, will kämpfen. „Lieber ein Ende mit Schrecken - als ein Schrecken ohne Ende“, rufen bereits Tausende und aber Tausende jahrzehntelang organisierte sozialdemokratische Arbeiter.“

Welch ein babylonischer Sprachenwirrwarr, hinter dem sich die Verwirrung und Vermanschung aller Begriffe verbirgt! Bald ist es „die Masse“, bald ist es „das Volk“, bald sind es „die sozialdemokratischen Arbeiter“. Es ist unbestreitbar, daß dieser Phrasenschwall mit der Aufgabe marxistisch-leninistischer Klarheit und Sauberkeit in der Definition und Analyse nicht mehr das Mindeste gemein hat. Das ist nicht „Propaganda des Marxismus-Leninismus“, wie sie auf dem Umschlag dieser Zeitschrift angekündigt wird, sondern das krasse Gegenteil: die Verwirrung aller marxistisch-leninistischen Begriffe!
Es ist nur eine Fortsetzung dieser groben theoretischen Fehler, wenn es im November-Heft des „Propagandist“ 1931 in dem Leitartikel von A. E. heißt:

„Was ist die bürgerliche Revolution? Sie ist eine politische Revolution und keine soziale.“

Und an einer anderen Stelle des gleichen Artikels:

„Hätte im November 1918 nur die bürgerliche Revolution auf der Tagesordnung gestanden, so wäre der Verrat der Sozialdemokratie nicht so ungeheuerlich groß, so wären „ihre“ November-„Errungenschaften“ enorm.“

Das bedeutet eine völlige opportunistische Verfälschung der marxistischen Theorie, wonach jede Revolution (auch die bürgerliche) eine soziale ist. Das bedeutet darüber hinaus den glatten Bruch mit der leninistischen Fragestellung über die Rolle des Proletariats in der bürgerlichen Revolution. A. E., der geradezu den Beweis dafür antritt, daß in einer bürgerlichen Revolution die SPD - also der Reformismus - die geeignete Führung der Arbeiterklasse abgeben würde, leugnet damit alle Erfahrungen der Bolschewik! im Kampf mit dem Menschewismus in der russischen Revolution von 1905/06 und alle Feststellungen der Komintern über die Rolle der II. Internationale und ihrer Parteien in den bürgerlich-demokratischen Revolutionen der letzten Zeit (China, Spanien usw.). Er entpuppt sich als ein

„Theoretiker“, der die Eierschalen der Sozialdemokratie, von denen er sich nicht zu befreien vermochte, als verfälschten „Leninismus“ in unsere Reihen einzuschmuggeln versucht.
Es ist selbstverständlich, daß die Partei gegen solche Abweichungen und Fehler entschieden Front machen, die falschen Auffassungen überwinden und so schnell wie möglich Klarheit schaffen muß.

*

Wir haben gesehen, wie die Schwächen in der Durchführung der Linie des XI. Plenums - den Hauptstoß gegen die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, die SPD zu führen - aufs engste mit den Abweichungen und Fehlern bei der Anwendung der Losung Volksrevolution verbunden sind. Auch das dritte Problem, dem wir hier nur kurz unsere Aufmerksamkeit zuwenden wollen, die großen Schwächen im Kampf gegen den Nationalsozialismus, hängen eng mit den vorhergehenden Fragen zusammen. Wir beschäftigten uns bereits mit den Erscheinungen einer Überschätzung des Nationalsozialismus, die einzelnen Genossen den klaren Blick für eine klassenmäßige Analyse und einen klassenmäßigen Maßstab bei diesem Problem verdunkelte. Aber selbstverständlich ist dies nicht die einzige Art von Fehlern gegenüber dem Nationalsozialismus.
Neben dieser opportunistischen Abweichung und den angeführten schweren opportunistischen Fehlern in der Frage Faschismus und Demokratie gibt es auch sehr ernste „linke“ Fehler einer Unterschätzung sowohl der Bedeutung des Faschismus allgemein im Rahmen des Klassenkampfes, als auch der speziellen Rolle der nationalsozialistischen Massenbewegung. Sind solche Fehler an der deutschen Partei vorhanden?
Wir können uns alle, die gesamte Partei und ihre Führung, nicht davon freisprechen. Beginnen wir mit einigen theoretischen Unterlassungen. Wir haben (das trifft auch auf den Bericht der deutschen Partei auf dem XI. Plenum zu, den der Verfasser dieses Artikels erstattete. E. Th.) den Faschismus einschließlich des Wachstums der nationalsozialistischen Bewegung zu einseitig und zu mechanisch nur als die Antithese des revolutionären Aufschwungs, als die Abwehr der Bourgeoisie gegen das Proletariat betrachtet. Diese Einschätzung war richtig, aber sie allein reichte nicht aus und wurde so zu einem Schema, das dem dialektischen, wechselseitigen Prozeß der Klassenbeziehungen nicht ganz gerecht wurde. Erst in letzter Zeit wurde dieser Mangel ernsthaft korrigiert. Auf dem XI. Plenum führte Genosse Manuilski im Schlußwort aus:

„Der Faschismus widerspiegelt den dialektischen Widerspruch der sozialen Entwicklung. Er birgt in sich beide Elemente, sowohl das Element der Offensive der herrschenden Klasse, als auch das Element ihrer Zersetzung. Mit anderen Worten - die faschistische Entwicklung kann sowohl zu einem Siege des Proletariats, als auch zu einer Niederlage führen. Die Frage entscheidet hier der subjektive Faktor, d. h. der Klassenkampf des Proletariats.“

Und an einer anderen Stelle seines Schlußwortes setzte sich Genosse Manuilski unter berechtigtem Spott mit jener Theorie auseinander, als ab das Wachstum des Faschismus sozusagen den Sieg des Kommunismus vorbereite:

„Die Aufgaben der Kommunisten würden bei einer solchen Stellung der Fragen überaus vereinfacht werden. Die Lösung dieser Aufgaben würde nahezu als ein ununterbrochener Triumphmarsch erscheinen. Überwindung des Faschismus - nichts leichter als das! Er verfault und zerfällt ganz von allein. Das Kleinbürgertum ist bereits selbst vom Faschismus enttäuscht und kehrt ihm den Rücken. Hat sich aber der Faschismus bei dem Versuch, in die Betriebe einzudringen, die Finger verbrannt, so könnten wir, ausgehend von dieser Einstellung, wieder leicht zu der irrigen Schlußfolgerung gelangen, daß er schon geschlagen sei. Wenn der alte Guesde, als er noch Marxist war, sagte, daß der Krieg die Mutter der Revolution ist, müssen wir trotzdem sagen, daß der Faschismus - nicht der Vater der Revolution ist.“

Ist diese Frage eine untergeordnete Frage? Keineswegs! Wie gefährlich für uns jede auch nur geringfügige Abweichung in der Richtung der von Manuilski mit Recht so scharf kritisierten „Theorie“ ist, das ergibt sich gerade in jüngster Zeit aus einigen Erklärungen der deutschen Sozialdemokratie.
Die SPD ist sich darüber klar, daß die Bourgeoisie auf ihre Mithilfe bei der Ausübung der Diktatur der Bourgeoisie auch dann nicht verzichten wird, wenn sie in einem späteren Zeitpunkt die Nationalsozialisten bei der Durchführung der faschistischen Herrschaftsformen der kapitalistischen Klassenherrschaft innerhalb der Reichsregierung mitwirken läßt. So bereitet sie sich allmählich schon auf die Unterstützung auch einer Brüning-Hitler-Regierung an Stelle der heutigen Brüning-Groener-Regierung vor.
Während die SPD auf der einen Seite „linke Manöver“ mit der „Drohung“ eines Zusammengehens mit der KPD vollführt, erfindet sie andererseits bereits eine neue Auflage der Theorie des „kleineren Übels“. Danach soll eine Brüning- Hitler-Regierung immer noch ein „kleineres Übel“ gegenüber einer bloßen Hitler-Regierung sein. Nicht mehr und nicht weniger als diese famose Theorie hat Herr Breitscheid auf einer öffentlichen Kundgebung in Emden, wenige Wochen vor seinem neuen „Bekenntnis“ von Darmstadt, entwickelt. Die Nazis in der Reichsregierung - das wäre nicht weiter tragisch, denn um so rascher werden sie sich ihre Dummheiten abgewöhnen.
Mit dieser Theorie, die Nationalsozialisten in der Regierung „sich Abwirtschaften“ zu lassen, will die SPD dem antifaschistischen Kampfeswillen der Massen lahmen und von vornherein auch einer möglicherweise bevorstehenden Brüning-Hitler-Regierung den Weg bereiten, so wie sie es bisher mit der Brüning-Regierung getan hat.
Aber diese Erziehung der Massen zur Passivität spiegelt sich ja ebenso auch in jener mechanischen Theorie wider, als ob der Faschismus nur ein Produkt der kapitalistischen Krise und der Zersetzung im Lager der Bourgeoisie sei, gegen die Genosse Manuilski polemisierte. Würden wir deshalb eine solche Theorie in unseren Reihen dulden - und das ist, wenigstens teilweise, geschehen -, so hieße das, dem neuen sozialdemokratischen Betrugsmanöver nachgeben Und damit kommen wir zu den ernsten Fehlern einer Unterschätzung des Faschismus in unseren Reihen.
In einem Artikel des Genossen Kr. im September-Heft 1931 des „Propagandist“ findet sich folgender Passus:

„Eine sozialdemokratische Koalitionsregierung, der ein kampfunfähiges, zersplittertes, verwirrtes Proletariat gegenüberstände, wäre ein tausendmal größeres Übel, als eine offen faschistische Diktatur, der ein klassenbewußtes, kampfentschlossenes, in seiner Masse geeintes Proletariat gegenübertritt.“

Hier zeigt sich eine völlig falsche Einschätzung des Faschismus und dessen, was eine faschistische Diktatur in der Praxis bedeutet. Es ist beinahe der ähnliche Ruf nach einer Hitler-Regierung, die sich schon leicht schlagen lassen werde, wie bei Breitscheid. Bei Breitscheid dient dies bewußt der Einschläferung der Massen. Beim „Propagandist“ ist es ein Ausdruck für einen gewissen sektiererischen Fatalismus gegenüber der faschistischen Entwicklung, das Gegenstück zur opportunistischen Panikstimmung anderer Genossen. Hier ist ein Zweifrontenkampf der Partei eine unbedingte Notwendigkeit. Schon früher stand einmal im „Propagandist“ (Dezember-Heft 1930, Leitartikel des Genossen S.) die Formulierung: „sogar bevor der Faschismus zur Macht kommt, bevor die faschistische Diktatur triumphiert...“

Der „Triumph der faschistischen Diktatur“ wird also als „unabwendbar“ bereits in Kauf genommen. Das ist eine rein defätistische Stellungnahme, mit der unsere Linie nichts gemein hat.

Wir müssen statt dessen mit aller Schärfe feststellen, daß sowohl über die faschistische Entwicklung im allgemeinen, als auch über die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung im besonderen, in ausschlaggebender Weise der revolutionäre Klassenkampf des Proletariats entscheidet.
Es muß uns gelingen, die defätistischen Stimmungen in der Arbeiterklasse gegenüber dem Faschismus, wie sie von den SPD-Führern gezüchtet werden, restlos zu überwinden. Andernfalls kann die Gefahr entstehen, daß die Bourgeoisie auf kaltem Wege zur offenen faschistischen Diktatur übergehen könnte, ohne den entschlossenen revolutionären Widerstand des Proletariats bis zu den höchsten Kampfformen befürchten zu müssen.
Die KPD kann unzweifelhaft im Kampf gegen die Hitlerpartei manche Erfolge verbuchen. Aber ebenso unzweifelhaft steht es fest, daß das neuerliche Anwachsen der nationalsozialistischen Welle bis zu einem gewissen Grade auf eine Schwäche unseres Abwehrkampfes zurückzuführen ist. Wir hätten bei dem rapiden Tempo des Zerfalls der alten bürgerlichen Parteien das schnelle Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung sicherlich nicht vereiteln können. Aber die kommunistische Bewegung Deutschlands ist heute schon stark genug, um die Entwicklung wenigstens entscheidend verändern und beeinflussen zu können.
Dazu gehört allerdings eine bedeutende Verstärkung unseres ideologischen Massenkampfes gegen die Hitlerpartei. Es genügt nicht, sich nur mit ihrem Mordterror auseinanderzusetzen. Notwendig ist vielmehr - und das ist eine der wichtigsten Lehren, die wir aus den verschiedensten Wahlen der letzten Zeit ziehen müssen - eine ernste Politik gegen die Nationalsozialistische Partei, um ihren arbeiterfeindlichen Charakter als Schutztruppe für die Diktatur der Bourgeoisie, Schutztruppe für das Unternehmertum zu enthüllen. Wir müssen durch unsere Politik als einzige Partei des Kampfes gegen Versailles und Young und für die Befreiung des werktätigen Deutschland durch die Aufrollung unseres Freiheitsprogramms auch die „nationale“ Demagogie der Hitlerpartei aufdecken und zerschlagen. Wir müssen den Massen zeigen, daß die Nationalsozialisten auch in der Frage des nationalen Befreiungskampfes jenseits der Barrikade stehen und Todfeinde dieses Kampfes sind. Diese Frage ist ein entscheidender Teil unseres Massenkampfes gegen den Nationalsozialismus und gehört mit zu den wichtigsten Fragen unserer gesamten Politik.
Das gilt in noch viel stärkerem Maße für die jetzt mit äußerster Schärfe einsetzenden Versuche der Nationalsozialisten, sich Positionen mit Hilfe ihrer HIB-Aktion („Hinein in die Betriebe“) unter dem Proletariat zu verschaffen. Neben der unbedingt notwendigen Verschärfung unseres prinzipiellen Kampfes gegen die Sozialdemokratie, der auch vom Standpunkt des Kampfes gegen den Faschismus allgemein und gegen den Nationalsozialismus im besonderen das Kernproblem darstellt, ist der entschlossenste Kampf gegen jedes Eindringen der Faschisten in die Betriebe und für die Säuberung der Betriebe von den faschistischen Zellen eine unbedingte Notwendigkeit. Das gleiche gilt von der Erwerbslosenbewegung und der Arbeit unter den Angestellten.
Darüber hinaus steht vor der Partei in aller Schärfe der Kampf um die Heranziehung der werktätigen Mittelschichten an das Proletariat, den wir unverzüglich und energisch verbessern und lebendiger gestalten müssen. Wie wir dieses Problem der Gewinnung von Bundesgenossen für den proletarischen Klassenkampf, das Problem der Volksrevolution im marxistisch-leninistischen Sinne und nicht im Sinne der liberalen Abweichungen des „Propagandist“ zu stellen haben (die mehrfach auch in der Parteipresse, auftauchten), das ist im Vorhergehenden bereits gezeigt worden.

*

Es bleibt uns nun die vierte und letzte Hauptfrage, die wir im Zusammenhang mit der mangelhaften Durchführung der Beschlüsse des XI. Plenums in der KPD zu untersuchen haben: Unklarheiten in der Frage der Perspektive und Tendenzen des individuellen Terrors.
Wir brauchen im Rahmen dieser theoretischen Untersuchung nicht den albernen Schwindel der Bourgeoisiepresse und der Sozialdemokratie zu widerlegen, als ob es in der KPD oder den ihr nahestehenden Organisationen „illegale Terrorformationen" gäbe oder gegeben habe. Solche erbärmlichen Erfindungen der Polizistenseelen und Tintenkulis in den Redaktionen des „Vorwärts" und der bürgerlichen Boulevardpresse der Ullstein, Mosse und Hugenberg, mit der das nationalsozialistische Schmutzorgan des Herrn Goebbels an marktschreierischer Sensationsgier erfolgreich wetteifert, richten sich selber.
Was uns jedoch interessiert, sind tatsächliche Erscheinungen bei einzelnen Arbeitern, innerhalb und außerhalb der revolutionären Bewegung, die sich durch die bewußten Provokationen des Naziterrors von der Linie des revolutionären Massenkampfes abdrängen lassen und, mehr oder weniger bewußt, der Sozialrevolutionären Ideologie des individuellen Terrors, der Schießereien, abenteuerlichen Unternehmungen und dergleichen mehr, anheim fallen. In solchen vereinzelten Erscheinungen drückt sich zweierlei aus:
Erstens: Arbeiter, die sich auf diesen Weg drängen lassen, haben nicht die marxistische Analyse der heutigen Lage und der Entwicklungsperspektive verstanden und anerkannt, wie sie die Kommunistische Partei Deutschlands und die Kommunistische Internationale stellen. Schon auf dem XI. Plenum haben wir für Deutschland mit völliger Klarheit festgestellt, daß wir uns in jener Etappe des revolutionären Aufschwungs befinden, in der noch nicht der unmittelbare Machtkampf der Revolution selbst auf der Tagesordnung steht, sondern die Voraussetzungen einer revolutionären Krise in Deutschland beschleunigt heranreiten.
Wer diese Perspektive der KPD und der Komintern anerkennt, muß auch verstehen, daß heute vor jedem revolutionären Arbeiter und vor der Gesamtpartei die zentrale Aufgabe steht: zähes, unermüdliches Ringen um die Eroberung der proletarischen Mehrheit und darüber hinaus die Gewinnung von Bundesgenossen für das Proletariat aus allen werktätigen Schichten zum gemeinsamen Kampf gegen den Kapitalismus unter proletarischer Hegemonie. Das bedeutet: die Kampfe der Arbeiterklasse, die Streiks der Betriebsarbeiter, die Massenaktionen der Erwerbslosen, die Massenkämpfe aller werktätigen Schichten, Mieter-Streiks, Steuerstreiks, Abwehr von Exmissionen und Zwangsversteigerungen usw., mit anderen Worten: den Massenkampf gegen die Notverordnungen der Bourgeoisie bis zu politischen Massenstreiks und anderen höheren Kampformen zu organisieren und zur Entfaltung zu bringen. Eine Reihe von politischen Massenstreiks in der letzten Zeit (Braunschweig, Nowawes, Riesa) zeigen, daß diese Arbeit vorwärts geht.
Wer an die Stelle dieser zähen, unablässigen, revolutionären Massenarbeit das Spiel mit dem Revolver oder der Handgranate zu einem Zeitpunkt setzt, wo die Bedingungen für einen bewaffneten Kampf der Massen noch keineswegs gegeben sind, - der leugnet die Analyse der Situation und die Perspektive der Entwicklung, wie sie die KPD und die Komintern geben. Es ist klar, daß wir die Pflicht haben, wenn wir die Rolle unserer Partei als Führerin der Klasse erfüllen wollen, gegen jede solche putschistische und sektiererische Tendenz unser ideologisches Feuer zu richten. Das ist die eine Seite des Problems.
Zweitens: Jene Arbeiter, die sich von den planmäßigen Naziprovokationen zur Abwehr mit gleichen Methoden des individuellen Terrors verleiten lassen, entfernen sich hinsichtlich der Methoden des proletarischen Freiheitskampfes von den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus. Denn der individuelle Terrorismus hat im System des Leninismus ebensowenig Platz wie das feige, jämmerliche liberale Geschwätz der Sozialpazifisten. Diese Todfeinde des Marxismus brüsten sich damit, daß sie auch den revolutionären Terrorismus als Methode der gewaltsamen Unterdrückung der feindlichen Klasse durch die proletarische Diktatur und damit die proletarische Revolution überhaupt „ablehnen". Sie schaudern vor jeder Gewalt

zurück, wenn es nicht die Gewalt des bürgerlichen Polizeisäbels oder der Reichswehrmaschinengewehre ist.
Überflüssig zu sagen, daß wir Kommunisten die Gewalt bejahen, ohne die keine geschichtliche Umwälzung denkbar ist. Überflüssig zu betonen, daß für uns wie für Karl Marx „die Gewalt die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaftsordnung ist, die mit einer neuen schwanger geht". Selbstverständlich, daß wir den revolutionären Terrorismus des kämpfenden Proletariats im Rahmen des unmittelbaren Machtkampfes und zur Sicherung der eroberten Macht der Arbeiterklasse bejahen, wie ihn das siegreiche russische Proletariat nach dem Oktober 1917- zur Vernichtung der Konterrevolution anwendete.
Aber all das hat nichts mit dem individuellen Terror zu tun, zu dem die nationalsozialistische Mordwelle die revolutionären Arbeiter verlocken will. Wenn klassenbewußte Arbeiter sich von den Aufgaben der Massenarbeit auf dieses Gebiet ablenken lassen, vertauschen sie das Rüstzeug des Leninismus mit den durch die Geschichte der Arbeiterbewegung längst widerlegten Methoden der Sozialrevolutionäre aus der Zeit des russischen Zarismus.
Warum lehnen, wir diese Taktik der Sozialrevolutionäre ab? Genosse Lenin hat in einem Aufsatz vom Jahre 1902 „Warum muß die Sozialdemokratie (die spätere Bolschewistische Partei, E. Th.) den Sozialrevolutionären einen entschiedenen Krieg ansagen?" die Antwort auf diese Frage gegeben. Dort heißt es u. a.:

„Weil die Sozialrevolutionäre, die den Terror in ihr Programm aufnehmen und ihn als Mittel des politischen Kampfes in seiner gegenwärtigen Form propagieren, damit der Bewegung einen schweren (den schwersten) Schaden zufügen und die untrennbare Verbindung der sozialistischen Arbeit mit der Masse der revolutionären Klasse zerstören. Auch die wortreichsten Beteuerungen und Beschwörungen können die zweifellos bestehende Tatsache nicht widerlegen, daß der Terror, wie ihn die Sozialrevolutionäre heute anwenden und propagieren, in gar keiner Verbindung mit der Arbeit in den Massen, für die Massen und zusammen mit den Massen steht, daß die von der Partei ausgehende Organisierung terroristischer Anschläge unsere zahlenmäßig äußerst geringen organisatorischen Kräfte von ihrer schwierigen und bei weitem noch nicht erfüllten Aufgabe der Organisierung einer revolutionären Arbeiterpartei ablenken, daß der Terror der Sozialrevolutionäre in der Tat nichts anderes ist als ein Zweikampf, den die Erfahrung der Geschichte vollkommen verurteilt hat. Sogar die ausländischen Sozialisten beginnt die geräuschvolle Terrorpropaganda, die unsere Sozialrevolutionäre jetzt entfalten, zu beunruhigen. In den russischen Arbeitermassen aber sät diese Propaganda geradezu die schädlichen Illusionen, als „zwänge der Terror die Menschen, auch gegen ihren Willen politisch zu denken", als wäre er „sicherer als Monate mündlicher Propaganda imstande, die Meinung von Tausenden von Menschen über die Revolutionäre und den Sinn(!!) ihrer Tätigkeit zu ändern", als wäre er fähig, „den Schwankenden, Mutlosen, durch den traurigen Ausgang vieler Demonstrationen Erschütterten neue Kräfte einzuflößen" usw. Diese schädlichen Illusionen können nur zu einer raschen Enttäuschung und zur Schwächung der Arbeit, die den Ansturm der Massen auf den Absolutismus vorbereitet, führen."

Und in einem Aufsatz in der „Iskra" vom 1. August 1902 „Revolutionäres Abenteurertum" beschäftigt sich Lenin erneut und noch ausführlicher mit der Frage des Terrors:

„Die Sozialrevolutionäre bemerken naiverweise nicht, daß ihre Neigung zum Terror ursächlich aufs engste mit der Tatsache zusammenhängt, daß Sie von Anfang an abseits von der Arbeiterbewegung standen und auch weiter abseits von ihr stehen, ohne auch nur bestrebt zu sein, die Partei der revolutionären Klasse zu sein, die ihren Klassenkampf führt. Eifriges Schwören veranlaßt häufig aufzuhorchen und die innere Wahrheit dessen anzuzweifeln, was eine scharfe Beize erfordert. Und ich muß häufig an die Worte denken: „Wie werden sie des Schwören nicht müde?" - wenn ich die Beteuerungen der Sozialrevolutionäre lese: ‚Wir drängen durch den Terror die Arbeit unter den Massen nicht in den Hintergrund'. Beteuern das doch dieselben Leute, die von der Sozialdemokratischen Bewegung (den späteren Bolschewik!, E. Th.), die die Massen tatsächlich auf die Beine bringt, bereits abgerückt sind und auch weiterhin von ihr abrücken, wobei sie sich an Bruchstücke bald der einen, bald der anderen Theorie klammern.
Als ausgezeichnete Erläuterung des Gesagten kann das von der Partei der Sozialrevolutionäre herausgegebene Flugblatt vom 3. April 1902 dienen. … Das Flugblatt vom 3. April ahmt mit sklavischer Treue die Schablone der „neuesten" Beweisführung der Terroristen nach. … Die Zeit, „da

das Arbeitervolk aus der Finsternis hervortreten“ und in „machtvoller Volksbewegung die eisernen Tore in Stücke schlagen wird“ - „wird leider!!“ (buchstäblich heißt es so: leider!) noch nicht sobald kommen, und furchtbar ist der Gedanke, wie viele Opfer es dabei geben wird!“ Bringen denn nicht diese Worte: „Leider noch nicht sobald“ den vollständigen Mangel an Verständnis für die Massenbewegung und das Fehlen des Glaubens an sie zum Ausdruck? Ist diese Behauptung nicht absichtlich zum Hohn auf die Tatsache ersonnen, daß das Arbeitervolk sich bereits zu erheben beginnt? Und wenn schließlich sogar diese abgedroschene Behauptung ebenso begründet wäre, wie sie in Wirklichkeit unsinnig ist, - so würde sich aus ihr besonders handgreiflich die Untauglichkeit des Terrors ergeben, denn ohne das Arbeitervolk sind alle Bomben machtlos, offenkundig machtlos…
Wie viele Berge von Papier die Sozialrevolutionäre auch verschreiben mögen, um zu versichern, daß sie durch ihre Terrorpropaganda die Arbeit in den Massen nicht beiseite schieben, nicht desorganisieren, - es wird ihnen nicht gelingen, durch ihren Wortschwall die Tatsache zu widerlegen, daß die wirkliche Seelenverfassung des modernen Terroristen gerade durch das angeführte Flugblatt richtig wiedergegeben wird. … Daß die einzige Hoffnung der Revolution die „Volksmenge“ ist, daß gegen die Polizei einzig und allein eine revolutionäre Organisation kämpfen kann, die (in der Tat und nicht mit Worten) diese Menge führt, das ist eine Binsenwahrheit. Es wäre eine Schande, das noch beweisen zu müssen. Und nur Leute, die alles vergessen und gar nichts hinzugelernt haben, konnten „umgekehrt“ zu dem hanebüchenen, himmelschreienden Unsinn gelangen, zu behaupten, daß die Soldaten den Absolutismus vor der Menge, die Polizei ihn vor den revolutionären Organisationen „retten“ können, vor einzelnen aber, die auf die Minister Jagd machen, könne nichts retten!!
„Jeder Zweikampf eines Helden weckt in uns allen den Geist des Kampfes und des Mutes“, sagt man uns. Wir aber wissen aus der Vergangenheit und sehen in der Gegenwart, daß nur neue Formen der Massenbewegung oder das Erwachen neuer Schichten der Massen zum selbständigen Kampf wirklich in allen den Geist des Kampfes und den Mut erwecken. Die Zweikämpfer aber, gerade soweit sie Zweikämpfe der Balmaschows (sozialrevolutionärer Student, der 1902 den zaristischen Innenminister Sipjagin tötete und vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt wurde. E. Th.) bleiben, rufen unmittelbar nur eine rasch vorübergehende Sensation hervor, führen aber mittelbar zur Apathie, zum tatenlosen Abwarten des nächsten Zweikampfes…
Das unmittelbar Handgreifliche und Aufsehenerregende der Ergebnisse verwechseln die Sozialrevolutionäre mit dem praktischen Zweck. Die Forderung, unbeugsam auf dem Klassenstandpunkt zu verharren und den Massencharakter der Bewegung zu wahren, ist für sie ein „unklares Theoretisieren“. Klarheit heißt für sie: jeden Stimmungsumschwung sklavisch folgen und … infolgedessen bei jedem Umschwung hilflos dastehen. Es beginnen Demonstrationen - und von diesen Leuten kommt ein blutrünstiger Wortschwall, ein Gerede über den Anfang vom Ende. Die Demonstrationen hören auf, sie lassen die Hände sinken und, ehe man noch die Schuhsohlen abgelaufen hat, beginnt schon das Geschrei: „das Volk wird leider noch nicht sobald…“
Die Sozialdemokratie (Bolschewistische Partei, E. Th.) wird stets vor Abenteuertum warnen und unerbittlich die Illusionen entlarven, die unvermeidlich zu vollständiger Enttäuschung führen. Wir dürfen nicht vergessen, daß eine revolutionäre Partei nur dann ihren Namen verdient, wenn sie in der Tat die Bewegung der revolutionären Klasse leitet. Wir dürfen nicht vergessen, daß jede Volksbewegung außerordentlich mannigfaltige Formen annimmt, ständig neue Formen herausarbeitet, alte abstreift und Änderungen oder neue Verbindungen alter und neuer Formen erzeugt. Und es ist unsere Pflicht, an diesem Prozeß der Herausarbeitung von Kampfmethoden und Kampfmitteln aktiv teilzunehmen. … Wir verschließen unsere Augen nicht vor der Schwierigkeit dieser Aufgabe, aber wir werden tatkräftig und standhaft an ihr arbeiten, ohne uns durch die Einwände beirren zu lassen, daß das eine „unbestimmt ferne Zukunft“ sei. Ja, ihr Herren, wir sind auch für die zukünftigen und nicht nur für die vergangenen Formen der Bewegung. Wir ziehen eine langwierige und schwierige Arbeit an dem, was eine Zukunft hat, der „leichten“ Wiederholung dessen, was bereits von der Vergangenheit verurteilt worden ist, vor.“

Was Lenin hier über den individuellen Terror als Kampfmethode sagt, können wir mit vollem Recht als die klassische Formulierung des marxistischen Standpunktes zu diesem Problem auch auf die Gegenwart anwenden. Gewiß kann es Situationen geben, wo der Terror auch im Sinne der Aktionen einzelner Gruppen eine revolutionäre Rolle spielt. Lenin hat das in der Revolution von 1905 bezüglich der Partisanengruppen sehr oft beschrieben (ähnlich spielten auch in China und im russischen Bürgerkrieg nach dem Oktober 1917 die roten Garden, „Partisanengruppen usw. eine große Rolle). Aber die Voraussetzung hierfür war eine allgemeine Lage, in der der bewaffnete Kampf, der Aufstand der Massen bereits auf der Tagesordnung stand. Das Jahr 1902, in dem, um Lenins Formulierungen zu gebrauchen,

bereits eine Erhebung der Massen begann, Demonstrationen, sogar bewaffnete Demonstrationen stattfanden, war jedoch eine Zeit des revolutionären Aufschwunges der noch nicht zur revolutionären Krise, geschweige zur revolutionären Situation geführt hatte. Das gleiche trifft für die gegenwärtige Entwicklungsphase in Deutschland zu.

So ist der Beschluß des Zentralkomitees der KPD vom 10. November 1931 gegen den individuellen Terror keineswegs, wie es die bürgerliche Presse den revolutionären Arbeitern einreden möchte, nur ein „taktisches Manöver", das zur Sicherung der Partei vor einem Verbot dienen solle, in Wirklichkeit aber „nicht ernst gemeint" wäre. Im Gegenteil: der Hauptgrund für diesen außerordentlich ernsten und bedeutungsvollen Beschluß war gerade die Überzeugung des Zentralkomitees der KPD, daß jede Vernachlässigung eines bolschewistischen Kampfes gegen den individuellen Terror und jede versöhnliche Duldung diesem gegenüber nur den Nationalsozialisten und damit der Bourgeoisie überhaupt ihr Spiel zur Ablenkung der Arbeiterklasse von den entscheidenden revolutionären Aufgaben des Massenkampfes erleichtern würde. Der Hauptgrund für den Beschluß des Zentralkomitees war also unser Bestreben, die Partei und die Arbeiterklasse nicht ablenken zu lassen von dem Gebiet der Organisierung von Streiks, Erwerbslosenaktionen, Mieterstreiks, Steuerstreiks, politischen Streiks usw., vom Kampf gegen die Hungeroffensive der Bourgeoisie zur Abwälzung der Lasten der Krise und der imperialistischen Tribute auf die arbeitenden Massen.

Ein zweiter entscheidender Grund war der Gesichtspunkt, unseren Kampf gegen den Nationalsozialismus erfolgreicher zu gestalten. Der Mordterror der SA-Banden ist ja nicht zuletzt auch ein Mittel für die Hitler-Partei, die Massen der nationalsozialistischen Anhänger durch eine möglichst erhitzte Atmosphäre blutiger Auseinandersetzungen gegen die kommunistische Aufklärung unempfänglich zu machen. Darüber hinaus versucht die Hitler-Partei, indem sie die Auseinandersetzung mit dem revolutionären Proletariat auf das Gebiet der Schießereien und Messerstechereien zu drängen sucht, ihre eigene großkapitalistische Politik vor ihren Anhängern zu verschleiern und dabei zugleich einen Druck auf die Regierung in der Richtung des Verbotes der KPD auszuüben.

Auch aus allen diesen Gründen war der Beschluß unseres Zentralkomitees notwendig. Er hat also keineswegs eine Abschwächung, sondern im Gegenteil, die größtmögliche Verschärfung unseres ideologischen Massenkampfes gegen den Faschismus zum Ziele. Es braucht in diesem Zusammenhang kaum erst darauf hingewiesen zu werden, daß der Beschluß des Zentralkomitees nicht dazu dienen soll, den Massenkampf des Proletariats und der Werktätigen zur Abwehr faschistischen Mordterrors auch nur im mindesten abzuschwächen.

Im Gegenteil: das Beispiel Braunschweigs auf diesem Gebiet, auf das wir bereits hinwiesen, zeigt, wie die richtige Anwendung der proletarischen Einheitsfrontpolitik im antifaschistischen Massenkampf die größten Erfolge zeitigt. Der Beschluß des Zentralkomitees wird dazu beitragen, in Zukunft diese Linie noch entschlossener und noch erfolgreicher anzuwenden.

Die Erscheinungen, in denen sich ein Abgleiten von der Linie des Leninismus zur Politik der Sozialrevolutionäre, zu Methoden des individuellen Terrors zeigt, widerspiegeln genau wie die Schwächen ideologisch-politischer Natur auf den drei anderen Hauptgebieten, mit denen wir uns zuvor beschäftigten, einen erheblichen Mangel in der Durchführung der Beschlüsse des XI. Plenums und unserer ZK-Tagungen. Uns zwar ist es in diesem Fall die ungenügende Konkretisierung unserer Analyse und unserer Perspektive und ihre mangelhafte Popularisierung unter den Massen, die die Grundlage für solche sektiererischen Fehler wie das Abgleiten auf den individuellen Terror abgibt.

*

Es ist nicht Aufgabe dieses Artikels, auf die großen und positiven Erfolge hinzuweisen, die wir im letzten Jahre erreichten. Auch beschäftigen wir uns hier nicht mit verschiedenen wichtigen Schwächen unserer revolutionären Praxis (Streikführung, Einheitsfrontpolitik, RGO, Betriebsarbeit, Arbeit unter der Jugend usw.). Auch diese Fragen hängen naturgemäß mit den hier behandelten Problemen zusammen.
Was zeigt sich also? Es erweist sich, daß trotz der großen Erfolge unserer Partei ihr theoretisches Niveau, das ideologisch-politische Niveau unserer Parteiarbeit, ungenügend ist und einer wesentlichen Besserung unbedingt bedarf. Sind unsere Beschlüsse einwandfrei und richtig? Niemand kann es bestreiten. In diesem Artikel wurde der Versuch gemacht, an Hand des XI. Plenums des EKKI den Nachweis zu führen, daß alle die angeführten Abweichungen, Schwächen und Fehler unmöglich gewesen wären bei einem genügenden, gründlichen Studium der Ergebnisse des XI. Plenums.
Oder sind es vielleicht Mängel in den Beschlüssen der deutschen Partei, auf Grund deren sich die gezeigten ideologischen Schwächen und Fehler erklären lassen? Auch das trifft nicht zu. Man braucht dazu nur aus der Resolution des Zentralkomitees der KPD im Mai über die Beschlüsse des XI. Plenums des EKKI einige wichtige Sätze zu zitieren, die sich gerade mit jenen Fragen beschäftigen, in denen sich in unserer Arbeit Schwächen und Abweichungen von der Linie des XI. Plenums ergeben haben. Es heißt in der Resolution:

„In der gegenwärtigen Periode geht die Bourgeoisie dazu über, immer stärker faschistische Herrschaftsmethoden anzuwenden. Doch ist es unrichtig, anzunehmen, daß die faschistische Diktatur unter allen Umständen und in allen Ländern zwangsläufig die einzige Form der kapitalistischen Herrschaft werden müsse. Die faschistische Diktatur stellt keineswegs einen prinzipiellen Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie dar, unter der auch die Diktatur des Finanzkapitals durchgeführt wird. Im Übergang von den demokratischen zu faschistischen Herrschaftsmethoden drückt sich vielmehr lediglich ein Wandel in den Formen, ein organischer Übergang von der verschleierten und versteckten zur offenen und unverhüllten Diktatur, nicht eine Veränderung des Klasseninhalts aus.
In Deutschland versucht die SPD, als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, die Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur, das Kabinett Brüning als das „kleinere Übel“ gegenüber einer Naziregierung hinzustellen, um dadurch den faschistischen Charakter der Herrschaftsmethoden der Brüningregierung zu vertuschen. Hier würde jede Tendenz einer liberalen Gegenüberstellung von Faschismus und bürgerlicher Demokratie als prinzipiell gegensätzlicher Systeme im besonderen Maße eine Unterstützung des sozialdemokratischen Betrugs der Arbeitermassen und eine Abschwächung des Massenkampfes gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur bedeuten.
Eine besonders raffinierte Rolle im sozialdemokratischen Massenbetrug spielen gegenwärtig wieder die „linken“ Sozialdemokraten. Um die gegen die klassenverräterische Politik der SPD empörten und sich von ihr loslösenden Massen bei dieser Partei zu halten, führen sie eine demagogische Opposition ohne jede politische Konsequenz durch…
In Deutschland vollzieht sich zur Zeit eine Steigerung der Voraussetzungen der revolutionären Krise. … Aufgabe der Partei ist es, durch die von ihr geführten Kampfaktionen der Massen diesen Prozeß im Rahmen der objektiven Bedingungen zu fördern und sein Tempo zu beschleunigen...
Die Preußenpolitik der SPD ist die Hauptstütze dieses Brüningkurses und hat das schwarz-rot-goldene Preußen zu einem Hort der finsteren Reaktion in Deutschland gemacht. Der Kampf gegen die Preußenregierung ist deshalb ein entscheidender Teil unseres allgemeinen Massenkampfes gegen die Kapitalsdiktatur und den Faschismus…“

Diese wenigen Sätze aus der Resolution des Mai-Plenums des ZK. der KPD mögen als Beweis dienen, daß bei einer gründlichen Auswertung unserer Beschlüsse in der gesamten Parteiarbeit die angeführten Fehler unterblieben wären. Man muß es aber aussprechen, daß in unserer Partei, trotz ihrer großen Erfahrungen, trotz ihrer bolschewistischen Entwicklung und ihres Reifungsprozesses zum Leninismus, noch kleinbürgerliche Schwächen einer Vernachlässigung der theoretisch-politischen Arbeit und des ernsten Studiums der Beschlüsse der Komintern und des Zentralkomitees vorhanden sind. Wenn auch nur vereinzelt, so sind doch, Stimmungen vorhanden, in denen sich ungenügendes Verständnis für die untrennbare Verbundenheit von revolutionärer Theorie und revolutionärer Praxis ausdrückt. Stimmungen, die bisweilen gerade bei der Erörterung theoretischer Fragen im Zusammenhang mit

Tagungen der Komintern und des Zentralkomitees der Partei laut wurden. Es gibt Genossen, die bei der Erörterung solcher Probleme glauben, man müsse nun „von der hohen Warte der Theorie wieder auf die ebene Erde der rauhen Praxis hinabsteigen." Solche Stimmungen und Tendenzen haben mit bolschewistischen Auffassungen nichts gemein. Jedes Nachgeben gegenüber solchen Stimmungen bedeutet Vernachlässigung der inneren politischen Erziehungsarbeit unserer Partei und damit Abschwächung unserer praktischen Massenarbeit. Ohne die Verstärkung und wesentliche Vertiefung dieser Erziehungsarbeit kann der notwendige Zweifrontenkampf gegen die Hauptgefahr des rechten Opportunismus und die „linken" Abweichungen nicht erfolgreich geführt werden. Wir müssen die Beschlüsse der Tagungen der Kommunistischen Internationale und unseres Zentralkomitees leidenschaftlicher, ernster und aktiver in unseren Reihen studieren und zur richtigen Durchführung in den proletarischen Massen bringen.
Wir müssen, gerade wenn wir in unserer revolutionären Praxis das Zurückbleiben der Partei hinter den objektiven Möglichkeiten des revolutionären Aufschwungs liquidieren wollen, eine entschlossene Wendung zur Überwindung der Schwächen auf theoretischem Gebiet machen. Das ist keine Frage, die nur die Spitzenfunktionäre der Partei, die oberen und mittleren Leitungen Angeht, sondern eine Frage unserer gesamten Parteiarbeit, ‘vom Zentralkomitee bis zur Zelle.
Diese Arbeit in Angriff nehmen, die Linie der Partei ausrichten, das Feuer auf alle Schwächen, Abweichungen und Fehler konzentrieren und dabei das Niveau der gesamten Partei heben, die Einheit zwischen Theorie und Praxis im Sinne des Leninismus herstellen - das alles bedeutet: die Voraussetzungen für noch größere Erfolge der revolutionären Massenarbeit, für einen noch stärkeren Vormarsch des Kommunismus schaffen!
Diese theoretische Arbeit und das Bestreben, alle Probleme schärfer und prinzipieller zu stellen, ist auch eine Voraussetzung dafür, daß die Partei an die große Aufgabe herangehen kann, die ihr vom VI. Weltkongreß der Komintern gestellt wurde: die Schaffung eines Programms der deutschen Partei bis zum VII. Weltkongreß zu ermöglichen.
Auf dem XI. Plenum des EKKI war es vor allem auch Genosse Piatnitzki, der die Arbeit aller Sektionen der Kommunistischen Internationale auf den verschiedensten Gebieten einer gründlichen Überprüfung und Kritik unterzog. Für die Aufgaben, die wir im Sinne der Liquidierung der in diesem Artikel geschilderten Schwächen stellen, gilt das gleiche, was Genosse Piatnitzki am Schluß seiner Rede auf dem XI. Plenum sagte:

„Man muß entschieden alles aus dem Wege räumen, was eine wirkliche Wendung in der Arbeit der Partei, des Kommunistischen Jugendverbände, der Roten Gewerkschaften und der Gewerkschaftsopposition hindert, damit die Komintern, die Profintern und alle ihre Sektionen erfolgreich das Proletariat organisieren, führen, und in den kommenden Kämpfen gegen die Diktatur der Bourgeoisie, für die Diktatur des Proletariats zum Siege führen können."

Wir müssen uns daran gewöhnen, jeden Schritt unserer täglichen Praxis des revolutionären Klassenkampfes mit dem höchsten Maßstab revolutionärer Theorie zu messen. Nur dann werden wir das Maß an Verantwortlichkeit verwirklichen, das eine revolutionäre Partei in allen ihren Teilen jederzeit bekunden muß. Es ist klar, daß die Direktiven des Zentralkomitees in allen politischen Fragen bis herab zur kleinsten Zelle einer verhältnismäßig langen Weg zurücklegen. Dabei besteht die Gefahr, daß diese Direktiven, bis sie zu den Mitgliedern gelangen, oft weniger qualifiziert, weniger präzis formuliert, abgeschwächt oder unter Umständen sogar ein wenig „verbogen" werden, manchmal sogar überhaupt „verloren" gehen. Das ist zum Teil in den Schwierigkeiten und dem Tempo der revolutionären Massenarbeit unserer Partei begründet. Ein bedeutender Schutz gegen solche Erscheinungen aber ist die verstärkte Arbeit für die allgemeine Hebung des theoretischen Niveaus der Partei, die allgemeine politische Schulung und Festigung unserer Kaders.

Mit der Zuspitzung der Klassensituation, der Verschärfung des Klassenkampfes und dem Wachstum der revolutionären Bewegung steigen die Aufgaben und die Anforderungen an die Partei. Die Entwicklung der Partei zeitigte einen inneren Umwandlungsprozeß unseres Funktionärkörpers, der an vielen Stellen neue, jüngere Elemente an die Stelle solcher Genossen brachte, die mit der revolutionären Entwicklung vorübergehend oder ständig nicht Schritt zu halten vermochten. Das hat dazu geführt, daß in den letzten ein bis zwei Jahren ungefähr die Hälfte unseres Funktionärstabes erneuert wurde. Diese Entwicklung ist zweifelsohne zu begrüßen. Aber sie bringt mit sich die große Pflicht für die Partei, diesen jüngeren Genossen durch ständige unermüdliche politischideologische Erziehungsarbeit das geistige Rüstzeug zu verschaffen, dessen sie für ihre verantwortungsvolle Arbeit bedürfen. Nur dann werden sie als Vorbild für ihre Klassengenossen zu wirklichen Führern der Arbeiterklasse werden, die mit dem Arbeiterleben zutiefst verbunden sind und bei der schöpferischen Entfaltung der Initiative der Massen durch unsere revolutionäre Arbeit den höchsten Elan entwickeln.

Die gefestigte Einheit der Partei, die sowohl ein Produkt ihres inneren Reifungsprozesses wie der allgemeinen Konsolidierung der revolutionären Klassenkräfte ist, sichert die Partei im wesentlichen vor der Entstehung parteifeindlicher Strömungen, Gruppierungen oder gar Fraktionen. Um so mehr ist die Partei gerade auf Grund ihrer Einheit verpflichtet, ihre Arbeit jederzeit mit offener und uneingeschränkter bolschewistischer Selbstkritik zu überprüfen und zu verbessern. Der Bolschewismus, gewachsen im unversöhnlichen Kampf gegen den rechten Opportunismus und den Trotzkismus, muß uns allen als ein besonderes Beispiel und Vorbild dienen.

Die Erziehung der Partei ist stets auch Arbeit für die Steigerung ihrer Kampfkraft. Wenn wir mit allen Kräften daran gehen, das politische Niveau unserer Partei zu heben und zu verbessern, so ist das zugleich Arbeiten an den Massen und für die Massen, um die Partei und mit ihr die Arbeiterklasse aktionsfähiger für die großen und schweren Aufgaben des revolutionären Freiheitskampfes gegen die Diktatur der Bourgeoisie, für die Diktatur des Proletariat* zu machen!

Die Internationale,
Heft 11/12/1931

Schmiedet die rote Einheitsfront!

Der Hungerwinter hat begonnen. Das herrschende Finanzkapital, die regierende Bourgeoisie führt neue Schläge gegen das Proletariat, neue Schläge gegen alle Werktätigen. Alle Lasten der kapitalistischen Krise, alle Bürden der Tributsklaverei, der das deutsche Volk durch die verbrecherische Politik der deutschen Bourgeoisie im Bunde mit dem internationalen Finanzkapital unterworfen ist, werden auf die Schultern der Massen abgewälzt. Not und Reaktion nehmen ein unerträgliches Maß an. Die Diktatur der Bourgeoisie wird mit verschärften Formen durchgeführt. Die Regierungen Brüning-Groener und Braun-Severing erlassen Woche für Woche neue Notverordnungen. Während den bankrotten Kapitalisten Hunderte und Tausende von Millionen Mark aus den Steuergroschen der Werktätigen in den unersättlichen Rachen geworfen werden, um ihren gefährdeten Profit zu sichern, werden den Arbeitern die Löhne abgebaut, den Erwerbslosen die Unterstützung geraubt, den Beamten und Angestellten die Gehälter, wird die Schlinge um den Hals des notleidenden Mittelständlers und des schaffenden Bauern noch fester zugezogen. Die Hungerpeitsche des Kapitals saust auf alle Schichten der arbeitenden Bevölkerung nieder.

Sollen wir Zahlen des Elends nennen? Ziffern der Selbstmordstatistiken? Sollen wir die immer kärglichere Lohntüte des Proleten mit den Diäten der Aufsichtsräte, der Generaldirektoren, der Großbankiers und der subventionierten Großgrundbesitzer vergleichen? Sollen wir die hungernden nach Arbeit rufenden Erwerbslosen, das Los ihrer Familien und ihren nach Brot schreienden Kinder mit den Satten und Reichen der kapitalistischen Bande vergleichen? Im Deutschland der Notverordnungen spricht die stumme Not, das nackte Elend der Massen eine viel zu beredte Sprache, als daß wir noch dokumentarischer Beweise für diese Ausplünderung der Arbeiterklasse und der Werktätigen in Stadt und Land bedürfen. Während die Bourgeoisie immer neue Hungermaßnahmen gegen die Massen durchführt und sich dabei der schrankenlosen Liebesdienste der Sozialdemokratie bedient, während im Wirtschaftsbeirat der Brüningregierung und ihrer Braun-Severing-Filiale in Preußen die sogenannten Gewerkschaftsführer aller Schattierungen einträchtig an dem neuen Raubzug gegen die Arbeitenden mitwirken und diese Mitwirkung unter einigen leeren Phrasen nichtssagender Proteste zu verschleiern suchen, verstärkt vom anderen Flügel der kapitalistischen Front her die Hitlerpartei ihre Bemühungen an der Knechtung und Auspowerung des Volkes „mitwirken“ zu dürfen.

Der tiefe Verrat der Sozialdemokratie an allen Interessen der Arbeiter und des werktätigen Volkes treibt immer breitere Massen der enttäuschten Kleinbürger, Angestellten, Bauern und auch Teile von Arbeitern, die bisher im Lager der bürgerlichen traditionellen Parteien standen, in die Reihen der Hitlerpartei. Wenn es keine Kommunisten und keine Revolutionäre Gewerkschaftsopposition gäbe, würden auch Zehntausende, Hunderttausende der sozialdemokratischen Arbeiter aus der Mitgliedschaft und Gefolgschaft der SPD, dank der Politik der Wels und Breitscheid, Braun und Severing bei Hitler landen. Es gibt nur eine Mauer, die diese Arbeiter abhält und auffängt: die Front des revolutionären Klassenkampfes.

Indem die Sozialdemokratie und reformistische Gewerkschaftsbürokratie bei besonderen Gelegenheiten noch immer den Namen des „Marxismus“ für ihren Klassenverrat mißbrauchen und ihn so schänden, treiben sie Wasser auf die Mühlen der verlogenen nationalsozialistischen und sonstigen bürgerlichen Agitation „gegen den Marxismus“. Ohne die SPD gäbe es keinen derartigen Aufstieg der Hitlerbewegung in Deutschland. Ohne das Verbot des Roten Frontkämpferbundes durch die Sozialdemokratie gäbe es keine Welle des faschistischen Mordterrors, dem heute bereits nicht nur Kommunisten und ehemalige Mitglieder des RFB, sondern auch sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiter zum Opfer fallen. Ohne die Beispiele, die Severing, Grzesinski, Schönfelder, Zörgiebel und alle die anderen mit ihren Presse-, Demonstrations- und Versammlungsverboten gegeben haben, gäbe es keinen Klagges, den nationalsozialistischen Innenminister von Braunschweig, der es sich

leisten kann, auch SPD-Zeitungen zu verbieten. Ohne die Streikbruchtaktik der reformistischen Bürokratie, der sozialdemokratischen ADGB-Führer gäbe es keine faschistische Massenpartei in Deutschland, die sich eine „sozialistische Arbeiterpartei!“ nennen und doch ganz offen den Kampf gegen den Klassenkampf als oberstes Ziel proklamieren und fast ebenso offen ihre Anhänger als Streikbruchhorden für die Unternehmer aufmarschieren lassen kann.

Die Sozialdemokratie erzählt stets den Arbeitern, Hitler allein sei der Faschismus und Brüning dagegen sei der letzte Schutzwall der „Demokratie“. Jetzt, nach der Enthüllung des ungeheuerlichen Arbeitermord-, Streikbruch-, Hunger- und Zuchthausprogramms der Nazis, machen die Reichsbannerführer Versammlungen mit dem Appell an die Brüningregierung: „Staat greif zu!“ und wollen damit die Arbeiter bewußt täuschen, man könne mit demselben Brüning, der ständig mit Hitler Koalitionsverhandlungen führt, gegen den Faschismus kämpfen. Wieder tun die sozialdemokratischen Führer alles, um die Entfaltung der Massenkraft der sozialdemokratischen Arbeiter in der roten Einheitsfront des Kampfes, die Entfaltung der eigenen proletarischen Klassenkraft zu hemmen.

Wir sagen den Arbeitern: Der Faschismus ist eine Waffe der Ausbeuter. Faschismus und Demokratie sind nur zwei Formen ein und derselben Sache und diese Sache heißt: kapitalistische Klassenherrschaft, Diktatur der Bourgeoisie!

Die sozialdemokratischen Führer haben sich heute mit einem bevorstehenden Regierungseintritt der Nationalsozialisten als einer feststehenden Tatsache abgefunden. Fast anderthalb Jahre lang hat die SPD ihre Tolerierungspolitik für Brüning vor den Massen mit dem verlogenen betrügerischen „Argument“ verteidigt, es gälte, ein „kleineres Übel“ gegenüber dem Hitlerfaschismus zu unterstützen und dadurch Hitler abzuwehren. Diese Politik hatte in Wirklichkeit nur den einen Sinn: die Massen vom Kampf gegen die wirkliche Diktatur der Bourgeoisie, gegen das wirkliche Übel abzuhalten und damit der fortschreitenden Reaktion, die Severing hieß, die Brüning hieß, die nötige Deckung bei den Massen zu verschaffen. Brüning, Braun und Severing haben regiert - dank der Sozialdemokratie. Sie haben Notverordnungen über Notverordnungen erlassen. Sie sind einen Schritt nach dem anderen weiter im Kurs der Verschärfung der politischen und sozialen Reaktion gegangen.

Nun folgt die zweite Etappe dieser Politik des „kleineren Übels“. Die SPD-Führer wollen in Deutschland gegenüber Hitler einige Etappen jenes Weges überspringen, der den Reformisten d’Arragona in Italien erst nach Jahren des faschistischen Regimes offen an die Seite Mussolinis führte. Abkürzen, heißt die Parole der Breitscheid und Wels. Und so verkünden, angesichts der wachsenden Neigung der Bourgeoisie, ihren nationalsozialistischen Handlangern einige Plätze mehr an der Futterkrippe des kapitalistischen Staatsapparates einzuräumen, die sozialdemokratischen Führer: eine Brüning-Hitler-Regierung sei immer noch besser als eine Hitlerregierung allein, immer noch ein „kleineres Übel“.

Aber weil die SPD-Führer seit Jahren aus dem Niedergang ihres Masseneinflusses gelernt haben, daß sie den Bogen ihrer arbeiterfeindlichen Politik gegenüber den eigenen Anhängermassen zu scharf gespannt haben, soll das neueste Manöver mit den plötzlichen Phrasen der Breitscheid und Co. über „Einheitsfront gegen den Faschismus“ verschleiert werden. So wie im Kriege die moderne Armee ihre Manöver, ihre Angriffe unter einer künstlichen Nebelwand zu verstecken sucht, so treibt es die SPD bei ihren neuesten Etappen des Arbeiterverrats. Bilden sich die sozialdemokratischen Führer wirklich ein, die deutschen Arbeiter hätten vergessen, was ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter von der Tribüne des „hohen Hauses“ verkündete: Lieber zehnmal mit Groener, zehnmal mit den Monarchisten, zehnmal mit dem Reichswehrgeneral als einmal mit den Kommunisten!? Bilden sie sich wirklich ein, die Arbeiter hätten das sozialdemokratische Wort des Hamburger Abgeordneten Dahrendorf vergessen: Lieber zehn Nazis als einen Kommunisten im Präsidium der Hamburger Bürgerschaft!? Sie unterschätzen das Gedächtnis und den Verstand der deutschen Arbeiter gründlich.

Wir sagen den Arbeitern: der Faschismus beginnt nicht, wenn Hitler kommt, er hat längst begonnen. Wir sagen den Arbeitern, gegen eine zukünftige, noch offenere und skrupellosere Form der kapitalistischen Diktatur kann man nicht kämpfen, indem man heute den Kapitalismus schont, toleriert, unterstützt, sondern indem man in jeder Stunde den Hauptstoß gegen die tatsächliche Diktatur der Bourgeoisie und ihre entscheidenden Stützen richtet!

Der freche Betrug der Sozialdemokratie an den Massen entlarvt sich heute selbst. Anderthalb Jahre Tolerierungspolitik für Brüning, angeblich um Hitler abzuhalten, und was ist der Erfolg? Die Ministersessel für die Naziminister werden instand gesetzt. So wie die SPD diese Entwicklung als entscheidende Kraft im Dienste der bürgerlichen Diktatur durch ihre Politik des „kleineren Übels" ermöglichte und herbeiführte, so wird auch bei einer etwa kommenden Hitlerregierung die Sozialdemokratie mit den neuen Auflagen ihrer Theorie des „kleineren Übels" die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie bleiben!

Den Kampf gegen eine drohende Hitlerregierung oder Hitler-Brüning-Regierung vorbereiten - das heißt gegen die heutigen Brüning-Braun-Severing-Regierungen den schärfsten Kampf führen! Die Sozialdemokratie und der ADGB, die noch immer trotz der wachsenden Rebellion ihrer eigenen Anhänger Hunderttausenden, ja Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen die Hände fesseln, um sie vom Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie abzuhalten, um sie vom Streik gegen die Lohnraubpläne der Unternehmer zurückzuhalten, um sie vom Massenkampf gegen den faschistischen Terror fernzuhalten, sind neben der Preußenregierung Braun-Severings die wichtigsten Bollwerke für das heutige Brüning-Deutschland und werden die wichtigsten Bollwerke auch für ein Hitler-Deutschland sein.

Der Übergang der Bourgeoisie von der verschleierten Diktatur hinter der demokratischen Fassade zur offenen und unverhüllten vollentfalteten faschistischen Diktatur - ein Wechsel in den Methoden, nicht im Klasseninhalt - kann nur erfolgen, wenn die Bourgeoisie bei dieser Verschärfung ihres Angriffs Massen der werktätigen Bevölkerung und auch Massen des Proletariats in ihre faschistische Front einzureihen vermag. Die Spekulation des Finanzkapitals auf die Hitlerpartei hat in dieser Hinsicht nur zum Teil gewisse Erfolge zu verzeichnen. Das Eindringen der Nazis in die Front der Betriebsarbeiterschaft ist vom Standpunkt der faschistischen Reaktion nicht ausreichend. Aber die Sozialdemokratie liefert diese Basis für die Diktatur der Bourgeoisie heute, wo das Firmenschild Brüning-Braun-Severing-Regierung heißt, morgen, wo es vielleicht Hitler-Brüning-Severing heißen wird.

Den Faschismus schlagen, das heißt die Arbeiterklasse aus den Banden der Sozialdemokratie und des Reformismus erlösen! Das ist es, was wir der deutschen Arbeiterklasse unermüdlich Tag für Tag, Stunde für Stunde einschärfen müssen! Wenn die Kommunistische Partei den Hauptstoß ihres Kampfes gegen die verräterische sozialdemokratische Führerschaft, gegen die verräterische ADGB-Bürokratie richtet, so deshalb, weil dies der Weg ist, um die Macht des Proletariats im Klassenkampf gegen den Kapitalismus voll und siegreich in die Waagschale der Geschichte werfen zu können. Unbezwinglich ist die Arbeiterklasse, wenn sie in ihrer entscheidenden Mehrheit zum vollen Klassenbewußtsein erwacht und sich auf die ganze Höhe ihrer geschichtlichen Aufgabe als die fortgeschrittenste, als die Klasse der Zukunft erhebt. Die Kommunistische Partei, die als einzige Partei auf dieser Klassenlinie des Proletariats marschiert, dieses geschichtliche Klassenziel der Arbeiterklasse verficht, und darum die einzige Partei der Arbeiterklasse ist, arbeitet zäh, unaufhaltsam und mit kaltblütiger Entschlossenheit an diesem Werk: die Mehrheit des Proletariats unter dem Banner des revolutionären Marxismus zum Kampf für die eigenen Klassenziele zu sammeln! Ohne diesen Kampf, den die Kommunistische Partei mit unbeugsamer Entschlossenheit führt, wäre die Faschisierung Deutschlands heute schon tausendmal weiter fortgeschritten, als dies jetzt der Fall ist.

Jahrelang vollzieht sich bereits in Deutschland der Vormarsch des Kommunismus. In jeder neuen Wahl, als einen gewissen Gradmesser für den Stand der Klassenkräfte, spiegelt sich das Wachstum des kommunistischen Einflusses. Und dieses Wachstum verkörpert zugleich die

Kraft der Arbeiterklasse in Deutschland. Denn nur im Lager des revolutionären Klassenkampfes vermag das Proletariat seine Stärke zu entfalten und anzuwenden. Reformistische Verseuchung bedeutet Ohnmacht, bedeutet Selbstmord des Proletariats. Kommunistische Aufklärung bedeutet Entfaltung der Kampfkraft, des kühnen Elans der Arbeiterklasse.

Die Kommunistische Partei kennt kein Parteiinteresse, das neben dem Klasseninteresse des Arbeiters steht. Ihre „Parteipolitik" ist Politik der Arbeiterklasse. Darum ist die Kommunistische Partei allein imstande, sich mit dem Ruf nach der kämpfenden roten Einheitsfront an die proletarischen Massen zu wenden, ohne Hintergedanken, ohne taktische Manöver, ohne Vorbehalt und ohne Bedingungen, außer der einen: daß diese Einheitsfront, die wirkliche Einheitsfront, geschmiedet wird zum Kampf für die Klasseninteressen des Proletariats, zum Kampf gegen das Kapital, gegen die Bourgeoisie, gegen den Klassenfeind!

Wir rufen die sozialdemokratischen Arbeiter auf, Schulter an Schulter mit uns zu kämpfen. Wir machen ihnen diesen Einheitsfrontvorschlag in ehrlicher und brüderlicher Absicht. Wir reichen ihnen aufrichtig und kameradschaftlich unsere Hand. Wir stehen ihnen zur Seite in ihren täglichen Nöten und Kämpfen. Wir vergessen niemals einen Augenblick, daß sie unsere Klassenbrüder sind, die genau so leiden und ausgebeutet sind wie alle Arbeiter in Deutschland. Deswegen schmieden wir mit ihnen gemeinsam die rote Einheit.

Wir fordern nicht von ihnen, daß sie sich von heute auf morgen plötzlich in Kommunisten verwandeln, unser Programm, unser Endziel anerkennen und das sozialdemokratische Mitgliedsbuch mit unserem vertauschen sollen. Wir fordern nur eines von ihnen: daß sie mit uns gegen den Klassenfeind kämpfen!

Wer bereit ist, mit uns Kommunisten und der RGO gegen den Lohnraub der Unternehmer zu streiken, der ist, gleich ob Organisierter oder Unorganisierter, unser Bundesgenosse, unser Kampfgefährte!

Wer bereit ist, mit uns gemeinsam den Kampf gegen die Notverordnungs- und Diktaturpolitik der Bourgeoisie der Brüning-Braun-Severing-Regierungen aufzunehmen, mit dem wollen wir Schulter an Schulter zusammenstehen.

Wer bereit ist, mit uns gemeinsam den Selbstschutz der Arbeiterklasse und der Werktätigen gegen faschistischen Terror durchzuführen, mit dem wollen wir zusammengehen!

Wer im Kampf gegen Wuchersteuern, im Mieterstreik, im Kampf gegen Exmissionen und Zwangsversteigerungen in Stadt und Land seinen Mann stehen will, dem gilt unser Appell!

Wer mit uns den Massenkampf der Erwerbslosen, ihre Massenaktionen für Arbeit, Brot, für Winterhilfe, zur Durchsetzung ihrer Forderungen und aller Notleidenden, gegen den Unterstützungsraub der Bourgeoisie organisieren will, der ist uns willkommen!

Unsere Kampfforderungen, die nichts anderes sind als die proletarischen Forderungen der Arbeiterklasse selber, sind der beste Beweis dafür, daß der Ruf nach der roten Einheitsfront für die KPD keine „Parteisache" ist, sondern Politik der Klasse, Politik des Proletariats! Denn wir waren, wir sind, und werden es immer sein, was Karl Marx und Friedrich Engels im „Kommunistischen Manifest" aufzeigten: die Avantgarde des Proletariats, die kein anderes Ziel kennt, als das Klassenziel des Proletariats und die diesem Klassenziel alle Teilinteressen und Sonderinteressen unterordnet.

Unsere ganze Kraft gilt dem einen Ziel, die rote Einheitsfront des Kampfes gegen Not und Reaktion zu schmieden, die Massen zu sammeln und vorwärts zu führen: gegen Brüning, Braun, Severing! Gegen Hitler und Hugenberg! Gegen Lohnräuber, Streikbrecher und faschistische Arbeitermörder! Gegen die Diktatur der Bourgeoisie! Für den Klassenkampf des Proletariats! Für den Sieg des Sozialismus!

Wir werden den Faschismus niederringen. Die Arbeiterklasse wird und muß siegen!

Die Rote Fahne,
29.11.1931

Das Zentrum, die führende Partei der deutschen Bourgeoisie

Die letzten politischen Ereignisse - Erlaß der Notverordnung und Brüningrede - haben erneut die Richtigkeit der kommunistischen Analyse der- Klassenkämpfe in Deutschland und unserer Strategie erhärtet. Die Brüningregierung im Reich und ihre Braun-Severing-Filiale in Preußen als Träger der Diktatur der Bourgeoisie treten mit der neuen Notverordnung klarer und unverhüllter als je zuvor in Erscheinung. Unwiderleglich erweist es sich, wie recht die Kommunistische Partei hat, in den Brüning-Braun-Severing-Regierungen die entscheidenden Träger der faschistischen Politik der deutschen Bourgeoisie zu bekämpfen, die ihrerseits die Faschisierung, das heißt den Übergang zu den faschistischen Formen und Methoden bei der Ausübung der Diktatur, in der Praxis betreiben. Im Rahmen dieser allgemeinen Bestätigung unserer Analyse und Strategie durch die jüngsten politischen Tatsachen zeichnet sich auch die Rolle des Zentrums, als der führenden Partei der deutschen Bourgeoisie, mit besonderer Deutlichkeit ab.

Worauf kommt es an, um die erfolgreiche Durchführung der Politik unserer Partei zu sichern? Notwendig ist die Selbstverständigung der Massen über die wirkliche Lage, über die Rolle der Bourgeoisie, der Sozialdemokratie und Nationalsozialisten und über deren Wechselbeziehungen, sowie über die Notwendigkeit - im Rahmen des Kampfes gegen den Hauptfeind, gegen die Diktatur der Bourgeoisie - den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie als die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie zu richten. Es ist klar, daß hierbei volle Klarheit in unseren eigenen Reihen über alle mit diesen Fragen zusammenhängenden speziellen Probleme unbedingt erforderlich ist. Ein volles Verständnis vor allem auch für die besondere Rolle des Zentrums, das in den letzten Jahren in immer stärkerem Maße die entscheidenden Schichten des deutschen Finanzkapitals und ihre Politik repräsentiert.

Dem Zentrum, seiner Politik, seiner Struktur und seiner Vergangenheit ist deshalb der nachfolgende Artikel gewidmet. Die Partei hat sich mit der Bedeutung des Zentrums auf Grund der politischen Entwicklung der letzten Jahre schon mehrfach auseinandergesetzt. Auf verschiedenen Tagungen des Zentralkomitees wurde die Rolle des Zentrums als der führenden Partei der deutschen Bourgeoisie in stärkerem oder schwächerem Ausmaß behandelt. Aber es bleibt doch eine Tatsache, daß für unsere praktische Arbeit die notwendigen Konsequenzen aus diesen Feststellungen bis heute noch ungenügend gezogen wurden. Erst in den letzten Wochen stellte deshalb das Polbüro des Zentralkomitees der Partei die Frage des Zentrums und seiner Bekämpfung im Zusammenhang mit der letzten Zentrumstagung auf seine Tagesordnung und faßte eine Reihe von Beschlüssen, die dabei helfen sollen, die Schwächen unserer revolutionären Massenarbeit im Kampf um die Gewinnung der christlichen Arbeiterschaft zu überwinden. Dieser Artikel soll also zwei Aufgaben dienen: Einerseits soll er durch die Klärung der Rolle des Zentrums dazu beitragen, das theoretische Verständnis für die gesamte Politik der Partei, für ihre Beurteilung der Lage, der Gruppierung der Kräfte des Klassenfeindes und der bevorstehenden Entwicklung, sowie für ihre Strategie im Kampf gegen den Klassenfeind zu vertiefen; zum anderen bestimmte ideologische Grundlagen für die Verbesserung unseres Kampfes gegen das Zentrum, vor allem in den katholischen Gebieten Deutschlands, zu schaffen.

Die wichtigste Aufgabe unserer Untersuchung ist es, zu prüfen, auf Grund welcher Hauptfaktoren sich die heutige Rolle des Zentrums als führender Partei der deutschen Bourgeoisie ergibt. Die Beantwortung dieser Frage ergibt acht Hauptpunkte, in die sich diese Faktoren gliedern lassen. Bevor wir auf einige dieser Punkte, entsprechend ihrer besonderen Bedeutung vom Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes, ausführlich eingehen, ist es notwendig, diese Hauptfaktoren zunächst zu umreißen. Um welche Punkte handelt es sich?

Erstens: Das Zentrum repräsentiert als Partei das Klassenbündnis zwischen Industriekapitalisten und Großagrariern zur gemeinsamen Ausplünderung der werktätigen Massen. Seine Führung liegt völlig in den Händen von Schwerindustriellen und

Großagrariern, wobei der ausschlaggebende Einfluß des rheinisch-westfälischen und schlesischen Feudaladels, der neben großagrarischen Starke schwerindustrielle Interessen vertritt, eine wichtige Rolle spielt. Das Zentrum wird damit zu derjenigen politischen Kraft, die einen Ausgleich zwischen dem Streben der Schwerindustrie nach Industrie-Zöllen und dem der Großagrarier nach Agrarzöllen herbeiführt, was selbstverständlich nur auf Kosten der breiten Massen und unter teilweiser Zurückdrängung der Interessen der Fertigwarenindustrie möglich ist.

Zweitens: Das Zentrum ist die einzige großbürgerliche Partei mit einer bestimmten Massenbasis, die bis heute „relativ stabil geblieben ist. Wir werden noch ausführlicher auf die für unsere Politik besonders wichtige Tatsache der Transmissionsriemen, die das Zentrum mit den Massen der christlichen Arbeiter und der Jugend verbinden, eingehen. Gerade durch diese seine Massenbasis wird das Zentrum trotz seiner Bindung an bestimmte Teile der Großbourgeoisie, an Schwerindustrie, und Großagrarier, doch zu einer Partei, deren Politik stärker das Gesamtinteresse der kapitalistischen Klasse verkörpert, als bestimmte Spezialinteressen. Dadurch unterscheidet sich das Zentrum z. B. in einem gewissen Grade von den Deutschnationalen, die vorwiegend eine Interessenvertretung der Junker und von Teilen der Montanindustrie darstellen, wenngleich Hugenberg verschiedentlich Versuche machte, sich als Vertreter der Gesamtinteressen der Bourgeoisie aufzuspielen. Andererseits beruht das Übergewicht des Zentrums gegenüber der Deutschen Volkspartei zweifelsohne auch auf der Tatsache seiner stabilen Massenbasis. Wichtig für die Rolle des Zentrums ist dabei die Art seiner Demagogie. Diese vermeidet auch in der Agitation jede grundsätzlich „gegnerische“ Stellung gegen das kapitalistische System, wie sie etwa die SPD oder die Nationalsozialisten gelegentlich verwenden.

Drittens: Indem das Zentrum mit seiner Politik die Interessenvertretung der Gesamtklasse der Kapitalisten betreibt, ist es nicht an die besonderen inflationistischen Tendenzen der Großagrarier und der Montanindustrie gebunden. Gerade dadurch wird es besonders fähig zur Durchführung der auf Kapitulation gegenüber dem französischen und amerikanischen Imperialismus abzielenden Außenpolitik, wie sie von den entscheidenden Schichten des deutschen Finanzkapitals betrieben wird.

Die hinter den Deutschnationalen und Nationalsozialisten stehenden Montanindustriellen und Großagrarier streben die Inflation in immer stärkerem Maße an, um schuldenfrei zu werden und zum Dumpingexport zu gelangen. Demgegenüber wendet sich z. B. die Chemieindustrie und ihr ausschlaggebender Konzern, die IG-Farben, der zugleich der größte deutsche Konzern überhaupt ist, gegen Inflationstendenzen. Dieser Konzern ist einerseits weniger verschuldet, als z. B. der Stahltrust, der ja vom Zusammenbruch bedroht ist; andererseits liegt der Absatz der IG-Farben zu 70 Prozent auf dem Inlandsmarkt und ist auch, soweit es sich um Exportabsatz handelt, durch internationale Verträge geregelt und verhältnismäßig gesichert.

Diese Teile des Finanzkapitals, die gegenwärtig die entscheidende Rolle spielen, benötigen somit eine Inflation keineswegs so dringend, wie die hinter Hitler-Hugenberg stehenden Schwerindustriellen und Großagrarier. Den Ausschlag für die ablehnende Stellung dieser Schichten des Finanzkapitals gibt der Umstand, daß sie vor den Gefahren zurückschrecken, die die Inflation durch weitere Zuspitzung der Klassengegensätze und Revolutionierung der Massen für die kapitalistische Klassenherrschaft bringt.

Indem das Zentrum die Politik dieser Schichten betreibt, wird es zum Hauptträger jener Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie, die auf Vereinbarungen mit dem ausländischen Finanzkapital hinausläuft und entsprechende Zugeständnisse an den französischen und amerikanischen Imperialismus zu machen bereit ist. Es ist klar, daß das Zentrum diese Außenpolitik, die Erfüllungspolitik, reibungsloser durchzuführen vermag, als z. B. Deutschnationale und Nationalsozialisten.

Viertens: Das Zentrum ist durch seine starken Positionen in Süddeutschland und durch seine Verbindung mit der Bayerischen Volkspartei, die am stärksten die partikularistischen

Tendenzen repräsentiert, diejenige Partei der deutschen Bourgeoisie, die einen Ausgleich zwischen den partikularistischen Ländertendenzen und den Interessen der Reichsgewalt verkörpert. Diese Position des Zentrums unterscheidet sich z. B. deutlich von der gegenwärtigen Rolle der Sozialdemokratie und ihrer Politik. Im Mittelpunkt der gesamten sozialdemokratischen Politik, auch in den Ländern und im Reichsmaßstabe, steht heute die Erhaltung ihrer Positionen in der Preußenregierung. Ihre Reichspolitik stellt - nicht in ihrer Gesamtlinie, die ja durch das Interesse der Bourgeoisie bestimmt ist - wohl aber in ihren einzelnen Maßnahmen und taktischen Schritten teilweise nur Anhängsel ihrer Preußenpolitik dar.

Fünftens: Auch in Preußen verfügt das Zentrum über die entscheidende Schlüsselstellung und ist dadurch diejenige Partei, die vom Standpunkt der Gesamtbourgeoisie am besten die Ausnutzung der Sozialdemokratie als der sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie für die Diktatur der Bourgeoisie sichert und ermöglicht.

Sechstens: Umgekehrt befindet sich das Zentrum durch seine engen Verbindungen zu den rechtsradikalen Wehrorganisationen und durch seine ideologische Verwandtschaft mit der faschistischen Ideologie, auf die wir noch ausführlicher eingehen werden, auch gegenüber den übrigen bürgerlichen Parteien, vor allen den Hitler-Hugenberg-Gruppen, in einer gewissen Schlüsselstellung. Das Zentrum verschafft sich somit in immer stärkerem Maße die Funktion, die Hugenberg sich, bzw. den Deutschnationalen zugedacht hatte: nämlich die Funktion, die Hitler-Partei als die neue faschistische Massenpartei im Sinne der Diktatur der Bourgeoisie zu „kanalisieren“, d. h. zu erziehen und in die richtige Bahn zu lenken.

Siebentens: Das Zentrum verfügt über die stärksten organisatorischen Fundamente innerhalb der Jugend. Während die SAJ nach offiziellen Angaben über 54000 Mitglieder verfügt, was zweifelsohne erheblich zu hoch angegeben ist, während die Hitlerjugend ihre Stärke offiziell mit etwa 20000 beziffert - auf einer Groß-Berliner Funktionärkonferenz wurde jedoch nur eine Zahl von 6000 im Reichsmaßstabe genannt -, verfügt das Zentrum über Jugendorganisationen für männliche und weibliche Jugend mit etwa 1¼ Millionen Mitgliedern. Diese Millionenorganisation der Zentrumsjugend ist nun keine direkte Kampforganisation, wie die vorgenannten anderen faschistischen oder sozialfaschistischen Jugendorganisationen, aber sie hat sich nichtsdestoweniger als eine besonders feste Stütze des Brüningsystems erwiesen.

Ihre große, von unserem Standpunkt außerordentlich schwerwiegende Bedeutung liegt vor allem darin, daß sie eine führende Rolle bei der faschistischen Erziehung der Jugend spielt. Im Vordergrund ihrer Arbeit stehen weltanschauliche, kirchliche Fragen. Der größte Wert wird auf die Aktivierung gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, gegen den Bolschewismus gelegt. Ihrer sozialen Zusammensetzung nach umfaßt die katholische Jugendbewegung Arbeiterjugend, Bauernjugend, städtischen Mittelstand, Studenten und Teile der Jugend der Bourgeoisie. Eine besondere Führerorganisation, die sich vorwiegend aus Priestern zusammensetzt, leitet diese Jugendbewegung.

Es ist klar, daß dieser feste Einfluß auf breiteste Schichten der Jugend die Rolle des Zentrums bei der Durchführung der Diktatur der Bourgeoisie und bei der Faschisierung in den Formen dieser Diktatur außerordentlich verstärkt.

Achtens: Die konterrevolutionäre Holle des Zentrums in Deutschland, wie der katholischen Kirche und des Vatikans im internationalen Maßstabe, wirkt sich gleichfalls in der Richtung aus, daß die Bedeutung des Zentrums als führender Partei der deutschen Bourgeoisie gesteigert wird. Die Tatsache, daß das Zentrum in besonderem Maße für den „Kampf gegen den Bolschewismus“ befähigt ist, das heißt für die faschistische Unterdrückung der revolutionären Arbeiterschaft im Innern und für das Vorgehen gegen die Sowjetunion in der Außenpolitik, diese Tatsache zählt unzweifelhaft zu den wichtigsten Faktoren, aus denen sich die beherrschende Stellung des Zentrums und die Rolle der Brüningregierung ergibt.

Die vorstehenden Faktoren bilden die Hauptgrundlage für die heutige Rolle des Zentrums, die in der Brüningdiktatur ihren Ausdruck findet. Aus dieser Rolle ergibt sich der Charakter der Brüningpolitik, wie er sich sowohl auf der letzten Zentrumstagung, wie auch besonders in der neuen Notverordnung, dem faktischen Belagerungszustand und der Brüningrede aus Anlaß der Notverordnung offenbarte.

*

Die zweite Aufgabe, die wir uns in unserer Untersuchung stellen müssen, ist die Beantwortung der Frage, inwiefern das Zentrum zu den aufgezeigten Funktionen in der gegenwärtigen Politik der deutschen Bourgeoisie und damit seiner heutigen Rolle als führende Partei der deutschen Bourgeoisie gekommen ist. Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir uns in die Vorgeschichte, in die geschichtliche Entwicklung dieser Partei vertiefen.

Wie und wann ist das Zentrum entstanden? Die eigentliche Zentrumspartei wurde 1870 gegründet. Sie war ursprünglich eine preußische Schöpfung und stellte eine Abwehr der katholischen Kreise gegen den in Preußen vorherrschenden Protestantismus und gegen den Liberalismus dar. Durch die Reichsgründung im Jahre 1871 im Anschluß an den deutsch-französischen Krieg entwickelte sich das Zentrum zu einer Reichspartei, die sowohl klassenmäßig, wie ihren politischen Tendenzen nach, zunächst bunt zusammengewürfelt war. Ihre führenden Elemente waren konservativ und zu einem erheblichen Teil antipreußisch, antibismärckisch eingestellt. Insbesondere von Süddeutschland her kamen in der Zentrumspartei sehr starke Tendenzen zum Partikularismus, d. h. zur Unabhängigkeit von der zentralen Reichsgewalt zum Durchbruch. Andererseits ergaben sich gerade hier auch unter den katholischen Elementen Süddeutschlands und der Kleinstaaten bestimmte Gruppierungen, getragen von Handwerkern, Kleingewerbetreibenden, Bauern und Arbeitern, die gegen das Junker-Preußen als Hort der Reaktion eingestellt waren.

Die Führung und Finanzierung der Partei lag schon zu jener Zeit ausschließlich in den Händen des schlesischen und westfälischen Feudaladels, der neben seinen riesigen Gütern starke schwerindustrielle Interessen (Kohle, Eisen, Hütten) hatte. Von diesen Kreisen wurde auch die „Germania“ im Jahre 1871 gegründet, die heute noch das Zentralorgan der Zentrumspartei ist.

In der Zeit nach 1871, bis etwa zum Jahre 1878, kam es zum „Kulturkampf“ Bismarcks gegen das Zentrum. In diesem Kulturkampf wurde die bis dahin uneinheitliche Zentrumspartei infolge ihrer Bedrückung und Verfolgung verhältnismäßig stark zusammengeschweißt. Bismarck stützte sich beim Kulturkampf vornehmlich auf den Liberalismus, d. h. auf die junge kapitalistische Bourgeoisie Deutschlands. Infolgedessen arbeitete das Zentrum bei seiner Abwehr mit einer gewissen antikapitalistischen und Sozialen Demagogie. Gerade dadurch vermochten sich der katholische Klerus und die Zentrumspartei feste Positionen unter der katholischen Arbeiterschaft, vor allem im Westdeutschland, zu sichern.

Lenin schreibt über den „Kulturkampf“ Bismarcks gegen das Zentrum:

„Durch diesen Kampf festigte Bismarck nur den streitbaren Klerikalismus der Katholiken, schädigte er nur die Sache der wirklichen Kultur, denn er rückte statt der politischen Trennungen die religiösen in den Vordergrund und lenkte so die Aufmerksamkeit gewisser Schichten der Arbeiterklasse von den dringenden Aufgaben des Klassen- und Revolutionskampfes in der Richtung eines ganz oberflächlichen und bürgerlich verlogenen Antiklerikalismus ab.“

Die weitere Entwicklung der Zentrumspartei, die sie aus einer Oppositionspartei gegen das Bismarcksche Preußen-Deutschland zu einer festen Stütze des sich entfaltenden deutschen Imperialismus machte, hatte verschiedene Wurzeln. Bismarcks Kulturkampf endete mit einer Schlappe. Nachdem er ungefähr 1875 seinen Höhepunkt erreicht hatte, wurde der

Kulturkampf im Rahmen der Bismarckschen Politik 1878 mit dem Erlaß des Sozialistengesetzes durch den Kampf gegen die Sozialdemokratie abgelöst. Der erstarkenden kapitalistischen Bourgeoisie trat eine erstarkende Arbeiterbewegung, vor allem auf Grund der Vereinigung der beiden Richtungen der Lassalleaner und Eisenacher auf dem Gothaer Vereinigungsparteitag, entgegen. Diese Entwicklung trieb die liberale Bourgeoisie, wie sich das im Rahmen der 48er Revolution schon einmal, wenn auch in anderen Formen, abgespielt hatte, immer stärker in die Arme des feudalen und konservativen Adels.

Im Kampf gegen das Proletariat mußten sich die verschiedenen inneren Reibungsflächen zwischen den Teilen der Bourgeoisie abschleifen. Wie für die Kapitalistenklassen und den Feudaladel, so traf das auch auf die Differenzen konfessioneller Natur zu und bewirkte eine Annäherung der katholischen kapitalistischen Partei an die übrige Bourgeoisie und an den absolutistischen Machtapparat.

Andererseits fand sich das Zentrum auf Grund der Interessen des katholischen Feudaladels mit den Konservativen in der gemeinsamen Front des Kampfes um die Hochschutzzölle. Während noch der Kulturkampf am heftigsten tobte, näherte sich das Zentrum in der Frage der Zollpolitik bereits den Konservativen und Nationalliberalen. So entstanden die ersten Ansätze für den späteren Zollblock der drei kapitalistischen Parteien.

In der weiteren Entwicklung wurden die Nationalliberalen durch die Abspaltung ihres liberal-kleinbürgerlichen Flügels endgültig zur großkapitalistischen Partei. Sodann beherrschte dieses Dreigespann der Konservativen, Nationalliberalen und des Zentrums bis zum Weltkrieg die Politik des kaiserlichen Deutschlands in dessen ganzer Entwicklung zum Imperialismus. Von 1893 an deckte das Zentrum endgültig und auf der ganzen Linie die Wehr- und Rüstungspolitik des wilhelminischen Deutschlands. Das gleiche galt von der Kolonialpolitik und, wie bereits ausgeführt, von der Zollpolitik.

In dieser Entwicklung des Zentrums sind die Voraussetzungen für eine jetzige Rolle als führender Partei bei der Ausübung der Diktatur der Bourgeoisie in Deutschland erwachsen.

*

Die dritte Frage, der wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden wollen, ist das Problem des Massenanhangs der Zentrumspartei. Die Führung des Zentrums und der von ihm abhängigen Massenorganisationen liegt völlig in den Händen der Großbourgeoisie. Bezeichnend ist, daß noch immer ein ausschlaggebender Einfluß des rheinisch-westfälischen und schlesischen Feudaladels mit seinen sowohl großagrarischen wie schwerindustriellen Interessen in der Zentrumspartei besteht. Dieser Einfluß drückt sich besonders drastisch in den Besitzverhältnissen der Aktien der „Germania“ aus, die sich seit der Gründung dieser Zeitung - also seit mehr als 60 Jahren - nur wenig verändert haben. Die Mehrheit dieser Aktien wird bekanntlich von jenem Herrn v. Papen vertreten, der seit Jahren am aktivsten für den Rechtskurs des Zentrums tätig ist. Nach dem Aktionärverzeichnis von 1927 gehörten noch folgende Vertreter des Feudaladels unter Führung v. Papens zu den Aktionären der „Germania“: Graf Ballestrem, Fürsten Löwenstein, von Savigny, Freiherr von Frankenstein, Graf Henckel-Donnersmarck, Graf Praschma, Graf Rechberg, Frhr. v. Haxthausen, Frhr. v. Ketteier, Frhr. v. Twickel, Graf Gahlen, Frhr. v. Heeremann, Fürst Waldburg-Wolfegg, Frhr. v. Wendt.

Als entscheidende Vertreter der Schwerindustrie selbst in der Leitung des Zentrums sind zu nennen: Klöckner, Generaldirektor ten Hompel, Rechtsanwalt Lammers, als Vertreter der Großbanken Louis Hagen aus Köln (früher Levy).

Wie ist es zu erklären, daß eine so ausgesprochen großbürgerliche Partei wie das Zentrum unter einer solchen Führung trotzdem - im Gegensatz zur Volkspartei, teilweise auch zu den Deutschnationalen - doch über eine verhältnismäßig stabile Massenbasis verfügt? Eine entscheidende Rolle dabei spielt zweifelsohne die religiöse und kirchliche Bindung der

katholischen Massen an den katholischen Klerus und damit zugleich an das Zentrum. Darüber hinaus stützt sich das Zentrum jedoch auf eine Reihe von Massenorganisationen, die der Partei und dem mit ihr verbundenen katholischen Klerus ihre Massenbasis verschaffen.
Hierbei handelt es sich sowohl um kirchliche, wie um berufsständische Organisationen. Diese besonderen Transmissionsriemen bewirken das eigenartige Verhältnis zwischen dem Zentrum und den Massen. Es ist klar, daß gerade für die Kommunistische Partei und ihren Kampf gegen das Zentrum diese Fragen von besonderer Bedeutung sind.
Entsprechend der sozialen Struktur des Zentrums, das als großbürgerliche Partei seine Anhängermassen aus dem Proletariat und allen werktätigen Schichten rekrutiert und sie mit Hilfe des Katholizismus an die großbürgerliche Politik bindet, ist sowohl die Ideologie wie die Organisation der Zentrumspartei darauf eingestellt, den Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft zu vertuschen. Diesem Ziel dient in ideologischer Hinsicht unter heißt die konfessionelle Bindung. Aus demselben Grunde ist anderem ihr Charakter als sogenannte „weltanschauliche“ Partei, das es für das Zentrum notwendig, im Aufbau seiner Organisationen zusammengehörige Klassen zu zerreißen und mit ihnen klassenmäßig feindlichen Schichten zusammenzukoppeln. Diesem Prinzip dient der Aufbau der Zentrumsorganisationen nach berufsständischen Grundsätzen. Hierin drückt sich bereits die Annäherung an die faschistischen Phrasen vom Ständestaat aus.
Welches sind die wichtigsten Massenorganisationen des Zentrums, die wichtigsten Transmissionsriemen der Zentrumspartei zu den verschiedenen Schichten der Arbeiterklasse und der Werktätigen?

1. Die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften.
2. Der Volksverein für das katholische Deutschland.
3. Die katholischen Arbeiter- und Gesellenvereine.
4. Die Frauen-, Jungfrauen-, Jungmännervereine, Jugend- und Kinderorganisationen.
5. Die Schulorganisationen (Lehrer-, Eltern-, Schüler- und Studenten-Organisationen).
6. Die berufsständischen Interessenvereinigungen, wie Katholische kaufmännische Vereinigung, Beamtenvereine (die nichts mit christlichen Gewerkschaften zu tun haben), Forschungs- und Vereinigungen zur Erfassung der Intellektuellen, Wissenschaftler und Künstler, Handwerker- und Gewerbetreibendenvereine, Bauern- und Winzervereinigungen.
7. Die katholischen Wohlfahrts- und Fürsorgevereinigungen und Organisationen.
8. Die vielen Sport-, Wehrsport-, Wander-, Kultur-, Geselligkeits-, Buch-, Lichtspiel- und Theatervereinigungen, -organisationen und -verbände.
9. Die religiösen Orden, Klöster, Missionsgesellschaften, Erziehungsanstalten, riesigen Verlagsorganisationen für Zeitungen, Bücher, Broschüren, Traktate usw. - die eine großzügige kapitalistische Massenausbeutung betreiben.
10. Die Kirche selber mit 70000 bis 80000 staatlich und aus Massensteuern besoldeten Priestern, die mit riesigen religiösen und gesetzlichen Machtvollkommenheiten gegenüber den Gläubigen ausgestattet sind.

Das berufsständische Prinzip in den Zentrumsorganisationen ist lediglich in den christlichen Gewerkschaften durchbrochen, weil gegenüber dem Proletariat auf Grund der kapitalistischen Entwicklung andere Methoden der Massenerfassung als die durch eine christliche Klassenorganisation versagen müssen. Der Verzicht auf das berufsständische Prinzip und die Anwendung des klassenmäßigen Prinzips bei den christlichem Gewerkschaften war jedoch selbstverständlich nur eine erzwungene Konzession an die gegebenen Tatsachen. Die Entstehung der christlichen Gewerkschaften in Deutschland fällt etwa ein Vierteljahrhundert später als die Gründung der Zentrumspartei. Sie erfolgte um die Mitte der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Sowohl in ihrem Aufbau wie in ihrer Propaganda stellten die christlichen Organisationen eine ausgesprochene Konkurrenzerfindung gegen die Freien

Gewerkschaften der Sozialdemokratie dar, die damals noch in stärkerem Maße als nach der Jahrhundertwende Klassenkampforganisationen waren.
Aus diesen Gründen des Wettbewerbes mit den sozialdemokratischem Gewerkschaften ergab sich die Notwendigkeit sowohl des klassenmäßigen Prinzips im Aufbau, wie der formellen Bejahung des „Kampfprinzips“ und des „Streiks“. Naturgemäß erfolgte diese nur in Phrasen und bedeutete in den Taten keinerlei Hemmung für die übelste Liebedienerei vor dem Unternehmertum und den schrankenlosen Verrat der christlichen Arbeiterinteressen an die Kapitalisten.
In welchem Ausmaß die Preisgabe des berufsständischen Prinzips im Fall der christlichen Gewerkschaften nur eine, durch die Tatsachen erzwungene, demagogische Konzession des Zentrums darstellte, durch die man proletarische Massen um so stärker an die großbürgerliche Politik fesseln wollte - das ergibt sich aus der gesamten Behandlung der Organisationsfrage im Lager des Katholizismus. In einem Sammelbuch über „Die soziale Frage und der Katholizismus“ schreibt der christliche Gewerkschafter Rudolf Greß unter anderem in einer Untersuchung der Geschichte der christlichen Gewerkschaften:

„Aus dieser Tatsache (Greß meint die Gefahr, daß schon die bloße klassenmäßige Organisation das Klassenbewußtsein oder doch den Klasseninstinkt der organisierten Arbeiter zu erwecken droht. E. Th.) erklärt sich die dauernde tiefe Abneigung des christlichen Ethos gegen jegliche auf dem Klassengedanken aufbauende Organisation und die enge innere Berührung dieses Ethos mit dem berufsständischen Organisationsprinzip.“

Wie weit diese „Abneigung“ geht, das zeigt die Tatsache, daß als Konkurrenz zu den christlichen Gewerkschaften von den führenden katholischen Schichten selbst der „Verband katholischer Arbeitervereine“ aufgezogen wurde, der auch formell jedes „Kampfprinzip“ gegenüber dem Unternehmertum ablehnte und offen gegen jede Verteidigung auch nur der geringsten ökonomischen Interessen und statt dessen für den „inneren Ausgleich“ eintrat.
Alle übrigen Massenorganisationen des Zentrums, wenn man von den christlichen Gewerkschaften absieht, sind deshalb auch völlig auf dem berufsständischen Prinzip aufgebaut.
Die christlichen Gewerkschaften, deren offizieller Name bekanntlich Christlich-nationale Gewerkschaften ist, sind im DGB (Deutschen Gewerkschafts-Bund) zusammengeschlossen. Die Mitgliederzahl der christlichem Organisationen Ende 1930 betrug 1370793; das sind 6,4 Prozent der Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten. Diese 1,37 Millionen Mitglieder verteilen sich auf die im DGB vereinigten Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengewerkschaften in der Weise, daß zu den Arbeitergewerkschaften 778863 Mitglieder gehören. Hier ist jedoch der christliche Gesamtverband der Verkehrs- und Staatsbediensteten eingerechnet, dem auch Zehntausende von Beamten angehören.
Der christlich-nationale „Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften“ (Gedag) umfaßt 13 Berufsverbände, zu denen der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband mit 380000 Mitgliedern und der Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten mit etwa 90000 Mitgliedern gehört. Wir werden später noch auf die Bedeutung zurückkommen, die der Zugehörigkeit solcher, unter deutschnationaler, teilweise nationalsozialistischer Führung stehender Verbände, wie z. B. des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, zu den christlichen Organisationen für die allgemeine ideologische Entwicklung des Zentrums und seiner Massenorganisationen zukommt.
In diesem Zusammenhang wollen wir nur auf die auch zahlenmäßig große Bedeutung der christlichen Gewerkschaften hinweisen. Unter den Angestellten, den Landarbeitern usw. spielen die christlichen Organisationen zum Teil eine gleichwertige und größere Rolle als die freien Gewerkschaften der Reformisten. Aber auch unter anderen Schichten des Proletariats, unter der Industriearbeiterschaft der katholischen Gebiete haben sie bedeutende, in einzelnen Betrieben den reformistischen Organisationen zahlenmäßig nahekommende oder sogar

stellenweise überlegene Positionen. Wenn auch nicht im Reichsmaßstabe, so doch gerade in wichtigen Zentren der Schwerindustrie ergeben sich aus dieser Tatsache besonders für die Arbeit der RGO außerordentlich wichtige Konsequenzen.
Zusammenfassend können wir feststellen, daß die dargestellten verschiedenartigen Transmissionsriemen zwischen dem Zentrum und Massen der Arbeiterklasse und der Werktätigen in Stadt und Land ohne jeden Zweifel eine der entscheidenden Ursachen sowohl für die heutige Rolle dieser Partei, als auch für ihre verhältnismäßige Stabilität trotz Krise des Kapitalismus und trotz revolutionären Aufschwungs bilden. Aus dieser Feststellung ergibt sich naturgemäß auch, daß unser Kampf gegen das Zentrum diesem komplizierten Verhältnissen und dieser besonderen organisatorischen Struktur des sogenannten Zentrums„turmes“ Rechnung tragen muß.

*

Die vierte Frage, die wir in unserer Untersuchung beantworten wollen, ist die nach der besonderen Rolle des Zentrums für die Entwicklung des Faschismus in Deutschland. Es ist dabei klar, daß das Zentrum als führende Partei bei der Ausübung der Diktatur der Bourgeoisie zwangsläufig auch eine entscheidende Rolle beim Übergang zu faschistischen Formen dieser Diktatur spielen muß. Im Nachfolgenden wollen wir jedoch die besonderen Ursachen etwas ausführlicher beleuchten, auf Grund deren das Zentrum gerade auch für diesen Wechsel in den Herrschaftsformen, den Herrschaftsmethoden, hervorragend geeignet ist.
Wir haben bereits das berufsständische Prinzip in der organisatorischen Struktur des Zentrums betrachtet, das eine enge Verwandtschaft mit der faschistischen Phraseologie vom Ständestaat aufweist. Diese faschistische Note findet sich überhaupt in der gesamten Ideologie des Zentrums als einer sogenannten weltanschaulichen Partei, die die Klassengegensätze der kapitalistischen Gesellschaft vertuschen und feindliche Klassen miteinander versöhnen, zu einer „Harmonie“ vereinigen will. Wir brauchen nicht erst darauf hinzuweisen, daß es sich hier um die betrügerische Demagogie handelt, mit der die Massen an den Kapitalismus und die bourgeoise Klassenherrschaft gefesselt werden sollen, indem man ihnen das Wesen des Kapitalismus und der bürgerlichen Klassenherrschaft zu verheimlichen sucht.
Auch die Tatsache, daß in der Politik der Brüningregierung der äußerste Kurs der Sozialreaktion und der politischen Knechtung der Massen immer wieder mit den Phrasen von „Volksgemeinschaft“ und dergleichen mehr verschleiert wird, entspricht durchaus der faschistischen Ideologie. Das alles sind bekannte Tatsachen. Das Problem jedoch, dem wir in diesem Zusammenhang unsere Aufmerksamkeit etwas stärker zuwenden wollen, sind die besonderen Verbindungen des Zentrums zu den verschiedenen anderen Parteien und Organisationen der Bourgeoisie aus dem extremen Lager des Faschismus.
Durch den Feudaladel und die großagrarischen Interessen ist die enge Verbindung zwischen dem Zentrum und dem Landbund - und damit zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen - gegeben. Durch die Abspaltung des gemäßigten Flügels der Deutschnationalen (Lambach, Westarp, Treviranus), der dem Zentrum besonders nahe stand, von der Hugenbergpartei, ist hierin keine Abschwächung eingetreten. Im Gegenteil: diese abgespaltene Gruppe mit ihrer engen Verbindung zur Zentrumspartei diente gewissermaßen als Brücke für die weitere Faschisierung des Zentrums.
Ähnlich steht es mit den christlichen Gewerkschaften. Diese Verbände, die wir als die wichtigsten Transmissionsriemen des Zentrumspartei zu den Massen gekennzeichnet haben, wirken sich zugleich als ein Hebel für die Faschisierung des Zentrums aus. Wir sahen, daß in der Frage der Zentrumsgewerkschaften unter dem Druck der Verhältnisse das berufsständische Prinzip zugunsten des Prinzips der Klassenorganisation verlassen wurde.

Was aber in der organisatorischen Struktur gewissermaßen „gesündigt“ worden war, wurde in der Ideologie dieser Organisationen um so stärker wieder wettgemacht.
Auch in den christlichen Gewerkschaften ist die enge Verbindung zu den Deutschnationalen und neuerdings auch teilweise zu den Nationalsozialisten gegeben. Wir sahen bereits, daß unter den Angestelltenverbänden, die dem christlich-nationalen Deutschen Gewerkschaftsbund angehören, die führende Organisation der Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband darstellt. Ebenso ist beim Gesamtverband der Deutschen Beamtengewerkschaften die deutschnationale Einstellung vorhanden. Auch unter den christlich-nationalen Arbeitergewerkschaften findet sich der Zentralverband der christlichen Landarbeiter, der eine ausgesprochen Landbundorganisation ist. Die sämtlichen, in der christlich-nationalen Spitzenorganisation zusammengefaßten Gewerkschaften sind also durchaus nicht nur reine Zentrumsverbände, zu ihnen gehören vielmehr teilweise direkte deutschnationale (oder auch stellenweise nationalsozialistische), teilweise gemischte und interkonfessionelle Organisationen.
Diese Verbindungen mit den Deutschnationalen und zum Teil mit den Nationalsozialisten sind jedoch nur einer der Faktoren, auf Grund deren die christliche Gewerkschaftsbewegung zu einem Hebel und einer Stütze für die faschistische Politik des Brüning-Zentrums wird. Ein weiterer entscheidender Faktor ist die enge Verbindung der christlichen Gewerkschaften mit den Wehrverbänden, wie sie insbesondere durch Stegerwald seit langem betrieben wird. Hier bestehen Beziehungen zum Jungdo, zum Werwolf, zum Bund Oberland und teilweise auch zum Stahlhelm. Gegenüber dem Stahlhelm sind diese Beziehungen naturgemäß weniger entwickelt, weil auf Seiten des Stahlhelms selbst wegen seiner Verbundenheit mit den gelben Verbänden Hemmungen bestehen. Wie weitgehend die Bindungen Stegerwalds an diese faschistischen Wehrorganisationen sind, das ergibt sich z. B. aus der seinerzeit vom „Vorwärts“ festgestellten Tatsache, daß bei dem berüchtigten Fememörder Schulz, dem heutigen Naziführer, eine Photographie Stegerwalds mit sehr freundlicher Widmung gefunden wurde.
Stegerwald, der heutige Reichsarbeitsminister und langjährige Führer der christlich-nationalen Gewerkschaften, hat seine faschistische Einstellung bei verschiedenen ideologischen Auseinandersetzungen im Zentrum und in christlichen Gewerkschaften wiederholt bekundet. Bekanntlich fand im Jahre 1928 eine Auseinandersetzung zwischen Wirth und Stegerwald statt. Stegerwald hielt auf einer Bezirkstagung der christlichen Gewerkschaften in Duisburg am 4. März 1928 ein Referat, in dem er streng nach den Lehren des Faschismus den „Ständestaat“ im Gegensatz zur Klassenorientierung, sowie die „Entproletarisierung der Arbeiterschaft“ proklamierte. Die deutsche Staatsführung müsse, so erklärte Stegerwald damals bereits, „ähnlich wie Mussolini in Italien das Wirtschaftsbewußtsein mit dem Volksbewußtsein verbinden“. Er wandte sich damals schon gegen die „Demokratie“ und polemisierte z. B. gegen Wirth, weil dieser „stark unter dem Einfluß der französischen demokratischen Gedankenwelt stände“.
Ein Jahr später, kurz nach der Bildung der ersten Brüningregierung, sprach Stegerwald wiederum in Duisburg. Dort sagte er, daß eine Arbeitsgemeinschaft unbedingt notwendig sei, nicht für Lohnkämpfe, sondern um „den Hebel an der Gestaltung der Wirtschaftspolitik und der Umgestaltung der Wirtschaft“ anzusetzen. Er erklärte dann:

„Heute wird man dem Gedanken näher treten müssen, daß die verschiedenen gewerkschaftlichen Verbände einen wirtschaftlichen Generalstab bilden, der auch weitgehend die Lohnbewegungen im ganzen zu regulieren hätte. … Daneben müßte der Vorstand des Reichswirtschaftsrates zum allgemeinen wirtschaftlichen Generalstab Deutschlands ausgebaut werden.“

Alle diese Formulierungen entsprechen vollkommen der faschistischen Ideologie und finden sich genau so in den Auslassungen der Nationalsozialisten. Diese ideologischen, wie die geschilderten organisatorischen Querverbindungen des Zentrums nach rechts sind somit

charakteristische Symptome dafür, daß das Zentrum durch seine Struktur, wie durch seine Ideologie von vornherein dazu berufen war, die führende Rolle bei der Durchführung der faschistischen Diktatur in Deutschland zu übernehmen.
Ein kleines Beispiel hierfür mag der Hinweis auf die Rolle der verschiedenen Zentrumsminister im Rahmen der Gesamtpolitik der Bourgeoisie in den letzten Jahren sein. In Preußen ist der Zentrumsmann Hirtsiefer seit Jahren Wohlfahrtsminister. Seine exponierte Rolle im Kampf gegen den Mieterschutz und beim Abbau der Sozialpolitik ist hinreichend bekannt. Hirtsiefer ist aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen, stammt aus der dortigen Metallarbeiterorganisation. Im Reich war es der Zentrumsminister Brauns, der als Reichsarbeitsminister die ersten schweren Anschläge der Bourgeoisie auf die Erwerbslosenunterstützung und die übrigen sozialpolitischen Rechte, die dem deutschen Proletariat vom November 1918 verblieben waren, durchführte. Brauns war Sekretär des Katholischen Volksvereins. Brüning wie Stegerwald stammen aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung, deren direkter Führer bekanntlich Stegerwald war. Über ihre Politik bei der Durchführung der faschistischen Diktatur in Deutschland brauchen wir hier nicht ausführlicher zu sprechen.
Diese Zentrumspolitik der letzten Jahre ist nur die Fortsetzung und Krönung ihrer Rolle seit dem November 1918. Als es sich im Jahre 1918 für die Bourgeoisie darum handelte, die kapitalistische Klassenherrschaft gegenüber dem ersten Ansturm der proletarischen Revolution zu sichern und zu verteidigen, bediente sich das Zentrum in ausschlaggebendem Maße der Sozialdemokratie. Mit der Festigung der politischen Macht der Bourgeoisie setzte es die Heranziehung der Deutschen Volkspartei und schließlich sogar der Deutschnationalen durch, wobei die SPD bis zu einem gewissen Grade zurückgedrängt wurde. Heute ist das Zentrum Träger der Politik einer wechselseitigen Ausnutzung der Sozialdemokratie und der Nationalsozialisten für die Diktatur der Bourgeoisie.
Einstweilen liegt dabei das Schwergewicht selbstverständlich bei der Sozialdemokratie. Und das wird sicherlich, klassenmäßig betrachtet, auch in Zukunft für Deutschland bis zur proletarischen Revolution der Fall sein. Aber diese Tatsache steht durchaus nicht in Widerspruch zu einer möglichen Entwicklung, durch die die Sozialdemokratie hinsichtlich der formellen Ausschaltung von der Ausübung der Regierungsgewalt, noch einen weiteren Fußtritt seitens der Bourgeoisie, den Verlust auch ihrer preußischen Regierungspositionen, erleiden würde, während die Nationalsozialisten in die Reichsregierung einrücken können. Denn die Rolle der Sozialdemokratie als sozialer Hauptstütze der Bourgeoisie, beruht ja vor allein auf der klassenmäßigen Struktur ihrer Anhängerschaft, auf der Tatsache, daß sie die wichtigste Kraft im Dienste der Bourgeoisie darstellt, die die proletarischen Massen an das System der bürgerlichen Diktatur kettet. Ob dies in der Form einer Regierungsbeteiligung, sei es im Reichs- oder Ländermaßstabe, oder auch nur unter dem Deckmantel einer Scheinopposition geschieht, ist nicht von entscheidender, sondern nur von taktischer Bedeutung.
Es wäre deshalb ein verhängnisvoller Fehler, wenn man aus der heutigen Absage der Brüningregierung an die Nationalsozialisten in der Frage ihrer Teilnahme an der Reichsregierung irgendwelche Schlüsse hinsichtlich der weiteren Perspektive ziehen wollte. Ob die Bourgeoisie die Nationalsozialisten im Reichsmaßstabe in die Regierung beruft, hängt einstweilen von einer Reihe vor allem außenpolitischer, aber auch innenpolitischer Fragen ab, die noch nicht geklärt sind. Das Eine aber steht, insbesondere auf Grund des Beispiels von Hessen, fest: prinzipiell ist das Zentrum zu einer solchen Berufung der Nationalsozialisten und gemeinsamen Regierungsbildung durchaus bereit und durchaus befähigt.
Nicht zuletzt sind es gerade die christlichen Gewerkschaften, die, wie wir sahen, eine solche Entwicklung besonders erleichtern können. Es ist kein Zufall, daß z. B. das Organ der christlichen Gewerkschaftsbewegung „Der Deutsche“ schon vor Monaten in der Behandlung

eines Leitartikels des nationalsozialistischen Führers Gregor Straßer, der unter dem Titel „Brüning und Hitler“ im „Völkischen Beobachter“ erschienen war, erklärte:

„Die Nationalsozialisten werden allerdings durch ihre ganze zukünftige Haltung beweisen müssen, daß sie auch ernstlich gewillt sind, die Voraussetzungen zu schaffen, die eine Zusammenarbeit auch mit den christlichen Gewerkschaften ermöglichen. Gegenwärtig sind die Verhältnisse im Lager der NSDAP noch (! E. Th.) recht unklar.“

Auf diesen Ton ist die Zentrumspresse, einschließlich der Presse der christlichen Gewerkschaften, seither durchweg gestimmt. Die momentane Wendung der Brüningregierung ist also eine rein taktische Stellungnahme des Zentrums, wie es sich ja auch aus den hessischen Regierungsverhandlungen zwischen Zentrum und Nazis ergibt.
Auf der anderen Seite ist es die besondere Aufgabe des Zentrums, durch seinen mächtigen Einfluß auf die Sozialdemokratie, diese samt den reformistischen Gewerkschaften für immer offenere Formen der Koalition, auch mit den Nationalsozialisten, reif zu machen. Das geschieht sowohl durch den Einfluß des Zentrums in Preußen, als auch durch die Zusammenarbeit mit der SPD im Reichsbanner, und vor allem durch den Einfluß der christlichen Gewerkschaften auf den ADGB. Im Reichsbanner, wo die sozialdemokratischen Arbeiter in besonders schrankenloser Form mit der faschistischen Ideologie der Volksgemeinschaft gefüttert und vergiftet werden, wird der Boden für die „ganz große Koalition“ von Severing bis Hitler vorbereitet.
Ebenso entspricht es der Doppelrolle der christlichen Gewerkschaften, daß sie einerseits engste Verbindungen zu den Nazis aufrecht erhalten, andererseits den stärksten ideologischen Einfluß auf die reformistischen Gewerkschaften ausüben, um diese auf ihre Rolle als Bollwerk auch für eine eventuelle Brüning-Hitler-Regierung vorzubereiten. Dieser beherrschende Einfluß des Zentrums und der christlichen Gewerkschaftsbewegung auf den ADGB drückte sich nicht nur in dem Auftreten Stegerwalds auf dem Frankfurter ADGB-Kongreß aus, sondern vor allem auch in den Einigungsverhandlungen, die in letzter Zeit zwischen den reformistischen, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften stattgefunden haben. Das Ziel dieser Verhandlungen war die verschärfte und endgültige Faschisierung der reformistischen Gewerkschaften im Zusammenhang mit ihrer Verschmelzung mit den Christen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Auch wenn diese organisatorische Verschmelzung noch nicht zustande gekommen ist, so zeigte sich doch bei der gesamten Pressediskussion, die anläßlich dieser Verhandlungen stattfand, vor allem in dem berüchtigten Artikel Leiparts, des ADGB-Vorsitzenden, daß dieser Prozeß ideologisch bereits die höchsten Stufen erreicht hat. Auch hierin drückt sich die Bedeutung des Zentrums für die Faschisierung der Herrschaftsmethoden der deutschen Bourgeoisie aus.

*

Die fünfte Frage ist die besondere Bedeutung des Zentrums vom Standpunkt des konterrevolutionären Terrors gegen das deutsche Proletariat und der imperialistischen Kriegshetze gegen die Sowjetunion. Wir wollen nur einige besonders charakteristische Tatsachen anführen.
Es ist kein Zufall, daß derselbe Jesuitenpater Muckermann, der bei der antibolschewistischen Kriegshetze eine besonders berüchtigte Rolle spielt, heute als Vertrauensmann des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften Geheimverhandlungen mit den Nationalsozialisten betreibt, wie es in Essen vor wenigen Wochen festgestellt wurde. In der gleichen Linie liegt aber die gesamte Politik der Nationalsozialisten. Wenn Muckermann in einem Artikel in der Zentrums-„Tremonia“ nach dem „Schwert gegen die Ordnungsstörer“ ruft, so ist das Zentrum nicht bei Worten stehen geblieben. Im Herbst 1931 ist das Zentrum vielmehr dazu übergegangen, für den „wehrhaften Kampf gegen den Kommunismus“ zur Bildung einer

geheimen Terrororganisation überzugehen. Diese Organisation, die mit dem Stahlhelm in militärischen Fragen Fühlung genommen hat, wurde in Trier auf einer Geheimkonferenz des Zentrums unter dem Namen „Liga zur Verteidigung des Glaubens“ gegründet. Ausdrücklich wurde dabei betont, daß man nach der katholischen Moral „bei der Verteidigung des Eigentums bis zur Tötung gehen“ dürfe. Ähnliche Nachrichten wie aus Trier liegen inzwischen noch aus anderen Teilen Deutschlands vor.

Diese Schaffung von Terrororganisationen mit dem Ziel, im Namen des Christentums die „Tötung von Kommunisten“ zu betreiben, liegt in der gleichen Linie, wie die gesamte Pogromhetze des Zentrums und der katholischen Organisationen. In der „Germania“ erschien am 12. November 1931 ein Artikel über die Ergebnisse der Kampagne des „Volksvereins für das katholische Deutschland“ gegen den Bolschewismus. Danach wurden in der Zeit vom Januar 1930 bis Juni 1931 über 1750 Konferenzen, Schulungsabende und Versammlungen gegen den Kommunismus abgehalten. In der ersten Oktoberhälfte 1931 wurde für die Steigerung dieser konterrevolutionären Kampagne im jetzigen Winter an 22000 katholische Geistliche Redematerial versandt. In der letzten Oktoberhälfte wurde ein Flugblatt gegen den Bolschewismus in 680000 Exemplaren verschickt und am Christkönigstag in Stadt und Land „eine einheitliche Bewegung gegen den Bolschewismus durch geführt“. In dem Artikel wird weiter mitgeteilt, daß eine besondere Forschungsstelle über Bolschewismus und Freidenkertum gegründet worden ist, sowie eine Informationsstelle in Berlin „mit einem eigenen russischen Dolmetscher“. Auch Schritte „zur Schaffung einer internationalen Arbeitsgemeinschaft über Bolschewismus“ seien eingeleitet.

Es ist bekannt, mit welchen skrupellosen Fälschungen, schmutzigen Verleumdungen und Lügen im Rahmen dieser katholischen Aktion der Kriegshetze und der konterrevolutionären Hetze gegen das revolutionäre Proletariat gearbeitet wird. Von der „Sozialisierung der Frau“ in Sowjetrußland und ähnlichen Erfindungen bis zur Fälschung von Leninzitaten gibt es kein Mittel, das den Herren für ihre schmutzigen Zwecke zu schmutzig wäre. Neben der II. Internationale als einer Agentur für die Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion kann man heute längst auch von einer katholischen Internationale sprechen, die sich die gleiche Aufgabe gestellt hat.

Unser Kampf gegen das Zentrum gewinnt also eine besondere Bedeutung auch aus Gründen internationaler Natur. Der Frieden zwischen dem Vatikan und Mussolini in Italien, die Rolle des katholischen Klerus in Spanien und in Mexiko als starke Bollwerke der Konterrevolution, die Rolle Seipels und der Christlichsozialen in Österreich sollen hier nur als Beispiel erwähnt werden. Vor allem aber ist ja die Hetzkampagne der katholischen Kirche und des Vatikans zum Kriege gegen die Sowjetunion, die in Deutschland vom Zentrum weitgehend aufgegriffen wurde, der beste Beweis dafür, daß wir es hier mit einem Todfeind der proletarischen Klasse, nicht nur im deutschen, sondern im internationalen Maßstabe zu tun haben.

Faschistischer Terror im Innern zur Niederhaltung des Proletariats, Kriegshetze nach außen für den Interventionskrieg der Imperialisten, für ihren Kreuzzug gegen die Sowjetunion - das ist ein politisches Programm, das dem Zentrum die volle Möglichkeit gibt, aufs engste sowohl mit der konterrevolutionären sozialdemokratischen Führerschaft, als auch mit den Nationalsozialisten, der Partei der Arbeitermorde, der faschistischen Galgen und Schafotte, zusammenzuarbeiten.

Zusammenfassend ergibt sich also: Es ist anzunehmen, daß die Ausübung der Diktatur der Bourgeoisie - gleichviel mit welchen Methoden und besonders, wenn es sich um faschistische Methoden handelt - vorerst und auf längere Sicht in starkem Maße in den Händen des Zentrums liegen wird. Eine solche Feststellung schließt selbstverständlich nicht aus, daß sich das Zentrum einmal vorübergehend an einer Regierung formell nicht beteiligen könnte.

Welche Schlußfolgerungen können wir aus unserer vorstehenden Untersuchung über die Rolle des Zentrums ziehen? Diese Schlußfolgerungen sind, wie ich eingangs feststellte, zweifacher Natur.

Erstens: Unsere gesamten Feststellungen über das Zentrum erhärten die Analyse der Partei hinsichtlich der Klassenkräfte der Bourgeoisie, die zugleich die Grundlage für unsere revolutionäre Strategie abgibt. Sie erhärten unsere Politik, die die Massen zum Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie, für die Diktatur des Proletariats sammelt. Unsere Politik, die die Massen in erster Linie gegen die heutige Form der bürgerlichen Diktatur, gegen die Brüning-Braun-Severing-Diktatur, zu mobilisieren und in den Kampf zu führen versucht, weil dies zugleich die Hauptform eines wirklichen Kampfes gegen eine drohende Brüning-Hitler- oder Hitler-Diktatur darstellt. Unsere Politik, die deshalb den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie, als die soziale Hauptstütze der bürgerlichen Diktatur, und gegen ihren Massenbetrug, die sogenannte Theorie des „kleineren Übels“ führt.

Zweitens: Unsere Feststellungen beweisen zugleich, daß die Partei ihre bisherige Vernachlässigung des Kampfes gegen das Zentrum unter allen Umständen überwinden muß. Es ist klar, daß es sich bei dieser Schwäche um ein schädliches Erbe der gesamten sozialistischen Arbeiterbewegung handelt. In dieser Frage haben wir bedauerlicherweise gerade gewisse schlechte Traditionen aus der Vorkriegssozialdemokratie in unseren Reihen konserviert.

Eine wichtige praktische Frage für die Verstärkung unseres Kampfes gegen das Zentrum und gegen die christliche Gewerkschaftsbürokratie besteht darin, daß wir diesen Kampf nicht unter besonderer Hervorkehrung der religiösen Frage, die die christlichen Arbeiter von uns trennt, sondern auf der Linie der Anknüpfung an die Klassenfrage zur Gewinnung der christlichen Arbeiter für den gemeinsamen Klassenkampf gegen den Kapitalismus führen müssen. Das gilt auch für die übrigen katholischen Werktätigen in Stadt und Land, unter denen wir unsere Arbeit für den Kampf unter proletarischer Hegemonie entfalten müssen, um sie, je nach den gegebenen Möglichkeiten, entweder als Verbündete zum Proletariat herüberzuziehen oder doch wenigstens zu neutralisieren.

Selbstverständlich bedeutet diese Stellungnahme nicht die leiseste Konzession an die Theorien des „religiösen Sozialismus“, nicht die leiseste Preisgabe unserer Auffassung des dialektischen Materialismus. Aber wir sind im Sinne Lenins verpflichtet, die noch vorhandenen religiösen Bindungen christlicher Arbeitermassen unter keinen Umständen als eine trennende Mauer zu betrachten, die uns hindern könnte, mit diesen Klassengenossen gemeinsam, Schulter an Schulter, für die proletarischen Klasseninteressen und Klassenforderungen zu kämpfen.

Diese Linie muß auch in der Arbeit der revolutionären Freidenker eingehalten werden, die sich in der Vergangenheit oft - wenn auch nur an einzelnen Stellen - plumper Methoden bedienten und das religiöse Gefühl von christlichen Arbeitern, Arbeiterinnen und anderen Werktätigen verletzten, wodurch vom Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes eine schädliche Wirkung eintrat. Die Freidenkerbewegung, die in der ideologischen Erziehung des Proletariats eine bedeutsame Stellung einnimmt, steht vor der Aufgabe, solche Fehler zu überwinden, ihre Arbeit nach den konkreten Verhä1tnissen der verschiedenen Bezirke und Arbeiterschichten zu spezialisieren und neue Methoden herauszuarbeiten. Es ist klar, daß die Methoden der revolutionären Freidenkerarbeit sogar unter sozialdemokratischen oder schon mit der KPD sympathisierenden Arbeitern in Berlin oder Hamburg einen anderen Charakter tragen müssen als unter christlichen Zentrumsarbeitern in Rheinland-Westfalen oder katholischen Landarbeitern in Schlesien.

Sollen die revolutionären Freidenker nun etwa nur unter den vom Bann der Kirche schon losgelösten Arbeitern wirken und auf die Arbeit unter den christlichen Proletariern verzichten, um diese „nicht vor den Kopf zu stoßen“? Das wäre eine völlig falsche und unzulässige Auffassung. Es handelt sich vielmehr darum, daß auch die Freidenkerorganisationen bei ihrer

Arbeit unter den christlichen Arbeitern die Rücksicht auf deren gefühlsmäßige, noch vorhandene religiöse Gebundenheit mit einer richtigen Anknüpfung an die Klassenfragen verbinden müssen. Dann wird es ihnen leichter gelingen, auch diesen Arbeitern das Verständnis für die Rolle der Kirche - sei es der katholischen oder evangelischen - und auch für die geschichtlich bedingte Rolle der Religion zu verschaffen.
Unsere Richtschnur bei dieser Frage muß die Stellung sein, wie sie mit absoluter Klarheit von Friedrich Engels und von Lenin dargelegt wurde. Engels setzt sich im „Anti-Dühring" mit dem scheinrevolutionären Vorschlag Dührings auseinander, die Religion in der sozialistischen Gesellschaft zu verbieten. Demgegenüber fordert Engels von der proletarischen Partei „die Fähigkeit, geduldig an der Organisierung und Aufklärung des Proletariats zu arbeiten, einer Sache, die zum Absterben der Religion führt, und sich nicht in das Abenteuer eines politischen Krieges gegen die Religion zu stürzen".
Den gleichen Standpunkt vertritt Lenin. In einem Artikel, der im Jahre 1909 anläßlich einer Rede des sozialistischen Abgeordneten Surkow in der Duma geschrieben wurde, führt Lenin u. a. aus:

„Daraus folgt, daß die atheistische Propaganda der Sozialdemokratie (Bolschewiki!. E. Th.) ihrer Grundaufgabe untergeordnet sein muß, nämlich der Entfaltung des Klassenkampfes der ausgebeuteten Massen gegen die Ausbeuter."

Lenin wählt sodann das Beispiel eines Streiks in einem beliebigen Gebiet oder Industriezweig, in dem neben einer fortgeschrittenen Schicht klassenbewußter sozialistischer Arbeiter ziemlich rückständige, religiös und kirchlich gebundene Arbeiter vorhanden sind, und schreibt dazu:

„Der Marxist muß unbedingt den Erfolg der Streikbewegung in den Vordergrund rücken, muß entschlossen in diesem Kampfe einer Trennung der Arbeiter in Atheisten und Christen entgegenarbeiten, muß energisch eine solche Trennung bekämpfen. Atheistische Propaganda kann unter solchen Umständen nicht nur überflüssig, sondern schädlich sein. Der Prediger des Atheismus würde in einem solchen Moment und unter solchen Umständen nur den Pfaffen Vorschub leisten, die nichts sehnlicher herbeiwünschen, als, die Einteilung der Arbeiter nach ihrer Beteiligung am Streik durch eine solche nach ihrem Glauben an Gott zu ersetzen. … Wir müssen alle Arbeiter, die den Glauben an Gott noch bewahrt haben, zu der Sozialdemokratischen Partei (Bolschewistische Partei. E. Th.) nicht nur zulassen, sondern sie mit verdoppelter Energie heranziehen; wir sind unbedingt gegen die geringste Verletzung ihrer religiösen Überzeugung, aber wir wollen sie heranziehen, um sie im Geiste unseres Programms zu erziehen, nicht aber, damit sie aktiv gegen uns kämpfen."

Lenin untersucht und beantwortet auch die Frage, wie diese Erziehung „Im Geiste unseres Programms" durchgeführt werden muß:

„Der Marxist muß Materialist sein, das heißt, ein Feind der Region, aber ein dialektischer Materialist, d. h. ein solcher, der den Kampf gegen die Religion nicht abstrakt, nicht auf dem Boden einer abstrakten, rein theoretischen, sich stets gleichbleibenden Propaganda stellt, sondern konkret, auf dem Boden des Klassenkampfes, der tatsächlich vor sich geht und der die Massen am meisten und am besten erzieht."

In einem anderen Artikel Lenins aus dem Jahre 1905 über „Sozialismus und Religion" heißt es gleichfalls:

„Es wäre unsinnig, zu glauben, daß man in einer Gesellschaft, die auf schrankenloser Unterdrückung und Verrohung der Arbeitermassen aufgebaut ist, rein propagandistisch die religiösen Vorurteile zerstreuen könne. Es wäre bürgerliche Beschränktheit, zu vergessen, daß der auf der Menschheit lastende Druck der Religion nur das Produkt und die Widerspiegelung des ökonomischen Druckes innerhalb der Gesellschaft ist. Durch keine Broschüren, durch keine Propaganda kann man das Proletariat aufklären, wenn es nicht durch seinen eigenen Kampf gegen die finsteren Gewalten des Kapitalismus aufgeklärt wird. Die Einheitlichkeit dieses wirklichen revolutionären Kampfes der

unterdrückten Klasse für die Schaffung eines Paradieses auf Erden ist uns wichtiger als die Einheitlichkeit der Meinungen der Proletarier über das Paradies im Himmel … Das ist der Grund, warum wir den Proletariern, die noch diese oder jene Überbleibsel der alten Vorurteile bewahrt haben, die Annäherung an unsere Partei nicht verbieten und nicht verbieten dürfen. Die wissenschaftliche Weltanschauung werden wir immer propagieren, die Inkonsequenz irgendwelcher Christen zu bekämpfen ist für uns unerläßlich; aber das bedeutet keineswegs, daß man die religiöse Frage an die erste Stelle, die ihr durchaus nicht zukommt, rücken muß …“

Besteht etwa ein Widerspruch zwischen diesen Auffassungen Lenins und der anderen Forderung, wie sie Lenin nach der Machtergreifung beispielsweise im Jahre 1922 in einer Einführung des wissenschaftlichen Organs „Unter dem Banner des Marxismus“ aufstellte? Dort schrieb er:

„Die atheistische Propaganda muß in der mannigfaltigsten Form in die Massen getragen werden. Sie müssen mit Tatsachen aus den verschiedensten Lebensgebieten bekannt gemacht werden, man muß an sie bald auf die eine, bald auf die andere Art herantreten, um ihr Interesse wachzurufen, sie aus dem religiösen Schlaf zu erwecken, sie von den verschiedensten Seiten her und mit den verschiedensten Methoden aufzurütteln und dergleichen mehr.“

Diese Forderung nach atheistischer Massenpropaganda stellt nicht nur keineswegs einen Widerspruch zu der vorher angeführten Stellung Lenins dar, sondern im Gegenteil: Beide Aufgabenstellungen sind unlöslich miteinander verbunden. Sie entsprechen unter verschiedenartigen konkreten Bedingungen und auf verschiedenen Stufen der geschichtlichen Entwicklung den Anforderungen des revolutionären Klassenkampfes. Das ist hierbei genau ebenso der Fall, wie etwa beim Kampf Lenins gegen das „Gottsuchertum“, gegen die Gruppe um Bogdanow im Jahre 1913 (siehe Lenin „Materialismus und Empiriokritizismus“, Sämtliche Werke, Bd. XIII). Auch für uns ist die atheistische Massenpropaganda in Verbindung mit dem Kampf gegen die Kulturreaktion ein wichtiger Faktor des Klassenkampfes. Der Beschluß der IPF über die Schaffung eines theoretischen Organs für diese Arbeit ist deshalb sehr zu begrüßen.

Eine solche dialektische Fragestellung bei der Behandlung des Religionsproblems, wie wir sie mit den vorstehenden Zitaten von Engels und Lenin unterstreichen, ist für unseren Kampf gegen den Masseneinfluß des Zentrums und für die Gewinnung der christlichen Arbeiter eine unbedingte Voraussetzung. Würden wir diese Grundsätze des Marxismus-Leninismus verletzen, so würden wir uns selbst unseren Kampf erschweren, wenn nicht gar zum Mißerfolg verurteilen.

Daß dieser Kampf große Möglichkeiten für uns bietet, daß sich auch im Lager der christlichen Arbeiterschaft eine wachsende Radikalisierung bemerkbar macht, daran kann kein Zweifel sein. Diese Oppositionsströmungen auch in den eigenen Reihen des Zentrums spiegelten sich u. n. in der Stellungnahme einzelner Zentrumsblätter zu der damals noch bevorstehenden Notverordnung Brünings wider. In einer ähnlichen Art, wie die „linke“ SPD-Presse bisweilen eine Scheinopposition gegen die Politik ihrer Partei vortäuscht, weil der Druck und die Gärung unter der Mitgliedschaft ein solches Manöver notwendig machen, schrieb das offizielle Kölner Zentrumsblatt, der „Kölner Lokalanzeiger“, am 3. Dezember 1931 mit ziemlich scharfen Worten gegen die Politik des Lohnraubs und die trügerischen Versprechungen auf Preissenkung seitens der Regierung Brüning. Es heißt dort:

„Sollte es wirklich so kommen, wie die vorläufig noch bestrittenen Angaben sagen, dann wird die große und breite Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger allein als Opferträger übrigbleiben. Die Preissenkung wird auch deshalb nicht kommen, weil über kurz oder lang die in ihren Bezügen geschmälerten Gehalts- und Lohnempfänger wieder mit dem viel mißbrauchten Satz abgespeist werden: ‚die Wirtschaft hat ihre eigenen Gesetze, da läßt sich nichts erzwingen’.“

Dieses „Abrücken“ von der Brüningpolitik ist ohne Zweifel nur ein schäbiges Manöver, um die christlichen Arbeiter bei der Stange zu halten. Aber die Tatsache, daß solche Manöver notwendig sind, zeigt, daß unten in den Massen der christlichen Arbeiter eine Bewegung vorhanden ist, der wir vom Standpunkt unserer Klassenpolitik die notwendige Richtung geben müssen.

Nicht anders steht es mit denjenigen katholischen Arbeitern und Werktätigen, die heute von der sogenannten Arbeiter- und Bauernpartei Vitus Hellers erfaßt sind. In der Führung dieser Organisation zeigen sich Tendenzen einer Annäherung an die faschistische Gruppe um Strasser und Kapitän Ehrhardt. Unter der Anhängerschaft wächst der Wille zum revolutionären Kampf gegen das kapitalistische System unter der Führung der KPD und der RGO.

Unsere Aufgabe ist es, den christlichen Arbeitern den Weg zur roten Einheitsfront des kämpfenden klassenbewußten Proletariats unter Führung der Kommunistischen Partei zu zeigen. Unsere Aufgabe ist es, in den Betrieben und auf den Stempelstellen mit den christlichen Klassengenossen, wie mit den sozialdemokratischen und den anderen Arbeitern diese Front zu schließen. Unsere Aufgabe ist es, unter den Massen der katholischen Werktätigen in Stadt und Land vorzustoßen, die Dorfarmut und die Kleinbauern als Verbündete zum Proletariat für den gemeinsamen Kampf unter Führung der Arbeiterklasse herüberzuziehen, die katholischen Mittelbauern zu neutralisieren. Unsere Aufgabe ist es, unter den katholischen Handwerkern und Kleingewerbetreibenden unsere Agitation zu entfalten.

Die bestehenden Schwächen müssen liquidiert werden, unser Kampf gegen das Zentrum muß im Rahmen unserer gesamten revolutionären Massenarbeit und Massenpolitik verbessert werden. Die Durchführung der Beschlüsse, die das Zentralkomitee in dieser Richtung gefaßt hat, ist deshalb eine wichtige Voraussetzung neben anderen, um den Weg für neue wachsende Erfolge des Kommunismus in Deutschland freizumachen!

Die Internationale,
Heft 1/1932

Einige Bemerkungen zur Arbeit des Jugendverbandes

Im Weltmaßstabe, wie besonders in Deutschland, ist die gegenwärtige Lage gekennzeichnet durch die Verschärfung des Kampfes zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie um den kapitalistischen oder proletarischrevolutionären Ausweg aus der Krise. Die besonderen Bedingungen, die sich aus diesem verschärften Stadium des Klassenkampfes für die revolutionäre Massenarbeit der Partei ergeben, müssen auch für den Kommunistischen Jugendverband, entsprechend seiner Sonderaufgabe, ihre Anwendung finden. Hieraus ergeben sich die wichtigsten Schlußfolgerungen, sowohl für die Aufgabenstellung, als auch für die Losungen und die Methoden der Arbeit des KJVD. Als zentrale strategische Aufgabe steht vor dem deutschen Jugendverband das Ziel, die Mehrheit der Arbeiterjugend für den Kommunismus zu gewinnen, d.h., die proletarische Jugend und unter ihrer Führung die werktätige Jugend überhaupt, zu kämpfen für die Verteidigung ihrer Lebensinteressen, Seite an Seite mit dem erwachsenen Proletariat, zu mobilisieren und diese Kämpfe in Verbindung mit dem allgemeinen revolutionären Klassenkampf des Proletariats und als einen Teil dieses Klassenkampfes in den Kampf um den proletarischen Ausweg aus der Krise überzuleiten. Die gesamte Politik des Jugendverbandes muß sich also in erster Linie zwei Aufgaben zuwenden: der Vorbereitung, Auslösung und Führung von Streiks der Lehrlinge und Jungarbeiter und in engster Verbindung damit der Organisierung und Mobilisierung der Jungerwerbslosen für Massenaktionen zur Verteidigung ihrer nackten Existenz und zur Erkämpfung ihrer Forderungen. Die Lage, wie sie durch die Notverordnungen der Bourgeoisie für die jugendlichen Erwerbslosen männlichen und weiblichen Geschlechts geschaffen wurde, macht gerade diesen letzten Teil der Arbeit zu einem Gebiet, auf dem sich die allergrößten Möglichkeiten und eine außerordentliche Verantwortung und revolutionäre Pflicht für den KJVD ergeben.

Die große Bedeutung unserer revolutionären Arbeit unter den Massen des Jungproletariats und der jugendlichen Werktätigen in Stadt und Land wird durch alle Erfahrungen des Klassenkampfes unterstrichen. Sie ergibt sich auch aus der Politik des Klassenfeindes, der Politik der Bourgeoisie und ihrer Hilfstruppen. Die Methode, wie die Bourgeoisie Presse, Schule, Kirche, Universität in den Dienst der ideologischen Knebelung der Jugend und ihrer Einspannung für die bürgerliche Diktatur in die herrschende Ordnung des kapitalistischen Systems stellt, wie sie vor dem Kriege in Deutschland den preußischen Militarismus, im Kriege die „vaterländische“ Verseuchung der Jugend, nach dem Kriege in den revolutionären Auseinandersetzungen alle nationalistischen, faschistischen und pazifistischen Formen der Gehirnverkleisterung zur Fesselung der werktätigen Jugend anwandte, ist für uns der beste Beweis, daß unser Gegner sich bewußt ist, wieviel für die Erhaltung seines Systems von der Gewinnung der Jugend abhängt. Auf der anderen Seite zeigen die revolutionären Traditionen der proletarischen Jugendbewegung die großen Möglichkeiten - und vor allem Lenin hat uns für die Arbeit unter der Jugend diese Lehren gegeben -, welche für die revolutionäre Partei des Proletariats und für die unter ihrer Führung marschierenden revolutionären Jugendorganisationen aus einer bolschewistischen Arbeit unter der Jugend erwachsen. Man braucht in diesem Zusammenhang nur an die Rolle der revolutionären sozialistischen Jugendbewegung während des Krieges und der Revolution zu erinnern, die sich nach anfänglichen großen ideologischen Schwankungen unter dem Einfluß Lenins und der Bolschewiki zu einer aktiven Stütze des linken Zimmerwalder Flügels entwickelte und an der Gründung der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen in einer Reihe von Ländern teilnahm.

Heute ist die Bedeutung der revolutionären Arbeit unter der Jugend noch gewachsen. Auf Grund der kapitalistischen Rationalisierung nimmt die Jugendarbeit (und zum Teil sogar Kinderarbeit) im Zeitalter des sterbenden, verfaulenden Kapitalismus erneut eine immer größere Rolle ein. Für die Arbeit unter der proletarischen und übrigen werktätigen Jugend

Deutschlands ergeben sich besondere Bedingungen aus der Tatsache, daß der Fäulnisprozeß des Monopolkapitalismus in Deutschland durch die doppelten Erscheinungen der Krise und der Fesseln des Versailler Systems bereits in ein verschärftes Stadium getreten ist. Hier vermag die Bourgeoisie der Jugend - vor allem auch der kleinbürgerlichen Jugend - keine Zukunftsmöglichkeiten, keine Aussichten eines Aufstiegs, einer Entfaltung ihrer Fähigkeiten mehr zu bieten. Ihre einzigen Möglichkeiten, um die Jugend einzufangen, sind militärische Romantik, nationalsozialistische Schwärmerei und Revanchehetze, um an die Stelle der trostlosen und aussichtslosen Klassenwirklichkeit das Truggebilde eines kommenden „Dritten Reiches“ oder ähnliche Illusionen zu setzen. Das Proletariat und seine Avantgarde, die Kommunistische Partei und der mit ihr verbundene, von ihr geführte Kommunistische Jugendverband, sind allein imstande, den Massen des Jungproletariats und der jugendlichen Werktätigen einen wirklichen Ausweg aus dem heutigen maßlosen Elend, den Weg zu einer besseren Zukunft zu weisen. Das Proletariat als die einzige Klasse der Zukunft ist dazu berufen, die ganze Masse der ausgebeuteten und notleidenden Werktätigen unter seiner Führung gegen den Kapitalismus zusammenzuschweißen und in den Kampf zu fuhren. Die Aufgabe der Kommunisten ist es, als bewußter Vortrupp des Proletariats, die Arbeiterklasse auf die Höhe ihrer geschichtlichen Aufgabe zu heben. Der Kommunistische Jugendverband muß durch seine Arbeit die proletarische Jugend zur Führung der Massen der jugendlichen Werktätigen befähigen. Er muß es verstehen, diesen breiten Massen die Klarheit darüber zu verschaffen, daß nur der Sozialismus die Zukunft, den Aufstieg bedeutet, während jede Verlängerung des kapitalistischen Systems ein dauerndes Massenelend für Millionen, den physischen Untergang für immer neue Hunderttausende und vor allem für die proletarische und werktätige Jugend, die Abschneidung aller Zukunftsaussichten bedeutet. Heute, wo das ganze Weltgeschehen durch den Gegensatz der beiden Systeme, des Sozialismus und der proletarischen Diktatur in der Sowjetunion und des niedergehenden Kapitalismus in der übrigen Welt, beherrscht wird, wo die bolschewistische Partei an der Spitze der Sowjetmacht mit dem zweiten Fünfjahrplan zum Aufbau der klassenlosen sozialistischen Gesellschaft übergeht, nachdem der erste Fünfjahrplan die Fundamente der sozialistischen Wirtschaft zu Ende führte - heute bieten dem Kommunistischen Jugendverband die leuchtenden Beispiele und Tatsachen des sozialistischen Aufbaues im Sowjetlande, Argumente, deren er sich nur zu bedienen braucht, um unter den jugendlichen Massen eine wirklich breite und umfassende sozialistische Massenpropaganda zu entfalten.

Während bei allen politischen Richtungen der Bourgeoisie, einschließlich der Sozialdemokratie, Nationalsozialisten usw. der Gegensatz wischen den Generationen zum Teil faktisch vorhanden ist, zum Teil bewußt ausgespielt wird, um dadurch die Massen der Erwachsenen und der Jugendlichen über den Klassengegensatz der kapitalistischen Gesellschaft hinwegzutäuschen oder von ihm abzulenken, gehört es zu den Faktoren, die die Stärke und Überlegenheit der kommunistischen Bewegung ausmachen, daß in ihr die drei Generationen - Partei, Jugend, Kinderbewegung - eine vollkommene Einheit in der Richtung, Zielsetzung und Verbindung ihrer Arbeit darstellen. Diese grundsätzliche Übereinstimmung und unlösliche Verbundenheit hat nicht das mindeste zu tun mit solchen Fehlern, wie sie häufig hinsichtlich der Angleichung der Arbeitsmethoden erfolgen. In der Überwindung solcher Fehler einer schematischen Übernahme der Methoden der Partei liegt eine der Hauptaufgaben des Jugendverbandes. Nur in dem Masse, wie es dem Jugendverband gelingt, seine besonderen Methoden der Arbeit, entsprechend den Verhältnissen der Arbeit unter der Jugend zu entfalten, und sich von jeder Nachahmung der äußeren Formen der Parteiagitation und Propaganda loszulösen, wird er imstande sein, tatsächlich die Direktiven der Partei fruchtbar und nutzbringend in seiner Massenarbeit auszuwerten und zu erfüllen.

Die Führung des Jugendverbandes durch die Partei ist nicht bloß eine politische Frage, nicht bloß eine Frage der Überwachung und Kontrolle, keineswegs eine Frage des Kommandierens und der Anweisungen der Partei an den Jugendverband. Das gilt sowohl im zentralen, wie im

Maßstab aller Bezirke, Unterbezirke, Ortsgruppen und Zellen. Diese Führung kann nur verwirklicht werden durch ein Höchstmaß kameradschaftlicher Erziehung und aktiver Hilfe. Die Pflicht der Betriebszellen der Partei, Jugendzellen von sich aus zu schaffen, wo der Jugendverband selbst noch nicht dazu imstande war, ist ein wichtiger Teil dieser Unterstützung. Aber darüber hinaus gilt es für alle Organe der Partei, von der Zelle bis zum Zentralkomitee, in der täglichen Arbeit die Bedürfnisse des Jugendverbandes zu berücksichtigen, den Jugendverband in den Kampagnen entsprechend seinen Aufgaben und seinem Wirkungsbereich mit einzuschalten und umgekehrt den Kampagnen des Tugendverbandes in der Arbeit der Partei den notwendigen Anteil zu verschaffen. Diese Einstellung der Partei zum Jugendverband muß wiederum in der Arbeit des KJVD ihre entsprechende Widerspiegelung finden.

Das gilt in besonderem Maße von der großen zentralen Kampagne, die der KJVD in den kommenden Wochen und Monaten in Stadt und Land fuhren muß, der Vorbereitung des Reichsjugendtages. Es ist selbstverständlich, daß diese Kampagne für den Reichsjugendtag mit den allgemeinen politischen Kampagnen der Partei - Präsidentschaftswahlen, Preußenwahlen usw. und ihrer Bedeutung für die außerparlamentarische Massenmobilisierung zu Streiks und Massenaktionen aufs engste verbunden werden muß.

In den Fragen der Organisation und ihres inneren Lebens steht vor dem Jugendverband noch dringender als vor der Partei die Notwendigkeit der Überwindung der Fluktuation. So wie für die Partei als ein Hauptgebiet ihrer innerorganisatorischen Aufgaben die Politisierung und Belebung der Betriebszellen gegeben ist, gilt es ebenfalls für den KJVD, das innere Leben der Organisation entsprechend den Bedürfnissen der Jugend interessanter, anziehender und lebendiger zu gestalten. Eine Hauptaufgabe des KJVD liegt auf dem Gebiet der Presse. Die Ausgestaltung der „Jungen Garde“ einem wirklichen Massenorgan, das das Leben der Arbeiterjugend und der jugendlichen Werktätigen in Stadt und Land widerspiegelt und den jugendlichen Massen zu einem wirklichen Führer in allen Kämpfen „und bei ihrer Entwicklung zu werden vermag und die Massenwerbung für die „Junge Garde“ müssen mit größter Entschlossenheit in Angriff genommen werden.

Die Beschlüsse, die das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale hinsichtlich der Arbeit des KJVD gefaßt hat, finden die vollkommene Unterstützung des Zentralkomitees der KPD. Aufgabe der Partei ist es, diesen Beschlüssen nicht nur zuzustimmen, sondern praktisch mitzuarbeiten daran, daß die Beschlüsse durchgeführt, daß die Kritik der Jugendinternationale an der Arbeit des Jugendverbandes zur Verbesserung der Arbeit, zur Ausmerzung der Schwächen und Fehler ausgenutzt und als ein Hebel für den Aufstieg des Verbandes angewandt wird.

Lenin hat in seiner großen Rede auf dem Kongreß des Russischen Kommunistischen Jugendverbandes im März 1920 der Jugend des Sowjetlandes auseinandergesetzt, daß Kommunismus keine Bücherweisheit ist und nicht aus Büchern gelernt werden kann. Lenin hat damals gesagt:

„Wie müssen wir die junge heranwachsende Generation den Kommunismus lehren? Sie kann den Kommunismus nur lernen, indem sie jeden Schritt ihrer Erziehung und Bildung mit dem nimmer stillstehenden Kampfe des Proletariats und der arbeitenden Massen gegen die alte ausbeuterische Gesellschaft verbindet. Wenn man uns von Sittlichkeit spricht, sagen wir: die ganze Sittlichkeit der Kommunisten liegt in dieser solidarisch bewußten Disziplin, im bewußten Massenkampf gegen die Ausbeuter. Wir glauben an keine ewige Sittlichkeit und wir deckenden Betrug der alten Märchen auf. Die Sittlichkeit dient dazu, daß sich die Menschheit erhebe und sich befreie von der Ausbeutung der Arbeit. Um das zu verwirklichen, bedarf es einer Jugendgeneration, welche in der Umgebung des unentwegten disziplinierten Kampfes gegen die Bourgeoisie zu bewußten Menschen heranwächst. In diesem Kampf wird sie wirkliche Kommunisten erziehen und jeden Schritt in ihrer Bildung und Erziehung muß sie mit diesem Kampfe verbinden, ihm unterordnen.“

In diesem Sinne leistet unsere Partei eine gewaltige Erziehungsarbeit an der jungen proletarischen Generation. Unsere Partei erwartet vom Kommunistischen Jugendverband daß er in der Zukunft in viel stärkerem Maße als bisher ein *wirkliches Kräftereservoir für die gesamte Partei* in allen ihren Funktionen von unten bis oben werde.

Das kann der Jugendverband nur, wenn er unerbittlich und rücksichtslos in der Praxis die Direktiven des Exekutivkomitees der Kommunistischen Jugendinternationale *verwirklicht*. Frei von Bürokratismus und persönlicher Empfindsamkeit müssen die Kader des KJVD mit ganzer Kraft und bolschewistischem Ernst an die Durchführung der ihnen gestellten Aufgaben herangehen.

Es muß offen gesagt werden, daß die Umstellung auf die Betriebs- und Massenarbeit im Sinne der ZK-Beschlüsse noch nicht voll befriedigen kann. Das Tempo dieser Umstellung muß unbedingt *beschleunigt* werden, damit bis in die letzte Betriebszelle, in die letzte Ortsgruppe und Dorfzelle und in alle revolutionären Massenorganisationen der Jugend hinein ein wirklicher Umschwung in der praktischen Arbeit erfolgt.

Diese Verbesserung der Massenarbeit hat die Überwindung aller rechts-opportunistischen Tendenzen und Abweichungen, sektiererischer Einstellung und die allgemeine Hebung des ideologischen politischen Niveaus des KJVD zur Voraussetzung.

Die Leitung des Kommunistischen Jugendverbandes - die in dem vorstehenden Artikel den Willen zur Selbstkritik und Beseitigung aller Fehler, Mängel und Schwächen der Arbeit des Jugendverbandes zeigt - muß sich darüber klar sein, daß es größter Kraftanstrengung und einer Umstellung der gesamten Methoden bedarf, um wirklich die gesamte Mitgliedschaft des Jugendverbandes auf die bolschewistische Erfüllung der gestellten Aufgaben einzustellen. Hier hat der Jugendverband eine *gewaltige* ideologische Arbeit zu leisten, die nur in engster Zusammenarbeit und unter Leitung der Partei durchgeführt werden kann. Hier soll nur auf eine der dringenden Aufgaben hingewiesen werden, nämlich darauf, daß die Kommunistische Jugendinternationale von dem KJVD mit Recht eine aktive Teilnahme an der Überprüfung der zur Geschichte des KJI bisher erschienenen Materialien, die eine ganze Reihe politischer Fehler und unbolschewistischer Darstellungen enthalten, verlangen kann. Die „Junge Garde“ muß die ideologische Kampagne zur Aufklärung über die Fehler Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts mit viel größerer Energie fortführen, wobei die Bedeutung dieser revolutionären Führer gegen alle Fälschungsversuche der SPD und ihrer Seydewitz- und Brandlerfilialen rückhaltlos verteidigt werden muß. Sie muß es lernen, in viel verständlicherer, jugendgemäßerer Weise diese Frage darzustellen und in Verbindung mit den täglichen Kämpfen die überragende Rolle Lenins und des Leninschen Kommunistischen Jugendverbandes der Sowjetunion im Jugendverband und unter den Jungarbeitermassen zum Bewußtsein bringen.

Der Verlauf der Januarbewegung und der Streikbewegungen im vergangenen Jahre hat eine verhältnismäßig große Aktivität der Jungarbeitermassen gezeigt. Es gilt die dabei aufgetretenen politischen und organisatorischen Mängel und Schwächen schnellstens zu überwinden.

Bei der Kampagne zum internationalen Frauentag, die durchgeführt wird in engster Verbindung mit der Präsidentschaftswahl und der Vorbereitung der Preußenwahlen, muß sich zeigen, daß der Jugendverband es versteht, in größerem Maße als bisher die Mängel auf dem Gebiet unserer Arbeit unter den jugendlichen Arbeiterinnen zu beseitigen.

Die gegenwärtige akute Zuspitzung im Fernen Osten verpflichtet den Jugendverband, die größte Aufmerksamkeit auf das Studium der Kriegsfragen und auf die Mobilisierung der Arbeiterjugend gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion und der Sowjetgebiete zu lenken.

Die Präsidentschaftswahlkampagne, die Preußenwahlkampagne, Internationaler Frauentag, der 1. Mai und vor allem die Durchführung des Internationalen Jugendtages bieten dem Kommunistischen Jugendverband die umfassendsten Möglichkeiten zur Entfaltung seiner

Jugendpolitik und zum vollen Übergang zu Methoden wirklich bolschewistischer Massenarbeit. Die Kommunistische Partei Deutschlands wird alles tun, um im Sinne der Beschlüsse des XI. Plenums der Komintern und der Beschlüsse des EK der Kommunistischen Jugendinternationale den KJVD in seiner bolschewistischen Arbeit zu leiten und zu unterstützen.

Die Internationale, Heft 2, 1932

Der revolutionäre Ausweg und die KPD

Rede auf der Plenartagung des Zentralkomitees
der Kommunistischen Partei Deutschlands
am 19. Februar 1932 in Berlin

I. Die internationale Lage

Genossen, eine kurze Vorbemerkung: Auf früheren Tagungen des Plenums des ZK wurde den Referenten meist die Aufgabe gestellt, alle auf der Tagesordnung stehenden wichtigen Fragen und Gebiete der Parteiarbeit im Referat zu behandeln. In der heutigen Tagung des ZK wollen wir von dieser früheren Regel abgehen. Das Referat wird sich deshalb, wie ich ausdrücklich betonen möchte, bewußt darauf beschränken und konzentrieren, bestimmte Hauptprobleme aufzurollen und den Standpunkt der Parteiführung dazu wiederzugeben.
Hierbei lenke ich die Aufmerksamkeit der Gesamtpartei auf zwei wichtige Ergänzungen.
1. auf die Tatsache, daß den ZK-Mitgliedern ein besonderes statistisches Material unterbreitet wurde, um dadurch mein Referat zeitlich abzukürzen und größere Möglichkeiten zu schaffen, die Grundfragen zu behandeln, und
2. darauf, daß wir versuchen müssen - das ist Aufgabe der Diskussion -, zu den verschiedenen Fragen Stellung zu nehmen und das Referat konkret aus den verschiedensten Gebieten der Arbeit und Politik zu ergänzen. Auf diese Weise wollen wir versuchen, in stärkerem Maße die kollektive Arbeit der gesamten Plenartagung des ZK anzuregen und zu steigern.
Es muß genügen, wenn im Referat die wesentlichen Grundzüge der Entwicklung klargelegt werden, aus denen wir unsere Schlußfolgerungen für die Strategie und Taktik der Partei zu ziehen haben. Ich erinnere an das Januarplenum 1931, wo wir uns ausführlich beschäftigten mit dem Charakter und den Entwicklungsperspektiven der Weltwirtschaftskrise. Wir stellten dabei fest, daß eine ganze Reihe von Faktoren die Überwindung der Krise hemmen und ihre Dauer und Tiefe vergrößern.
Das XI. Plenum des EKKI erweiterte diese Feststellungen und schuf äußerste Klarheit in allen entscheidenden Fragen der Entwicklung der Krise. Seit dem XL Plenum des EKKI und der Plenartagung des ZK im Mai vorigen Jahres ergeben sich eine Reihe neuer Tatsachen, durch die sich die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise von allen früheren periodischen Krisen unterscheidet.

Die Zersetzung des kapitalistischen Kredit- und Finanzsystems

Wir erleben seit dem vergangenen Sommer international und in den verschiedenen Ländern eine weitgehende Zersetzung des kapitalistischen Kreditsystems. Das Neue ist - verglichen mit den früheren zyklischen Krisen der kapitalistischen Wirtschaft - die Tatsache, daß diese Erschütterung des Kreditsystems, und bald überall auch des Finanzsystems, in der Hauptsache erst aus den höheren Formen der Weltwirtschaftskrise erwächst, während sie in früheren Krisen meist schon mit der Entfaltung der Krise, mit ihrer ersten Phase verbunden war. Durch die außerordentliche Erschütterung des kapitalistischen Kreditsystems im verschärften Stadium der Wirtschaftskrise in den verschiedenen Ländern wird die Überwindung der Krise noch mehr erschwert.
Das Übergreifen der Krise auf das kapitalistische Kredit- und Finanzsystem gibt seinerseits der industriellen Handelskrise einen neuen Auftrieb.
In welchen Tatsachen äußert sich nun diese Zersetzung des kapitalistischen Kredit- und Finanzsystems?
Eine Krise des Kreditsystems haben wir bald in allen kapitalistischen Ländern, während eine Krise der Währung noch nicht überall in Erscheinung tritt.

In solchen Ländern wie in Deutschland, Österreich, Ungarn, Rumänien, Estland sehen wir eine wachsende Verschärfung der Krise des Kreditsystems seit dem Sommer vorigen Jahres. Der Zusammenbruch größerer Banken, wie wir ihn in Deutschland und anderen Ländern - siehe Danatbank usw., der Creditanstalt in Österreich, der Nationalen Creditbank in Frankreich, der Commerziellen Bank in Italien, der Transamerikanischen Bank in den Vereinigten Staaten usw. - erlebt haben, ist eine weitere Tatsache.
Die Abschaffung des Goldstandards für das Pfund Sterling in England ermöglichte es der englischen Bourgeoisie, vorläufig ihr Finanzsystem vor dem Bankrott zu retten. Durch die Senkung des Kurses des Pfund Sterling um 20 Prozent wurden an einem einzigen Tag die inneren Schulden des Landes um ungefähr 30 Milliarden Mark und die ausländischen Kapitaleinlagen um etwa 20 Milliarden Mark gesenkt.
Wir haben weiter die Tatsache, daß die Staatsfinanzen der meisten kapitalistischen Staaten zerrüttet sind und riesige Fehlbeträge aufweisen, so daß wir in einzelnen Ländern vom Beginn eines Staatsbankrotts sprechen müssen.
Schließlich noch den Sturz der Aktien und Wertpapiere an allen Börsen (ausgenommen die Aktien der Kriegs- und Rüstungsindustrie) und insbesondere die Tatsache, daß bereits in 36 kapitalistischen Ländern das Währungssystem aufs heftigste erschüttert ist und die Inflation begonnen hat.
Unsere Resolution sagt über alle diese Erscheinungen mit vollem Recht, daß sie

„die letzten Reste der sozialdemokratischen Legende über den ‚organisierten Charakter' des Monopolkapitalismus zertrümmert"

haben. So sehen wir in einer ganzen Reihe von kapitalistischen Ländern eine außerordentliche Verschärfung der Krise, während zugleich auch diejenigen Länder, die am längsten von der Krise verschont blieben, wie Frankreich, die Niederlande, Schweiz und Skandinavien, gleichfalls eine Ausdehnung und Verschärfung der Krise aufweisen.
Der Index der Produktion, der Umsätze im Handelsverkehr und der Weltmarktpreise ist in allen kapitalistischen Ländern in beispiellosem Ausmaße gesunken. Die Massenerwerbslosigkeit hat einen noch nie dagewesenen Grad erreicht. Ein kapitalistischer Ausweg aus der Krise wird für die Bourgeoisie immer schwieriger.
Das Problem der Neuaufteilung der schon verteilten Welt wird immer mehr in den Vordergrund der internationalen Politik gestellt. Die Frage des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion nimmt mit jedem Tag neue und aktuellere Formen an.

Fakten, die die Weltwirtschaftskrise verschärfen

Welche Faktoren sind es in der Hauptsache, die den besonderen Charakter der Krise, ihre Tiefe und Dauer hervorrufen und steigern?

1. Der weltumspannende Charakter der Krise in allen kapitalistischen Ländern;
2. demgegenüber das Bestehen der krisenlosen sozialistischen Wirtschaft der Sowjetunion;
3. die Verflechtung der industriellen Krise mit der Weltagrarkrise;
4. der verschärfte Kampf um neue Märkte und die Tatsache der monopolistisch gebundenen Preise und
5. als eine neue Erscheinung die schon erwähnte Störung des Kreditsystems.

Wir sehen also eine Fülle von Erscheinungen, die zur weiteren Verschärfung und Entfaltung der Weltwirtschaftskrise beitragen. Die ganzen Hoffnungen der Weltbourgeoisie und der internationalen Sozialdemokratie, die Hoffnungen der bürgerlichen Ökonomen und der sozialdemokratischen Papageien, die die Melodien der Bourgeoisie nachplappern, auf eine Abschwächung der Krise im Jahre 1931, haben sich als Lug und Trug erwiesen. Unsere Beschlüsse vom Januarplenum des Jahres 1931 und vor allem die Perspektiven des XI. Plenums des EKKI über eine weitere Verschärfung der Krise sind durch die tatsächliche

Entwicklung restlos bestätigt worden. Wir müssen viel mehr als bisher die Feststellung in den Massen popularisieren, daß sich in dieser Bestätigung die Richtigkeit unserer Linie und Beschlüsse die klare Erkenntnis des Marxismus-Leninismus, des wissenschaftlichen Sozialismus widerspiegelt. Noch niemals zuvor hat die geschichtliche Entwicklung die Autorität des Marxismus-Leninismus so leuchtend, so unzweideutig, so überwältigend erhärtet wie gerade bei den Erscheinungen der jetzigen Weltwirtschaftskrise.

Die Verschärfung des Kampfes um die Märkte

Ich komme jetzt zur Frage der Verschärfung des Kampfes um die Märkte, die für die gegenwärtige Phase der Krise in ökonomischer und politischer Hinsicht von großer Bedeutung ist.

Seit dem Maiplenum unseres Zentralkomitees hat der internationale Kampf um die Märkte auf der Grundlage der verschärften Krise eine riesige Erbitterung und Zuspitzung erfahren. Die Kapitalisten streben auf der Suche nach einem Ausweg aus der Krise nach einer neuen Ausplünderung der Kolonien. Sie entfalten eine immer rücksichtslosere Konkurrenz untereinander. Sie wenden alle Mittel und Methoden an, um sich gegenseitig die Märkte abzujagen.

Die Schutzzollpolitik, die Einfuhrkontingente und Einfuhrverbote, die Kündigung von Handelsverträgen und die Devisenzwangswirtschaft, schließlich die bewußte Inflationspolitik, wie sie im besonderen der englische Imperialismus mit der Aufgabe des Goldstandards und der Entwertung der Pfundwährung eingeleitet hat, das alles sind Kampfmittel der Imperialisten, um sich die Märkte gegenseitig strittig zu machen.

Der Zollkrieg hat nicht begonnen mit der Wendung in der Handels- und Zollpolitik Englands. Die Zollpolitik des Protektionismus entsteht aus der Natur des monopolistischen Kapitalismus. Die Politik des Protektionismus hat sich besonders zugespitzt im Verlauf der ökonomischen Weltkrise und spitzt sich immer weiter zu, entsprechend dem Ausmaß der Tiefe dieser Krise. Der englische Pfundsturz in Verbindung mit der Aufgabe des Freihandels in England, die neue Schutzzollpolitik des englischen Imperialismus spielt eine besondere Rolle. Diese Politik der englischen Bourgeoisie, die von der MacDonald-Regierung betrieben wird, richtet sich gleichermaßen gegen die werktätige Bevölkerung Englands, deren Lebenshaltung durch die Inflation gesenkt wird, wie gegen die Konkurrenz der übrigen kapitalistischen Länder.

Auf der Grundlage der Inflation versucht der englische Imperialismus auf dem Weltmarkt die Preise zu unterbieten, einen Dumpingexport zu betreiben. Der englische Sozialfaschismus, der diese Politik der englischen Bourgeoisie unterstützt, versucht diese Politik vor den Massen durch eine Scheinopposition gegen das Kabinett MacDonald zu verschleiern. Die Politik des englischen Imperialismus führt zu einer neuen Verschärfung der imperialistischen Gegensätze und spitzt die vorhandenen Widersprüche zwischen dem imperialistischen England und seinen Kolonien immer mehr zu.

Der imperialistische Krieg ist zur Tatsache geworden!

Aber nicht nur die englische Pfundpolitik, sondern überhaupt der verschärfte Kampf des Imperialismus um die Märkte spitzt alle imperialistischen Konflikte zu. Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt und die Eroberung der Märkte verschärft sich. Die Regierungen der kapitalistischen Länder wenden die Methoden und Waffen des ökonomischen Angriffs mit besonderer Schärfe gegen die Sowjetunion an (Erhöhung der Zölle, administrative Einfuhrverbote usw.). Besonders aggressiv handelt der amerikanische Imperialismus gegen die Sowjetunion. Die Kriegsgefahr nimmt neue und aktuellere Formen an, sowohl in der Zuspitzung der Konflikte der Imperialisten untereinander, wie ganz besonders in der Richtung

des unmittelbar drohenden Interventionskrieges der Imperialisten gegen die Sowjetunion. Die Ereignisse im Fernen Osten zeigen, daß der imperialistische Krieg aus einer Gefahr zu einer Tatsache geworden ist, auf die wir die allergrößte Wachsamkeit und den entschlossenen Kampfwillen der Massen einstellen müssen.
Was zeigt der räuberische Überfall des japanischen Imperialismus in China? Er ist die Illustration für unsere Feststellung, daß die Imperialisten zum Kriege greifen als zu einem Mittel der Überwindung der Krise auf kapitalistischen Wege.
Der japanische Imperialismus, der mit voller Unterstützung des französischen Imperialismus sowohl seinen Einbruch in die Mandschurei als auch seinen Überfall auf Schanghai, Kanton und die übrigen großen Hafenstädte Chinas unternommen hat, will die Aufteilung Chinas unter die imperialistischen Mächte erzwingen. Wir haben immer ausgesprochen, daß die ungleiche Entwicklung des Imperialismus früher oder später die Neuaufteilung Welt mit Hilfe imperialistischer Kriege auf die Tagesordnung stellen wird. Die Aufteilung Chinas spielt hierbei eine besonders große und aktuelle Rolle. Heute handelt es sich nicht mehr um bloße Tendenzen und Pläne der Imperialisten, sondern schon um konkrete Tatsachen. Die Klassenwirklichkeit hat hier erneut die Voraussagen der Kommunisten restlos bestätigt und alle von der Bourgeoisie und Sozialdemokratie künstlich gezüchteten Illusionen zerschlagen. Wir müssen lernen, an Hand solcher Tatsachen den Massen klar zu machen, daß nur die Kommunisten ihnen die Wahrheit gesagt haben.

Um was geht es beim chinesisch-japanischen Krieg?

Wie steht es heute in China?
Wir sehen das ungeheuerliche Verbrechen des Weltimperialismus, eingeleitet durch die japanische Räuberbande, gegen ein 400-Millionen-Volk.
Wir sehen den schamlosen Versuch, das chinesische Volk mit seiner vieltausendjährigen Kultur zwischen den imperialistischen Mächten einfach aufzuteilen, so wie man es im vergangenen Jahrhundert mit den Negersklaven machte. Wir müssen unzweideutig erkennen, daß dieser blutgierige Angriff des japanischen Imperialismus in der Spitze sich nicht nur gegen die chinesische Sowjetrevolution und gegen die chinesische Arbeiterklasse richtet, sondern in seiner ganzen strategischen Orientierung, in seinem ganzen Aufmarschgebiet, wie die Besetzung von Charbin usw. zeigt, gegen die Sowjetunion, das einzige Land des Sozialismus in der ganzen Welt, im besonderen richtet.
Es ist kein Zufall, daß gerade das rote Tschapei, die Arbeiterstadt von Schanghai, am meisten Opfer der Bombenangriffe und der Beschießung durch die Japaner wurde.
Nehmen wir z.B. das in unserer Presse und in unserer Partei gar nicht genügend ausgenutzte Memorandum von Tanaka, dem bekannten japanischen Premierminister. Man kann die Lage im Osten nur verstehen, wenn man die Enthüllungen dieses verbrecherischen Dokuments überall in den Millionenmassen Deutschlands und der Welt popularisiert. Was finden wir in dem Tanaka-Memorandum? Er sagt z.B. an einer Stelle:

„Wenn wir uns in Erinnerung rufen, daß die Chinesen unsere einzigen Käufer sind, so müssen wir den Tag fürchten, an dem sich China vereinigen wird und seine Industrie zu blühen beginnt."

Und welche Methoden schlägt Tanaka für die japanische Politik in Ostasien vor? Er sagt:

„Japan wird nicht imstande sein, um der Selbstverteidigung willen und zum Schutz anderer, die Schwierigkeiten in Ostasien zu beseitigen, wenn es nicht eine Politik von ‚Blut und Eisen' durchführt."

Gegen wen soll sich die Politik von „Blut und Eisen" richten außer gegen das chinesische Volk? Einmal gegen den wichtigsten imperialistischen Konkurrenten, gegen die Vereinigten Staaten, zum anderen gegen die Sowjetunion als den Hort des Freiheitskampfes aller

unterdrückten Völker und Klassen. Und Tanaka zieht auch die praktischen Schlußfolgerungen, wobei er sich auf die Erfahrungen des vergangenen Weltkrieges stützt:

„Mandschurei und Mongolei - das ist das Belgien des Fernen Ostens. Im großen Weltkrieg ward Belgien zum Schlachtfeld. In unseren Kriegen mit Rußland und den Vereinigten Staaten werden wir die Mandschurei und die Mongolei allen Schrecken des Krieges aussetzen müssen."

Gegenwärtig zeigt die außerordentliche Zurückhaltung der Vereinigten Staaten gegenüber dem japanischen Vorgehen in Schanghai die große Gefahr, daß die *Imperialisten ihre Konflikte untereinander vertagen,* zugunsten des japanischen Überfalls auf die Sowjetunion. Es ist klar, daß der japanische Imperialismus in diesem Falle die Rolle eines Kettenhundes der Weltimperialisten spielen würde, der mit Genehmigung und stärkster Unterstützung der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Englands usw. den Angriff auf die Sowjetunion eröffnet. Was sagt Tanaka über diese Politik des Krieges gegen Sowjetrußland?
Er schreibt:

„Wird die Sowjetrußland gehörige Ostchinesische Bahn sich in diesem Gebiet entwickeln, so wird unsere neue Kontinentalpolitik dadurch beeinträchtigt, und dies wird in der nächsten Zukunft unfehlbar zu einem Konflikt mit Sowjetrußland führen… Das Programm unserer nationalen Entwicklung schließt augenscheinlich die Notwendigkeit ein, in der Mongolei unsere Waffen mit Rußland zu kreuzen, um uns der Reichtümer der Nordmandschurei zu bemächtigen. Wenn wir Japans Zukunft betrachten, so müssen wir die Unvermeidlichkeit eines Krieges mit Rußland in der Nordmandschurei zugeben. Wenn diese Bahn (gemeint ist die Bahn Kirin-Hoinin und Taschantschun-Talaij gebaut ist, können wir Talai zum Ausgangspunkt eines Angriffs auf Sibirien nach drei Richtungen hin machen. Und zwar über Taonan, über Anschan und über Tsitsihar. Die Reichtümer der Nordmandschurei werden dann in unseren Händen sein."

Der strategische Plan des japanischen Imperialismus

Der strategische Plan des japanischen Imperialismus geht also dahin:
Erstens: Finanzielle und ökonomische Durchdringung der Mandschurei;
Zweitens: Militärische Eroberung der Mandschurei und Mongolei bei gleichzeitiger Unterdrückung des chinesischen Volkes, insbesondere unter den heutigen Verhältnissen, die Tanaka noch nicht voraussah, der chinesischen Sowjetrevolution.
Drittens: Krieg gegen die Sowjetunion zur Losreißung nicht nur der ostchinesischen Eisenbahn und Wladiwostoks, nicht nur der mit der Sowjetunion freundschaftlich verbundenen Volksrepublik der äußeren Mongolei, sondern zur Eroberung Sibiriens, um einen Pufferstaat zu schaffen.
Viertens: Krieg gegen die Vereinigten Staaten, um die Vorherrschaft des japanischen Imperialismus in ganz Asien und im Stillen Ozean zu schaffen.
Ich will nur noch hinzufügen, daß das Tanaka-Memorandum in der weiteren Perspektive dann auch noch die Eroberung Indiens und schließlich sogar Europas durch den japanischen Imperialismus vorsieht. Aber während diese weiteren Perspektiven ebenso phantastisch und wahnwitzig erscheinen, wie die Weltherrschaftsträume der Imperialisten aller Länder - man braucht nur an die Kriegsziele der Hindenburg und Ludendorff zu denken -, währenddessen zeigt die Praxis des japanischen Imperialismus, daß er bereits mit aller Entschiedenheit dazu übergegangen ist, die ersten Teile des Tanaka-Planes zu erfüllen. Wir müssen uns also klar sein, daß dieses Tanaka-Memorandum von 1927 absolut die Linie für die gesamte Politik Japans abgibt. Und das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß der japanische Imperialismus den Krieg gegen die Sowjetunion so rasch als möglich entfesseln will. Den ganzen blutigen Ernst dieser Tatsache gilt es zu erfassen und den breitesten Massen klar zu machen.

Bei diesem räuberischen Schachergeschäft in China werden sich weiterhin die Konflikte der Imperialisten untereinander zuspitzen. Aber vor der Verschärfung der Gegensätze der imperialistischen Mächte untereinander tritt immer stärker in den Vordergrund das gemeinsame Handeln der imperialistischen Mächte in der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion. Neben dem amerikanisch-englischen Hauptgegensatz der Imperialisten untereinander rückt der amerikanisch-japanische Gegensatz wieder mehr in den Vordergrund, ohne daß dadurch die Kriegsaktionen des japanischen Imperialismus und aller anderen Imperialisten gegen die Sowjetunion eingeschränkt werden.

Die Rolle des deutschen Imperialismus

Für uns deutsche Kommunisten ist selbstverständlich von größter Bedeutung die Rolle des deutschen Imperialismus in der Frage des japanischen Krieges.
Was sehen wir hier? Genau wie bei dem Problem des Anti-Sowjetkrieges nimmt die deutsche Bourgeoisie auch bei dem Vorgehen des japanischen Imperialismus eine solche Stellung ein, daß sie unter allen Umständen bei dem blutigen Geschäft beteiligt sein und von der Beute profitieren will.
Ich verweise hier nur auf die schmutzige Rolle der deutschen faschistischen Offiziere in China, die dort als militärische Ratgeber seit Jahren an allen Kämpfen gegen die chinesische Revolution und die Roten Armeen teilnehmen. Heute ist es vor allem die Frage der Munitions- und Waffentransporte, in der sich die Teilnahme der deutschen Bourgeoisie an dem Verbrechen der Imperialisten ausdrückt.
Ich weise darauf hin, daß kürzlich in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ auf diesem Gebiet schon die Linie des wichtigsten Teiles der deutschen Industrie aufgezeigt wurde, sich im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Verschiebungen und der Belebung der Konjunktur der Kriegsindustrie an diesem Geschäft zu beteiligen. Es heißt z.B. dort:

„Die Weltbörsen begegnen den Ereignissen im Fernen Osten mit einer nicht nur erstaunlichen Ruhe, sondern in einigen Fällen sogar mit einer Art von Hoffnungsfreudigkeit. Die Spekulationswelt hält die sich aus einem Kriege ergebenden wirtschaftlichen Verschiebungen zu einem großen Teil schon für konjunkturbelebend. Wir sehen mit jeder neuen Ausdehnung dieses ostasiatischen Konflikts neue Aktien- und Rohstoffgruppen an den Börsen in Bewegung kommen.“

Weiter: In einer Bezirksversammlung des GdA in Hamburg erklärte der Gewerkschaftssekretär Möhring u.a.:

„Wir müssen feststellen, welche arbeitsfördernde Bedeutung der chinesisch-japanische Konflikt auch für die deutschen Angestellten gewinnt.“

Die Vorgänge im Fernen Osten, der Krieg in der Mandschurei und in den anderen chinesischen Hafenstädten bringen aber zugleich mit dem Angriff gegen die werktätigen chinesischen Massen auch die stärkste Bedrohung der Sowjetunion; damit tritt der Interventionskrieg in ein neues akutes Stadium. Die Besetzung von Charbin, die fortgesetzten japanischen Übergriffe im Gebiet der ostchinesischen Eisenbahn, die verstärkte Ansammlung weißgardistischer Elemente an der Grenze der Sowjetunion, die imperialistischen Pläne auf Schaffung eines Pufferstaates, unter Losreißung von Teilen der Sowjetunion und Einbeziehung der äußeren Mongolei, die mit der Sowjetunion in Frieden und enger Freundschaft lebt, das alles zeigt uns, wie außerordentlich bedrohlich die Lage für den Frieden der Sowjetunion ist.
In derselben Linie liegt der imperialistische Gewaltstreich der litauischen Regierung auf Memel. Litauen, das auf direkte Anweisung und unter Kontrolle imperialistischer Staaten handelt, reiht sich mit diesem Gewaltakt in die Antisowjetfront der Interventionsmächte ein.

Bedrohung der Sowjetunion durch den imperialistischen Krieg

Wir haben schon des öfteren betont, daß die Konflikte der Imperialisten untereinander keine Abschwächung der Gefahr eines Interventionskrieges gegen die Sowjetunion darstellen. Das gilt für die gegenwärtige Situation im besonderen Maße. Heute weiß keiner von uns, was morgen schon an dieser Kriegsfront im Fernen Osten sich ändert. Der japanische Imperialismus will im Bunde mit anderen imperialistischen Mächten seine Raub- und Kriegspolitik auch gegenüber der Sowjetunion einleiten. Hier müssen die KPD und die revolutionäre Arbeiterschaft und mit ihr die internationale Arbeiterklasse schon heute alles einsetzen, um dieses Weltverbrechen mit allen seinen Konsequenzen auf das schärfste zu bekämpfen.

Die Kräfte der Arbeiterklasse müssen mobilisiert werden gegen die Aufteilung Chinas durch die imperialistischen Räuberstaaten, für die Verteidigung der Sowjetunion und Sowjetchinas!

Nach wie vor erweist sich die ganze Politik der Sowjetunion als die Politik des Friedens. Kaum jemals in der Vergangenheit hatten wir es so leicht, den breitesten Massen, insbesondere auch den sozialdemokratischen Arbeitern die Rolle der Sowjetmacht als Hort und Bollwerk des Friedens klar zu machen.

Und dem steht gegenüber die Welt der Imperialisten, die Welt des Kapitalismus.

Es gilt die Leninsche Losung der Komintern „Krieg dem imperialistischen Krieg“ in ihrer ganzen Tragweite zu begreifen. Wir müssen nicht nur in Worten, sondern in unserer revolutionären Massenarbeit und Aktionen den bolschewistischen Kampf gegen den Krieg organisieren und führen. Wir müssen die Haager Instruktion Lenins und die Beschlüsse des VI. Weltkongresses der Komintern zum Allgemeingut der Partei und der Arbeiterklasse machen.

Ich will hier nicht viele Worte verlieren über die schändliche Rolle des Völkerbundes, dieses Kriegsinstruments der imperialistischen Mächte, die heute auch jedem sozialdemokratischen Arbeiter klar zu werden beginnt. Oder nehmen wir die ungeheuerliche Heuchelei der Imperialisten, die sich in Genf zur sogenannten Abrüstungskonferenz vereinigen, während zugleich im Fernen Osten die japanischen Kanonen und Geschütze donnern und Bombenflugzeuge über den Städten kreisen. Ist es nicht blutiger Hohn, wenn dasselbe Japan, das ohne Zögern und ohne die geringsten Hemmungen seinen Raubzug gegen das chinesische Volk durchführt, zugleich eine führende Rolle bei der Genfer Abrüstungskomödie spielt?

In Genf hat Genosse Litwinow den alten Vorschlag der Sowjetregierung erneut aufgenommen und im Namen der Arbeiterklasse der ganzen Welt die völlige und absolute Abrüstung vorgeschlagen. Klar und eindeutig unterstrich Genosse Litwinow die drohende Gefahr neuer Kriege. In glänzender Weise geißelte Genosse Litwinow den begeistert von der II. Internationale „begrüßten Plan der französischen Imperialisten, durch die Gründung einer Völkerbundsarmee eine Armee der Imperialisten gegen die Sowjetunion auf die Beine zu stellen.

Genosse Litwinow hat auf dieser Tagung der Imperialisten noch einmal vor allen Proletariern der Welt ausgesprochen, daß die Sowjetregierung vom ersten Tage ihres Bestehens an den imperialistischen Krieg nicht nur mit Worten, sondern durch ihre Taten verurteilt hat, daß die Sowjetunion sich gegen alle Kriegstribute, gegen jede nationale Unterdrückung eines Volkes durch das andere gewendet hat.

Die Imperialisten und ihre Presse haben diese Rede des Genossen Litwinow, die zur selben Stunde gehalten wurde, in der ein Granatenhagel japanischer Flugzeuge und Geschütze auf das Arbeiterviertel Tschapel niederging, mit offenem Hohn aufgenommen. Wir müssen diese Rede Millionen Proletariern und Werktätigen zugänglich machen, wir müssen all die heuchlerischen Abrüstungsmanöver der Imperialisten vor der Arbeiterklasse entlarven und sie zu aktiven Massenaktionen gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion mobilisieren.

Ist es nicht völlig klar, daß diese Abrüstungskonferenz nur die Kulisse für die Kriegsrüstung der Imperialisten abgibt? Nehmen wir dazu noch die Tatsache, daß Paul Boncour, der Vorsitzende der Völkerbundskonferenz die Frechheit besitzen kann, von „Mißverständnissen" zu reden im Zusammenhang mit dem Krieg des japanischen Imperialismus gegen das chinesische Volk. Nur eine Macht, die auf der Abrüstungskonferenz vertreten ist, kämpft wirklich für den Frieden, ist wirklich zur Abrüstung bereit: die Sowjetunion.
Alle anderen Teilnehmer, einschließlich Deutschlands, spielen eine Komödie zur Täuschung der Massen.

Die Sozialdemokratie und der Krieg im Fernen Osten

Die II. Internationale, diese Agentur des kapitalistischen Völkerbundes zeigt anläßlich des japanisch-chinesischen Krieges unzweideutig von neuem ihr wahres Gesicht, wie im August 1914. So, wie sich der Sozialpatriotismus von damals zum heutigen Sozialfaschismus entwickelt hat, so ist auch in der Frage des imperialistischen Krieges die Politik der II. Internationale und der einzelnen sozialdemokratischen Parteien heute nur noch skrupelloser und verbrecherischer als in den damaligen Jahren der Bewilligung der Kriegskredite. Nehmen wir z.B. die japanische Sozialdemokratie, welche Stellung sie einnimmt zur Frage des Krieges. Die „linke" sozialdemokratische Partei Japans hat durch den Mund ihres Abgeordneten Matzutani vor Pressevertretern folgende Erklärung abgegeben:

„Die Operationen der japanischen Truppen in der Mandschurei werden durchaus nicht zum Schutze der kapitalistischen Interessen durchgeführt, sie wurden im Gegenteil durch die Notwendigkeit der Lösung des nationalen Problems hervorgerufen. Deshalb unterscheidet sich die jetzige Lage in der Mandschurei wesentlich von einem Kriege der Kapitalisten."

Und als Matzutani aus der Mandschurei, wohin er eine „Studienreise" unternommen hatte, zurückkehrte, stellte er folgende Losungen auf:

1. „Verteidigung der japanischen Vorrechte in der Mandschurei;
2. liefert die Mandschurei in die Hände der japanischen Arbeiter und Bauern.
3. Zwei Millionen japanische Arbeitslose sollen nach der Mandschurei auswandern und dort die Vorrechte Japans verwalten;
4. die Partei soll alle Kräfte auf den Kampf für diese Losungen konzentrieren."

Ich weise ferner darauf hin, daß der Parteivorstand der Rono-Teischuto („linke" sozialdemokratische Partei) Ende Oktober die japanische Aktion in der Mandschurei als eine „Schicksalsfrage der japanischen Nation" darstellte und zuletzt auf die Tatsache, daß die sozialdemokratische Jugend Japans ein Manifest erließ, in dem es heißt:

„In den Feldern der Mandschurei, wo die Rohstoffquellen des Exports des japanischen Kapitals und japanischer Waren auf Grund der politischen Vorrechte Japans eine entscheidende Rolle für die japanische Volkswirtschaft spielen, sehen wir den aggressiven Schritt der Sowjetunion, die sonst theoretisch den pazifistischen Internationalismus betonte, des amerikanischen und des englischen Kapitals, sowie den Boykott der feudalen chinesischen Generale gegen die japanischen Waren. Aus diesem Grunde brach der gegenwärtige japanisch-chinesische Konflikt aus. Bei der schnellen Entfaltung der objektiven Situation müssen wir die schematische Strategie aufgeben und statt dessen vom Standpunkt der proletarischen Jugend eine wirklich objektive Taktik durchführen. Wir müssen, um unsere Ziele zu verwirklichen, zuerst auf der Grundlage der Volkswirtschaft den nationalen Sozialismus aufbauen, um dann allmählich zum internationalen Sozialismus vorzudringen, wobei es unsere Aufgabe ist, den fantastischen Idealismus der Kommunistischen Jugend aufs entschiedenste zu bekämpfen."

Zuletzt noch die Tatsache, Genossen, daß Anfang Februar d. J. die „rechte japanische Sozialdemokratie" folgende Thesen aufstellte:

1. „Es sind alle nur irgendmöglichen Schritte zu unternehmen, um ganz Japan darüber aufzuklären, daß die japanische sozialdemokratische Partei das Gebäude des japanischen Imperialismus schützt und hochhält.
2. Die sozialdemokratische Partei weist kategorisch die Theorie zurück, die behauptet, daß der Staat eine Waffe zur Unterdrückung der einen Klasse durch die andere sei und unterstützt die Theorie, welche erklärt, der Staat ist ein System der Vereinigung und der Kontrolle. Die Partei ist lediglich bestrebt, den Staatsapparat zu demokratisieren."

Genossen, ich betone, daß diese drei sozialdemokratischen Organisationen der II. Internationale die Politik des japanischen Imperialismus unterstützen.

Wir sind die einzige Partei, die für den Frieden kämpft

Angesichts dieser Tatsachen, angesichts der Erkenntnis, daß wir uns nicht mehr vor dem, sondern schon im imperialistischen Krieg befinden, daß der japanische Imperialismus die Brandfackel des imperialistischen Krieges bereits entzündet hat, daß der Funke auf andere imperialistische Mächte überzuspringen droht, und - was das wichtigste ist - daß die Imperialisten offen bestrebt sind, den Frieden der Sowjetunion und ihren sozialistischen Aufbau zu stören, müssen wir Kommunisten unser Banner des proletarischen Internationalismus und der aktiven revolutionären Solidarität kühner und entschlossener denn je entfalten. Wir sind die einzige Partei und die Vertreterin der einzigen Klasse, die wirklich gegen den Imperialismus und für den Frieden kämpft.
Aber es genügt nicht, daß wir das wissen. Die Millionenmassen in Deutschland müssen es wissen, von uns in der Propaganda hören, und verstehen. Der Niedergang und die Fäulnis des kapitalistischen Systems, die immer stärkere Formen annehmen, demgegenüber die krisenlose aufsteigende Entwicklung des einzigen Landes der Welt, des Landes des Sozialismus, zeigen vor den Millionen werktätigen Massen immer krasser ihren gewaltigen prinzipiellen Unterschied. Die Imperialisten der kapitalistischen Länderund die ihr treu ergebenen Sozialdemokraten suchen für den kapitalistischen Ausweg aus der Krise durch gewaltsame Neuaufteilung der Märkte, durch bewußte Aufteilung Chinas und durch die neuen, sehr ernst zu nehmenden Kriegsoperationen gegen die Sowjetunion, Millionenmassen für ihre räuberischen Pläne einzufangen und zu gewinnen. Die Kommunistischen Parteien der ganzen Welt und ganz besonders die KPD müssen sich des Ernstes dieser Situation vollauf bewußt sein. Niemals seit der Zeit des Bürgerkriegs und des imperialistischen Angriffs auf die Sowjetunion in den Jahren von 1917 bis 1920 ist die Stunde des Angriffskrieges des Imperialismus gegen die Sowjetunion so nahe gerückt wie in diesen vor uns stehenden Wochen und Monaten. Unsere große historische Losung der Verteidigung der Sowjetunion durch die Millionenmassen des Weltproletariats kann schnell und überraschend von einer Agitations- zu einer Aktionslosung für die KPD und die mit ihr verbundene revolutionäre Arbeiterschaft werden. Diese unsere Hauptlosung birgt in sich den unversöhnlichen Kampf gegen alle imperialistischen Räuber und ihre sozialfaschistischen und faschistischen Kriegsunterstützer im eigenen Lande. Unsere Klassenfeinde beginnen bereits mit neuen Methoden der Vergiftung und der Verleumdung gegen uns und gegen das einzige Land des wirklichen Friedens, gegen die Sowjetunion, ihren ideologischen Feldzug, neben den steigenden Kriegsoperationen, neu zu eröffnen.
Nehmen wir z.B. die „Hamburger Nachrichten", wie sie auf dieser Basis ein Beispiel geben, wie die klassenbewußte Presse der Bourgeoisie diesen Verleumdungsfeldzug inszeniert. Es heißt in den „Hamburger Nachrichten" u.a. in einem Artikel „Moskau organisiert den Bürgerkrieg in Deutschland" an einer Stelle folgendermaßen:

„Die Kommunistische Internationale habe für die deutschen Kommunisten eine Million Goldrubel von der russischen Partei angefordert, die auch sofort bewilligt wurden. Außerdem seien 40 Agenten der

GPU zur Organisierung von Terrorakten, Demonstrationen und planmäßigen Unruhen, sowie für die Organisierung der Industriespionage eingetroffen."

Wir sehen also, daß mit diesen Plänen der Imperialisten zu gleicher Zeit die Verleumdungen auf diesem Gebiet neue Formen annehmen.

Appell des Zentralkomitees an das deutsche Proletariat!

Wir müssen in der Agitation und Propaganda das größtmöglichste an Intensität und revolutionärer Leidenschaft entfesseln für die stärkste internationale Solidarität und das engste Bündnis der deutschen revolutionären Arbeiterschaft mit den Millionen der russischen Arbeiter und Bauern, die unbeirrbar kämpfen und ringen für die Politik des Friedens und die Unantastbarkeit ihres wirklichen sozialistischen Vaterlandes. So wie die kapitalistischen Räuber und die sozialdemokratischen und faschistischen Führer den tiefen Haß gegen die Existenz der Sowjetunion und ihre welthistorische Entwicklung zu erzeugen versuchen, so muß es umgekehrt unsere große, kühne und revolutionäre Aufgabe im unermüdlichen Tageskampf und in allen unseren Kampagnen sein, das internationale Band der tiefsten Solidarität und den gemeinsamen revolutionären Massenkampf überall zu organisieren und zu entfalten, nicht nur unmittelbar in der Stunde des kriegerischen Angriffs gegen die Sowjetunion, sondern schon heute im Zusammenhang mit allen vor uns stehenden Aufgaben in ganz Deutschland. Man kann sagen, daß gerade in der jetzigen Situation in der Agitation und Propaganda der leidenschaftlichste bolschewistische Kampf gegen den imperialistischen Krieg viel umfassender und konkreter geführt werden muß, als es in der Vergangenheit der Fall war.

Wir tragen eine große Verantwortung. Mehr als einmal seit 1918 wurde der drohende Überfall des Weltimperialismus auf die Sowjetunion durch die Massenaktionen der Komintern in allen Ländern verhindert. Mehr als jemals zuvor hängt von unserer Kampfentschlossenheit und Aktionsfähigkeit die weitere Entwicklung ab. Heute fallen japanische Bomben auf Wusung und Schapei, marschieren japanische Truppen gegen die chinesischen Sowjetgebiete. Wenn es nach dem Willen der imperialistischen Mächte ginge, würden vielleicht morgen schon die Flugzeuggeschwader sowjetrussische Gebiete bombardieren.

Ich spreche im Namen der gesamten Plenartagung des Zentralkomitees, wenn ich von dieser Stelle den stärksten Appell an das gesamte deutsche Proletariat und an alle Werktätigen richte, ihre ganze Kraft für den Kampf gegen das imperialistische Kriegsgemetzel in die Waagschale zu werfen.

Im Namen des gesamten Plenums des ZK der KPD richte ich die Aufforderung an alle klassenbewußten Arbeiter in den Hafenstädten, an die Seeleute und Hafenarbeiter, an die Eisenbahner, an die Arbeiter der Kriegsund Munitionsindustrie: Wendet eure Kampfmittel des Streiks und alle übrigen Kampfmethoden zur Verhinderung jeder Unterstützung des imperialistischen Krieges durch Munitions- und Waffentransporte an! Ich deute hierbei an, daß besondere Überwachungsausschüsse in einigen Hafenstädten schon gebildet wurden, und daß das der erste Anfang dieser großen Arbeit ist.

An die chinesischen Arbeiter und armen Bauern!

Und im Namen der Plenartagung unseres ZK richte ich von dieser Stelle aus an die Arbeiter und armen Bauern des chinesischen Volkes, an die gegen das Kriegsverbrechen kämpfenden Arbeiter Japans, an die gesamte internationale revolutionäre Arbeiterschaft und ganz besonders an die Millionen Arbeiter und Bauern, die Rote Armee und die Rote Flotte der Sowjetunion unser Gelöbnis, im Kampfe gegen den imperialistischen Krieg auf der Linie Lenins und des Bolschewismus mit allen Kräften unsere revolutionäre Pflicht zu erfüllen. Wir werden unsere proletarische Solidarität gegenüber den Imperialisten durch den entschlossenen

Kampf gegen den Feind im eigenen Land praktisch erhärten! Das auszusprechen und den proletarischen Massen zuzurufen, ist eine der wichtigsten Pflichten der heutigen Tagung unseres Zentralkomitees.

Die imperialistischen Gegensätze und das Versailler System

Ich komme nun zu der Frage, die mit der Verschärfung der imperialistischen Gegensätze verbunden ist: Zur Frage des Versailler Systems!
Auf der Grundlage der ungleichmäßigen Entwicklung in der Epoche des Imperialismus wird das Versailler System der Raubfriedensverträge, die den vergangenen Weltkrieg besiegelten, zu einem Hebel, der alle kapitalistischen Widersprüche auf eine höhere Stufe und in zugespitztere Formen überführt.
Wir kennen die Verschärfung des Kampfes des amerikanischen Imperialismus gegen die zurückgehende Position Englands in der Weltherrschaft, weiter die Zuspitzung der Gegensätze zwischen dem englischen Imperialismus und Frankreich, die auch mit dem Rückgang der ökonomischen und politischen Machtstellung Englands in Zusammenhang steht.
Betrachten wir Frankreich. Seine imperialistische Hegemonie in Europa wurde durch das Versailler System aufgerichtet. Sie steht in einem gewissen Widerspruch zur Höhe der ökonomischen Entwicklung des französischen Kapitalismus. Das zwingt den französischen Imperialismus, das System seiner Vasallenstaaten auszubauen, seine Rüstungen zu steigern und die Unterdrückung und Niederhaltung Deutschlands mit Hilfe der Young-Sklaverei unvermindert aufrechtzuerhalten (Hoover-Plan, Stillhalteverhandlungen im Zusammenhang mit der geplanten Lausanner Reparationskonferenz). Hier sahen wir ein Zusammengehen Amerikas mit Frankreich, wobei die Vasallenstaaten als Bundesgenossen Frankreichs den unbeugsamen Willen des französischen Imperialismus zur Aufrechterhaltung des erschütterten Versailler Systems unterstützten.
Auf der einen Seite wächst die Undurchführbarkeit des Versailler Vertrages und des Young-Plans. Darüber hinaus wird das Schuldenproblem international wie im deutschen Maßstabe zu einer unlösbaren Schwierigkeit für die Imperialisten.
Auf der anderen Seite denkt der französische Imperialismus nicht daran, auf das System der Young-Sklaverei zu verzichten, weil es mit der Aufrechterhaltung seiner Vormachtstellung in Europa untrennbar verbunden ist.
So führt das Versailler System zu einer außerordentlich scharfen und angespannten Steigerung des Gegensatzes zwischen den Siegern und Besiegten des vergangenen Weltkrieges, wie auch zwischen den Siegern untereinander um die Verteilung der Beute. Die Schwierigkeiten und Widersprüche des Versailler Systems werden durch die Weltwirtschaftskrise gesteigert und bewirken andererseits von sich aus eine weitere Verschärfung der Krise. Wir werden uns mit dieser Frage noch speziell in ihren Auswirkungen für Deutschland beschäftigen müssen.

Der revolutionäre Aufschwung und die Zuspitzung des Klassenkampfes

Und nun zur letzten Frage, die ich bei der Analyse der internationalen Lage beleuchten will, das ist die Frage des aus der Verschärfung der Krise erwachsenden revolutionären Aufschwunges und der mit ihr verbundenen Zuspitzung des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat.
Bei ihrem Versuch, einen kapitalistischen Ausweg aus der Krise zu beschreiten, geht die Bourgeoisie in allen kapitalistischen Ländern zu ungeheuerlichen Angriffen auf die Lebenshaltung der Massen über. In allen kapitalistischen Ländern sehen wir einen

planmäßigen Abbau der Löhne, einen Abbau der Sozialleistungen, einen Rückgang des Verbrauchs der wichtigsten Lebens- und Konsumtionsmittel pro Kopf der Bevölkerung.
Die politische Reaktion und die Anwendung faschistischer Herrschaftsmethoden durch die Bourgeoisie tritt immer stärker in Erscheinung. Die Bourgeoisie setzt ganz unverhüllt den Staatsapparat bei ihren Anschlägen auf die werktätigen Massen ein. Sie mobilisiert alle ihre Hilfstruppen, vor allem ihre soziale Hauptstütze, die internationale Sozialdemokratie.

Faktoren des revolutionären Aufschwunges

Auf der anderen Seite sehen wir eine Reihe von Faktoren des revolutionären Aufschwunges.
Die Siege der Roten Armee in China, der Ausbau und die Festigung der chinesischen Sowjetgebiete, die Tatsache, daß in einem Gebiet, das weit größer ist als Deutschland, ein zweites Sowjetland sich gebildet hat, stellen eine welthistorische Tatsache dar, die wir in unserer Agitation und Propaganda viel zu wenig beachten. Wir müssen immer stärker darauf hinweisen, daß neben der Sowjetunion heute schon auf einem zweiten riesigen Gebiet, größer als Deutschland, die Sowjetmacht besteht, daß dort für die chinesische Sowjetrevolution die Aufgabe des Hinüberwachsens der bürgerlich-demokratischen Revolution in die proletarisch-sozialistische Revolution immer mehr heranreift, daß die chinesischen Sowjets, die heute noch Organe der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und des Bauerntums sind, dazu berufen sind, zu Organen der Diktatur des Proletariats, die sich auf das Bündnis mit den armen Bauern stützt, zu werden.
Ich erinnere ferner an die Ereignisse in Spanien, an die Aufstände, Streiks und Demonstrationen in Indien, an die Welle von Streiks in einer Reihe kapitalistischer Länder, an die Bauernrebellionen und Bauernmassenaktionen, an die englische Flottenmeuterei, an den großen Wahlerfolg unserer Bruderpartei in Bulgarien und an andere Tatsachen der revolutionären Entwicklung.

Der Siegeszug des Sozialismus in der Sowjetunion

Der stärkste Faktor für den revolutionären Aufschwung auf der ganzen Welt, der beherrschende welthistorische Faktor für die ganze gegenwärtige Periode ist der Siegeszug der Sowjetunion.
Ich will nicht das wiederholen, was wir alle über die gigantischen Erfolge der Sowjetmacht bei allen dort vorhandenen und zu überwindenden Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus wissen. Ich will nur darauf hinweisen, daß die Überlegenheit der sozialistischen Planwirtschaft, wie sie sich unverkennbar in dem Widerspruch zwischen dem Niedergang des Kapitalismus und dem Aufstieg des Sozialismus ausdrückt, eine außerordentlich revolutionierende Wirkung auf die Massen ausübt.
Vor wenigen Tagen hat die KP der Sowjetunion ihre 17. Parteikonferenz beendet, die zu den Ergebnissen des ersten Fünfjahrplans Stellung nahm und die Linie für den zweiten Fünfjahrplan festlegte. Heute, nachdem das letzte, das vierte Jahr des Fünfjahrplans begonnen hat, können wir sagen, es ist gesichert, daß die Losung: Durchführung des Fünfjahrplans in vier Jahren in vollem Umfange erfüllt wird. Es ist gesichert, daß die Aufgabe des ersten Fünfjahrplans, die Fundamente der sozialistischen Wirtschaft zu Ende zuführen, vollbracht wird.

Auf dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft

Der zweite Fünfjahrplan, der endgültig alle Reste der sogenannten parasitären kapitalistischen Klassen beseitigt, die völlige Abschaffung der Klassenunterschiede in Angriff nimmt, bringt einen neuen gewaltigen Wendepunkt der Weltgeschichte. Nachdem der Aufbau der

Fundamente der sozialistischen Wirtschaft beendet ist, wird nun mit dem zweiten Fünfjahrplan auf einem Sechstel der Erde die klassenlose sozialistische Gesellschaft erbaut. Wir müssen natürlich auseinanderhalten das Problem des Sozialismus und den Übergang in den Kommunismus. Selbst wenn die klassenlose Gesellschaft erbaut, wird, wie es in der strategischen Linie des zweiten Fünfjahrplans als Beschluß auf der XVII. Parteikonferenz signalisiert und angenommen wurde, so bedeutet das noch nicht, daß mit dem Abschluß des zweiten Fünfjahrplans schon alle Überreste gewisser bürgerlicher Ideologien beseitigt sind. Die Frage des Aufbaues des Kommunismus ist eine Frage von Etappen des Sozialismus. Von diesem Gesichtspunkt aus muß man die Frage des Aufbaues der klassenlosen Gesellschaft stellen.

Wir müssen unsere Aufmerksamkeit allen Fragen der ökonomischpolitischen und kulturellen Entwicklung, wie sie auf allen Gebieten durch den zweiten Fünfjahrplan aufgeworfen werden, zuwenden und damit die heroischen Erfolge des Sozialismus in der Sowjetunion für unsere revolutionäre Propaganda nutzbar machen. Auch uns wird der Siegeszug des Sozialismus durch die einfache Wucht der Tatsachen zu einer unüberwindlichen Kraftquelle für die proletarische Revolution in allen kapitalistischen und kolonialen Ländern. Das Beispiel der krisenlosen Sowjetunion, das Beispiel der proletarischen Diktatur, die die Arbeitslosigkeit hundertprozentig beseitigt hat, die die Lebenshaltung der Massen unablässig steigert, die als einzige Macht die Politik des Friedens betreibt und auch nicht die leisesten Keime des Faschismus duldet, die die größten sozialen, kulturellen und politischen Errungenschaften für die werktätigen Massen ausbaut und sichert, dieses Beispiel hat eine zwingende Beweiskraft. Aber wir verstehen es immer noch nicht, diese glänzenden Argumente, die uns die Wirklichkeit liefert, in genügendem Maße auszunutzen. Wir verstehen es nicht, den Millionenmassen, die selbst nach einem Ausweg aus der Krise suchen und dabei zwangsläufig sich immer stärker auf das Beispiel und das Vorbild der Sowjetunion orientieren, praktisch und handgreiflich aufzuzeigen, wie man diesem Beispiel in Deutschland folgen kann.

Der Klassenfeind selbst zeigt uns sehr deutlich die überragende revolutionäre Bedeutung der sozialistischen Siege der Sowjetunion. Die sozialdemokratischen Betrugsmanöver mit dem Staatskapitalismus, mit denen wir uns noch ausführlicher beschäftigen werden, sind ein solcher Versuch, die Massen vom Kampf um den revolutionären Ausweg aus der Krise auf Grund des Vorbilds der Sowjetunion zurückzuhalten und für den kapitalistischen Ausweg der Bourgeoisie einzufangen. Um so wichtiger ist unsere Propaganda für den revolutionären Ausweg, unsere unermüdliche Auswertung der großen sozialistischen Erfolge in der Sowjetunion.

II. Die Lage in Deutschland

Bei der Betrachtung der Lage in Deutschland werde ich darauf verzichten, im Referat alle Fragen und Tatsachenmaterialien ausführlicher wiederzugeben, sondern ich werde mich darauf beschränken, die wichtigsten Schlußfolgerungen herauszuarbeiten, die sich aus der Analyse der ökonomischen und politischen Verhältnisse in Deutschland ergeben.

Zunächst einige Bemerkungen über die Entwicklung der Krise in Deutschland. Was zeigt sich seit dem Maiplenum des ZK an neuen Tatsachen?

Mit der Verschärfung der Krise im Weltmaßstabe haben wir auch in Deutschland eine höhere Phase in der Entfaltung der Krise zu verzeichnen. Während es der Bourgeoisie auf Grund des monopolistischen Charakters der kapitalistischen Wirtschaft Deutschlands in den beiden ersten Jahren der Krise gelungen war, die Erschütterungen der Krise, vor allem auf die nichtmonopolistischen Teile des Kapitals abzulenken, zeigt sich in diesem verschärften Stadium der Weltkrise, daß schon eine Reihe der wichtigsten Kommandohöhen des Finanzkapitals, Großbanken und große Industriekonzerne, von der Krise erfaßt werden. Im vergangenen Sommer, im Zusammenhang mit dem Bankenkrach, der Erschütterung des

Kreditsystems in Deutschland und dem Hoover-Plan haben wir die damaligen Ereignisse völlig richtig eingeschätzt. Für uns kann es keine Trennung, keine schematische Abgrenzung der verschiedenen Phasen der Krise geben. Wir können nicht von einer besonderen Bankenkrise oder besonderen Kreditkrise sprechen, wie die Bourgeoisie, die darin einen prinzipiellen Unterschied zur industriellen Krise konstruiert.
Wir müssen im Gegenteil mit besonderer Schärfe herausarbeiten, wie sich bei den verschiedenen Erscheinungsformen der Krise, bei ihren verschiedenen Phasen doch immer ein und derselbe Prozeß der Erschütterung der kapitalistischen Wirtschaft auf Grund ihrer inneren Widersprüche vollzieht.
Was zeigte sich z.B. beim Bankenkrach?
Wenn man den wirklichen ökonomischen Inhalt untersucht, so ergibt sich, daß in dem Zusammenbruch einer Reihe von Großbanken und der weiteren Erschütterung anderer Großbanken, sowie in der sich mehrenden Pleite kleinerer Bankunternehmungen, stets die industrielle Krise, die Störung der Produktion, ihre Widerspiegelung fand. Die Banken wurden zahlungsunfähig, weil sie den zusammenbrechenden Konzernen, wie Nordwolle, Schultheiß-Patzenhofer, Borsig usw. riesige Kredite eingeräumt hatten, weil diese Kredite entweder verloren waren, oder aber eingefroren, wie z.B. beim Stahltrust, Ruhrbergbau und anderen Konzernen.
Die deutsche Bourgeoisie mußte dazu übergehen, ein vorübergehendes äußeres und inneres Moratorium zu erlassen. Denn nichts anderes als ein solches faktisches Moratorium war ja die Bankenschließung einerseits und der Hoover-Plan und das Stillhalteabkommen andererseits. Das Finanzkapital, die Großbourgeoisie ging auf Grund dieser Verschärfung der Krise schrankenlos dazu über, unmittelbar den Staatsapparat zur Sanierung der Banken einzusetzen. Das geschah in Form von offenen und verschleierten Subventionen, in Form sogenannter „Sanierungen“ oder durch Kredite, die in Wirklichkeit auch nur Geschenke auf Kosten der werktätigen Steuerzahler waren.
Nichts anderes ist auch die jetzt mit neuen riesigen Subventionen erfolgte Zusammenlegung der deutschen Großbanken, bei der von zwei der so geschaffenen Riesenbanken der Staat die Mehrheit der Aktien besitzt. Wieder wird mit den Milliarden der Steuerzahler der Versuch unternommen, den Zusammenbruch der Bankkonzerne zu verschleiern und aufzuschieben.
Auf diesem Wege versuchte die Finanzoligarchie unter maßloser Ausplünderung der Massen den Finanzkrach zu verhindern. Die drohende Zahlungsunfähigkeit und die damit verbundene Gefahr der Inflation konnte jedoch durch alle Maßnahmen der Bourgeoisie nicht aufgehoben, sondern nur vertagt werden. Der Bestand der Reichsbank an Gold und Devisen ist weiter gesunken. Von Mitte bis Ende 1931 um etwa 50 Prozent. Der Ausfuhrüberschuß Deutschlands geht auf Grund der Pfundinflation, der Zollkämpfe und der allgemeinen Exportoffensive der kapitalistischen Länder immer mehr zurück.
Zugleich ist der innere Markt durch die dauernde Senkung der Massenkaufkraft um etwa 30 Prozent unter den Stand von 1929 herabgedrückt. Durch die Notverordnung im Dezember wurde der Konsum um mehr als 4 Milliarden herabgesetzt.

Perspektive der weiteren Verschärfung der Krise

Dies alles zeigt ganz klar, daß sich auch für die vor uns liegende Entwicklung eine weitere Verschärfung der Krise ergeben muß. Für die gegenwärtige Situation müssen wir feststellen, daß das Finanz- und Kreditsystem in Deutschland sich in heftigen Schwierigkeiten befindet. Trotz einer „Ersparnis“ von etwa 3 Milliarden Mark an den Erwerbslosen, den Löhnen und Gehältern der Staatsarbeiter, Angestellten und Beamten, haben wir einen Fehlbetrag von über 2 Milliarden in den Staatsfinanzen. Das Stillhalteabkommen bezüglich der kurzfristigen Kredite läuft am 23. Februar ab, auch der Rediskontkredit der Reparationsbank in Basel für die Reichsbank über 420 Millionen Mark ist fällig. Zugleich gehen die Steuereingänge und

Staatseinnahmen immer mehr zurück. Ganz abgesehen von den formellen Reparationskrediten auf Grund des Young-Plans, die bis zum Ablauf des Hoover-Plans gestundet sind, versucht die deutsche Bourgeoisie allein zur Verzinsung und Abzahlung der sogenannten „privaten“ Auslandsschulden eine jährliche Tributleistung von über 2 Milliarden Mark aus den werktätigen Massen zu erpressen, um sie an das ausländische Finanzkapital abzuführen.
Zieht man weiter in Betracht, daß die Agrarkrise auf Grund der rückschrittlichen Entwicklung der Landwirtschaft immer schärfere Formen annimmt und riesige Summen an offenen und versteckten Subventionen von der Bourgeoisie auf Kosten der Millionen werktätigen Massen an die Junker und Großbauern bezahlt werden, so ergibt sich eine Perspektive, die auf eine weitere Verschärfung der Krise hinausläuft. Eine ganze Reihe von Tatsachen deuten daraufhin, daß die Situation immer schwieriger für die Bourgeoisie werden wird. Damit rückt eine Frage erneut in den Vordergrund: Die Frage der Inflation!
Was gibt es Neues in dieser Frage?

Neue Inflationspläne

Das Wichtigste ist zweifelsohne der Wagemann-Plan. Dieser Plan, der eine Doppelwährung schaffen will, das heißt eine an keine Goldwährung gebundene Papiermark, mit der die Löhne und Gehälter in Deutschland gezahlt werden sollen und eine andere Währung für den Geldverkehr mit dem Ausland, die nicht entwertet werden soll, ist im Grunde genommen nur die Neuauflage ähnlicher Vorschläge aus dem Lager der Hugenberg und Hitler, die schon im vergangenen Sommer anläßlich des Bankenkrachs auftauchten. Ich glaube, Genossen, wenn wir an die Harzburger Konferenz denken, so erinnern wir uns daran, daß durch den ehemaligen Reichsbankpräsidenten Schacht dort eine ähnliche Idee vorgetragen wurde, die plötzlich die Öffentlichkeit interessierte und überraschte. Heute sehen wir im Laufe des Ganges der Entwicklung, daß dieser Wagemann-Plan eine ernstere Bedeutung bekommt, weil hinter dem Plan heute schon ein solcher Konzern steht, der bis jetzt noch nach wie vor der gesündeste Teil des deutschen Finanzkapitals ist, der Chemiekonzern. Die Tatsache, daß nunmehr auch das Chemiekapital stärker auf die Linie der inflationistischen Politik einschwenkt, wie sie Hugenberg und Hitler für die Großagrarier und Montanindustrie seit längerer Zeit vertreten, ist von neuer Bedeutung und kann auch für die gesamte übrige Innenpolitik Deutschlands wichtige Konsequenzen zeitigen.
Trotzdem bleibt für die deutsche Bourgeoisie eine wichtige Hemmung bestehen, die sie vor einer Inflationspolitik nach dem Beispiel Englands zurückschrecken läßt: Das ist die Furcht davor, daß eine Inflation auf Grund der Erfahrungen des Jahres 1923 die Radikalisierung und Revolutionierung der Massen außerordentlich beschleunigen würde. Und diese Furcht vor der proletarischen Revolution, vor der revolutionären Krise im Gefolge der Inflation ist zweifelsohne auch die Hauptursache, weswegen Brüning und Groener nach bestimmten Informationen im Augenblick die Durchführung des Wagemannschen Plans nicht für zweckmäßig halten.

SPD-Führer und Nazis für die Inflation

Der Wagemann-Plan ist noch in einer anderen Beziehung innenpolitisch aufschlußreich: Einerseits stieß dieser Plan auf den begeisterten Beifall der Nationalsozialisten, die sofort erklärten, daß er von ihnen gestohlen sei. In bürgerlichen Kreisen wird der Wagemann-Plan direkt als eine Visitenkarte für eine etwa kommende Hitlerregierung angesehen. Andererseits haben sich die Sozialdemokratie und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie sofort ebenso sehr begeistert mit dem Wagemann-Plan solidarisiert. Es ist uns bekannt, daß das theoretische Organ der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie „Die Arbeit“ Wagemann

aufgefordert hat, über seinen Plan zu schreiben. Auch hier haben wir also eine wachsende Zustimmung für die inflationistischen Tendenzen der Bourgeoisie. Dabei spielt es keine Rolle, wenn diese Sozialfaschisten ihre schändliche Politik hinter dem Schwindel verbergen, der Wagemann-Plan sei gar kein Inflationsplan, deute nicht hin auf eine Inflationspolitik, sondern sei gewissermaßen eine Politik, die die Vergangenheit der deflationistischen Politik ignorieren und gewissermaßen eine andere Form der Belebung der Wirtschaft schaffen will. Daß auf der Bundesausschußsitzung des ADGB der Vorsitzende Leipart sich mit diesem Plan beschäftigt hat, ist nur ein Beweis dafür, wie man versucht, systematisch eine Ideologie für diese Entwicklung zu schaffen.
Es ist klar, daß in dem aller Reserven beraubten und von der Krise unendlich geschwächten kapitalistischen Deutschland, das die Erfahrungen von 1923 hinter sich hat, die Schaffung einer Doppelwährung unfehlbar dazu führen müßte, daß die ohne Golddeckung geschaffene Binnenwährung durch allgemeine „Flucht“ aus dieser Binnenmark völlig entwertet, gewissermaßen in den Abgrund stürzen und dann die andere Währung mit sich reißen würde.
Nehmen wir zum Beispiel die englische Bourgeoisie: Sie konnte die Entwertung des Pfund Sterling auf einer gewissen Stufe festhalten, weil sie noch bestimmte Reserven zur Verfügung hat, mit denen sie zu einem gewissen Termin die Inflationspolitik an einer Grenze von 20 Prozent Währungsverlust des englischen Pfund Sterling stellte. Die Reserven des deutschen Finanzkapitals auf diesem Gebiete, wo sind sie? Natürlich kann man eine Zeitlang eine solche Politik dieser beiden Wege eines Systems der Doppelwährung durchführen, ohne daß vielleicht schon im Anfangsstadium die offene Inflation da ist. Aber der Kurs der Entwicklung muß zur Entwertung der Mark in Deutschland fuhren. Die Gefahren, die ein inflationistischer Kurs in der Währungspolitik der deutschen Bourgeoisie mit sich bringen muß, nämlich die Gefahren des Heranreifens einer revolutionären Krise, sind also sehr groß.

Das Reparations- und Schuldenproblem

Andererseits steht das Inflationsproblem in einer engen Verbindung zu der Frage, die neben dem Kreditproblem einen besonders zugespitzten Charakter für Deutschland hat: Das Reparations- und Schuldenproblem, das Problem des Versailler Systems. Wir müssen hier im ZK diesen Zusammenhang zwischen Krise und Versailler System in der Entwicklung Deutschlands klar und konkret herausarbeiten. Unsere Resolution sagt darüber:

„Aus dem Zusammenfall und der gegenseitigen Durchdringung der Krise und der Versailler Knechtschaft (Young-Sklaverei) ergibt sich ein Prozeß, der für das kapitalistische Deutschland in den Fesseln des Versailler Systems ein verschärftes Stadium des Fäulnisprozesses der monopolkapitalistischen Entwicklung hervorruft.“

Was wollen wir damit sagen? Lenin hat die Entwicklung des Kapitalismus im Zeitalter des Imperialismus, des Monopolkapitalismus allgemein als einen Prozeß des Niedergangs, des sterbenden, verfaulenden Kapitalismus gekennzeichnet. Für Deutschland unter den Bedingungen der Nachkriegsentwicklung haben wir nun nicht bloß diesen einfachen Verfaulungsprozeß des monopolistischen Kapitalismus, sondern dieser Prozeß wird durch den Zusammenfall von Krise und Versailles außerordentlich verschärft. Die Fäulniserscheinungen in der kapitalistischen Wirtschaft Deutschlands, die parasitären Erscheinungen des Monopolkapitalismus nehmen höhere Formen an als in den meisten anderen kapitalistischen Ländern.
Ich verweise nur auf die Frage der Überfremdung, wie sie sich darin ausdrückt, daß der industrielle Aufbau in den Jahren der kapitalistischen Rationalisierung vorwiegend mit ausländischem Kapital durchgeführt wurde. Ich verweise auf die Lage der deutschen Landwirtschaft, in der die Bunker- und Großbauernwirtschaften künstlich aufrechterhalten werden.

Wir haben schon die Frage des Kreditsystems und des Finanzwesens betrachtet, wo gleichfalls der drohende Finanzkrach wie die Schwüle eines Gewitters über der kapitalistischen Wirtschaft Deutschlands schwebt. Ich will noch auf die für uns besonders wichtige Tatsache des immer mehr wachsenden Massenelends hinweisen. Die Lohnsumme der deutschen Arbeiterklasse war im Jahre 1931 um 58 Prozent niedriger, als das vom Reichsarbeitsministerium auf Grund der bürgerlichen Statistik festgesetzte Existenzminimum. Nehmen wir weiter die über 6 Millionen Erwerbslosen und die vielen Millionen Kurzarbeiter. Nehmen wir die Tatsache, daß die zahllosen ruinierten Existenzen aus den Mittelschichten in Stadt und Land ebenso wie die nach Hunderttausenden zählenden erwerbslosen Angestellten und breite Schichten der erwerbslosen Arbeiterschaft unter dem Kapitalismus in Deutschland überhaupt keine Existenzmöglichkeit mehr haben, überhaupt keine Hoffnung darauf, wieder in den Produktionsprozeß zurückkehren zu können. Für diese immer umfangreicher werdende Masse aus den kleinbürgerlichen Schichten, aus den Angestelltenmassen, aus den Kreisen der Intelligenz und aus dem Proletariat selbst, vollzieht sich in einem unerhörten Tempo eine starke Pauperisierung. Diese Erscheinung drückt infolge ihres noch nie dagewesenen massenmäßigen Charakters, infolge ihres in der Geschichte der kapitalistischen Länder besonderen Ausmaßes am deutlichlichsten die außerordentliche Verschärfung des Fäulnischarakters der kapitalistischen Wirtschaft Deutschlands in den Fesseln des Versailler Systems aus.

Wir Bolschewiki glauben nicht an Wunder

Alle Hoffnungen der deutschen Bourgeoisie auf eine Lockerung der Versailler Fesseln sind fehlgeschlagen. Von den Vorstößen der deutschen Bourgeoisie in den Fragen der Zollunion ist heute nur noch die Tatsache übrig geblieben, daß der französische Imperialismus in Österreich nicht einmal mehr Herrn Schober als Minister duldet, weil dieser für die Deutsch-Österreichische Zollunion eingetreten ist. Der Hoover-Plan von dem die Bourgeoisie den Massen vorschwindelte, er sei ein Vorstoß des amerikanischen Imperialismus gegen Frankreich und für Deutschland, hat sich gleichfalls als das entlarvt, was wir Kommunisten gegen alle bürgerlichen Parteien, einschließlich der SPD und der Nazis, von Anfang an feststellten, als eine Aktion, bei der der amerikanische und der französische Imperialismus gemeinsam das Young-System verteidigen und auf seiner Aufrechterhaltung bestehen. Die Lausanner Konferenz, von der deutschen Bourgeoisie mit besonderen Erklärungen eingeleitet, daß Deutschland nicht mehr zahlen wolle und zahlen könnte, ist auf unbestimmte Zeit vertagt. Immer schärfer erweist es sich, daß die gesamte Bourgeoisie einschließlich der Sozialdemokratie und der Nazis völlig außerstande ist, irgendeine andere Politik zu betreiben als die Erfüllungspolitik, die Politik der Kapitulation vor dem französischen Imperialismus.
Die Tributsklaverei auf Grund des Versailler Systems und des räuberischen Young-Plans besteht ja keineswegs nur in der Bezahlung politischer Reparationsschulden. Vielmehr sind die sogenannten „privaten“ Schulden in Wirklichkeit genauso Tribute an das internationale Finanzkapital, die auch die Millionen Werktätigen zu zahlen haben, wie die eigentlichen Reparationszahlungen.
Ich will hierbei an die Prognose erinnern, die Genosse Stalin auf dem XVI. Parteitag der KPSU bezüglich des Young-Plans gegeben hat:

„Das eigenartige Verhältnis, das sich zwischen den Siegerstaaten und Deutschland herausbildete, könnte man als eine Pyramide darstellen, auf deren Spitze Amerika, Frankreich, England usw. thronen mit dem Young-Plan in Händen, auf dem geschrieben steht: „Zahle!“, während unten Deutschland darniederliegt, das seine Kräfte erschöpft und gezwungen ist, zu verbluten, um den Zahlungsbefehlen von Milliardenkontributionen nachzukommen. … Zu glauben, daß ein solcher Zustand für den internationalen Kapitalismus ohne Folgen bleiben kann, würde bedeuten, vom Leben überhaupt nichts zu verstehen. Zu glauben, daß die deutsche Bourgeoisie imstande sein wird, in den nächsten zehn Jahren 20 Milliarden Mark zu zahlen, und daß das unter dem doppelten Joch der „eigenen“ und der

„fremden“ Bourgeoisie lebende deutsche Proletariat es ohne ernste Kämpfe und Erschütterungen zulassen wird, daß man aus seinen Adern diese 20 Milliarden herauspreßt, heißt den Verstand verlieren. Mögen deutsche oder französische Politiker sich den Anschein geben, an dieses Wunder zu glauben. Wir Bolschewiki glauben nicht an Wunder.“

Diese vor anderthalb Jahren getroffene Feststellung des Genossen Stalin ist heute vollkommen bestätigt. Der Young-Plan und das Versailler System, die einerseits von der faschistischen Reaktion als Hemmnis der revolutionären Entwicklung, als Voraussetzung für den Erfolg der nationalsozialistischen Demagogie und Politik ausgenutzt werden, fördern andererseits die revolutionäre Entwicklung m dem Maße, wie ihre inneren Widersprüche sich zuspitzen und zu ihrer Erschütterung führen. Es hängt eine solche revolutionäre Orientierung der Massen davon ab, ob wir es verstehen, die nationale Demagogie des Hitlerfaschismus, der sich neuerdings auch die SPD in stärkerem Maße bedient, zu entlarven und ihr unsere revolutionäre Freiheitspolitik entgegenzustellen.

Der faschistische Kurs der Brüning-Regierung

Ich komme nun zur Frage der Faschisierung. Der Prozeß der Durchführung der faschistischen Diktatur durch die Brüning-Regierung, wie wir ihn vor einem Jahr auf dem Januar-Plenum 1931 analysiert haben, hat innerhalb der vergangenen zwölf Monate die heftigsten Formen angenommen. Ich will nicht Einzelheiten anführen, da ja die verschiedenartigsten Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse: Streikverbote, staatlicher Lohnraub, Abbau der sozialen Leistungen, Terror des Hitlerfaschismus, Faschisierung der Sozialdemokratie, zur Genüge bekannt sind. Niemand wird heute mehr daran zweifeln, daß wir es bei dem Kurs der Brüning-Groener-Regierung im Reich und ihrer Braun-Severing-Filiale in Preußen mit einem faschistischen Kurs zu tun haben, daß wir recht hatten, als wir im Dezember 1930 von einer ausreifenden, noch nicht ausgereiften faschistischen Diktatur sprachen.
Bei der Durchführung dieses faschistischen Kurses finden wir bis zum heutigen Tage in der Politik der deutschen Bourgeoisie das eigenartige System der wechselseitigen Ausnutzung der Sozialdemokratie und der Hitlerpartei, wobei das Schwergewicht nach wie vor bei der SPD als der sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie liegt. Das Zentrum ist momentan die Partei, die für diese wechselseitige Ausnutzung der SPD und der Nazis durch das Finanzkapital in den Vordergrund gerückt ist. Das Zentrum plus Sozialdemokratie führt momentan die Politik des Finanzkapitals in Deutschland durch.

Die Rolle der Deutschnationalen im Faschisierungsprozeß

Bei der Behandlung der Disposition der Kräfte im Lager der Bourgeoisie tritt noch ein anderes Problem auf, das schon des öfteren von uns erörtert wurde. Ich denke an die überragende Rolle der Hugenberg-Partei, der Deutschnationalen, als des klassenbewußtesten Teils in der Front der Bourgeoisie, im System der Politik des Finanzkapitals. Wir haben schon früher mehrfach darauf hingewiesen, daß Hugenberg mit seiner Politik, die äußerlich betrachtet zwar organisatorisch zu einer Schwächung der Deutschnationalen Volkspartei führte, sich gerade erst die Möglichkeit verschafft hat, gestützt auf die Massenbasis der Nationalsozialisten, zum eigentlichen Einpeitscher und Antreiber der gesamten faschistischen Politik des kapitalistischen Deutschland zu werden. Wir können heute mit Recht feststellen, daß es Hugenberg gelungen ist, außerhalb der Regierung stehend, durch seine Beeinflussung der Politik, am rücksichtslosesten die Durchführung des Kurses des Finanzkapitals zu betreiben und sein politisches Programm weitgehend durchzusetzen. Das wird gerade jetzt besonders durch den neuen Erlaß Groeners unterstrichen, nunmehr auch offiziell Nationalsozialisten in die Reichswehr aufzunehmen. Ganz klar ist aber weiter in dieser Frage

die Mitwirkung der Braun-Severing-Regierung, ohne deren Einverständnis die führende Reichswehrgruppe Groener-Schleicher diesen Erlaß nicht herausgegeben hat. Im übrigen zeigen die in der letzten Zeit erfolgten Übertritte aus der Landvolk-Partei, Wirtschaftspartei und Deutschen Volkspartei zu den Deutschnationalen - Übertritte von Abgeordneten der Länderparlamente und andere -, daß die Hugenberg-Partei auch organisatorisch nicht mehr zurückgeht.

Eine solche richtige Einschätzung der Kräfte ist um so notwendiger und wichtiger, als sie die alleinige Voraussetzung dafür schafft, einen richtigen Standpunkt gegenüber der Hitlerpartei einzunehmen. Nichts wäre verhängnisvoller, als eine opportunistische Überschätzung des Hitlerfaschismus. Wollten wir uns darauf einlassen, gegenüber dem riesigen Anschwellen der Hitlerbewegung unseren richtigen klassenmäßigen Maßstab zu verlieren und uns in eine ähnliche Panikstimmung drängen zu lassen, wie sie die Sozialdemokratie künstlich in den Massen zu erzeugen versucht, so müßte das zwangsläufig zu einer falschen Fragestellung in unserer praktischen Politik sowohl gegenüber den Nazis, wie vor allem gegenüber der SPD führen.

Wir müssen in der nationalsozialistischen Bewegung mit Recht im besonderen die Massenbasis Hugenbergs und der Deutschnationalen erblicken, so wie andererseits die Brüning-Regierung bei der Durchfühlung der Notverordnungsdiktatur-Politik die Sozialdemokratie als stärkste Massenbasis benutzt. Wir müssen bei unserer klassenmäßigen Analyse erkennen, daß der riesige Aufschwung des Hitlerfaschismus in erster Linie aus den kleinbürgerlichen Massen und den ihnen entsprechenden Angestellten- und Beamtenschichten herrührt, während ihnen der Einbruch in das Industrieproletariat im allgemeinen nicht gelungen ist.

Nur wenn wir dies erkennen, werden wir in der Partei völlige Klarheit über die Rolle der SPD als der sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie schaffen können. Nur dann wird es uns möglich sein, für unsere Strategie, deren Hauptstoß sich gegen die Sozialdemokratie richten muß, das erforderliche Verständnis bei allen Kommunisten und darüber hinaus bei den breitesten proletarischen Massen zu schaffen. Denn es ist eben nach wie vor und bleibt nach wie vor die Sozialdemokratie, die für den faschistischen Kurs der Bourgeoisie die wichtigste Massenbasis in der Arbeiterklasse darstellt.

Die SPD als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie

Die SPD als Massenpartei in der Arbeiterklasse ist eine Tatsache, vor der wir unsere klaren Blicke und unsere Erkenntnis nicht verschließen dürfen. Ihre Bedeutung ist zwar einerseits dadurch zurückgegangen, daß wir mit Erfolg gegen den Masseneinfluß der SPD angekämpft und ihr Millionen von Anhängern im Laufe der letzten Jahre entrissen haben. Aber da die Hitlerpartei eben im wesentlichen nicht über einen proletarischen Massenanhang verfügt, wie sich bei den Betriebsrätewahlen deutlich gezeigt hat und durch andere Faktoren bestätigt wird, da mit der allgemeinen Verschärfung des Klassenkampfes die Notwendigkeit für die Bourgeoisie wächst, die Arbeiterklasse zu zersplittern, die Einheitsfront des Proletariats für den revolutionären Klassenkampf zu vereiteln, so bleibt andererseits trotz ihres Rückganges die Bedeutung der SPD für die Erhaltung und Verteidigung der bürgerlichen Klassenherrschaft und ihrer faschistischen Politik gegen die Arbeiterklasse nach wie vor bestehen.

Bedeutet das etwa, daß wir auf absehbare Zeit mit einer weiteren Regierungsbeteiligung der SPD in Preußen rechnen müssen? Es wäre unsinnig, sich heute auf eine solche Behauptung unbedingt festzulegen. Aber diese ganze Frage trifft auch nicht den Kern des Problems. Auch wenn die Sozialdemokratie zu dem Fußtritt für die Hermann-Müller-Regierung im Frühjahr 1930 jetzt noch einen zweiten Fußtritt für die Preußen-Regierung bekäme, würde das nicht bedeuten, daß sie aufhört, die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie zu sein. Auch dann würde

unsere Strategie keineswegs eine Umkehrung erfahren müssen, in der Richtung, daß der Hauptstoß sich plötzlich nicht mehr gegen die SPD richten müsse. Auch dann würde unsere Klassenlinie weiter von uns verlangen, daß wir den Hauptstoß in der Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie richten, weil sie den Hauptstützpunkt für die Politik des Klassenfeindes im Proletariat darstellt, ob sie nun innerhalb oder außerhalb der Regierungskonstellation steht. Jede andere Betrachtensweise wäre parlamentarisch und klassenmäßig falsch gestellt.

SPD und NSDAP sind Zwillinge

Wie steht es nun mit dem Verhältnis zwischen der Politik der Hitlerpartei und der Sozialdemokratie? Schon das XI. Plenum hat von einer Verflechtung dieser beiden Faktoren im Dienste des Finanzkapitals gesprochen. Am klarsten hat Genosse Stalin schon im Jahre 1924 die Rolle dieser beiden Flügel gekennzeichnet, indem er von ihnen als von „Zwillingen" sprach, „die einander ergänzen".
Gegenwärtig zeigt sich diese Entwicklung in Deutschland unverkennbar. Die Sozialdemokratie als „gemäßigter Flügel des Faschismus" nimmt in letzter Zeit teilweise den nationalistischen Sprachgebrauch des Hitlerfaschismus an. Ich erinnere an jene Nummer des „Vorwärts", die die große Überschrift brachte „Der Young-Plan muß fallen", während doch dieses Blatt stets die größte Reklame für den Young-Plan betrieben hat. Ich erinnere an den berüchtigten Noske-Artikel in der „BZ am Mittag", der gleichfalls genau so gut im „Völkischen Beobachter" hätte stehen können.
Auch in der Frage der Terrororganisationen ahmt die SPD immer mehr den Hitlerfaschismus nach. Man braucht hier nur an die Reichsbannerschufo oder neuerdings an die sogenannten „Hammerschaften" der „Eisernen Front" zu denken, die als Hilfsinstrumente der Kapitalsdiktatur zur Verteidigung des kapitalistischen Systems gegen das revolutionäre Proletariat eingesetzt werden sollen.
Vor allem aber sind es die Preußen-Regierung der SPD und der ADGB, die die Rolle der Sozialdemokratie als aktivster Faktor bei der Faschisierung Deutschlands, wie sie das XI. Plenum festgestellt hat, durch ihre Praxis voll und ganz bestätigt.
Während so die Sozialdemokratie sich immer mehr dem Hitlerfaschismus nähert, betont dieser umgekehrt seine Legalität und vertritt neuerdings offen auch die Plattform der Brüningschen Außenpolitik. Man braucht nur an Hitlers verschiedene Erklärungen zu denken, wonach jede Naziregierung dafür eintreten werde, daß alle „privaten" Tribute bezahlt werden, und daß die Frage der Bezahlung der politischen Schulden gleichfalls nur ein Problem des Zahlenkönnens und keine Frage des Zahlenwollens sei. In allen diesen Punkten zeigte sich die weitgehende gegenseitige Annäherung der SPD und der Nationalsozialisten auf der Linie der Faschisierung. Die Verhandlungen über die Frage der Präsidentenwahl im Zusammenhang mit der Hindenburg-Kandidatur offenbarten am deutlichsten, wie weit dieser Prozeß der Herstellung der faschistischen Konzentration der Bourgeoisie bereits gelungen ist.

Unser Kampf gegen die Durchführung der faschistischen Diktatur

Wie steht es mit unserem Kampf gegen die weitere Faschisierung, gegen die verstärkte Durchführung der faschistischen Diktatur, gegen eine etwaige Hitler-Regierung in Deutschland?
Eine richtige Einschätzung des Hitlerfaschismus in Deutschland sichert uns bereits vor dem Fehler, eine Hitlerregierung einfach mit der offenen faschistischen Diktatur gleichzusetzen. Im übrigen steht für uns die Frage so, daß wir gegen jede weitere Verschärfung der Faschisierung, gegen jeden weiteren Schritt in der Richtung zur offenen faschistischen Diktatur durch unseren gegenwärtigen Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie überhaupt ankämpfen müssen. Aufs schärfste müssen wir unter den Massen der Arbeiterschaft gegen

eine solche Fragestellung auftreten, als ob man an Stelle des heutigen Kampfes gegen die jetzige Form der Diktatur der Bourgeoisie, gegen das Brüning-Severing-System einen etwa bevorstehenden sogenannten Entscheidungskampf gegen eine Hitler-Regierung abwarten müsse. Nur wenn man heute den schärfsten Kampf gegen die Brüning-Severing-Politik, das heißt, gegen die Politik der Diktatur der Bourgeoisie führt, kann man zugleich in Wirklichkeit einen ernsthaften Massenkampf auch gegen Hitler und Hugenberg durchführen.
So ist die Frage, ob es gelingt, einen höheren Grad der faschistischen Entwicklung Deutschlands zu vereiteln oder das Tempo dieser faschistischen Entwicklung zu verlangsamen oder sie zurückzuwerfen, im stärksten Maße von der Entfaltung des Klassenkampfes abhängig.

Objektiver und subjektiver Faktor

Damit komme ich bei der Analyse der Situation Deutschlands zur Frage des revolutionären Aufschwungs und seiner neuen Faktoren. Ich will über die Ereignisse und Faktoren des Klassenkampfes in der Zeit vom Mai-Plenum des ZK bis zur heutigen Tagung keine ausführliche Darstellung geben. Wir haben in der Resolution eine Reihe von Punkten aufgeführt, in denen die wichtigsten positiven Erscheinungen des revolutionären Aufschwungs Und die wichtigsten positiven Erfolge unserer revolutionären Massenarbeit zum Ausdruck kommen. Im Zusammenhang mit den Aufgaben der Partei für die Zukunft wird von diesen Erfahrungen der Massenarbeit noch im einzelnen zu sprechen sein.
Zweifelsohne gibt es auf einer ganzen Reihe von Gebieten große und positive Erfolge der Partei, große und neue wachsende Erfolge des Proletariats im Klassenkampf. Aber das ist nicht allein das Ausschlaggebende. Wenn wir die objektive Verschärfung der Situation betrachten und wenn wir ein Bild benutzen, das schon bei einer früheren Gelegenheit einmal angeführt wurde, nämlich uns die Entwicklung als eine Art von Wettlauf zwischen der Offensive der Bourgeoisie und ihrem faschistischen Kurs und unserem revolutionären Kurs, unserer revolutionären Arbeit vor Augen führen, so müssen wir offen eingestehen, daß wir bei diesen Wettlauf nicht besonders günstig abschneiden.
Wir sprechen deshalb in unserer Resolution offen aus, daß die *„Erfolge und Teilerfolge der revolutionären Massenarbeit in einem Mißverhältnis zu den günstigen objektiven Bedingungen stehen“*. Das ist nichts anderes als das „Zurückbleiben“ des subjektiven Faktors, von dem wir schon im Anschluß an das XI. Plenum des EKKI auf dem Mai-Plenum unseres Zentralkomitees im vergangenen Jahr ernsthaft und kritisch gesprochen haben.
Hierbei ist es notwendig, verschiedene Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Wir sprechen von einem solchen Zurückbleiben nicht etwa in dem Sinne, als ob die Partei schuld daran sei, wenn in Deutschland noch nicht die Revolution gesiegt hat. Eine solche Darstellung des „Zurückbleibens“ würde unter Umständen dazu führen können, daß ein Teil der Arbeiterklasse auf Grund unserer eigenen Ausführungen in ihrem Vertrauen zur Partei erschüttert würde. Wir dürfen, wie das auch in der Resolution versucht wird, die objektiven Schwierigkeiten unserer revolutionären Massenarbeit nicht aus unserer Betrachtung ausschalten. Man kann z.B. bei der heutigen internationalen Verflechtung das Problem der deutschen Revolution nicht lediglich vom Standpunkt der Innenpolitik stellen, sondern muß es auch vom internationalen Standpunkt aus betrachten, wobei gewisse Schwierigkeiten für den Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland sich in bestimmtem Maße verstärken.

Keine falschen Schlußfolgerungen aus der Feststellung objektiver Schwierigkeiten

Die Drohung des französischen Imperialismus mit der Intervention im Falle einer deutschen Revolution und die von der SPD daraufhin hervorgerufene Stimmung ist eine der objektiven Schwierigkeiten, mit der wir rechnen müssen. Die Sozialdemokratie zieht nach dem Muster

Otto Bauers in Österreich, der dort erklärt: *„Revolution ist gut, aber wir sind ein kleines Land“,* aus der internationalen Verflochtenheit der heutigen kapitalistischen Welt die Schlußfolgerung, daß das Proletariat keinesfalls in irgendeinem Lande mit der Sache des Sozialismus beginnen kann, sondern daß man in jedem Land auf alle anderen, mit anderen Worten, auf den Sankt-Nimmerleins-Tag warten müsse.

Wir Kommunisten denken gar nicht daran, aus der notwendigen internationalen Fragestellung beispielsweise für die deutsche Revolution irgendeinen opportunistischen Schluß zu ziehen. Wir denken nicht daran, etwa zu sagen, daß das deutsche Proletariat mit seiner Revolution warten müsse, bis in Frankreich der Imperialismus gestürzt ist. Aber wir ziehen eine andere Schlußfolgerung daraus, so, wie das unsere französischen Genossen tun: Weil eine kommende Revolution des deutschen Proletariats durch den französischen Imperialismus bedroht sein würde, verstärken unsere französischen Genossen ihren Kampf gegen den Feind im eigenen Lande und üben so proletarische Solidarität mit der Sache der deutschen Arbeiterklasse.

Auch für uns, Genossen, steht die eminent wichtige Aufgabe, das Kampfbündnis mit den französischen Kommunisten und dem französischen revolutionären Proletariat noch viel fester zu schmieden. Das gleiche gilt genau in demselben Maße von den polnischen, englischen, tschechischen, belgischen Genossen und der ihnen folgenden revolutionären Arbeiterschaft, es gilt in allererster Linie, was kaum erwähnt zu werden braucht, von den 165 Millionen Proletariern und Bauern und den Kommunisten der Sowjetunion.

Oder nehmen wir einen anderen Punkt: Die zusätzlichen Schwierigkeiten der Krise, wie sie sich vor allem in der Streikfrage äußern. Es wäre unsinnig, wollte man diese zusätzlichen Schwierigkeiten einfach leugnen. Natürlich ist es in einer bestimmten Hinsicht komplizierter, große Streikkämpfe auszulösen und zu führen, wenn sechs Millionen Erwerbslose auf der Straße liegen, wenn vor der Masse der Arbeiterschaft die drohende Gefahr steht, gleichfalls aus dem Betrieb zu fliegen, wenn in vielen Betrieben ohnehin schon die Kurzarbeit durchgeführt wird.

Aus diesen zusätzlichen Schwierigkeiten aber leitet die Sozialdemokratie, die reformistische Gewerkschaftsbürokratie im Dienste ihrer konterrevolutionären Politik die Theorie her, Streiks seien während der Krise nicht möglich. Wenn wir uns zu einer solchen Schlußfolgerung drängen ließen, so würden wir dem plattesten Opportunismus Tür und Tor öffnen.

Den erhöhten Schwierigkeiten stehen ja auch andere Faktoren gegenüber, die wiederum die objektiven Voraussetzungen für die Entfaltung großer Streikkämpfe stärken: Der revolutionäre Aufschwung, die allgemeine Radikalisierung der Massen, die Senkung des Lebensniveaus der Betriebsarbeiter, vor allem der Kurzarbeiter, die den Unterschied zwischen ihrer Lebenshaltung und derjenigen der Erwerbslosen stark vermindert, so daß ihr Interesse, im Betrieb zu bleiben, immer mehr nachläßt. Die nicht zu unterschätzende Kampfkraft der Millionen von Erwerbslosen ist gleichfalls ein positiver Faktor. Diese und andere Faktoren erleichtern objektiv die Streikführung.

Wir dürfen uns also keineswegs hinter den objektiven Schwierigkeiten in opportunistischer Weise verstecken, sondern müssen erkennen, daß die objektiven Schwierigkeiten zugleich auch eine dialektische Quelle für die Erleichterung und Forcierung unserer revolutionären Massenarbeit bilden.

Denn das alles hebt ja keineswegs die Tatsache des Zurückbleibens unserer Arbeit und unserer Erfolge hinter den durch die objektive Lage gegebenen Möglichkeiten auf. Das alles ändert nichts daran und darf nichts daran ändern, daß wir die revolutionäre Pflicht haben, dieses Zurückbleiben mit schonungslosester bolschewistischer Selbstkritik aufzudecken und unsere praktischen Konsequenzen für die Verbesserung der Massenarbeit daraus zu ziehen.

Zusammenfassend ergibt sich also für die Lage in Deutschland das gleiche, was wir international feststellten, nur in noch gesteigertem Ausmaß: Der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat um den kapitalistischen oder proletarisch-revolutionären

sozialistischen Ausweg aus der Krise ist in ein außerordentlich verschärftes Stadium getreten. Die Voraussetzungen einer revolutionären Krise reifen mit größter Beschleunigung heran. Vor allem von unserer Kraft hängt es ab, diese Entwicklung auszunutzen. Damit schließe ich den analytischen Teil meines Referats ab und komme zu der Frage, die der Ausgangspunkt für die Behandlung unserer Aufgaben und der Arbeit der Partei sein muß: Zur Frage der Rolle des subjektiven Faktors, der Rolle der Partei.

Wir müssen durch unsere Kraft die Situation für die Bourgeoisie ausweglos machen

Genosse Stalin hat über die revolutionäre Flut, die die vorübergehende Ebbe in den Jahren der relativen Stabilisierung des Kapitalismus von 1924 bis 1928 abgelöst hat, gesagt:

„Sie kann mit dem Sieg des Proletariats enden, vielleicht aber auch nicht, sondern nur von einer neuen Ebbe abgelöst werden, der wiederum eine neue revolutionäre Flut folgen wird."

Was bedeutet diese Formulierung für uns? Sie bedeutet im Sinne der Feststellungen Lenins, daß es keine absolut ausweglose Situation für den Kapitalismus geben kann, sondern daß es von unserer Kraft, vom subjektiven Faktor, von unserer Partei und dem von ihr geführten Proletariat abhängt, die Situation für die Bourgeoisie ausweglos zu machen. Die Worte des Genossen Stalin unterstreichen diese Verantwortlichkeit der kommunistischen Parteien für die Ausnutzung einer revolutionären Krise zum Siege der proletarischen Revolution. Dabei ist es klar, daß dies nicht nur gilt für jeden Augenblick, wo die revolutionäre Krise in vollem Maße entwickelt sein wird, wo die objektiven Voraussetzungen für die proletarische Revolution herangereift sind, sondern daß diese Verantwortlichkeit der Partei, daß diese organisierende Rolle der Partei, die den Klassenkampf des Proletariats Kind unter seiner Führung der übrigen Werktätigen zur vollen Entfaltung ringen muß, ebenso für die Zeit des Heranreifens der Voraussetzungen einer revolutionären Krise von ausschlaggebender Bedeutung ist. Eine richtige revolutionäre Politik und Massenarbeit der Partei ist eine unerläßliche Voraussetzung dafür, daß es uns gelingt, die Kampfkraft der Arbeiterklasse und der Werktätigen gegen den kapitalistischen Ausweg aus der Krise, wie ihn die Bourgeoisie mit aller Anstrengung zu beschreiten versucht, in die Waagschale zu werfen und dadurch die revolutionäre Entwicklung in ausschlaggebendem Maße zu beschleunigen. Für eine solche Politik und Arbeit der Partei ist das wichtigste eine richtige strategische Orientierung.
Was bedeutet das in der Praxis?

Über die Losung Volksrevolution

Auf dem Januar-Plenum unseres ZK im vergangenen Jahr sprachen wir in unserer Resolution davon, daß die Losung der Volksrevolution die strategische Hauptlosung unserer Partei sein müsse. Heute, nach einem Jahr schwerer Arbeit, großer und neuer Erfahrungen, nach dem XI. Plenum des EKKI muß man die Frage aufwerfen, inwieweit wir diese Formulierung konkretisieren müssen. Die Losung Volksrevolution war eine richtige Losung und bleibt eine notwendige Losung, wobei wir, wie es in den letzten Monaten geschehen ist, mit aller Schärfe verhindern müssen, daß diese Losung opportunistisch und unleninistisch verfälscht wird.
Es gab in Teilen der Partei bei der Anwendung der Losung der Volksrevolution die Vorstellung, als ob wir die wichtigste strategische Aufgabe, wie sie das X. Plenum des EKKI für die Sektionen in den kapitalistischen Ländern, vor allem in Deutschland, aufgestellt hat, als ob wir die Eroberung der Mehrheit des Proletariats bereits ganz oder zum größten Teil schon in Deutschland gelöst hätten. Es gab solche Stimmungen, als ob wir bereits unmittelbar an die Aufgabe der proletarischen Revolution herangelangt seien. Dabei übersahen diese Genossen, daß wir, ganz abgesehen von den objektiven Vorbedingungen, in erster Linie die wichtigste strategische Vorbedingung für die siegreiche Organisierung der proletarischen

Revolution, die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, unbedingt lösen müssen. Natürlich, Genossen, kann die Eroberung der proletarischen Mehrheit, die Gewinnung der eigenen Klasse nur auf der Linie einer solchen Politik erfolgen, die den Widerstand der Massen gegen die Offensive der Bourgeoisie und die Kämpfe der Massen gegen die Politik der Diktatur der Bourgeoisie und gegen jeden kapitalistischen Weg aus der Krise organisiert und in den Kampf um den revolutionären Ausweg, um die Volksrevolution, das heißt, die proletarisch-sozialistische Revolution überleitet. In diesem Sinne war die Losung Volksrevolution und bleibt die Losung Volksrevolution eine richtige, entscheidende Losung.
Natürlich, Genossen, kann man die Aufgabe der Eroberung der entscheidenden Schichten des Proletariats nicht trennen und schematisch gegenüberstellen der anderen Aufgabe, Verbündete im Klassenkampf aus den außerhalb des Proletariats stehenden werktätigen Schichten, wie vor allem den Millionen von Angestellten, der Dorfarmut und Teilen der übrigen werktätigen Bauernschaft und der städtischen Mittelschichten und Intellektuellen zu gewinnen, die bereit sind, unter der Führung, der Hegemonie des Proletariats gegen den Kapitalismus zu kämpfen. Auch in diesem Sinne hat die Losung Volksrevolution eine große Bedeutung für unsere Politik und Arbeit, weil sie den Charakter der proletarischen Revolution im Sinne von Marx und Lenin richtig ausdrückt, sofern wir sie nur richtig anwenden und die proletarische Hegemonie niemals vergessen. Man kann für Deutschland speziell sagen, daß hier die Anwendung der Losung Volksrevolution besonders zweckmäßig ist, weil auf Grund der nationalen Unterdrückung des werktätigen deutschen Volkes durch das Versailler System und den räuberischen Young-Plan diese Aufgabe der Gewinnung und Herüberziehung von Verbündeten für das Proletariat und der Neutralisierung der übrigen Mittelschichten erleichtert wird.

Die Achse unserer Politik: Eroberung der Mehrheit des Proletariats

Genossen, bedeutet das alles auch nur im mindesten eine Abschwächung der Tatsache, daß die Achse unserer Politik, die Achse unserer Strategie und Taktik auf der Linie des Marxismus-Leninismus, die Politik der eigenen Klasse, die Gewinnung der eigenen Klasse, die Eroberung der Mehrheit des Proletariats sein muß? Eine solche Auffassung wäre ein außerordentlich verhängnisvoller Fehler. Nachdem wir gesehen haben, daß Fehler und Abweichungen in dieser Linie in einer ziemlichen Fülle in unserer Partei aufgetaucht sind, ist es notwendig, auf der heutigen Plenartagung des Zentralkomitees mit größter Klarheit und äußerster Präzision auszusprechen, was die strategische Hauptaufgabe der Partei sein muß: Die Gewinnung der Mehrheit des Proletariats für den Kampf um die Eroberung der politischen Macht!
Das bedeutet eine größere Klärung des Problems unserer Strategie. Indem unsere Aufgaben wachsen, die Anforderungen an unsere Politik sich erhöhen, in demselben Maße muß unsere Partei wachsen und reifer werden. Selbstverständlich muß auch die Parteiführung, muß auch das Zentralkomitee gleichfalls wachsen, indem es die Probleme immer klarer und schärfer stellt und der Partei dadurch eine stärkere Hilfe leistet, zumal wenn bestimmte Fehler und Schwächen aufgetreten sind, gegen die wir unser Feuer richten mußten.
Was bedeutet die Eroberung der Mehrheit des Proletariats? Gibt es .einen Unterschied zwischen dieser Formulierung und der anderen von den entscheidenden Schichten des Proletariats? Das ist nicht der Fall, Genossen! Wenn wir sagen: Mehrheit des Proletariats, so versteht sich von selbst, daß wir das nicht zahlenmäßig, nicht parlamentarisch, sondern politisch meinen. Mit Mehrheit bezeichnen wir die Hauptmasse, die strategisch ausschlaggebende Masse des Proletariats, und das ist dasselbe, als wenn wir sagen: Die entscheidenden Schichten.
Es wäre falsch, diese Frage etwa nur geographisch zu stellen, indem man unter den entscheidenden Schichten die Arbeiterschaft bestimmter Bezirke verstehen würde, z.B.

Ruhrgebiet, Berlin oder wie zu Brandlers Zeiten 1923, Mitteldeutschland mit Sachsen und Thüringen. Natürlich ist für unsere Stoßrichtung auch der Gesichtspunkt wichtig, in Hinsicht auf kommende Kämpfe gerade an strategisch wichtigen Punkten unsere Kräfte zu konzentrieren. Aber das wichtigste für uns ist, unsere Arbeit auf diejenigen Schichten des Proletariats zu konzentrieren, die vom Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes den Ausschlag geben. Dabei gibt es eine Reihe von Gesichtspunkten. Z.B. vom Standpunkt des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg sind es die Munitionsbetriebe und die verwandten Betriebe, also Chemie-Industrie, Teile der Metallindustrie, Eisenbahner, Hafenarbeiter und Seeleute, die eine große Rolle spielen. Vom strategischen Standpunkt allgemein kommt den Eisenbahnern, dem Bergbau, den Kraftwerken, den Gaswerken, den Straßenbahnern usw. eine große Bedeutung zu. Andererseits müssen wir naturgemäß auch den Gesichtspunkt berücksichtigen, dort unter der Arbeiterschaft unseren Einfluß zu sichern, wo besonders große Massen konzentriert sind, also zum Beispiel in Zentren der Metallindustrie, oder bestimmten konzentrierten Industrierevieren. Das alles sind Fragen, die man nicht schematisch stellen kann, sondern die in der konkreten, praktischen Massenarbeit eines jeden Bezirks auf Grund einer gründlichen Analyse der dortigen Verhältnisse untersucht und gelöst werden müssen, um eine richtige Einstellung unserer Arbeit zu ermöglichen.
Natürlich bedeutet das keineswegs eine Vernachlässigung der Arbeit unter den übrigen Schichten der Arbeiterklasse oder der sonstigen Werktätigen. Nehmen wir z.B. die Landarbeiter. Natürlich kann man nicht nur mit dem Gesichtspunkt des Kampfes gegen die Konterrevolution, des Kampfes gegen etwaige Versuche der Faschisten und Weißgardisten, proletarische Zentren von außen her zu zernieren, kann es von größter Bedeutung für den revolutionären Klassenkampf sein, ob wir wirkliche, feste Stützpunkte unter den Landarbeiter haben.
Ich will nicht ausführlicher über die Frage unserer Bauernpolitik sprechen, weil dies bei anderer Gelegenheit geschehen ist und weil wir sagen können, daß die Partei gerade auf diesem Gebiet erfolgreiche Ansätze zu einer richtigen revolutionären Arbeit vom Standpunkt der Gewinnung der Verbündeten aufweisen kann.

Die Rolle der Angestellten im Produktionsprozeß

Aber etwas ausführlicher möchte ich mich mit einer Frage beschäftigen, die in letzter Zeit als Diskussionsfrage in der RGO und auch in Berlin eine gewisse Rolle gespielt hat und die unter den Verhältnissen des kapitalistischen Deutschland keine untergeordnete Bedeutung hat: Mit der Frage der Angestellten.
Wie steht es damit, Genossen? In der erwähnten Diskussion waren einige Genossen nicht damit einverstanden, daß man die Angestellten nicht zum eigentlichen Proletariat rechnen könne, sondern als eine außerhalb des eigentlichen Proletariats stehende besondere Schicht betrachten muß. Nachdem diese Frage so lebhaft diskutiert wurde, ist es notwendig, den marxistisch-leninistischen Standpunkt zu diesem Problem unzweideutig herauszuarbeiten. Welchen Standpunkt finden wir in den Werken von Marx, Engels und Lenin in dieser Frage? Marx spricht von den Angestellten als von kommerziellen Lohnarbeitern, bisweilen auch merkantilen Lohnarbeitern. Sowohl im „Kapital“ wie in den „Theorien über den Mehrwert“ gibt es eine Reihe von Stellen, in denen Marx die Rolle dieser kommerziellen Lohnarbeiter in der Gesellschaft beleuchtet.
Ganz klar ergibt sich daraus, daß vom Standpunkt ihrer Rolle im Produktionsprozeß die Angestellten sowohl eine große Übereinstimmung mit dem industriellen Proletariat aufweisen, als auch ein wesentlicher Unterschied sich ergibt. Welches ist die Übereinstimmung? Es ist die Tatsache, daß Millionen von ihnen Lohnarbeiter, daß sie Ausgebeutete sind, die ihre Arbeitskraft als Ware verkaufen müssen. Welches ist der Unterschied? Es ist die Tatsache, daß der eigentliche Proletarier durch seine Arbeitskraft

Mehrwert erzeugt, während dies im allgemeinen beim Angestellten nicht der Fall ist. Ich will einige Sätze von Marx aus dem 3. Band des „Kapital“ zu dieser Frage zitieren:

Karl Marx über die Frage der Angestellten

„Wie verhält es sich mit den kommerziellen Lohnarbeitern, die der kaufmännische Kapitalist, hier der Warenhändler, beschäftigt? Nach einer Seite hin ist ein solcher kommerzieller Arbeiter Lohnarbeiter wie ein anderer. Erstens, insofern die Arbeit gekauft wird vom variablen Kapital des Kaufmanns… Zweitens, sofern der Wert seiner Arbeitskraft und daher sein Arbeitslohn bestimmt ist wie bei allen anderen Lohnarbeitern durch die Produktions- und Reproduktionskosten seiner spezifischen Arbeitskraft, nicht durch das Produkt seiner Arbeit. Aber es muß zwischen ihm und den direkt vom industriellen Kapital beschäftigten Arbeitern derselbe Unterschied stattfinden, der zwischen dem industriellen Kapital und dem Handelskapital und daher zwischen dem industriellen Kapitalisten und dem Kaufmann stattfindet. Da der Kaufmann als bloßer Zirkulationsagent weder Wert noch Mehrwert produziert…, so können auch die von ihm in denselben Funktionen beschäftigten merkantilen Arbeiter unmöglich unmittelbar Mehrwert für ihn schaffen… Die unbezahlte Arbeit dieser Kommis, obgleich sie nicht Mehrwert schaffen, schafft ihm aber Aneignung von Mehrwert, was für dies Kapital dem Resultat nach ganz dasselbe; sie ist also für es Quelle des Profits…
Der eigentlich kommerzielle Arbeiter gehört zu der besser bezahlten Klasse von Lohnarbeitern, zu denen, deren Arbeit geschickte Arbeit ist, über der Durchschnittsarbeit steht. Indes hat der Lohn die Tendenz zu fallen, selbst im Verhältnis zur Durchschnittsarbeit, im Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise, teils durch Teilung der Arbeit innerhalb des Kontors… Zweitens, weil die Vorbildung. Handels- und Sprachkenntnisse usw. mit dem Fortschritt der Wissenschaft und Volksbildung immer rascher, leichter, allgemeiner, wohlfeiler reproduziert werden, je mehr die kapitalistische Produktionsweise die Lehrmethoden usw. aufs Praktische richtet. Die Verallgemeinerung des Volksunterrichts erlaubt diese Sorte aus Klassen zu rekrutieren, die früher davon ausgeschlossen, an schlechtere Lebensweise gewöhnt waren. Dazu vermehrt sie den Zudrang und damit die Konkurrenz. Mit einigen Ausnahmen entwertet sich daher im Fortgang der kapitalistischen Produktion die Arbeitskraft dieser Leute; ihr Lohn sinkt, während ihre Arbeitsfähigkeit zunimmt.“ (Marx: „Kapital“, 3. Band, I, S. 276 bis 285)

Soweit die Feststellungen von Marx. Aus ihnen ergibt sich ganz deutlich, daß man die Angestellten nicht einfach zum Proletariat rechnen kann. Andererseits zeigt Marx aber auch, wie sich die Unterschiede hinsichtlich Schulung, Qualifikation der Arbeit der Angestellten und ihrer Sonderstellung im Prozeß der kapitalistischen Entwicklung allmählich vermindern.

Lenin über die Frage der Angestellten

Was ergibt sich aus den Schriften Lenins zur Frage der Angestellten? Lenin hat sich trotz der Verhältnisse im kapitalistischen Rußland, wo unter den Verbündeten des Proletariats vor allem die ungeheuren Millionen der Landbevölkerung, Dorfarmut, Mittelbauern usw. eine ausschlaggebende Rolle spielten, mehrfach mit dem Angestelltenproblem beschäftigt. Für uns in Deutschland und in den meisten kapitalistischen Ländern spielen die Angestellten eine größere Rolle. Wir finden in den Schriften Lenins eine Reihe völlig unzweideutiger und glänzender Formulierungen. Ich will hier nur zwei Stellen herausgreifen. In einem Artikel aus dem Jahre 1912 über „Ökonomischer und politischer Streik“ schreibt Lenin:

„Wenn die Liberalen (und die Liquidatoren) den Arbeitern sagen: ihr seid stark, wenn ihr Sympathien in der ‚Gesellschaft’ habt, so sagt der Marxist den Arbeitern etwas anderes: ihr habt Sympathien in der ‚Gesellschaft’, wenn ihr stark seid. Unter Gesellschaft sind in diesem Fall alle möglichen demokratischen Bevölkerungsschichten zu verstehen: die Kleinbourgeoisie, die Bauern, die mit dem Arbeiterleben in Berührung kommenden Intellektuellen, die Angestellten usw.“

Hier ist völlig klar zum Ausdruck gebracht, daß Lenin die Angestellten nicht zum eigentlichen Proletariat zählt. Das ergibt sich auch aus zahlreichen anderen Stellen seiner Werke. Schon im Jahre 1903 schreibt er in einer Art Rundschreiben über die Angestellten

unter folgender Überschrift: „Verbindungen und Tätigkeit mit anderen Schichten der Bevölkerung außerhalb der Arbeiterklasse“, d.h. er reiht sie mit den Beamten unter diese Schichten außerhalb der Arbeiterklasse ein. Noch klarer und deutlicher ist eine Formulierung aus den Thesen Lenins über die Hauptaufgaben des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Dort wird als Aufgabe für die proletarische Diktatur, und zwar nicht nur für die Sowjetunion, sondern ganz allgemein ausgesprochen:

„Die dritte Aufgabe besteht darin, daß man die unvermeidlichen Schwankungen jener, in allen vorgeschrittenen Ländern noch ziemlich zahlreichen, wenn auch eine Minderheit darstellenden Klasse der kleinen Eigentümer in der Landwirtschaft, der Industrie, dem Handel, sowie der ihnen entsprechenden Schicht der Intelligenz, der Angestellten usw., - daß man die Schwankungen dieser Klasse zwischen der bürgerlichen Demokratie und der Sowjetmacht neutralisiert oder unschädlich macht.“

In dieser These Lenins werden die Angestellten also als zugehörig zur kleinbürgerlichen Klasse aufgefaßt, wobei Lenin aber mit meisterhafter Dialektik hervorhebt, daß sie nicht etwa mit den Kleinproduzenten einfach auf eine Stufe gestellt werden dürfen, sondern eine den Kleinproduzenten „entsprechende Schicht“ darstellen. Der Ausdruck „Halbproletarier“, der z.B. in der „Internationale“ vom Genossen Hirsch gebraucht wurde, ist deshalb theoretisch nicht einwandfrei.

Die Schichten der Angestellten in Deutschland

Natürlich können wir uns nicht einfach damit begnügen, an Hand dieser Zitate von Marx und Lenin festzustellen, daß die Angestellten kein direkter Bestandteil des Proletariats sind. Unsere Aufgabe besteht vielmehr darin, mit der Methode der marxistischen Dialektik konkret an die Rolle und Lage der Angestelltenschichten in Deutschland heranzugehen, wobei die Formulierungen von Marx und Lenin eine große Anleitung für uns sein können.
Und was ergibt sich bei einer solchen Untersuchung?
Einmal die Feststellung, daß es überhaupt unmöglich ist, von der gesamten Angestelltenschaft als einer einheitlichen Masse zu sprechen. Ihre unteren Schichten unterliegen in der modernen kapitalistischen Wirtschaft einem direkten Proletarisierungsprozeß. Man braucht nur an die Warenhäuser und Großbanken zu denken, wo die Angestellten zu Hunderten und Tausenden zusammengepfercht sind, wo also in ihrer Arbeitsweise eine ähnliche Zusammenballung und Mechanisierung Platz greift wie beim Proletariat. Andererseits ergibt sich auch hinsichtlich ihrer sozialen Abstammung ein solcher in der gleichen Linie laufender Prozeß, wie ihn Marx und Engels vorausgesagt haben. Während früher die Angestellten sich vorwiegend ihrer sozialen Herkunft nach aus der eigentlichen Kleinbourgeoisie, den Beamten- und Angestelltenschichten selbst rekrutieren, ist bei den jüngeren Jahrgängen in immer steigenderem Maße ein solcher Prozeß zu verzeichnen, daß der Anteil von Arbeitersöhnen und Arbeitertöchtern steigt.
Aber dieser Proletarisierungsprozeß muß von uns dialektisch betrachtet werden. Auch die andere Tendenz, die dieser Annäherung der unteren Angestelltenschichten an das Proletariat entgegenwirkt, beruht auf den Bedingungen ihrer Arbeitsweise. Sie müssen noch immer hinsichtlich ihrer Kleidung, ihrer Umgangsformen usw. bestimmten Anforderungen der Bourgeoisie Rechnung tragen, und es ist klar, daß das auf ihre Ideologie abfärbt. Ein Transportarbeiter z.B. kann Hamburger Platt sprechen, aber ein Bankangestellter muß die Bourgeoisie auf Hochdeutsch bedienen.
Wenn wir also beide Seiten dieses Prozesses betrachten, so ergibt sich die Schlußfolgerung, daß diese Millionen unteren Angestellten, die dem Proletariat am nächsten stehende Schicht darstellen, also eine Schicht, die neben der Dorfarmut den wichtigsten Verbündeten für das Proletariat, ja, zum Teil sogar schon beinahe mehr als nur einen bloßen Verbündeten darstellt.

Wir haben dann eine weitere breite Schicht der Angestellten, die unmittelbar zur Kleinbourgeoisie zu zählen sind (Personalchefs, Abteilungsleiter, Kontrolleure), die z.B. das Recht haben, ihrerseits Entlassungen von Arbeitern und Angestellten vorzunehmen.
Und schließlich die schmale oberste Schicht der Angestellten, wie Direktoren usw., die, auch wenn sie formell Gehalt beziehen, doch unmittelbar Anteilhaber an der Verteilung des Profits sind und direkt zur Bourgeoisie gehören.

Unsere Angestelltenarbeit

Je mehr wir bei der Behandlung dieses Problems differenzieren, je konkreter wir herangehen, desto einwandfreier vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus wird unsere theoretische Analyse sein. Desto erfolgreicher werden wir auch in der Lage sein, die richtigen Methoden für unsere Politik gegenüber den Angestellten zu finden. Denn das, Genossen, muß man mit aller Entschiedenheit unterstreichen: Eine Verbesserung unserer Arbeit unter den Angestellten kann nicht dadurch erzielt werden, daß wir plump und obendrein falsch erklären: Die Angestellten sind auch Proletarier, sondern nur dadurch, daß wir eben die Besonderheiten dieser Schicht und zugleich ihre enge Verbundenheit mit dem Proletariat klar und präzise aufzeigen und daraus die richtigen entsprechenden Methoden für die Arbeit unter ihnen ableiten. Man darf also weder eine solche Abweichung dulden, als wenn alle Angestellten vom revolutionären Standpunkt unzuverlässig wären und als „Stehkragenproletarier“ angesprochen und angesehen werden müssen, noch darf man den entgegengesetzten Fehler durchgehen lassen, als ob die Angestellten mit dem eigentlichen Industrieproletariat einfach gleichgestellt werden können.
Im ganzen genommen gilt selbstverständlich für die Frage der Angestellten das gleiche wie für die Verbündeten des Proletariats überhaupt. Genosse Stalin beschäftigte sich in den „Problemen des Leninismus“ mit der Frage des Klassenbündnisses unter der proletarischen Diktatur. Er zitiert zunächst einige Sätze von Lenin, darunter den Satz:

„Jene Klasse, die die politische Herrschaft in ihre Hände nahm, nahm sie mit dem Bewußtsein, daß sie sie allein nimmt. Das liegt im Begriff der Diktatur des Proletariats.“

Stalin führt dann aus, daß dadurch das Klassenbündnis mit den werktätigen und ausgebeuteten Massen der anderen Klassen keineswegs ausgeschlossen wird, und fährt fort:

„Was ist das für eine besondere Form des Bündnisses und worin besteht sie? Widerspricht nicht dieses Bündnis mit den werktätigen Massen der anderen nichtproletarischen Klassen überhaupt der Idee der Diktatur der Klasse?
Diese besondere Form des Bündnisses besteht darin, daß die führende Kraft dieses Bündnisses das Proletariat ist. Diese besondere Form des Bündnisses besteht darin, daß der Führer des Staates, der Führer im System der Diktatur des Proletariats eine einzige Partei ist, die Partei des Proletariats, die Partei der Kommunisten, die die Führung mit anderen Parteien nicht teilt und nicht teilen kann.“ (Stalin: „Probleme des Leninismus“, I. Band, Seite 19)

Was hier für die proletarische Diktatur gesagt ist, gilt mit den entsprechenden Abänderungen in der Linie auch für den revolutionären Klassenkampf des Proletariats vor der Machteroberung, im Kampf gegen die kapitalistische Diktatur. Deshalb die Notwendigkeit, bei der Anwendung der Losung Volksrevolution jede Unklarheit bezüglich der Frage der proletarischen Hegemonie zu beseitigen, falsche Losungen und Formulierungen, wie „Dreibund der Werktätigen“ zu korrigieren. Die Losung „Volksrevolution“ ist ein Synonym, eine populäre Formulierung für proletarischsozialistische Revolution. Der Inhalt unseres Kampfes für die Volksrevolution ist die Politik der Arbeiterklasse, ist der Kampf für die Diktatur des Proletariats, das sich auf das Bündnis oder auf „Neutralitätsabkommen“ mit den übrigen Werktätigen stützt.

Warum ist es so notwendig, das zu betonen? Weil die Klarheit über die Politik der eigenen Klasse eine Voraussetzung für das Verständnis unserer gesamten Strategie und Taktik ist.

Unser Kampf gegen SPD und NSDAP

Nehmen wir unseren Kampf gegen die beiden wichtigsten konterrevolutionären Massenparteien: Die Sozialdemokratie und die Nationalsozialisten. Betrachten wir die vor uns liegenden Preußenwahlen, wobei das, was für die Preußenwahlen gilt, auch schon für die Präsidentschaftswahlen zutrifft. Die Sozialdemokratie versucht den Massen einzureden, ihre Politik und die Preußenregierung seien ein „kleineres Übel" gegenüber der Politik der Nationalsozialisten und gegenüber einer etwaigen späteren Hitler-Regierung. So schreibt z.B. das „Hamburger Echo":

„Genau wie die französische Sozialdemokratie für die kommenden Wahlen die Taktik beschlossen hat, die dazu führt, den Kandidaten der ausgesprochenen Reaktion zu schlagen, so wird auch die deutsche Sozialdemokratie ihre Taktik so wählen, daß die Reaktion aufs Haupt geschlagen wird. In dem Kampf zwischen Hindenburg und einem Vertreter der Harzburger Front ergibt sich unter obwaltenden Umständen ihre Stellung von selbst. Daß die Reaktion mit allen Mitteln versucht, die Kandidatur Hindenburgs zu torpedieren, ist der Beweis dafür, daß sie erkennt, daß dieser Mann trotz seiner konservativen Grundeinstellung für Staatsstreiche und ähnliche Dinge nicht zu haben ist."

Wir müssen den breitesten Massen klarmachen, daß dies ein Betrug ist. Wir müssen Klarheit darüber schaffen, daß man die Hitlerpartei nicht schlagen kann, ohne den Masseneinfluß der SPD insbesondere im Proletariat niederzuringen. Wir müssen Klarheit darüber schaffen, daß man eine spätere Hitler-Regierung nicht bekämpfen kann, ohne rechtzeitig den Hauptstoß zur Gewinnung der wichtigsten Schichten der Arbeiterklasse gegen die SPD gerichtet zu haben, denn sie ist es, die breite Schichten der Arbeiterklasse für die Bourgeoisie einfängt, bzw. gefangen hält und dadurch dem Klassenkampf entzieht oder direkt gegen den Klassenkampf einsetzt.

Warum müssen wir den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie richten?

Unsere Strategie, die den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie lenkt, ohne dadurch den Kampf gegen den Hitlerfaschismus abzuschwächen, unsere Strategie, die gerade durch den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie überhaupt erst die Voraussetzungen für eine wirksame Bekämpfung des Hitlerfaschismus schafft - diese Strategie ist nicht verständlich, wenn man die Rolle der proletarischen Klasse als der einzigen bis zu Ende revolutionären Klasse nicht klar verstanden hat.
In dem Vorwort zu seinem Buch „Auf dem Wege zum Oktober" hat Genosse Stalin die revolutionäre Strategie des Leninismus in klassischer Weise formuliert. Er bezeichnet als die grundlegende strategische Regel des Leninismus die Erkenntnis:

„1. daß die gefährlichste Stütze der Feinde der Revolution in der Periode der herannahenden revolutionären Entscheidung die Kompromißlerparteien sind;
2. daß es unmöglich ist, ohne Isolierung dieser Parteien den Feind (den Zarismus oder die Bourgeoisie) zu stürzen;
3. daß infolgedessen das stärkste Feuer in der Periode der Vorbereitung der Revolution auf ihre Isolierung, auf die Loslösung der breiten Massen der Werktätigen von diesen Parteien gerichtet werden muß."

Die praktische Anwendung dieser Strategie in Deutschland erfordert den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie. Sie ist mit ihren „linken" Filialen die gefährlichste Stütze der Feinde der Revolution. Sie ist die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, sie ist der aktivste Faktor der Faschisierung, wie das XI. Plenum sehr richtig aussprach, und sie versteht zugleich in der

gefährlichsten Art, als „gemäßigter Flügel des Faschismus“ die Massen durch ihre Betrugsmanöver für die Diktatur der Bourgeoisie und für ihre faschistischen Methoden einzufangen.
Die Sozialdemokratie schlagen, das ist gleichbedeutend damit, die Mehrheit des Proletariats zu erobern und die wichtigste Voraussetzung für die proletarische Revolution zu schaffen.
Aber es genügt nicht, daß wir diese Erkenntnis haben. Es genügt nicht, daß wir diese richtige Strategie theoretisch anerkennen. Wir müssen vielmehr in der Praxis unsere Konsequenzen daraus ziehen. Dazu gehört vor allem, neben vielen anderen Fragen, die richtige Bekämpfung der sozialdemokratischen Betrugsmanöver.

Die Politik des größten Übels für die Arbeiterklasse

Das Hauptmanöver der Sozialdemokratie für eine ganze Periode ist der Schwindel mit dem sogenannten „kleineren Übel“. Diese Feststellung des XI. Plenums hat für uns in Deutschland allergrößte Bedeutung. Ich habe schon auf die Preußenwahlen hingewiesen, wo ebenso wie bei der Reichs-Präsidentenwahl die SPD zweifelsohne von neuem in stärkster Weise den Schwindel mit dem „kleineren Übel“ auftischen wird, ich will nur auf einen Punkt hinweisen, der bei unserer Entlarvung dieses Betrugsmanövers von ausschlaggebender Bedeutung ist. Wir sprechen oft von der Politik des „kleineren Übels“ der Sozialdemokratie. Ich glaube, daß diese Formulierung für diesen Begriff irreführend und unzweckmäßig ist. Die Politik, die die SPD betreibt, ist ja in Wirklichkeit keineswegs eine Politik des „kleineren Übels“, sondern gerade die Politik des größten Übels für die Arbeiterklasse. Das ist es, was wir den Massen zu zeigen haben. Die Sozialdemokratie führt jeweils soviel Anschläge im Dienste der Bourgeoisie gegen das Proletariat und die Werktätigen durch, wie nur vom Standpunkt des jeweiligen Reifegrades der Faschisierung durchgeführt werden können.
Wenn ihre konterrevolutionären Taten bisweilen in einem oder dem anderen Punkt hinter dem zurückbleiben, was an konterrevolutionären Forderungen von dem extremsten Flügel des Faschismus, von Hugenberg und Hitler aufgestellt wird, so geschieht das nicht deshalb, weil die SPD besser wäre als Hitler und Hugenberg, weil ihre Politik wirklich ein „kleineres Übel“ wäre, sondern nur deshalb, weil eben mehr an Ausplünderung und Unterdrückung der Arbeiter unter den gegebenen Verhältnissen nicht durchgesetzt werden kann.
„Kleineres Übel“ - das ist also nichts als der Betrug, mit dem die SPD ihre tatsächliche Politik des jeweils größten Übels für die deutsche Arbeiterklasse verschleiert. Diese Feststellung müssen wir bei der Entlarvung der Politik der Sozialdemokratie in unserer gesamten Agitation und Propaganda stets mit dem größten Nachdruck hervorheben.

Andere Betrugsmanöver der SPD-Führer

Die verlogene „Theorie“, der Betrug des „kleineren Übels“, ist gewissermaßen die Hauptachse des Systems der sozialdemokratischen Massenbetrugsmanöver. Aber es ist notwendig, die Vielseitigkeit und Mannigfaltigkeit dieser Manöver klar zu erkennen. Ich will nur einige Beispiele aus der letzten Zeit anführen, um zu zeigen, wie die SPD ständig immer neue betrügerische Tricks und Gaunerstückchen ausheckt, die manchmal nur für einige Tag und Wochen ihrer Agitation und Propaganda Verwendung finden, um dann sang- und klanglos zu verschwinden und einem neuen Schwindel Platz zu machen.
Ein solches Manöver war das sogenannte „Einheitsfrontangebot“ Breitscheids in seiner Darmstädter Rede, das vom „Vorwärts“ und der übrigen SPD-Presse sofort aufgegriffen wurde und heute schon wieder längst vergessen ist, weil wir es rasch und radikal entlarvten. Ich erinnere hierbei an ähnliche Betrugsmanöver der französischen Reformisten.
Ein solches Manöver ist das Gerede vom „Generalstreik“ im Falle einer kommenden Hitler-Regierung, die zugleich mit der offenen faschistischen Diktatur infiziert wird. Dadurch soll

selbstverständlich nur der Kampf gegen die tatsächliche Diktatur der Bourgeoisie, die heute durch die Brüning-Severing-Regierungen ausgeübt wird, abgeschwächt werden.
Ein solches Manöver ist umgekehrt die sozialfaschistische These, wie sie Breitscheid in Emden vertreten hat, ein Eintritt der Hitlerpartei in die Regierung sei ganz günstig, weil sich dadurch die Nazis „abwirtschaften" würden und die weitere Behauptung, eine Brüning-Hitler-Regierung sei immer noch ein „kleineres Übel" gegenüber einer bloßen Hitlerregierung.
Ein solches Manöver der Sozialdemokratie und Bourgeoisie ist der Schwinde mit dem Preisabbau, der angeblich einen Ausgleich für die Lohnsenkungen bringen soll. Dieser Preisabbauschwindel wurde nun schon drei- oder vermal immer von neuem aufgetischt, jedesmal mit kleinen Veränderungen der Form nach, aber stets mit dem gleichen verlogenen Grundinhalt.
Ein solches Manöver war der sogenannte Hilferuf der „Einheitsfront der Gewerkschaften" zur Sicherung des Tarifwesens gegen Hitler und Hugenberg.
Ein solches Manöver ist der neue Schwindel des ADGB in Sachen der Arbeitsbeschaffung. Dabei haben wir es einfach mit ihrem Hauptwahlmanöver zu tun, in dessen Dienst auch der geplante „Krisenkongreß" des ADGB stehen soll.
Ein solches Manöver ist die Bildung der „Eisernen Front".
Ein solches Manöver macht die SPD gegenwärtig bei der Reichspräsidentschaftswahl, indem sie die Hindenburgfront als „kleineres Übel" darstellt.

Welche Bedeutung haben diese Manöver?

Sie sind stets einerseits eine Aktion, die die SPD im eigenen Parteiinteresse unternimmt, um ihre verbrecherische Politik durch irgendeinen Massenbetrug vor den eigenen Anhängern zu verschleiern und sie im Kampf gegen die Entlarvung durch uns in einem günstigeren Licht erscheinen zu lassen.
Sie sind auch insofern Aktionen im eigenen Parteiinteresse der SPD, als sie der Konkurrenz des „gemäßigten Flügels des Faschismus" gegenüber den anderen Hilfstruppen der Bourgeoisie, den Nazis usw. dienen. So will sich die SPD z.B. mit ihrer „Eisernen Front" einen Apparat schaffen, der nicht nur für die Präsidentschafts- und Preußenwahlen, sondern auch bei anderen Anlässen zur Sicherung der SPD-Politik eingesetzt werden soll.
Aber andererseits - und das ist das Ausschlaggebende - sind diese sozialdemokratischen Betrugsmanöver stets auch ein notwendiger Bestandteil des jeweiligen Angriffs der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse und die Werktätigen. Die Bourgeoisie könnte ihre Politik nicht durchsetzen, wenn nicht die Sozialdemokratie mit ihren Massenbetrugsmanövern den Weg für die Aktionen der Bourgeoisie bereiten würde. Und man kann sagen, daß hiermit gerade die wichtigste Funktion der sozialdemokratischen Betrugsmanöver gekennzeichnet ist. Ja, man muß die Feststellung treffen: Bei dem Versuch der Bourgeoisie, die Krise auf Kosten der Massen abzuwälzen, sind die sozialdemokratischen Betrugsmanöver, international wie auch in Deutschland, ein untrennbarer Bestandteil der Politik der Bourgeoisie.
Mehr als das: Die sozialdemokratischen Betrugsmanöver sind oft zugleich die eigenen Betrugsmanöver der Bourgeoisie. Nehmen wir die Frage des imperialistischen Krieges, als eines Werkzeugs zur kapitalistischen Überwindung der Krise. Ohne den Abrüstungsschwindel, ohne den Völkerbundsschwindel, ohne den pazifistischen Schwindel der II. Internationale und auch der Bourgeoisie selbst, wäre diese räuberische Politik des imperialistischen Krieges für die Bourgeoisie viel schwerer, vielleicht überhaupt unmöglich.
Unser Kampf um die Eroberung der Mehrheit des Proletariats, die Lösung dieser strategischen Hauptaufgabe, unser Kampf darum, die entscheidenden Schichten des Proletariats und die mit ihnen Verbündeten, von ihnen geführten Werktätigen gegen den kapitalistischen Weg aus der Krise und für den revolutionären Ausweg zu mobilisieren - diese strategische Hauptaufgabe kann nur gelöst werden, wenn wir es verstehen, die sozialdemokratischen Betrugsmanöver zu

zerschlagen, wenn wir es verstehen, der Sozialdemokratie die Maske vom Gesicht zu reißen, wenn wir es verstehen, den wirklichen Charakter der bürgerlichen, kapitalistischen, faschistischen Politik der SPD vor den Massen klar zu enthüllen.

Der Schwindel mit dem „Staatskapitalismus“

Damit, Genossen, komme ich zu einem neuen, großen, internationalen Manöver der Sozialdemokratie in der letzten Zeit, mit dem wir uns etwas ausführlicher befassen müssen: Dem Schwindel mit dem Staatskapitalismus. Ungefähr zu gleicher Zeit tischten die Sozialdemokraten in verschiedenen Ländern diesen neuen Betrug den Massen auf. In Österreich gab Otto Bauer die Losung „Kampf um den Staatskapitalismus“ aus. In der Tschechoslowakei war es ein tschechischer Sozialfaschist namens Benesch, (der Bruder des Ministers Benesch, der den Staatskapitalismus als eine „automatische Sozialisierung“ verkündete, während ein anderer Sozialfaschist, Dr. Eugen Stern, den Staatskapitalismus als „Staatssozialismus“ forderte. In Deutschland hat sich vor allem Naphtali für dieses Betrugsmanöver mit dem Staatskapitalismus ins Zeug gelegt, indem er die Losung „Kampf um staatliche Wirtschaftsführung“ aufstellte, während zugleich Hilferding die letzte Notverordnung Brünings als „das Ende der Herrschaft des Privat- und Finanzkapitals“ und „ein Stück Sozialismus“ feierte. In der „Wiener Arbeiterzeitung“ veröffentlichte der österreichische Sozialdemokrat Otto Leichter einen Artikel unter dem Titel „Kapitalistisch geht es nicht mehr“. Darin heißt es:

„Deutschland muß, wenn es am Leben bleiben will, ein Glied der europäischen, ein Glied der Weltwirtschaft bleiben. Im Herzen Europas ein bolschewistisches Eiland zu schaffen, das jeden Verkehr mit seinen kapitalistischen Nachbarn abbricht, ist bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnissen unmöglich. Das wäre der Untergang Deutschlands, das wäre der Krieg mitten in Europa. Darum ist in Deutschland im Augenblick der Staatskapitalismus die einzig mögliche Lösung.“

Erst in den letzten Tagen hörten wir von Aufhäuser ähnliches, der sich gleichfalls mit der Frage des Staatskapitalismus befaßt. Der „Vorwärts“ beginnt schon eine besondere Kampagne in dieser Frage und versucht die Arbeiterschaft zu betrügen mit dem sogenannten „Wirtschaftsprogramm der Arbeiterschaft“. Es heißt in einem Stampferschen Artikel vor einigen Tagen:

„Mehr Wirtschaftsmacht dem Staate! Mehr bewußtes Wollen, vom Staate aus in die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft planend und regelnd einzugreifen! Mehr sozialistischen Willen und stärkere Entschlossenheit, diesen sozialistischen Willen zum Staatswillen werden zu lassen, das ist die Forderung der Stunde.“

Eine neue Diskussion über die Sowjetunion

Das ist die eine Seite dieser neuen staatskapitalistischen Propaganda der Sozialdemokratie. Die andere Seite ist die neuerdings entbrannte Diskussion über die Sowjetunion. Diese Diskussion erfüllt die theoretischen Zeitschriften der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie. Den Anfang machte Otto Bauer mit einem Artikel im Wiener „Kampf, worin er das Eingeständnis von sich gab, daß in der Sowjetunion der Sozialismus aufgebaut wird, deshalb müßten die russische Sozialdemokratie und die II. Internationale ihre Taktik gegenüber der Sowjetunion ändern. Zu dem Artikel Bauers nahm Fritz Adler Stellung, der von den russischen Menschewisten gegenüber der Sowjetmacht und den Bolschewiki gegenüber eine Tolerierungspolitik verlangte. Nunmehr antworteten Dan und Abramowitsch, die Führer der russischen Menschewisten, in zwei verschiedenen Artikeln, die - der eine in der Februarnummer der Hilferdingschen „Gesellschaft“, der andere im Wiener „Kampf“ -

gleichzeitig erschienen sind. Beide beklagen sich bitter darüber, daß Otto Bauer und bis zu einem gewissen Grade auch Fritz Adler den russischen Menschewisten gewissermaßen die Existenzgrundlage absprechen. Beide bekennen sich in kaum verschleierter Form zur Politik der konterrevolutionären Intervention, wobei diese Gauner zugleich in heuchlerischer Weise beteuern, daß sie einen gewaltsamen Sturz, der Sowjetmacht durch eine imperialistische Intervention niemals gewünscht hätten.

Was haben wir zu diesen Diskussionen im Lager des Sozialfaschismus zu sagen? Selbstverständlich sind die verschiedenen Führer der II. Internationale, ob sie nun Dan und Abramowitsch heißen oder Otto Bauer und Fritz Adler, alle gleichermaßen Anhänger und Träger der konterrevolutionären Interventionspolitik. Der Unterschied besteht lediglich in der Methode. Die russischen Menschewisten vom Schlage Dan und Abramowitsch, die auf keinerlei Stimmungen irgendwelcher proletarischer Anhänger Rücksicht zu nehmen brauchen, weil sie keine Anhänger mehr haben, bekennen sich fast ebenso offen zu ihrer konterrevolutionären Politik, wie der schamlose Kriegshetzer Kautsky, oder wie Noskes neuerster Bundesgenosse, Herr Leo Trotzki.

Bauer und bis zu einem gewissen Grade auch Adler versuchen demgegenüber ihren Antibolschewismus mit „linken“ Phrasen zu maskieren. Warum geschieht das? Es geschieht, weil die Wirklichkeit der beiden Systeme, des Sozialismus in der Sowjetunion und des Kapitalismus in allen übrigen Ländern, eine allzu deutliche Sprache auch für die sozialdemokratischen und alle Arbeiter zu sprechen beginnt. Mit dem alten Schwindel einer einfachen Leugnung der Erfolge des sozialistischen Aufbaues, mit dem Kautskyschen Geschwätz über eine „Hölle“ in der Sowjetunion kann man angesichts des gewaltigen Siegeszuges der Sowjetmacht unmöglich mehr auch nur einen lahmen Hund hinterm Ofen vorlocken, geschweige denn einen sozialdemokratischen Arbeiter bei der Stange halten.

Also wird man diplomatisch. Also macht man „Eingeständnisse“. Also fängt man an, die Sowjetunion zu „loben“. Nicht nur Otto Bauer manövriert so, sondern im Verlag der Wiener Sozialdemokratie ist z.B. ein Büchlein über „Fünfjahrplan und Sozialismus“ von L. Birkenfeld erschienen, worin dieser österreichische Sozialdemokrat „begeistert“ den Fünfjahrplan begrüßt und seinen Haß gegen den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion außerordentlich demagogisch und geschickt verbirgt.

Warum diese plötzliche Methode? Auf diese Art hofft man, die Sympathien der Arbeiter aller kapitalistischen Länder für den Sozialismus in der Sowjetunion, die unausgesetzt wachsen, in ein ungefährliches Fahrwasser ablenken zu können. Man hofft, diesen Arbeitern weismachen zu können, daß die Anerkennung der Sowjetunion zu keinen praktischen Konsequenzen verpflichtet, daß das, was in der Sowjetunion geschieht, für das deutsche Proletariat oder das Proletariat Österreichs usw. nicht in Frage käme. Mit anderen Worten: Wir haben es lediglich mit einer Art von diplomatischem Antibolschewismus zu tun, die heimtückischer, verlogener und konterrevolutionärer der Vorbereitung des Interventionskrieges dienen soll als der offene Antibolschewismus der Kautsky, Dan und Abramowitsch.

Dabei steht dieser neue „linke“ Schwindel in Sachen der Sowjetunion in engster Verbindung mit dem Betrugsmanöver in Sachen des Staatskapitalismus. Die wachsende Sympathie für die Sowjetunion und damit für den Sozialismus als Ausweg aus dem kapitalistischen Elend ist ja auch die Basis, auf der die Sozialfaschisten ihre „Theorie“ über den Staatskapitalismus zu verzapfen beginnen.

Wir haben es hier mit einem ernsten Betrug der II. Internationale an den Massen zu tun, auf den unsere Partei nur antworten kann, wenn wir ihr die entsprechenden Waffen dafür liefern.

Welches ist der Sinn und der Hintergrund dieses Betrugsmanövers?

Der Sinn des Betrugsmanövers mit dem „Staatskapitalismus“

Erstens: Die Massen, die immer stärker den Verfaulungsprozeß des sterbenden Kapitalismus auf der einen Seite und die Überlegenheit der sozialistischen Wirtschaft unter der proletarischen Diktatur in der Sowjetunion auf der anderen Seite erkennen, beginnen sich in steigendem Maße darauf zu orientieren, auch ihrerseits den Weg der Sowjetunion, den Weg des revolutionären sozialistischen Auswegs aus der Krise zu beschreiten. Dieser Gefahr für den Kapitalismus, die aus den wachsenden Sympathien der Werktätigen für die Sowjetunion erwächst, will die Sozialdemokratie begegnen. Darum verleumdet sie den Sozialismus in der Sowjetunion als angeblichen „Staatskapitalismus“.
Das ist die erste Seite dieses Massenbetrugs.
Zweitens: In dem Augenblick, in dem die Offensive der Bourgeoisie und der mit ihr verbundenen Sozialdemokratie gegen das Proletariat immer skrupellosere Formen annimmt, reicht das einfache Betrugsmanöver des sogenannten „kleineren Übels“ seitens der Sozialdemokratie zur Besänftigung der Massen nicht mehr aus. Während also in der Wirklichkeit das Übel immer größer wird, geht die Sozialdemokratie dazu über, nicht mehr nur den Massen vorzuschwindeln, ihre Politik und die Politik der Bourgeoisie bedeute ein „kleineres Übel“, sondern in noch vergröberter Auflage des Betrugs erklärt sie einfach: Die jetzigen Verbrechen der Bourgeoisie seien ein friedlicher „Weg zum Sozialismus“, nämlich der Weg über den Staatskapitalismus. (Hilferdings „organisierter Kapitalismus“, „Heran an den Staat“ usw.)
Früher waren Brünings Notverordnungen in der Demagogie der SPD ein „kleineres Übel“, das man schlucken müsse, damit nicht Hitler käme. Heute, wo die Notverordnungen immer reaktionärer und unerträglicher für die Massen werden, erklärt Hilferding, sie seien ein „Stück Sozialismus“.
Das sind die beiden wichtigsten Faktoren, die wir erkennen müssen, um dieses neue sozialdemokratische Betrugsmanöver zu entlarven.
Es ist jedoch notwendig, zum Problem des Staatskapitalismus in diesem Zusammenhang noch einige weitere Worte zu sagen:

Wir sehen das Gegenteil einer Entwicklung zum „Staatskapitalismus“

Eine erste Frage: Ist das, was sich heute in den meisten kapitalistischen Ländern vollzieht, tatsächlich Entwicklung zum Staatskapitalismus? So wurde es nämlich auch in einigen kommunistischen Zeitungen, wenn auch nicht in Deutschland, hingestellt. Wir müssen die Frage entschieden verneinen.
Was sich gegenwärtig vollzieht, vor allem in Deutschland, aber auch in anderen kapitalistischen Ländern, ist keineswegs Entwicklung zum Staatskapitalismus, eher das gerade Gegenteil. Die Bourgeoisie, die den Parlamentarismus abbaut, beseitigt umgekehrt gerade jene Erscheinungen von Kontrolle und Aufsicht seitens der bürgerlich-parlamentarischen Öffentlichkeit, die vorher noch vorhanden gewesen sind. Im Interesse des kapitalistischen Auswegs aus der Krise geht sie dazu über, die Schulden der Banken und Trusts von diesen privaten Unternehmungen auf die Staatskasse, das heißt, auf die werktätigen Massen abzuwälzen.
Mit anderen Worten: Die Banken und Fabriken bleiben in den Händen der Kapitalisten, aber ihre Schulden werden nationalisiert. Ich will hier nur auf die Vorgänge mit der Danatbank und Dresdner Bank als besondere Beispiele hinweisen. Ist das etwa Entwicklung zum Staatskapitalismus?
Das ist das Gegenteil davon.
Weiter, Genossen, der kapitalistische Staat baut seine Verpflichtungen gegenüber den Arbeitern und Angestellten ab. Er schränkt die kommunalen Betriebe ein und treibt die

Gemeinden in den Bankrott. Die kommunalen Betriebe werden dann für einen Pappenstiel an die Privatindustrie verschachert.
Ist das Entwicklung zum Staatskapitalismus? Ganz im Gegenteil.
Die wirkliche Entwicklung, die wir sehen, besteht darin, daß die Finanz-Oligarchie, die kleine führende Oberschicht des Finanzkapitals immer schrankenloser und skrupelloser den kapitalistischen Staatsapparat für ihre privaten Profitinteressen einsetzt und alle seine Machtmittel, die Staatsfinanzen, die Steuerkasse usw., zu ihren Gunsten benutzt, ohne auch nur im mindesten an ihre privaten Monopole und Trusts tasten zu lassen. Die Antwort auf unsere erste Frage, ob es in Deutschland eine Entwicklung zum Staatskapitalismus tatsächlich gibt, muß also verneinend lauten.

Das Proletariat und der „Staatskapitalismus"

Eine zweite Frage: Welche Stellung müßte das Proletariat, müßten die kommunistischen Parteien einnehmen, wenn der Staatskapitalismus tatsächlich auf der Tagesordnung stände?
Hierzu ist es nötig, auch theoretisch jeder Verwirrung auf diesem Gebiet Vorzubeugen, sich mit den Feststellungen Lenins über die Frage des Staatskapitalismus zu beschäftigen. Lenin hat über den Staatskapitalismus geschrieben, und zwar sowohl während des Krieges, als die Bourgeoisie in einer Reihe kriegführender Länder, ganz besonders in Deutschland, zu Methoden einer bestimmten Organisierung der Wirtschaft unter staatlicher Kontrolle im Interesse ihrer Kriegführung überging, als auch in der Zeit vor dem Oktober 1917, also vor der proletarischen Revolution, als es sich darum handelte, den Massen den Ausweg aus der Katastrophe klarzumachen, wie er sich unter den besonderen Verhältnissen der russischen Revolution ergab. Was sagt Lenin nun zunächst über den angeblichen „Staatskapitalismus" unter der Herrschaft der Bourgeoisie? Er schreibt zum Beispiel:

„Das staatliche Monopol ist in der kapitalistischen Gesellschaft nur ein Mittel zur Erhöhung und Festigung der Einkünfte der vor dem Bankrott stehenden Millionäre des einen oder des anderen Industriezweiges."

Und über jene Regulierung des Wirtschaftslebens während des imperialistischen Krieges, die in Deutschland vor allem nach den Plänen Rathenaus durchgeführt wurde, sagt Lenin in seiner Schrift aus dem Jahre 1917 „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll", folgendes:

„Sowohl Amerika wie Deutschland „regulieren das Wirtschaftsleben" so, daß für die Arbeiter (und teilweise für die Bauern) ein Militärzuchthaus, für die Bankiers und Kapitalisten aber ein Paradies dabei herauskommt. Diese Regulierung besteht darin, daß man den Arbeitern den Brotkorb höher hängt, dem Kapitalisten aber (insgeheim auf reaktionärbürokratischem Wege) höhere Profite sichert als vor dem Kriege."

Aus allen diesen Feststellungen, die durch die Wirklichkeit und Praxis bestätigt werden, ergibt sich die Stellung der Kommunisten in den kapitalistischen Ländern zur Frage des Staatsmonopols, sobald diese akut wird.
Ist zum Beispiel die Berliner Verkehrs AG oder die Reichseisenbahn vom Standpunkt des Proletariats etwas Besseres als irgendein privatkapitalistischer Trust? Die Verkehrsarbeiter und Eisenbahner würden uns auslachen, wenn wir das behaupten wollten. Deshalb ziehen wir Staatsmonopole und staatliche Trusts keineswegs den privatkapitalistischen vor, solange die Macht in Händen des Finanzkapitals bleibt.
Wir treten also unter keinen Umständen für die Schaffung solcher Staatsmonopole oder für die Beteiligung des Staates an den privaten Monopolen und Trusts ein, wenn dies in irgendeiner Form auf der Tagesordnung steht. Im Gegenteil: Wir bekämpfen solche Maßnahmen, weil sie die Macht des kapitalistischen Staates als Vollzugsorgan der

herrschenden Klasse steigern und weil sie das Risiko der Kapitalisten auf die Massen abwälzen, ohne den Profit der Kapitalisten irgendwie zu schmälern. Darum haben wir zum Beispiel gegen die Einführung des Zündholzmonopols gekämpft, wo es verschiedene Schwankungen in einzelnen Teilen der Partei gab. Darum werden wir - und damit ist auch diese zweite Frage beantwortet - gegen jeden Schritt der Bourgeoisie kämpfen, der den Deckmantel des angeblich fortschrittlichen Staatskapitalismus benutzt, um faktisch die Verhältnisse für die Arbeiterklasse noch mehr nach dem Muster der Kriegszeit in eine Art Militärzuchthaus zu verwandeln.

Ein Vergleich zwischen Rußland 1917 und Deutschland 1932

Eine dritte Frage: Könnten wir den Staatskapitalismus in dem Sinne, wie ihn Lenin für Rußland 1917 in seiner Schrift „Die drohende Katastrophe“ forderte, in Deutschland bei einem weiteren Herannahen der Voraussetzungen der revolutionären Krise als einen Übergang zum Sozialismus betrachten und propagieren?
Diese Frage ist heute zwar noch eine theoretische Frage, aber Klarheit darüber ist die Voraussetzung für die richtige Abwehr des sozialdemokratischen Betrugsmanövers der Hilferding und Naphtali. Wie steht es also damit? In Rußland erwuchs dem Proletariat die Aufgabe, in der Revolution von der kleinen Warenwirtschaft und dem privatwirtschaftlichen Kapitalismus den Weg bis zum Sozialismus zurückzulegen. Das war unmöglich, wie Lenin sagte, *„ohne das zurückzulegen, was sowohl dem Staatskapitalismus als auch dem Sozialismus gemeinsam ist.“* In allen Ländern, in denen der Kapitalismus sich noch nicht zum Imperialismus, zum Monopolkapitalismus entfaltet hat, wird es deshalb im Falle der Revolution sowohl für die proletarische Diktatur oder auch für eine revolutionär-demokratische Regierung der Arbeiter und Bauern unmöglich sein, den Weg zum Sozialismus einzuschlagen, ohne zunächst die Etappe des Staatskapitalismus zurückzulegen. Aber selbstverständlich hat auch das in diesen Ländern als eiserne Voraussetzung, daß eben nicht mehr Kapital regiert, nicht mehr die Bourgeoisie den Staatsapparat beherrscht, sondern daß entweder die proletarische Staatsmacht oder wenigstens die demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern errichtet ist.
Aber hat das alles eine Bedeutung für Deutschland?
Nicht im mindesten. Für ein Land, in dem die Entwicklung zum Monopolkapitalismus, zum Imperialismus in einem so hohen Maße fortgeschritten ist, wie das in Deutschland der Fall ist, wird die proletarische Revolution nach ihrem Sieg den Staatskapitalismus nur in ganz geringfügigem Maße in einzelnen Elementen der Wirtschaft zulassen und im wesentlichen den direkten Weg zum Sozialismus einschlagen. Während in der Sowjetunion erst die Diktatur des Proletariats gefestigt und dann allmählich die kapitalistischen Elemente überwunden werden mußten, ehe die Sowjetunion in die Periode des Sozialismus eintreten konnte, wird es in Deutschland nach dem Sieg der Arbeiterklasse viel leichter möglich sein, den Aufbau des Sozialismus in Angriff zu nehmen. Abgesehen natürlich von den eventuellen Kämpfen des Bürgerkriegs und an der Kriegsfront mit den imperialistischen Mächten.
Mit anderen Worten: Die monopolkapitalistische Entwicklung, die hinsichtlich der Vergesellschaftung der Wirtschaft ein bestimmtes „nahes Verhältnis“ zum Sozialismus herbeiführt, ist für uns als Marxisten nur ein Anlaß, die Anstrengungen zur Durchführung der proletarischen Revolution zu verstärken.

Schärfster Kampf gegen die Betrugsmanöver der SPD

Wir haben es leichter, den Sozialismus aufzubauen, als dies z.B. in Rußland der Fall war. Um so mehr müssen wir den Massen klarmachen, daß die sozialistische Revolution unaufschiebbar, daß sie die einzige proletarische Überwindung der Krise ist, und daß jeder

Versuch, das heutige kapitalistische Elend durch den Schwindel mit dem Staatskapitalismus zu beschönigen, wie es die Naphtali und Hilferding tun, ein maßloses Verbrechen an der Arbeiterklasse darstellt.
Das sozialdemokratische Betrugsmanöver mit dem Staatskapitalismus ist in gewisser Weise eine Neuauflage des Sozialisierungsschwindels aus den Jahren 1919 bis 1920. Ja, es ist gar kein Zufall, daß, während Hilferding die Notverordnungen als ein „Stück Sozialismus" anpreist, zur selben Zeit der Zentrumsmann Imbusch, der christliche Bergarbeiterbürokrat, und der Sozialfaschist Husemann, die verlogene Losung einer Sozialisierung des Bergbaues aufstellen.
Sozialisierung durch Brüning, Warmbold, Dietrich und Groener! Es fehlt nur noch, daß man vorschlägt, der unmittelbare Beauftragte der IG-Farbenindustrie im Reichskabinett, der Wirtschaftsminister Warmbold, möge die IG-Farbenindustrie „sozialisieren". Es ergibt sich für jeden denkenden Arbeiter, wenn wir diese Fragen scharf aufrollen, mit Leichtigkeit, was für eine schamlose Komödie den Massen hier seitens der Bourgeoisie vorgespielt wird.
Was für die Frage des Staatskapitalismus gilt, trifft auch hier für ein anderes unter den neuen Agitationsmanövern der Sozialdemokratie zu: ihren Versuch, in der Frage der nationalen Demagogie dem Hitlerfaschismus Konkurrenz zu machen. Da wimmelt es mit einem Male von solchen militärisch-romantischen Schlagworten mit teilweise mittelalterlichem Beigeschmack, wie „Hammerschaften", „Eiserne Woche", „Eisernes Buch" usw., und wie das ganze Blech sonst heißen mag. Da tritt die SPD zu gleicher Zeit mit einem Male „gegen" den Young-Plan aun, als ob nicht sie es gewesen ist, die eben diesen Young-Plan als einen gewaltigen Fortschritt, als ein Werk des Friedens, der Freiheit und Erleichterung der Massen angepriesen hat.
Auch diesen neuen Massenbetrug müssen wir entlarven!
Diese Partei, die mehr als zwölf Jahre lang die schamloseste Erfüllungspolitik im Dienste der deutschen Bourgeoisie und des internationalen Finanzkapitals betrieben hat, die den Vertrag von Versailles unterzeichnete, die den Dawes-Plan angepriesen und zuletzt die werktätigen Massen unter das Joch des räuberischen Young-Plans gepreßt hat, versucht sich heute durch solch einen schmutzigen Gaunerstreich von ihrer ungeheuren Schuld reinzuwaschen.
Das soll die Empörung der Massen beschwichtigen, das ist ein neuer Wahlbetrug für die Preußen- und alle anderen Wahlen, das soll aber auch ihre Annäherung an den anderen Flügel des Faschismus, den Hitler-Faschismus, in immer offener Form vorbereiten, wobei diese Zusammenarbeit keineswegs den Konkurrenzkampf um die Futterkrippen in der Staatsmaschine untereinander ausschließt.
Das soll weiter der Bourgeoisie dabei helfen, die unausbleibliche neue Kapitulation vor dem französischen Imperialismus, das neue Verbrechen einer Verschacherung des deutschen Proletariats und der übrigen Werktätigen an das internationale Finanzkapital reibungsloser durchzuführen. Unter dem Deckmantel dieser nationalen Demagogie verbirgt sich wiederum die schamlose Rolle der deutschen Sozialdemokratie, die im Dienste des französischen Imperialismus, im Dienste des Völkerbundes, im Dienste des Weltimperialismus, die Politik der Eingliederung Deutschlands in die Antisowjetfront, der Teilnahme Deutschlands am kommenden Interventionskrieg gegen die Sowjetunion betreibt.

Wir müssen den Nazis die nationale Maske herunterreißen

Was für die nationale Demagogie der SPD gilt, trifft noch weit mehr für die Hitler-Partei zu.
Wenn wir uns die Frage vorlegen, auf welche Hauptursachen das rapide Anwachsen des Hitler-Faschismus, der das Erbe fast aller alten bürgerlichen Parteien hinsichtlich ihrer Anhängermassen angetreten hat, zurückzuführen ist, so spielt die nationale Unterdrückung des deutschen Volkes und die Ausnutzung dieser Tatsache durch eine geschickte nationale

Demagogie, eine schrankenlose Agitation und heuchlerische Propaganda der Hitler-Partei dabei eine ausschlaggebende Rolle.
Unser Kampf gegen den Hitler-Faschismus kann nur dann erfolgreich sein, wenn wir es verstehen, den Nazis die nationale Maske herunterzureißen, ihre platte und verlogene Demagogie zu entlarven und demgegenüber unsere wirkliche Freiheitspolitik für die Millionen Unterdrückten in Deutschland aufzurollen.
Genossen, ich werfe die Frage auf, ob unsere Partei ihre richtige leninistische Linie in der Frage der Außenpolitik, in der Frage des Versailler Systems und des Young-Plans, in der Frage des nationalen Freiheitskampfes offensiv und kühn und ohne Hemmnis anwendet oder nicht. Ich möchte darauf mit aller Schärfe antworten: Es gab und es gibt heute noch die allergrößten Hemmungen in der Partei in dieser Frage.
Wir lange haben wir dazu gebraucht, ehe wir unser Freiheitsprogramm herausgegeben haben, obwohl doch die Linie der Partei und der Kommunistischen Internationale, auf Grund der Leninschen Stellung zur nationalen Frage, völlig klar und eindeutig war. Selbst nach dem Erscheinen des Freiheitsprogramms - welche Schwäche in der Auswertung, in der Anwendung, in der Konkretisierung!

Nationale Freiheitspolitik und revolutionärer Internationalismus

Man muß es einmal aussprechen, Genossen, es gibt vereinzelt solche unleninistischen Stimmungen in unseren Reihen, als ob wir auf unsere Rolle von Versailles bis heute, als einzige Partei des entschlossenen und ehrlichen revolutionären Kampfes für die nationale Befreiung des werktätigen deutschen Volkes, nicht stolz zu sein hätten, als ob darin ein Widerspruch zu unserer Einstellung des proletarischen Internationalismus zu sehen sei. Hier gibt es bei uns sozialdemokratische Einflüsse, sozialdemokratische Stimmungen, die wir schonungslos niederkämpfen müssen. Natürlich haben wir in unserer Partei auf Grund ihrer Entstehungsgeschichte bestimmte ungünstige Traditionen. Ich nenne nur Rosa Luxemburgs Stellung zur nationalen Frage, wie sie Lenin in der Kritik der Junius-Broschüre während des Krieges gekennzeichnet hat. Oder nehmen wir die Vergangenheit eines großen Teiles unserer Partei, der aus der USPD hervorgegangen ist. Selbstverständlich gab es und gibt es bestimmte Überreste des Sozialpazifismus auch in unseren Reihen. Das alles und dazu die wütende Hetze der Bourgeoisie, der Sozialdemokratie und der Nazis rufen eine bestimmte Schwäche, bestimmte Hemmungen in der Frage des nationalen Freiheitskampfes in unseren Reihen hervor. Solche Hemmungen müssen wir schnell und restlos überwinden. Wir müssen besonders in unserer Agitation und Propaganda eine Reihe von entscheidenden Tatsachen gegenüber der Nationalsozialistischen Partei konkret und einfach klarstellen und zum Bewußtsein der Massen bringen.
Um welche Hauptsachen handelt es sich?
1. Wir sind die einzige Partei in Deutschland, die wirklich und mit der größten Entschiedenheit gegen die Erfüllungspolitik kämpft!
Die Hitler-Partei bekennt sich offen zur Bezahlung der privaten Schulden, die auch nur Tribute der deutschen Arbeiter- und Werktätigen an das internationale Finanzkapital darstellen. Außerdem hat ja der Young-Plan durch die sogenannte Kommerzialisierung auch einen großen Teil der sogenannten politischen Reparationstribute in „Privatschulden“ umgewandelt.
2. Wir sind weiter die einzige Partei in Deutschland, die das Joch des Weltimperialismus vom deutschen Volk abschütteln kann.
Denn nur wir sind die Partei des Proletariats, die allein die Massen zum Sturz der imperialistischen Sklaverei durch den Sieg der proletarischen Revolution führen kann. Man kann nicht für die soziale Sklaverei, die Lohnsklaverei des Kapitalismus im Innern kämpfen und gleichzeitig nach außen einen Kampf gegen die nationale Unterdrückung durch das

internationale Kapital markieren. Die nationale Befreiung ist untrennbar von der sozialen Befreiung des werktätigen Volkes, das heißt vom Sturz des Kapitalismus. Wer den Kapitalismus stützt, stützt auch die Young-Sklaverei.
3. Man kann nicht gegen das Versailler System kämpfen, wenn man eine wütende Hetze gegen die einzige Regierung in der Welt führt, die den Versailler Schandvertrag, den Dawes-Pakt und Young-Plan nicht unterzeichnete, sondern von Anfang an auf das allerschärfste bekämpft hat: Die Regierung der Sowjetunion.
Die Hitler-Partei, die in der Sowjethetze mit der SPD wetteifert, wird durch ihre Kriegshetze gegen die Sowjetunion zum Agenten des französischen Imperialismus und zum unmittelbaren Bundesgenossen Pilsudski-Polens, das mit seiner Politik des polnischen Korridors und in Oberschlesien deutsche Arbeiter und Bauern knechtet und martert.
4. Man kann nicht wirklich gegen den Versailler Vertrag und die Young-Sklaverei kämpfen, ohne das Banner des proletarischen Internationalismus zu entrollen.
Während der Hitler-Faschismus einerseits die schmutzigste Liebedienerei vor den ausländischen Kapitalisten betreibt, Einladungen an das diplomatische Korps zu den Hitler-Paraden richtet, Interviews für die reaktionärste und deutschfeindliche Kapitalistenpresse des Auslandes gibt usw., betreibt er andererseits eine schamlose Revanchehetze, die nur dazu dienen soll, die Massen vom Kampf für einen revolutionären Ausweg aus der Krise und aus der Young-Sklaverei abzuhalten.
Die Sozialdemokratie verkündet in Deutschland die Notwendigkeit, den Young-Plan „aufzuheben“, nachdem sie ihn vorher unverblümt angepriesen hatte, in Frankreich treten die sozialdemokratischen Führer für die „natürlichen Rechte“ des französischen Imperialismus auf Reparationen und für die „Unverletzlichkeit“ des Versailler Vertrages ein. In der Tschechoslowakei verkündet ein sozialdemokratischer Führer, daß der Versailler Vertrag mehr Gutes als Schlechtes gebracht hat, ja, er wagt es sogar, diese unverschämte Behauptung auf dem Kongreß der II. Internationale in Wien zu verfechten.
In demselben Wien wirkt Herr Otto Bauer, der den Genfer Vertrag ein Gegenstück zu unserem Dawes-Plan oder unserem Young-Plan, einen „Schandvertrag“ oder Sklavenvertrag nannte, ohne auch nur die leiseste Konsequenz daraus zu ziehen. Das Ganze nennt man „Sozialistische Arbeiter-Internationale“. Sie sind genau so nationalistisch, chauvinistisch, imperialistisch wie z.B. die Hitler-Partei.
Wir Kommunisten sind stolz darauf, daß unsere Bruderparteien in allen Ländern als ein Teil der großen Kommunistischen Weltpartei in vollständiger Übereinstimmung den konsequenten Kampf gegen das Versailler System des Weltimperialismus führen. So schreiben z.B. unsere französischen Genossen in ihrem Resolutionsentwurf für den bevorstehenden Parteitag der Kommunistischen Partei Frankreichs:

„Deswegen verteidigt das französische Proletariat seine eigenen Interessen, indem es gegen das Versailler System kämpft, sowie gegen die Ausbeutung des deutschen Proletariats durch den französischen Imperialismus, indem es seine Schläge gegen die französische Bourgeoisie und ihre Kriegsvorbereitungen führt und seine Aufgabe der internationalen Solidarität erfüllt.“

Wir benutzen diese Gelegenheit, um von hier aus, von der Plenartagung unseres Zentralkomitees, den französischen und polnischen Parteigenossen unsere Bruderhand zu reichen, um ihnen ebenso, wie sie es uns gegenüber getan haben und weiter tun, auch unsererseits unsere internationale proletarische Solidarität zu versichern.
Unsere leninistische Politik in der Frage des Versailler Systems, in der Frage der nationalen Befreiung, wie wir sie auf diesem Plenum des ZK mit unserer neuen, den Genossen vorliegenden Deklaration zur Reparationsfrage bekräftigen, ist neben unserem nationalen und sozialen Freiheitsprogramm eine weitere und wichtige neue Möglichkeit und Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf zur Entlarvung und ideologischen Bekämpfung des Hitler-Faschismus.

Nur indem wir den Massen aus der Angestelltenschaft, aus dem Kleinbürgertum, aus den Beamten und der Landbevölkerung, die die Hauptanhängermassen des Hitler-Faschismus stellen, zum Bewußtsein bringen, daß nicht der Nationalsozialismus, sondern wir als einzige Partei mit Millionen Freiheitskämpfern in Deutschland den Kampf für die Befreiung aus der Versailler und kapitalistischen Knechtschaft und der Young-Sklaverei fuhren, werden wir sie loslösen und für den Klassenkampf gewinnen oder wenigstens neutralisieren können. Nur indem wir ohne Schwankungen und ohne Zögern die breiteste Massenkampagne, die leidenschaftlichste und lebendigste Agitation und Propaganda unter der Losung entfalten: Ein Deutschland ohne soziale und nationale Knechtschaft durch die proletarische Diktatur zu erkämpfen, werden wir den Schwindel des Hitler-Faschismus mit seinem „Dritten Reich" zerschlagen können.

Weder Überschätzung noch Unterschätzung des Hitler-Faschismus

Ich habe schon auf die untrennbare Verbundenheit des Kampfes gegen die Nazis mit unserer Strategie verwiesen, die den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie führt. Ich möchte hier noch einige Worte hinzufügen. In der Frage der Bekämpfung der Hitler-Partei gibt es verschiedene Fehler. Der Hauptfehler ist selbstverständlich jede Tendenz einer opportunistischen Überschätzung der Hitler-Partei. Solche Stimmungen gab es sogar zum Beispiel bei Spitzenfunktionären unserer Partei, wie Reichstagsabgeordneten, Polsekretären in einzelnen Bezirken anläßlich des Hamburger Wahlsieges, wo sie den Erfolg der Partei nicht genügend sahen, die mehr Stimmen gewonnen hatte als die SPD verlor, und also in der Richtung des Hauptstoßes gegen die SPD erfolgreich war.
Wir dürfen jedoch ebenso wenig den umgekehrten Fehler einer Unterschätzung des Hitler-Faschismus dulden. Zweifelsohne haben wir uns auf Grund bestimmter kleinerer Erfolge im Kampf gegen den Hitlerfaschismus im vergangenen Jahr längere Zeit hindurch gegenüber den Nazis auf unseren Lorbeeren ausgeruht. Es war uns gelungen, das Eindringen des Hitler-Faschismus in die Betriebsarbeiterschaft in der Hauptsache abzuwehren. Bei einigen Wahlen, zum Beispiel in Braunschweig, zeigte sich eine vorübergehende Stagnation. Daraufhin glaubten wir feststellen zu können, daß der Höhepunkt der Hitler-Bewegung überschritten sei. Das war noch nicht der Fall.
Heute, wo der Hitler-Faschismus den größten Teil aller Reserven aus der Anhängerschaft der alten bürgerlichen Parteien zu sich herübergezogen hat, nähert sich vielleicht wirklich der Zeitpunkt für eine Stagnation der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland. Aber, Genossen, auch dies ist nur richtig, wenn wir unsere Arbeit im Kampf um die Entlarvung der Hitler-Partei verzehnfachen. So werden wir bei den Preußenwahlen dafür zu kämpfen haben, daß wir die einzigen Erben der sozialdemokratischen Anhängerschaft sind, und daß nicht ein Teil der früheren SPD-Anhänger auch zu den Nazis übergeht. Das Letztere müssen wir zu verhindern suchen. Und wir können es, wenn wir noch alles tun, verhindern. Aber eine Voraussetzung dafür ist auch die außerordentliche Verschärfung unseres Kampfes gegen den Hitler-Faschismus an allen Fronten. Ich nenne hier nur im Telegrammstil die wichtigsten Fragen:
Die Beantwortung der Hibaktion durch die Verstärkung unserer Betriebsarbeit mit dem Ziel der Säuberung der Betriebe von den Verfechtern des Hitler-Faschismus.
Größere Aktivität und Aufmerksamkeit unter den Millionen Erwerbslosen im Kampfe gegen die Nazis, die versuchen, mit allen Mitteln in dieser Bewegung Einfluß zu gewinnen.
Ferner die stürmische Entfaltung des roten Massenselbstschutzes auf breitester Grundlage gegen den Mordterror des Hitler-Faschismus, ohne sich im mindesten auf die Linie des individuellen Terrors abdrängen zu lassen, aber dabei auch ohne jedes Zurückweichen, in stärkster Massenoffensive gegen den Naziterror.

Weiter die größtmögliche Steigerung unserer ideologischen Massenbearbeitung der nationalsozialistischen Anhängerschaft, um sie vom Hitler-Faschismus loszureißen, um sie in unsere Front hineinzubringen, um sie für den Klassenkampf zurückzugewinnen.
Schließlich, als eine Voraussetzung für diese ganze Arbeit: eine ernsthafte, unermüdliche Politik unserer Partei zur Entlarvung der Nationalsozialisten in der Linie, wie wir sie seinerzeit in der Frage der Einstellung aller Tributzahlungen und des Austritts aus dem Völkerbund bereits erfolgreich eingeleitet hatten. Später haben wir diesen wichtigen Teil unserer politischen Arbeit stark vernachlässigt.
Auf dieser Linie, Genossen, wird es uns möglich sein, die Rolle der Hitler-Partei im Dienste des Finanzkapitals und der scharfmacherischen Hugenberg-Politik klar zu enthüllen und sie zu schlagen.
Der Kampf gegen die SPD und der Kampf gegen die Nazis - gegen die soziale Hauptstütze und gegen die aktivste Terror- und Kampforganisation der Bourgeoisie -, das sind die Voraussetzungen dafür, die Massen unter unserer Leitung zu vereinigen und auf der Linie der Organisierung der Tageskämpfe um den revolutionären Ausweg zu führen.

III. Unser revolutionärer Massenkampf

Ich komme jetzt zu dem wichtigen Hauptteil meines Referats, der sich mit der Frage des revolutionären Massenkampfes, der Streikführung, der Betriebs- und RGO-Arbeit und der proletarischen Einheitsfront befaßt.
Wenn wir die Frage der Eroberung der Mehrheit des Proletariats als strategische Hauptlosung stellen, so bedeutet das ja nicht, daß wir diese proletarischen Massen zu einem bloßen Sympathiebekenntnis für die Kommunistische Partei veranlassen wollen, wie es zum Beispiel bei Wahlen oder auch bei Demonstrationen, Versammlungen usw. ausgedrückt werden kann. Diese Losung hat vielmehr den Sinn, daß wir uns das Ziel setzen, die entscheidenden proletarischen Schichten in den Kampf um die Eroberung der politischen Macht hineinzuführen.
Welche Bedeutung hat für diese Aufgabe die Tatsache der jetzt bevorstehenden Präsidentschafts-, Preußen- und sonstigen Wahlen? Ist es etwa so, daß uns diese Wahlkämpfe etwas ungelegen kommen, wie manche Funktionäre annehmen, weil durch die Wahlkampagne die Streikrüstung, der außerparlamentarische Kampf leiden könnte? Eine solche Auffassung wäre ebenso verkehrt, wie die Meinung, die vereinzelt von Parteigenossen vertreten wurde, daß die verschiedenen Volksbegehrenaktionen der Partei auch eine Ablenkung von den außerparlamentarischen Aufgaben darstellen. In Wirklichkeit müssen wir sagen, daß diese Kampagnen, wenn wir sie wirklich außerparlamentarisch auf der breitesten Massenbasis führen, außerordentlich günstig für die Lösung der Aufgaben der Partei sind. Natürlich erfordert das die Vermeidung der parlamentarisch-opportunistischen Entgleisungen, wie wir sie bei der sächsischen Volksentscheidskampagne stellenweise sahen.
Wir können diese Wahlkämpfe glänzend ausnutzen, um die Sozialdemokratie und die Nazis zu entlarven. Wir können diese Wahlkämpfe benutzen, um in den Massen Kampfentschlossenheit und Streikwillen zu erzeugen. Das erfordert allerdings, daß wir die Wahlkämpfe im Rahmen unserer gesamten Klassenpolitik auf der Grundlage der Betriebe und Stempelstellen als wirkliche außerparlamentarische Mobilisierungskampagne zum Kampfe durchführen und jede parlamentarische Illusion zerstören.
Diese Frage, in den Massen eine solche Kampf- und Streikbereitschaft zu erzeugen - das ist das Wichtigste für unsere Agitation und Propaganda.
Nur so werden wir imstande sein, wirklich, wie wir es in unserer Resolution formulieren, alle Formen des proletarischen Widerstandes gegen die Rettungsversuche des kapitalistischen Systems, gegen die Offensive der Bourgeoisie, gegen die Betrugsmanöver der

Sozialdemokratie, gegen die großkapitalistische Politik der Hitler-Partei, gegen jeden weiteren Schritt der Faschisierung zu entfalten und zu steigern.

Warum haben wir nicht mehr Streikkämpfe in Deutschland?

Genossen, nun zu einer Frage, die eines unserer wichtigsten Probleme betrifft: Warum haben wir nicht in genügendem Maße Streikkämpfe in Deutschland? Ich habe bereits vorher auf die bestimmten zusätzlichen Schwierigkeiten der Krise hingewiesen, die wir bei der Frage des Zurückbleibens des subjektiven Faktors hinter dem revolutionären Aufschwung mit berücksichtigen müssen. Ich nenne hier nur einige Tatsachen:
Eine Erwerbslosigkeit von 6 Millionen und Millionen Kurzarbeiter; die verschärfte Unternehmeroffensive, die sich auf die Anwendung aller Machtmittel des kapitalistischen Staatsapparats gegen den proletarischen Widerstand stützt; der noch immer starke Masseneinfluß des Reformismus, des ADGB in den Betrieben - das sind die wichtigsten objektiven Tatsachen, von denen vor allem die letztere von größter Bedeutung ist.
Wir sehen also auch hier, daß unsere Strategie gegen die Sozialdemokratie eine unerläßliche Notwendigkeit ist. Aber neben allen anderen angeführten Faktoren ist das Hauptproblem die Überwindung der Schwächen und Mängel unserer Arbeit bei der Durchführung des Streiks.
Welche Hindernisse gibt es auf diesem Gebiet? Die falsche Einschätzung der revolutionären Perspektive der Entwicklung, ihre Unterschätzung und damit verbunden die Unterschätzung der revolutionären und politischen Bedeutung der ökonomischen Streiks, die Unterschätzung der Bedeutung der Teilstreiks in der heutigen Situation, die Schwierigkeit für die RGO, den Massen an Hand siegreicher Streiks von größerem Umfang praktische Beispiele für die Notwendigkeit ihrer Politik zu geben, die Unterschätzung der Bedeutung der Betriebszellen, die die führende Rolle der Partei in den Massenkämpfen verwirklichen müssen. Schließlich verschiedene Abweichungen und teilweise sogar eine gewisse Passivität und eine ungenügende Einstellung der ganzen Partei auf die Frage der Streikkämpfe.

Auf welchen Hauptgebieten müssen wir unsere Arbeit entscheidend verbessern

Auf welchen Hauptgebieten müssen wir also unsere Arbeit wesentlich verstärken und verbessern?

1. in der Betriebsarbeit;
2. bei der Streikrüstung;
3. in der Arbeit der RGO im Betrieb und an der innergewerkschaftlichen Front;
4. in der Erwerbslosenarbeit;
5. in der kühnen Anwendung der Einheitsfrontpolitik;
6. in der Überwindung der rechtsopportunistischen und sektiererischen Fehler und Abweichungen.

Das sind die Hauptgebiete unserer revolutionären Massenarbeit. Sie sind von allergrößter Bedeutung für die Partei und für die jetzige Tagung des Plenums unseres Zentralkomitees. Trotzdem werde ich bewußt zu diesen Fragen nur vom Standpunkt einiger Hauptgesichtspunkte sprechen. Ich glaube, daß es in der Diskussion darauf ankommen wird, ausführlicher zu diesen wichtigen Hauptgebieten der Praxis Stellung zu nehmen. Ich verweise zugleich auf unsere Resolution, die zu diesen Fragen eine Reihe von wichtigen Gesichtspunkten gibt, deren ernsthafte und gewissenhafte Durcharbeitung eine außerordentliche Belebung der Parteiarbeit in allen Bezirken bringen muß. Es wäre überflüssig, das, was in der Resolution angeführt ist, hier im Referat mündlich zu wiederholen. Ich will deswegen einige weitere Probleme anschneiden.

Die Rolle der Tageskämpfe des Proletariats

Die erste Frage ist die der Rolle der Tageskämpfe des Proletariats. Der III. Weltkongreß sagt in seinen taktischen Thesen zu dieser Frage:

„Das revolutionäre Wesen der jetzigen Epoche besteht eben darin, daß die bescheidensten Lebensbedingungen der Arbeitermassen unvereinbar sind mit der Existenz der kapitalistischen Gesellschaft, daß darum der Kampf auch um die bescheidensten Forderungen sich auswächst zum Kampf um den Kommunismus." (S. 19)

Was ergibt sich daraus? Das Wichtigste ist die Erkenntnis des politischen Charakters nahezu aller ökonomischen Kämpfe in der Epoche des niedergehenden Kapitalismus. Heute, wo wir in Deutschland auf Grund der zyklischen Krise im Rahmen der allgemeinen Krise des Kapitalismus und auf Grund des Versailler Systems eine besondere Verschärfung der Situation haben, gelten diese Feststellungen des III. Weltkongresses für uns in verstärktem Maße.
Aber, Genossen, genügt es, daß wir die revolutionäre Bedeutung kennen und verstehen, die jeder Streik gegen Lohnabbau oder verschlechterte Arbeitsbedingungen hat? Nein, das Wichtigste ist, daß wir in den Massen ein solches Bewußtsein dafür schaffen, welche große, mächtige Waffe sie mit dem Streik im Klassenkampfe gegen die Bourgeoisie einsetzen können. Das, was wir wissen, und dag, was die Massen wissen, das ist leider manchmal, zweierlei.
Genosse Stalin hat in seinem Buch „Probleme des Leninismus" über die Leninsche Formulierung von dem „wechselseitigen Vertrauen zwischen der Avantgarde der Arbeiterklasse und der Arbeitermasse" folgendes ausgeführt:

„Das bedeutet erstens, daß die Partei für die Stimme der Massen ein feines Ohr haben muß, daß sie ihre Aufmerksamkeit auf den revolutionären Instinkt der Massen richten, daß sie die Praxis des Kampfes der Massen studieren muß, indem sie daran die Richtigkeit ihrer Politik kontrolliert, daß sie folglich nicht nur die Massen belehren, sondern auch von ihnen lernen muß.
Das bedeutet zweitens, daß die Partei tagaus, tagein sich das Vertrauen der proletarischen Massen erobern muß, daß sie durch ihre Politik und ihre Arbeit die Unterstützung der Massen schmieden muß, daß sie nicht kommandieren darf, sondern vor allem überzeugen muß, indem sie den Massen auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen die Richtigkeit der Politik der Partei zum Bewußtsein bringt, daß sie folglich Leiter, Führer, Lehrer ihrer Klasse sein muß." (Band I, S. 30)

Und an anderer Stelle der „Probleme des Leninismus" sagt Genosse Stalin:

„Unter diesen Bedingungen führen heißt, es verstehen, die Massen von der Richtigkeit der Politik der Partei zu überzeugen, heißt, solche Losungen aufstellen und durchführen, die die Massen dem Standpunkt der Partei näherbringen und ihnen auf Grund ihrer eigenen Erfahrung das Verständnis für die Richtigkeit der Politik der Partei erleichtern, heißt, die Massen bis zum Niveau des Bewußtseins der Partei zu erheben und sich somit die Unterstützung der Massen, ihre Bereitschaft zum 4-entscheidenden Kampf sichern."

Genossen! Können wir von uns behaupten, daß wir diese Fähigkeit, ein feines Ohr für die Stimme der Massen zu haben und diese Fähigkeit, den Massen durch ihre eigenen Erfahrungen das Verständnis für unsere Politik zu erleichtern, schon in unserer Politik besitzen?
Das wäre eine zu kühne Behauptung. Ich sage weiter, Genossen: Ohne uns diese Fähigkeit zu erwerben, ohne auf diese Art zum wirklichen Führer der Massen zu werden, der nicht kommandiert, sondern berät, hilft und leitet, der im Leninschen Sinne führt, wird unsere Partei niemals die Rolle voll und ganz erfüllen können, wird unsere Partei niemals die

Kämpfe der Massen in dem Grade zur Entfaltung bringen, wie es den objektiven Möglichkeiten entspricht.
Das ist der erste Gedanke, den ich zu den vorstehenden Problemen entwickeln wollte.

Das Verhältnis von politischen Massenstreiks und ökonomischen Kämpfen

Eine zweite Frage: Das Verhältnis von politischen Massenstreiks und ökonomischen Kämpfen.
Auf dem Weddinger Parteitag und auf dem XI. Plenum im Bericht der deutschen Partei haben wir einige Hauptpunkte in der Frage des politischen Massenstreiks formuliert. Obwohl das der Bericht der KPD war, wäre es doch eine Unwahrheit, wenn wir behaupten wollten, daß diese nicht unwichtigen Feststellungen in der deutschen Partei praktisch genügend beachtet und ausgewertet worden wären.
Und doch ist der politische Massenstreik nach wie vor die wichtigste und entscheidende Waffe für den Kampf des Proletariats in der gegenwärtigen Etappe der Entwicklung. Diese These des X. Plenums und des Weddinger Parteitags besteht noch immer zu Recht. Wir haben in Deutschland zweifelsohne einige positive Erfahrungen mit politischen Massenstreiks in der letzten Zeit gehabt. Braunschweig ist dank der guten Politik unserer Bezirksleitung in Niedersachsen ein glänzendes Beispiel. Aber, ist das alles genug? Das glatte Gegenteil trifft zu; und was ist die Ursache? Ich glaube, Genossen, die Unterschätzung der ökonomischen Kämpfe und ihres politischen Charakters ist auch vom Standpunkt der Führung des politischen Massenstreiks die Hauptursache unserer Schwächen. Genosse Lenin schrieb über die politischen Massenstreiks in der „Revolution von 1905/07“ u.a.:

„Die Arbeiterklasse tritt beim politischen Streik als die führende Klasse des gesamten Volkes auf. Das Proletariat spielt in diesen Fällen nicht einfach die Rolle einer der Klassen der bürgerlichen Gesellschaft, sondern des Hegemons, das heißt, des Führers, Leiters, der Avantgarde. Die politischen Ideen, die in der Bewegung zum Ausdruck kommen, tragen einen gesamtnationalen Charakter, das heißt, sie berühren die grundlegenden und entscheidenden Bedingungen des politischen Lebens des gesamten Landes…
Andererseits läßt sich die Masse der Werktätigen nie dazu bringen, sich einen allgemeinen „Fortschritt“ des Landes vorzustellen ohne ökonomische Forderungen, ohne unmittelbare und sofortige Verbesserung ihrer Lage. Die Masse wird in die Bewegung hineingezogen, nimmt an ihr energischen Anteil, weiß sie zu schätzen und entwickelt Heroismus, Selbstlosigkeit, Beharrlichkeit und Ergebenheit für die große Sache nur dann, wenn auch die ökonomische Lage des Arbeitenden gebessert wird…
Im Kampf um die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen schwingt sich die Arbeiterklasse gleichzeitig zu einem höheren geistigen, moralischen und politischen Niveau empor, wird sie fähiger, ihre großen Befreiungsziele zu verwirklichen.“ („Über Gewerkschaften“, S. 37/38)

Diese Worte Lenins bedeuten für uns die Lehre, daß die Entfaltung aller ökonomischen Kämpfe in stärkstem Ausmaß eine Voraussetzung dafür ist, den politischen Kampf, sei es mit der Waffe des politischen Massenstreiks oder in anderen Formen, der Demonstrationsstreiks und der Massenaktionen, zu steigern.

Haben wir genügende Fundamente in den Betrieben?

Eine dritte Frage: Das Problem der Betriebsarbeit. Kann man Politik machen, Genossen, ohne genügend organisatorische Fundamente in den Massen zu haben? Alle Erfahrungen der Kommunistischen Internationale und vor allem ihrer kleineren Sektionen widerlegen eine solche Auffassung. Haben wir genügende Fundamente in den Betrieben?
Es wäre leichtfertig, diese Frage zu bejahen. Unsere Verankerung in den Großbetrieben vor allem ist vollkommen ungenügend. Es gibt eine ganze Reihe von Aufgaben, die gelöst werden müssen, um diese Schwächen der Betriebsarbeit zu liquidieren.

Unsere vorliegende Resolution zeigt den Weg dazu. Aber die Hauptsache, Genossen, ist, daß wir in der Grundlinie, in der Grundmethode unserer Arbeit und Politik eine vollkommene Wendung vollziehen.
So scharf muß man diese Frage stellen. Unsere bisherige Politik war keine Politik der Partei, die in den Betriebszellen ihre wichtigsten Organe erblickt. Wir haben das in Worten anerkannt, daß die Betriebszellen die entscheidenden Organe der Partei seien, aber wir haben keine praktischen Konsequenzen daraus gezogen. Ich sage ganz offen, Genossen, wir haben dieses entscheidende Problem bis heute überhaupt noch nicht in seiner großen Bedeutung begriffen. Aber wir müssen es begreifen! Wir müssen unsere Konsequenzen daraus ziehen.
Und was bedeutet das?
Das bedeutet, daß in Zukunft die Betriebszelle das Zentrum der Partei sein muß.
Das bedeutet, daß in den Betriebszellen das Schwergewicht unserer Arbeit liegen muß. Und zwar nicht nur auf dem Papier, nicht nur in Phrasen, sondern in der Tat, der täglichen Praxis unserer Arbeit.
Es darf fast kein Mitglied einer Parteileitung oder einer RGO-Leitung geben, das nicht in einer Betriebszelle arbeitet.
Es darf keinen Beschluß der Partei geben, keine Resolution, keinen Plan bei einer Kampagne, bei deren Ausarbeitung die betreffenden Genossen sich nicht als Erstes die Frage vorlegen: Welche Bedeutung hat dieser Beschluß für die Betriebszellen und ihre Arbeit? Welche Aufgaben ergeben sich aus diesem Beschluß für die Betriebszellen? Welche Möglichkeit kann man bei dieser Frage den Betriebszellen einräumen?
Genossen, das ist eine der wichtigsten Lebensfragen für unsere Partei, daß wir eine solche Einstellung von oben bis unten schaffen. Das klingt sehr einfach, ist aber keine Kleinigkeit, sondern eine sehr große und entscheidende Sache.
Wenn wir in dieser Frage eine Wendung schaffen, dann werden wir damit einen Schlüssel in die Hand bekommen, mit dem wir uns das Tor zu den Betrieben, zu den Großbetrieben, zu den Zentren der kapitalistischen Produktion öffnen können. Dann werden wir den wichtigsten Schritt in der Linie der Liquidierung unserer Hauptschwächen auf dem Gebiet der Betriebsarbeit und Streikrüstung vorwärts getan haben. Dazu gehört unter anderem auch, daß wir den wichtigen Beschluß des Weddinger Parteitages in der Frage des revolutionären Vertrauensleutekörpers endlich erfüllen, daß wir in der Frauenarbeit das Arbeiterinnen-Delegiertensystem ausbauen, daß wir die Arbeit der Betriebsgruppen der RGO verstärken, und daß wir bei der Schaffung vorbereitender Kampfausschüsse in den Betrieben eine wirkliche breite politische Einheitsfrontpolitik anwenden.

Die RGO und unsere innergewerkschaftliche Arbeit

Eine vierte Frage: Die Frage der RGO und der innergewerkschaftlichen Arbeit. Zu diesem wichtigen Problem will ich nur kurz sprechen. Wir haben mit dem Genossen Dahlem vereinbart, daß er in der Diskussion mit verlängerter Redezeit ausführlicher zu den Problemen der RGO Stellung nimmt.
Zunächst zur Frage der innergewerkschaftlichen Arbeit an der Front der reformistischen Verbände. Gerade in der Zeit nach dem letzten Mai-Plenum des ZK wurden große Fehler in der Richtung einer Vernachlässigung der Arbeit in den reformistischen und christlichen Verbänden begangen. Solche überspitzten und rein abstrakten Losungen, wie „Zerstörung des ADGB“, schematische Losungen der Beitragssperre, falsche Gründung von lebensunfähigen, künstlich geschaffenen kleinen Verbändchen -, das alles zeigt, wie wenig manche Genossen den Kurs der Partei, der Komintern und der RGI auf Verstärkung der innergewerkschaftlichen Arbeit ernst nehmen. Ich sage zu dieser Frage das eine: Genossen, in Zukunft werden wir es uns nicht mehr gefallen lassen, wenn Genossen sich einfach über die Linie und die Beschlüsse der Partei hinwegsetzen, als ob wir diese Beschlüsse nur zum Vergnügen gefaßt hätten.

Was die allgemeine Arbeit der RGO und der Roten Verbände anbelangt, so stellen wir in der Resolution „ein ernstes Zurückbleiben hinter der objektiven Situation“ fest. Vergleichen wir einmal, mit welchem Raffinement die Bourgeoisie und Sozialdemokratie den ADGB und die christlichen und sonstigen Gewerkschaften bei der Durchsetzung ihrer politischen und ökonomischen Ziele einsetzen, und demgegenüber die Rolle der RGO -, so müssen wir ernsthaft sagen: Die RGO ist heute noch kein genügender Massenfaktor. Um sie zu einer wirklich selbständigen Rolle als Zentrum der revolutionären Gewerkschaftsbewegung Deutschlands zu bringen, muß vor allem durch eine dauernde ernste Fraktionsarbeit der Partei in der RGO die Führung durch die Partei gesichert werden. In dem Aufbau dieser Führung, in ihrer Festigung, müssen wir eine der dringendsten Aufgaben der nächsten Zeit erblicken. Das gleiche wie für die RGO gilt nicht weniger für die Roten Verbände.
Es ist eine Tatsache, Genossen, daß die Entwicklung der RGO und der Roten Verbände im allgemeinen unbefriedigend ist. Das zeigt sich ganz besonders jetzt bei der Bilanz der Januarbewegung gegen die vierte Notverordnung. Wenn wir bei dieser Gelegenheit zum Beispiel Proben einer Selbstkritik gesehen haben, die in Wahrheit nicht zur Klärung der Probleme, sondern eher zu einer weiteren Verwirrung beiträgt, so muß man daraus Konsequenzen in der Richtung einer starken Verbesserung der Fraktionsarbeit in der RGO ziehen. Ich nehme hier nur den falschen Standpunkt des Genossen Saefkow, der die Mängel in der Streikführung im Ruhrgebiet auf eine „Überpolitisierung“ zurückführte. Das heißt in der Konsequenz nichts anderes, als die Aufstellung politischer Losungen für den ungenügenden Erfolg bei der Streikmobilisierung verantwortlich machen. Auch in einem Artikel des Genossen Schubert standen fehlerhafte Formulierungen zur Frage der Auswertung politischer Losungen bei Wirtschaftskämpfen. Solche Abweichungen und falsche Auffassungen verdunkeln die Klarheit der Erfahrungen aus den Streiks und hinter uns liegenden Kämpfe.
Für die RGO und die Roten Verbände besteht, ähnlich wie für die Partei, die dringende Notwendigkeit, den Kurs auf die Betriebe zu nehmen. Dieses Problem, „vom Betrieb als politisch-organisatorischer Einheit“ (Piatnitzki) auszugehen, ist auch für die RGO und für die Roten Verbände eine Lebensfrage.

Unsere Arbeit unter dem Millionenheer der Erwerbslosen

Eine fünfte Frage: Die Arbeit unter den Millionen von Erwerbslosen. Ich glaube, Genossen, hier liegt unsere größte Schwäche. Wenn auf dem Gebiet der Streikrüstung und Betriebsarbeit bestimmte tatsächliche, objektive Schwierigkeiten überwunden werden müssen, so ist die Lage bei den Erwerbslosen schon wesentlich anders. Hier sind bestimmt objektiv die allergünstigsten Voraussetzungen gegeben. Aber ich frage: Haben wir die Möglichkeit genügend ausgeschöpft? Nicht im entferntesten!
Man kann als eine positive Erscheinung unserer Erwerbslosenarbeit die Tatsache bezeichnen, daß wir kaum einen einzigen Fall in ganz Deutschland haben, wo bei Streiks die Erwerbslosen Streikbrecherarbeit geleistet hätten. Stets handelt es sich um organisierten Streikbruch der Reformisten oder der Nazis. Die Erwerbslosen von sich aus sind der Arbeiterschaft nicht in den Rücken gefallen. Das ist zweifelsohne ein großes und wichtiges Ergebnis unserer revolutionären Arbeit, die das Klassenbewußtsein und die Klassensolidarität unter den Erwerbslosen wachgehalten hat. Das ist schon sehr viel; aber ist das genug? Keinesfalls!
Ich will auf einige hauptsächliche Dinge hinweisen, ohne der Diskussion in dieser Frage vorzugreifen:
1. Die riesige Zahl der Erwerbslosen von über 6 Millionen erhöht selbstverständlich das Gewicht dieser gewaltigen Armee des Proletariats für den Klassenkampf. Man kann zum Beispiel sagen, wenn es nur eine Million Erwerbslose gäbe, wäre ihre Rolle für den Klassenkampf nicht so bedeutungsvoll. Heute, bei mehr als 6 Millionen, ist ihre Bedeutung in

einem höheren Maße gestiegen als ihre Ziffer. Das wissen auch unsere Klassenfeinde schon richtig einzuschätzen. Diese Millionenarmee ist für uns ein gewaltiges Reservoir bei unserem Kampfe um die Eroberung der Mehrheit des Proletariats. Das muß die Partei in seiner ganzen Bedeutung erfassen.

2. Ich habe schon bei der Behandlung des Problems des Staatskapitalismus auf die Tendenzen der Bourgeoisie hingewiesen, den kapitalistischen Staat aller Verpflichtungen gegenüber den Arbeitslosen zu entbinden. Wir stehen wirklich vor einer solchen Tatsache, daß die Bourgeoisie nicht damit zufrieden ist, 6 Millionen Menschen aufs Straßenpflaster zu werfen, nicht damit zufrieden ist, an den Unterstützungen dieser Erwerbslosen ungeheuerliche „Ersparungen" vorgenommen zu haben, sondern daß sie dazu übergehen will, das System der Unterstützung der Erwerbslosen überhaupt abzubauen. Dieser Prozeß soll auch weiterhin stufenweise durchgeführt werden. Eine Verschlechterung nach der anderen soll kommen, bis der radikale Abbau der gesamten Erwerbslosenversicherung gelungen ist.

Welche großen revolutionären Pflichten erwachsen uns aus dieser Tatsache? Es ist selbstverständlich, daß wir den zähesten und umfassendsten Kampf um die Verteidigung aller Schichten der Erwerbslosen gegen jede Verschlechterung ihrer Existenzbedingungen und für ihre positiven Forderungen führen müssen. Wir müssen es verstehen, in der konkretesten Form überall die Verteidigung der Lebensinteressen der Erwerbslosen zu betreiben, indem wir nicht mit schematischen und allgemeinen Parolen arbeiten, sondern überall lebendig von der wirklichen Praxis ausgehen. Wo es sich darum handelt, die Barunterstützung der Erwerbslosen abzubauen oder einzuschränken und durch sogenannte Naturalverpflegung zu ersetzen, müssen wir die Erwerbslosen zum Kampf gegen eine derartige Verschlechterung zusammenschweißen. Andererseits dort, wo Erwerbslosenküchen bereits bestehen, dürfen wir nicht aus einer falsch verstandenen „Prinzipienreiterei" beiseite stehen. Im Gegenteil, wo diese Bedingungen gegeben sind, müssen wir die Erwerbslosen organisieren, zusammenfassen und ihre Kampfkraft einsetzen, um bestimmte Verbesserungen ihrer Lebenslage zu erkämpfen. Hier steht die Frage der Küchenkommissionen, der Kontrolle, der bestimmten Verbesserungsforderungen und anderer Anlässe, aus denen sich Bewegungen der Erwerbslosen ableiten lassen. Nur wenn wir es lernen, keine allgemeine Politik, sondern eine praktische konkrete, von den speziellen Nöten der Erwerbslosen in jedem Ort, an jeder Stempelstelle, an den Wohlfahrtsämtern usw. ausgehende Arbeit zu leisten, wird es uns gelingen, wirkliche große Massenaktionen der Erwerbslosen zustande zu bringen.

3. Die große Bedeutung der Organisierung einer Erwerbslosenbewegung ergibt sich u.a. auch vom Standpunkt unserer Gewerkschaftsarbeit. Wenn man die Statistiken nachliest, welcher Prozentsatz von Mitgliedern der reformistischen Gewerkschaften heute erwerbslos ist (Baugewerksbund etwa 86 Prozent), wenn man andererseits berücksichtigt, wie die SPD und die reformistische Bürokratie mit den Erwerbslosen Schindluder getrieben hat und treibt, so ergibt sich daraus, daß wir mit unserer Arbeit unter den Erwerbslosen größte Möglichkeiten haben, um auch in unserer Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front größere Fortschritte zu erzielen.

4. Eine besondere Rolle bei der Bearbeitung der Erwerbslosen spielt die Frage der jugendlichen Erwerbslosen. Ihr Los ist besonders unerträglich. Die Angriffe der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie wie der Hitler-Partei gegen die jugendlichen Erwerbslosen haben bereits ein solches Maß von Brutalität angenommen, daß man sagen kann, sehr viel kann ihre Lage nicht mehr verschlimmert werden. Es ist klar, daß sich hier für den Jugendverband wie auch für die Partei große Möglichkeiten und eine gewaltige Verantwortung ergeben.

5. Eine besondere Frage im Zusammenhang mit der Erwerbslosigkeit ist das Problem der Nazis. Wenn es den Nazis im allgemeinen nicht gelungen ist, in die Betriebe einzudringen, so kann man das von den Stempelstellen leider nicht bedingungslos behaupten. Viele Anhänger unter den erwerbslosen Proletariern hat die Hitler-Partei auch heute noch nicht. Aber ein gewisses Eindringen ist zu verzeichnen. Und wenn wir nicht zum Gegenangriff übergehen,

könnten wir unangenehme Überraschungen erleben. Wir müssen deshalb bei unserer Arbeit unter den Erwerbslosen den Hitler-Faschismus schonungslos entlarven als den Verfechter der niederträchtigsten, gegen die Erwerbslosen gerichteten Anschläge, als aktivsten Vorkämpfer der Militarisierung der Erwerbslosen, der Arbeitsdienstpflicht usw. Indem wir die Erwerbslosen zum Kampf gegen diese Militarisierungs- und Arbeitsdienstpflichtmaßnahmen mobilisieren, schlagen wir zugleich die nationalistische Propaganda.

6. Unsere Arbeitsbeschaffungsforderungen waren eine Zeitlang so gut wie ganz vergessen. Jetzt unternimmt der ADGB seinen Arbeitsbeschaffungsschwindel. Mit diesem Betrugsmanöver will die SPD ihren Wahlkampf bestreiten. Wie antwortet zum Beispiel unsere Presse darauf? Antwortet sie auf den reformistischen Schwindel mit der konkreten Waffe unserer Arbeitsbeschaffungsforderungen? Keineswegs! Die Redaktion der „Roten Fahne“ ist jedenfalls nachlässig genug, mit keiner Silbe unsere Arbeitsbeschaffungsforderungen zu erwähnen.

Wozu arbeitet das Zentralkomitee ein solches Dokument aus? Damit unsere Genossen auf längere Sicht eine Waffe in der Hand haben. Aber die Presse, eine unserer wichtigsten Waffen zur Aufklärung und Orientierung in den Massen, vereitelt das. Wir müssen gestützt auf dieses Dokument des Zentralkomitees, überall konkret die Fragen der Erwerbslosen und ihres Kampfes für Arbeitsbeschaffung aufrollen. Mit anderen Worten: diese Arbeitsbeschaffungsforderungen der Partei müssen in den einzelnen Bezirken, Orten und Städten konkretisiert und zum Ausgangspunkt des Massenkampfes gemacht werden, wobei unsere Kommunalfraktionen gemeinsam mit den Erwerbslosenausschüssen aktive Unterstützung leisten müssen.

Das zur Frage der Erwerbslosen. Ich betone nochmals mit besonderem Nachdruck, daß jede Vernachlässigung der Arbeit unter dieser Sechs-Millionen-Armee (das sind mit ihren Angehörigen ungefähr 16 bis 18 Millionen), die bei einer einigermaßen guten Arbeit der Partei zum größten Teil mit uns marschieren müßte, ein unverzeihlicher Fehler vom Standpunkt der proletarischen Revolution wäre.

Revolutionäre Einheitsfrontpolitik von unten - das Hauptkettenglied unserer Politik

Und nun die sechste und letzte Frage, die ich in diesem Zusammenhang erörtern will: Die Frage der revolutionären Einheitsfrontpolitik von unten. Wir sagen in unserer Resolution, daß die revolutionäre Einheitsfrontpolitik das Hauptkettenglied der proletarischen Politik in Deutschland darstellt.

Genossen, eine solche Formulierung wiegt sehr schwer. Wir haben sie mit reiflicher Überlegung gewählt, um die große Bedeutung der revolutionären Einheitsfrontpolitik von unten für die Entfaltung des Massenkampfes und für die Steigerung der Voraussetzungen einer revolutionären Krise in Deutschland zu unterstreichen.

Theoretisch herrscht in unseren Reihen Klarheit über die Frage der Einheitsfrontpolitik. Aber in der Praxis gibt es eine Fülle von Fehlern.

Der Hauptfehler ist hier, wie auf allen Gebieten, die opportunistische Verfälschung der Einheitsfrontpolitik. Damit verbunden ist die Vernachlässigung oder Negierung der Einheitsfrontpolitik. Auch das gibt es leider noch immer.

Nehmen wir ein Beispiel: In einem Aufruf der „Roten Fahne“, der in einzelnen Provinzzeitungen fälschlich als Aufruf des Zentralkomitees bezeichnet wurde, wurde die Losung der „Roten Einheitsfront“ plötzlich durch „Rote Arbeiterfront“ ersetzt. „Rote Arbeiterfront“ als besondere agitatorische Formulierung, die gelegentlich neben der Hauptlosung der „Roten Einheitsfront“ verwandt wird -, das ist absolut zulässig. Aber „Rote Arbeiterfront“ als zentrale Losung an Stelle von „Rote Einheitsfront“, das hieße, die Basis unserer Politik verengern, auf die Anknüpfung an den stürmischen Willen der Massen zur

Einheit verzichten, und damit uns selbst einer wichtigen revolutionären Waffe entledigen. Das kommt nicht in Frage. Wir mußten das also korrigieren.
Das Verständnis für die wirkliche revolutionäre Einheitsfrontpolitik ist praktisch bei uns viel weniger entwickelt, als dies nach der theoretischen Anerkennung dieser Politik durch die gesamte Partei der Fall sein müßte.

Gute und schlechte Beispiele der Einheitsfrontpolitik

Einige besondere Beispiele aus der Praxis über gute und schlechte Einheitsfrontpolitik. Im Bezirk Niederrhein hatten unsere Genossen in Schwelm eine Einheitsfrontaktion mit der SPD eingeleitet, wobei sie eine stark opportunistische Note eingeschlagen hatten. Es sollte eine gemeinsame Kundgebung stattfinden, in der eine Plattform für die Einheitsfrontaktion vorgelegt werden sollte. Die Bezirksleitung, unter Führung des Genossen Schulte, arbeitete eine scharfe und prinzipielle Plattform aus und schickte als Referentin mit dieser Plattform die Genossin Torhorst, die vor etwa einem halben Jahr den Bruch mit der Sozialdemokratie vollzogen hat, nach Schwelm. Was geschah? Unsere dortige Ortsgruppe war in ihrer Mitgliederversammlung über die Schärfe unserer Plattform erschrocken. Sie wollten am liebsten die ganze öffentliche Kundgebung ausfallen lassen. Die Genossin Torhorst mußte einen Kampf mit den übrigen Genossen hart durchfechten. Dann fand die öffentliche Kundgebung statt. Und es gab einen riesigen, überraschenden, einheitlichen Erfolg für uns. Die überwiegende Mehrzahl der Arbeiterschaft stimmte unserer Plattform zu, obwohl diese scharf den Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes und der revolutionären Partei herausarbeitete. Die Genossen unserer Parteiortsgruppe erklärten dann verständnisvoll: jawohl die Bezirksleitung hat recht gehabt, wir waren im Irrtum, wir haben die Stimmung der Massen falsch eingeschätzt und Angst vor einer wirklich revolutionären Politik gehabt. Ich glaube, Genossen, dieses Beispiel ist besonders interessant und lehrreich.
Umgekehrt gibt es auch viele negative Beispiele. Ich will hier nur eines anführen: Unsere Ortsgruppenleitung von Waldheim in Sachsen, Unterbezirk Chemnitz, schrieb am 20. Dezember einen Einheitsfrontbrief an die SPD-Ortsgruppe bzw. deren Leitung. Dies war keine wirkliche revolutionäre Einheitsfrontpolitik, sondern eine opportunistische Entgleisung. Die SPD, die die Vorschläge ablehnte, berief sich dabei auf die Stellung der KPD zur SPD, als dem Hauptfeind im Lager des Proletariats. Unsere Genossen haben ihren Fehler später korrigiert und unsere revolutionäre Linie in ihrer Praxis wieder eingeschlagen.

Was heißt revolutionäre Einheitsfrontpolitik?

Revolutionäre Einheitsfrontpolitik durchführen, das heißt schonungslosen Kampf gegen die Sozialfaschisten aller Schattierungen betreiben, vor allem gegen die gefährlichsten „linken" Spielarten des Sozialfaschismus, gegen die SAPD, gegen die Brandler-Gruppe und ähnliche Cliquen oder Richtungen.
Revolutionäre Einheitsfrontpolitik betreiben, das heißt wirklich unten in den Betrieben und auf den Stempelstellen die Massen zum Kampf mobilisieren.
Revolutionäre Einheitsfrontpolitik - das erfordert systematische, geduldige und kameradschaftliche Überzeugung der sozialdemokratischen, christlichen und auch nationalsozialistischen Arbeiter von der Verräterrolle ihrer Führer.
Die Einheitsfront kann nicht parlamentarisch durch Verhandlungen Zustandekommen. Sie kann nicht durch Abkommen mit anderen Parteien oder Gruppen Zustandekommen, sondern sie muß aus der Bewegung der Massen erwachsen und, von dieser Bewegung getragen, eine wirklich lebendige Kampffront darstellen.
Gemeinsame Versammlungen der KPD mit der SPD, SAPD oder Brandlergruppe gibt es nicht, darf es nicht geben! Das bedeutet natürlich nicht, daß wir darauf verzichten, unsere

bisherige Taktik fortzusetzen, wonach wir die gegnerischen Parteien zu öffentlichen Diskussionsversammlungen herausfordern, in denen wir mit ihnen sachlich und scharf abrechnen. Diese Taktik geben wir nicht auf. Aber sie hat nichts mit opportunistischen Entgleisungen, wie gemeinsame Kundgebungen ohne Kampf gegen den Sozialfaschismus oder seine „linken“ Spielarten zu tun, nichts zu tun mit der Bildung paritätischer Komitees, an Stelle der Schaffung von Einheitsfrontorganen der Massen von unten, auf der Grundlage unserer Kampflosungen.

Wenn wir die revolutionäre Einheitsfrontpolitik wirklich zum Hauptkettenglied der proletarischen Politik in Deutschland machen wollen, so darf sie um keinen Preis eine blutlose Formel werden, sondern muß eine wirklich scharfgeschliffene Waffe des revolutionären Klassenkampfes sein!

Genossen, bedenkt: sechs Millionen Erwerbslose in Deutschland! Lohnraub, Streikverbot, Ausplünderung der Betriebsarbeiter! Steuerwucher, Zollraub, wachsender Ruin der Mittelschichten! Sind hier nicht alle Voraussetzungen gegeben, um unter unserer Führung die großzügigste Einheitsfrontbewegung, eine wirkliche Bewegung von Millionen zu schaffen? Hier muß die Partei einen gewaltigen Schritt vorwärts machen.

IV. Unsere ideologische Offensive und die bolschewistische Kritik der Mängel, Schwächen und Fehler der Parteiarbeit

Genossen, ich komme nun zum letzten Hauptteil meines Referats, der sich mit der ideologischen Offensive, der Selbstkritik und sonstigen inneren Problemen unserer Partei beschäftigt.

Hierbei gibt es eine Reihe von ernsten Problemen, an denen die Partei und die Parteiführung nicht vorübergehen dürfen.

Ich beginne mit dem Problem der Abweichungen, vor allem des rechten Opportunismus als der Hauptgefahr in der gegenwärtigen Etappe unserer Arbeit.

Wenn man sich vergegenwärtigt, welch eine Fülle von rechtsopportunistischen Entgleisungen, Abweichungen und groben Fehlern beispielsweise in einem Bezirk unserer Partei - ich meine Württemberg - nicht ohne Verschulden der damaligen dortigen Bezirksleitung möglich waren, so muß man doch stutzig werden.

Betrachtet man die gesamte Partei, so stellt sich heraus, daß das Auftauchen solcher opportunistischen Abweichungen und Fehler, wenn auch nicht überall in der Häufung von Württemberg, doch eine Erscheinung darstellt, von der kein Bezirk frei ist. Wie läßt sich das erklären, Genossen?

Eine solche Verstärkung der opportunistischen Abweichungen und Schwankungen bei den einzelnen Teilen unserer Partei ist eine unvermeidliche Erscheinung, die sich aus dem dialektischen Charakter des revolutionären Aufschwungs ergibt. Hätten wir eine gradlinige, aufsteigende Entwicklung zur revolutionären Krise, so würde in dem Maße vermutlich eine derartige Erscheinung ausbleiben. So aber, wo der revolutionäre Aufschwung und die Offensive der Bourgeoisie, die Faschisierung, die Anschläge des Finanzkapitals und das Betrugsmanöver der Sozialdemokratie sich schneiden, wo die Erbitterung des Klassenkampfes ständig zunimmt, wo wir in diesem Prozeß ein Hin und Her, ein Auf und Ab zu verzeichnen haben, ist es klar, daß das Eindringen bürgerlicher, sozialdemokratischer Einflüsse in die Reihen des revolutionären Proletariats unvermeidlich erfolgen muß.

Nehmen wir vor allem die Betrugsmanöver der Sozialdemokratie: Ist es nicht klar, daß sie auch auf die klassenbewußte Arbeiterschaft und ihre Avantgarde, die Kommunistische Partei, einwirken müssen? Leider ist es so. Die Praxis bestätigt das.

Haben wir rechtzeitig diese Gefahr erkannt und unsere Gegenmaßnahmen getroffen? Haben wir ständig in unseren Reihen den stärksten bolschewistischen Kampf gegen alle Abweichungen und Schwankungen, gegen alle Schwächen und Fehler eröffnet? Haben wir dafür Sorge getragen, daß mit der Waffe der bolschewistischen Selbstkritik jede solche Schwäche schonungslos aufgedeckt wurde, um dadurch die Partei vor Fehlern zu sichern und ihre Arbeit zu verbessern? Haben wir jene bolschewistische Unversöhnlichkeit in unseren Reihen wachgehalten, die das Gegenstück zu einem sogenannten faulen Liberalismus, das heißt zu einer versöhnlichen Duldsamkeit gegenüber Abweichungen und Fehlern, darstellt?
Genossen, man muß mit allem Ernst und mit allem Nachdruck konstatieren: Die Partei - und das gilt auch für die Parteiführung - hat eine Zeitlang die Zügel leider schleifen lassen.
Man muß deshalb folgendes feststellen:
1. Die Partei hat in der Vergangenheit - ich spreche von der Periode nach dem Maiplenum des ZK - den Kampf gegen den rechten Opportunismus als die Hauptgefahr und gegen linkssektiererische Tendenzen vernachlässigt und unterschätzt.
2. Die Partei hat ihre eigenen Kräfte und die Qualität ihrer Arbeit unterschätzt und ist dadurch in einen gewissen Zustand der Duldsamkeit gegenüber Schwächen und Fehlern in der Arbeit verfallen.
3. Die Partei hat die Arbeit an der theoretischen Front vernachlässigt, so daß die Einheit zwischen dieser theoretischen Arbeit und der Praxis der Partei nicht gewahrt blieb.
4. Die Partei hat die Waffe der bolschewistischen Selbstkritik unterschätzt und nicht mit genügender Schärfe zur Verbesserung der Arbeit angewandt.
5. Das innere Leben der Partei, die Kontrolle von unten und oben, war nicht von dem notwendigen Geist einer unbedingten bolschewistischen Wachsamkeit erfüllt, die die unerläßliche Voraussetzung für eine gesunde Parteientwicklung ist.
6. Es gab statt dessen in der Partei gewisse Erscheinungen einer politischen Zweideutigkeit und doppelten Buchführung: Anerkennung der Parteiführung und ihrer Beschlüsse mit Worten, aber keine Durchführung der Beschlüsse und keine genügende Unterstützung der Parteiführung in der Praxis.
Genossen, es ist klar, wenn man derartige Feststellungen über unsere Partei trifft, so hat das eine schwerwiegende Bedeutung. Man kann derartig ernste Vorwürfe, ich möchte beinahe sagen Anklagen, nicht erheben, wenn man nicht gewichtige Gründe dafür hat. Aber, Genossen, man muß es hier ganz offen aussprechen:
Das Eingreifen des Zentralkomitees, die Eröffnung der ideologischen Offensive mit unserem Beschluß gegen die Duldung falscher Auffassungen an der theoretischen Front, mit verschiedenen offiziellen Leitartikeln des Zentralkomitees in der Parteipresse und mit dem Artikel in der „Internationale“ war eine unbedingte Notwendigkeit.
Hätten wir nicht eingegriffen, hätten wir nicht diese ideologische Offensive eröffnet, die selbstverständlich auch heute noch erst einen Beginn darstellt und weitergeführt werden muß, so hätte die deutsche Partei sehr leicht in eine schwierige Lage kommen können. Man muß aussprechen, daß in der Partei ein solcher Zustand vorhanden war, wo die Entstehung größerer innerer Schwierigkeiten nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeiten lag.
Wir hatten eine solche Lage in der Partei: Seit dem Weddinger Parteitag, seit der Zerschlagung der versöhnlerischen Gruppen und der Ausmerzung der rechten Liquidatoren, gab es bei uns die Auffassung, daß die errungene Einheitlichkeit und innere Geschlossenheit der Partei an und für sich schon eine Garantie gegen Abweichungen und Fehler darstelle. Die Tatsache, daß auf Grund dieser Einheitlichkeit der Partei neue ernsthafte Gruppierungen nicht mehr möglich waren, wie es der Fall Merker bewiesen hat, führte zu einer Unterschätzung der Notwendigkeit eines dauernden unversöhnlichen bolschewistischen Zweifrontenkampfes innerhalb der Partei gegen die rechte Hauptgefahr und „linke“ Tendenzen. Eine solche

Einstellung mußte zur Einschläferung, zum Mangel an unversöhnlicher bolschewistischer Wachsamkeit führen.
Was war die Folge:
Das innere Leben der Partei widerspiegelte in letzter Zeit nicht mehr jene ständige, aktive Teilnahme der Gesamtpartei von unten bis oben an der Sicherung der Klassenlinie, an der Herausarbeitung und Lösung der schwierigen und komplizierten politischen Probleme, an der Durchführung der gefaßten Beschlüsse.
Man kann beinahe sagen, daß es in der Partei eine solche Stimmung gab: Wir sind eine einheitliche Partei, also kann man die große Politik nur dem Zentralkomitee überlassen.
Das muß aber sowohl zu einer Vernachlässigung und Beschneidung der Masseninitiative bei der Herausarbeitung der Politik der Partei, zu einer Senkung des politischen Niveaus der Partei, zu einer ideologischen Bequemlichkeit führen, als auch zu einer Abkapselung der theoretischen Arbeit von der revolutionären Praxis. Trotzdem hat die Partei große positive Erfolge und unverkennbare Fortschritte zu verzeichnen: Fortschritte auf zahlreichen Gebieten. Erfolge im Klassenkampf gegen die Bourgeoisie. Erfolge im Kampf gegen SPD und Hitler.

Über das allgemeine politisch-ideologische Niveau der Partei

Das politisch-ideologische Niveau der Partei aber in ihrer Gesamtheit ist nicht befriedigend. Ich will nur eine Tatsache zum Beweis anführen: Wie groß sind die Möglichkeiten, die sich für den prinzipiellen Kampf unserer Partei gegen den Klassenfeind, gegen die Bourgeoisie und Sozialdemokratie und auch den Hitler-Faschismus auf Grund des Niederganges der ganzen kapitalistischen Welt ergeben? Wie groß sind die Möglichkeiten, die sich aus klarer und richtiger Erkenntnis der marxistisch-leninistischen Theorie und des Bankrotts des ganzen bürgerlich-sozialdemokratisch-faschistischen Plunders an sogenannten Theorien ergeben? Nehmen wir die Krise, nehmen wir die Frage des Staates, nehmen wir die Wirtschaftsdemokratie oder irgendeinen beliebigen anderen Fragenkomplex: Unsere Partei müßte auf allen diesen Gebieten der prinzipiellen Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus und seinen Verteidigern geradezu eine sieghafte Offensive, einen unaufhaltsamen Triumphzug entfalten.
Geschieht das etwa, Genossen? Es geschieht nicht. Hier muß man aussprechen, was ist. Es zeigt sich, daß unsere Genossen ideologisch nicht reif genug, nicht fest genug sind, um die Überlegenheit ihrer Position mit der Waffe des wissenschaftlichen Sozialismus in der gesamten Propaganda auszunutzen.
Die Ursachen liegen auf der Hand. Wir haben in der letzten Zeit einen großen Umschichtungsprozeß in der KPD zu verzeichnen, ein riesiger Prozentsatz unserer Funktionäre und aktiven Genossen besteht aus Parteimitgliedern, die noch nicht sehr lange in unserer Bewegung stehen.
Das hat auch seine großen Vorteile, weil diese Genossen oft unverbrauchter, frischer und aktiver in der revolutionären Arbeit sind, als mancher alte Parteihengst. Aber es hat auch seine Nachteile: Selbstverständlich können diese Genossen noch nicht eine so starke ideologische Festigung und politische Schulung haben wie ein Funktionär, der seit zehn oder zwölf Jahren die Entwicklung der Partei, ihre inneren Kämpfe und Auseinandersetzungen mitgemacht hat, obwohl auch das bekanntlich nicht vor Abweichungen schützt.
Jedenfalls müssen wir aussprechen, daß das allgemeine politisch-ideologische Niveau der Partei unzulänglich ist. Das gilt nicht nur für die unteren Kader, sondern zum Teil auch für höhere Funktionäre der Partei Bei vielen führenden Genossen in den Bezirken müssen wir feststellen, daß sie ein mangelndes Interesse für ihre eigene theoretische Fortbildung an den Tag legen.

Das ist die eine Seite. Die andere Seite besteht darin, daß die theoretische Arbeit, weil sie nicht mit dem Gesamtorganismus unserer Partei und ihrer revolutionären Praxis genügend verbunden war, in einer unzulänglichen Weise durchgeführt wurde.
Genosse Stalin hat in seinem Brief an die Redaktion der Zeitschrift „Proletarische Revolution“ einen sehr treffenden Ausdruck geprägt: Archivratten. Das sind solche Leute, die überall nur nach „Papierchen“ herumstöbern, statt die lebendige Praxis einer revolutionären Partei zu betrachten.

Vernachlässigung der Arbeit an der theoretischen Front

Genossen, bei uns gab es einen sogenannten marxistisch-leninistischen Zirkel, der jede Woche einmal oder zweimal in irgendeinem Cafe oder sonstwo zusammenkam und dort „theoretische Diskussionen“ durchführte. Das Ergebnis war vielfach das, was wir im „Propagandist“ zu lesen bekamen. Eine derartige Abkapselung theoretischer Arbeit vom wirklichen Leben der revolutionären Partei einerseits und eine mangelnde Kontrolle über diese theoretische Arbeit durch die Parteiführung andererseits - das ergibt in der Praxis die Züchtung von „Archivratten“.
Daß wir in der Vergangenheit diese theoretische Arbeit der Partei nicht immer so gründlich kontrolliert haben, wie es notwendig gewesen wäre, ist ein Vorwurf, der die ganze Partei und auch das Zentralkomitee und die Parteiführung trifft. Um so notwendiger war es, entschieden einzugreifen und den Kampf an der theoretischen Front aufzunehmen, wie das schon in der letzten Zeit durch verschiedene Maßnahmen geschehen ist. Dieses Eingreifen war notwendig, auch wenn es bedauerlicherweise bei einzelnen Genossen in der Partei Stimmungen gab, in denen sich ein mangelndes Verständnis für die Wichtigkeit dieser Arbeit ausdrückt. Im Anfang, bei der Umstellung dieser Arbeit, der Methoden und der neuen Problemstellung einiger Fragen werden Fehler unvermeidlich sein. Solche Fehler müssen wir, wenn wir sie finden, öffentlich feststellen und sie beseitigen. Genosse Stalin sagte in den „Problemen des Leninismus“:

„Die Theorie ist die Erfahrung der Arbeiterbewegung aller Länder, in ihrer allgemeinen Form genommen. Allerdings wird die Theorie gegenstandslos, wenn sie nicht verknüpft ist mit der revolutionären Praxis, genau so, wie die Praxis blind ist, wenn ihr Weg nicht durch die revolutionäre Theorie erhellt wird…
Kein anderer als Lenin wiederholte dutzende Male den bekannten Grundsatz: ‚Ohne revolutionäre Theorie kann es keine revolutionäre Bewegung geben.’“

Das sagen Lenin und Stalin. Jede Gegenüberstellung von ideologischer Offensive und revolutionärer Praxis, von der auch unsere Partei nicht verschont blieb, widerspricht dem Grundsatz des Leninismus über die untrennbare Einheit von Theorie und Praxis. Leider gab es in dieser wichtigen Frage nicht immer sofort eine völlige Übereinstimmung.
Es gibt übrigens noch ganz andere Auffassungen zur Frage der ideologischen Offensive. Ein Genosse hat in einem Bezirk in der Diskussion sogar die Auffassung vertreten, es handle sich hier um einen Konkurrenzkampf zwischen der „Internationale“ und dem „Propagandist“ wegen der Auflagenhöhe. Das steht ungefähr auf den gleichen Niveau, wie ein anderes Argument, das auch von einem Genossen gebraucht wurde, daß die Partei nämlich ihren Beschluß gegen den individuellen Terror gefaßt habe, weil die Rote Hilfe nicht mehr die Kosten für die vielen Prozesse aufbringen könne.

Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis

Wenn solche Auffassungen hier und da in der Partei, wenn auch vereinzelt, auftreten, dann muß die ideologische Offensive noch weit mehr entfaltet werden. Man muß mit aller Schärfe

Klarheit darüber schaffen, daß ohne eine solche ernste ideologische Erziehungsarbeit in der Partei unmöglich die praktische Arbeit der Partei auf allen Gebieten verbessert und auf die Höhe ihrer Aufgaben geführt werden kann.
Lenin sagt in seiner Schrift „Staat und Revolution“ folgendes:

„Indem der Marxismus die Arbeiterpartei erzieht, erzieht er die Avantgarde des Proletariats, die befähigt wird, die Macht zu ergreifen und das ganze Volk zum Sozialismus zu führen, die neue Ordnung zu leiten und zu organisieren, Lehrer, Leiter, Führer aller Werktätigen und Ausgebeuteten bei der Gestaltung ihres gesellschaftlichen Lebens ohne die Bourgeoisie und gegen die Bourgeoisie zu sein.“

Hier ist mit vollendeter Klarheit dargestellt, wie die innere Erziehung der Partei im Geiste des Marxismus-Leninismus zugleich eine Erziehung der Klasse darstellt und damit erst die Partei befähigt wird, Lehrer, Leiter und Führer aller Werktätigen im Kampf für den Sozialismus zu werden.
Jeder Genosse, der den Marxismus-Leninismus nicht nur mit Worten anerkennt, sondern in der Tat, muß deshalb die Bedeutung unserer ideologischen Offensive als eines unlöslichen Bestandteils unserer gesamten revolutionären Arbeit begreifen und diese Arbeit begrüßen, statt sie zu hemmen oder zu unterschätzen. Unser Kampf um die Reinheit der marxistisch-leninistischen Theorie in der Partei bedeutet zugleich praktischen Kampf für die Durchführung der Klassenlinie der Partei in den Massen.
Genossen, was wir jetzt in der Partei eingeleitet haben, ist nichts anderes, als daß wir mit der Überwindung unserer Fehler und Abweichungen und mit den Verbesserungen unserer theoretischen und praktischen Arbeit auf allen Gebieten an einer neuen Schwelle in der Entwicklung der Bolschewisierung unserer Partei stehen.
Es ist deshalb aus erzieherischen Gründen und im Interesse der Partei notwendig, auch auf dieser Plenartagung des Zentralkomitees einige kritische Äußerungen zu verschiedenen theoretischen Arbeiten zu machen, die in der letzten Zeit in unserem Verlag erschienen sind.

Kritik an literarischen Arbeiten

Ich nenne zunächst das Buch des Genossen Langner über den „Politischen Massenstreik“. Dieses Buch enthält neben vielem wertvollem Material und fleißiger Arbeit einige ideologische Fehler. Kleinere „Schönheitsfehler“, wie das Vergessen des englischen Generalstreiks von 1926, brauchen wir hier nicht zu erwähnen. Aber zwei sehr ernste geschichtliche Fehler müssen festgenagelt werden. Der erste Fehler betrifft die Stellung Rosa Luxemburgs zur Frage des Massenstreiks. Genosse Langner gibt eine völlig ungenügende Kritik der Fehler des Luxemburgismus auf diesem Gebiet, auf der anderen Seite unterschiebt er Rosa Luxemburg Auffassungen, die sie nicht gehabt hat. Die Behauptung z.B., daß nach der Darstellung Rosa Luxemburgs politische Streiks nur aus den ökonomischen Streiks der Arbeiter entstehen, widerspricht der historischen Wahrheit. Gerade in dieser Frage der wechselseitigen Beziehungen der ökonomischen und politischen Streiks erhob sich Rosa Luxemburg während der bekannten Massenstreikdebatte in der deutschen Sozialdemokratie vor allem bis 1910, auf eine ziemlich hohe Stufe revolutionärer Klarheit und näherte sich mehr als in vielen anderen Fragen den klaren Formulierungen Lenins und der Bolschewiki.
Es entspricht nicht unserer Aufgabe, die revolutionäre Bedeutung Rosa Luxemburgs durch ungerechtfertigte Vorwürfe herabzumindern, während man auf der anderen Seite in der Kritik ihrer Fehler große Schwächen zeigt. Das trifft aber auch auf das Buch des Genossen Langner zu.
Soweit Langner sich z.B. bezüglich der Rolle des Spartakusbundes während der Kriegszeit begnügt, einfach Lenins Kritik an der Junius-Broschüre Rosa Luxemburgs zu zitieren, gibt er gutes Material. Sobald er zu eigenen Schlußfolgerungen übergeht, zeigt er eine völlig

ungenügende Kenntnis der tatsächlichen Vorgänge, eine abstrakte und leichtsinnige Stellung sowohl zu den Vorzügen wie den Schwächen der revolutionären Arbeit Liebknechts und Rosa Luxemburgs und ihrer Gruppe während des Krieges. So einfach darf man sich die Sache bei der Behandlung der Geschichte und Vorgeschichte unserer Partei, der Vorzüge und Schwächen sowie Fehler des Luxemburgismus keinesfalls machen. Man erschwert dadurch das wirkliche Verständnis der Schwächen des Luxemburgismus, die unsere Partei im langen Ringen ihrer Bolschewisierung überwinden mußte und zum Teil noch heute überwinden muß.
Weit schlimmer noch als diese Schwächen des Langnerschen Buches ist jedoch die Unkenntnis von den entscheidenden Problemen der russischen Revolution, die sich in der Schrift Langners ausdrückt.
Die gesamte Diskussion der Bolschewistischen Partei mit dem Trotzkismus scheint hier vergessen. Ja, die Frage des Überganges von der bürgerlichdemokratischen zur proletarisch-sozialistischen Revolution, das Umschlagen der bürgerlichen Revolution in die proletarische - darüber gibt der Genosse Langner kein richtiges Bild. Genosse Langner stellt als angebliche Auffassung Lenins für das Jahr 1915 in seinem Buch folgende Behauptung auf:

„Das Ziel des Kampfes in Rußland ist die Revolution. Der Inhalt der Revolution ist die revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und des Bauerntums."

Genosse Langner versucht, die Auffassung, wonach Lenin als Aufgabe der bolschewistischen Partei lediglich die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland hingestellt habe, mit eigenen Worten Lenins zu begründen. Er bringt zum Beweis ein Zitat aus dem Aufsatz Lenins während des Krieges, der unter dem Titel „Einige Thesen" am 13. Oktober 1915 im Genfer „Sozialdemokrat" erschienen ist. Langner zitiert die fünfte These dieses Artikels, die als Inhalt der nächsten Revolution in Rußland die revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und des Bauerntums bezeichnet. Er erweckt hierdurch die Auffassung, als ob Lenin damit tatsächlich seine ganze Auffassung über die bevorstehende russische Revolution ausgedrückt habe.
Trotzki hat im Vorwort zu seinem Buch „1905" die verleumderische Behauptung aufgestellt, Lenin habe nach der Februarrevolution 1917 „umgerüstet". Was ist damit gemeint? Die Trotzkisten behaupten, die Bolschewiki hätten nur die bürgerlich-demokratische Revolution mit dem Ziel der revolutionären demokratischen Diktatur der Arbeiterklasse und des Bauerntums ins Auge gefaßt und hätten erst nach dem Sturz des Zarismus, nach der Februarrevolution von 1918 „umrüsten" müssen, mit anderen Worten: Dann Trotzkis Programm der proletarisch-sozialistischen Revolution übernommen. Wenn Langner mit der Art, wie er Lenins Standpunkt im Herbst 1915 darstellt, recht hätte, dann wäre Trotzki kein Verleumder Und Geschichtsfälscher.
Genosse Langner scheint nicht zu wissen, daß die Losung „revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und des Bauerntums" die bolschewistische Losung in der bürgerlich-demokratischen Revolution ist. Er scheint nicht zu wissen, daß die Bolschewiki für die proletarisch-sozialistische Revolution die Losung „Diktatur des Proletariats bei Sicherung der Unterstützung seitens der Dorfarmut" aufgestellt hatten.
Wie kommt es nun, daß Langner seinen Standpunkt scheinbar mit einem Zitat Lenins begründet? Die Erklärung hierfür ist sehr leicht. Hier sehen wir eine leichtfertige Art, in der Genosse Langner aus jenem Lenin-Artikel eine These halb aus dem Zusammenhang herausreißt, nämlich die fünfte These, während er die sechste These, die erst den Zusammenhang und damit die vollständige Auffassung Lenins über den Charakter der bevorstehenden russischen Revolution gibt, einfach verschweigt. Diese Art ermöglicht es Langner, eine so irreführende Darstellung der Auffassungen Lenins zu geben. Denn wie lautet die sechste These? Sie heißt:

„6. Es ist die Aufgabe des russischen Proletariats, die bürgerlichdemokratische Revolution in Rußland zu Ende zu führen, zu dem Zweck (diese Worte hat Lenin selbst gesperrt), die sozialistische Revolution in Europa zu entfachen."

Niemand kann demnach behaupten, daß Lenin das unausbleibliche Umschlagen der bürgerlich-demokratischen in die proletärisch-sozialistische Revolution nicht mit voller Klarheit erkannt und auch für die Taktik der bolschewistischen Partei zugrunde gelegt hätte.
In einem weiteren Artikel Lenins aus dem Genfer „Sozialdemokrat" vom 20. November 1915, also vier Wochen später, der direkt gegen Trotzki polemisierte, heißt es gleichfalls mit völlig unzweideutiger Klarheit:

„Und diese Befreiung des bürgerlichen Rußland vom Zarismus, von der Herrschaft der Gutsbesitzer über den Boden, wird das Proletariat unverzüglich ausnützen, nicht um die wohlhabenden Bauern in ihrem Kampf gegen die Landarbeiter zu unterstützen, sondern um die sozialistische Revolution im Bunde mit den Proletariern Europas durchzuführen."

Aber Lenin hat diese Auffassung über das Umschlagen der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland in die proletarisch-sozialistische nicht etwa erst 1915, sondern genau ebenso während der gesamten russischen Revolution von 1905 bis 1907 vertreten. Ja, er hat seinen Standpunkt in dieser Frage bereits mit aller Klarheit im Jahre 1894 in seiner damaligen Schrift „Wer sind die Freunde des Volkes?" formuliert. In dieser Schrift, die bisher in der deutschen Gesamtausgabe noch nicht veröffentlicht ist, heißt es:

„Wenn erst ihre (der Arbeiterklasse) vorgeschrittenen Vertreter sich die Gedanken des wissenschaftlichen Sozialismus angeeignet haben, den Gedanken der historischen Rolle des russischen Arbeiters, dann wird der russische Arbeiter, nachdem er sich an die Spitze aller demokratischen Elemente gestellt hat, den Absolutismus stürzen und das russische Proletariat (neben dem Proletariat aller Länder) den geraden Weg des offenen politischen Kampfes zur siegreichen kommunistischen Revolution führen… Der Arbeiter braucht die Verwirklichung der allgemeinen demokratischen Forderungen nur zur Freimachung des Weges, der zum Siege über den Hauptfeind der Werktätigen, die ihrer Natur nach rein demokratische Institution, das Kapital, führt… Die Arbeiter müssen wissen, daß sie ohne den Sturz dieser Stützen der Reaktion keine Möglichkeit zum erfolgreichen Kampf gegen die Bourgeoisie haben werden…"

Selbstverständlich veränderte sich Lenins konkrete Einschätzung der Schwierigkeiten für das Umschlagen der bürgerlichen in die proletarische Revolution entsprechend der Lage. 1905 waren diese Schwierigkeiten größer als z.B. 1917. Aber die Grundlinie waren stets die gleiche. Was bleibt also von den Darstellungen Langners übrig? Nichts als die Feststellung, daß er Lenins Standpunkt unbewußt entstellt wiedergibt.
Wir haben hier wieder einen Beweis großer Leichtfertigkeit auf dem Gebiet der theoretischen Arbeit und großer Verworrenheit in entscheidenden Fragen der Leninschen Theorie zu verzeichnen. Der Genosse Langner hat bereits in einer Erklärung an das Sekretariat seine Fehler anerkannt. Wir können diesen Schritt des Genossen Langner nur begrüßen.
Ich komme zu einem anderen Buch, dem Buch des Genossen David über den „Bankrott des Reformismus". Ich will hier nicht über die positiven Seiten des Buches sprechen, das zweifelsohne eine Fülle von schlagenden Argumenten, Tatsachen, Ziffern und Zitaten zur Widerlegung der Theorien und Argumente der Reformisten bringt, ferner eine brauchbare Auseinandersetzung mit vulgär-ökonomischen Theorien und eine ernsthafte Darstellung des Marx'schen Verelendungsgesetzes an Hand der kapitalistischen Entwicklung Deutschlands. Daneben enthält das Buch von David jedoch eine Reihe von groben Fehlern, die zeigen, daß Genosse David die luxemburgistischen Eierschalen keineswegs abgestreift hat. Ich will hier nur die wesentlichen Punkte anführen. Ein großer Mangel des Davidschen Buches, der keineswegs zufälligen Charakter hat, ist der völlige Verzicht auf jede Auseinandersetzung mit der Akkumulations- und Zusammenbruchstheorie Rosa Luxemburgs.

Noch gefährlicher werden die Fehler und Abweichungen im zweiten Teil des Davidschen Buches, der sich mit den Voraussetzungen der Streiks in der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus beschäftigt. Im vierten Kapitel wird dort zum Teil die Theorie aufgestellt, daß unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus jeder Streikkampf eine offensive Handlung gegen die Grundlage des kapitalistischen Systems ist. David geht, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, wo er sich selbst gewissermaßen korrigiert, von der Auffassung aus, daß alle Streiks der Vorkriegszeit Defensivkämpfe gewesen seien, während in der Nachkriegszeit jeder Streik vom Gesichtspunkt der Strategie einen Offensivkampf darstellt.

Genossen, wie steht es mit dieser „Theorie". Zunächst muß man feststellen, daß David eine falsche Einstellung zu den Streiks der Vorkriegszeit hat.

Er verzichtet darauf, die Fehler zu kritisieren, die Rosa Luxemburg in der Massenstreikdebatte der alten Sozialdemokratie in der Frage des politischen Massenstreiks, vor allem vom Jahre 1910 ab, begangen hat. Bekanntlich näherte sich damals der Standpunkt Rosa Luxemburgs in der Frage des politischen Massenstreiks stellenweise der zentristischen Stellungnahme Kautskys. In Wirklichkeit gab es auch vor dem Krieg bereits Streiks von offensivem Charakter. Davids Fehler in dieser Frage rührt also von einer ungenügenden Kritik des Luxemburgismus und der zentristischen Auffassungen in der Massenstreikdebatte her. Die letzteren werden z.B. in seinem Buch überhaupt nicht erwähnt.

Wie steht es aber mit Davids Theorie bezüglich der gegenwärtigen Periode? Statt die „objektiv revolutionäre Rolle" des Streiks entsprechend den Thesen des II. Weltkongresses zu konkretisieren, statt von den unzweifelhaft richtigen Beschlüssen des X. und XI. Plenums des EKKI, die alle die Notwendigkeit der Verbindung des wirtschaftlichen und politischen Kampfes betonen, und das „Ineinandergreifen" des wirtschaftlichen und politischen Kampfes im Leninschen Sinne klarzustellen, erfindet Genosse David seine „Offensivtheorie". Jeder Streik ist bei David - wenigstens nach einigen Formulierungen seines Buches - von vornherein ein Offensivkampf. Damit wird die Aufgabe der Kommunisten und der RGO, diese komplizierte und schwere Aufgabe der revolutionären Strategie und Taktik, mit einem Schlage aus der Welt geschafft. Wenn alle Streiks von vornherein Offensivkämpfe gegen den Bestand des kapitalistischen Systems sind, dann haben wir es furchtbar einfach, Genossen. Was brauchen wir uns noch den Kopf zu zerbrechen darüber, von der Defensive in die Offensive überzugehen. Was brauchen wir noch nachzudenken über die Politisierung der Wirtschaftskämpfe? Lenin, die Komintern, die RGI und wir alle haben uns ganz unnötige Kopfschmerzen gemacht. Genosse David kommt und beweist uns, daß ohnehin jeder Streik ein Offensivstreik ist.

Genossen, man kann fast sagen, das ist eine Art von Erneuerung der Kautskyschen Ermattungsstrategie aus der Vorkriegszeit. Das ist in der Praxis eine vollständige Herabsetzung und Verkleinerung der gewaltigen Aufgaben und Schwierigkeiten, die das revolutionäre Proletariat im Klassenkampf lösen und bewältigen muß. Mit anderen Worten: Die praktische Auswirkung einer solchen linksopportunistischen Theorie ist die Erziehung zur Passivität, versteckt durch einen scheinbar „linken" und „radikalen" Standpunkt.

Genosse David will sicherlich diese Wirkung nicht erzielen. Aber hier steckt eine Hauptschwäche seines Buches. Es ist zum Teil ein etwas akademisches Buch, das nicht immer in genügendem Maße von den Erfordernissen der Praxis des revolutionären Klassenkampfes ausgeht. Gerade deshalb kann David in seinen theoretischen Erörterungen zu so schwerwiegenden Fehlern gelangen und in die Plattheiten des Ökonomismus abgleiten, der von Lenin so scharf bekämpft wurde.

Die wegweisende Bedeutung des Briefes des Genossen Stalin an die Zeitschrift „Proletarische Revolution“

Was ergibt sich aus dem Vorkommen so schwerer Fehler und Abweichungen in unserer theoretischen Literatur? Die unzweideutige Notwendigkeit, eine viel größere Wachsamkeit an der theoretischen Front zu entfalten. Was wir brauchen, ist jene bolschewistische Unversöhnlichkeit und Unduldsamkeit gegenüber allen Einflüssen der Sozialdemokratie und auch die Überwindung aller in unseren Reihen noch vorhandenen Überreste aus der sozialdemokratischen oder luxemburgistischen Vergangenheit unserer Partei.
Der Brief des Genossen Stalin an die Zeitschrift „Proletarische Revolution“ ist deshalb für die deutsche Partei eine außerordentlich entscheidende und wegweisende politische Direktive. Er ist ein Appell für uns, den schärfsten Kampf gegen alle fremden Einflüsse, gegen alle antileninistischen Strömungen und gegen jedes Versöhnlertum ihnen gegenüber in unserer gesamten theoretischen und praktischen Arbeit zu entfalten.

Schärfster Kampf gegen die Überreste des Luxemburgismus

Ich will nur zwei Fragen in diesem Zusammenhang kurz behandeln: Die erste Frage ist die des Luxemburgismus. Was ist dazu zu sagen? Wir denken nicht daran, die Bedeutung Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts, Franz Mehrings und der übrigen Genossen, die den linksradikalen Flügel in der Vorkriegssozialdemokratie bildeten, abzuschwächen. Wir denken nicht daran, diese wahrhaft revolutionären Kämpfer und Führer und ihre guten revolutionären Traditionen zu verleugnen, oder gar den sozialfaschistischen, SAP-istischen oder brandleristischen Leichenschändern zu überlassen. Rosa Luxemburg und die anderen gehören zu uns, gehören der Kommunistischen Internationale und der KPD, an deren Gründung sie mitgewirkt haben. Aber bedeutet dies eine Abschwächung der notwendigen Aufklärung unserer Partei über die Fehler Rosa Luxemburgs und der übrigen Linksradikalen? Eine solche Kritik an den Fehlern des Luxemburgismus ist unerläßlich vom Standpunkt der Bolschewisierung der Partei.
Der Weg der Linksradikalen aus der Vorkriegssozialdemokratie führte unter den Bedingungen der Kriegszeit teilweise zum Kommunismus, aber nur insoweit, wie sich diese Gruppen von den halbmenschewistischen Fehlern ihrer Ideologie zu befreien und in der Richtung zum Bolschewismus, zur Politik Lenins und der bolschewistischer Partei entwickelten.
Heute, wo die Komintern besteht, wo in der Sowjetunion unter der proletarischen Diktatur des Sozialismus verwirklicht wird, würde jeder Versuch zur Erneuerung des Luxemburgismus und jeder Überrest des Luxemburgismus niemals eine Brücke zum Marxismus-Leninismus bilden können, sondern stets einen Übergang zum Sozialfaschismus, zur Ideologie der Bourgeoisie, wie wir es am besten bei den Brandleristen sehen.
Wir müssen also mit aller Klarheit aussprechen: in all den Fragen, in denen Rosa Luxemburg eine andere Auffassung als Lenin vertrat, war ihre Meinung irrig, so daß die ganze Gruppe der deutschen Linksradikalen in der Vorkriegs- und Kriegszeit sehr erheblich an Klarheit und revolutionärer Festigkeit hinter den Bolschewiki zurückblieb.
Diese Erkenntnis gibt uns erst das Verständnis dafür, warum es in Deutschland verspätet zur Spaltung zwischen dem Revolutionären Marxismus und den kleinbürgerlichen Opportunisten oder ihren zentristischen Helfershelfern innerhalb der Arbeiterbewegung kam. Rosa Luxemburgs Fehler in der Akkumulationstheorie, in der Bauernfrage, in der nationalen Frage, in der Frage des Problems der Revolution, in der Frage der proletarischen Diktatur, in der Organisationsfrage, in der Frage der Rolle der Partei bzw. der Spontaneität der Massen - das alles ergibt ein System von Fehlern, die Rosa Luxemburg nicht zur vollen Klarheit eines Lenin aufsteigen ließen. Wenn heute ein Slutzki den Versuch machte, Lenins Kampf gegen

den Zentrismus in der Vorkriegsperiode abzuleugnen, um damit die internationale Rolle des Bolschewismus in der II. Internationale der Vorkriegszeit zu vertuschen, so haben wir deutschen Genossen besonders die Pflicht, einer derartigen Auffassung mit äußerster Schärfe entgegenzutreten. Die gesamte Praxis der bolschewistischen Partei widerlegt diesen konterrevolutionären Anwurf. An und für sich brauchen wir also Lenin wahrhaftig nicht zu verteidigen.

Der Entwurf eines Briefes Lenins an August Bebel

Ich möchte in diesem Zusammenhang jedoch noch ein für uns besonders interessantes historisches Dokument erwähnen, das für die kritische Stellung Lenins gegenüber den deutschen Linksradikalen in der Vorkriegssozialdemokratie und damit für unsere Parteigeschichte äußerst bezeichnend ist. Im Jahre 1905 hatte sich Bebel angeboten, als unparteiischer Schiedsrichter in dem Streit zwischen den beiden gespaltenen Teilen der russischen Sozialdemokratie, den Bolschewiki und Menschewiki, zu fungieren. Der menschewistische Parteirat hatte den Vorschlag Bebels akzeptiert und seinerseits Kautsky und Klara Zetkin als Vertreter für das Schiedsgericht benannt. Die Bolschewiki lehnten den Vorschlag ab. Lenin schrieb einen Brief an August Bebel. Ein Teil dieses Briefes, wie ihn Lenin entworfen hatte, wurde von ihm selbst durchgestrichen und gelangte nicht zur Absendung. Da das Manuskript aber erhalten blieb, können wir aus dem durchgestrichenen Teil des Briefentwurfes interessante Details über die Stellung Lenins zu den deutschen Linken entnehmen. Ich will einige Sätze daraus vorlesen:

„Vor einigen Monaten, als es vielleicht noch nicht zu spät war, als noch eine Spur von Hoffnung existierte, daß der III. Parteitag beide Fraktionen vereinigen und eine Partei wiederherstellen kann, - damals tat die deutsche Sozialdemokratie ihr möglichstes, um diesen Weg zu versperren. Kautsky suchte in der „Iskra“ den Wert der formellen Organisation zu schwächen. Die Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie verherrlichte die Desorganisation und die Treulosigkeit (Rosa Luxemburg in der „Neuen Zeit“) unter dem geistreichen und „dialektischen“ Vorwande, die Organisation sei nur ein Prozeß, nur eine Tendenz. Die Erbitterung darüber war in unserer Partei sehr groß. Genosse Rjadowoi, sehr einflußreiches Mitglied der Majorität, bestand darauf, daß Kautsky meine Antwort bringen wird. Ich wettete mit ihm um das Gegenteil davon. Meine „Abwehr“ war kurz und sachlich geschrieben und beschränkte sich darauf, tatsächliche Unwahrheiten zu berichtigen und faktische Erzählungen dem Spotte über unsere Partei gegenüberzustellen. Kautsky wies meinen Artikel zurück mit der famosen Motivierung, Angriffe auf uns habe die „Neue Zeit“ nicht, weil sie gegen uns gerichtet sind, sondern dessen ungeachtet gedruckt! Es war einfach ein Hohn. Die „Neue Zeit“ (und nicht sie allein) wollte also den deutschen Sozialdemokraten nur die Ansichten der Moritat bekannt machen. Die Erbitterung darüber war in unseren Reihen ungemein groß.“

Ich glaube, Genossen, dieses Dokument zeigt, wie lügnerisch die Behauptung der Slutzki und Konsorten ist, Lenin habe seinen Kampf gegen den Zentrismus erst während des Krieges begonnen.

Was ist „Zentrismus“?

Ich komme zu einer zweiten Frage, die mit dem Problem des Luxemburgismus in Verbindung steht: die Frage des Zentrismus. Es handelt sich in dieser Frage darum, ob der Zentrismus vor dem Kriege, während des Krieges oder in der ersten Nachkriegszeit eine besondere selbständige Richtung zwischen dem rechten und linken Flügel der internationalen Arbeiterbewegung dargestellt habe. Das ist falsch.
Der Zentrismus war nichts als eine Spielart des Opportunismus, des Revisionismus oder Reformismus. Lenin spricht zum Beispiel über die Frage, welche Rolle die zentristischen Politiker in Deutschland und Frankreich spielen. Er sagt dabei:

„...ein solcher Mensch begeht durch seine Charakterlosigkeit, seine Schwankungen und seine Unentschlossenheit den gleichen Verrat, wie ein direkter Verräter. In persönlicher Hinsicht ist der Unterschied zwischen einem Verräter aus Schwäche und einem Verräter aus Absicht und Berechnung sehr groß; in politischer Hinsicht besteht ein solcher Unterschied nicht, denn von der Politik hängt das tatsächliche Geschick von Millionen Menschen ab. Dieses Geschick aber ändert sich nicht, ob nun Millionen Arbeiter und armer Bauern von Verrätern aus Schwäche oder Verrätern aus Eigennutz verraten werden."

Lenin zeigt also ganz deutlich, daß in politischer Hinsicht zwischen dem Reformismus und dem Zentrismus ein Unterschied prinzipieller Art nicht gemacht werden kann. Genosse Stalin hat am 19. November 1928 auf dem Plenum des ZK der KPSU in seiner Rede ähnlich den Charakter des Zentrismus aufgezeigt. Er führte aus:

„Der Zentrismus ist eine der II. Internationale der Vorkriegszeit eigentümliche Erscheinung. Dort gab es Rechte (die Mehrheit), Linke (ohne Anführungszeichen) und Zentristen, deren ganze Politik darauf hinauslief, den Opportunismus der Rechten mit ihren linken Phrasen i schön zu färben, die Linken den Rechten zu unterwerfen."

Man kann heute nicht mehr von „Zentrismus" sprechen

Die Frage ist nun, ob man heute noch von Zentrismus sprechen kann, ob man z.B. die heutige SAP oder Brandler-Gruppe als zentristisch bezeichnen kann. Das ist nicht möglich. Diese besondere Spielart des Opportunismus, die wir als Zentrismus bezeichnen, war gebunden an einen *„Block kleinbürgerlicher und proletarischer Interessen innerhalb einer Partei",* wie Genosse Stalin das in seiner erwähnten Rede darstellt. Ein solcher Block bestand in der Vorkriegssozialdemokratie Deutschlands, wo auf der einen Seite in der Gruppe um Rosa Luxemburg die Vertreter der proletarischen Interessen, auf der anderen Seite der rechte Flügel um Bernstein, Wolfgang Heine, Legien als Vertreter des Kleinbürgertums vorhanden waren, während die Zentristen Bebel, Kautsky usw., als eine Spielart der Opportunisten, deren Politik duldeten und sie mit „linken" Formulierungen maskierten.
Ein solches Zusammenarbeiten in einer Partei bestand auch noch nach dem Kriege in der USP, wo der revolutionäre Arbeiterflügel, der sich später, nach dem Halleschen Parteitag, mit der KPD vereinigte, zunächst mit den Vertretern des Kleinbürgertums organisatorisch vereinigt war, so daß die damaligen Zentristen Hilferding, Crispien, Dittmann usw. ihre Rolle im Dienste eines maskierten Opportunismus zu spielen vermochten.
Heute hat sich der kleinbürgerliche rechte Flügel der Vorkriegssozialdemokratie zum Sozialfaschismus entfaltet. Die Gruppen, die betrügerisch den Anschein erwecken, als ob sie zwischen dem Sozialfaschismus und uns, dem Marxismus-Leninismus, eine Zwischenstellung einnähmen, ich meine die Seydewitz-Gruppe oder die Brandleristen, sind in Wirklichkeit lediglich eine Spielart des Sozialfaschismus, eine Filiale der Sozialdemokratischen Partei. Es war deshalb ein schwerer, unverzeihlicher Fehler der „Roten Fahne", wenn sie in ihrer Vorrede zum Stalin-Brief die Formulierung gebrauchte, daß die SAP eine *„allerdings kleine Partei des Zentrismus"* sei, die *„zwischen dem revolutionären Marxismus-Leninismus und dem Sozialfaschismus eine prinzipienlose Position bezieht".* Diese schwere opportunistische Entgleisung mußte erst durch das Gesamtsekretariat des Zentralkomitees korrigiert werden.

Der Trotzkismus ist der konterrevolutionäre Vortrupp der Bourgeoisie

In der gleichen Vorrede der „Roten Fahne" war die Rede von einer „links"-drapierten Sumpfideologie des Trotzkismus. Auch das ist eine völlig unzulässige und opportunistische Formulierung. Der Trotzkismus ist keine Sumpfideologie, sondern stellt einen konterrevolutionären Vortrupp der Bourgeoisie dar. Der Trotzkismus betreibt die wütendste Interventionshetze gegen die Sowjetunion. Trotzki liefert die schamlosesten Argumente für

die sozialfaschistische Politik gegen die Arbeiterklasse. Schlimmer als der „Vorwärts“ und der sozialdemokratische Parteivorstand setzt er sich für das Betrugsmanöver der SPD mit dem sogenannten „kleineren Übel“ ein. Er schlägt in seiner neuesten Broschüre über Deutschland den deutschen Kommunisten nicht mehr und nicht weniger vor, als sich *„mit Noske und Grzesinski gegen den Faschismus zu verbünden“*.
Das ist, wie jeder versteht, eine aufgelegte politische Hochstapelei und nichts als Sozialfaschismus in Reinkultur.

Opportunistische Fehler bei der Behandlung der Bauernfrage

Noch eine letzte Frage zur Charakterisierung der opportunistischen Abweichungen, die bei uns möglich sind. Zur Vorbereitung des deutschen Reichsbauernkongresses wurde ein Material herausgegeben, in dem unter anderem folgende Blüten enthalten sind:

„Das ganze Dorf muß es sein, das sich zusammenschließt, bäuerliche Kampfausschüsse bildet… Wenn sich die Bauern eines Dorfes alle fest zu einer Kampfgemeinschaft zusammenschließen, dann sind sie schon eine kleine Macht, die den Abwehrkampf aufzunehmen vermag.“

Hier wird also ganz offen der Zusammenschluß mit den Kulaken propagiert. Die Großbauern, die Kulaken, die Mittelbauern und die Dorfarmut, die Zwergbauern und Halbproletarier werden in einen Topf geworfen. Es ist klar, daß sich aus einer solchen opportunistischen Theorie bezüglich der einheitlichen Interessen der Bauernschaft auch eine entsprechend opportunistische Verfälschung bezüglich des Verhältnisses zwischen Arbeiterklasse und den werktätigen Bauern ergibt.
So heißt es an einer anderen Seite des Referentenmaterials:

„Es gibt keinen Gegensatz zwischen schaffenden Bauern und Arbeitern.“

Man braucht nicht erst zu beweisen, daß das mit der leninistischen Auffassung nichts zu schaffen hat. Es ist kein Zufall, wenn in diesem opportunistischen Referentenmaterial die Landarbeiter völlig vergessen werden. Und es ist ebensowenig ein Zufall, sondern eine politische Verfehlung, wenn dieses Material peinlich vermeidet, die Sowjetunion und die dortige Kollektivierung dem untergehenden Kapitalismus entgegenzustellen.
Auch dieses Material ist nur ein Beweis mehr für die Notwendigkeit der ideologischen Offensive und der schärfsten bolschewistischen Selbstkritik an unserer Parteiarbeit.
Ich will schließlich noch an den Fehler der „Jungen Garde“ erinnern, die in völlig opportunistischer Weise sogar von „Einheit des Volkes“ schrieb. Der KJVD mißbilligte zwar diese Formulierung, unterließ aber dabei eine öffentliche und rechtzeitige Korrektur an diesem unverzeihlichen Fehler.

Gegen alle Tendenzen zur Abschwächung der bolschewistischen Selbstkritik

Damit komme ich zu einer Frage, die mit unserer ideologischen Offensive aufs engste verbunden ist, zur Frage der offenen und schonungslosen bolschewistischen Selbstkritik als eines unentbehrlichen Bestandteils unserer revolutionären Praxis.
Genossen, ich habe bereits darauf hingewiesen, daß diese Frage der bolschewistischen Selbstkritik keineswegs in unserer gesamten Partei eine solche Selbstverständlichkeit ist, wie es für Bolschewiki sein müßte. Es gibt durchaus Tendenzen in unseren Reihen, die diese Selbstkritik einschränken und abschwächen wollen. Selbstverständlich haben wir uns dadurch nicht abhalten lassen, den bolschewistischen Standpunkt durchzusetzen, wodurch eine Leitung durch offene Selbstkritik an Autorität gegenüber der Partei und dem Proletariat nur

gewinnen kann, auch wenn manchmal einzelne Genossen nicht das nötige Verständnis dafür haben.
Lenin sagt über die Selbstkritik:

„Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern ist eins der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die tatsächliche Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer Klasse und den werktätigen Massen. Einen Fehler offen zuzugeben, seine Ursachen aufzudecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, gründlich analysieren, die Mittel zur Ausmerzung des Fehlers gründlich prüfen - das ist das Merkmal einer ernsten Partei, das heißt Erfüllung ihrer Pflichten, Erziehung und Schulung der Klasse und dann auch der Masse."

Die führende Partei des Weltproletariats, die Partei, die als einzige den Sieg über die Bourgeoisie errungen hat, und die nicht zufällig die führende Rolle auch in der Kommunistischen Internationale bei ihrer Gründung und seit ihrer Gründung inne hatte, die Kommunistische Partei der Sowjetunion, ist, bei einer unversöhnlichen und konsequenten Politik des Leninismus, im Zeichen einer solchen bolschewistischen Selbstkritik zu ihrer heutigen Höhe und Reife gelangt. Ich will noch einige Worte anführen, die Genosse Stalin auf dem XV. Parteitag der KPSU zur Frage der Selbstkritik sprach:

„Wenn wir Bolschewiki, die von der ganzen Welt kritisiert werden, die, um mit den Worten Marx zu sprechen, den Himmel stürmen, wenn wir um des Friedens dieser oder jener Genossen auf Selbstkritik verzichten - ja, ist es da nicht klar, daß wir nichts anderes als den Zusammenbruch unserer großen Sache zu erwarten haben? Marx sagte, daß die proletarische Revolution sich übrigens von jeder Revolution dadurch unterscheide, daß sie Selbstkritik übt und sich durch die Selbstkritik stärkt. Das ist ein sehr wichtiger Hinweis Marx'. Wenn wir, die Vertreter der proletarischen Revolution vor unseren Mängel die Augen verschließen, die Fragen in familiärer Weise entscheiden, gegenseitig die Fehler verschweigen und die Krankheit in das Innere unseres Parteiorganismus treiben werden, wer wird dann diese Fehler, diese Mängel korrigieren? Ist es etwa nicht klar, daß wir dann aufhören werden, proletarische Revolutionäre zu sein, daß wir sicherlich dem Untergang entgegengehen, wenn wir nicht aus unserer Mitte dieses Spießertum, dieses familiäre Wirtschaften bei der Entscheidung wichtiger Fragen unseres Aufbaues ausrotten werden.
Aber gerade in dieser Hinsicht hinkt es bei uns immer noch…
Zwei, drei große Erfolge und alles ist schnuppe. Noch zwei, drei große Erfolge und man brüstet sich schon, man wird übermütig. Aber die Fehler bleiben, die Mängel bestehen weiter, die Krankheiten werden in das Innere des Parteiorganismus hineingejagt."

Diese überzeugenden Worte des Genossen Stalin sollte sich jeder Genosse zu Herzen nehmen, der eine Abneigung gegen die bolschewistische Selbstkritik hegt. Die Partei kann und darf keinesfalls darauf verzichten, diese bolschewistische Selbstkritik anzuwenden. Wer die Geschichte unserer russischen Bruderpartei und der russischen Revolution verfolgt, der wird bestätigt finden, daß ihre ganze Entwicklung ohne bolschewistische Selbstkritik überhaupt unmöglich gewesen wäre. Ich erinnere hier nur an die schonungslose Selbstkritik, wie sie Lenin in seinem Rechenschaftsbericht des ZK auf dem X. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands im März 1921 in der Frage des russisch-polnischen Kriegs und in den ökonomischen Fragen des Übergangs vom Krieg zum Frieden geübt hat. Das geschah in einer Situation, in der die Sowjetmacht vom Krieg erschöpft und von einer wirtschaftlichen Krise erfaßt war. Das geschah unter außerordentlich schweren Umständen für die Arbeit der Kommunistischen Partei, und trotzdem deckte Lenin auch in einer solchen Lage, ja, gerade in einer solchen Lage, die begangenen Fehler schonungslos und ganz offen auf, damit die Partei daraus lernen und die Schwierigkeiten überwinden konnte.

Über unseren Beschluß gegen den individuellen Terror

Nehmen wir eine bestimmte Frage: Das Problem des individuellen Terrors. Gibt es nicht auch heute noch, nachdem wir unseren Beschluß gegen die Duldung von Tendenzen des

individuellen Terrors gefaßt und in der Partei popularisiert haben, entgegengesetzte Stimmungen? Offen treten sie nicht in Erscheinung, aber ohne Zweifel haben wir sowohl in der Partei wie im Jugendverband vereinzelte Genossen, die der Auffassung sind, das Zentralkomitee habe diesen Beschluß nur aus taktischen Gründen gefaßt, um dadurch die Legalität der Partei zu sichern. Genossen, wir müssen solchen Auffassungen gegenüber mit aller Schärfe immer wieder herausarbeiten und volle Klarheit schaffen:
Erstens, daß unser Beschluß gegen den individuellen Terror ernstgemeint war und wir die Konsequenzen aus diesem Beschluß auch organisatorisch nicht furchten dürfen. Die Partei darf keine sozial-revolutionären Tendenzen in ihren Reihen dulden.
Zweitens, daß dieser unser Beschluß keineswegs gefaßt wurde, weil wir uns einbilden, durch einen solchen Beschluß die Gefahr eines Verbots der Partei abwenden zu können, weil wir uns etwa einbilden, uns durch einen solchen Beschluß in den Augen der Bourgeoisie „angenehmer“ zu machen.
Drittens, daß unser Beschluß im Gegenteil dazu dienen soll, unsere Partei „unangenehmer“ für die Bourgeoisie zu machen, indem nämlich durch unseren Beschluß gegen den individuellen Terror alle Kräfte der Partei konzentriert und gelenkt werden auf das Gebiet des revolutionären Massenkampfes.
Diese Steigerung des revolutionären Massenkampfes - das, Genossen, ist das wirkliche „Unangenehme“ für die Bourgeoisie!
Wir sollen, indem wir individuelle terroristische Handlungen und überhaupt leichtfertige und abenteuerliche putschistische Stimmungen in unserer Bewegung schonungslos bekämpfen, zugleich dafür sorgen, daß der Bourgeoisie keine leichten Handhaben für ein Verbot der Partei gegeben werden.
Wir müssen von jedem Kommunisten die strengste Vorsicht, die eisernste Disziplin verlangen, um den Kampf der Partei für ihre Legalität soweit nur möglich zu erleichtern. Wir müssen einen ständigen Kampf, besonders unter den Millionenmassen für die Erhaltung der Legalität der Partei entfalten.
Aber das ist bei unserer Ablehnung des individuellen Terrors nicht das Ausschlaggebende.
Lenin lehrt uns vollkommen deutlich, daß wir Kommunisten gegen den individuellen Terror nicht aus einer lakaienhaften friedfertigen Gesinnung gegenüber der Bourgeoisie sind, sondern weil diese unsere Auffassung den wirklichen Interessen des revolutionären Massenkampfes entspricht.
Genosse Lenin schrieb im Juli 1917, also in der Zeit der Vorbereitung des Oktober, über die Aufgaben der russischen Bolschewiki:

„Die Partei der Arbeiterklasse muß, ohne die Legalität preiszugeben, aber ohne diese auch nur einen Augenblick zu überschätzen, die legale Arbeit mit der illegalen vereinigen, wie in den Jahren 1912 bis 1914.
Nicht eine Stunde lang die legale Arbeit im Stich lassen, aber auch an die konstitutionellen und „friedlichen“ Illusionen nicht glauben.)Sofort überall und für alles illegale Organisationen oder Zellen gründen, für die Herausgabe von Flugblättern usw.) Sich sofort umstellen, konsequent, beharrlich, auf der ganzen Linie.“

Zweifelsohne haben wir eine Reihe von Entgleisungen in der Richtung falscher Legalitätstendenzen. Ich nenne nur opportunistische „legalistische“ Erklärungen bei Zeitungsverboten, die einer revolutionären Partei unwürdig sind.

Kampf gegen das Lockspitzelunwesen

Das wichtigste Gebiet, auf dem wir sofort und mit größtem Nachdruck eine völlige Wendung vollziehen müssen, ist der Kampf gegen das Lockspitzelwesen, gegen Provokationen und gegen Leichtfertigkeit. Ich will hier nur einige Punkte berühren. Wir müssen schonungslos

mit der Ideologie brechen, als ob bestimmte „Unglücksfälle“, das „Auffliegen“ von revolutionären Arbeitern, das zu ihrer Maßregelung durch ihre Unternehmet führt usw., in manchen Fällen nicht die Folge von Spitzelei wäre. Eine solche bequeme Einstellung, als ob nur Zufälle die Ursache solchen Auffliegens wären und nicht, wie es in den meisten Fällen ist, Spitzelei und Verrat, muß ausgemerzt werden. Wir müssen wissen, daß überall da, in neun von zehn Fällen, Verrat im Spiele ist. Nur wenn wir von dieser Auffassung ausgehen, werden wir die genügende Wachsamkeit zur Aufdeckung solcher Spitzeleien aufbringen können.
Ein zweiter Punkt ist die Notwendigkeit, in allen Fällen, wo es gelingt, Spitzel zu entlarven, dies in breitester Öffentlichkeit auszunutzen.
Eine dritte Frage ist die Erziehung unserer Parteigenossen zur größten Vorsicht gegenüber den Versuchen des Klassenfeindes, gegnerischer Parteien usw., ihre Dienste zu gewinnen, wobei man häufig Unerfahrenheit, materielle Not und nicht zuletzt auch innerparteiliche und persönliche Fragen ausnutzt. Eine große Rolle bei den Methoden der Bourgeoisie, Provokateure in unseren Reihen einzuschmuggeln, spielt ja überhaupt die Ausnutzung innerparteilicher und persönlicher Differenzen.
Vierte Frage: Schärfster Kampf gegen die Schwatzhaftigkeit in unseren Reihen, gegen die kleinbürgerliche und sentimentale Vertrauensseligkeit gegenüber feindlichen Parteien usw. Nicht deshalb, weil ich zu einem Genossen Vertrauen habe und ihn schon lange kenne, kann ich sicher sein, daß er nicht zum Verräter wird, sondern nur dann kann es eine solche Sicherheit geben, wenn eine organisierte Kontrolle besteht und diese Kontrolle seine Zuverlässigkeit ergibt.
Fünfte Frage: Klares Verständnis, daß die Provokation, das Lockspitzelwesen einen zwangsläufigen Bestandteil im System der Bourgeoisie zur Zersetzung der revolutionären Arbeiterbewegung darstellt, und daß infolgedessen der Kampf gegen dieses Lockspitzelwesen einen täglichen Bestandteil unseres revolutionären Klassenkampfes gegen den Kapitalismus darstellen muß.
Wie bedeutungsvoll diese Frage ist, das ergab sich bei verschiedenen Anlässen in der letzten Zeit.
Als der ungarische Weißgardist und Faschist Matuska seine Eisenbahnattentate bei Jüterbog und in Ungarn vollführt hatte, zeterte die gesamte Presse Deutschlands, Ungarns, und Österreichs über kommunistische Attentate. Die Blätter der Nazis und der SPD schlugen in dieselbe Kerbe. Der schmutzige Verleumder Heilmann wagte es, neben anderen, das Jüterboger Attentat uns in die Schuhe zu schieben.
Diese Angelegenheit, oder die Sprengstoffdiebstähle, oder sonstige individuellen Handlungen werden regelmäßig der Kommunistischen Partei zur Last gelegt. Es ist ja auch bekannt, daß sehr häufig in provokatorischer Weise derartige Dinge direkt im Auftrage unserer Feinde organisiert werden, um sie nachher der proletarischen Partei zu unterschieben.
Ich erinnere hier nur an das, was Genosse Jaddasch unlängst in Braunschweig aufgedeckt hat.
In dem Maße, wie wir diese Aufgabe höchster Wachsamkeit lösen, werden wir auch auf diesem Gebiete einen Schritt vorwärts in der Bolschswisierung unserer Partei machen und uns gegen die Anschläge des Klassenfeindes sichern.

V. Entschlossene Wendung auf dem Gebiet unserer Agitation und Propaganda

Zum Schluß, Genossen, einige Worte über die Methoden unserer Agitation und Propaganda.
Auch auf diesem Gebiet müssen wir einen entschlossenen Schritt vorwärts machen. Ich beginne mit den Fragen der Propaganda. Über die großen Mängel des allgemeinen politisch-ideologischen Niveaus unserer Partei und die falsche Behandlung der theoretischen Probleme habe ich bereits gesprochen. Eine entschlossene Wendung auf diesem Gebiet muß vor allem

auch die Frage der gesamten Proparbeit, nicht zuletzt der Schulungs- und Erziehungsarbeit umfassen.
Unsere Proparbeit war, von den politischen Fehlern abgesehen, abstrakt und losgelöst vom revolutionären Leben der Partei und ihren Aufgaben. Die Schulungsarbeit wurde in ihrem Schwergewicht in die Wohnorganisationen verlegt, ließ brennende Probleme des Klassenkampfes außer Betracht und war unfähig, eine wirkliche Massenpropaganda, die Millionen erfaßt, in die Wege zu leiten.
Es gab sogar Tendenzen, die Proparbeit gegenüber allen anderen Parteiressorts „selbständig" zu machen. Statt als Achse der Propagandaarbeit die Durchdringung der Partei und darüber hinaus der Massen mit der leninistischen Theorie an Hand der Beschlüsse der Partei und der Komintern anzusehen, hat unsere Proparbeit in überheblicher Weise den Versuch gemacht, mit eigenen Formulierungen manchmal direkt in einer gewissen Konkurrenz zur Parteiführung unsere Linie zu korrigieren. Ich erinnere an Emel, der auf diesem Gebiete besondere Leistungen vollbrachte. Die Schulungsarbeit war zu einem gewissen Teil akademisch und ging nicht in genügendem Maße von einer wirklich praktischen Anwendung der dialektischen Methode aus.
Die Folge dieser Schwächen in der Proparbeit, der undialektischen Methode und der kleinbürgerlichen Überheblichkeit war, daß nicht nur die Ausbildung von Arbeiterpropagandisten in dem vom Standpunkt der revolutionären Entwicklung erforderlichen Maße unterblieb, sondern auch die Anziehungskraft der Partei auf radikalisierte Teile der Intellektuellen, Studenten, Lehrer, Ärzte, Schriftsteller, Ingenieure, Techniker, unausgewertet blieb.

Worin muß die Wendung in unserer Proparbeit bestehen?

Worin muß die entscheidende Wendung bestehen?
1. Unsere Proparbeit muß ein wirklicher Teil der gesamten revolutionären Arbeit und Politik der Partei werden. Sie muß der Durchdringung der Partei mit ihren Beschlüssen, der Auswertung der Beschlüsse und der Selbstverständigung der Partei über die Beschlüsse dienen. Sie muß die Kampagnen der Partei vom Propagandistischen her theoretisch und ideologisch fundieren.
2. Unsere Proparbeit muß Massencharakter annehmen, das heißt, in ihrem Mittelpunkt muß der politische Schulungstag der Partei stehen, dessen Schwergewicht wiederum bei den Betriebszellen zu liegen hat. Die Proparbeit muß in die Breite wachsen, indem sie sich das Ziel stellt, Zehntausende von Arbeiterpropagandisten heranzuschulen, die als Polleiter der Betriebszellen, als rote Betriebsräte, als Führer der Opposition in reformistischen oder sonstigen Massenorganisationen oder als Führer in den mit uns sympathisierenden Massenorganisationen wirken können.
3. Unsere Proparbeit muß in die Tiefe wachsen, insofern sie durch ihre enge Verbindung mit der revolutionären Praxis der Partei und völlige Unterstellung unter die Parteiführung zu einer wirklichen Trägerin der Propaganda des Marxismus-Leninismus in den Reihen der Partei und des Proletariats wird. Die Proparbeit muß sich im Sinne des Briefes des Genossen Stalin und unserer ideologischen Offensive das Ziel stellen, die Partei von unten bis oben gegen alle antileninistischen feindlichen Einflüsse durch theoretische Festigkeit und Sicherheit zu schützen.
4. Unsere Proparbeit muß von den Bedürfnissen der gegenwärtigen Situation beherrscht werden, das heißt, sich auf das verschärfte Studium des täglichen Kampfes um den revolutionären Ausweg aus der Krise einzustellen. Sie muß also die Partei und das Proletariat instand setzen, mit der bankrotten Ideologie der Bourgeoisie, Sozialdemokratie und des Hitler-Faschismus Abrechnung zu halten und die Betrugsmanöver der SPD zu zerschlagen. Sie muß den Kadern der Partei die ideologische Festigkeit für die Zerschlagung aller Manöver

des Klassenfeindes und für die siegreiche Offensive, den verschärften prinzipiellen Kampf gegen Bourgeoisie, Sozialdemokratie und Nazis vermitteln.
Soviel zur Frage der Proparbeit.
Wie steht es mit dem Gebiet der Agitation? Zweifelsohne haben wir bei verschiedenen Kampagnen einige Fortschritte auf diesem Gebiete zu verzeichnen.
Die beste Wahlkampagne, die wir zum Beispiel in letzter Zeit durchgeführt haben, war die der Reichstagswahlen vom 14. September 1930. Heute aber müssen wir feststellen, daß in den Methoden unserer Agitation wieder ein großer Schematismus eingerissen ist. An Stelle einer dialektischen Durchdringung von Propaganda und Agitation herrschte, dank den Selbständigkeitstendenzen unserer früheren Propabteilung, eine Zerreißung dieser miteinander verbundenen Arbeitszweige bis hinunter in die untersten Parteieinheiten. Der Schwerpunkt der Agitarbeiten liegt heute nicht in den Betrieben, sondern in den Wohnorganisationen. Das zeigte sich zum Beispiel auch sehr stark bei dem Hamburger Wahlkampf, wo in den Betrieben keine genügende Agitation gemacht wurde. Die Agitation trägt vielfach einen phrasenhaften und unkonkreten Charakter und geht nicht vom Streik und den übrigen Massenaktionen aus. In der Praxis der Agitation zeigt sich vielfach die Linie des geringeren Widerstandes. In der Entwicklung neuer Methoden der Agitproparbeit ist ein gewisser Stillstand eingetreten, eine ungenügende Einstellung darauf, auch vom Gegner zu lernen.
Welche Konsequenzen ergeben sich daraus?
Erstens: Unsere gesamte Agitation muß in den Dienst der strategischen Hauptaufgabe, der Gewinnung der Mehrheit des Proletariats für den Kampf um die proletarische Macht gestellt werden.
Da diese strategische Hauptaufgabe nur gelöst werden kann auf der Linie einer Politik, die alle Formen des proletarischen Widerstandes gegen die Offensive der Bourgeoisie entfaltet und die Massen zum Kampf gegen jeden imperialistischen Weg aus der Krise erzieht und mobilisiert, mit dem Ziel, diesen Kampf in den revolutionären Kampf für den proletarischen Ausweg überzuleiten, so muß auch unsere Agitation von diesen Gesichtspunkten getragen sein. Mit anderen Worten: Die Agitation muß sich um eine zentrale Achse gruppieren. Das gilt bereits von den jetzigen Kampagnen bei den Präsidentschafts- und Preußenwahlen, das gilt vom kommenden Internationalen Frauentag und vom 1. Mai, vom Internationalen Jugendtag usw.
Welches muß diese zentrale Achse sein?
Die Antwort wird durch unsere Politik gegeben. Wir haben die akute Kriegsgefahr im Osten. Die zentrale Achse unserer Politik muß deshalb sein: Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion und Sowjetchinas, Kampf gegen das imperialistische Kriegsverbrechen durch den Kampf im eigenen Lande für den revolutionären Ausweg, für den Sozialismus. Die Gegenüberstellung des bankrotten Kapitalismus und des aufsteigenden überlegenen Sozialismus ist mit dieser zentralen Linie aufs engste verbunden.
Und welches ist die Kampflosung, die sich als Mittelpunkt unserer gesamten Agitation und Propaganda ergibt?
Ich glaube, Genossen, diese Losung kann nur lauten: Gegen die Diktatur der Bourgeoisie, für die Diktatur des Proletariats!
Zweitens: Unsere Agitation muß den stärksten Nachdruck darauf legen, die immer geringer werdenden Möglichkeiten der Massenagitation durch die Tagespresse mit einer möglichst breiten und umfassenden sonstigen Massenagitation zu ergänzen. Der größtmöglichste Ausbau unserer Betriebspresse, der massenmäßige Ausbau unseres Literaturvertriebes, vor allem an Broschürenliteratur, mit dem Ziel eines Umsatzes von mindestens zehn Millionen Massenbroschüren pro Jahr, die stärkere Verbreitung auch anderer als der Tageszeitungen - das alles gehört zu diesem Gebiet unserer Agitationsaufgaben.

Der Schwerpunkt unserer Agitation muß in den Betrieben liegen

Drittens: Unsere Agitation muß ebenso wie die Propaganda in den Dienst der Zerschlagung der Betrugsmanöver der Bourgeoisie und Sozialdemokratie gestellt werden. Sie muß vor allem das Hauptmanöver der SPD, den Schwindel mit dem „kleineren Übel", entlarven und klarstellen, daß es sich hier um das größte Übel für die Arbeiterklasse handelt. Sie muß jedem Kommunisten und jedem revolutionären Arbeiter die Argumente liefern, mit denen er den Klassenfeind schlagen kann.
Viertens: Unsere Agitation muß konkret und praktisch werden. Wir müssen es lernen, bei der Entlarvung unserer Gegner, vor allem der SPD und der Nazis, in der Art, wie ich das schon zu zeigen versucht habe, einige Haupttatsachen herauszuarbeiten und mit ihnen eine siegreiche Offensive gegen diese Parteien zu entfalten.
Alle diese Aufgaben der Agitation und Propaganda können nur gelöst werden, wenn unsere Presse, ich meine jetzt die Tagespresse, ein völlig anderes Gesicht erhält.
Unsere Zeitungen müssen wirkliche Massenorgane des Proletariats werden. Sie müssen das Leben der Arbeiterklasse, das Leben der Erwerbslosen, das Leben der Angestellten, das Leben der Arbeiterinnen und der proletarischen Jugend widerspiegeln. Wir werden, koste es, was es wolle, einen Umschwung in unseren Zeitungen herbeiführen, selbst wenn wir an verschiedenen Stellen genötigt sind, an Stelle geschulter und politisch ausgebildeter Genossen jüngere Elemente aus den Betrieben oder aus der Reihe der Arbeiterkorrespondenten heranzuziehen. Wir werden rücksichtslos dazu übergehen, wenn die gelernten Redakteure teilweise versagen, selbst solche Arbeiterkorrespondenten an ihre Stelle zu setzen, die zunächst vielleicht den einen oder anderen politischen Fehler begehen können, weil es ihnen ja an Schulung mangelt, die aber mit der Verantwortung wachsen und sich entwickeln werden.
Damit werden wir, wenn es anders nicht geht, erzwingen, daß unsere Zeitungen zu einem wirklichen Spiegelbild des proletarischen Lebens werden. In unseren Zeitungen müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen ihr Leben, ihre Nöte, ihre Forderungen einfach und konkret wiederfinden und man muß ihnen an Hand dieser einfachen und konkreten Fragen auseinandersetzen, warum sich für sie und für alle ihre Klassengenossen nur ein Weg aus ihrer Klassenlage ergibt: Der Weg der Kommunisten!
Das, Genossen, ist das Geheimnis einer wirklich bolschewistischen Agitation und Presse.
Noch eine zweite Frage: Auch unsere Tagespresse, vor allem die „Rote Fahne", muß zu einem Organ nicht nur der Agitation, sondern vor allem der propagandistischen Erziehung der Massen werden. Heute ist die „Rote Fahne" kein genügender Lehrer der Partei und des Proletariats, kein genügend anfeuerndes Fanal des Leninismus. Und darum stelle ich die zweite Forderung auf: Unsere Zeitungen, vor allem die „Rote Fahne" müssen ideologisch auf ein ganz anderes Niveau gebracht werden.
Diese beiden Aufgaben: Populärer zu werden und andererseits theoretisch mehr zu geben, widersprechen sich nicht, sondern ergänzen einander. Mit der Lösung der ersten Aufgabe können wir die Massen an unsere Zeitungen heranführen und binden. Mit der Lösung der zweiten Aufgabe werden wir die Massen auf ein höheres Niveau bringen, wobei wir auch in unseren Zeitungen etwas größere Anforderungen an unsere Leser stellen können und müssen. Das eine ohne das andere ist unmöglich. Beides zusammen erst ergibt eine Bolschewisierung und Verbesserung des volkstümlichen Inhalts unserer Parteipresse.

Unter dem Sturmbanner des Bolschewismus vorwärts zum Sieg!

Genossen, ich schließe mein Referat ab. Bei der Behandlung der Arbeit der Partei gab es stellenweise eine scharfe Kritik an unseren Fehlern und Schwächen. Aber wir sind hier nicht zusammengekommen, um uns gegenseitig Komplimente zu machen. Jeder Genosse muß

verstehen, daß eine solche Kritik im Interesse der Partei liegt und unerläßlich ist. Nehmen wir die Behandlung der Fehler an den Büchern der Genossen Langner und David. Bedeutet die Kritik an den Fehlern des Genossen Langner, daß wir ihn der Verfälschung des Leninismus, wie sie Slutzky begangen hat, bezichtigen? Keineswegs. Aber wir mußten den Fehler richtigstellen. Darauf kam es an, nicht darauf, den Genossen Langner zu schlagen. Nehmen wir die Feststellung der Fehler im Buch des Genossen David. Auch das bedeutet keineswegs, daß wir ihn als einen Luxemburgisten hinstellen könnten, der solche Tendenzen in unsere Partei tragen will. Aber zur Klärung der Probleme war unsere scharfe Kritik notwendig. Und das gilt ebenso für alle anderen Zweige unserer Arbeit.

Ich fasse zusammen. Das wichtigste ist:

Klare Erkenntnis der politischen Situation und der Perspektive der Entwicklung;

klare Aufgabenstellung, die sich aus dieser Perspektive ergibt;

der Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie, bei gleichzeitiger Verstärkung des Kampfes gegen die Nationalsozialisten;

die Verbesserung unserer Arbeit auf den verschiedensten Gebieten, besonders der Betriebsarbeit, der Arbeit unter den Erwerbslosen und die Arbeit der RGO;

die Aktivierung der Partei mit Hilfe der ideologischen Offensive und der bolschewistischen Selbstkritik;

die Steigerung unseres Kampfes für die Auslösung der betrieblichen Kämpfe und übrigen Massenaktionen;

Mobilisierung der Massen für den revolutionären Ausweg nach dem Beispiel der Sowjetunion, für den Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie, für die Diktatur des Proletariats.

Die Resolution, die wir hier vom Polbüro dem Plenum des ZK vorlegen, enthält die wichtigsten Direktiven zu allen diesen Fragen.

Noch immer krankt die Partei daran, daß die Beschlüsse nicht genügend durchgeführt werden, daß die Bolschewisierung der Partei unvollkommen ist, daß die einzelnen Genossen und die Parteieinheiten vielfach den leichteren Weg zu gehen versuchen.

Unser Weg ist nicht leicht, Genossen. Unsere Aufgaben sind denkbar kompliziert und schwierig. Unser Hauptfeind ist eine konterrevolutionäre Bourgeoisie, deren Machtmittel außerordentlich entwickelt und konzentriert sind, die große Erfahrungen im Laufe der letzten vierzehn, fünfzehn Jahre, seit dem Beginn der Weltrevolution im Februar 1917, gesammelt hat. Ihr zur Seite steht eine noch immer sehr starke Sozialdemokratische Partei mit einer riesigen reformistischen Gewerkschaftsbewegung. Ihr zur Seite steht die nationalsozialistische Bewegung, in der Millionen von Mittelständlern, Kleinbürgern, Angestellten und Beamten zusammengefaßt sind. Unsere Klassenfeinde sind entschlossen, das äußerste zur Verteidigung der bedrohten Existenz der kapitalistischen Klassenherrschaft zu tun.

Aber wir, Genossen, haben für uns einen gewaltigen, welthistorischen Faktor: die Existenz der Sowjetunion, die für die breitesten Massen immer deutlicher die Überlegenheit der proletarischen Diktatur über die bürgerliche Diktatur, demokratischer oder faschistischer Färbung, die Überlegenheit der sozialistischen Planwirtschaft über die verfaulende kapitalistische Wirtschaft dokumentiert.

Nutzen wir diese Möglichkeit aus, schmieden wir unter dem Sturmbanner des Bolschewismus unsere Partei zur wirklichen stählernen Avantgarde der proletarischen Klasse , machen wir das Proletariat zur Führerin der breitesten werktätigen Massen in Stadt und Land, verjagen wir aus unseren Reihen Zweifel über unsere Stärke und Kleinmütigkeit, Schönfärberei über unsere Arbeit und Spießertum, Leichtfertigkeit und Unterschätzung des Klassenfeindes! Merzen wir alle Einflüsse und Überreste von Einflüssen der Bourgeoisie und Sozialdemokratie aus den Reihen der Kommunistischen Partei aus!

Dann überschreiten wir die Schwelle einer neuen Etappe der Bolschewisierung der KPD, dann wächst die rote Einheitsfront der Partei zum revolutionären Kampf gegen die Versuche

der Bourgeoisie, kapitalistische Wege aus der Krise zu beschreiten, gegen die imperialistischen Kriegsdrohungen gegenüber der Sowjetunion! Dann wächst die rote Einheitsfront für den proletarisch-revolutionären Ausweg aus der Krise!
Dann lösen wir unsere strategische Hauptaufgabe: Die Gewinnung der proletarischen Mehrheit für den Kampf um die Eroberung der politischen Macht, den Kampf um die Diktatur des Proletariats!

Schlußwort

Eine neue Etappe der Bolschewisierung

Genossen! Was ergibt sich aus dem Gesamtverlauf unserer jetzigen Plenartagung? Im Referat habe ich davon gesprochen, daß die Partei an der Schwelle einer neuen Etappe ihrer Bolschewisierung steht. Was bedeutet das? Wenn wir unsere Vergangenheit überprüfen, so können wir feststellen, daß wir eine richtige Generallinie hatten. Wir haben auf dieser Generallinie richtige Beschlüsse gefaßt. Wir hatten eine richtige strategische Orientierung. Aber in der Praxis, in der Durchführung der Beschlüsse, zeigen sich die Hauptschwächen auf allen Gebieten der Arbeit. Es gibt nicht nur eine Schere zwischen den richtigen Beschlüssen der Partei und ihrer Durchführung in der Praxis, sondern man muß auch sagen - und sogar in der Diskussion klang das an einzelnen Stellen heraus - daß an einigen Knotenpunkten auch die Bedeutung der Rolle der Partei unterschätzt wird. Wichtig ist ferner, festzustellen, daß hinsichtlich der strategischen Orientierung und ihrer praktischen Anwendung große Unterlassungen und ernsthafte Mängel vorhanden sind. Das gilt besonders für die Kämpfe des Proletariats und alle Kämpfe der werktätigen Schichten. Das gilt für die Betriebsarbeit. Das gilt für die gewaltigen Aufgaben der RGO-Arbeit. Das gilt für das besondere Gebiet der Arbeit unter der großen Millionenarmee der Erwerbslosen, für die Frauen- und Jugendarbeit, für das innere Parteileben, für die Agitation und Propaganda und in ganz besonderem Ausmaß für die Fragen unseres Kampfes gegen den imperialistischen Krieg.
Die Beschlüsse waren richtig. Genosse Pieck hat hier erklärt, daß auch die Komintern sich manchmal die Frage vorlegt, wieso bei einer richtigen Generallinie, bei richtigen Beschlüssen und der großen Autorität, die die Partei hat, es trotzdem in der Durchführung mangelt und hapert. Worauf kommt es in erster Linie an? Darauf, die Schere zwischen den Beschlüssen und ihrer Anwendung und Durchführung zu schließen. Das heutige Zentralkomitee kann dazu und wird hoffentlich dazu den besonderen Schlüssel liefern. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir das Ergebnis des Plenums betrachten und den Inhalt der hier gefaßten Beschlüsse, die durch die Diskussion und die besonderen Vorschläge einzelner Genossen vervollständigt werden, bewerten. Von diesem Plenum ausgehend, muß die Partei dazu übergehen, in der Praxis, in der revolutionären Massenarbeit, in der Auslösung, Durchführung und Führung von größeren Massenaktionen auf allen Gebieten und auf allen Fronten, in der selbständigen Führung der Kämpfe, ihre bolschewistische Rolle als Führerin der deutschen Arbeiterklasse zu beweisen.
Nicht nur die richtige strategische Orientierung, sondern die Anwendung dieser richtigen strategischen Orientierung in der Praxis, das ist das Entscheidende!
Wir sind verpflichtet, die größten Garantien zu schaffen, um im kollektiven Sinn, im unversöhnlichen Kampf gegen unsere Klassenfeinde die hier gefaßten Beschlüsse so zu verwirklichen, daß wir schon nach kurzer Zeit in der Durchführung, in der revolutionären Praxis sichtbare Erfolge sehen.

Plenum der revolutionären Praxis

In diesem Sinne muß man unsere Tagung bezeichnen als ein Plenum im Zeichen der revolutionären Praxis. Wenn wir in der Lage sind, eine solche höhere Stufe unserer Arbeitsmöglichkeiten und unseres Arbeitstempos zu schaffen, bin ich fest überzeugt, daß das einen Schritt vorwärts in der Bolschewisierung der Partei bedeutet. Genosse Stalin sagt in seinem bekannten Brief, der für die gesamte internationale Arbeiterklasse und alle Parteien eine so große Bedeutung besitzt, unter anderem, daß man die Rolle der bolschewistischen Partei und Lenins nicht nach „Papierchen" beurteilen kann, nicht nach Erklärungen und Resolutionen, sondern auf Grund ihrer Praxis. Das ist zu gleicher Zeit ein Hinweis für die deutsche Partei, ihre Stoßkraft in der Praxis zu verstärken. Genosse Pieck hat an einer Stelle seiner Rede ähnliche bedeutungsvolle Worte gejagt, die zweifelsohne auch die Meinung der Komintern zum Ausdruck Bringen, daß wir in unseren Reihen den Kleinmut beseitigen müssen, daß wir die richtige Linie der Partei in die Praxis mit aller Energie umsetzen müssen.
Genossen, wenn wir eine zweite bolschewistische Partei in der Kommunistischen Internationale sein wollen - manchmal sagt man ja sogar schon „sind", ich sage hier bescheidener: werden wollen -, dann müssen wir die Schere, die zwischen den gefaßten Beschlüssen und ihrer Durchführung steht, schließen, dann müssen wir als Wichtigstes große Massenkämpfe auslösen und führen. Ich denke an die Entfaltung ökonomischer Streiks, an die neuen Formen von Demonstrationsstreiks, an den Proteststreik im ganzen Land, der sich gegen alles richten muß, was jetzt von den Kapitalisten in Deutschland verübt wird, an Unterdrückung und Ausbeutung des Proletariats und Ausplünderung der Millionenmassen aller Werktätigen. Ich denke an die große Waffe, die das Proletariat mit dem politischen Massenstreik anzuwenden vermag.
Wir haben hier die begeisterte Rede des Genossen Thorez gehört. Dieser Genosse von der Führung unserer französischen Bruderpartei sagt an einer Stelle:

„Jeder Schlag gegen das Versailler System ist ein Schlag gegen den französischen Imperialismus",

und er wies zugleich darauf hin, daß unsere Genossen im Ausland häufig vor der Frage stehen: Wir kommt es, daß die große deutsche Partei so wenig größere Streiks auslöst und führt? Was können wir dazu sagen?
Nur eines: Wir müssen lernen, die Kämpfe zu führen, wir müssen alles ausmerzen, was uns daran hindert. Das ist das Wichtigste.

Die Ergebnisse unserer Diskussion

Und nun, Genossen: Was ergeben die Grundzüge der gesamten Diskussion unserer Plenartagung?
Die wichtigsten positiven Erscheinungen, die sich in der Diskussion widerspiegelten, kann man in folgenden Punkten zusammenfassen: In der gesamten Diskussion zeigte sich ein ernstes Ringen mit den verschiedenen Problemen, die hier zur Debatte, zur Entscheidung und von heute an zur Durchführung vor uns stehen.
Wir sahen die Äußerung des verstärkten Willens und ein verstärktes Verständnis für die Notwendigkeit, Fehler und Mängel in unserer Partei zu beseitigen.
Wir sahen ferner, daß eine scharfe kritische Stimmung im Zentralkomitee vorhanden ist, die widerspiegelt, daß in der Partei die Frage der Selbstkritik verstanden und angewandt wird. Wenn ein Redner sich manchmal in bestimmten Fragen verrannte oder Fehler machte, konnten wir bemerken, daß hier im ZK sofort bei einem großen Teil der Genossen eine Art von kritischer Unruhe zu spüren war. Das ist ein absolut günstiger Zug, der zeigt, daß die Partei innerlich gewachsen ist und die ideologische Offensive nicht spurlos vorübergeht.

So zeigte denn die Diskussion auch im übrigen das regere Leben in unserer Partei, die stärkere Anteilnahme an allen wichtigen Fragen und damit auch das innere Wachstum der Partei.
Und dieses innere Wachstum, Genossen, das sich in der jetzigen Plenartagung widerspiegelt, und dem unser organisatorisches Wachstum, die Aufnahme von etwa 200000 Mitgliedern im letzten Jahr, die allerdings durch die noch vorhandene Tatsache der Fluktuation beeinträchtigt wird, gegenübersteht, gehört zweifelsohne zu unseren wichtigsten Fortschritten. Es gab aber auch negative Erscheinungen in der Diskussion: Das Bild, das sich aus der Diskussion über den Zustand der Partei ergab, beweist, daß wir diesen Zustand noch kritischer betrachten müssen, als wir es schon getan haben. Wenn wir in dieser Frage übereinstimmen, dann muß man sehen, daß es sehr gefährlich ist, wenn es in der Partei Stimmungen gibt, die versuchen, an dieser oder jener Stelle die Arbeit der Partei zu beschönigen. Ein solcher Zustand der Schönfärberei verhindert, Krankheitskeime in der Partei so schnell zu beseitigen, wie es notwendig ist. Das ist, glaube ich, das zweite wichtige Ergebnis aus der Diskussion. Wir müssen viel ernster, viel systematischer, viel verantwortungsbewußter arbeiten. Das gilt für die Führung, für das gesamte Zentralkomitee, für die Bezirksführungen und für die gesamte Partei.
Die dritte Frage ist, daß die Diskussion zu einem gewissen Teil nicht auf die von uns gestellten Fragen, wie sie in der Resolution gleichfalls enthalten sind, die konkreten Antworten gab.
Eine solche Kritik an der Diskussion darf natürlich keineswegs verallgemeinert werden, denn das würde die wirkliche Tatsache verletzen, daß verschiedene Diskussionsredner glänzende Tatsachen gebracht haben, die man nicht verkleinern darf.
Aber von der Gesamtdiskussion kann man nicht völlig befriedigt sein. Das muß man deutlich und unbarmherzig aussprechen, auch auf die Gefahr hin, daß Genosse Münzenberg in seiner Diskussionsrede vom „Flohknacken“ spricht oder davon, man solle nicht immer mit dem „Holzknüppel“ dreinschlagen, wobei ich nicht recht weiß, ob Münzenberg meint, daß wir Flöhe mit dem Holzknüppel knacken.
Aber, Genossen, diese Worte sollen nicht nur zu unserer Erheiterung dienen, sondern es ist selbstverständlich eine ernste Tatsache, wenn es eine solche Fragestellung auf unserem Plenum gibt. Wir müssen den großen Ernst der Lage erkennen. In eindringlicher Form hat Genosse Pieck diesen Ernst der Situation hier ausgedrückt. Das Plenum und die gesamte Partei muß daraus ihre Schlußfolgerungen ziehen. Wir müssen besser lernen, in unserer ganzen Arbeit eine Wendung zu machen, den Widerstand der Massen zu entfalten, ihre Kämpfe zu fuhren und diese Kämpfe überzuleiten in den Kampf für den revolutionären Ausweg. Das ist das Hauptproblem.
Und nun zu einigen Fragen, die in der Diskussion aufgerollt wurden:

Der Gesamtzusammenhang unserer Aufgaben

Wir haben in der Resolution und auch im Referat den Versuch gemacht, Klarheit darüber zu schaffen, daß die Gesamtheit unserer Aufgaben ein Ganzes darstellt. In der Diskussion zeigte sich nicht immer ein genügendes Verständnis für diese Verbindung unserer Aufgaben. Die Sozialdemokratie und die Nazis schlagen, die Streiks gegen die Bourgeoisie und die übrigen Massenaktionen und Kämpfe führen, die Schwächen in der Betriebs-, RGO-, Erwerbslosenarbeit beseitigen, die Partei durch die ideologische Offensive kampffähig machen, kampffähig vor allem auch in der Linie der aktiven Verteidigung der Sowjetunion und der chinesischen Revolution -, das alles hängt miteinander zusammen und läßt sich nicht voneinander trennen. Ohne ideologische Hebung, ohne Steigerung der Aktionsfähigkeit in den Betrieben, Gewerkschaften, auf den Stempelstellen, gibt es keinen erfolgreichen Kampf gegen die SPD und die Hitler-Partei. Ohne Entlarvung der sozialdemokratischen und

sonstigen Manöver der Bourgeoisie gibt es keinen erfolgreichen Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie, gegen die Offensive der Kapitalisten, gegen die faschistische Reaktion. Das alles zusammen aber ergibt die Lösung unserer strategischen Hauptaufgabe: Gewinnung der proletarischen Mehrheit für den Kampf zur Eroberung der politischen Macht! Das alles ergibt die Einstellung der Partei auf die richtige und wirksame revolutionäre Bekämpfung des imperialistischen Krieges. Diese Einheit unserer Aufgaben müssen wir in den Vordergrund rücken.

Zur Frage der Perspektive und des Auswegs

Eine zweite Hauptfrage der Diskussion ist die heutige Lage und die Perspektive der Entwicklung. Alle Diskussionsredner zeigten ihr Einverständnis mit unserer Beurteilung der Perspektive. Das ist nicht wenig. Die letzten Tage brachten im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten der Banken eine neue Bestätigung für die wachsenden Schwierigkeiten, die wachsende Verschärfung der Situation. Die Bankfusionen beseitigen diese Schwierigkeiten nicht, sondern schaffen höchstens eine vorübergehende Atempause.
Auf dem Plenum gab es bei einigen Genossen eine Diskussion über die Frage: Wie kann ein kapitalistischer Ausweg aus der Krise aussehen? Kann es nur der imperialistische Krieg sein oder auch die verstärkte Ausplünderung der Massen? Welche Lage wird im Falle eines solchen kapitalistischen Auswegs sich ergeben? Die Genossen Kraus und Ludwig sprachen hierzu.
Ist es unsere Aufgabe, solche Erwägungen anzustellen und darüber zu diskutieren, was für eine Lage entstehen würde, falls die Bourgeoisie aus der gegenwärtigen zyklischen Krise herauskäme, ohne das es zur proletarischen Revolution kommt? Das ist nicht unsere Aufgabe. Wir wissen, daß die Situation nicht absolut ausweglos für die Bourgeoisie ist. Aber wir wissen auch, daß wir sie dazu machen müssen.
Unsere Perspektive ist die weitere Verschärfung der Krise. Unsere Aufgabe ist es, durch die volle Entfaltung der Kampfkraft der Massen die revolutionäre Entwicklung zu beschleunigen. Die Fragen, über die wir diskutieren müssen und auf die wir alle Aufmerksamkeit konzentrieren müssen, heißt nicht: Wie würde ein etwaiger kapitalistischer Ausweg aussehen? sondern die ganze Frage, die wir zu stellen haben, heißt: Was tun wir, um den revolutionären Ausweg zu erkämpfen?
Alles Philosophieren darüber, wie die Bourgeoisie im Falle unseres Versagens aus der Krise herauskommen würde, lenkt nur von unserer revolutionären Aufgabenstellung ab.

Verhältnis der objektiven und subjektiven Schwierigkeiten

Die dritte Frage ist die nach dem Verhältnis der objektiven und subjektiven Schwierigkeiten. Ich habe schon im Referat darauf hingewiesen, daß es unzulässig ist, objektive Schwierigkeiten als eine Entschuldigung für Passivität, für mangelnde Kämpfe usw. zu benutzen. Es gab in dieser Frage, was außerordentlich erfreulich ist, in der Diskussion eine völlige Übereinstimmung. Wir haben an der Frage der zusätzlichen Schwierigkeiten der Krise wie Erwerbslosigkeit usw. bezüglich der Führung von Streiks schon gezeigt, daß sie zwar einerseits die Führung der Streiks komplizierter machen, daß aber andererseits diese objektiven Faktoren auch wieder die Führung von Massenkämpfen erleichtern. Wir müssen stets beide Seiten des Prozesses sehen. Nicht nur die Schwierigkeiten, sondern auch die revolutionären Faktoren, die sich aus ein und derselben Tatsache ergeben. Eine solche Fragestellung ist auch notwendig bei der Behandlung der internationalen Bedeutung der deutschen Revolution.
Bei den großen Schwierigkeiten, die sich für die deutsche Revolution auf Grund des Versailler Systems ergeben, wobei das deutsche Proletariat nicht nur auf die Front der

deutschen Bourgeoisie stößt, sondern auch auf die größere Front der Siegermächte in der ganzen Welt, wachsen auch zugleich die revolutionären Faktoren in Deutschland im Rahmen dieses Versailler Systems. Lenin hat z.B. über diese Frage auf dem II. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale u.a. gesagt:

„Das Resultat dieses Krieges ist eine scharfe Zuspitzung aller kapitalistischen Gegensätze - der Krieg hat gegen eine viertel Milliarde Menschen in eine Lage gebracht, die einer kolonialen Lage entspricht… Der Versailler Friedensvertrag hat Deutschland und eine ganze Reihe anderer Staaten in Verhältnisse gestellt, die ihre wirtschaftliche Existenz materiell unmöglich machen. Sie sind vollständig rechtlos gemacht und erniedrigt worden. Wir haben schließlich nicht mehr als eine viertel Milliarde, in denen natürlich nur die Spitzen, nur die Kapitalisten von der Aufteilung der Welt den Nutzen davontragen… Ich erinnere an dieses Bild der Welt, weil alle grundlegenden Gegensätze des Kapitalismus, des Imperialismus, die zur Revolution führen, alle grundlegenden Gegensätze in der Arbeiterbewegung, die zum erbittertsten Kampf gegen die II. Internationale geführt haben… - all das ist verknüpft mit der Teilung der Bevölkerung der Erde… Es ist klar, daß bei einer solchen Lage das Anwachsen der Empörung der Arbeiter, das Anwachsen der revolutionären Stimmungen und Ideen, das Anwachsen der elementaren Massenstreiks unvermeidlich ist… Der Krieg hat eine unerhörte Verschärfung aller kapitalistischen Gegensätze mit sich gebracht. Das ist die Ursache der tiefen revolutionären Gärung, die immer mehr anschwillt."

Wir sehen also hier ganz klar, was Lenin aufgezeigt hat. Einerseits: Die ungeheuer starke Abhängigkeit Deutschlands auf Grund der ganzen Bestimmungen des Versailler Systems, die Tatsache, daß Deutschland ein unterdrücktes Land ist, dessen Werktätige nicht nur von der deutschen Bourgeoisie ausgebeutet werden, sondern sich gleichfalls in den Klauen der Siegermächte, in den Fesseln des Versailler Systems befinden. Daraus ergibt sich die größere Schwierigkeit für das deutsche Proletariat, die Notwendigkeit, nicht nur den Kapitalismus in Deutschland zu stürzen, sondern darüber hinaus Deutschland aus dem System des Weltimperialismus herauszureißen.
Lenin zeigt darüber hinaus jedoch, daß das Versailler System zugleich *„die Ursache der tiefen revolutionären Gärung, die immer mehr anschwillt"* ist. Diese andere Seite müssen wir auch aufs stärkste unterstreichen. Es besteht sonst die Gefahr, daß wir nur die Schwierigkeiten sehen und nicht auch diese revolutionären Faktoren.

Im Mittelpunkt steht die Frage des Krieges

Ich komme nun zu einer weiteren Frage, die im Mittelpunkt unseres ganzen Plenums stand: Die Frage des Krieges.
Verschiedene Genossen haben in der Diskussion sehr gute und ergänzende Ausführungen gemacht, Verbesserungsvorschläge zur Resolution, ernste Anregungen dazu, was wir jetzt auf dem Gebiete unserer praktischen Antikriegsarbeit und im Kampf für Verteidigung der Sowjetunion und der chinesischen Sowjetrevolution in den Mittelpunkt unserer Arbeit rücken müssen. Aber die Gesamtdiskussion zeigte noch immer eine Unterschätzung der Gefahr des Interventionskrieges. Noch nicht alle Genossen haben verstanden, wie ernst die Lage ist, wie sehr wir den Kampf gegen den Interventionskrieg in den Mittelpunkt unserer gesamten Arbeit rücken müssen.
Nehmen wir zum Beispiel einen sehr charakteristischen Artikel aus der „Berliner Börsenzeitung". Dieses Blatt des Finanzkapitals schreibt am 23. Februar:

„Das Vordringen der Japaner in der Mandschurei bedroht ohne Zweifel russische Interessen und ist zugleich eine Bedrohung des Sowjetprestiges im Fernen Osten… Dennoch wird in Sowjetrußland nur vom bevorstehenden Krieg gesprochen und man bereitet sich auf ihn, wie auf eine unvermeidliche Katastrophe vor... Moskau bereitet sich inzwischen, gewissermaßen für alle Fälle, auf einen ‚aufgezwungenen' Krieg vor. Ein Eisenbahnzug nach dem andern wird mit Kriegsmaterial, Lebensmitteln und mit Kohlen und Metallen beladen nach dem Osten befördert. Die Zufuhr von Lebensmitteln nach Moskau und nach den anderen großen Städten gerät dadurch ins Stocken...

Einzelheiten über Kriegsvorbereitungen der Sowjetunion werden natürlich geheim gehalten, jedoch verlautet, daß die russische Heerführung das äußerste Sibirien mit Wladiwostok nicht zu halten beabsichtige, sondern erst bei der Baikal-Linie Widerstand leisten werde, da die Russen dort strategisch im Vorteil sein würden. Eine Entscheidung dürfte jedoch erst im Frühjahr nach der Schneeschmelze zu erwarten sein."

Wir sehen die klare Sprache der deutschen Bourgeoisie. Diese führende Zeitung des Finanzkapitals spricht vom Krieg gegen die Sowjetunion als einer selbstverständlichen Tatsache.
Sie zweifelt gar nicht daran, daß es zu diesem Kriege kommt. Das ist die eine Seite. Man erkennt zwar den Friedenswillen der Sowjetunion heuchlerisch an, aber berichtet zugleich so viel über Kriegsvorbereitungen, daß letzten Endes der Eindruck entsteht: Die Sowjetunion will den Krieg. Das ist eine raffinierte Methode der betrügerischen antibolschewistischen Lügenhetze. Welche Schlußfolgerungen ergibt sich für uns?
Es ist klar, daß wir viel stärker die Rolle der Sowjetunion als Hort des Friedens herausarbeiten müssen. Wird z.B. in unserer Presse die Rede des Genossen Litwinow in genügendem Maße ausgewertet? Unsere Genossen in den Redaktionen versagen in dieser Frage.
Genossen, ich will nur das eine mit der größten Schärfe und dem größten Nachdruck aussprechen: Die Frage unseres Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, die Frage der Verteidigung der Sowjetunion, die aktivste Massenmobilisierung unter der Losung: „Hände weg von China! Gegen die Aufteilung Chinas durch die Imperialisten! Für den Schutz der chinesischen Sowjetgebiete!" muß in den Mittelpunkt unserer gesamten Agitation und Propaganda gerückt werden. Unser Kampf gegen den imperialistischen Krieg muß mit allen Fragen unseres Kampfes gegen die deutsche Bourgeoisie und ihre Stützen, mit allen Fragen der Innenpolitik aufs engste verbunden werden. Auch in dieser Frage muß unser jetziges Plenum einen großen Ruck für die gesamte Parteiarbeit auslösen.

Streiks, Betriebsarbeit und RGO

Ich komme zur fünften Frage: Den Streiks, der Betriebs- und der RGO-Arbeit. Es ist überflüssig, in dieser Frage das zu wiederholen, was für die Verbesserung der Arbeit auf diesem Gebiet so klar und ernst durch den Genossen Dahlem gesagt wurde. Die große Wichtigkeit einer radikalen Verbesserung unserer Arbeit auf diesem Gebiet steht auch in engster Verbindung mit unserer Antikriegsarbeit, die besonders vom Genossen Remmele hervorgehoben wurde. Wir müssen sehen, daß die Frage unseres Kampfes gegen den Krieg damit verbunden ist, daß wir an allen Stellen den Massenwiderstand auslösen und steigern und Fundamente der Massenbewegung schaffen, die unseren Angriff gegen die imperialistischen Kriegsrüstungen und Kriegstreibereien ermöglichen.
Eine Frage, die in der Diskussion zu kurz gekommen ist, betrifft das Problem der Unorganisierten. Wenn wir sagen, daß wir tiefer in die Oppositionsarbeit an der inneren Gewerkschaftsfront hineinsteigen sollen, daß wir eine Bresche in die ADGB-Front, die Front der reformistischen Gewerkschaften schlagen müssen, so bildet das keinen Widerspruch zu der Betonung der großen Bedeutung der unorganisierten Arbeiter. Auch die Unorganisierten gewinnt man nur auf unserer Klassenlinie, im Kampf gegen die sozialdemokratischen und reformistischen Betrugsmanöver, in der Mobilisierung für die Verteidigung ihrer Lebensinteressen.
Zur Frage der Streikstrategie hat Genosse Thesen die größten Fehler vertreten. Thesen sagt: Der Fehler der Bezirksleitung im Ruhrgebiet habe darin gelegen, *„daß wir uns durch eine Reihe von Umständen 14 Tage bis drei Wochen vor dem Januar haben verleiten lassen, die Losung des Massenstreiks herauszugeben"*.
Was bedeutet das? Das ist eine Gegenüberstellung des Massenstreiks zu den ökonomischen Teilstreiks, das ist eine Darstellung, als wenn die Parole des politischen Massenstreiks die

allgemeine Streikrüstung abgeschwächt habe. Das ist also die fehlerhafte Theorie, daß die „Überpolitisierung“, die zu starke Herausarbeitung politischer Fragen Schuld am Mißlingen der Streikbewegung sei. Genosse Thesen erklärt ferner:
„Wenn wir die Frage der siegreichen Streiks in materieller Beziehung so in den Vordergrund stellen, besteht meiner Auffassung nach die Gefahr, daß wir aus dieser Sackgasse, in der wir uns befinden, nicht herauskommen, nicht zu größeren Teilstreiks kommen.“ Genosse Thesen neigt also zu der Auffassung, daß die Streiks fast überhaupt nicht siegreich sein können, daß bei ihnen fast nichts materiell für die Arbeiter herausspringen kann. Ist das unsere Einstellung? Unsere Forderung auf Auslösung, Organisierung und Entfaltung von Kämpfen und Streiks ist doch eine Frage der Verteidigung der Lebensinteressen der Arbeiter. Und ich sage weiter: Über das jetzige Lebensniveau hinaus müssen die Forderungen der Arbeiterschaft durchgekämpft werden. Entspricht die Auffassung Thesens der Leninschen Feststellung, auf die ich im Referat hingewiesen habe, daß die Arbeiterschaft einen greifbaren Vorteil sehen muß, um zu kämpfen? Natürlich können wir als Kommunisten nicht nur die Frage stellen, ob ein paar Pfennige Lohnerhöhung herausspringen oder nicht. Das ist nicht die Hauptfrage. Aber einfach davon absehen, diese Frage der Verteidigung der konkreten Forderungen negieren - das wäre ein Sektierertum, ein umgestülpter Opportunismus. Genossen, das wäre ein Ansporn für die Bourgeoisie, ihre Angriffe auf die Lebenshaltung der Arbeiter zu verstärken.
Die Ausführungen des Genossen Saefkow waren im allgemeinen richtiger und zweifelsohne interessant für das Plenum. Aber wenn er davon spricht, daß es *„einen gewissen Grad von Depression in den Betriebsbelegschaften“* gibt, so muß man sagen, es wäre verkehrt, in solchen einzelnen Erscheinungen die Ursache für die Schwäche unserer Erfolge in der Frage der Kämpfe zu suchen. Umgekehrt: Unsere Schwächen sind die Ursache für solche Stimmungen, falls sie vorhanden sind. Um keinen Preis darf man sich hinter den Massen verstecken. Saefkow hat das zwar nicht „ getan, aber es besteht eine gewisse Gefahr, daß sich solche Schlußfolgerungen daraus ergeben können.
Eine zweite Frage: Genosse Saefkow sagt: *„Die Fluktuation ist die Ursache, daß das innere Leben der RGO und der roten Verbände nicht so vorhanden ist, wie es sein muß.“*
Umgekehrt wäre es richtig gewesen. Eben dadurch, daß ein so schwaches inneres Leben vorhanden ist, dadurch entsteht die Fluktuation. Auch aus dieser Tatsache gilt es praktische Konsequenzen zu ziehen.
Ebenso war ein schwacher Punkt in den Ausführungen des Genossen Selbmann, der in der Angelegenheit der Entsendung von Delegationen auf die reformistischen Gewerkschaftsbüros, den Fehler der sächsischen Bezirksleitung verteidigen wollte. Dazu muß man sagen: Nur ja keine Neuauflage der Theorie „Zwingt die Bonzen!“ Die sächsischen Genossen sollten diesen Fehler selbstkritisch sofort korrigieren.
Die Umstellung der Betriebsarbeit im ganzen Leben der Partei, wie sie in der Resolution und im Referat gefordert wurde, ist keine Kleinigkeit. Genosse Ulbricht hat in der Diskussion sehr stark versucht, an Hand von Beispielen und Tatsachen anfeuernd und belebend auf die Arbeit der Partei in dieser Hinsicht einzuwirken. Ebenso Genosse Schulte. Auch Genosse Schehr hat gleichfalls konkrete Beispiele aus den Erfahrungen in Braunschweig und dem ganzen Bezirk vorgetragen, die einerseits die Erfolge , in der Frage des politischen Massenstreiks und auch erfolgreicher ökonomischer Streiks, andererseits Schwächen der Arbeit beleuchten. Das Plenum muß in die gesamte Partei einen solchen Geist hineintragen, daß die Beschlüsse in dieser Frage unverzüglich und mit größter Energie in Angriff , genommen und gemeinsam mit den schöpferischen Kräften der Massen zur Durchführung gebracht werden.

Zur Arbeit unter den Erwerbslosen

Einiges zur Erwerbslosenfrage:
Wir haben 61/4 Millionen Erwerbslose in Deutschland. Gestern brachte eine Zeitung die Meldung, daß wir daneben etwa 6 Millionen Kurzarbeiter haben. Angesichts dieser riesigen Millionenarmee muß man untersuchen, wieso es trotzdem keine nennenswerten Massenaktionen der Erwerbslosen gibt.
Welche praktischen Möglichkeiten bestehen, um diese Arbeit zu fördern?
Erstens: Eine bessere Verbindung mit den Betrieben muß geschaffen werden.
Zweitens: Eine offensive Linie in der Richtung der Erwerbslosenforderungen, vor allem der Forderung nach Arbeitslosenversicherungen auf Kosten der Unternehmer.
Drittens: Zäheste Verteidigung aller bestehenden Einrichtungen und Kampf für ihren Ausbau, für die Erfüllung der Erwerbslosenforderungen.
Viertens: Stärkste politische Arbeit unter den Erwerbslosen, ihre Heranziehung zu allen Kampagnen, Einsatz der Erwerbslosen bei Streiks, im antifaschistischen Massenkampf usw., zur Entfaltung eines größeren politischen Lebens unter den Erwerbslosen.
Fünftens: Ausnutzung der Erwerbslosenarbeit zum Einbruch in die Massen der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter.
Sechstens: Gegen den „Arbeitsbeschaffungs"schwindel des ADGB und stärkste Mobilisierung für unsere Erwerbslosenforderungen.

Die Disposition der Kräfte im Lager der Bourgeoisie

Einige Bemerkungen zur Disposition der Kräfte im Lager der Bourgeoisie. Genosse Duddins hat zu dieser Frage einige Ausführungen gemacht, auf Grund deren einige Bemerkungen notwendig sind. Welche Partei vertritt am entschlossensten den Kurs des Finanzkapitals? Zweifelsohne die Deutschnationalen. Darum sagen wir, daß Hugenberg der Einpeitscher und Antreiber des faschistischen Kurses des Finanzkapitals ist. Darum arbeiten wir auch in der Resolution heraus, daß Hugenberg sich in den Nationalsozialisten die Massenbasis geschaffen hat. Gegenwärtig sind nach langem Zögern die Kandidaten der Bourgeoisie zu den Reichspräsidentenwahlen benannt worden. Die Deutschnationalen mit dem Stahlhelm und die Nationalsozialisten stellen gesonderte Kandidaturen auf. Bedeutet das einen Widerspruch zu unserer Auffassung, wonach die Nazis die Massenbasis für Hugenberg abgeben? Keineswegs! Hier handelt es sich bei den verschiedenartigen Kandidaturen im Lager der Bourgeoisie einerseits um taktische Manöver, andererseits um eine gewisse Konkurrenz, die aber wie Lenin einmal gesagt hat, nicht über die Konkurrenz zweier Sektionschefs in einem Büro hinausgeht. Die Sonderkandidatur der Nazis und der Deutschnationalen erleichtert zum Beispiel der SPD ihre Parole, Hindenburg zu wählen.
Umgekehrt bringt die Hitler-Kandidatur auch eine gewisse Entspannung bei den nationalsozialistischen Anhängern, die sonst teilweise rebellieren würden. Die Duesterberg-Kandidatur des Stahlhelm schließlich ist praktisch eine Wahlhilfe für Hindenburg. Das Proletariat darf sich von diesem ganzen Spiel und Konkurrenzkampf nicht bluffen lassen.
Und wie stellt sich nun die Rolle des Zentrums dar? Das Zentrum kann seine heutige Funktion als führende Regierungspartei vor allem deshalb zunächst behaupten, weil es, wie wir in unserer Resolution sagen, *„als einigender Faktor der Faschisierung"* am besten die wechselseitige Ausnutzung der SPD und der Nazis ermöglicht.

Zur Frage des Luxemburgismus

Nur einige Bemerkungen zur Frage des Luxemburgismus. Man kann darauf verzichten, in dieser Frage sich ausführlicher mit dem Genossen Münzenberg auseinanderzusetzen, weil

erstens seine Erklärungen hier vorliegt, in der Münzenberg die Unrichtigkeit seiner Äußerung über das Verhältnis Rosa Luxemburgs zum Leninismus selbst feststellt, obwohl es sich hier um eine Unklarheit in einer Frage handelt, die in der letzten Zeit öfter gestellt wurde. Es ist unmöglich, die Fehler Rosa Luxemburgs mit den objektiven Verhältnissen im Deutschland der Vorkriegszeit zu rechtfertigen.

Lenin und die deutsche Arbeiterklasse

Zur weiteren Klärung dieses Problems möchte ich noch einen Artikel des Genossen Lenin zur Stellung Rosa Luxemburgs in der russischen Parteidiskussion erwähnen. Es handelt sich um jenen Artikel, von dem Lenin in seinem Brief an August Bebel spricht, auf den ich schon im Referat hingewiesen habe. Lenin hat diesen Artikel in deutscher Sprache geschrieben und der „Neuen Zeit" übersandt, aber Kautsky lehnte die Aufnahme ab. Der Artikel, der in seiner deutschen Fassung bisher nur in der russischen Ausgabe der Werke Lenins erschienen ist, enthält u.a. folgende Sätze:

„Die Artikel der Genossin Rosa Luxemburg in den Nummern 42/43 der „Neuen Zeit" üben eine Kritik über mein russisches Buch die Krise in unserer Partei... Die Genossin Rosa Luxemburg unterschiebt mir geradezu den Gedanken, daß alle Vorbedingungen zur Durchführung einer großen und äußerst zentralisierten Arbeiterpartei in Rußland bereits vorhanden sind. Wieder eine tatsächliche Unwahrheit. Nirgends in meinem Buch habe ich diesen Gedanken ausgesprochen, geschweige vertreten. Etwas anders lautete und lautet die von mir vertretene These: Ich bestand nämlich darauf, daß alle Vorbedingungen bereits vorhanden sind, um die Beschlüsse des Parteitags anzuerkennen, und daß schon die Zeit vorbei sei, ein Parteikollegium durch einen Privatzirkel zu ersetzen. Ich brachte die Beweise ein, daß gewisse Akademiker in unserer Partei ihre Inkonsequenz und Unstandhaftigkeit offenbarten, und daß sie gar kein Recht hatten, ihre Disziplinlosigkeit in den Schuh der russischen Proletarier zu schieben. Die Arbeiter Rußlands haben schon oft, bei den verschiedensten Gelegenheiten sich für das Befolgen der Parteitagsbeschlüsse ausgesprochen. Es ist geradezu lächerlich, wenn die Genossin Luxemburg eine dahingehende Äußerung für eine „optimistische" erklärt... Rosa Luxemburg will über die jetzige Lage unserer Partei sprechen und ignoriert dabei vollständig unseren Parteitag, der eigentlich den echten Grundstein unserer Partei gelegt hat.... Genossin Rosa Luxemburg ignoriert majestätisch die konkreten Tatsachen unseres Parteikampfes und deklamiert großmütig über Fragen, die unmöglich ernst diskutiert werden können... Der Leser, der sich die Mühe nehmen wird, die Urquellen unseres Parteikampfes kennen zu lernen, wird leicht begreifen, daß die Äußerungen der Genossin Rosa Luxemburg über den Ultrazentralismus, über die Notwendigkeit einer stufenweisen Zentralisation u.d.m. konkret und praktisch ein Spott über unseren Parteitag sind, abstrakt und theoretisch (wenn hier von einer Theorie die Rede sein kann), nichts als eine Verflachung des Marxismus, als Mißbrauch der wirklichen Marx'schen Dialektik usw. sind."

Dieser Artikel, den die deutsche Sozialdemokratie unter der Führung Bebels und Kautskys den deutschen Arbeitern vorenthielt, zeigt in klarster Form die Fehler Rosa Luxemburgs und die Methode Lenins, der ihre große Bedeutung als Revolutionärin anerkannte und sich trotzdem nicht scheute, gegen ihre falschen Auffassungen den schärfsten prinzipiellen Kampf zu führen. Auch hier erhärtet sich die Tatsache, die sich ja aus der gesamten Geschichte und Praxis der bolschewistischen Partei ergibt: Allein der Bolschewismus verkörperte in der II. Internationale die bedingungslose Anwendung und Fortführung des Marxismus, die Verwirklichung des Vermächtnisses von Marx und Engels. Um diese internationale Rolle des Bolschewismus handelt es sich, auf sie hat uns jetzt vor allem der Brief des Genossen Stalin mit größtem Nachdruck hingewiesen. Das war die große Tatsache, auf die Genosse Neumann hingewiesen hat, daß der Leninismus der Marxismus in der Epoche des Imperialismus und der Weltrevolution ist, der entsprechend der Situation und den geschichtlichen Aufgaben angewandt und fortentwickelt wurde, auf der Grundlage der wissenschaftlichen Fundamente, die Marx und Engels gegeben hatten. Wenn der Genosse Münzenberg sagt, wie er selbst während des Krieges mit Lenin zusammen war, so muß man die Frage um so schärfer stellen. Es gibt bei uns Genossen, die nicht eine solche Schule durchgemacht haben.

Parteiprogramm und Parteigeschichte

Einige Worte zu den Fragen unseres Programms und der Parteigeschichte. Wir haben bereits im November vorigen Jahres im Polbüro gemäß einem Beschluß des VI. Weltkongresses, der die Sektionen verpflichtet, bis zum VII. Weltkongreß einen Programmentwurf auszuarbeiten, diese Frage gestellt. Vorarbeiten sind bereits eingeleitet. Die heutige Plenartagung des Zentralkomitees wird durch ihren Beschluß eine besondere Programmkommission zu wählen haben.
Ferner die Frage der Parteigeschichte. Wir haben gleichfalls beschlossen, daß wenigstens der erste Abschnitt der Parteigeschichte bis zum Spaltungsparteitag der USPD in Halle in Angriff genommen wird. Das heißt also, daß wir schon heute Materialien zusammenstellen müssen, um gemeinsam an diese schwierige und verantwortungsvolle Arbeit heranzugehen.
Noch einige abschließende Bemerkungen zur ideologischen Offensive: Das Wichtigste, was wir erkennen müssen, ist die Frage der Verbindung der ideologischen Offensive mit der revolutionären Praxis. Die ideologische Offensive dient auf der ganzen Linie der Hebung unserer revolutionären Massenarbeit. Die ideologische Offensive ist unentbehrlich vom Standpunkt der revolutionären Praxis. Sie ist unlöslich verbunden mit der revolutionären Selbstkritik.

Bolschewistische Selbstkritik heißt Kontrolle und Hilfe

Es ist hier von einigen Genossen ausgesprochen worden, daß es Tendenzen gibt, die Kritik abzuschwächen, über Fehler gutmütig hinwegzugehen oder sie zu verkleinern. Wir wären keine Bolschewiki, wenn wir solchen Tendenzen nachgeben würden. Und wir geben hier für unsere Plenartagung die ernste Erklärung ab, daß die Wachsamkeit der Partei bei der Durchführung ihrer Generallinie, die bolschewistische Wachsamkeit an der theoretischen Front, wie in der praktischen Arbeit bestehen bleibt, und daß wir die bolschewistische Selbstkritik als eine Methode anwenden werden, die nicht allein Kontrolle bedeutet, sondern auch Hilfe, um die Partei kameradschaftlich zu erziehen und vorwärts zu führen.
Noch ein letztes Wort zur Frage der „Eisernen Front“. Aus der Diskussion hat sich klar ergeben: Die „Eiserne Front“, dieses groß angelegte Manöver der Sozialdemokratie, das zugleich dazu dient, Terrororganisationen, Bürgerkriegsorganisationen des Sozialfaschismus heranzuziehen, hat eine außerordentliche Bedeutung. Es ist der SPD, den reformistischen Gewerkschaften und dem Reichsbanner gelungen, bei einem Teil ihrer Anhänger Illusionen zu erwecken. Auch dies bestätigt wiederum unsere Auffassung, daß die Partei durch die Verschärfung ihres prinzipiellen Kampfes lernen muß, die Lügenmanöver der Sozialdemokratie zu zerschlagen.

Offensive Verteidigung der Partei gegen den Klassenfeind

Ich komme zum Schluß, Genossen. Noch einige Worte zur Frage der Verteidigung der Partei gegen den Klassenfeind. Ich habe schon im Referat darauf hingewiesen, daß der Lügenfeldzug gegen die Sowjetunion sich verstärken wird. Ich verweise hier auf die Tatsache, daß zum Beispiel die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme“ vor einiger Zeit ein von A bis Z gefälschtes Protokoll über eine angebliche Tagung der Kommunistischen Internationale veröffentlichte - eine solche Tagung hat niemals stattgefunden - auf der angeblich Genosse Manuilski gesprochen haben soll. Es heißt in diesem „Protokoll“, daß die Kommunisten *„mit voller Absicht den Nazis die Staatsmacht ausliefern wollen, damit sie die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften und den sozialdemokratischen Einfluß liquidieren, das heißt zertrümmern“*. Hitler sei *„im gegenwärtigen Abschnitt der Entwicklung der deutschen*

Revolution unser unzweifelhafter Bundesgenosse“. Das alles soll Genosse Manuilski gesagt haben.

Genossen, diese Lügen sind ein bißchen zu plump gemacht. Aber das ist nur erst der erste Anfang. Wir werden noch ganz andere Tatsachen dieser antibolschewistischen Lügenoffensive erleben, die sich verstärkt, je aktiver die Bourgeoisie das Problem des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion stellt.

Genossen, wir sind ein Teil der Kommunistischen Weltpartei in einem Lande, das wir als eines der schwächsten Glieder des imperialistischen Weltsystems auffassen, in einem Lande, in dem sich die ökonomische Krise mit den Erschütterungen des Versailler Vertrages immer mehr verflicht. Auf uns ruht eine besondere historische Verantwortung. Und dieses Plenum muß ein Schritt vorwärts sein, um unsere großen Aufgaben zu lösen, die sich aus der Situation ergeben.

Geht an die Arbeit, verstärkt die Fühlung mit den Massen der Arbeiterklasse, erweitert und erhöht die Aktivität der Partei und der Massen. Im Rahmen der Kämpfe, die vor uns stehen, müssen die Voraussetzungen schaffen werden, daß wir niederringen die Diktatur der Bourgeoisie und zum Siege marschieren für die Diktatur des Proletariats!

Broschüre,
herausgegeben von der KPD,
Berlin 1932

ANHANG

Bauernhilfsprogramm der KPD

Ein historisches Dokument im Dienst der Volksrevolution
Arbeiter und Bauern im gemeinsamen Kampf gegen die Volksfeinde!

Auf der Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei am 14. und 15. Mai, sowie in seiner Rede am Vorabend der Wahlen in Oldenburg hat der Führer der deutschen Kommunisten, Genosse Ernst Thälmann, das wegweisende KPD-Programm der Hilfe für die werktätigen Bauern der Öffentlichkeit übergeben. Die Kommunistische Partei ruft die Arbeiter, Angestellten, die unteren Beamten und Kleingewerbetreibenden auf, den Kampf der leidenden Bauernmillionen um ihre nackte Existenz, gegen Pfändungen und Zwangsversteigerungen, zu unterstützen.
Das Bauernhilfsprogramm der KPD setzt klar die Linie des sozialen und nationalen Freiheitsprogramms vom August 1930 fort. Dieses historische Dokument muß in alle Dörfer, auf das ganze flache Land getragen werden. Überall müssen sich die Arbeiter der Stadt mit dem Landproletariat und der werktätigen Bauernschaft verbünden und ihnen beweisen, daß die Kommunistische Partei allein für die Rettung der hungernden Bauernmassen gegen die Hungeraktion der Volksfeinde kämpft.

Hilfe für die unterdrückten Bauern

Die Schulden der kleinen und mittleren Bauern, Winzer, Gemüsebauern und Kleinfischer betragen mindestens 5 Milliarden Mark!

Wir verlangen Niederschlagung dieser Schuldenlast!

Die Schuldenzinsen der werktätigen Bauern an die Banken und Geldwucherer betragen jährlich mindestens 500 Millionen Mark!

Weg mit diesem Tribut an das Finanzkapital!

Die direkten Steuern der kleinen Bauern betragen mindestens 150 Millionen Mark jährlich!

Wir fordern Aufhebung dieser Steuerlast und Herabsetzung der Steuern für die Mittelbauern!

Die indirekten Steuern, die den werktätigen Bauer beim Kauf von Produkten stark belasten und durch Verteuerung der Lebenskosten der städtischen Massen den Absatz der Produkte der Bauernwirtschaft stark einschränken, eine Hauptursache der großen Preisspanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen sind, betragen rund 5 Milliarden Mark!

Wir fordern Aufhebung der indirekten Steuern!

Die Pachtlasten der werktätigen Bauern betragen jährlich mindestens 400 Millionen Mark.

Wir fordern Aufhebung dieses Tributs an die Großgrundbesitzer!

18000 landwirtschaftliche Großbetriebe verfügen in Deutschland über 5,2 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche (ungerechnet Forstbesitz).

Wir fordern entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und unentgeltliche Bereitstellung von Land für die landarmen Bauern und Bauernsöhne!

2,5 Milliarden Mark gibt die Brüningregierung für sogenannte „Osthilfe“ den ostelbischen Junkern, Großbauern und Bankherren.

Wir fordern staatliche Beihilfe für die werktätigen Bauern, Bereitstellung der 2,5 Milliarden Osthilfemittel ausschließlich für die Werktätigen!

Die Futtermittel- und Industriezollpolitik der Brüning-Schiele-Pegierung erhöhen die Produktionskosten der bäuerlichen Wirtschaft um etwa 40 Prozent. Die Getreidezölle verteuern die Lebenshaltung der auf Zukauf von Brotgetreide angewiesenen Kleinbauern, schränken die Konsumkraft der Massen und damit die Absatzmöglichkeit für die Produkte der Bauernwirtschaft enorm ein.

Wir fordern Aufhebung der volksfeindlichen Zölle!

Hunderttausende kleine Bauern, Bauernsöhne und Töchter haben durch Massenarbeitslosigkeit den zur Erhaltung der bäuerlichen Existenz notwendigen Verdienst aus Lohnarbeit verloren. Die Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit in Deutschland bedeutet allein eine Verminderung des Masseneinkommens und der Konsumkraft um 5 Milliarden Mark jährlich. Wiederherstellung dieser Konsumkraft bedeutet Erweiterung des Absatzmarktes für landwirtschaftliche Produkte um 40 Prozent des Gesamtwertes der deutschen landwirtschaftlichen Produktion. Das von der Kommunistischen Partei aufgestellte Programm zur Arbeitsbeschaffung durch Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden in der Woche mit Lohnausgleich, Wohnungs- und Straßenbau, Flußregulierung usw. ermöglicht Arbeit für alle Arbeitslosen und Hebung der Massenkonsumkraft.

Wir fordern beschleunigte Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der KPD!

Durch Gesetze und Verordnungen haben der Reichstag und die Regierung bestimmt, daß Zehntausende der von Arbeitslosigkeit Betroffenen, auf Lohnarbeit angewiesenen Kleinbauern, Bauernjugend, wie auch die Kleinfischer, keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, damit der Ruin ihrer kleinen Wirtschaft beschleunigt wird.

Wir fordern volle Unterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit, auch für die von Arbeitslosigkeit betroffenen kleinen Bauern, die Bauernjugend Kleinfischer!

Die Belastung durch Altenteile, zur wohlerworbenen Sicherung des Lebensabends der alten Bauern und Bäuerinnen, ist für hunderttausende bäuerliche Betriebe untragbar geworden. Ausgaben für erkrankte Familienmitglieder (Arzt und Arzneikosten usw.) können größtenteils von den bäuerlichen Massen nicht mehr getragen werden. Altenteil und Krankenkosten belasten die bäuerlichen Wirtschaften mit mindestens 500 Millionen Mark jährlich.

Wir fordern staatliche Alters- und Krankenfürsorge für die Kleinbauernschaft, Winzer und Fischer!

Durch ihre faschistische Verordnung vom 27. März 1931 verfügte die Brüning-Schiele-Regierung zugunsten der Großagrarier die zwangsweise Einschränkung des Anbaues von Zuckerrüben um 30 bis 40 Prozent für die bäuerlichen Zuckerrübenpflanzer. Mit Hilfe des Reichsbranntweinmonopols verfügt die Regierung zugunsten der großen Brennereien eine unerhörte Einschränkung des Brennrechts der kleinbäuerlichen Brenner.

Wir fordern sofortige Aufhebung der Zuckerrüben-Kontigentierungs-Verordnung vom 27.3.1931 und Aufhebung der Beschränkung des Brennrechts der bäuerlichen Kleinbrenner!

Die Unternehmer fuhren eine unerhörte Offensive zum Abbau der Löhne der Arbeiter und Angestellten um 10 bis 30 Prozent. Die Durchführung dieses Lohnraubes würde eine Senkung der Massenkonsumkraft um weitere 4 bis 5 Milliarden Mark und damit weitere Einschränkung des Absatzmarktes für Agrarprodukte um etwa 30 bis 40 Prozent des Gesamtwertes der deutschen landwirtschaftlichen Produktion bedeuten, ferner auch Senkung des Einkommens der noch in Lohnarbeit stehenden Kleinbauern und der Bauernjugend. Unter Führung der Kommunistischen Partei und der RGO muß deshalb die werktätige Bauernschaft den Kampf des Proletariats unterstützen: Gegen jeden Pfennig Lohnabbau!
Rund 2 Milliarden Mark jährlich betragen die durch den Young-Plan festgelegten Reparationslasten, die die deutschen Kapitalisten voll und ganz aus den arbeitenden Massen herauspressen.

Wir fordern Einstellung der Reparationszahlungen!

Die Bourgeoisie schwätzt von Erleichterungen und Beseitigung der Reparationslasten, denkt dabei aber nur an die Geldsäcke der Reichen und die Erhöhung ihrer Profite.
Ihre Losung ist: Den Reichen geben und den Armen stehlen!
Darum werden alle diese Kampfforderungen zur Hilfe der werktätigen Bauernschaft von dieser Kapitalistenregierung mißachtet und auf das entschiedenste bekämpft.

Das werktätige Landvolk muß sich unter Führung der Kommunistischen Partei für diese Bauernforderungen einsetzen und im festen Bündnis mit dem Industrieproletariat für die Durchführung dieser Forderungen überall kämpfen. Die einzige Garantie für die siegreiche Durchführung der Forderungen ist der gemeinsame Kampf für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft, für die Errichtung der Arbeiter- und Bauernregierung, das heißt für ein freies sozialistisches Sowjetdeutschland!

Die Rote Fahne,
22.5.1931